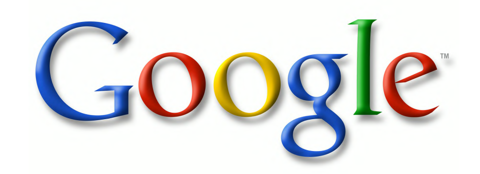
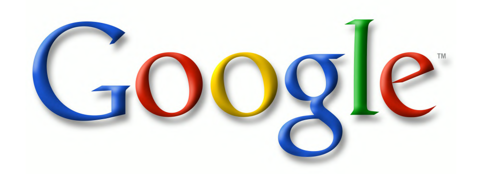



Google


NYPL RESEARCH LIBRARIES
3 3433 06933702 4





Der

Grofse Kurfürst

Friedrich Wilhelm von Brandenburg.

Von

Martin Philippson.

Erster Teil: 1640 bis 1660.



Berlin.

Verlag Siegfried Cronbach.

1897.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

Vorwort.

Selten ist einer historischen Persönlichkeit das Glück einer so allseitigen, unbedingten Würdigung zu teil geworden, wie Friedrich Wilhelm, dem Grofsen Kurfürsten von Brandenburg. Man darf sagen, einstimmig erkennt die geschichtliche Überlieferung in ihm den wahren Begründer des preufsischen Staatswesens. Selbst der oberflächliche Beobachter bemerkt an diesem hervorragenden Fürsten die vordringende Thatkraft, gepaart mit hoher Besonnenheit und zäher Ausdauer; den ebenso weiten und klaren wie scharfen, tief eindringenden Blick; die richtige Auffassung der Bedürfnisse und Aufgaben seines Staates. Das Genie eines Friedrich II. dürfte man ihm nicht zusprechen: dafür aber waren seine Anschauungen freier, anpassungs- und entwickelungsfähiger, ja in manchen Beziehungen umfassender und minder begrenzt durch Erziehung und Eigenart als die des grofsen Königs. Nicht allein für Brandenburg-Preufsen und dadurch mittelbar für ganz Deutschland ist die Persönlichkeit des Grofsen Kurfürsten von einschneidender Wichtigkeit, nein, ihre Bedeutung ist eine geradezu universelle. Nach Heinrich IV. von Frankreich ist er der erste fürstliche Vertreter des modernen Staatsgedankens gewesen. Er sagt nicht: L'État c'est moi, sondern: Moi, c'est l'État. Freilich, auch in ihm spukt noch lange die mittelalterliche Auffassung des Fürstentums als eines privatrechtlichen Besitzes: er ist bereit, die Interessen Brandenburgs

durch Annahme der schwedischen, dann der polnischen Krone seinem persönlichen Vorteile zu opfern; am Ende seines thatenreichen Lebens stellt er sein ganzes Werk durch letztwillige Teilung seiner Staaten unter seine Söhne in Frage. Aber das sind nur vorübergehende Anwandlungen, die der bleibenden Wirksamkeit entbehren. Schließlich durchbricht immer der Staatsgedanke siegreich den Nebel überlieferter Anschauung. Seine ganze Persönlichkeit stellt ja dieser Friedrich Wilhelm rückhaltlos in den Dienst des Staates: weder in Üppigkeit und Ausschweifung noch in geizigem Aufhäufen von Familienvermögen noch in Träumen militärischen Ruhmes sucht er sein Genüge — sondern nur in steter aufopfernder Arbeit und Mühe für das Wohl, die Ordnung, die Macht und Gröfse seines Staates. Obwohl selber tief religiös, räumt er dem religiösen Bekenntnis keine Bedeutung gegenüber dem Staate ein, der Bürger aller Konfessionen in gleicher Weise umfassen und sich nutzbar machen soll. Die Geistlichkeit wird auf ihre geistliche Thätigkeit beschränkt und in allen weltlichen Beziehungen der weltlichen Gewalt untergeordnet. Andrerseits darf es innerhalb des Staates weder Personen noch Körperschaften geben, die diesem unabhängig gegenüber stehen; die staatliche Centralgewalt mufs ihrer aller Herr sein. Friedrich Wilhelm war es, der in Brandenburg-Preufsen erst einen wahren Staat ermöglichte, indem er die dazu nötigen inneren und äufseren Machtmittel schuf: ein berufsmäfsiges, genau gegliedertes und geregeltes Beamtentum und ein stehendes Heer. Für das letztere hatte er schon in echt moderner Weise die Begründung auf die allgemeine Wehrpflicht in Aussicht genommen — ein Gedanke, dessen Verwirklichung ihm allerdings nicht geglückt ist, der aber so durchaus den Anschauungen dieses Herrscherhauses und der Richtung seines Staatswesens entsprach, dafs er von Friedrich Wilhelms gleichnamigem Enkel wieder aufgenommen und teilweise ausgeführt worden ist, um im Beginne dieses Jahrhunderts seine endgültige und vollkommene Bethätigung zu erfahren.

Und doch giebt es keine Biographie dieses gewaltigen und wirksamen Fürsten, die irgendwie dem Stande der gegenwärtigen Forschung und den Anforderungen heutiger Geschichtschreibung entspräche. Das Interesse an dem Grofsen Kurfürsten, seiner Thätigkeit und seinen Erfolgen ist ein allgemeines: dafür spricht

die fast unabsehbare Menge von Einzelforschungen, dafür auch die auf ihn bezüglichen Urkundenpublikationen gröfsten Umfanges, die unsere Kenntnis von seinem Denken, Wollen und Handeln in so hohem Mafse bereichert haben. Im Rahmen weiterer Ziele haben J. G. Droysen und Erdmannsdörffer in berühmten Werken das Thun Friedrich Wilhelms auf glänzende Weise gewürdigt. Aber es fehlt noch immer an einer Lebensbeschreibung, in der der Grofse Kurfürst im Mittelpunkte der Darstellung steht, die sein Wirken nach allen Seiten hin entwickelt. Diese Lücke wünsche ich einigermafsen auszufüllen. Es kommt mir nicht sowohl darauf an, aus Archiven und Bibliotheken neuen Stoff herbeizutragen, als vielmehr, soweit dies angeht, aus dem schon veröffentlichten Materiale und den Hunderten von Einzelschriften ein möglichst zusammenhängendes und klares Bild von dem Wollen und Wirken Friedrich Wilhelms von Brandenburg zu formen.

Freilich sind die Urkundenpublikationen noch lange nicht abgeschlossen. Einstweilen sind nur die Beziehungen zur katholischen Kirche durch M. Lehmann, die Kolonialpolitik durch R. Schück, die Handwerksgesetzgebung durch Mor. Meyer erledigt. Meinardus' „Protokolle und Relationen des Geheimen Rates" umfassen bisher lediglich die ersten Jahre von Friedrich Wilhelms Regierung. Von den „Urkunden zur Geschichte der inneren Politik Friedrich Wilhelms" ist nur der erste Band der „Geschichte der brandenburgischen Finanzen" von K. Breysig erschienen. Selbst die schon vor dreifsig Jahren begonnene Publikation der „Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg" ist noch nicht vollendet.

Weshalb ich es nun dennoch unternehme, eine Biographie des Grofsen Kurfürsten zu verfassen? Zunächst meine ich, dafs der Abschlufs jener noch unvollständigen Publikationen in unabsehbare Zukunft gerückt ist, und dafs die Geschichtschreibung nicht das Recht hat, bis dahin die Schilderung eines für unsern Staat und unser weiteres Vaterland so überaus wichtigen Lebenswerkes aufzuschieben. Ferner ein allgemeinerer Grund — zwei Gesichtspunkte sind die wahrhaft bedeutsamen bei Friedrich Wilhelm: einmal die äufsere Politik, dann bei der inneren der Kampf mit den Ständen zur Herstellung einer unumschränkten landesherrlichen Gewalt und eines stehenden Heeres. Beide Beziehungen

werden in der älteren Sammlung der „Urkunden und Akten" erledigt, die für die erste, in unserem vorliegenden Bande behandelte Epoche seiner Regierung vollständig, für die zweite schon weit vorgeschritten ist. Wenn sie nun auch in den nächsten Jahren noch nicht ganz abgeschlossen wird, treten doch gerade hier zahlreiche tüchtige Einzelschriften ergänzend ein. Die „innere Politik" wird durch die nach ihr benannte neu begonnene Sammlung gar nicht behandelt, sondern die innere Verwaltung. Hier ist durch Isaacsohns „Geschichte des preufsischen Beamtentums" bereits tüchtig vorgearbeitet. Den wichtigsten Teil, der die Centralbehörde und die gesamte Central-Kammer-Verwaltung umfafst, hat Breysig in seinem oben erwähnten Buche erschöpfend besprochen; über das General-Kriegs-Kommissariat, das er kürzer schon in einem Aufsatze der „Forschungen zur brandenburgischen und preufsischen Geschichte" (Bd. V S. 135 ff.) behandelt hatte, habe ich selber noch einmal in den Akten des Geh. Staats-Archivs sowie des Geh. Kriegs-Archivs zu Berlin nachgeforscht. Überhaupt aber darf man nicht vergessen, dafs die eigentliche Verwaltung der mindest bedeutende Teil der Thätigkeit des Grofsen Kurfürsten bildet, dafs er hier zu endgültigen Ergebnissen nicht gelangt ist. Wird diese Thatsache doch schon durch den Umstand erwiesen, dafs Breysig sein treffliches Werk nicht mit dem Tode Friedrich Wilhelms abschliefsen konnte, sondern noch über die erste Hälfte von seines Nachfolgers Regierung ausdehnen mufste. Die Protokolle und Relationen des Geheimen Rates sind für die Jahre, aus denen Meinardus sie publiziert hat, allerdings von grundlegender Bedeutung; bald darauf aber tritt der Einflufs dieser Körperschaft in allgemeiner politischer Beziehung durchaus zurück gegen des Kurfürsten persönliche Ratgeber, so dafs auch jene Veröffentlichung, so dankenswert sie immer bleibt, doch für die weitere Darstellung an Wichtigkeit einigermafsen verliert.

Wie viel ich allen den erwähnten, nicht nur mit Fleifs und Einsicht, sondern meist mit grofser historiographischer Begabung verfafsten und zahlreichen sonstigen Vorarbeiten danke, wird jede Seite meines Buches erweisen.

Da, wo mir der Stoff noch nicht erschöpft schien, habe ich in der Manuskriptenabteilung der Königlichen Bibliothek und, wie erwähnt, im Königlichen Geheimen Staatsarchiv und Geh.

Kriegsarchiv in Berlin weiter geforscht. Ich hoffe, daſs meine Bemühungen nicht ganz vergeblich geblieben sind, bestehende Lücken der bisherigen Publikationen auszufüllen. Den Herren Vorstehern und Beamten der genannten Institute sage ich für ihre gütige und zum Teil mühevolle Unterstützung meinen ergebensten und aufrichtigsten Dank.

Ein zweiter Band wird das Werk zum Abschlusse bringen.

Berlin, im August 1896.

M. Philippson.

Erstes Buch.

Die Lehrjahre.

Zum Gemeingute ist der Satz geworden: Brandenburg-Preuſsen sei von der Natur dazu vorher bestimmt gewesen, auf den Trümmern des zerfallenen mittelalterlich deutschen Kaisertums ein neues zukunftsvolles Reich zu gründen; gerade um die Zeit des Westfälischen Friedens, als es mit dem Heiligen römischen Reiche gründlich zu Ende gegangen, habe Brandenburg groſs und kräftig werden und seine glorreiche Laufbahn beginnen müssen. Es entspricht ja der allgemeinen Richtung unserer Zeit, auch in der geschichtlichen Entwicklung lediglich das Walten umfassender Gesetze zu erblicken, die, unabhängig von aller menschlichen Individualität, mit Naturnotwendigkeit ihren ehernen Gang vollenden.

Die Unrichtigkeit solcher Abstraktionen in betreff groſser historischer Vorgänge tritt aber nirgends deutlicher zu Tage als gerade in dieser brandenburgisch-preuſsischen Geschichte.

Zur Zeit des ausgehenden Dreiſsigjährigen Krieges hätte niemand auch nur an die Möglichkeit gedacht, daſs gerade die Kurmark zur Erneuerung der deutschen Einheit berufen sei. War sie doch damals, obschon von beträchtlichem Umfange, eines der schwächsten, ärmsten und schlechtest regierten Länder im Reiche. Schien nicht vielmehr das Erzhaus Österreich auf immer zur Beherrschung Deutschlands bestimmt? Und sollte die Herrschaft der Habsburger unter dem Ansturm ihrer zahlreichen Feinde zusammenbrechen, so schien zur Nachfolge das waffenmächtige Bayern ausersehen, dessen Herrscher schon einmal die Kaiserkrone getragen hatte, und dem sie noch letzthin wiederholt angeboten worden. Faſsten wirklich die Evangelischen einmal den Mut, daran zu denken, daſs auch ihnen die Zukunft gehören könne, dann wandten ihre Blicke sich auf Kursachsen, das reichs-

gesetzmäfsige Haupt des deutschen Protestantismus, das soeben im Kriege die beiden Lausitz und vier magdeburgische Ämter gewonnen hatte, mit dem Kaiser und den Schweden auf gleichem Fufse verhandelte. Selbst der Landgraf von Hessen und das welfische Gesamthaus Braunschweig spielten in der Welt und im Reiche eine viel wichtigere Rolle als Brandenburg.

Wenn dies dennoch binnen eines Menschenalters der erste und angesehenste deutsche Staat nach dem kaiserlichen Österreich und damit der Krystallisationspunkt für ein neues Deutschland geworden ist, verdankt es einen so gewaltigen Umschwung nicht irgend welcher mystischen geschichtlichen Notwendigkeit, sondern thatsächlich einem genialen Regenten, dem Grofsen Kurfürsten. Freilich, ohne die nötigen Vorbedingungen zur Machtentwickelung vermag auch der bedeutendste und genialste Staatsmann nichts zu schaffen. Brandenburg gewährte diese Voraussetzungen. Es umfafste, nach Österreich, das ausgedehnteste Territorium; es nahm, indem es Preufsen im äufsersten Osten, Kleve-Mark im äufsersten Westen besafs, an der Verteidigung des deutschen Westens gegen Franzosen und Niederländer, Schweden und Polen teil und war damit von selbst in alle europäischen Streitfragen verwickelt. Aber gerade daraus erhellt, dafs diese Elemente möglicher Gröfse zugleich Ursachen noch wahrscheinlicherer Schwäche waren; wirklich hatten sie sich Jahrzehnte hindurch als solche erwiesen. Die durch weite Entfernungen voneinander getrennten Gebietsstücke blieben sich innerlich fremd, schlossen sich mit eifersüchtiger Gehässigkeit gegenseitig ab, fühlten auch für die Centralregierung keinerlei Zuneigung, sondern nur Mifstrauen und Trotz. Die Kraft des Herrschers und seiner Räte hatte sich in dem unaufhörlichen und doch vergeblichen Ringen erschöpft, diese auseinander strebenden Richtungen zu vereinen. Die Mannigfaltigkeit der Aufgaben liefs keine einzige zu gedeihlichem Ende führen. Der gewaltige Kampf der europäischen Grofsmächte des Westens, Nordens und Ostens, in den durch seine geographische Lage das schwache Brandenburg-Preufsen-Kleve hineingezogen ward, drohte es völlig aufzureiben und zu zerreifsen. Dafs es anders gekommen, dafs Brandenburg schliefslich der deutsche Zukunftsstaat geworden ist — das ist das Verdienst des Grofsen Kurfürsten Friedrich Wilhelm. Seine Biographie ist die Geburtsgeschichte des neuen Deutsch-

land. Meteorgleich geht er aus einem Geschlechte höchst mittelmäfsiger Herrscher hervor, das seit anderthalb Jahrhunderten dem Staate auch nicht einen wirklich bedeutenden Regenten geschenkt hatte — er selber vom Jünglingsalter an durch Klarheit des Blickes, Festigkeit und Mäfsigung der Absichten, Thatkraft und schlaue Klugheit geeignet zum weisen Leiter seines Landes in gefährlichster Zeit.

Erstes Kapitel.

Der Kurprinz.

Am 16. Februar 1620, neuen Stiles, zwischen drei und vier Uhr nachmittags, wurde dem Kurfürsten Georg Wilhelm von Brandenburg von seiner Gattin Elisabeth Charlotte von der Pfalz ein Sohn geboren, der den Namen Friedrich Wilhelm erhielt. Es war eine trübe und schreckhafte Zeit, in die die Kindheit dieses zukünftigen Begründers der brandenburgisch-preufsischen Gröfse fiel. Schon wütete der furchtbare Krieg, der dreifsig Jahre hindurch Deutschland zerfleischen, seine Bevölkerung lichten, seinen Wohlstand zerstören, seine geistige und moralische Lebenskraft auf lange hinaus vernichten, seiner politischen Macht für zwei Jahrhunderte ein Ende bereiten sollte. Schon traten die Kümmernisse und das Elend dieses furchtbaren Kampfes der Familie des fürstlichen Kindes nahe. Denn seine Mutter war die Schwester Friedrichs V. von der Pfalz, des unglücklichen „Winterkönigs“ von Böhmen, den, wenige Monate nach Friedrich Wilhelms Geburt, die Scharen des Kaisers und der katholischen Liga von seinem ephemeren Throne stürzten, um ihn bald darauf auch des blühenden pfälzischen Erblandes zu berauben und als länderlosen Flüchtling in die Fremde zu treiben.

Die Kurmark selber war damals von den Kriegswirren noch frei, und in ungetrübter kindlicher Heiterkeit verlebte der Prinz die fünf ersten Jahre seines Daseins unter der Obhut seiner Mutter. Dann wurde es Zeit, ihn männlichen Erziehern zu übergeben, damit er in ritterlichen Fertigkeiten und den für seinen hohen Beruf notwendigen Kenntnissen unterrichtet werde. Zuerst

ward dieses wichtige Geschäft dem alten Hofmeister seines Vaters, Johann von der Borch, anvertraut; als dieser bald zu einem Verwaltungsamte berufen ward, erhielt der Prinz einen jüngern und geistig hervorragendern Leiter in Johann Friedrich Kalckhun, genannt von Leuchtmar, einem Westfalen, der in Anspachschen Diensten schon mannigfache diplomatische Sendungen mit Geschick verwaltet hatte — ein welterfahrener, einsichtiger, seinem Zögling mit treuer Liebe ergebener Mann, der sich um die körperliche und geistige Ausbildung des jungen Fürsten grofse Verdienste erwarb. Als Lehrer der eigentlichen Specialkenntnisse ward ihm Dr. Jakob Müller beigesellt.

Allein die Erziehung Friedrich Wilhelms sollte sich nicht in Ruhe und Frieden vollenden; der ganze Jammer des entsetzlichen Krieges wurde schon dem Knaben nahe gebracht. Im Jahre 1627 verbreiteten sich die Truppen Wallensteins, im Kampfe mit König Christian V. von Dänemark, über ganz Niedersachsen, das sie unsagbar peinigten und aussaugten. Am allerschlimmsten wurde die Kurmark heimgesucht, da Georg Wilhelm in thatenloser Neutralität verharrte und den Bedrückungen der kaiserlichen Heerhaufen nur Verhandlungen und Klagen entgegenstellte, die gleicherweise verlacht wurden. Der Kurprinz selber geriet in Gefahr, von den Plünderern aufgehoben zu werden. Man führte ihn deshalb zuerst inmitten tiefer Wälder nach dem Jagdschlosse Letzlingen, dann, als auch dieses nicht mehr sicher schien, nach der Festung Küstrin, die durch natürliche Lage und künstliche Umwallung stark war[1]. Ein merkwürdiges Zusammentreffen, dafs dieselbe Festung in der Jugend der beiden gröfsten Hohenzollern — auch Friedrichs II. — eine Rolle spielt!

Hier hat Friedrich Wilhelm fünf Jahre zugebracht, in denen er sich geistig und körperlich kräftig entwickelte. Schon im Alter von neun Jahren wurde er zum Jagdvergnügen angehalten, und mit Leidenschaft pirschte er auf Hirsche, lag dem Vogelfange ob oder trat gar mit dem Spiefse dem wilden Eber entgegen. Weniger Geschmack fand der Knabe zunächst an den Studien, in denen er nur langsam Fortschritte machte. Sieben Jahre zählte er, bevor er die Geheimnisse des Alphabets be-

[1] Über diese Ereignisse sehe man die MS.-Biographie des Kurfürsten, die in dessen Auftrage Martin Schookius begonnen und leider nur bis zum Jahre 1642 geführt hat (Berlin, Geh. Staatsarchiv, Rep. 94, III, 5), p. 18.

herrschte; die ersten Briefe an den Vater stammen aus dieser Zeit. Nur das interessierte ihn, was ihm unter die Augen fiel, sinnlich wahrnehmbar war: seine praktische, zur Thätigkeit neigende Natur zeigte sich in dieser Eigenheit. Das Zeichnen betrieb er mit Lust, wie ihm denn die Vorliebe für die bildende Kunst sein ganzes Leben hindurch geblieben ist. Auch in Geometrie und Meſskunst nahm er gern Unterricht. Die Geschichte gewann ihm vorzüglich in sichtbaren Dingen, also in den Altertümern, Neigung ab[1]. Derart sprach sich die besondere Art des Fürsten schon früh auf das bestimmteste aus.

Daneben muſste er, als künftiger Lehnsträger des polnischen Königs, bei einem gewissen Wullodowski das Polnische erlernen. Vor allem aber ward die religiöse Unterweisung betont. Leuchtmar selber war ein eifriger, fast fanatischer Reformierter, der seine religiösen Überzeugungen dem fürstlichen Zögling tief einzuprägen wünschte. Drei Professoren der theologischen Fakultät von Frankfurt an der Oder muſsten abwechselnd allsonntäglich vor dem Prinzen in Küstrin predigen[2].

Die Abgeschiedenheit seines Küstriner Aufenthaltes wurde durch eine Reise unterbrochen, die er im Sommer 1631 nach Wolgast unternahm, zum Besuche seiner Vatersschwester Marie Eleonore, der Gemahlin des schwedischen Heldenkönigs Gustav Adolf. So wurde der Knabe aus den engen Verhältnissen der kleinen Festung und der damals wenig bedeutenden Kurmark heraus zu den groſsen Weltbegebenheiten in Beziehung gesetzt, und zwar gerade in einer Zeit, wo Gustav Adolf von Sieg zu Siege flog. Oft genug hatte er in Wolgast Gelegenheit, schwedische, englische, schottische Truppen landen zu sehen, Söhne aller protestantischen Länder, die dem glorreichen Heere seines Oheims zuzogen[3]. Mit bangem Staunen und dem ehrgeizigen Wunsche späterer Nacheiferung mag der Knabe zu dem berühmten und allgemein bewunderten Verwandten aufgeschaut haben. Er gefiel dem königlichen Paar nicht wenig. Mehrere Monate behielt ihn die Tante bei sich, und kaum war er nach Küstrin zurückgekehrt, so lieſs Gustav Adolf seinem Schwager

[1] Galland, Der Groſse Kurfürst und Moritz von Nassau (Frankfurt a. M. 1893), S. 73.
[2] Ms. Schookius, S. 19. 29.
[3] Das. S. 55.

von Brandenburg und dessen Räten seine Willensmeinung eröffnen, seine damals fünfjährige Tochter und Erbin Christine einst mit dem jungen Friedrich Wilhelm zu vermählen[1]. Eine glänzende Aussicht, der freilich der jähe Tod des genialen Kriegsfürsten bald jede Sicherheit der Ausführung benahm. Wieder in Wolgast stand Friedrich Wilhelm an der Bahre des Königs, der für seines Staates Gröfse und für die Freiheit seines Glaubens bei Lützen den Heldentod gefunden hatte, und dessen sterbliche Überreste nun nach Schweden überführt wurden. Kein Zeugnis ist uns übermittelt von den Gefühlen der Wehmut und Ehrfurcht, die bei diesem Anblick die Brust des hochbegabten und thatendurstigen Jünglings bewegt haben müssen.

Ein Jahr später hat er Küstrin noch einmal verlassen. Die stete Unsicherheit in den Marken und die verheerende Seuche, die das Kriegselend veranlafst hatte, bewogen seinen Vetter, Herzog Boguslaw von Pommern, ihn nach Stettin einzuladen, wo er vom Oktober 1633 bis zum Januar 1634 lebte. Da sein fürstlicher Wirt der direkten Erben entbehrte, betrachtete man ihn als den zukünftigen Beherrscher Pommerns; er lernte dieses Landes Verfassung kennen und dessen biedere, kräftige Bewohner schätzen und lieben. Seitdem knüpften Neigung und politisches Interesse ihn eng an das Herzogtum und zumal an dessen Hauptstadt Stettin[2]. Dann ging es zurück nach Küstrin, wo damals auch sein Vater residierte, er selber vor allem religiösen Übungen obliegen mufste[3].

Bald aber sollte der Prinz auf einen gröfsern Schauplatz versetzt werden, wo sein Charakter und seine geistige Entwickelung die bedeutendste Einwirkung empfingen.

Die Vergangenheit Brandenburgs und die Familienverbindungen seines Herrscherhauses wiesen dieses Land auf die protestantische, anti-habsburgische Seite. Auch Friedrich Wilhelm, der Sohn der pfälzischen Mutter, der Neffe Gustav Adolfs, wird für sie die lebhafteste Hinneigung empfunden haben; ihre Siege und Niederlagen waren die Siege und Niederlagen seiner nächsten

[1] Brandenburgischer Kanzler Sigismund v. Götze an den schwedischen Reichskanzler Oxenstierna, 7./17. Febr. 1645; Meinardus, Protokolle, III, 44: in anno 1632.

[2] Pufendorf, De rebus gestis Friderici Wilhelmi Magni Electoris (fol. Berlin 1695), lib. XIX, § 102.

[3] Ms. Schookius, S. 89. 94.

Angehörigen. Aber sein schwacher Vater hatte nie Lust verspürt, entschieden für sie Partei zu nehmen. Es schreckte ihn die kaiserliche Gewalt, die sich vor kurzem erst dem Pfälzer und vielen anderen protestantischen Fürsten verderblich gezeigt hatte. Nur notgedrungen hatte er sich seinem Schwager, dem Schwedenkönige, angeschlossen. Immerhin konnte, als sich im Jahre 1634 der Wunsch geltend machte, den Kurprinzen zeitweilig aus dem abermals vom Kriegsgetümmel erfüllten Norddeutschland zu entfernen, für dessen Aufenthalt nur an ein protestantisches Land gedacht werden. Georg Wilhelms Blick wandte sich da ganz natürlich auf Holland. Denn nicht nur war der Generalstatthalter Friedrich Heinrich ein naher Verwandter des brandenburgischen Hauses; mehr noch fiel ins Gewicht, daſs die Vereinigten Provinzen damals an Betriebsamkeit, Wohlstand, materieller und geistiger Kultur, sowie an politischer Ausbildung und Reife das erste Land Europas waren, und daſs der Krieg, den sie mit den Spaniern führten, als hohe Schule militärischer Kunst für alle Kavaliere der Welt betrachtet wurde. Hier lebten die berühmtesten Gelehrten, die geachtetsten Juristen und Staatsrechtslehrer, die bewundertsten Generale und Ingenieure. Welcher Aufenthalt konnte fruchtbarer sein für einen jungen, empfänglichen Fürstensohn? Es war ein guter und heilsamer Entschluſs, Friedrich Wilhelm dorthin zu entsenden, und wir irren schwerlich, wenn wir voraussetzen, daſs zumal der treffliche Leuchtmar ihn angeregt hat.

Am 24. Juni 1634 reiste der Kurprinz von Berlin nach seinem neuen Bestimmungsorte ab; Ende Juli überschritt er die niederländische Grenze. Auſser seinem Gouverneur Leuchtmar begleiteten ihn mehrere brandenburgische Edelleute, darunter sein persönlicher Freund Werner von der Schulenburg, und einige Diener. Zu seinem und der Seinigen Unterhalt war die mäſsige Summe von jährlich 6000 Thalern bestimmt, mit der freilich Leuchtmar nicht auszukommen vermochte. Zunächst begab man sich nach der weltberühmten Universität Leiden, wo der Prinz hauptsächlich Staatsrecht, Geschichte und Politik studieren und mit hervorragenden welt- und geschäftskundigen Männern Umgang pflegen sollte.

Das war dann auch das Wichtigste: mehr als die in Leiden zu erwerbende Gelehrsamkeit wirkte die ganze Umgebung in dem hochkultivierten Lande auf den Jüngling ein. Leuchtmar war ganz der Mann, ihm die Vorzüge der niederländischen Zu-

stände gegenüber der damals so elenden, zurückgebliebenen und verwahrlosten Heimat, sowie die Ursachen dieser Verschiedenheit klar zu machen. Hier lernte Friedrich Wilhelm ein grofses, blühendes und wohlgeordnetes Staatswesen kennen, und wirklich hat er später viele von dessen Einrichtungen — wie Accise und Stempelsteuer — auf das eigene Land übertragen. Holländische Kolonisten hat er nach Brandenburg geführt, um dort durch Lehre und Beispiel die Landwirtschaft zu heben; überhaupt aber hat er versucht, die politische Verfassung der Kurmark nach den Einsichten umzugestalten, die er in Holland erworben hatte. — Friedrich Heinrich von Oranien, der Sohn Luisens von Coligny, hegte grofse Vorliebe für französisches Wesen und begründete deshalb, nach dem Muster des französischen Königtums, eine viel prächtigere und verfeinertere Hofhaltung, als die früheren Generalstatthalter sie besessen hatten. Dies Beispiel war für Friedrich Wilhelm nicht verloren, der später, zumal bei feierlichen Gelegenheiten, einen möglichst prunkenden Hofstaat zu entfalten pflegte. Hier fand auch seine Kunstliebe reiche Nahrung. Blühten doch in Holland Malerei und Architektur; die niederländische Kunst beherrschte damals die Welt, wie es die italienische im sechzehnten Jahrhundert gethan hatte, die französische im achtzehnten thun sollte. Der Gartenbau ward sorgsam und in grofsem Stile gepflegt: auch ihn hat dann der Kurfürst in der Heimat eifrigst betrieben. Selbst die Anfänge einer brandenburgischen Marine verdanken ihre Entstehung der in Holland empfangenen Anregung. Hier lernte Friedrich Wilhelm, dafs, wie er gelegentlich sagte, „Seefahrt und Handlung die fürnehmsten Säulen eines Etats sind, und der gewisseste Reichtum und das Aufnehmen eines Landes aus dem Commercium herkommen". Ein grofser Zug ging durch das ganze niederländische Wesen, und kräftige, reich ausgebildete Individualitäten überraschten den, der an das farblose, kleinliche und rohe Treiben in der Kurmark gewöhnt war. Anstatt von dem engen Gesichtskreise und den verworrenen Anschauungen eines Reichsfürstentums aus, lernte nun Friedrich Wilhelm die Dinge im weiten europäischen Zusammenhange betrachten und beurteilen.

Wie auf ihn hat ja auch, mehr als ein halbes Jahrhundert später, auf den grofsen Zaren Peter der Aufenthalt in Holland tiefwirkenden, nützlichsten Einflufs geübt.

Aufser den Oraniern lebten in Holland noch andere Ver-

wandte des Kurprinzen: seine geistvolle und ehrgeizige Tante Elisabeth, die vertriebene und verwitwete Königin von Böhmen und Kurfürstin von der Pfalz, mit ihren schönen Töchtern und talentvollen, hochgebildeten Söhnen. Da Georg Wilhelm schon damals den Übertritt in das kaiserliche Lager betrieb, suchte er seinen Sohn von dem Umgange mit der pfälzischen Familie möglichst fern zu halten. Aber als gegen Ende des Jahres in Leiden die Pest ausbrach, siedelte Friedrich Wilhelm mit seinem kleinen Hofe zu der Tante nach Rhene über und verblieb dort bis zum Juni 1635. Das edle, die Spuren tiefer, unauslöschlicher Trauer tragende Wesen der „Winterkönigin“[1] zog ihn ebenso an wie der Lebensmut und die mannigfaltige Begabung ihrer Söhne und die Anmut der Töchter. Auch sein Kunstsinn fand hier neue Nahrung: Ruprecht von der Pfalz fertigte selber Schabkunstblätter; Luise Hollandiene, die spätere Äbtissin von Maubuisson, war eine Malerin von grofsem Talent, eine wirkliche Künstlerin[2]. Gleichzeitig lag Friedrich Wilhelm militärischen und politischen Studien ob, wozu er lebhaftere Neigung verspürte als zu abstrakten Wissenschaften und durch den Umgang mit den grofsen Feldherren und Staatsmännern Hollands beste Gelegenheit fand. Seine Briefe an den Vater zeigen, mit welchem Eifer und rasch wachsenden Verständnis der Jüngling sich an den öffentlichen Vorgängen beteiligte. In diesen Jahren machte er die Lehrlingsschaft des Kriegswesens durch, in dem er sich später als Meister bewähren sollte.

Leuchtmar hatte den Kurfürsten gewarnt, seinen Sohn nicht im Haag leben zu lassen, der als Vereinigungsort zahlreicher vornehmer Jünglinge aus Deutschland, Frankreich und England eine verführerische Stätte üppiger Ausschweifung geworden war. Deshalb kamen auch die Söhne der Königin von Böhmen selten nach der niederländischen Hauptstadt[3]. Georg Wilhelm gab also zu, dafs sein Sohn, als dieser endlich den fesselnden Hof der böh-

---

[1] Man sehe ihr Bildnis von Honthorst in der Sammlung des Herrn Almack in London.

[2] P. Seidel, Die Beziehungen des Grofsen Kurfürsten zur niederländischen Malerei; Jahrbuch der Kgl. Preufs. Kunstsammlungen, Bd. XI (Berlin 1890), S. 121.

[3] Schookius 106. — Auf diese Dinge beschränken sich in Wahrheit die Anekdoten, die von dem sittlichen Abscheu des jungen Kurprinzen gegen das Treiben seiner Altersgenossen im Haag erzählt werden.

mischen Verwandten verlassen mußte, nach Arnheim übersiedelte, wo er dann ein volles Jahr verweilte. Thatenlust und Wissensdurst führten ihn wiederholt in das benachbarte Lager Friedrich Heinrichs von Oranien, der damals die von den Spaniern besetzte Schenkenschanze bedrängte. Er stattete seinem Vater genauen Bericht von den dort vorfallenden Kämpfen ab, die im April 1636 mit der Einnahme des Ortes endeten. Zugleich bewies er sein gut brandenburgisches Herz. Die Festung lag in unmittelbarer Nähe des seinem Vater gehörigen Klever Landes, und die von allen Streitmitteln entblößte Provinz wurde von beiden Kriegführenden kläglich ausgeplündert: mit stetem und regem Eifer verwandte sich der Jüngling für seine zukünftigen Unterthanen und erwirkte in der That eine beträchtliche Milderung ihrer Leiden[1].

Groß und stattlich von Figur, freundlich und doch würdig in seinem Benehmen, voll Mut und Wissenseifer, machte der sechzehnjährige Prinz überall den besten Eindruck. Eine Reise nach Nordholland brachte ihm die Bekanntschaft mit Amsterdam und den übrigen bedeutenden Seestädten, ihrem Schiffbau und großartigen Handel. Wiederholte Ausflüge nach dem Haag führten ihn abermals in die Gesellschaft der Staatsmänner und Feldherrn der Republik ein. Er gefiel sich ausnehmend in dem befreundeten Lande und wünschte um so mehr, in diesem zu verbleiben, als in der Heimat Umstände eingetreten waren, die ihm nicht anders als sehr antipathisch sein konnten, und von denen er sich gern ferne gehalten hätte.

Damals bekämpften sich am Hofe seines Vaters zwei Parteien, die protestantisch-antihabsburgische und die kaiserliche. Die erstere umfaßte die Gesamtheit der Geheimen Räte des Kurfürsten, die andere wurde nur durch einen einzigen vertreten — aber dieser besaß in hervorragender, fast ausschließlicher Weise das Vertrauen des Herrn. Es war Adam von Schwarzenberg, aus fränkischer reichsgräflicher Familie, der aus Jülichschen Diensten längst in brandenburgische übergegangen war. Auf den jungen Georg Wilhelm hatte er einen solchen Eindruck gemacht, daß ihn derselbe bei seinem Regierungsantritte sofort den alten brandenburgischen Räten vorgezogen hatte. Schwarzenberg war

[1] Über alles dies sehe man die Briefe des Kurprinzen an seinen Vater, die in [Georg v. Raumers] „Friedrich Wilhelm des Großen Jugendjahre“ I (Berlin 1853), S. 31 ff., abgedruckt sind.

allerdings ein stattlicher, gewandter Mann; nie um einen Rat verlegen, der stets mit voller Sicherheit vorgetragen wurde, imponierte er dem schwachen, unentschlossenen Kurfürsten. Höhere staatsmännische Einsicht, Weite des Blicks, wahre Thatkraft gingen ihm ab. In gewöhnlichen Zeiten wäre er ein recht brauchbarer Verwaltungsbeamter gewesen — zum Staatslenker unter den schwierigen, furchtbaren Umständen des Dreifsigjährigen Krieges reichten seine Fähigkeiten nicht aus. Seine Familienüberlieferungen und sein katholischer Glaube wiesen ihn auf engen Anschlufs an das Kaiserhaus hin, und mit diesem wollte er auch das brandenburgische Land verbunden sehen. Wenn ihm die geschichtliche Tradition förmliche Verräterei vorgeworfen hat — er habe den Kurfürsten und dessen Staat dem Kaiser verkauft —, so läfst sich nach den neueren Forschungen solche Anklage nicht aufrecht erhalten[1]. Vielmehr meinte er es in seiner Weise treu mit Georg Wilhelm. Allein er sah in diesem doch nur den Reichsfürsten, den geborenen Vasallen des Kaisers, dessen Schutz allein ihm Vorteil bringen könne. Er war der Meinung, den Fürsten und dessen Unterthanen möglichst in ihrer Glaubensfreiheit zu erhalten; aber ein Sieg der protestantischen Sache im Reiche und alles, was dahin führen konnte, war ihm, dem Katholiken, selbstverständlich zuwider. Zum Präsidenten des Geheimen Rates und Heermeister des Johanniterordens in Brandenburg mit der reichen Ballei Sonnenburg ernannt, sah er seine ganze Stellung durchaus an das Überwiegen der kaiserlichen Interessen in der Kurmark geknüpft. Während des kurzen Bündnisses des Kurfürsten mit den Schweden hatte er den Hof verlassen und in die Verbannung gehen müssen. Aber nach der grofsen Niederlage der Schweden bei Nördlingen kehrte er zu seinem Herrn zurück, entschlossener als je, diesen an die Partei des Reichsoberhauptes zu ketten. Freilich waren auch die Geheimen Räte, die protestantische Geistlichkeit, sowie die Landstände jetzt zu einem Frieden mit dem Kaiser geneigt, dessen Macht sich eben damals in gewaltigem Aufschwunge erhob. Aber Schwarzenberg ging

[1] J. W. C. Cosmar, Graf Adam Schwarzenberg (Berlin 1828). — Freilich ist C. ein absoluter Verteidiger seines Klienten, und fehlt es bei ihm an irrtümlichen Angaben und Argumenten nicht; allein in der Hauptsache wirkt er doch überzeugend. — O. Meinardus, Protokolle und Relationen des brandenburg. Geheimen Rates aus der Zeit des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, Bd. I (Leipzig 1889), S. IX f.

weiter: seinen Bemühungen war der Beitritt Brandenburgs zum Prager Bündnis zwischen Ferdinand II. und Kursachsen zuzuschreiben (1635), einer förmlichen Kriegserklärung an Schweden, und zwar unter Bedingungen, die für die Kurmark ebenso schmählich wie unvorteilhaft ausfielen. Die sofortige Folge davon war ein Plünderungs- und Verwüstungszug der Schweden, der über das brandenburgische Land unendliches Elend brachte.

Längst ward der Heermeister von allen gut protestantisch und brandenburgisch Gesinnten mit bitterm Hasse betrachtet. Man hielt ihn für einen erkauften Verräter, für einen Zauberer, der Georg Wilhelms Gemüt mit schwarzer Kunst an sich fessele. Ja, man glaubte, er wolle den Kurprinzen aus dem Wege räumen, um selber mit Beihilfe des Kaisers Beherrscher Brandenburgs zu werden. Unter dem Bette des zehnjährigen Prinzen zu Küstrin hatte man eines Abends einen Burschen mit bloſsem Dolchmesser gefunden; sogleich wurde Schwarzenberg beschuldigt, diesen zur Ermordung Friedrich Wilhelms gedungen zu haben. Der Prinz selber maſs solchen Anklagen Glauben bei, und ebenso war er überzeugt, der Minister habe seine „Peregrination“ nach Holland nur angeraten „in Hoffnung, daſs er auf solcher umkommen möchte“ [1]. Kein Zweifel, daſs dieser ganz unbegründete Verdacht dem Kurprinzen von seiner brandenburgisch-protestantischen Umgebung eingeflöſst war.

Immerhin waren diese Befürchtungen vorhanden; und dann verwarf Friedrich Wilhelm gänzlich die seit 1635 unter der Einwirkung Schwarzenbergs von seinem Vater befolgte Politik, die bei den Oranischen und Pfälzer Herrschaften seiner Umgebung selbstverständlich die schärfste Verurteilung erfuhr. Er lieſs sich dazu hinreiſsen, den klevischen Räten zu erklären, er miſsbillige durchaus die Erteilung des dortigen Domanialgutes Huiſsen an den Minister [2]. Um so härter traf ihn, im Juli 1636, die Aufforderung des Vaters, sofort zu ihm nach Königsberg zu kommen.

Aus vielen Gründen muſste Schwarzenberg die Rückkehr des Kurprinzen wünschen. Da Brandenburg so entschieden auf die

---

[1] Eigene Worte des Kurfürsten an seinen Leibarzt Garliep von der Mühlen (C. D. Küster, Das ruhmwürdige Jugendleben des Groſsen Kurfürsten [Berlin 1791], S. 24 ff.), sowie Mitteilungen des Kurfürsten an Schookius (Cosmar a. a. O., S. 257).

[2] Meinardus I, 625: Geheimratsprotokoll vom 10./20. März 1643.

Seite des Kaisers getreten war, ging es nicht wohl an, dafs jener weiterhin in einem Lande lebte, das mit Ferdinands II. Verbündeten und Blutsverwandten Krieg führte. Aufserdem erfuhr man in Königsberg, dafs Friedrich Wilhelm lebhafte Neigung zu einer Tochter der Königin von Böhmen, der vierzehnjährigen Luise, gefafst habe und deren Mutter dieses Verhältnis eifrig begünstige. Bei dem Hasse, mit dem der Kaiser das Pfälzer Haus verfolgte, war aber eine solche Verbindung mit der damaligen Stellung Brandenburgs unvereinbar[1]. Nun wünschten auch die klevischen Stände dringend, ihren den holländischen Staatslenkern so befreundeten Kurprinzen als Statthalter zu bekommen, damit ihr Land vor dem Kriegsgreuel zu schützen. Ein solches Verlangen hatte durchaus nichts Ungewöhnliches, da wiederholt Prinzen des Kurhauses, zuletzt Georg Wilhelm selber, dieses Amt bekleidet hatten. Allein Schwarzenberg sah darin nur ein abgekartetes Spiel: Friedrich Wilhelm wolle sich in Kleve unabhängig machen, die Pfälzerin heiraten, zur antikaiserlichen Partei übertreten, sich unter den Schutz Oraniens und der Generalstaaten stellen. Dies, behauptete der Minister, wisse der Kaiser längst und mifsbillige es höchlichst[2]. Auf Schwarzenbergs Einflüsterung schlug also der Kurfürst im Mai 1636 den klevischen Ständen ihr Verlangen ab, angeblich aus Rücksicht auf die persönliche Sicherheit seines Sohnes, und berief diesen, unter dem Vorwande der in Holland wütenden Pest, nach Hause zurück.

Der Prinz war entschlossen, sich einem solchen Befehle möglichst lange zu entziehen. In Holland fühlte er sich heimischer als am väterlichen Hofe; der klevische Plan sagte ihm um so mehr zu, je lebhafter sein Verdacht und seine Abneigung gegen Schwarzenberg waren und je dringender sein feuriger, selbstbewufster Charakter nach Unabhängigkeit verlangte. Ja, es ist nicht ausgeschlossen, dafs er in der Heimat sein Leben bedroht glaubte. Immer neue Gründe fanden er und sein getreuer Leuchtmar, die Rückkehr zu verschieben: Furcht vor Seekrankheit, Unsicherheit des Landweges, Mangel an dem nötigen Reisegelde. Die Stände von Kleve und Mark sekundierten, mit stets wiederholten Bitten, ihnen den Kurprinzen als Statthalter zu belassen. Vergebens: immer ungnädiger wurden die Bescheide des Kur-

---

[1] G. v. Raumer, II, 14.
[2] Ms. Schookius, S. 137. — Pufendorf, a. a. O.

fürsten, ja seine Befehle immer drohender für seines Sohnes Umgebung und Freunde, endlich für diesen selbst, der „höchste Ungnade“, förmliche „Verstofsung“ zu fürchten begann[1].

Aus Besorgnis vor der Seuche weilte er über ein Jahr im Schlosse Doreward am Rhein. Von hier besuchte er abermals den Haag, hauptsächlich um dort für Kleve Neutralität und damit Sicherheit vor Kriegszügen und Plünderungen zu erlangen: was er auch wirklich erreichte, bei der spanischen Regierung sowohl wie bei den Generalstaaten. Hier, im Haag, soll er sich, wie die Überlieferung berichtet, aus einer Gesellschaft sittenloser junger Leute plötzlich losgerissen haben und mit den Worten: „Ich bin es meinen Eltern sowie meiner Tugend, Ehre und meinem Lande schuldig, dafs ich sofort den Haag verlasse,“ in das Lager des Oraniers vor Breda geeilt sein. Leider ist diese Anekdote wenig beglaubigt und um so unwahrscheinlicher, als in Wirklichkeit Friedrich Wilhelm damals vom Haag nach Doreward zurückkehrte. Erst im August 1637 erscheint er wiederholt bei dem Heere, das unter Friedrich Heinrich Breda berannte. Diese Belagerung ward als ein Muster- und Schaustück der Kriegskunst betrachtet und aus ganz Europa von lernbegierigen Edelleuten und Soldaten aufgesucht; auch Friedrich Wilhelms späterer Gegner, der geniale Turenne, fand sich vor Breda ein. Das Feldlager Friedrich Heinrichs war, nach seines Ururenkels Friedrich des Zweiten Ausspruch, die Militärschule des Grofsen Kurfürsten.

Am 7. Oktober 1637 ergab sich Breda. Hierauf besuchte der Prinz noch einmal die Schiffswerften und Handelshäuser der holländischen Seestädte, wobei kein Geringerer, als der später als Admiral so berühmt gewordene Van Tromp, sein Führer gewesen sein soll. Unter so vorzüglicher Anleitung erlangte er gründliche Kenntnisse vom Seewesen. Dann kehrte er, trotz seiner angeblichen Furcht vor der im Haag herrschenden Sittenverderbnis, zum drittenmal dorthin zurück, für den ganzen Winter 1637 auf 1638. Er machte während dieser Monate eine nicht minder treffliche diplomatische Lehrzeit durch, als die militärische vor Breda gewesen: er durfte nämlich den Verhandlungen beiwohnen, die damals einer der vorzüglichsten französischen Staatsmänner, der Graf von Estrades, mit den Generalstaaten wegen Verlängerung des französisch-niederländischen Bündnisses pflog.

---

[1] J. G. Droysen, Gesch. der Preufsischen Politik, III, I, 175.

Allein länger konnte er dem Willen des Vaters nicht trotzen. Immer stärker drängte Schwarzenberg auf eine Vermählung des Prinzen in das Kaiserhaus — jedenfalls in der Hoffnung, ihn zum Übertritte zum Katholizismus zu bestimmen. „Es soll in Innsbruck ein schönes Fräulein sein," schreibt der Graf am 7. September 1638 dem Kurfürsten; „die würde von etlichen Ew. Durchlaucht Sohn wohl gegönnt, wenn er eine Katholische nehmen wollte"[1]. Der Prinz solle sich an den kaiserlichen Hof begeben, wozu der Kaiser gern einen Teil der Kosten beitragen wolle. Freilich sieht Schwarzenberg gegen solche Pläne den Widerstand der Kurfürstin und ihrer Mutter voraus; allein das hält ihn nicht ab, seine Entwürfe auf Fesselung des Hauses Brandenburg an Österreich weiter zu verfolgen[2]. Dem Kronprinzen ward also peremptorisch die Rückkehr anbefohlen und jede weitere Geldzahlung verweigert; seine Begleiter wurden kurzer Hand abberufen.

Friedrich Wilhelm war voll Besorgnis: er fürchtete, der Vater werde seine Getreuen wie Verbrecher bestrafen, ihn selbst zu einer katholischen Heirat zwingen. Die feindliche Stimmung des Vaters schrieb er dem Grafen Schwarzenberg zu[3]. Dieser glaubte einlenken zu müssen, um nicht zwischen dem Kurfürsten und dessen Sohn einen Bruch herbeizuführen, der, bei des erstern schwankender Gesundheit, bald dem Minister selbst hätte gefährlich werden können. Zur Beruhigung sandte er im Dezember 1637 den Kammerjunker von Marwitz nach Holland; der sollte dem Kurprinzen versichern: man denke nicht daran, „ihn in eine unangenehme Heirat zu stecken oder an solche Orte zu senden, die ihm widrig wären"[4]. Nun nahm Friedrich Wilhelm von der Oranischen und zumal von der ihm so teuren Pfälzer Familie traurigen Abschied. Der Liebesroman seines jungen Lebens war zu Ende! Im Mai 1638 trat er die Rückreise von Holland an, in dem er vier glückliche und fruchtbare Jahre verbracht hatte. Auf einem Schiffe, das ihm die Generalstaaten gestellt, fuhr er von Amsterdam nach Hamburg. Zu Spandau traf er seinen Vater. Die Versöhnung war äufserlich hergestellt, aber im Grunde des Herzens bewahrten einander beide Argwohn und Mifstrauen.

---

[1] G. v. Raumer, II, 15.

[2] Droysen, III, I, 174 f.

[3] Man sehe sein Schreiben an die klevische Regierung v. 1./11. Nov. 1637; G. v. Raumer, II, 41 ff.

[4] Cosmar, 295.

Vor allem jedoch hegte Friedrich Wilhelm lebhaften Verdacht gegen Schwarzenberg. Noch später hat er ihn in amtlichen, zur Veröffentlichung bestimmten Staatsschriften der Bestechlichkeit geziehen[1]. Alle Gegner des Günstlings scharten sich um ihn: unter ihnen besonders der ehr- und machtbegierige, unternehmende Oberst Konrad von Burgsdorf. Des Prinzen Mutter und Grofsmutter, „das ganze kurfürstliche Frauenzimmer," beeinflufsten ihn in demselben Sinne; als Getreuer der Kurfürstin auch Generalmajor Georg Ernst von Wedel, ein einsichtiger, klassisch gebildeter, patriotischer und wahrhaft frommer Offizier, der nach dem Prager Frieden den schwedischen Dienst verlassen hatte und nun dem Kurprinzen nahe trat[2]. Wenn die klevischen Stände mit ihrem stets erneuten Wunsche, den Prinzen, dem sie einen jährlichen Ehrensold von 6000 Reichsthalern boten, zum Statthalter zu bekommen[3], beharrlich abgewiesen wurden, legte Friedrich Wilhelm dieses ihm sehr schmerzliche Ergebnis dem Minister zur Last, so eifrig dieser auch einer derartigen Annahme widersprach. Äufserlich wurden freilich höfliche Beziehungen aufrecht erhalten, bis eine bald nach des Kurprinzen Rückkehr eintretende Katastrophe den Argwohn in hellen Flammen aufschlagen liefs. Nach einem Gastmahl, das Schwarzenberg dem Hofe gab, erkrankte Friedrich Wilhelm; sein ganzer Körper bedeckte sich mit roten Flecken, und das Fieber wurde so heftig, dafs man für das Leben des jungen Fürsten fürchtete. Es waren in Wahrheit die Masern, von denen ihn die Pflege des Leibarztes Dr. Weifs bald befreite[4]; der Patient aber war fest überzeugt, er sei von dem Grafen vergiftet worden, und zwar auf Befehl des Kaisers, der den Ketzer habe aus dem Wege räumen wollen. An dieser Ansicht hat er Zeit seines Lebens festgehalten[5]. Schwäche und ein häfslicher Aussatz, die noch jahrelang zurückblieben, bestärkten ihn in seinem Argwohn.

---

[1] In einem offenen Brief an den Herzog von Neuburg, v. 8. Dez. 1645; Münzer, Die brandenb. Publizistik unter dem Grofsen Kurfürsten (Märk. Forschungen, XVIII [1884]) S. 231.

[2] Über Wedel: Meinardus, Bd. I S. L f., und Lorentzen, Die schwed. Armee im Dreifsigjähr. Kriege, passim.

[3] Schwarzenberg an den Kurprinzen, 9./19. Nov. 1640.

[4] Ms. Schookius, S. 140.

[5] Cosmar sucht die Erzählung des Dr. Garliep v. d. Mühlen, der Grofse Kurfürst habe ihm dies alles selber berichtet, in Zweifel zu ziehen;

Kaum war der Prinz einigermafsen genesen, als er den Vater nach Preufsen begleiten mufste, im September 1638. Solcher Entschlufs entsprang der Verzagtheit des Kurfürsten, der sich dem elenden Zustande der Marken entziehen wollte, vielleicht auch den Ratschlägen Schwarzenbergs, der dort als Statthalter mit den ausgedehntesten Vollmachten zurückblieb. Der Kurerbe kam aber in Preufsen in die traurigste Lage. Er sah sich „von allen consiliis ausgeschlossen“, dabei in kläglicher Dürftigkeit erhalten, vom eigenen Vater wie ein „Wildfremder“, ja wie ein Kind behandelt[1]. In seiner Verzweiflung wandte er sich um Abhilfe sogar an Schwarzenberg; dieser, in Hinblick auf eine nahe Zukunft, schritt thatsächlich für ihn bei Georg Wilhelm ein. Allein dessen Gemüt war durch den seit lange gegen den Prinzen gehegten Verdacht derart vergiftet, dafs er auf die wiederholten Vorstellungen des Heermeisters gar keine Antwort gab[2]. Friedrich Wilhelm aber sah darin nur wieder die Wirkung heimlicher Umtriebe des Ministers, der ihn verfolge, weil er sich dessen verderblichen Ratschlägen widersetze[3].

Mit dem Jahre 1639 verfielen Vater und Sohn in hitziges Fieber, das man von neuem dem bei jenem verhängnisvollen Gastmahle gereichten Giftwein zuschrieb. Friedrich Wilhelms jugendlich kräftiger Körper genas auch von diesem Leiden, das sich nur in einer, bei seiner Lage ohnehin erklärlichen Niedergeschlagenheit fortsetzte. Georg Wilhelm aber, schon längst durch eine Wunde am linken Schenkel geschwächt, die nicht heilen wollte und sich nun auf das rechte Bein übertrug, verfiel der Wassersucht, deren Fortschritte durch seinen Kummer über die traurige Lage der Marken befördert wurden. Anfang 1640 wurde er so hinfällig, dafs er auf einem Sessel getragen werden mufste; Lungenentzündung gesellte sich seinen übrigen Krank-

---

allein sie wird durch des Kurfürsten Äufserungen an den englischen Gesandten Southwell i. J. 1680 (Friedr. v. Raumer, Beiträge z. neuern Gesch., III, 445), sowie durch Pufendorf (XIX, 102) bestätigt. — Des Kurprinzen Tante, Königin-Witwe Maria Eleonora v. Schweden, beschuldigt den früheren Hofmarschall Berndt v. Waldow, er habe bei diesem und ähnlichen Anschlägen dem Heermeister beigestanden und dessen Sohn zum Besitze der Kurmark verhelfen wollen; Meinardus, I, 511.

[1] Instruktion Friedr. Wilhelms an seinen Gesandten nach Schweden, 1. Mai 1641; Briefe u. Akten, I, 523.

[2] Cosmar, 306 ff.

[3] Droysen, a. a. O., S. 203 Anm. 1.

heiten hinzu. Im Oktober ward er bettlägerig. Am 26. November wurden ihm seine Qualen unerträglich; er seufzte: „Aus diesem Bette werde ich nicht mehr aufstehen,“ und ein Mal über das andere rief er aus: „Herr Jesus, befreie mich von diesen Schmerzen.“ Wirklich besserte sich nach einer Vorlesung aus dem Propheten Jesaias sein Befinden etwas; aber der Kräfteverfall nahm bald wieder zu, und am 1. Dezember 1640, neuen Stiles, verschied er, im 45. Lebensjahre. Friedrich Wilhelm war nun Kurfürst.

Wie sein grofser Urenkel Friedrich II. hatte er Schweres in seiner Jugend zu erdulden, mit einem unfreundlich gesinnten Vater und dessen ihm feindlichen Räten zu kämpfen gehabt. Die Gröfse und Tüchtigkeit beider Fürsten zeigt sich darin, dafs die Kümmernisse und die Verletzung der natürlichsten Gefühle ihre Kraft nicht zu brechen vermochten, sondern im Gegenteil stählten und festigten für die gewaltigen politischen Schwierigkeiten und Kämpfe, die ihnen als Herrschern bevorstanden. Viel bedenklicher aber war für den zwanzigjährigen Friedrich Wilhelm die Lage der Dinge bei seiner Thronbesteigung, als genau ein Jahrhundert später für den achtundzwanzigjährigen Friedrich II. Während dieser vom Vater einen wohlgeordneten Staat, blühende Finanzen, ein zahlreiches und treffliches Heer ererbte, hat der Grofse Kurfürst ein Land übernehmen müssen, das sich in völliger Auflösung befand, weder Armee noch Geld besafs, und in dem Fremde mehr Macht hatten und übten, als der Fürst selber. Ich habe, sagte er dreifsig Jahre später, bei meinem Regierungsantritte keine Freunde gefunden, sondern nur Feinde, und keine Mittel gegen diese; alle meine Ämter und Gefälle waren versetzt, die Kurlande von Freund und Feind gleich verwüstet, die Festungen vom Notdürftigsten entblöfst und gleichsam in feindlicher Haltung. — Hier Ordnung zu schaffen und das Verlorene wieder einzubringen, war eine Aufgabe, die auch des Stärksten Kräfte zu übersteigen drohte. Wie sollte ein noch unerprobter Jüngling sie lösen?

Zweites Kapitel.

Der neue Herr.

Fern vom Mittel- und Schwerpunkte seiner Macht, der Mark Brandenburg, in dem entlegenen Herzogtum Preufsen, weilte Friedrich Wilhelm, als er in jungen Jahren zu kurfürstlicher Würde emporstieg. Die Lande, die er unter seinem Scepter vereinen sollte, bildeten eine Gesamtheit, die an Bedeutung und Gröfse, aber auch an Schwierigkeit der Verwaltung und Leitung alle andern Fürstentümer des deutschen Reiches weit übertrafen. Zu dem Kernlande, der Kurmark, waren seit dem Jahre 1609 aus der Jülicher Erbschaft das niederrheinische Herzogtum Kleve und die westfälische Grafschaft Mark nebst einigen kleineren Gebieten, seit dem Jahre 1618 das östliche Preufsen gekommen, letzteres freilich nur als Lehnsherzogtum der Krone Polen. Damit war schon an sich der kurbrandenburgische Staat in ganz eigener Weise über die lokale Beschränktheit der anderen deutschen Länder emporgewachsen. Neben die kühle niedersächsische Art des Stammgebietes stellten sich der beweglichere Sinn der Rheinländer, beeinflufst von der höheren Kultur des nahen Holland, sowie das trotzige, selbstbewufste und doch gemütreiche Wesen des Preufsentums, das wieder polnischen Einflüssen zugänglich war. Der Herr all dieser Lande war berufen, nicht nur, wie seine Genossen, das öde, kleinliche und selbstsüchtige Getriebe der alltäglichen Reichspolitik mitzumachen: er wurde durch den Besitz jener Grenzprovinzen in die grofsen europäischen Fragen und Verwickelungen mit hineingezogen, allerwärts Verteidiger deutschen

Volkstums gegen die Fremden. In dem militärischen und kommerziellen Kampfe um die Niederlande liefen am Niederrhein die Fäden der spanischen, holländischen, französischen und englischen Politik zusammen — es handelte sich darum, ob hier ihre Verstrickung die brandenburgische Herrschaft erwürgen, oder ob diese inmitten jener eine einflufsreiche, ja mafsgebende Stellung sich erwerben würde. Preufsen aber war für den gesamten Norden und Osten wichtig durch seine Häfen — Pillau mit Königsberg, sowie Memel —, die damals eine viel gröfsere kommerzielle Bedeutung besafsen als heutzutage. Schweden, Dänemark, England, die Niederlande, Polen, bald auch Rufsland stritten um die Beherrschung der Ostsee, das dominium maris Baltici. Keine dieser Mächte konnte auf Einflufs in jenen Häfen verzichten; für sie alle war die Parteinahme des Herzogs von Preufsen von ausschlaggebender Wichtigkeit. Auch hier mufste die Tüchtigkeit des Regenten und seiner Räte entscheiden, ob die verwickelten Verhältnisse ihn zum willenlosen Werkzeuge fremden Willens oder zum selbstherrlichen Schiedsrichter der sich durchkreuzenden und bekämpfenden Interessen der anderen Staaten machen würde.

Man sieht, die Aufgaben waren grofs, mannichfach, überaus schwierig. Bisher war noch nicht der Anfang mit ihrer Lösung gemacht. Allzu neu waren sie für Volk und Fürsten, die beiderseits in der vollen Beschränktheit der überkommenen lokalen Verhältnisse befangen blieben, von der Bedeutung der gemeinsamen Macht und der gemeinsamen Ziele keine Ahnung besafsen. Der Klever, Brandenburger, Preufse hatte Sinn und Neigung nur für die engere Heimat; er dachte nicht daran, dafs er nunmehr einem gröfseren und umfassenderen Ganzen angehörte. Im Gegenteil, die verschiedenen Provinzen suchten sich nur um so eifersüchtiger voneinander abzuschliefsen; um dem Einflusse des gemeinsamen Landesherrn entgegen zu wirken, bildeten sie geflissentlich die Gerechtsame der ständischen Vertretung, ihrer besonderen „Libertät“ heraus. Auch die Hohenzollernfürsten waren bisher keineswegs in ihre hohe Aufgabe hineingewachsen, die für ihre bescheidene Begabung allzu neu und gewaltig erschien. Sie trieben für jedes ihrer Lande partikularistische Politik, ohne sich zu allgemeinen Gesichtspunkten erheben zu können. Als nun gar die furchtbaren Wirren des Dreifsigjährigen Krieges sich geltend machten unter einem so schwachen und beschränkten

Regenten, wie Georg Wilhelm es war — da brach das Gebäude der brandenburgischen Macht hilflos zusammen, und die Zahl und Ausdehnung ihrer Besitzungen schien nur deren völlige Auflösung herbeiführen zu sollen. Ein Zusammenhang war überhaupt nicht mehr wahrzunehmen.

Die klevischen Lande waren neutral erklärt worden. Allein das stand nur auf dem Papier. Sie waren teils von den Holländern, teils von den Hessen, teils von den Kaiserlichen besetzt. Die Generalstaaten machten in Kleve eine alte Schuld, die sogenannte Hofysersche, geltend, die mit Zinseszinsen zu gewaltiger Höhe — an 1½ Millionen Gulden — angeschwollen war. Gerade bei der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms belegten sie zur Befriedigung ihrer Ansprüche die gesamten herzoglichen Renten und Gefälle in Kleve mit Beschlag und nahmen die Steuer- und Finanzbeamten in Pflicht. Alle diese Plagen und Wirrungen hatten die Gemüter der Klever und Märker gegen die ohnmächtige Regierung Brandenburgs erbittert. Im Jahre 1637 hatten ihre Stände eine Union geschlossen, in der sie sich dem Landesherrn ganz unabhängig gegenüberstellten und von vornherein jede Steuer ablehnten, bis alle ihre Forderungen von dem Kurfürsten genehmigt seien. Nur den Namen der Herrschaft besafs dieser noch in Kleve-Mark; im Grunde bildeten diese Lande eine unter der Botmäfsigkeit der Fremden stehende Republik.

Das Herzogtum Preufsen war freilich seit dem 1635 zwischen Schweden und Polen zu Stumsdorf geschlossenen Frieden von den feindlichen Heeren geräumt und dem Landesherrn überlassen worden. Voll Stolz auf den friedlichen Zustand Preufsens, inmitten der blutigen Welthändel, konnte Georg Wilhelm eine Münze prägen mit Darstellung landwirtschaftlicher und kommerzieller Thätigkeit, sowie mit der Umschrift: Talis ego aureolam tranquilla Borussia pacem Raro divorum munere nacta color. Allein die glückliche Lage der Provinz kam dem Landesherrn wenig zu gute. Die Macht der Stände — Adel und Bürgerschaft der gröfseren Städte — war hoch entwickelt, wurde eifersüchtig gewahrt und von Polens Krone und Reichstag wirksam gegen den Kurfürst-Herzog geschützt. Der Kanzler durfte den Verordnungen der Herzogs die Siegelung verweigern; die Oberräte verwalteten die landesherrlichen Domänen und Regalien; der Landtag war in allen wichtigen Angelegenheiten zu befragen. Gerade die Organe der landesherrlichen Regierung, die Ober- und Regimentsräte,

waren die entschiedensten Gegner des fürstlichen Einflusses, so dafs er in Preufsen eigentlich gar kein Werkzeug seiner Macht besafs. Unaufhörlich mischten sich die Polen in die innern Angelegenheiten ihres Lehnslandes, immer in dem Sinne, die Thätigkeit des Brandenburgers zu beschränken, ihn schwach und abhängig zu erhalten. Der Gegensatz zwischen dem lutherischen Bekenntnisse der Unterthanen und dem reformierten des Kurfürsten verbitterte beständig deren Verhältnis. Hatten doch 1619 die Stände einen „kalvinischen" Herzog überhaupt nicht anerkennen wollen! Anstatt einmütig gegen die stets wachsenden polnischen Ansprüche zusammenzuhalten, verklagten sich Fürst und Stände wechselseitig in Warschau und machten so die Fremden vollends zu Herren des Landes. Der Tod Georg Wilhelms setzte die Hohenzollern ganz aufser Besitz, bis der neue Herzog Huldigung geleistet und Belehnung erhalten haben würde; es stand dahin, welche Bedingungen ihm dafür die Krone Polen und die preufsischen Stände zu stellen gedachten.

Am ehesten hätte man Verständnis und Eifer für das Gesamtinteresse des Staates in dessen Mutterlande und Mittelpunkte, der Mark Brandenburg, erwarten sollen. Aber davon war keine Rede. Auch hier dachten die Stände nur an kleinen persönlichen Vorteil, wollten für das Ganze nichts thun. Was wäre bei einer grofsen kräftigen Politik, bei einer ansehnlichen Streitmacht aus ihrer „Libertät" geworden? Sie meinten nur stark zu sein, wenn der Landesherr schwach wäre. Übrigens waren auch sie als eifrige Lutheraner über dessen reformiertes Bekenntnis äufserst erbittert. Der gleichfalls aus Reformierten bestehende Geheimrat, der das Gesamtinteresse der Hohenzollernschen Lande wahrzunehmen bestimmt war, erschien ihnen geradezu als Feind. In Berlin wurde offen gegen die kalvinischen Sakramentsschänder — den Kurfürsten mit einbegriffen — gepredigt. Nur los von ihnen wollten die Stände: bald wünschten sie zu ihren lutherischen Glaubensgenossen, den Schweden, bald sogar zum Kaiser überzutreten; denn die Katholiken seien immer noch besser als die Kalviner, mit deren Religion es doch zu Ende gehe[1]. In der bittersten Not des Vaterlandes versagte die Ritterschaft den gesetzlichen Kriegsdienst, verwarfen die Stände die Bewilligung der Mittel zur Aushebung eines auch nur mäfsigen Söldnerheeres,

[1] Droysen III, 1, 34. 59 f. 162.

forderten sie die Auflösung der vom Kurfürsten aus eigenen Mitteln aufgestellten Regimenter. Einen kräftigen Rat in entscheidender Lage zu geben vermieden sie stets — schon damit ihnen nicht aus dessen Folgen etwaige Lasten erwachsen möchten. Freilich durften sie für ihr klägliches und kurzsichtiges Gebaren eine gewichtige Entschuldigung anführen: die Politik Georg Wilhelms war so schwächlich, seine Verwaltung so mangelhaft, dafs sie zu diesem Fürsten kein Vertrauen hegen und für ihn keine Opfer bringen mochten.

Endlich, im Jahre 1637, hatte der Kurfürst einen verzweifelten Entschlufs gefafst, sich aus so übler Lage zu ziehen. Er, der schwächliche, wunde Mann, der sich nur in einer Sänfte fortbewegen konnte, liefs sich vom Kaiser zum „Generalissimus" ernennen und beträchtliche Hilfsgelder zur Aufstellung eines Heeres von 25 000 Mann geben, die vor allem die Schweden aus Pommern zu vertreiben bestimmt waren. Allerdings sollten diese Scharen, wie dem Kurfürsten, so auch dem Kaiser schwören; indes das war eine Pflicht, die allen Truppen der Prager Verbündeten oblag[1]. Dafs Georg Wilhelm nicht thatsächlich das Kommando übernehmen konnte, lag auf der Hand; dazu wurde als „General" der Sachse Johann Kaspar von Klitzing ausersehen. Aber in der kläglichen Historia des Reichskriegswesens giebt es kein traurigeres Blatt, als die Geschichte dieser ersten gröfsern brandenburgischen Armee. Der „Generalissimus" bringt sich baldigst nach Preufsen in Sicherheit. Der „General" denkt nur daran, Reichtümer zusammenzuscharren, steckt die Werbegelder in die eigene Tasche und geht dann in welfische Dienste[2]. Die Obersten ahmen sein Beispiel in Veruntreuung des kurfürstlichen Geldes nach, rauben und plündern im Lande und halten ihre Soldaten zu ähnlichem Treiben an. Will man sie zur Rechenschaft ziehen, so pochen sie darauf, dafs sie vor allem des Kaisers seien, und treten in dessen Dienste über, womit sie ihre Beute in Sicherheit bringen. Der eine liefert die ihm anvertrauten Festungen dem Kaiser, der andere gar den Schweden aus. Für 25 350 Mann waren Werbepatente und Gelder gegeben worden — im Juli 1638

[1] Cosmar, 319.

[2] Über diese traurigen Persönlichkeiten und Verhältnisse lese man die erschöpfende aktenmäfsige Darstellung bei Th. v. Mörner, Märkische Kriegsobersten des 17. Jahrhunderts (Berlin 1861), S. 153 ff. 209. 211. 217 ff. 247 ff.

waren noch nicht 10000 beisammen. Kaum war der Feldzug begonnen, so zergingen die unbezahlten und ungenährten Regimenter mit unheimlicher Schnelligkeit, „wie Schaum auf dem Wasser“; schon Anfang September hatte die kaiserlich-brandenburgische Armada nur noch 1100 Mann im Felde, war die sehr starke Artillerie völlig verloren gegangen. Diese geringfügigen Streitkräfte erlitten allerorten Niederlage. Bei dem Tode Georg Wilhelms beliefen sich die gesamten brandenburgischen Streitkräfte zu Rofs und zu Fufs noch auf 6700 Mann. Das Gelüst eines eigenen grofsen Heeres hatte ungeheure Summen gekostet und dem ohnehin erschöpften Lande mafslosen Schaden bereitet. Die schwachen Reste lagen in den Festungen, und anstatt die Unterthanen des Kurfürsten zu schützen, plünderten sie solche grausam aus. Um den Landesherrn kümmerten sie sich nicht, und ihre Offiziere gehorchten höchstens den Befehlen des Statthalters Schwarzenberg, der nach Klitzings Abgang die „Direktion des Kriegsstaates“ übernommen hatte. Nur ein Oberst hielt sich von ihm fern: Konrad von Burgsdorf in Küstrin, ein unruhiger, habsüchtiger, ehrgeiziger und intriganter Mensch, allein mutig, scharfblickend und von einer gewissen Fürstentreue und patriotischen Gesinnung. Er war längst Schwarzenbergs Feind und suchte ihn mit Hilfe des Kurprinzen zu verdrängen[1].

Bei solcher Auflösung des Heeres und derartigem Verfalle von Unterordnung und Gehorsam lag die Kurmark jedem Gewalthaber zu beliebigem Mifsbrauch offen. Da befahl der Kurfürst von Sachsen, die südlichen Ämter zu verheeren, raubten die Kaiserlichen den Westen, die Schweden den Nordosten aus: keiner wollte dem andern etwas zu stehlen übrig lassen. Hungersnot und Pest räumten unter der armseligen Bevölkerung in entsetzlicher Weise auf. Die Einwohnerschaft der Hauptstadt Berlin-Kölln, die 1619 etwa 12000 Seelen betragen hatte, war auf weniger als die Hälfte herabgesunken; von den 1209 Häusern der Doppelstadt standen 350 leer, und auch von den noch besetzten waren viele baufällig. Waren doch die Bürger durch Steuern des Landesherrn und stete Brandschatzungen der Feinde an den

[1] Wenn auch die Beschuldigungen, die Schwarzenberg gegen Burgsdorf erhebt (Mörner, S. 231 ff.), zum Teil der Feindschaft des Ministers gegen den Obersten zugeschrieben werden müssen, urteilen doch auch sonst die Zeitgenossen sehr hart über diesen, und zwar in ziemlich übereinstimmender Weise (Cosmar, Beilagen, S. 29 ff.).

Bettelstab gebracht! Die Vorstädte hatte Schwarzenberg völlig abbrechen lassen, damit die Schweden sich nicht darin festsetzten. Die Seuchen hatten 1631 den vierten Teil der Einwohner weggerafft; 1637 und 1638 ist mindestens ein Drittel der noch vorhandenen Bürger gestorben. Mit Ausnahme weniger Paläste der Grofsen, glichen beide Städte mit ihren schindel- und strohgedeckten Häusern viel mehr Dörfern als einer kurfürstlichen Residenz[1]. So sah es in der Hauptstadt aus, die doch einigermafsen geschont und durch die Vereinigung ansehnlicher Persönlichkeiten immerhin begünstigt war; man kann sich danach vorstellen, wie die kleinern Städte und das flache Land beschaffen waren. Vor dem Kriege betrug die Bevölkerung der mittel- und uckermärkischen Immediatstädte etwa 113500 Seelen, im Jahre 1643 nur 34050: 70 Prozent waren untergegangen. Die ländliche Population war gar von 300000 auf 75000 verringert. Die Zahl der Dörfer im Kurfürstentume hatte um die Hälfte — von 8000 auf 4000 — abgenommen. Die beiden Städte Brandenburg zählten, anstatt etwa 12000, nur noch 2500 Einwohner, Belitz anstatt 1000 noch 50, Prenzlau anstatt 9000 noch 600, Osterburg anstatt 2500 noch 125, Strafsburg in der Uckermark noch neun Bürger! Überhaupt klagten 1643 die uckermärkischen Deputierten, in ihrer Provinz sei fast weder Mensch noch Tier übrig geblieben; es werde nicht gesäet und nicht gebaut[2]. In der Priegnitz gab es auf einem Gebiete von vier Quadratmeilen einen einzigen Prediger, der jährlich nicht mehr als vier oder fünf Kinder taufte. In der Grafschaft Ruppin waren noch vier Dörfer bewohnt. In der Zauche waren von 97 Dörfern 47 übrig, auch diese im kläglichsten Zustande[3]. Noch im Beginne des achtzehnten Jahrhunderts lagen in der Kurmark viele vor dem Kriege angebaute Äcker wüst[4].

---

[1] Fr. Nicolai, Beschreibung der Städte Berlin und Potsdam, I (Berlin 1786), S. XLII ff. 216 f. — E. Fidicin, Historisch-diplomatische Beiträge zur Gesch. Berlins (Berlin 1842), S. 516.

[2] Jastrow, Die Volkszahl deutscher Städte (Berlin 1886), S. 200 ff. — Meinardus (nach amtlichen Quellen), I, 253; II, cxxiii ff. cxl ff. 149. 151.

[3] Fr. Grofsmann, Über die gutsherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der Mark Brandenburg v. 16. bis 18. Jahrhundert (Staats- und sozialwissenschaftl. Forschungen, IX, iv [1890]), S. 69.

[4] Ms. J. P. Gundling, Leben u. grofse Thaten des Kurf. Friedrich Wilhelm von Brandenburg (Berlin, Königl. Bibliothek, Manuscr. Borussica, fol. 167) S. 64.

Nicht minder aber als Seelenzahl und Wohlstand, war die öffentliche Moral gesunken. Wie es in gefährlichen Zeiten, wo niemand des morgenden Tages sicher ist, zu geschehen pflegt, wollte man die Gegenwart geniefsen; und unter allem Elend waren Völlerei, Ausschweifungen, Kleiderpracht, Vergnügungssucht jeder Art im Schwange, in den Städten sowohl wie auf dem Lande. Überall suchten die Machthaber — Beamte, Richter, Offiziere, Edelleute — den Schwächeren und Ärmeren zu unterdrücken und zu übervorteilen[1]. Dabei lebte jeder über sein Vermögen. Der brandenburgische Geheimrat von Blumenthal beklagt sich, dafs er nur „drei oder vier mittelmäfsige Gütlein" besitze, die mit 14000 Thalern derart verschuldet seien, dafs nach seinem Tode kaum Geld genug bleiben werde, um ihm einen Sarg zu kaufen. Trotzdem findet er es sehr natürlich, dafs ihn jährlich sein Sohn 2000 Reichsthaler — 27000 Mark nach heutigem Geldwerte — und seine Stiefmutter 500 Reichsthaler — gleich 6750 Mark — kosten[2]. An das öffentliche Interesse dachte niemand.

Die finanzielle Lage war trostlos. Die Domäneneinkünfte aus der Kurmark waren von 260000 auf 35000 Thaler verringert, Kleve mit Schulden überlastet, die meisten preufsischen Kammerämter verpfändet; die Gesamteinnahmen von etwa 440000 Reichsthalern[3] reichten in keiner Weise für die öffentlichen Bedürfnisse aus: das Haus Brandenburg stand vor dem Bankerott. Wiederholt mufste man von dem Berliner Magistrat fünfzehn Thaler entleihen, um nur ein oder zwei Tage hindurch die Hofküche versorgen zu können.

Um nichts Geringeres handelte es sich für den jungen Kurfürsten, als den gänzlich heruntergekommenen und zerrütteten, fast vernichteten Staat von neuem zu begründen. Und dabei fand Friedrich Wilhelm für seine so schwierige Aufgabe aufser sich selbst keine Stütze. Unter seinen Unterthanen nur Kirch-

---

[1] Schilderung des Kanzlers von Borne an Kurf. Friedrich Wilhelm, 1641: König, Historische Schilderung von Berlin, I (Berlin 1792), S. 230 ff.

[2] Urkunden u. Aktenstücke zur Gesch. des Kurf. Friedrich Wilhelm, VI, 397.

[3] So berechnet sie für das Jahr 1640 K. Breysig (Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Bd. XVI [1892]), S. 5f. Ob diese Summe thatsächlich in die kurfürstlichen Kassen gelangt ist, erscheint mir sehr zweifelhaft.

turmsgeist, Kleinlichkeit, Gehässigkeit, Ungehorsam, Hilflosigkeit; unter seinen Dienern Selbstsucht, Habgier, Untreue, offene Verräterei. Auch nicht auf einen war Verlafs. Nicht minder war die auswärtige Politik verfahren und trostlos. Von den angeblich ihm Verbündeten suchte der Kurfürst von Sachsen lediglich Brandenburg sächsischer Führung, ja Abhängigkeit zu unterwerfen, war der Kaiser ohne Teilnahme für den Brandenburger, darauf bedacht, ihn als Vasallen unbedingt dem Hause Österreich dienstbar zu machen. Militärisch aber waren die Prager Alliierten dauernd im Nachteile gegenüber den Schweden, die in wiederholten Siegen das Feld behaupteten und das Dasein des brandenburgischen Staates selbst bedrohten. Sollte Friedrich Wilhelm mit der Politik seines Vaters brechen, zu den Schweden übertreten? Von ihnen war in keinem Falle Gutes zu erwarten. Pommern, das seit dem Tode des letzten Herzogs im Jahre 1637 nach alten Erbverträgen zweifellos den Hohenzollern gehörte, hielten sie besetzt, fest entschlossen, dieses baltische Uferland mit den wichtigen Häfen Stettin und Stralsund unter keinen Umständen herauszugeben. Sollte er im Bündnisse mit dem Kaiser verharren? Das hiefs nur das alte Elend, die bisherige nutzlose Sklaverei fortsetzen und zu Gunsten eines Alliierten, der zu helfen weder gewillt noch befähigt war, die Kurmark ganz zu Grunde richten. Wo war da ein Ausweg, eine Hoffnung auf Rettung? „Pommern ist dahin, Jülich ist dahin, Preufsen haben wir wie einen Aal beim Schwanze, und die Marken wollen wir auch vermarquetentieren“, klagt der Geheimrat von Winterfeldt dem früheren Kanzler von Götze[1].

Allein Friedrich Wilhelm verzagte nicht. Der Jüngling unternahm ebenso besonnen wie kühn das unendlich schwierige Werk, an dem wohl ein älterer erfahrener Mann verzweifelt wäre. Er war kein genialer Mensch, der mit ungeheurem Wagmut Überraschendes, nie Geahntes begonnen, die Weltgeschichte in neue Bahnen zu lenken versucht hätte. Aber er leistete für seinen Staat gerade das, wessen dieser jetzt bedurfte. Mit ruhiger, kühler und klarer Überlegung wufste der Zwanzigjährige die Lage der Dinge zu beurteilen und danach zu handeln; jeden günstigen Umstand auszunutzen; die Schwierigkeiten, die für den Augenblick nicht mit Gewalt zu beseitigen waren, zu umgehen.

---

[1] 3./13. Dez. 1640; Meinardus, I, 45.

Dabei hing er jedoch nicht von den Verhältnissen und Ereignissen des Augenblicks ab, sondern hatte stets feste und bleibende Ziele im Auge, die in dem einen Hauptzwecke gipfelten: seine Länder zu einem einheitlichen, wahren, mächtigen Staate zusammenzufassen. Jeden Weg, der dahin führte, war er einzuschlagen entschlossen, jedes Mittel ihm recht, das hierzu dienen konnte. Dafür glaubte er des göttlichen Beistandes, den er gläubig anrief und verehrte, sicher zu sein. So mufs man es auffassen, wenn er auf seine Münzen schrieb: Pro Deo et populo; so, wenn er später seinen Kindern als vornehmsten Grundsatz einprägte: „Ich will mein Fürstenamt derart führen, dafs ich weifs, es sei des Volkes Sache, nicht meine besondere.“ Er war thatsächlich der erste der Hohenzollern, der das Fürstentum über die Sphäre privater Interessen emporhob, der von dessen und des Staates Wesen eine richtige und hohe Vorstellung hegte, der sein ganzes Sein in den Dienst des Staates und damit der freilich erst zu schaffenden Nation begab.

Das Ziel war klar erkannt, aber noch wichtiger, zu dessen Erreichung den richtigen Pfad zu finden. Jeder Schritt brachte hier Gefahr, jede Unbesonnenheit und Übereilung konnte sicheres Verderben zur Folge haben. Mit ebenso vieler Bedächtigkeit wie Entschlossenheit mufste man verfahren. Friedrich Wilhelm besafs das erste Erfordernis des Staatsmannes: unter vielen gleichzeitigen Aufgaben die zunächst wichtigste herauszufinden und ausschliefslich in Arbeit zu nehmen, nicht das an sich Wünschenswerte, sondern das für den Augenblick Mögliche zu betreiben. Weder schwedisch noch kaiserlich wollte er sein, weder die Stockholmer noch die Wiener Regierung über sein Land gebieten lassen. Ruhe und Frieden wollte er ihm zurückgeben und sich in ihm vor allem zum Herrn machen, ihm seine Unabhängigkeit und damit die Möglichkeit wieder schaffen, auf eigenen Füfsen zu stehen. Es galt zunächst, der entsetzlichen Anarchie ein Ende zu bereiten. Frieden mit den Schweden, Verabschiedung der ungehorsamen Soldateska und Befreiung der kurfürstlichen Gewalt von der Persönlichkeit und Macht des ihm über Gebühr verdächtigen Schwarzenberg waren sein erstes Ziel, die Erlangung des ihm von Gott und Rechts wegen durch Erbfall gehörigen Pommerns das weitere.

Für immer bewundernswert wird es bleiben, wie er in Verwirklichung dieser Absichten verfuhr. Er durfte es weder wagen,

die einzige Autorität, die in den Marken noch bestand — die Schwarzenbergs — gegen sich ins Feld zu rufen, noch sich den Kaiser zum Feinde zu machen, ehe ein leidliches Verhältnis zu Schweden hergestellt war. Er blieb also in Preufsen, wo er, trotz aller sonstigen Schwierigkeiten, mindestens für seine persönliche Freiheit nichts zu besorgen hatte. Von hier aus bestätigte er zunächst Schwarzenberg in dessen Würde und Gewalt als Statthalter der Marken, und zwar in den schmeichelhaftesten Ausdrücken und unter Versicherung der „gnädigsten Affektion und allerwohlgeneigtesten Willens wegen des Herrn Meisters treuer, guter und nützlicher Dienste“. Selbst die Fortsetzung des Krieges gegen die Schweden trug er ihm auf[1]. Der Heermeister triumphierte; die schwere Krise, die er stets gefürchtet hatte, war überwunden: was konnte nun seinem Glücke noch hinderlich sein? Gegen den Willen der Stände setzte er für die ihm ergebenen Regimenter ein höheres Traktament fest, rief durch nutzlose Streifzüge weniger Reiterkompagnien gegen die Schweden deren übermächtigen Angriff hervor, brannte gegen des Kurfürsten ausdrücklichen Befehl die Vorstädte von Berlin und Kölln nieder.

Allein bald mufste er wahrnehmen, dafs der neue Herr ihm nicht so günstig gesinnt sei, wie er gehofft hatte. Friedrich Wilhelm berief Räte, die dem Heermeister feindlich waren, nach Königsberg; er gab den Obersten, auf die er sich verlassen konnte, wie besonders Konrad von Burgsdorf, unmittelbare Befehle, ohne sich um den „Direktor des Kriegswesens“ zu kümmern; er ordnete diesem selbst Beamte zu, die ihm durchaus mifsliebig waren. Vor allem aber trat er auf die Seite der kurmärkischen Stände, die zur Rettung des unglücklichen Landes Neutralität sowie Verminderung der zuchtlosen Soldatenhorde, der schlimmsten Plage, forderten. Die kleinlichen und selbstsüchtigen Gesichtspunkte der Herren Stände waren nicht die des Kurfürsten — aber für den Augenblick stimmten die nächsten Ziele überein. Er befahl also, schon sechs Wochen nach seiner Thronbesteigung, keine Feindseligkeiten gegen die Schweden mehr zu unternehmen, nur die Festungen gegen sie zu verteidigen, in allem auf baldige Herstellung des Friedens hinzusteuern. Ja, er gebot dem Minister,

---

[1] Instruktion Friedr. Wilhelms für Werner v. d. Schulenburg an den Grafen Adam v. Schwarzenberg, 2. Dez. (n. St.) 1640; Urkunden u. Aktenstücke, I, 373 ff.

darauf zu denken, wie ein förmlicher Waffenstillstand mit den bisherigen Feinden zustande kommen könne[1].

So enthüllte Friedrich Wilhelm seine wahren Absichten. Wie er es wohl erwartet, blieben die Gegenwirkungen nicht aus. Die Offiziere wollten sich die ihnen bequeme Ungebundenheit nicht nehmen lassen und verweigerten den Eid für den neuen Kurfürsten, da sie dem Kaiser geschworen hätten; sie und ihre Soldaten meuterten gegen den geringen Sold, den ihnen Stände und Fürst zudachten. Sie plünderten das Land nach Gefallen; zog man sie zur Verantwortung, so sagten sie, sie seien kaiserliche Reiter und sähen die Sache nicht so schlimm an[2]. Schwarzenberg bestärkte sie in ihrem Widerstande und verhinderte jede Bestrafung der Schuldigen. Um das Friedenswerk unmöglich zu machen, berief er die Kaiserlichen und die mit ihnen verbündeten Sachsen in die Mark[3]. Wohl empfand er, daſs der von dem Kurfürsten an die Kommandanten erteilte Befehl, sie sollten die Zumutung, kaiserliche Besatzung in ihre Festungen aufzunehmen, zurückweisen, von wem sie auch komme, gegen ihn selber gemünzt sei[4]. Er lieſs sich hören, „er befürchte, es werde eine terrible Resolution genommen werden müssen". Wenn der Heermeister kühn den Aufstand wagte, indem er sich auf die ihm ergebenen Truppen, den Kaiser und Sachsen stützte, so konnte er sich allerdings zum Herrn der Kurmark machen.

Allein der betagte und kränkelnde Mann hatte nicht den Mut zu der „terriblen Resolution". Er raffte sich nur zu Vorstellungen und Denkschriften an den Kurfürsten auf. Dieser aber handelte mit Entschlossenheit und kühner Zuversicht. Nach Burgdorfs Vorgang waren einige Obersten zu ihm übergetreten. Nun erlieſs er Befehl auf Befehl, mit überwältigender Geschwindigkeit, die den bedrohten Minister nicht zur Besinnung kommen lieſs und mit immer gröſserer Trauer und Angst erfüllte. Der frühere Kanzler Götze ward nach Königsberg berufen und in sein hohes Amt wieder eingesetzt; in den Marken wurde der Geheime Rat neu gebildet und mit einer Macht ausgerüstet, die die des

[1] Instruktionen an Schwarzenberg v. 18. 23. Jan. 1641; Urk. u. Aktenst. I, 396. 405, sowie Meinardus, I, 100.

[2] Kurfürstl. Verordnung v. 25. Jan. 1641; Meinardus, I, 181.

[3] Schwarzenberg an den Kurfürsten, 25. Jan. 1641; Urk. u. Akt. I, 410.

[4] Meinardus, I, 29 f. 106. 110.

Statthalters matt legte; diesem ward die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten entzogen, schliefslich geradezu Rechenschaft über seine letztjährige Geschäftsführung abverlangt, unter scharfem Tadel wegen der Niederbrennung der Berliner Vorstädte. Die offenbare Ungnade des Kurfürsten, über die Schwarzenberg auch von aufserhalb befremdliche Nachrichten erhielt, sein unmittelbar bevorstehender Sturz von der noch soeben behaupteten Höhe fürstlicher Gewalt erschütterten ihn schwer. Seine tiefe Kümmernis artete in heftiges Fieber aus, und neue Aufregungen führten einen Schlaganfall herbei, der am 14. März 1641 seinem Leben ein Ende machte[1]. Der Hafs und Verdacht, die ihn noch in seine Gruft verfolgt haben, waren nicht gerechtfertigt. Freilich hatte er sich inmitten des allgemeinen Elends und bei der alles lähmenden Verarmung des Landesherrn persönlich sehr bereichert[2], aber solche gewissenlose Habgier war bei den damaligen Generalen und Staatsmännern allgemein und fast selbstverständlich. Sonst hatte er treu zu dienen geglaubt und war ein Opfer der irrtümlichen Annahme geworden: als Fremder und Andersgläubiger sich unter den entfesselten Leidenschaften jener Zeit an der Spitze eines grofsen Reichsfürstentums behaupten zu können.

Durch sein Hinscheiden war die Partei des Ungehorsams in den Marken des Mittelpunktes und der Führung beraubt, der Sieg Friedrich Wilhelms entschieden. Er benützte mit Eifer und Entschlossenheit die wachsende Gunst der Lage. Die Obersten und Offiziere, die sich ungehorsam erwiesen oder zu Klagen Veranlassung gegeben hatten, wurden entlassen, mehrere mit Verhaftung und gerichtlicher Untersuchung bedroht. Das von Georg Wilhelm dem verstorbenen Minister geschenkte klevische Domanialgut Huyssen ward wieder eingezogen. Zwar kam nun der junge Graf Johann Adolf von Schwarzenberg nach Berlin und suchte hier des Vaters Partei um sich zu sammeln. Nicht zufrieden mit dessen überaus reicher fahrender Habe, die ihm anstandslos ausgefolgt wurde, nahm er als dessen Koadjutor im

---

[1] Die amtlichen und vertraulichen Berichte über Schwarzenbergs Tod, die alle früher gern geglaubten Märchen von seinem gewaltsamen Ende schlagend widerlegen, bei Cosmar, a. a. O., Beilage XI, S. 54 ff., und bei Meinardus, I, 183 f.

[2] Meinardus, I, LXV ff. — Diese von M. festgestellten Thatsachen stehen denn doch mit seiner überschwänglich günstigen Meinung betreffs Schwarzenbergs im Widerspruch.

Herrenmeisteramt die zu diesem gehörigen Güter in Anspruch; die meuterischen Obersten schlossen sich ihm an; der Kommandant von Berlin, Kracht, stellte ihm Wachen vor die Thür, als sei er der höchste Beamte. Die Gewaltthätigkeiten der Soldaten gegen die wehrlosen Bewohner der Kurmark, besonders gegen mifsliebige Geistliche und Edelleute, begannen von neuem; Oberst Rochow weigerte dem kurfürstlichen Geheimen Rate geradezu den Gehorsam [1]. Auch sonst rührten sich die Anhänger der Schwarzenberg im Lande, der Kaiser und der sächsische Kurfürst traten für sie ein.

Aber diese Widersetzlichkeit konnte ihre Sache nicht mehr retten, nur ihnen persönliches Verderben bringen. Friedrich Wilhelm sandte einen neuen Statthalter ins Land: seinen nächsten Agnaten und präsumptiven Nachfolger, den mit seiner Schwester Luise Charlotte verlobten Markgrafen Ernst, den Sohn des wegen seiner mutigen Verteidigung des Protestantismus von Kaiser Ferdinand II. geächteten Johann von Brandenburg-Jägerndorf. Diese Ernennung war ein ganzes Programm. Auch begleitete den Markgrafen der treffliche Generalmajor von Wedel, der noch soeben den jungen Kurfürsten im Sinne einer vorsichtigen Wiederherstellung des Friedens beraten hatte [2]. Die Stände wurden von neuem einberufen, und indem sie mit dem vollen Gewichte ihres altüberkommenen Ansehens dem allgemeinen Wunsche des Landes nach Frieden kräftigen Ausdruck gaben, entmutigten sie die Gegner. Konrad von Burgsdorf griff zu Gunsten der kurfürstlichen Autorität mit fester Hand und grofser Kühnheit ein. Der schlimmste und gewaltthätigste unter den Obersten, der Kommandant von Spandau, Rochow, wurde nach Berlin gelockt, dort auf des Kurfürsten eigenen Befehl in Verhaft genommen und mit peinlichem Prozesse bedroht. Dasselbe Schicksal stand den Obersten von Goldacker in Brandenburg und Kracht in Berlin bevor; sie entwichen noch rechtzeitig zu den Kaiserlichen. Dem jungen Schwarzenberg wurden die Heermeistergüter nicht ausgefolgt, die Wachen entzogen; als man chiffrierte Briefe von ihm an einen kaiserlichen Minister auffing, in denen er sich feindseliger Ausdrücke über den Kurfürsten und dessen neue Räte bedient hatte, wollten die Stände auch ihm den Prozefs gemacht

[1] Relation der Geheimräte v. 19./29. April 1641; Meinardus, I, 243 f.
[2] Man sehe seine Denkschrift v. Dez. 1640; ebendas. S. 31 ff.

sehen. Er hielt sich in den Marken nicht mehr für sicher und entfloh, begleitet von Rochow, in der Nacht des 6. August 1641 heimlich zu dem kaiserlichen Heere[1].

Damit war die meuterische Verschwörung entwaffnet, vernichtet, aber die Gefahr noch nicht beseitigt. Die Kaiserlichen und Sachsen machten Miene, den Kurfürsten für seinen angeblichen Abfall zu züchtigen, während die Schweden, mit denen er ja offiziell noch im Kriegszustande lebte, sich plündernd und mordend im Lande ausdehnten, Festungen einnahmen, mit den verzweifelnden Bauern sich in förmlichen Gefechten herumschlugen.

Diesem unleidlichen und gefährlichen Zustande mufste vor allem ein Ende gemacht, die Kurmark befriedet werden. Schon wenige Tage nach seinem Regierungsantritte hatte Friedrich Wilhelm mit dem schwedischen Legaten Salvius in Hamburg Verhandlungen wegen einer Waffenruhe angeknüpft, am 4. März 1641 die Abgeordneten der kurmärkischen Stände über eine solche befragt[2]. Der schwedische Reichsrat Lilljestrom, der in Spandau als Kriegsgefangener safs, ward ohne Lösegeld frei gegeben; ein brandenburgischer Reiterführer, der das von Schweden besetzte Mecklenburg plündernd überzogen, in Berlin hingerichtet[3]. Nun sandte der Kurfürst Anfang Mai 1641 Gerhard Rumelian von Leuchtmar, den Bruder seines bisherigen Erziehers, an den schwedischen Reichskanzler Oxenstierna, unter dem Vorwande, diesem den Wechsel der Regierung offiziell anzuzeigen, in der That aber, um einen Waffenstillstand mit ihm abzuschliefsen[4]. Es gelang dem thatkräftigen und klugen Manne nach wenigen Wochen. Vom 24. Juli 1641 ist die Stockholmer Übereinkunft zwischen Schweden und Brandenburg datiert, die auf zwei Jahre Gültigkeit haben sollte, dann aber stillschweigend verlängert worden ist. Freilich waren die Bedingungen derart, dafs man wohl sah, die Brandenburger seien die Bittenden, die Schweden die Gewährenden: diese behielten das Recht der Besatzung in Driesen, Frankfurt, Landsberg, Krossen, Gardelegen, sowie der Schanze Werben oder, in Ermangelung der letztern, den übrigen Festungen der Altmark,

---

[1] S. den Bericht des Geh. Rates an die brandenb. Gesandten in Regensburg, 4./14. Aug. 1641; U. u. A., I, 757.

[2] Meinardus, I, 171. II, xxxv.

[3] Ms. Schookius, S. 167 f.

[4] U. u. A., I, 522 ff.

auch die Befugnis friedlichen Durchzugs durch die Marken, falls solcher notwendig werde. Der Kurfürst erlangte kein anderes Zugeständnis, als daſs den Gewaltthaten der Schweden in den Marken ein Ende bereitet und diese der Notwendigkeit, zahlreiches Kriegsvolk zu unterhalten, enthoben wurden[1]. Die wenig ehrenvolle, für die Unabhängigkeit Brandenburgs ebenso wie für seine guten Beziehungen zum Kaiser gefährliche Bedingung, daſs ein ständiger schwedischer Kommissar in Küstrin die Interessen der Schweden und Pommern — deren rechtmäſsiger Landesherr doch Friedrich Wilhelm zu sein behauptete — wahrnehmen sollte, gab diesem Fürsten den Vorwand, die förmliche Ratifikation des an sich so ungünstigen Vertrages zu verzögern.

Immerhin war in der Hauptsache die Absicht des Kurfürsten erreicht. Nun konnte er auch die Abschaffung der unbotmäſsigen Soldateska betreiben. Von den Reitern behielt er nur dreihundert, die übrigen sandte er — gewissermaſsen zur Entschädigung für den Stockholmer Vertrag — dem Kaiser zu, den er sich keineswegs zu verfeinden gedachte. An Fuſsvolk blieben sechzehn schwache Kompanien zur Besetzung der Festungen. Das war das Ende des ersten Versuches, ein bedeutendes brandenburgisches Heer aufzustellen. Schwäche des Regenten, Selbstsucht und Kleinlichkeit der Landstände, Unordnung in den Finanzen, Untreue der Offiziere hatten ihn kläglich scheitern lassen. Unter ganz andern Verhältnissen und mit viel günstigerm Erfolg hat später Friedrich Wilhelm ihn erneuert. Zunächst verbot er nur fremden Werbern, kaiserlichen wie schwedischen, auf das strengste die Aushebung von Soldaten in der Kurmark und besonders in deren Residenzen[2]. So hatte er in wenig mehr als einem halben Jahre die schwierigste Aufgabe glücklich gelöst: die Anarchie in den Marken war beseitigt, sie gehörten wieder dem angeborenen Landesherrn.

Aber auch in Preuſsen hatte dieser bedeutende Hemmnisse zu überwinden. Die dortigen Stände, wie Krone und Reichstag Polens wünschten den Regierungswechsel für ihre Zwecke zu be-

[1] Die Stockholmer Übereinkunft findet sich bei Pufendorf, I, 15. 16, und (genauer) bei Chemnitz, Königl. schwedischer in Teutschland geführter Krieg, IV, I, S. 12 ff. — Th. v. Mörner, Kurbrandenburgs Staatsverträge (Berlin 1867), S. 128 ff.

[2] Ms. Patent v. 7. Januar 1642; Kgl. Bibliothek zu Berlin, Manuscr. Bor., fol., 356.

nutzen: jene, um alle Reformierten und Nichteingeborenen aus dem Amte zu treiben, diese, um sich direkten Einfluſs auf die innere Verwaltung des Herzogtums zu verschaffen. Zwischen beiden Mächten drohte der herzoglichen Gewalt geradezu Erstickung. König Wladislaw IV., mit einer Schwester des Kaisers vermählt, stand völlig unter österreichischem Einflusse und war um so mehr bestrebt, den jungen, dem Wiener Hofe verdächtigen Fürsten in Abhängigkeit zu bringen. Er maſste sich sofort das Recht an, die höchsten Beamten Preuſsens zu ernennen, einen Kommissar zu den Verhandlungen zwischen Friedrich Wilhelm und den preuſsischen Ständen abzuordnen, den Pillauer und Memeler Hafen durch einen polnischen Agenten zu überwachen und die dortigen Befehlshaber einzusetzen, endlich die Erbauung katholischer Kirchen in jedem Kreise zu fordern. Vor allem aber sprach er sich die Befugnis zu, bei der Erhebung der Seezölle in Memel und Pillau mitzuwirken und einen verhältnismäſsigen Anteil von ihnen vorwegzunehmen. Dieses Verlangen hatte einen wichtigen Hintergrund und war für Preuſsens Selbständigkeit sehr bedrohlich. Längst hatte Polen die Notwendigkeit erkannt, seine kommerzielle und politische Bedeutung durch Erlangung eines Zuganges zum Meere und durch Schaffung einer Seemacht zu befestigen. Dazu sollten ihm die ostpreuſsischen Häfen dienen. Es hatte deshalb schon seit dem Jahre 1635, ohne irgend welche Begründung durch rechtliche Ansprüche, in jenen Häfen die Erhebung eines Seezollzuschlages zu Gunsten Polens angeordnet. Georg Wilhelm hatte zuerst protestiert, dann aber mit seiner gewöhnlichen Schwäche im Juni 1638 zu Köpenick einen Vertrag geschlossen, der zu dem alten Pfundgelde noch eine dreiprozentige Hafenabgabe festsetzte; die Hälfte des gesamten Ertrages sollte dem Könige von Polen überwiesen werden, die Verwaltung allerdings den herzoglichen Beamten ausschlieſslich zustehen. Indes ward an die Spitze der Zolladministration der Delfter Kaufmann Spiring gestellt, der durchaus den Interessen Polens ergeben, dessen treuer Diener war. Die Folge solcher Maſsregeln war der Ruin des Königsberger und Memeler Handels, der sich nach Danzig zog, weil diese Stadt die Erhebung der Seezulage beharrlich und mit Erfolg abgelehnt hatte.

Diese Verhältnisse, sowie die Abneigung der preuſsischen Stände gegen die katholisierenden Bestrebungen der Polen wuſste nun Friedrich Wilhelm klug zu benutzen, um zunächst die Landesvertretung für

sich zu gewinnen. Er legte den seit lange heftig geführten Streit zwischen Adel und Städten bei und sicherte sich dadurch aller Dank, sowie die Bewilligung beträchtlicher Abgaben. Den polnischen Anmaſsungen gegenüber erklärten ferner die Stände, es dürfe von der bestehenden Verfassung des Herzogtums in keiner Weise abgewichen werden: eine Kundgebung, die gegen den Kern der polnischen Pläne gerichtet war [1]. Auf solche Bundesgenossenschaft gestützt, trat Friedrich Wilhelm mutig für seine und des Landes Selbständigkeit in die Schranken. Anstatt des von König Wladislaw zum Landhofmeister bestimmten Bernhard von Königseck ernannte er zu dieser höchsten Würde des Herzogtums den Oberburggrafen Hans von Tettau, indem er die Einmischung des polnischen Herrschers grundsätzlich auf das bestimmteste ablehnte. Ebenso weigerte er sich, über die Seezulage Rechenschaft zu geben und jene mit der Krone zu teilen, da die hierfür im Köpeniker Vertrage festgesetzten Bedingungen von ihr nicht erfüllt seien [2]. Er entlieſs den den Preuſsen und allen Kaufleuten verhaſsten Spiring und hielt diese Maſsregel mit festen, wenn auch freundlichen Worten aufrecht, als der König entrüstet die Wiedereinsetzung des Vertrauensmannes der Polen forderte. Kurz, er zeigte, daſs er und nicht der fremde König Herr sei in Preuſsen. Inzwischen wuſste er Wladislaws Eifersucht gegen die wachsende Macht des polnischen Reichstages geschickt für sich zu benutzen, auch Englands und Frankreichs Einfluſs auf den Monarchen für sich geltend zu machen. Ein gewandter, mit den polnischen Verhältnissen durchaus vertrauter Diplomat, Johann von Hoverbeck, führte in Warschau seine Sache mit groſsem Erfolge. Einige Zugeständnisse zu Gunsten der katholischen Geistlichkeit in Königsberg [3] machten die Polen dem Kurfürsten geneigter. Überhaupt verhieſs Friedrich Wilhelm, einem gemeinschaftlichen Wunsche der preuſsischen Stände und der Polen nachzukommen und im Herzogtume nur Eingeborenen lutherischen oder katholischen — nicht reformierten — Bekenntnisses Ämter zu übertragen, so der engherzigen konfessionellen Beschränktheit des damaligen Ständewesens zu weichen. Endlich räumte er der Krone Polen eine jährliche Ab-

---

[1] L. v. Baczko, Gesch. Preuſsens (Königsb. 1798), S. 144 ff. 151 f.

[2] Friedr. Wilh. an Wladislaw IV., 22. Febr., und an den poln. Abgesandten Dönhoff, 12. April 1641; U. u. A., I, 58 ff. 66 ff.

[3] Grube, Corpus constitutionum Prutenicarum, I, 148.

schlagssumme auf die Seezölle ein, deren Verwaltung jedoch ihm allein verblieb, und verhiefs dem Könige ein persönliches Geschenk von 40000, dessen Gemahlin ein solches von 20000 polnischen Gulden. Darauf erhielt er am 7. Oktober 1641 [1] in Warschau die feierliche Belehnung mit dem Herzogtume. Es war das letzte Mal, dafs ein deutscher Fürst von polnischer Hand eine Herrschaft empfangen hat.

Kein wesentliches Recht hatte Friedrich Wilhelm aufgeopfert, im Gegenteil sich den Fremden weit selbständiger und zumal selbstbewufster gegenübergestellt als sein Vater. Die Polen mufsten wohl einsehen, dafs sie, statt diesem jungen Kurfürsten härtern Dienst auferlegen zu können, vielmehr auf Erhaltung ihrer bisherigen Suzeränitätsrechte eifrig bedacht sein müfsten. Preufsen wie Brandenburg standen wieder zur Verfügung des „neuen Herrn", auf den man in und aufser dem Reiche mit Verwunderung und Aufmerksamkeit zu schauen begann. Ein anderer Geist war offenbar in den Kurstaat eingezogen, dieser nicht mehr ein Spielball für Freund und Feind. Dahin hatte es Friedrich Wilhelm zunächst bringen wollen. Höhere, allgemeinere Ziele waren noch allzu unerreichbar, als dafs er sie schon hätte verfolgen können. Es galt vielmehr, das bereits Gewonnene zu befestigen und weiter zu entwickeln. Das war unter den bedrohlichen Verhältnissen und bei der völligen Vereinzelung des armen schwachen Staates wahrlich eine überaus schwierige Aufgabe, nicht viel leichter, als die bisher gelösten.

[1] Friedr. Wilh. an Markgr. Ernst, 8. Okt. 1641; U. u. A., I, 82.

Drittes Kapitel.

Brandenburgs Kräftigung.

Friedrich Wilhelm war der Absicht, das Heil seines Landes, das ja augenblicklich zu jeder nachhaltigen Anstrengung unfähig war, in vollständiger Neutralität zu suchen. Sie sollte aber nicht schwächlich und teilnahmlos erscheinen; vielmehr meinte er sich freundschaftlich zu Schweden sowohl wie zu dem Kaiser zu stellen und dann diese Beziehungen zur Vermittelung des allgemeinen Friedens zu benutzen. Denn er sah wohl ein, dafs bis dahin die Kurmark der Tummelplatz der streitenden Heere bleiben würde. Rettung der unglücklichen, ausgeplünderten, zur Verzweiflung gebrachten Einwohner, sowie Erstarkung der brandenburgischen Macht waren nur möglich nach Herstellung des Friedens zwischen Schweden und dem Kaiser.

Er entschlofs sich endlich, zwei Monate nach der vertragsmäfsigen Frist, Leuchtmar und den neumärkischen Kanzler von der Borne mit der Ratifikationsurkunde der Stockholmer Punktation an den Sohn des schwedischen Reichskanzlers, den Legaten Johann Oxenstierna, nach Stettin zu schicken. Die beiden Gesandten erhielten den Auftrag, nicht nur die Abänderung des beschwerlichen Artikels wegen des schwedischen Kommissars in Küstrin zu erlangen, sondern auch ein engeres Freundschaftsverhältnis zwischen dem Kurfürsten und seiner königlichen Base von Schweden anzubahnen. Allein sie fanden bei den Schweden keine freundliche Aufnahme. Vielmehr waren diese der Meinung, der General Lilljehöck einem brandenburgischen Offizier gegenüber offenen Ausdruck gab: „man dürfe den Kurfürsten nicht

aufkommen lassen". Sie waren verstimmt über die Ablehnung des Küstriner Artikels und sahen hierin nur die Absicht Friedrich Wilhelms, auf seinen Rechten auf Pommern zu bestehen, das sie doch selber durchaus behalten wollten. Der Jubel, mit dem die gut brandenburgisch gesinnten Pommern Leuchtmar bei seiner Durchreise empfangen, die Ergebenheitsbeweise, die sie dem Kurfürsten gebracht hatten[1], stimmten die Schweden noch bedenklicher. Vielleicht ahnten sie etwas von den geheimen Verbindungen, in denen damals Friedrich Wilhelm zweifellos mit der pommerschen Ritterschaft stand. Kurz, Oxenstierna und seine schwedischen Genossen zogen die Verhandlungen monatelang hin und stellten endlich so unannehmbare Bedingungen, daſs im Mai 1642 die Brandenburger unverrichteter Sache abreisen muſsten. Der Waffenstillstand war nicht rechtzeitig ratifiziert, also eigentlich nicht zu Rechte bestehend[2]. Wirklich überzogen die Schweden von der Altmark her das ganze Land, in dem auch die Kaiserlichen hausten; trotz aller Proteste und Bitten des Markgrafen Ernst erpreſsten beide Teile Unterhalt und Kosten der Ausrüstung von den unglücklichen Märkern. Dem Landesherrn die nötigsten Abgaben zu zahlen waren diese ganz auſser Stande. „Der Supplikationen und jämmerlichen Klagen, da um Christi theuern Verdienstes, Gottes Barmherzigkeit und des jüngsten Gerichtes willen um gänzliche Erlassung oder merkliche Minderung der Kontribution gebeten wird, kommen täglich soviel ein, daſs sie Uns und den Räthen durchs Herz dringen," berichtete Markgraf Ernst nach Königsberg. Selbst die schwachen Reste der brandenburgischen Truppen vermochte er nicht zu bezahlen; die armen Krieger entbehrten in der Winterkälte der schützenden Kleidung. Während Torstenson die an die Schweden gerichteten Bitten des hilflosen Statthalters zurückwies, antworteten die kaiserlichen Offiziere des Erzherzogs Leopold Wilhelm den Brandenburgern höhnisch: „Die Herren seind itzt glückliche Leute vor anderen in Deutschland, sie seind Neutralisten, stehen mit den Schweden in guter Freundschaft, beschicken sich unter einander gar fleiſsig[3]." Es schien, als ob des Kurfürsten Friedenspolitik nur dazu geführt habe, die

[1] L. v. Orlich, Gesch. des preuſs. Staates im 17. Jahrhundert, I (Berlin 1838), S. 81 f.: Bericht Leuchtmars v. 4. Febr. 1642.

[2] Meinardus, II, LIII ff. — Orlich, I, 82 ff.

[3] Pufendorf, I, 26. — U. u. A., I, 488. 493. 560 ff.

Kurmark um den geringen Rest ihres Ansehens zu bringen und noch gröſserm Elende zu überliefern.

Mit allen Kräften suchte Friedrich Wilhelm aus dieser unhaltbaren Lage herauszukommen. Dazu war vor allem nötig, das Übelwollen der Schweden zu beseitigen, die damals im Felde bei weitem das Übergewicht besaſsen und deshalb als Gegner viel gefährlicher waren, als die Kaiserlichen. Der alte Kanzler Sigismund von Götze und Gerhard Rumelian von Leuchtmar drängten den Kurfürsten mit aller Macht zu einem neuen Versuche der Verständigung mit den Schweden. Sie zu gewinnen, schien kein Mittel geeigneter, als die längst in den beiden nahe verwandten Fürstenfamilien geplante Heirat zwischen der jungen Königin Christine und ihrem brandenburgischen Vetter wieder zur Sprache zu bringen. Für den brandenburgischen Staat würde sicher eine derartige Verbindung ein Unglück gewesen sein, da er dann zu einer reinen Dependenz des mächtigern Reiches geworden wäre. Allein solche Betrachtungsweise lag damals der höfischen Politik fern: den Kurfürsten selbst muſste das hohe Ziel reizen, den Thron des heldenhaften Gustav Adolf, seines groſsen Oheims, zu besteigen, der ihm einst in früher Jugend lebhafte Zuneigung bezeugt, jene Vermählung stets gewünscht hatte. Es schmeichelte ihm, sich zugleich als König von Schweden und Kurfürsten von Brandenburg zu denken; damit hätte er sich zum Herrn des ganzen europäischen Nordens aufgeschwungen. Aber selbst wenn der Plan nicht zur Ausführung kam, muſste dessen bloſse Anregung die Schweden von der freundschaftlichen Gesinnung des Kurfürsten überzeugen.

Der Gedanke dieser Heirat lag seit Friedrich Wilhelms Regierungsantritt förmlich in der Luft. Der Geheimrat Samuel von Winterfeldt sah in ihr längst die einzige Möglichkeit, die Kurmark aus ihrem Jammer zu erlösen, und meinte, auf schwedischer Seite seien „die inclinaciones gar gut“ [1]. Die Kaiserlichen und Polen dagegen fürchteten diese Verbindung sehr, da sie in ihr mit Recht lediglich eine Verstärkung der ihnen ohnehin bereits so gefährlichen schwedischen Macht erblickten; sie bedrohten für diesen Fall den Kurfürsten mit einem Doppelkriege, mit Einziehung des Herzogtums Preuſsen. Er hielt es deshalb für das beste, im Frühjahr 1642 auszusprechen, es seien „Uns der-

[1] An den Kanzler v. Götze, 19. Mai 1641; U. u. A., I, 539.

gleichen Gedanken noch niemals in den Sinn gekommen"[1]. Allein diese Ableugnung war nicht aufrichtig; als er im Juli 1642 die beiden Führer der schwedischen Partei in seinem Geheimen Rate, Götze und Leuchtmar, nach Stockholm sandte, um die Angelegenheiten seiner Tante, der Königinwitwe Maria Eleonore, zu ordnen und den Waffenstillstand endlich perfekt zu machen, erhielten sie den mündlichen Auftrag, auch die Heiratssache anzuregen. Sie nahmen ein Bildnis ihres Kurfürsten für die junge Königin mit. Indes der Reichskanzler und andere hervorragende schwedische Persönlichkeiten erwiesen sich dem Anerbieten wenig geneigt. Solches zu entscheiden, sei Sache der Königin selbst und der Reichsstände; trotz ihrer sechzehn Jahre zeige Christine noch keinerlei Lust zum Heiraten. Jedenfalls müsse bis zu ihrer Volljährigkeit gewartet werden, die noch 2½ Jahre ausstehe, und bis dahin sei es besser, diese Dinge überhaupt ruhen zu lassen. Die Gesandten hatten nicht einmal Gelegenheit, ihr Anliegen der jungen Fürstin persönlich vorzutragen, die inzwischen von der Regierung vorsorglich auf Reisen geschickt war[2].

Der Bescheid in der Heiratsangelegenheit war also abschlägig, und auch in der Waffenstillstandsfrage hatten die Schweden ihre Forderungen eher noch gesteigert. Dazu kam ein neues Unglück: der plötzliche Tod des jungen Statthalters.

Nur schwer hatte sich Markgraf Ernst behufs Übernahme der Regierung in den Marken von seiner innig geliebten Braut, Prinzessin Luise, getrennt, deren Bild er stets auf der Brust trug. Es war, als hätte er geahnt, dafs er sie nie wiedersehen werde. Die Anstrengungen und Aufregungen bei der Verwaltung einer anscheinend dem Untergange geweihten Provinz, sowie die furchtbare Verantwortung, die der Gewissenhafte dabei zu tragen glaubte, hatten seine ohnehin schwache Gesundheit zerrüttet[3]. Sein Gehirn erkrankte, er litt am Verfolgungswahn, am 4. Oktober 1642 starb er[4]. Prinzefs „Lowischen" sandte noch aus Königsberg

[1] U. u. A., I, 85. 110f. 492. 548. — Vgl. Ms. Gundling, Friedr. Wilh., S. 86 ff. Gundling hat die Archive fleifsig benutzt, wie es ihm seine Stellung als Hofhistoriograph gestattete.

[2] Ms. Gundling, 108. — Geijer, Gesch. Schwedens, III (Hamb. 1836), S. 411. — Instruktion der Gesandten v. Juli 1642, sowie deren Berichte u. Tagebuch; U. u. A., I, 566 ff. 579. 591 ff.

[3] Meinardus, II, 448. 545. 554.

[4] Ms. Krankheitsbericht an des Markgrafen Mutter „durch Johannem Magirum, Doctorem und Mathematicum", Berlin, 26. Sept. (= 6. Okt.) 1642;

einen Kranz, der der Leiche auf das Haupt gesetzt und in das Grab mitgegeben werden sollte.

Die Lage der ihres Hauptes beraubten Marken wurde immer bedenklicher. Die Sendung Götzes und Leuchtmars, der beiden „gut schwedischen“ Räte, nach Stockholm erregte in ganz Europa großes Aufsehen[1]. Außer dem Kaiser und Polen protestierte auch Dänemark gegen das für alle nordischen Staaten bedrohliche Heiratsprojekt, dessen Verwirklichung man für viel näher hielt, als sie thatsächlich war[2]. Die Schweden traten vielmehr mit einer Rücksichtslosigkeit auf, die von geradezu feindseliger Gesinnung zeugte. Sie übten in der Mittelmark die ärgsten Gewaltthaten, bedrohten die Residenzstädte Berlin-Kölln selber. Friedrich Wilhelm sah ein, daß er persönlich die Marken zu schützen versuchen müsse; auch näherte er sich so dem Sitze der 1642 in Westfalen ernstlich begonnenen Unterhandlungen wegen eines allgemeinen Friedens. Im Februar 1643 verließ er Preußen, am 4. März traf er in Berlin ein[3].

Seiner weit umschauenden Art gemäß, gedachte er das Verhältnis zu Schweden nicht von Fall zu Fall zu regeln, sondern es grundsätzlich zu ordnen. So veranstaltete er (7. April 1643) über diese Lebensfrage der brandenburgischen Politik eine Beratung des Geheimen Rates, der er selber beiwohnte. Das Entscheidende war offenbar die künftige Staatsangehörigkeit Pommerns, denn der über diese Frage zwischen Schweden und Brandenburg ausgebrochene Streit verhinderte jedes wahre Verständnis zwischen beiden Staaten. Die Lage war übrigens für den Kurfürsten sehr mißlich, Schweden hatte alle Trümpfe in der Hand. Seine Heere hielten Pommern besetzt, schalteten in der Kurmark nach Belieben; der Kaiser, der nur für seine eignen Erblande von der Stockholmer Regierung günstige Bedingungen zu erlangen wünschte, hatte ihr schon den Besitz des halben Pommerns angetragen und war gern bereit, ihr auch das ganze zu belassen; Dänemarks Unterstützung gegen die Schweden war dem Brandenburger nur

---

Königl. Bibl. zu Berlin, Manuscr. Boruss., Quart, 81. Ein interessantes Beispiel dessen, was ein offenbar tüchtiger, besonnener und gründlich gebildeter Arzt damals unter medizinischer Wissenschaft verstand!

[1] Chemnitz, IV, II, S. 103. — Pufendorf, De rebus Suecicis, lib. XIV § 47.

[2] U. u. A., I, 106. 109.

[3] Pufendorf, Friedr. Wilhelm, lib. I § 42. — U. u. A., I, 506.

unter der Bedingung gesichert,. dafs er ihm als Entschädigung für die Kriegskosten gleichfalls einen Teil des Landes, zumal die Insel Rügen, überlasse. Bei diesen Umständen stimmte der Kurfürst dafür, dafs man den Schweden zunächst eine Geldabfindung anbiete, aber wenn sie darauf nicht eingingen, ein Bündnis mit ihnen durch die Abtretung Vorpommerns erkaufe, unter der Bedingung, dafs er als Äquivalent die Hochstifter Magdeburg und Halberstadt erhalte. Hierüber sollte man in Stockholm Unterhandlungen führen, die Friedrich Wilhelm offenbar durch die Aussicht auf seine Vermählung mit Königin Christine in eine ihm günstige Bahn zu lenken hoffte[1].

Indessen traten Umstände ein, die die Schweden veranlafsten, gelindere Saiten aufzuziehen und den brandenburgischen Wünschen mehr entgegen zu kommen.

Von dem Heere Torstensons in seinen Erblanden schwer bedroht, hatte Kaiser Ferdinand III. sich um Hilfe an Dänemark gewandt, ihm dafür grofse territoriale Vorteile verheifsen. Der alte Nebenbuhler schwedischer Macht war sofort bereit, gegen deren immer furchtbarere Ausdehnung die Waffen zu ergreifen, und begann zur See Feindseligkeiten. Dänen und Kaiserliche erhielten auch von Polen ein Versprechen des Beistandes; schon hob König Wladislaw IV. zahlreiche Truppen aus. Schnell entschlossen befahl am 23. Mai 1643 der schwedische Reichskanzler seinem Feldherrn Torstenson, von den Österreichern abzulassen und sich unverzüglich mit seinem ganzen Heere auf die Dänen zu werfen, sie zu entwaffnen und zum Frieden zu zwingen.

Man sieht leicht, welche Bedeutung unter diesen Umständen der Kurfürst von Brandenburg für die Schweden erlangte. Auch an ihn hatte sich Dänemark um Beihilfe gewandt, ihm dafür jede Unterstützung zur Besitznahme Pommerns versprochen. Nahm er dieses Erbieten an, so konnte er Torstenson den Marsch nach Holstein erschweren oder ihn später im Rücken angreifen[2]. Daran mufste er im Interesse Schwedens verhindert werden. So zeigte sich Johann Oxenstierna in Stettin einer neuen Gesandtschaft Götzes und Leuchtmars, die dieses Mal von sechs Abgeordneten der kurmärkischen Stände begleitet waren, zugäng-

---

[1] Meinardus, I, 695 ff.

[2] Pufendorf, De rebus Suecicis, l. XV §§ 75. 85. — Chemnitz IV, III S. 53. — Geijer, III, 332 ff.

licher als bisher. Eben zu Stettin schloſs er mit ihnen, am 28. Mai 1643, einen Vertrag, der den schwedischen Besatzungen im Kurfürstentume eine jährliche Kontribution von 120000 Thalern und 12000 Scheffeln Getreide sicherte, sonst aber das ganze Land der kurfürstlichen Verwaltung zurückgab und von jeder weitern militärischen Erpressung befreite[1].

Die Ereignisse zwangen bald die Bedränger zu weiterer Nachgiebigkeit. Im August 1643 machte der kaiserliche General Kroekow einen Vorstoſs durch die Neumark gegen Pommern. Der Kurfürst versagte ihm dabei, entsprechend der Stockholmer Punktation, den Paſs bei Küstrin. Diese Bundestreue scheint auf die bis dahin recht miſstrauischen Schweden einen vorteilhaften Eindruck gemacht zu haben. Auſserdem erwogen sie von neuem, welch Unheil für sie daraus entstehen müsse, wenn Friedrich Wilhelm sich schlieſslich mit den Kaiserlichen verbinde, um Torstenson zwischen zwei Feuern zu nehmen. Es lag ihnen alles daran, ihn von solchem Entschlusse fern zu halten; sie erwogen sogar ernstlich, ob sie ihn nicht durch Abtretung ganz Pommerns gewinnen sollten. Nachdem sie zuerst durch einen Deutschen, Baron von Effern, der um einer privaten Angelegenheit willen nach Berlin gekommen war[2], mit ihm verhandelt hatten, sandten sie ihm im August 1643 ganz heimlich den Joachim Tromsee von Roseneck zu, um ihm Hinterpommern endgültig anzubieten, wenn er sich von Dänemark fern halten und bei den westfälischen Friedensverhandlungen auf Seite Schwedens treten wolle. Endlich begann Friedrich Wilhelms Einsicht und Ausdauer die Frucht beharrlicher Anstrengungen einzuernten. Das übermütige Schweden, das bisher ihn, wie seinen Vater, so wegwerfend behandelt hatte, bewarb sich jetzt, selbst mit Opfern, um seine Gunst. Sofort gedachte er wieder der Heiratssache, die er nie aus den Augen verlor. Schon Effern hatte er mit deren erneuter Anregung beauftragt[3]; nun beschloſs er, deshalb Torstenson, dem man groſsen Einfluſs zutraute, anzugehen und dessen Gemahlin zu beschenken. Vergebens legten die von den Polen heimlich

---

[1] Pufendorf, Friedr. Wilh., I, 42f. — Meinardus, II, 52—54. 59—62. 66—68.

[2] Meinardus, II, 68. — Die dort erwähnten Thatsachen beweisen, daſs Effern ein Deutscher war, nicht ein Schwede, wie U. u. A., I, 597, gesagt wird.

[3] Chemnitz, IV, III S. 94.

aufgestachelten preufsischen Oberräte Verwahrung gegen die schwedische Heirat ein: die Mehrzahl der brandenburgischen Ratgeber hielt diese für eine Vorbedingung des günstigen Abschlusses der schwebenden Friedensverhandlungen[1].

Mit der Vermählungssache kam man freilich nicht voran. Das schwedische Volk war vielmehr dem mit seinem Königshause verwandten Pfalzgrafen Karl Gustav von Zweibrücken zugethan, und die schwedischen Staatslenker fürchteten den Kurfürsten als allzu unternehmend und selbstherrlich. „Jedermann besorgt, man werde Se. Kurf. Durchlaucht mit der Nase herumführen," äufserte sich der schlaue Burgsdorf[2]. Allein die Not veranlafste Oxenstierna und seine Räte wenigstens zu dem Wunsche, sich das Wohlwollen Friedrich Wilhelms zu erwerben. Im Herbste 1643 schlofs Torstenson einen Waffenstillstand mit dem kaiserlichen General Gallas, marschierte dann in gröfster Eile von Mähren nach der Niederelbe, schlug wiederholt die Dänen, eroberte Schleswig-Holstein und drang bis tief nach Jütland vor. Aber nun brach, nach Ablauf des Waffenstillstandes, Gallas auf, um den Dänen zu Hilfe zu kommen. Das schwedische Kriegsglück stand von neuem auf dem Spiele.

Torstenson bedurfte aller seiner Truppen zur Verstärkung seiner Feldarmee. Gern ging er deshalb, ebenso wie der Reichskanzler, auf den Wunsch des Kurfürsten ein, ihm Krossen und Frankfurt an der Oder wieder einzuräumen. Ein Versuch der Friedensvermittelung, den Friedrich Wilhelm in Kopenhagen und Stockholm gemacht hatte, ward wenigstens in letzterer Stadt sehr freundlich aufgenommen[3]; das Verhältnis zu Schweden hatte sich offenbar gebessert. Nach langwierigen Verhandlungen kam am 15. Juni der Vertrag wegen jener beiden Festungen zustande. Am 26. und 27. des folgenden Monats rückten die Schweden unter blaurotem Fähnlein aus, die kurfürstlichen Truppen „mit gerührtem Spiel" ein[4]. So war in den Marken ein neuer Schritt zur Befestigung der Landeshoheit und der Unabhängigkeit gethan.

---

[1] Pufendorf, De reb. Suecicis, XV, 83—85. — Meinardus, II, 215. 240. 501. 525.

[2] Meinardus, II, 493. 643.

[3] Instruktion des Kurf. an Schulenburg und Berichte des letzteren (April 1644); U. u. A., I, 598 ff.

[4] Pufendorf, Friedr. Wilh., I, 45. — Chemnitz, IV, IV S. 30 ff. 69 ff. 114. — Meinardus, II, 383 ff. 554 f.

Aber schon zog für jenes Land und den Kurfürsten eine neue Gefahr herauf. Der Kaiserhof nahm die Besserung in den Beziehungen Brandenburgs zu Schweden nur mit Unwillen und Besorgnis wahr. Zumal die jährliche Zahlung der 120000 Thaler an Schweden, so notgedrungen sie war, erschien als ein förmlicher Akt der Feindseligkeit gegen den Kaiser. Um so mehr glaubte dieser die schwedische Heirat des jungen Kurfürsten fürchten zu müssen. Man meinte, „solche werde des Hauses Österreich Untergang sein“[1]. Gallas erhielt also den Auftrag, bei seinem Durchmarsche durch Brandenburg dessen Stellung aufzuklären, es nötigenfalls selbst feindlich zu behandeln. In des Generallieutenants Namen erschien sein Generalkommissar Heufsner von Wandersleben am 20. Juli 1644 in Berlin, um dem Kurfürsten unter Androhung gewaltsamer Exekution Proviant, Geld und Festungen für das kaiserliche Heer abzufordern. Die Räte trauten dem kaiserlichen General das Schlimmste zu: er „wolle Se. Kurf. Durchlaucht totaliter ruinieren, ja gar beim Kopfe nehmen, wenn er könnte; wolle wissen, wer Koch und Kellner sei.“ Friedrich Wilhelm indes war entschlossen, sich nicht wieder in Kriegszustand mit den Schweden drängen zu lassen. Er gab den kaiserlichen Truppen gutwillig einigen Proviant, da sie ihn sonst doch mit Gewalt genommen hätten; die anderen Begehren Heufsners schlug er mit freundlichen aber festen Worten ab. Um gröfseres Unheil zu verhüten, sandte er im August den Geheimrat Johann Friedrich von Löben nach Wien, der dort sein Verhalten rechtfertigen und um Bewilligung voller Neutralität bitten sollte[2].

Als Löben in Wien eintraf, war die Lage schon ganz verändert, die Gefahr im wesentlichen beseitigt. Mitte August war Gallas, von Torstenson verfolgt, auf dem Rückzuge; bald darauf wurde sein Heer bei Jüterbock und Magdeburg bis zu völliger Vernichtung geschlagen. Gleichzeitig erfochten am Mittelrhein die Franzosen Turenne und Enghien glänzende Siege über die Kaiserlichen und Bayern, nahmen Philippsburg, Worms, Mainz, Landau. Der Kaiser zeigte sich denn auch dem kurfürstlichen Abgesandten sehr gnädig und drückte dessen Herrn förmliche Entschuldigungen

---

[1] Meinardus, II, 534.

[2] U. u. A. I, 871 ff. — Meinardus, II, 530 ff. 547 ff. 579.

wegen Heufsners schroffen Auftretens aus, die wohl auf des Kommissars ebenso hochfahrenden wie unbefähigten Feldherrn zielten. Friedrich Wilhelm konnte hier mit dem Erfolge seines Vorgehens wohl zufrieden sein.

Auch das dritte seiner Hauptlande, Kleve, war ihm jetzt einigermafsen gesichert. Schon im Jahre 1641 hatte er mit den Generalstaaten einen Vertrag geschlossen, der die Abzahlung der Hofyserschen Schuld regelte und ihnen dafür gewisse Zölle und Abgaben des Herzogtums Kleve überwies. Allein damit war im Grunde wenig geholfen. Zahlreiche Orte des Landes waren von holländischen Truppen besetzt, andere — wie Goch und Kalkar — von hessischen. Dagegen lagen kaiserliche Besatzungen in den hauptsächlichsten Festungen der Grafschaft Mark: Hamm und Dortmund. Es ist klar, dafs auf diese Weise der Kurfürst nur dem Namen nach Herr jener Lande war. Zumal der hessische Oberst Rabenhaupt und sein Kommissar von Krosigk hausten wie die Räuber und plünderten der Unterthanen und des Landesherrn Eigentum mit gleicher Rücksichtslosigkeit. So ward es Friedrich Wilhelms eifriges Bemühen, die Fremden möglichst aus diesen Gebieten zu entfernen und deren Neutralität von allen Kriegführenden anerkannt zu sehen. Die Schilderhebung Dänemarks gegen den Kaiser kam ihm hierfür am Rhein, wie in Brandenburg, sehr zu statten. Um die kaiserlichen Truppen am Niederrhein vom Zusammenwirken mit den Dänen fernzuhalten, sollten die Hessen sie machtvoll vom Main her angreifen. Da mufste freilich Landgräfin Amalie Elisabeth, die mit männlicher Kraft und Kühnheit das Kasseler Land leitete, ihre Soldaten aus dem Klevischen grofsenteils herausziehen. Sie schlofs also am 19. Oktober 1644 mit dem Kurfürsten einen Vertrag, in dem sie die Festungen Goch und Kalkar nebst deren Gebiet zu räumen und die Neutralität des Herzogtums anzuerkennen versprach[1]. Andererseits hatten die Generalstaaten es übernommen, die mit den Kaiserlichen verbündeten Spanier in den Niederlanden zu beschäftigen: deshalb zogen auch sie ihre Garnisonen aus einigen klevischen Festungen, nämlich Holt, Duisburg und Dinslaken, und überlieferten diese dem Kurfürsten. Seine Truppen besetzten die Orte. So war doch ein Teil der rheinisch-westfälischen Gebiete wieder in seiner Gewalt.

---

[1] Mörner, Staatsverträge, 135f. — Pufendorf, Friedr. Wilh., I, 49.

Damit war die nächste Aufgabe, die er sich bei seinem Regierungsantritte gestellt, nach Möglichkeit gelöst. Die zerrütteten Länder des Kurfürstentums waren einigermaſsen seiner Herrschaft wieder unterstellt und von fremder Botmäſsigkeit befreit. Indes noch stand er völlig vereinzelt da, ohne einen einzigen Freund. Man erkannte wohl seine Vorzüge an, man achtete ihn als einen kräftigen, kühnen und unternehmenden Fürsten. Aber gerade deshalb, glaubte man, werde er an dem Miſsverhältnisse zwischen seiner vordringenden Gemütsart und seiner materiellen Ohnmacht zu Grunde gehen; gerade deshalb wollte ihn keiner der Nachbarn aufkommen lassen. Mit der schwedischen Heirat — so schildern die brandenburgischen Geheimräte selber die Sachlage — stehe es im weiten Felde, und mit Güte sei zu Pommern nicht zu kommen; wenn aber dieses weg sei, würden die Schweden weiter greifen. Auf den Kaiser sei kein Verlaſs, er denke der Mark wie einer fetten Henne. Die Evangelischen kümmerten sich nicht um Se. Kurf. Durchlaucht, deren Autorität ziemlich niedrig stehe[1]. Solche Betrachtungen muſsten dem jungen Herrscher noch viel schwerer aufs Herz fallen, als seinen Räten.

Aus dieser Vereinzelung der Schwäche wollte er um jeden Preis herauskommen. Die Politik unbedingter Entwaffnung und Friedfertigkeit hatte er nur so lange verfolgt, wie sie ihm zur Rettung seiner Lande vor der Übermacht der Gegner und zur Begründung notdürftiger Ordnung unentbehrlich erschien; als eigentliches Ziel hatte sie ihm nie gegolten. Nunmehr meinte er die Zeit gekommen, Brandenburg wieder als Macht hinzustellen, schon damit es bei den westfälischen Friedensverhandlungen seinen Interessen Ausdruck und seiner Stimme Gehör zu schaffen vermöge. Zweierlei war dazu nötig: ein beträchtliches stehendes Heer und auswärtige Allianzen. Auf beides wandte er sein Augenmerk.

Eine brandenburgische Streitmacht war eigentlich nicht mehr vorhanden; die wenigen hundert Mann, die in den Festungen verstreut lagen, konnten durchaus nicht als eine solche gelten. Und doch erkannten auch die energischeren unter den Räten: es „sei rühmlich, nützlich und rathsam, zu einem Corpo zu gelangen", sich in „Respekt und Autorität durch den Degen zu setzen".

[1] Protokoll des Geh. Rates v. 15./25. Juni 1644; Meinardus, II, 500 ff.

Leuchtmar citierte das Beispiel des kleinen hessischen Landgrafen und der braunschweigischen Herzöge, die durch ihre Waffnungen in diesen „martialischen Zeiten“ so viel gelten, wie ein Kurfürst[1].

Freilich waren die Schwierigkeiten, die sich für ein solches Unternehmen gerade Friedrich Wilhelm entgegenstellten, nicht gering. Von seinen Landen war eigentlich nur Preufsen in der Lage, beträchtlichere Geldmittel zu Waffnungszwecken zu gewähren. Aber würde das Herzogtum auch hierzu bereit sein? Der miles perpetuus, das stehende Heer, war allerorten den Landständen verhafst, die es als einen gefährlichen Feind ihrer „Libertät“ betrachteten. In Preufsen konnten die Gegner der fürstlichen Gewalt sich ohnedies auf Polen stützen, das sich sogar das Recht zusprach, jede aufserordentliche Rüstung in dem Lehnsherzogtume zu verbieten. Ohne gehörige finanzielle Grundlage aber wollte Friedrich Wilhelm nicht vorgehen: hatte er doch das traurige Schicksal des „grofsen Heeres“ seines Vaters aus dem Jahre 1638 noch frisch im Gedächtnis.

Indes er schritt mit frohem Mute an die Lösung der als unvermeidlich erkannten Aufgabe; freilich auch mit der ihm bei aller Kühnheit eigenen Vorsicht. Sowohl die eifersüchtigen Landstände wie draufsen die offenen und geheimen Feinde sollten vor die vollendete Thatsache gestellt werden, damit sie den Fortgang der Sache nicht störten oder gar verhinderten. Im Herbste 1643 beriet er sich mit wenigen Vertrauten: aufser dem geistreichen und gewandten Gerhard von Leuchtmar und dem verwegenen und schlauen Konrad von Burgsdorf — seinem erklärten Günstlinge — noch mit dem klevischen Statthalter, der damals am Berliner Hofe weilte. Es war dies Generallieutenant Johann von Norprath, aus dem Herzogtum Berg gebürtig, ein unternehmender und mutiger Offizier, der dem jungen Fürsten den diesem sehr genehmen Rat gab, das neu zu bildende Heer sogleich zur Erlangung des von dem Neuburger Pfalzgrafen besetzten Teiles der Jülicher Erbschaft zu benutzen. Mit den Leuchtmars war Norprath durch Verwandtschaft, mit Burgsdorf durch alte Waffengemeinschaft verbunden; aber auch unmittelbar empfahl ihn an höchster Stelle seine thatkräftige, echt soldatische Persönlichkeit. Er war, wie Burgsdorf, der Ansicht: es sei

[1] Ebendas.

besser, zur Beschaffung der Heereslasten ein Viertel des Landes zu versetzen, als aus Mangel an Waffnung den Verlust des Ganzen fürchten zu müssen; habe man erst 4000 Mann ein Jahr lang beisammen gehalten, werde sich das Weitere schon ergeben. Der Beschlufs wurde gefafst, die Aufstellung von Truppen in dem für neutral erklärten Kleve zu beginnen, wo sie am wenigsten Verdacht erregen und nicht sofortigen Feindseligkeiten von seiten der Kriegführenden ausgesetzt sein würden.

Von vornherein war es die Absicht des Kurfürsten, hier etwas Bleibendes zu schaffen. Er wollte nicht, wie das sonst damals üblich war, Werbungen vorübergehender Art veranstalten, sondern ein wirkliches stehendes Heer begründen, das auch in Friedenszeiten erhalten bleibe und mit dem Fürsten und dessen Staat verwachse. Möglichst sollten die Soldaten, mehr noch die Offiziere seine geborenen Unterthanen sein. Kurz, es war das bleibende brandenburgisch-preufsische Heer, das im Jahre 1644 entstand — ein denkwürdiges Ereignis in der Geschichte unseres Staates[1].

Die Kosten sollten zunächst, ohne die sehr fragliche Mitwirkung der Stände, mit Hilfe der kurfürstlichen Eigenbezüge zusammengebracht werden. Holzverkäufe, Ämterverpfändungen, Verpachtung von Domänen und des Bernsteinhandels, endlich die Erträge des Pillauer und Memeler Zolles mufsten die Mittel hierzu gewähren. Auch sandte Friedrich Wilhelm seinen Burgsdorf nach Preufsen, um von diesem durch den Krieg nicht betroffenen Lande, ohne Berufung der Stände, freiwillige Beisteuern von Geld und Getreide zu erwirken. Die Sendung hatte den erwünschten Erfolg: Burgsdorf konnte seinem Herrn mehrere Hunderttausende polnischer Gulden überbringen.

Den ersten Grundstock des neuen Heeres machten die erprobten Soldaten aus, die der holländische Generalstatthalter dem Brandenburger überliefs; allmählich brachte Norprath die Truppen in Kleve auf 1700, dann auf 4100 Mann. In Preufsen wurden 12—1300 Mann regulärer Soldaten und 5—6000 Milizen gemustert. In der Kurmark standen 2400 Soldaten. Aufserdem bildete der Kurfürst eine Leibgarde von 500 Musketieren. So bestand im Jahre 1646 die Armee aus 7700—7800 regulären Soldaten und

---

[1] Vgl. über diese Rüstungen: Meinardus, Teil II, S. LXXIX. LXXXI ff. XCI f. XCIX f. 431.

5—6000 Milizen. Als Feldarmee waren freilich von diesen Truppen höchstens 4000 verwendbar. Aber mit Recht sahen zunächst der Kurfürst und seine Räte mehr auf die gute Beschaffenheit als auf die Zahl des Heeres. Jedenfalls war endlich eine brandenburgische Streitmacht gebildet, die bei der Erschöpfung aller kriegführenden Parteien von diesen nicht übersehen werden konnte.

Aber gerade deshalb rief sie sofort allgemeines Mifstrauen und starke Gegenwirkungen hervor: niemand wollte dieses neue Machtelement dulden, das eben wegen der bisherigen neutralen Haltung Brandenburgs jedem unbequem und bedenklich erschien. Am gröbsten traten die hessischen Herführer auf, die ohnedies wegen der Räumung von Kalkar und Goch übler Laune waren. Als Anfang Oktober eine brandenburgische Abteilung die klevische Stadt Xanten besetzte, überfiel sie der hessische Oberst Rabenhaupt, hieb sie zusammen und plünderte die Stadt — alles unter dem Vorwande, diese gehöre in das Rayon der landgräflichen Truppen. Er und der Kommissar Eberstein verboten überhaupt den Brandenburgern, auf dem linken Rheinufer, auch in der Hauptstadt Kleve, Garnisonen zu halten; sonst würden sie solche ebenso behandeln, wie die Xantener[1].

Mit den Hessen wäre man schon fertig geworden; das Schlimme war, dafs andere, stärkere Staaten Miene machten, sich ihnen anzuschliefsen. Die Hoffnung auf Bildung einer unabhängigen Macht in Kleve hatte Friedrich Wilhelm zu fassen gewagt hauptsächlich im Vertrauen auf die von ihm seit seiner Jugend geflissentlich gesuchte Freundschaft des ihm nahe verwandten Oranischen Hauses. Man kann sagen, dafs er diese während seiner bisherigen Regierung zur Richtschnur seiner äufseren Politik gemacht hatte. Schon im Dezember 1643, vor allen Werbungen, hatte Norprath den Prinzen Friedrich Heinrich aufsuchen müssen. Der Generalstatthalter hatte sich freundlich gezeigt, das Vorhaben des Kurfürsten gebilligt, ihm erprobte Kompanieen aus dem niederländischen Heere überlassen[2]. Als sich aber nunmehr die klevischen Stände, die den miles perpetuus des Landesherrn nicht wenig fürchteten, Beschwerde führend an

[1] Pufendorf, Friedr. Wilh., I, 49.

[2] Norprath an Burgsdorf, 11./21. März, und an den Kurfürsten, 13./23. April 1644; Meinardus, II, 431 ff.

die Generalstaaten wandten, nahm deren starke anti-oranische Partei sich ihrer sofort mit Eifer an. Es hiefs, Friedrich Wilhelm wolle die staatischen Besatzungen aus den niederrheinischen Städten vertreiben, man müsse gegen ihn mit Gewalt vorgehen[1]. Wie, wenn die Niederländer sich mit den ihnen ohnehin verbündeten Hessen zur Vernichtung der kaum entstehenden kurfürstlichen Autorität in Kleve vereinten?

Aber nicht genug damit: auch auf der gegnerischen, der katholischen Seite wurden die brandenburgischen Rekuperationen und darauf folgenden Werbungen mit Bedenken aufgenommen. In Wien traute man dem Kurfürsten zu, er beabsichtige eine „sonderbare entreprise“[2]. Offenbar sah der Kaiserhof in dem Umstande, dafs sich eine Zeit lang Holländer und Hessen dem Brandenburger gefällig erwiesen hatten, ein Anzeichen, dafs dieser ihnen Mitwirkung gegen Kaiserliche und Spanier verheifsen habe. Man suchte ihn deshalb von dort aus unschädlich zu machen: er solle, forderte man ihn auf, seine klevischen Truppen mit dem kaiserlichen und Reichsheer vereinen, das unter dem Feldmarschall Grafen Glenn zur Verteidigung des westfälischen Kreises gegen die Franzosen bestimmt war. Dieser Aufforderung gehorchen, hätte für die Brandenburger die Erneuerung der unerträglichen Verhältnisse bedeutet, wie sie unter Georg Wilhelm nach dem Prager Bündnisse bestanden hatten; alle bisherigen Bemühungen Friedrich Wilhelms wären mit einem Schlage wieder vereitelt worden. Er lehnte deshalb ab, mit Hinweis auf die geringe Zahl seiner Truppen. „Ich mufs zusehen,“ schrieb er dem Kaiser, „wie Ich sowohl zu der Plätze Beschützung als um Meiner Reputation willen, dafs gleichwohl nicht ein Jeder an Meinen Unterthanen Ritter zu werden sich vornehmen möchte, Mich in etwas Verfassung stellen könnte.“[3] Immerhin war die ganze Angelegenheit ein Beweis für das Mifstrauen, das man am Kaiserhofe gegen ihn hegte. Auch weigerte sich dieser beharrlich, ihm, nach dem Vorgange der Holländer und Hessen, die von kaiserlichen Truppen besetzte Stadt Hamm in der Grafschaft Mark wieder einzuräumen.

---

[1] Aktenauszüge bei Meinardus, II, 642.
[2] U. u. A., I, 877 f.
[3] Pufendorf, Friedr. Wilh., I, 53. — U. u. A., I, 887. — Meinardus, II, 594.

Nicht minder hatte er die Feindschaft der Polen zu erwarten. Schon wegen der schwedischen Heirat voll Verdacht gegen Brandenburg, fürchteten sie, die in Preufsen vorgenommene Werbung sei bestimmt, im Bündnisse mit dem skandinavischen Staate ihre eigenen baltischen Provinzen anzugreifen. König Wladislaw IV. untersagte also seinem Lehnsmanne einfach die Aushebung von Truppen in Preufsen. Freilich antwortete ihm Friedrich Wilhelm in höflicher aber fester Weise, dafs er dieser Soldaten zu eigenem und seiner Länder Schutz bedürfe: allein er durfte sich das Übelwollen der polnischen Republik und Krone nicht verhehlen[1].

So vereinzelt, ja von zahlreichen Neidern und Gegnern umgeben, suchte Friedrich Wilhelm eifrig den Schutz durch eine Grofsmacht. Nur durch solchen konnte er hoffen, sein Hauptziel zu erreichen: den Besitz Pommerns. Dafs weder der Schwede ihm dieses Land gutwillig herausgeben, noch der Kaiser oder die Generalstaaten ihm ernstlich dazu verhelfen würden, war ihm völlig klar geworden. Es blieb ihm also nur Frankreich übrig, auf das er sich stützen konnte. Glänzend stand dieser Staat vor Europa da. Auch nach Richelieus Tode hatten seine Heere neue Siege über Spanien erfochten, drangen seine Truppen erfolgreich in Deutschland vor; seinen Feinden war er ein Schrecken, seinen Freunden ein grofsmütiger Beschützer. Er war überdies eifrig bestrebt, sich im Reiche eine Partei zu bilden. Thöricht wäre es, vom Standpunkte des deutschen Patriotismus aus den Kurfürsten wegen dieser Allianz zu tadeln. Wo war damals ein solcher Patriotismus zu finden, aufser etwa in hohlen Redensarten? Übrigens blieb ihm keine Wahl. Er ging freilich mit grofser Vorsicht zu Wege, um den Kaiser nicht zu reizen. Längst hatte er mit den französischen Gesandten in Hamburg, dem Grafen d'Avaux, in Danzig, d'Avaugour, und in Stockholm, de Rorté, freundliche Beziehungen angeknüpft[2]. Jetzt befürwortete Leuchtmar dringend ein Bündnis mit den Franzosen. „Sr. Kurfürstl. Durchlaucht Zustand," setzte dieser Staatsmann im Mai 1644 ebenso klar wie sachgemäfs auseinander[3], „befindet sich in praecipitio; er kann sich ohne fremder Potentaten Hilfe

[1] Briefwechsel v. 17. Okt. 10./20. Dez. 1644; U. u. A., I, 145 f. 151 f.
[2] Das. I, 571 f., 575 f., 116 f.
[3] Meinardus, II, 451 f.

nicht retten. Polen mangelt nichts mehr als die Macht, Preufsen zu nehmen; Pommern wird nachgestanden von den Schweden, Kleve von den Staaten. So steht er wegen aller seiner Lande in Gefahr. Nicht leva remedia können hier helfen, sondern nur scharfe Mittel. Ich sehe, neben den Staaten, nur Frankreich, dadurch Se. Kurfürstl. Durchlaucht sich am besten bewahren können."

Entsprechend dieser durchaus richtigen Betrachtungsweise war im September 1643 Winand Rodt nach Paris gesandt worden; um seine Mission der Öffentlichkeit zu entziehen, wurde er an den Prinzen von Condé geschickt, der damals grofsen Einflufs auf die Königin-Regentin Anna besafs. Vor allem in den pommerschen und Jülicher Erbschaftssachen nahm der Kurfürst die Unterstützung der Krone Frankreich in Anspruch.

Rodt erhielt von der Regentin so warme Versicherungen der Freundschaft, dafs sie des Kurfürsten Erwartungen übertrafen: wenn dieser handeln wolle, wie sein Grofsvater — der mit Frankreich im Bunde gestanden hatte — und nicht wie sein Vater, seien die Königin und ihre Minister entschlossen, ihm beizustehen. Entsprechende Aufträge seien dem Grafen d'Avaux, nunmehrigem Hauptgesandten Frankreichs bei den Münsterer Verhandlungen, gegeben. Ein offizielles Schreiben des jungen Ludwig XIV. lud den Kurfürsten direkt ein, durch einen Gesandten in Münster mit dem dortigen Botschafter Frankreichs zusammen zu wirken [1].

Rodts Berichte liefsen hoffen, dafs man auf der Franzosen Hilfe sowohl am Rhein wie an der Oder rechnen dürfe. So fafste auch der Geheime Rat die Sachlage auf: man solle sich, schlug er vor, an d'Avaux wenden, der der Sache kundig und wohlgesinnt sei [2].

Die guten Folgen der französischen Freundschaft stellten sich in der That bald heraus. Auf Veranlassung der Gesandten d'Avaux und Servien in Münster, zu denen Rodt sich begeben hatte, zeigte sich die Landgräfin von Hessen gefügig. Sie gewährte Genugthuung wegen der Xantener Schandthat, liefs von der früher als Vorbedingung geforderten Räumung Hamms durch die Kaiserlichen einstweilen ab und erteilte den Brandenburgern die Befugnis, sämtliche bisher von den hessischen Truppen inne-

---

[1] Akten betreffend Rodts Gesandtschaft: U. u. A., I, 616 ff.

[2] Sitzungen des Geh. Rates v. 11. April, 21. Mai, 3. Aug. 1644; Meinardus, II, 411 ff. 451 ff. 556 ff.

gehabten Orte zu besetzen; nur Lippstadt behielt sie bis zum Westfälischen Frieden in ihrer Gewalt. Kleves Neutralisierung war erreicht, in dem niederrheinischen Herzogtume wenigstens ein erträglicher Zustand geschaffen.

Des Kurfürsten Entschlufs, sich von den östlichen Angelegenheiten abzuwenden, zunächst am Rhein eine achtunggebietende Stellung einzunehmen, mit den Westmächten anzuknüpfen, hatte günstige Frucht getragen. Friedrich Wilhelm war damit den engen Verhältnissen der Kurmark entwachsen, die freiere Luft des weiten europäischen Horizontes umwehte ihn. Durch sein ebenso kluges und folgerichtiges wie mutiges Auftreten hatte er sich allgemeine Achtung erworben. „Er ist ein Fürst von grofsen Hoffnungen," sagte von ihm einer der ersten französischen Staatsmänner[1]; „er ist ein wohlgebildeter, geistvoller und durchaus begabter Mann, nach Krieg und Ruhm begierig," äufserte sich amtlich ein fremder Diplomat, der ihn persönlich kennen gelernt hatte[2]. Ja, er brauchte nur zuzugreifen, um plötzlich einer grofsen Allianz teilhaftig zu werden. Graf d'Avaux schlug ihm vor, ein beträchtliches Heer zu bilden, wozu ihm Frankreich Geld und Soldaten gewähren werde: unter der dreifachen Bedingung, dafs er keinen von dessen Verbündeten angreife, keine besondere Partei zu bilden versuche und sich verpflichte, nirgends die katholische Kirche zu beeinträchtigen[3]. Als Kitt dieses Bündnisses sollte seine Heirat mit einer französischen Dame dienen.

Friedrich Wilhelm stand so an dem Scheidewege. Sollte er, wie Kurköln, wie Hessen, wie Bernhard von Weimar, ein Söldner Frankreichs werden? Freilich, dieses Verhältnis hätte ihm zweifellos grofse territoriale Vorteile verschafft — aber mit der stolzen Unabhängigkeit, die er seinem Staate und Kurhute hatte gewinnen wollen, war es dann vorbei.

Sein Entschlufs mufste sich hauptsächlich in der Wendung zeigen, die er der Frage seiner Vermählung geben würde.

---

[1] Der Staatssekretär Brienne; Négociations secrètes, II, II, S. 104.
[2] Der Vicomte de Brégy, 24. Sept. 1645; U. u. A. II, 10.
[3] Bericht Rodts v. 2. Jan. 1645; U. u. A., I, 638 f.

Viertes Kapitel.

Friedrich Wilhelms Vermählung.

Für zweifellos wurde lange Jahre hindurch in ganz Europa die Heirat des jungen brandenburgischen Kurfürsten mit der Tochter Gustav Adolfs gehalten. Seit frühester Kindheit waren die hohen Persönlichkeiten für einander bestimmt gewesen; Christinens Vater hatte die Verbindung direkt anbefohlen. Wirklich mufste das Interesse Schwedens der jugendlichen Königin ratsam erscheinen lassen, das gröfste norddeutsche Reichsfürstentum mit ihrem eigenen Staate zu verbinden und diesem damit die Herrschaft über den deutschen Norden, sowie über das baltische Meer zu sichern. Den Kurfürsten aber mufste die Königskrone sowie die Regierung einer Grofsmacht anlocken. Freilich stand der Sache im Wege, dafs das schwedische Volk seine Fürstin mit ihrem Verwandten, dem Zweibrücker Pfalzgrafen Karl Gustav, zu verheiraten begehrte, der in Schweden geboren und erzogen, man darf sagen, selbst zum Schweden geworden war. Allein die Grofsen wünschten das pfalzgräfliche Haus niederzuhalten, eben weil es im Volke starke Wurzeln hatte und deshalb ihrem mafsgebenden Einflusse gefährlich werden konnte. Christine selber zeigte überdies keine Neigung für ihren Vetter, den sie seines kurzen und untersetzten Wuchses wegen „das Bürgermeisterlein“ zu nennen pflegte.

Man durfte baldige Entscheidung erwarten, als am 18. Dezember 1644 Christine ihren achtzehnten Geburtstag beging, damit ihre gesetzliche Volljährigkeit erlangte uud nunmehr über ihre Person, allerdings mit Zustimmung der Reichsstände, verfügen konnte. Tromsee von Roseneck vertrat bei ihr die Sache

der brandenburgischen Heirat. Er vermochte zu melden, dafs die Königin ihre Hand noch nicht vergeben habe, Friedrich Wilhelm also die Bewerbung offen stehe[1].

Der Kurfürst beschlofs sofort, der Angelegenheit ernstlich näher zu treten. Seine Vermählung wollte er nicht länger aufschieben, da ja die ganze kurfürstliche Linie des Hohenzollernhauses nur auf ihm selbst beruhte, er, sowie sein Staat, dringend legitimer Erbfolge bedurfte. Den Streitigkeiten und der Verwirrung kollateraler Erbfolge durften die brandenburgischen Länder, bei Gefahr völliger Zerreifsung, nicht ausgesetzt werden. Die schwedische Heirat aber reizte vor allem seinen kühnen, unternehmenden Geist, sein stolzes Machtbegehren. „Uns ist,“ schreibt er bald darauf seinen Räten, „an dieser Sache gelegen, die eine der allerwichtigsten, ja dergestalt beschaffen ist, dafs, nächst Gott, Unser und Unsers ganzen Kurfürstlichen Hauses Wohlfahrt und Aufnehmen zum gröfsten Teile darauf beruht.“[2] Um der leichteren und schnelleren Verbindung mit Stockholm willen siedelte er im Februar 1645 wieder nach Königsberg über, wo er bis zum Mai 1646 verblieb. Zugleich wandte sich Königin Maria Eleonore von ihrem preufsischen Witwensitze aus an ihre Tochter Christine, ihr die Heirat mit dem Vetter zu empfehlen, jedenfalls um bestimmten Bescheid zu ersuchen; und ebenso bat Götze den schwedischen Reichskanzler um seinen Rat, wie die schon seit zwölf Jahren betriebene Angelegenheit zu günstigem Abschlusse zu führen sei. Endlich trat Frankreich, um Brandenburg an die anti-österreichische Partei zu fesseln, in Stockholm und Osnabrück, wo die schwedischen Friedensgesandten weilten, lebhaft für die Heirat ein und suchte zumal in der von den Schweden stets hervorgehobenen Frage des Bekenntnisunterschiedes einen Ausgleich herbeizuführen[3]. Man hörte in der That, dafs sowohl der greise Axel Oxenstierna als auch dessen Sohn, der Legat Johann, und der einflufsreiche Bischof Johannes Matthiae völlig für den Kurfürsten gewonnen seien; nur müsse dieser sofort nach Schweden kommen, um jeder anderweiten Bewerbung vorzubeugen, auch durch solche Aufmerksamkeit das Herz der

---

[1] Tromsee an Burgsdorf, 17./27. Novbr. 1644; Meinardus, II, 662 f.

[2] Das Folgende zumeist nach den zahlreichen Akten im 3. Bande der „Protokolle und Relationen“.

[3] Ms. Gundling, S. 139 f.

jungen Monarchin zu rühren. Grundsätzlich war Friedrich Wilhelm nicht abgeneigt, um des hohen Preises willen, der seinem Ehrgeiz winkte, die beschwerliche Brautreise zu unternehmen. Ein Vorwand — die pommersche Sache — war ja vorhanden. Allein er mufste eine Bedingung stellen: nämlich „versichert zu sein, dafs er ohne Schimpf bleiben und nicht etwa mit dem Korbe aus Schweden zurückkommen würde". Es war dies um so nötiger, als schon allerorten die Rede ging, Christine wolle sich, wie einst Elisabeth von England, jeder Heirat entschlagen, um sich nicht in dem Gatten einen Herrn zu geben; während man, bei des Kurfürsten bekannter kräftiger Gemütsart, an den fremden Höfen sicher war, er werde sich in Schweden nicht von jeder Regierungsgewalt ausschliefsen lassen und lieber auf die Krone verzichten, als „nur der Gemahl der Königin zu sein" [1].

Wegen des schwedischen Reichskanzlers wurde Friedrich Wilhelm bald enttäuscht. Sein Resident Schlezer mufste von Axel Oxenstierna erfahren, dafs er nie zu solcher Heirat noch zu einer anderen mit einem selbständigen Fürsten raten werde [2]. Der Beweggrund zu derartiger Feindseligkeit war klar genug: die schwedischen Grofsen wollten keinen starken König, sondern hofften ihre junge Fürstin ganz von sich abhängig zu machen, sei es, dafs sie unvermählt bleibe, sei es, dafs sie einen unbedeutenden und schwachen Gatten erhalte. Die brandenburgischen Räte waren überdies einstimmig gegen die Reise, die bei Kaiser und Polen die widrigste Wirkung üben könne, wenn nicht der Kurfürst vorher des Erfolges sicher sei. Um der Sache auf den Grund zu kommen, liefs Friedrich Wilhelm im September 1645 den Geheimrat Benckendorf, angeblich in dessen Privatangelegenheiten, nach Stockholm reisen. Einflufsreiche Persönlichkeiten in der schwedischen Hauptstadt wurden mit Geschenken bedacht. Allein es wurde bald klar, dafs die Schweden den Brandenburger nur hinhalten und zum Nachgeben in dem Streit um Pommern veranlassen wollten. Weder die Königin-Witwe noch Kanzler von Götze erhielten, trotz eifrigen Nachsuchens, Antwort auf ihr Schreiben. Endlich aber bekam

[1] Französ. Staatssekretär Brienne an die Gesandten in Münster, 27. Juli 1645; Négociations secrètes touchant la paix de Munster et d'Osnabrug (Haag 1725), II, II, S. 104.

[2] nunquam se huius consilii fore auctorem; non sit [regina] alterius qui suus esse potest; Meinardus, III, 137.

Benckendorf gar den Bescheid: wegen der Verschiedenheit der Religionen, der allzunahen Blutsverwandtschaft der beiden hohen Persönlichkeiten, sowie mangelnder Neigung seitens der Königin werde die Heirat schwerlich zu stande kommen (Dez. 1645). Wenn die schwedischen Minister dennoch auf Absendung einer feierlichen brandenburgischen Gesandtschaft zur Bewerbung um Christinens Hand drangen, hatte das offenbar keinen anderen Zweck, als den Kurfürsten in den Augen der anderen Mächte unheilbar zu kompromittieren und an jeder sonstigen Vermählung, die seine Stellung verstärken könnte, zu hindern. Würde er sich rühren, liefs sich Christinens Günstling, Graf de la Gardie, vernehmen, so wolle man ihm das Land kahl machen.

In eine so plumpe Falle ging selbstverständlich Friedrich Wilhelm nicht, von der „feierlichen Ambassade“ konnte unter derartigen Umständen nicht die Rede sein, so sehr auch einige seiner Räte, besonders Löben, sie befürworteten. Darauf hatten die Schweden die Kühnheit, den wahren Sachverhalt auf den Kopf zu stellen und den Kurfürsten zu beschuldigen, er habe die hochwichtige Angelegenheit allzu „kaltsinnig“ betrieben; auch führten sie die bisher nicht förmlich vollzogene Ratifikation des Waffenstillstandes von 1641 als Beweis von dessen ungünstiger Gesinnung gegen Schweden an, während er doch jenes Übereinkommen stets gehalten, sie aber dessen Geist und Wortlaut wiederholt verletzt hatten. Kurz, sie dachten ihn durch Lockungen und Drohungen zum Anschlufs an ihre Interessen zu bewegen, ohne ihm anders als durch leere Beteurungen und Versprechen zu lohnen.

Bei ihrem listigen Verfahren übersahen sie nur eines: Friedrich Wilhelm war keineswegs der Mann, der sich durch schlaue Manöver zum Besten haben liefs. Kaum hatte er die Überzeugung gewonnen, die Stockholmer Machthaber würden auf seine Vermählung gar nicht oder doch nur unter für ihn unannehmbaren Bedingungen eingehen, so wandte er sein Augenmerk nach einer andern Seite. „Man hat Uns,“ erklärte er den Schweden, „lange genug mit Heiraten umgeführt und möchte es wohl noch weiter.“ Selbst wenn die Absicht verwirklicht worden, hätte dies grofse Bedenken mit sich gebracht; er wäre nur „der Königin Gemahl“ geworden, die Regierung hätte er nicht erhalten; und doch würde es für ihn höchst schimpflich sein, „wenn wir

der Königin bloſs als etwan ein Kämmerer sollten aufwarten" [1]. Es konnte auch ferner für ihn nur die Rede von einer Heirat sein, die ihm politische Vorteile: die Unterstützung durch eine Groſsmacht, verschaffen würde. Und hier hatte er zu wählen zwischen Frankreich und Holland.

Die Beziehungen zu der von Kardinal Mazarin geleiteten Pariser Regierung hatten sich immer freundlicher gestaltet. Der Kurfürst hatte ihr seine Interessen wiederholt empfohlen, und sie zeigte sich wirklich geneigt, solche wahrzunehmen und zu verfechten — mit Ausnahme der Jülicher Erbschaftssache, in der alte Verbindungen mit dem Neuburger Pfalzgrafen und dessen katholisches Bekenntnis ein Auftreten Frankreichs gegen ihn unmöglich machten: die Sache würde „nach Hugenottentum riechen". Sonst aber hoffte die französische Regierung, der Brandenburger „werde die gute Partei ergreifen", indem er sich dem Allerchristlichen Könige anschlieſse; und wie nützlich würden diesem die Dienste eines weltlichen Kurfürsten sein! [2] Graf d'Avaux sprach den Wunsch aus, den den Franzosen bereits bekannten Winand Rodt als brandenburgischen Residenten nach dem Haag gesandt zu sehen, damit er dort als geheimer Vermittler zwischen der Regentschaft und dem Kurfürsten dienen könne. Der Graf lieſs in Berlin wissen, daſs er nicht nur persönlich geneigt, sondern auch von seiner Regierung angewiesen sei, bei dem westfälischen Friedenswerke zu Gunsten Brandenburgs zu wirken [3]. Diese Freundlichkeiten wurden in Paris nur als vorbereitende Schritte betrachtet; die wahre Absicht war, das gröſste deutsche Fürstentum in dauernde Abhängigkeit von Frankreich zu bringen. Zu diesem Behufe sollte eben die Vermählung des Kurfürsten mit einer französischen Prinzessin stattfinden. Nur vorübergehend war von einer Tochter des protestantischen Herzogs von Rohan die Rede gewesen; mit gröſserem Nachdruck schlugen die Franzosen, trotz der Verschiedenheit der Religion, seine Heirat mit einer Base König Ludwigs XIV., Tochter seines Oheims Gaston von Orleans, der wegen ihrer Thatkraft und ihres Geistes bekannten „Groſsen Mademoiselle", Anna Maria

[1] Instruktion Friedr. Wilh.s an seine Gesandten in Osnabrück, 22. Juni/2. Juli 1646; U. u. A. IV, 446.

[2] D'Avaux und Servien an Brienne, 5., und Brienne an d'Avaux und Servien, 26. Nov. 1644; Négociations secrètes, I, 169. 186.

[3] U. u. A. I, 610. IV, 746. — Meinardus, III, 149.

Luise, vor. Sie war damals achtzehn Jahre alt, die reichste Erbin in Frankreich. Im Herbste 1645 suchte der französische Gesandte in Polen, Vicomte de Brégy, den Kurfürsten deshalb in Ostpreußen auf. Zugleich erbat sich d'Avaux, von Münster aus, ein Porträt Friedrich Wilhelms, um es der Prinzessin zukommen zu lassen, und äußerte den Wunsch, nur eine Viertelstunde mit dem Kurfürsten zusammen sein und über diese wichtige Angelegenheit reden zu können[1].

Allein solche Anerbietungen entsprachen nicht den Wünschen Friedrich Wilhelms. Eine französische Heirat hätte nur einen Sinn gehabt, wenn er entschlossen gewesen wäre, sich unbedingt der Leitung Frankreichs zu fügen und den Bruch mit dem Kaiserhofe auf sich zu nehmen. Beides aber wollte er durchaus vermeiden. Eine „Felonie“ gegen das Reichsoberhaupt zu begehen, lag ihm fern, und des damaligen Frankreich herrsch- und ländergierige Politik ist ihm zeitlebens verhaßt geblieben. Er bedurfte Frankreichs Beihilfe in jenem Augenblicke, indes er wollte sie nicht um den Preis unehrenhafter Selbstaufgabe erkaufen.

Im September 1645 ging freilich Burggraf Fabian von Dohna nach Paris, allein mehr mit allgemeinen Versicherungen der Ergebenheit und Bitten um Unterstützung ausgerüstet, als mit bestimmten Antworten auf die französischen Vorschläge. Selbst in der wichtigen und drängenden pommerschen Angelegenheit hatte Dohna keine faßbaren Aufträge erhalten. Die Mission hatte die gute Folge, daß sowohl der Kaiser als auch die hessische Landgräfin, aus Furcht vor der Einmischung Frankreichs, auf die Kontributionen, die sie bisher in Kleve-Mark erhoben hatten, verzichteten; so erhielt Friedrich Wilhelm die Mittel, seine Abgeordneten in Münster und Osnabrück zu besolden. Aber in Frankreich selbst hatte die Sendung eher verstimmt und enttäuscht. Der französische Staatssekretär Graf von Brienne sprach sein Erstaunen aus, „daß Se. Kurfürstl. Durchlaucht bei des Burggrafen zu Dohna Abschickung mehr auf Komplimente und wie Sie wohl traktiert werden, als auf reale Handlung, zumal wegen Pommerns, darinnen man Sie doch nach Möglichkeit

[1] U. u. A., I, 171. 624, II, 9 ff. — Meinardus, II, 517, III, 260 f. — Später war auch von einer Prinzessin von Longueville, gleichfalls einer Angehörigen des französ. Königshauses, die Rede; U. u. A., I, 206 (Juni 1646).

favorisieren würde, bestanden habe". Die Pariser Regierung liefs Dohna deutlich merken, dafs sie mehr erwartet habe: sowohl eine Heirat in Frankreich wie ein Offensivbündnis, sei es gegen Spanien, sei es selbst nötigenfalls gegen Frankreichs bisherige Alliierten, die Schweden. Da nun nichts derartiges erfolgt war, zeigte man seinen Ärger durch kühle, zurückweisende Haltung[1].

Viel sympathischer war für Friedrich Wilhelm eine persönliche und politische Verbindung mit Holland und dem oranischen Fürstenhause. Nicht nur die Gemeinsamkeit deutscher Abstammung und reformierten Bekenntnisses, auch die schönsten und fruchtbarsten Erinnerungen seiner Jugend verbanden ihn mit Niederland, enge Verwandtschaft noch besonders mit den Oraniern. Die junge Dame, die bei einer solchen Vermählung in Betracht kam, war ihm — gewifs etwas Anheimelndes für seine Vorstellungen — seit lange bekannt. Es war des Generalstatthalters Friedrich Heinrich älteste Tochter, Luise Henriette. Nicht als ob er von früh an zärtliche Gefühle für sie gehegt hätte. Sie war bei seinem Weggange aus den Niederlanden erst zehn Jahre alt gewesen; seine Jugendliebe hatte vielmehr der Pfälzerin Luise Hollandine gegolten. Inzwischen hatte auch die Oranierin ihre mädchenhafte Neigung einem französischen Edelmanne in holländischen Kriegsdiensten, dem Prinzen Heinrich Karl von Tarent, geschenkt[2]. Allein darauf nahm der Kurfürst keine Rücksicht, obwohl ihm die Thatsache sehr wohl bekannt war. Politische Erwägungen leiteten ihn vor allem bei dieser Wahl, die freilich durch das Gedächtnis an die schöne niederländische Zeit wesentlich erleichtert wurde.

Luise Henriette von Oranien[3] war am 27. November 1627 im Haag geboren. Nach dem Sinne beider Eltern ward sie in

[1] U. u. A., I, 206. 611. 640 ff. — Meinardus, III, 168 f.

[2] Die Geschichte dieser Liebe und ihres Endes erzählte der Prinz von Tarent als Greis seinen Kindern; offenbar hatte sie im Laufe der Jahrzehnte in seiner Erinnerung eine romantisch verschönte und wirkungsvollere Gestalt erhalten. Erdmannsdörffer (Luise Henriette v. Oranien u. der Prinz v. Tarent; Zeitschr. f. preufs. Gesch. u. Landesk., XV [1878]) mifst seiner Darstellung wohl allzu viel Glauben bei, auch für die Einzelheiten. Dafs Burgsdorf, der dem Kurfürsten zu der Heirat geraten hatte, in des Prinzen von Tarent Schilderung in ungünstigem Lichte erscheint, ist sehr erklärlich, und beurteilt danach auch Erdmannsdörffer den Minister zu scharf.

[3] Ganz unbrauchbar ist S. Hirsch, Erinnerungen an den Grofsen Kurfürsten und an seine Gemahlin Luise v. Oranien (Vorträge des Evangel.

streng und ausschliefslich reformiertem Geiste erzogen, aber ihr eigenes, sinniges, zu leiser Schwermut neigendes Wesen führte sie zu echter, von den Schranken enger Konfessionalität sich befreiender Frömmigkeit. Sie vereinte Festigkeit des Willens mit edlem, wahrhaft weiblich sich hingebendem Empfinden: Vorzüge, die den Gatten leicht über den Mangel blendender äufserer Schönheit bei ihr hinwegsetzen konnten. Freilich, zunächst waren ihm die politischen Rücksichten überhaupt die wichtigsten: dem um das Dasein seines Staates hart ringenden Fürsten war weiches Gefühlsleben nicht gestattet.

Henriette Luisens Vater, der Generalstatthalter, hatte selber den jungen Friedrich Wilhelm während seines vierjährigen Aufenthaltes in den Niederlanden derart lieb gewonnen, dafs er längst den Wunsch hegte, in ihm seinen Schwiegersohn zu sehen. Schon in den letzten Lebensmonaten Georg Wilhelms, im Herbste 1640, hatte er diesem Gedanken Ausdruck verliehen, als Joachim Friedrich von Blumenthal als brandenburgischer Gesandter im Haag weilte; damals aber ward der Sache keine Folge gegeben, da Schwarzenberg den Kurprinzen mit einer Habsburg zu vermählen gedachte. Später hatte der junge Kurfürst von der schwedischen Heirat gröfseren Vorteil erhofft und deshalb die Andeutungen, die aus dem Haag an ihn gelangten, nicht verstehen wollen[1]. Erst als er erkennen mufste, dafs jene wenig Aussicht auf Verwirklichung bot, wandte er sich mit immer wachsender Bestimmtheit der oranischen Verbindung zu. Er fand bei Friedrich Heinrich um so freundlicheres Entgegenkommen, als der Statthalter sich krank und einem vorzeitigen Ende nahe fühlte. Seine Gemahlin, Amalie von Solms, eine entschlossene und thatkräftige Dame, die während des Siechtums ihres Gatten die Leitung der oranischen Haus- und Staatspolitik übernommen hatte[2], betrieb seitdem die Vermählung mit der ihr eigenen Energie. Durch Winand Rodt, der im April 1645 im Haag weilte, lud sie Friedrich

---

Vereins f. kirchliche Zwecke, Berlin 1852). — Viel besser F. Knauth, L. Henr. v. Oranien, Kurfürstin v. Brandenburg (Halle 1867). — Dafs Luise die ihr zugeschriebenen religiösen Lieder, zumal „Jesus meine Zuversicht“, nicht verfafst hat, beweist F. L. C. v. Médem, Zur Hymnologie, L. Henr. Kurfürstin zu Brandenb. (Berlin u. Hamb. 1876).

[1] Aitzema, Saken van Staet en Oorlogh, II, 726. 769. 801.

[2] Groen van Prinsterer, Archives de la maison d'Orange-Nassau, Serie II Bd. IV S. XXII ff.

Wilhelm bei Gelegenheit seiner bevorstehenden klevischen Reise, unter vielen Lobsprüchen und sehr durchsichtigen Anspielungen, zum Besuche im Haag ein [1], suchte einflufsreiche brandenburgische Minister, und zumal Konrad von Burgsdorf, durch reiche Geldgeschenke zu gewinnen [2]. Es war wohl eine von oranischer Seite beabsichtigte und berechnete Indiskretion, durch die eine solche Heirat den europäischen Fürstenhöfen schon bekannt wurde, ehe Friedrich Wilhelm sich förmlich mit ihr einverstanden erklärt hatte [3]. Man wollte im Haag eben anderweite Heiratspläne des Kurfürsten von vornherein unmöglich machen, auch der jungen Henriette Luise selbst darthun, dafs ihre Jugendliebe zu dem Prinzen von Tarent keine Aussicht auf glücklichen Abschlufs habe.

Der Kurfürst war nunmehr geneigt, den ihm dergestalt von den Nächstbeteiligten eröffneten Weg zu beschreiten. Er lebte der Hoffnung, durch die oranische Heirat sich das Bündnis mit den Generalstaaten zu sichern, so den Rückhalt zu finden, dessen er für seine Jülicher Ansprüche gegen Pfalz-Neuburg, für seine pommersche Erbschaft gegen Schweden dringend bedürfe. Sein ungeduldig voranstrebender Geist gedachte hier endlich den festen Grund zu entdecken, von dem aus er seine hohen Pläne der Verwirklichung näher führen könne. Seine gesamten Interessen, meinte er, würden die Generalstaaten zu den ihrigen machen [4]. Graf Dohna bestärkte ihn in dieser Ansicht: Holland dürfe nicht leiden, schrieb er ihm aus dem Haag, dafs ein katholischer, den Spaniern zugethaner Fürst, wie der Neuburger, am Niederrhein mächtig werde, noch dafs die Schweden durch den Besitz Pommerns die Herrschaft über die kommerziell so wichtige Ostsee erlangten. Wie nützlich werde wiederum für Brandenburg der Beistand der zu Lande und zumal zu Wasser so gewaltigen Niederlande werden! [5] — Im Beginne des Jahres 1646 beschlofs also Friedrich Wilhelm, durch den Rat und Rittmeister Ewald von Kleist die Hilfe der Generalstaaten und des Statthalters in der

[1] U. u. A., IV, 748 ff.

[2] Baltische Studien, VI, I, 120. II, 34.

[3] Brienne an d'Avaux u. Servien, 29. Juli 1645; Négociations secrètes, II, II, S. 104. — Erdmannsdörffer in der oben (S. 65 Anm. 2) citierten Abhandlung, S. 248 f.

[4] Aitzema, III, 149.

[5] U. u. A., IV, 55.

neuburgischen und pommerschen Sache nachzusuchen, und außerdem in dem Streite, den er damals mit den widerspenstigen, ja hochverräterischen klevischen Ständen auszufechten hatte.

Wenn Friedrich Wilhelm beschlossen hatte, im Klevischen eine beträchtliche Truppenmacht aufzustellen, so galt diese nicht allein der Verteidigung des Landes gegen fremde Widersacher, sondern auch dem Schutze der landesherrlichen Gewalt gegen die republikanischen und separatistischen Bestrebungen der Stände. Die evangelische Ritterschaft des Herzogtums sowie dessen drei von staatischen Truppen besetzte und in voller Unabhängigkeit sich regierende Städte Wesel, Rees und Emmerich strebten ganz offenbar Anschluſs ihres Landes an die Vereinigten Provinzen, als deren achtes Glied, an. Es waren die im Klevischen maſsgebenden Elemente. Die Grafschaft Mark war loyaler gesinnt; aber von kaiserlichen und kurkölnischen Truppen besetzt und rings von katholischen Gebieten umgeben, konnte sie, bei des Kurfürsten Ohnmacht, einstweilen nur von den Generalstaaten Hilfe erhoffen. Um hier seine Autorität zu wahren, vermehrte Friedrich Wilhelm seine Streitkräfte in Kleve-Mark bis auf 3500 Mann, unter dem Vorwande, Garnisonen in die von den Fremden geräumten Plätze legen zu müssen.

Die Stände erkannten sehr wohl, wohin diese Maſsregeln zielten, und sie nahmen den Kampf sofort auf. Für sie gab es kein Interesse kurbrandenburgischer Staatseinheit und Unabhängigkeit; für sie waren der Kurfürst, seine Beamten und Truppen lediglich Fremde, die mehr zu fürchten waren, als Kaiserliche, Niederländer, Spanier oder Hessen, weil sie die teuer erkauften Privilegien der Herren Stände dauernd zu vernichten und einen „absoluten Dominat“ aufzustellen drohten. Nachdem die wiederholte Absendung von Deputationen an den Kurfürsten behufs Bestätigung aller ihrer Vorrechte und Abhilfe für alle ihre Beschwerden an dem festen, zielbewuſsten Willen des jungen Herrn gescheitert war, verweigerten die klevischen Stände alle, zum Unterhalt der Truppen notwendigen Steuern und wandten sich zugleich mit Hilfegesuchen nach dem Haag. Kleists Sendung sollte eben bewirken, daſs die Staaten den Klagen der klevischen Stände kein Gehör gäben, sondern diese abwiesen und zum Gehorsam gegen ihren Landesfürsten ermahnten[1].

---

[1] Instruktion an Ew. v. Kleist, 10./20. März 1646; U. u. A. IV, 56 f. — Über die klevischen Verhandlungen das. V, 224—259.

Aufser diesem offiziellen Antrage hatte Kleist noch den mündlichen, die Heiratsangelegenheit mit dem prinzlichen Paare von Oranien zu verhandeln[1].

Seine öffentliche Sendung hatte einigen, wenn auch nicht ganz den gehofften Erfolg. Die Niederländer schritten sowohl in Münster wie bei Königin Christine selbst zu Gunsten der Ansprüche Brandenburgs auf Pommern ein; ernstlicher gegen Schweden aufzutreten, konnten sie sich freilich nicht entschliefsen. Ebenso erhielten die klevischen Stände vom Haag aus den offiziellen Rat, alles zum Unterhalte der kurfürstlichen Truppen Nötige zu zahlen; in der neuburgischen Sache beschränkten sich die Staaten auf das Erbieten freundschaftlicher Vermittelung[2].

Den glücklichsten Fortgang scheinen die Verhandlungen wegen der Heirat genommen zu haben, da wir nunmehr den Kurfürsten entscheidende Schritte zu deren Verwirklichung thun sehen. Alles Nähere wurde zwischen ihm und mehreren Damen der oranischen und pfälzischen Familie in dem damals höchlichst beliebten Badeort Hornhausen bei Aschersleben verabredet. Die leitenden brandenburgischen Minister waren der Meinung, es sei hohe Zeit, durch die Vermählung ein Bündnis mit den Generalstaaten zu erlangen, ehe bei diesen andere Potentaten dem Kurfürsten zuvorkämen. Da Schweden versagte, der Kaiser gleichgültig und die deutschen Protestanten unthätig blieben, Frankreichs Vorschläge unannehmbar schienen, mufste Friedrich Wilhelm allerdings Beistand bei den Niederlanden suchen, um nicht in seiner Isolierung mit seinen gesamten Ansprüchen Schiffbruch zu erleiden. Er hoffte, dafs die Generalstaaten seine Interessen und namentlich seine Rechte auf Pommern in vollem Umfange unterstützen würden[3].

Am 10. Oktober 1646 reiste Friedrich Wilhelm nach Kleve ab, in langsamstem Tempo, so dafs er dort erst nach einem Monate eintraf. Nicht einen Augenblick verleugnete er den vorzugsweise politischen Charakter der beabsichtigten Heirat. In romantischem Lichte dürfte man sie nicht betrachten — eine solche Auffassung lag dem praktischen Wesen dieses Fürsten überhaupt fern. Von Duisburg aus sandte er sofort mehrere

[1] L. v. Aitzema, Saken van Staet en Oorlogh, III (Haag 1669), 106.
[2] Meinardus, III, 534.
[3] Das. 540 f. 549. — Aitzema, III, 149.

Edelleute an die einzelnen Staaten der niederländischen Union, um bei ihnen zu Gunsten seiner Wünsche zu wirken und zumal den Abschlufs einer „festen und nahen Alliance“ zwischen ihnen und Brandenburg in Anregung zu bringen.

Seinen Abgeordneten folgte der Kurfürst auf dem Fuſse. Schon am 23. November erschien er in der Sitzung der Generalstaaten, trug ihnen in Person seine politischen Anliegen vor und benachrichtigte sie von seiner bevorstehenden Vermählung mit des Prinzen von Oranien ältester Tochter, „zu mehrerer Erweisung, dafs Wir mit den Herren Staaten in gutem Vertrauen und treuer Nachbarschaft zu leben gedenken.“ Schärfer konnte der politische Charakter der Heirat kaum bezeichnet werden. Zugleich bildete der Kurfürst eine Deputation, bestehend aus den Geheimräten von Burgsdorf, Otto von Schwerin und Seidel, um mit den Hochmögenden die Bedingungen eines Verteidigungsbündnisses festzustellen. Allein, man mufs sagen, der junge und noch unerfahrene Fürst war von nachlässigen oder unkundigen Räten irre geführt worden: politisch betrachtet war die Heirat ein Mifsgriff, da sie zu einer Zeit abgeschlossen worden, wo Prinz Friedrich Heinrich schon an geistiger Umnachtung litt und seinem Schwiegersohn nicht den mindesten Beistand gewähren konnte.

Wenn Luise Henriette aus Liebe zu dem Prinzen von Tarent der Vermählung Widerstand leistete, so wurde dieser durch den bestimmten Willen der Eltern und zumal der rücksichtslos energischen Mutter gebrochen; auch Friedrich Wilhelm nahm auf die Gefühle des jungen Mädchens keine Rücksicht. Vielmehr wurde wegen der zunehmenden Schwäche des Generalstatthalters die Hochzeitsfeier beeilt und am 7. Dezember n. St. 1646 „in der Enge und ohne einige Weitläufigkeiten“, wie der Kurfürst selber schreibt, gefeiert[1]. Trotz dieser Beschränkung entfalteten Bräutigam und Braut glänzende Pracht. Friedrich Wilhelm war in weifsen Atlas gekleidet, der aber so reich mit Diamanten und goldenen Stickereien besetzt war, dafs man den Stoff kaum durchschimmern sah. Luise Henriette erschien in einem Kleide von Goldbrokat, mit Perlen geziert; die Schleppe war neun Ellen lang und ward von neun Grafen getragen. Auf dem Haupte hatte sie eine Krone von Perlen und Brillanten. Ihre Mitgift

[1] Das Datum, das früher auf den 17./27. Dez. gesetzt wurde, erhellt aus amtlichen Aktenstücken: U. u. A., IV, 68. 239, und Meinardus, III, 602.

entsprach freilich diesem Prunke kaum und betrug nicht mehr als 120 000 Reichsthaler[1].

Das junge Paar blieb zunächst nur wenige Wochen vereint. Den Kurfürsten beriefen die Staatsgeschäfte nach Kleve ab, während er seiner Gattin erlauben mufste, den todkranken Vater zu pflegen. Am 14. März 1647 verschied Friedrich Heinrich im dreiundsechzigsten Lebensjahre. Der Schwiegersohn war an sein Sterbelager geeilt; zwei Monate später führte er endlich Luise Henriette nach Kleve. Nur widerstrebend hatte sie ihm die Hand gereicht, aber Pflichtgefühl sowie Bewunderung für den kräftigen und geistvollen Fürsten machten sie bald zu dessen treuer und liebender Gemahlin, die allen seinen Interessen volle Teilnahme widmete. Nicht als ob sie das demütige, nur für Frömmigkeit und Familie lebende Geschöpf gewesen wäre, als das konventionelle Lobredner sie dargestellt haben. Vielmehr gewöhnte sie sich, mit der ganzen Thatkraft und Schärfe, die sie von ihrer Mutter überkommen hatte, in die politischen Ereignisse einzugreifen. Aber eine solche Natur entsprach dem eigenen Wesen des Kurfürsten. Er erkannte den Wert dieser Frau sehr wohl und wandte sich gern an sie um Zuspruch und Rat, den sie mit grofser Sicherheit erteilte. Nur langsam erlernte sie die deutsche Sprache, mit der sich ihr noch oft das vertraute Holländisch mischte.

Zunächst war die Haushaltung des fürstlichen Paares zu Kleve, den bedrängten Zeitumständen gemäfs, einfach und schlicht. Im Mai 1648 wurde es durch die Geburt eines Sohnes und Erben erfreut, der den Namen Wilhelm Heinrich erhielt. Aber das Kind, an das sich die Hoffnungen des Kurhauses und Landes knüpften, starb schon im folgenden Jahre, und es dauerte geraume Zeit, bis die Geburt eines zweiten Sohnes die schmerzliche Lücke ausfüllte. Es waren traurige Jahre für Luise Henriette: an weiterer Nachkommenschaft verzweifelnd, soll sie in heldenhaftem Opfermute dem Gatten die Ehescheidung angeboten haben, in die Friedrich Wilhelm keinesfalls willigte. Er hatte seine Gattin herzlich schätzen und lieben gelernt und blieb ihr, unähnlich den meisten Fürsten jener Zeit, in unwandelbarer Treue ergeben.

---

[1] S. Beilage.

Fünftes Kapitel.

Die Jülicher Erbschaft.

Der später geborene Historiker ist nur allzusehr geneigt, das Endergebnis einer langen Regierung als die Folge eines von vornherein sorgfältig festgestellten Programms zu betrachten, zumal wenn der Herrscher thatsächlich ein hervorragender und folgerichtiger Politiker war. Es gleicht das den Anschauungen der Strategen des vorigen Jahrhunderts, die der Meinung waren, auf dem Papiere einen Krieg bis zu seinen letzten Konsequenzen voraus berechnen und bestimmen zu können. Auch dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm hat man derart einen förmlichen, in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Regierungsplan zugeschrieben. Davon kann in Wahrheit nicht die Rede sein. Dieser Herrscher war vielmehr eine durchaus praktische Natur und betrachtete die Politik nicht als eine Sache der Theorie, sondern richtete sein Verfahren in jedem gegebenen Falle so ein, wie es den Umständen und seiner eigensten inneren Richtung entsprach. Die ging allerdings auf die Gröfse und Einheit seines Staates, auf persönliche Macht und Ruhm. Deshalb hat er mit der äufsersten Hartnäckigkeit und mit Aufgebot aller Mittel der Diplomatie um den Besitz Pommerns, seiner Häfen und seines Oderstromes gerungen. Deshalb hat er die ständische Kleinlichkeit und Zerfahrenheit bekämpft, die nicht allein die landesherrliche Gewalt, sondern auch den Zusammenhang des Staates zu vernichten drohte. Deshalb war er auch eifrig und beharrlich bestrebt, die Kurmark von den Schweden, die rheinischen Lande von den Holländern,

Hessen, Neuburgern und Kaiserlichen, Preufsen endlich von den Polen zu befreien.

Eine stete Quelle polnischer Einmischung war die Seezulage in den preufsischen Häfen[1]. Selbst nach der Regelung durch den Vertrag vom 5. Dezember 1641, die dem Kurfürsten insofern günstig war, als sie gegen eine jährliche Abschlagszahlung von 100000 polnischen Gulden ein für allemal die polnischen Beamten aus den herzoglich preufsischen Häfen entfernte und ihm sogar in dem königlichen Elbing die Zollerhebung übertrug, hatte die Seezulage den Polen beständig zur Intervention Anlafs gegeben. Die Königsberger behaupteten, wohl mit Recht, dafs der erhöhte Zoll sie den Danzigern gegenüber in Nachteil bringe; die Litauer erhoben ähnliche Klagen; und diese Beschwerden wurden an den polnischen Reichstag gerichtet, der nun fortwährend über die preufsischen Angelegenheiten verhandelte. Dazu kam, dafs der schwedisch-dänische Krieg und die englischen Revolutionswirren den baltischen Verkehr bedeutend verminderten und Friedrich Wilhelm sich deshalb aufser stande sah, die vertragsmäfsige Summe an den König zu zahlen, wogegen dieser selbstverständlich Einsprache erhob. Solchen Verhältnissen mufste ein Ende gemacht werden. Um die Polen nicht zu reizen, hatte der Kurfürst nach Ablauf des dreijährigen Vertrages für das Jahr 1645 die festgesetzten 100000 Gulden doch nach Warschau entrichtet. Als aber die Erneuerung des Übereinkommens Schwierigkeiten machte, beschlofs er die Seezulage, deren Reinerträgnis grofsenteils den Polen zu gute kam, und deren Ausfall für ihn durch Steigerung des preufsischen Handels und Wohlstandes ersetzt werden mufste und wirklich wurde, völlig aufzuheben. Die politische Lage war einer solchen Mafsregel aufserordentlich günstig. Wladislaws IV. österreichische Gemahlin war gestorben; an ihrer Stelle verband er sich mit einer ihm von Frankreich zugeführten Gattin, Maria von Gonzaga-Nevers; seitdem befand er sich ganz im Fahrwasser der französischen Politik, die ja Brandenburg gegen den Kaiser und selbst gegen Schweden zu stärken versuchte. Andererseits träumte Wladislaw damals von der Eroberung der Türkei. So hochfliegenden Plänen gegenüber verloren die kleinen preufsischen Angelegenheiten für ihn jede

[1] Das Folgende nach den in den U. u. A., I, 86 ff. veröffentlichten Dokumenten.

Bedeutung — im Gegenteil mufste er sich die Gunst des Brandenburgers zu gewinnen suchen, um nicht von ihm Hemmnisse zu erfahren. Schnell entschlossen, wie immer, griff Friedrich Wilhelm ein. Am 12. April 1646 hob er „zu Gunsten der Commercien Unserer Seeporten Pillau und Memel" die Seezulage völlig auf; notgedrungen mufste der König den Elbingern dieselbe Erleichterung gewähren. Wladislaw und die polnischen Grofsen zeigten sich allerdings über die einseitige Abschaffung einer durch den König und den frühern Kurfürsten gemeinschaftlich eingerichteten Abgabe höchlichst erzürnt und drohten mit Einsetzung einer oberlehnsherrlichen Untersuchungskommission. Die preufsischen Oberräte, die jede Gelegenheit ergriffen, um zur Verminderung der herzoglichen Macht die polnische Einmischung zu begünstigen, wurden bei dem Kurfürsten gegen die segensreiche Neuerung vorstellig, „deren Frucht," wie sie in junkerlicher Selbstsucht sagten, „einzig und allein der Königsberger Kaufmann empfinden mag". Allein Friedrich Wilhelm hatte gesundere Anschauungen von den Pflichten und Interessen eines Landes. Im Vertrauen auf die Lage der Dinge und das ebenso schwache wie hochstrebende Gemüt des Königs blieb er fest. Da Wladislaw an beängstigendem Geldmangel litt, der seine kühnen Pläne gar sehr behinderte, zahlte er ihm bereitwilligst noch einige unbeglichene Forderungen bar aus. Hierauf liefs Wladislaw die angedrohte Untersuchungskommission fallen, und sein am 20. Mai 1648 erfolgender Tod machte der ganzen Angelegenheit ein Ende. Friedrich Wilhelm hatte seine Absichten vollständig durchgesetzt und, ohne beträchtliche Einbufse für seine Kasse, dem Lande einen wichtigen Dienst erwiesen, seine eigene Regierungsgewalt auf handelspolitischem Gebiete von der lästigen polnischen Mitwirkung befreit.

Viel schwieriger und verwickelter blieb die Lage am Niederrhein.

Man weifs, wie seit dem Beginne des 17. Jahrhunderts die grofse Jülich-Kleve-Bergsche Erbschaft zwischen dem katholischen Pfalzgrafen von Neuburg und dem reformierten Kurfürsten von Brandenburg streitig war. Seitdem hatten die kriegführenden Mächte — Spanier, Franzosen, Niederländer, Kaiserliche, Hessen — als Bundesgenossen des einen oder des andern Fürsten diese Lande wiederholt besetzt, geplündert und gebrandschatzt. Um den Zwist aus dem Wege zu räumen und die Einmischung der

Fremden zu beseitigen, hatten Brandenburg und Neuburg am 9. März 1629 zu Düsseldorf einen Provisionalvertrag auf die Dauer von fünfundzwanzig Jahren geschlossen. der im August 1630 durch ein Abkommen im Haag ergänzt wurde. Hierbei hatte sich aber der kurfürstliche Unterhändler, der uns wohl bekannte Graf Adam Schwarzenberg, derart von dem Neuburger übervorteilen lassen, dafs man allerorten überzeugt war, er habe von dem Gegner Bestechung genommen. Die Herzogtümer Jülich und Berg blieben dem Pfalzgrafen, nur Kleve und die Grafschaft Mark dem Kurfürsten; Ravensberg sollte von beiden gemeinschaftlich verwaltet werden, wurde dann aber so geteilt, dafs Brandenburg nur ein Amt, Neuburg deren drei erhielt. Die ihm obliegende Teilnahme an der Hofyserschen Schuld, die mit den aufgelaufenen Zinzeszinsen eine so schwere Belastung darstellte, wies der Pfalzgraf zurück. Zwar erkannte er an, dafs die Stände von Jülich-Berg dafür dem Kurfürsten 160000 Thaler zahlen sollten; allein er hatte sich nur zur Fürsprache bei ihnen verpflichtet, und sie lehnten natürlich ab. Dadurch kam es, dafs die Generalstaaten, die die Hofyserschen Ansprüche übernommen hatten, an Brandenburg so grofse finanzielle Forderungen erheben konnten, dafs sie den Plan fafsten, vermittelst dieser das Herzogtum Kleve überhaupt an sich zu bringen.

Diese schmachvolle und gefahrdrohende Lage war Friedrich Wilhelms stolzem und festem Charakter unerträglich. Er beschlofs, hier wie allerorten mit dem furchtsamen und nachgiebigen Verfahren seines Vaters zu brechen. Das formale Recht kümmerte dabei einen Fürsten wenig, der, wie nur je ein anderer, dem Grundsatze salus rei publicae suprema lex gehuldigt hat. An Vorwänden fehlte es ihm selbstverständlich nicht: der Vertrag sei für Brandenburg allzu ungünstig und nur durch Schwarzenbergs Bestechung erklärlich; der Pfalzgraf habe die verheifsene Abfindungssumme nicht bezahlt; der Kurfürst sei in jenen Landen nicht durch väterliches Erbe, sondern durch natürliches Recht Herr[1]. Wie wenig alle diese Gründe einer Prüfung stichhalten, leuchtet schon durch die Thatsache ein, dafs der Pfalzgraf sich auf einen rechtmäfsig abgeschlossenen Staatsvertrag berufen konnte. Nur in einer, übrigens nebensächlichen, Angelegenheit war er

---

[1] U. u. A. IV, 56.

von diesem abgewichen: in der leoninischen Teilung Ravensbergs, an Stelle gemeinschaftlicher Verwaltung.

Man macht für die ersten zwanzig Jahre von Friedrich Wilhelms Regierung häufig die Wahrnehmung, dafs sein Verfahren aus der Einwirkung eines oder mehrerer seiner Räte hervorzugehen scheint, zumal mit deren wechselndem Einflufs die augenblickliche Richtung seiner Politik gleichfalls wechselt. So hatte er auf den Rat Götzes und Gerhard Rumelian von Leuchtmars jahrelang zu den Schweden hingeneigt; als aber letzterer am 28. Oktober 1644 gestorben, der Kanzler durch zunehmendes Alter an fernerer Thätigkeit verhindert war, erfolgte bei dem Fürsten die Abwendung von den Schweden. Nicht anders ging es in den rheinischen Angelegenheiten. Bis gegen Ende des Jahres 1643 sehen wir Friedrich Wilhelm auf deren friedliche Beilegung bedacht; von da an schlägt er plötzlich gegen den Mitbesitzer, den alten Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm, ein kriegerisches Verfahren ein. Dieser Umschwung wurde der Einwirkung des Generallieutenants Johann von Norprath zugeschrieben. Früher in pfalzneuburgischen Diensten, hatte er sich mit seinem Herrn überworfen und war zu Brandenburg übergetreten, mit dem festen Vorsatze, an dem Pfalzgrafen Rache zu nehmen. Aber hier sehen wir auch, wie Friedrich Wilhelm die Räte, deren Antrieb er zu folgen scheint, vielmehr mit Absicht wählt, weil ihre Richtung seinen eigenen augenblicklichen Tendenzen entspricht. Niemals würde er dem früheren neuburgischen General eine bedeutende Stellung im eigenen Rate eingeräumt haben, wenn er nicht bereits entschlossen gewesen wäre, gelegentlich den Düsseldorfer Provisionalvertrag anzufechten, und sich dazu des sachkundigen und mit allen Verhältnissen des neuburgischen Hofes vertrauten Mannes hätte bedienen wollen. Norprath war ein leidenschaftlicher, sanguinischer Charakter, dem es nicht an Ideen und Unternehmungslust, wohl aber an Sorgfalt der Erwägung und der Ausführung fehlte. Wir sehen ihn deshalb später in völlige Dunkelheit zurücktreten, von dem Kurfürsten vernachlässigt. Für den Moment war er sehr einflufsreich. Sein Vorschlag, gegen den Pfalzgrafen gewaltsam vorzugehen, entsprach Friedrich Wilhelms Anschauungen derart, dafs er ihn sofort, im September 1643, nach Berlin berief, von wo er als landesherrlicher Statthalter nach Kleve zurückkehrte. Im Grunde stimmte Friedrich Wilhelm völlig mit dem Generallieutenant dahin

überein, dafs die angeblichen „Contraventiones" des Pfalzgrafen wider den Düsseldorfer Vergleich ihm selbst die Befugnis gäben, „einen Eingriff in des Herrn Pfalzgrafen besitzende Oerter zu thun und sich daraus Ihres Nachtheils de facto zu erholen"; allein bei dem Mangel jeglicher militärischer Rüstung war hierzu noch nicht die Zeit.

Deshalb fanden, wie wir wissen, nunmehr Werbungen statt, die zum Teil für den Kampf gegen Neuburg bestimmt waren. Friedrich Wilhelm kündigte diese seine Absicht der französischen Regierung offen an und fügte, um letztere zu gewinnen, die Ankündigung hinzu: werde der Kaiser für den Pfalzgrafen Partei nehmen, so wolle er selber zu Frankreich übertreten und an dessen Seite gegen Österreich kämpfen [1]. Wolfgang Wilhelm erhielt von dieser Ankündigung Nachricht und rief nun seinen Verwandten, den polnischen König, sowie dessen Grofse in beweglichen Worten um Hilfe an. Zugleich begehrte er von dem Kurfürsten Einleitung friedlicher Verhandlungen und erklärte sich zur Nachgiebigkeit in der Ravensberger Sache, wo er sich schuldig fühlte, bereit. Sich damit zu begnügen, verspürte der Kurfürst keine Lust, da er sich auf einen grundsätzlich abweichenden Standpunkt stellte und die Unverbindlichkeit des ganzen Provisionalvertrages behauptete. An dieser Verschiedenheit der Auffassungen scheiterte die Konferenz beiderseitiger Bevollmächtigter, die im September 1645 in Duisburg stattfand. Norprath riet nunmehr dem Kurfürsten, sofort offenen Krieg gegen den Pfalzgrafen zu beginnen, mindestens die neuburgischen Ämter der Grafschaft Ravensberg zu besetzen und deren Steuern zu Gunsten der kurfürstlichen Kasse zu erheben. Solche Mafsregel sei auch aus finanziellen Rücksichten anzuempfehlen, da sonst die Mittel zum weiteren Unterhalte der Truppen, der monatlich 12000 Thaler erforderte, fehlten [2].

Allein bei näherer Überlegung schien der Zeitpunkt für ein so durchgreifendes Vorgehen noch nicht gekommen. Zunächst versagte die gehoffte französische Allianz. Da Brandenburg auf dem

---

[1] Winand Rodt hatte diese Eröffnungen den französischen Gesandten in Münster zu machen: d'Avaux u. Servien an Brienne, 5. Nov. 1644; Négoc. secrètes, II, I, 169.

[2] U. u. A. I, 159 ff., IV, 149 Anm. 6. 175. 180. 187. — Meinardus, III, 241 f. — Négoc. secr., II, II, 114.

Gebiete weder der Politik noch der Heirat den französischen Wünschen Rechnung trug, war diese Macht auch nicht gewillt, am Niederrhein das kalvinische Element zu stärken. Man begnügte sich also, beiden Parteien gute Worte zu geben, deren Leere keiner von ihnen entging[1]. Die Niederlande, auf deren Beistand Brandenburg sich gleichfalls Hoffnung gemacht hatte, beschränkten sich auf das Anerbieten freundschaftlicher Vermittelung[2]. Der hessische Oberst von Rabenhaupt, Brandenburgs alter Gegner, zeigte sich einem Einmarsch kurfürstlicher Truppen in Jülich-Berg geradezu feindlich, und seine Kriegsherrin, die Landgräfin, teilte seine Bedenken, die sie in offizieller Weise aussprach. Die Polen gar nahmen drohend für Neuburg Partei[3]. Der brandenburgische Geheime Rat war deshalb mit Recht der Ansicht, daſs für den Augenblick von einer Bekämpfung des von den Katholiken und zumal dem Kaiser und Polen eifrig verteidigten Neuburgers durch das völlig vereinzelte Brandenburg für dieses nur Unheil zu erwarten sei. „Ehe und zuvor Ew. Kurfürstl. Durchlaucht einen beständigen Rücken gemacht, können wir nicht rathen, zu einiger Thätlichkeit zu greifen, damit E. K. D. nicht Ihre hohe kurfürstl. Reputation zugleich nebst dem Lande auf einmal in Pericul setzen," schloſs das vom Kanzler von Götze aufgesetzte Gutachten[4].

Der Kurfürst muſste sich fügen; es war jetzt nichts zu

---

[1] Négoc. secr. II, II, 114. — U. u. A. I, 610.

[2] Prinz v. Oranien an Norprath, 17. Nov. 1645; U. u. A. IV, 193.

[3] U. u. A. I, 172 f., IV, 190. 201.

[4] U. u. A. IV, 182 ff. — Vgl. das Protokoll der betr. Geheimratssitzung v. 6./16. Okt. 1645; Meinardus, III, 248 ff. — Dem von letzterm Autor und von Erdmannsdörffer dem damaligen Geheimrate gemachten Vorwurfe kurmärkisch-partikularistischer Beschränktheit kann ich in diesem Falle durchaus nicht zustimmen. Der Geheimräte Bedenken sind nicht partikularistischer, sondern allgemeiner Art und beruhen auf ganz richtigen thatsächlichen Voraussetzungen. Wie wohlbegründet ihre Einwendungen waren, haben der Kurfürst und sein vertrautester Rat Burgsdorf damals selber eingesehen; und als ein Jahr darauf Friedrich Wilhelm dennoch, unter angeblich günstigeren Umständen, die militärische Exekution gegen Neuburg unternahm, blieb sie völlig erfolglos. Übrigens sprach sich im Okt. 1645 im Geheimrate gegen Anwendung von Gewalt auch Otto von Schwerin aus, dem doch niemand beschränkten Partikularismus vorwerfen wird. Die altväterische Form des Gutachtens aber wird man dem greisen Kanzler Götze schon nachsehen müssen.

machen. Inzwischen suchte er den Kampf diplomatisch vorzubereiten: bei den Generalstaaten und dem Prinzen von Oranien, bei Frankreich und Hessen suchte er Unterstützung. Selbst die Stände von Jülich und Berg wurden an ihre alte Treupflicht Brandenburg gegenüber gemahnt. Streitschriften in deutscher, holländischer und lateinischer Sprache verfochten dessen Ansprüche. Auch bei den westfälischen Friedensunterhandlungen wurde der Jülicher Sache gedacht[1].

Wolfgang Wilhelm, der sich durch das diplomatische und militärische Vorgehen der Brandenburger in der That bedroht fühlte, sandte seinen Geheimrat Johann Weschpfenning von Scheidt an den Kurfürsten, um ihm noch einmal ein zweites Ravensberger Amt, sowie eine Geldentschädigung anzubieten. Aber damit gab sich Friedrich Wilhelm bei weitem nicht zufrieden; die Verhandlungen wurden abermals abgebrochen. Es schien ihm endlich nichts übrig zu bleiben, als was Norprath dem Kurfürsten stets anriet: „Sr. fürstlichen Durchlaucht etwas näher zu treten." Wirklich brachte Friedrich Wilhelm aus allen nur möglichen Quellen Geld zusammen, um sein kleines Heer zu erhalten und noch zu verstärken; jedes der verschiedenen Regimenter erhielt gleichmäfsige Uniform: silberfarbene, gelbe oder grüne; nur wurde es trotz aller Mühe unthunlich, den Unterhalt der Truppen auf längere Zeit zu sichern, da, wie die klevischen, auch die kurmärkischen und preufsischen Stände sich gegen den miles perpetuus sehr aufsäfsig zeigten. Um so mehr mufste dem Kurfürsten daran liegen, schleunig vorzugehen, schon um seine Soldaten auf anderer Kosten zu ernähren. Als geeigneter Zeitpunkt erschien ihm dazu der Moment, wo er im Haag anlangen, durch die Vermählung mit Luise Henriette den Prinzen von Oranien und hoffentlich auch die Generalstaaten für sich gewinnen würde. Auf den holländischen „Rückhalt" gestützt, meinte er mit dem Pfalzgrafen bald fertig zu werden. Damit beabsichtigte er auch der Welt zu zeigen, zum ersten Male seit drei Jahrzehnten, dafs Brandenburg sich nicht ungestraft mifshandeln lassen, sondern eine seiner Gröfse und Bedeutung angemessene Rolle spielen wolle. Nachdem also Wolfgang Wilhelm das ihm übergebene Ultimatum vom 12. November 1646 zurückgewiesen, auch den Vorschlag einer neuen entscheidenden Kon-

[1] U. u. A. IV, 196. 206 ff. 214 ff.

ferenz durch Verzögerung wirkungslos gemacht hatte, befahl der Kurfürst dem Obersten Georg Ehrentreich von Burgsdorf, dem Bruder des Oberkämmerers Konrad, mit 1800 Mann zu Fuſs und zu Roſs in das Bergische einzurücken. Er solle die Einwohner möglichst schonen, auf gute Ordnung halten, fleiſsig rekognoszieren, daſs er nicht überfallen werde, einem etwaigen Angriffe die Stirn bieten und sich nur vor einem allzu überlegenen Gegner über Lippe und Ruhr zurückziehen (Ende Nov. 1646[1]).

Der Würfel war gefallen; doch es stellte sich bald heraus, daſs der Gewaltstreich nicht so leicht gelingen würde, wie Friedrich Wilhelm gehofft. Da die brandenburgischen Truppen nicht förmlich Krieg beginnen sollten, blieben ihnen die Städte verschlossen; die Einwohner des flachen Landes, die in Erduldung fremder Kriegszüge bedeutende Praxis hatten, flüchteten einfach mit aller fahrenden Habe nebst Getreidevorräten und Vieh in den nächsten festen Platz. Die Soldaten, die unter dem naſskalten Winterwetter schwer litten, muſsten ihren Hunger mit Rüben von den Feldern stillen. Der Pfalzgraf aber lieſs sich durchaus nicht einschüchtern, sondern erfüllte die Welt mit seinen Protesten und Hilfegesuchen. Wirklich sandte der Kaiser dem Kurfürsten ein strenges Schreiben, in dem er ihn zur Ruhe und zu friedlichem Abwarten oberstrichterlicher Entscheidung ermahnte[2]. Auch die Polen drohten. Das Schlimmste aber war, daſs die Generalstaaten auf die brandenburgischen Bündnisanerbietungen keineswegs eingingen: es lag ihnen nichts daran, das Entstehen einer bedeutenden und thatkräftigen deutschen Macht am Niederrhein zu begünstigen, vielmehr war ihnen Zerrissenheit und innere Feindseligkeit dort viel genehmer. Sie weigerten sich also, den Pfalzgrafen zu bedrohen, ja nur die Räumung der von ihnen selbst besetzten klevischen Festungen in Aussicht zu stellen[3]. Hegten sie doch noch immer die Hoffnung, den Kurfürsten zur Abtretung des Ganzen oder wenigstens eines Teiles von Kleve nötigen zu können! Der erwartete „Rückhalt" erwuchs also Friedrich Wilhelm nicht, wohl aber blieb innere Schwäche und äuſsere Gegnerschaft von allen Seiten.

Notgedrungen muſste er seine hochfliegenden Hoffnungen herabstimmen. Durch seinen kranken Schwiegervater lieſs er

---

[1] Meinardus, II, CII. — U. u. A. IV, 219 ff. 243.
[2] Meinardus, III, 595.
[3] Aitzema, III, 149 ff.

den Pfalzgrafen zu Verhandlungen auf Grund des Xantener Vergleichs ermahnen. Er selber entsprach Wolfgang Wilhelms Wunsche, nicht durch rechtsgelehrte Räte, sondern durch Kavaliere zu negotiieren. Und da jener es begreiflicher Weise für seiner Ehre zuwider erklärte, während der Anwesenheit brandenburgischer Truppen in seinem Lande zu unterhandeln, befahl der Kurfürst den Rückzug Burgsdorfs in das Klevische (14. Dez. 1646).

Es stellte sich aber bald heraus, dafs von Wolfgang Wilhelm, der sich über das Vorteilhafte seiner Lage völlig klar war, keine Nachgiebigkeit zu erwarten stand, und es wäre sicher zum abermaligen Bruche gekommen, wenn nicht sein Sohn und Erbe Philipp Wilhelm, der mit dem Vater im Zwiespalt lebte, sich zugänglicher gezeigt hätte. So wurde endlich nach langen, durch Konrad von Burgsdorf geführten Verhandlungen am 8. April 1647 zu Düsseldorf ein neuer Provisionalvertrag abgeschlossen. Er bedeutetete eine offenbare Niederlage des Kurfürsten seinen frühern Ansprüchen gegenüber, da er die Übereinkunft von 1629 als gültig anerkennen und sich mit einer gleichen Teilung von Ravensberg, sowie der Abtretung der Herrschaft Ravestein und der ratenweisen Zahlung von 160000 Thalern durch den Pfalzgrafen begnügen mufste. Aufserdem versprach dieser gerechtere Behandlung der in Jülich-Berg lebenden 60000 Protestanten, sowie Rückgabe der ihnen im Jahre 1609 gehörenden Kirchen. In einem Nebenrecefs tauschte der junge Pfalzgraf Philipp Wilhelm, dem sein Vater den neuburgischen Teil Ravensbergs übertragen hatte, diesen gegen die Herrschaft Ravestein aus. Finanziell büfste Friedrich Wilhelm durch solchen Vergleich ein, und zwar um so mehr, als er hierbei auch von den 160000 Thalern noch 60000 nachliefs. Aber politisch war ihm der Vollbesitz der inmitten Deutschlands gelegenen Grafschaft Ravensberg viel wertvoller als Ravestein, das von den Niederlanden umschlossen und von staatischen Truppen besetzt war[1]. Im ganzen hat der neue Düsseldorfer Provisionalvergleich lediglich den Usurpationen des Pfalzgrafen über den Vertrag von 1629 hinaus abgeholfen, diesen selbst nur unbeträchtlich verbessert — ein Ergebnis, das zweifellos auch auf rein diplomatischem Wege zu erreichen gewesen wäre.

---

[1] Die Verhandlungen sind gedruckt U. u. A., IV, 248—339. — Vgl. Pufendorf, IV, 24; Londorp, Acta publica, VI, 241 ff.; Aitzema III, 184 ff.

Der Eindruck, den diese Vorgänge in der Öffentlichkeit hervorbrachten, war in der That für den Kurfürsten recht ungünstig. Man erklärte den Abschluſs durch den Umstand, daſs Burgsdorf sich mit 30000 Thalern von dem Pfalzgrafen habe bestechen lassen[1]. Friedrich Wilhelm aber gab seinem Oberkammerherrn die Ehrenerklärung, daſs dieser genau nach den ihm erteilten Anweisungen gehandelt habe.

Jedenfalls war ein neuer Schritt gethan zur Sicherung der rheinisch-westfälischen Besitzungen, sowie eine Verbesserung in der Lage der jülich-bergischen Protestanten erreicht. Das waren immerhin Trostgründe für den Kurfürsten bei dem im ganzen ungünstigen Verlaufe seines Zwistes mit dem Pfalzgrafen.

Sofort richtete er sein Augenmerk auf Erleichterung der schweren Lasten, die die Kontributionen der Kriegführenden den Grafschaften Mark und Ravensberg auferlegt hatten: der letztern allein 114000 Thaler jährlich, zu denen noch Exekutionskosten, Baugelder u. dgl. kamen[2]. Hessen zeigte sich auf Friedrich Wilhelms Wunsch sofort bereit, auf seinen Anteil an den das Ländchen erdrückenden Abgaben zu verzichten; längere Zeit dauerte es, bis Ferdinand III., der dem Brandenburger wegen seiner Beziehungen zu Frankreich und den Niederlanden zürnte, ebenfalls zur Nachgiebigkeit bewogen war. Mit den Bedrückungen durch Kurköln und Münster machte Friedrich Wilhelm kürzern Prozeſs — wozu ihn die Niederlagen, die damals der Kaiser und dessen Bundesgenossen unausgesetzt im Felde erlitten, nicht wenig ermutigten. Er sprach im Februar 1648 seinen bestimmten Entschluſs aus, keinerlei Erhebung fremder Kontributionen in seinen Landen mehr zu dulden, und befahl seinen Offizieren, sobald solche dennoch eingetrieben würden, auf kurkölnischem und Münsterer Gebiet Repressalien zu üben. Wirklich rückten die Brandenburger in das kölnische Herzogtum Westfalen ein und brachten dort Kriegsgelder zusammen. Alle Reklamationen wies der Kurfürst mit dem Hinweis zurück: „er müsse sich seiner spoliirten Unterthanen annehmen und dadurch sein Gewissen bei Gott, bei den Unterthanen den ihm gebührlichen Gehorsam und Respekt und bei der Welt seine eigene Reputation

---

[1] Vgl. die Schmähschrift auf Burgsdorf, v. J. 1649; Cosmar, Schwarzenberg, Beil. IX, S. 36.
[2] U. u. A., IV, 334.

salviren." Wirklich hatte sein kräftiges Auftreten den Verzicht auf sämtliche Kontributionen sowie jede Geldforderung der Kriegführenden in den beiden Grafschaften zur Folge[1].

Auch in dieser Frage hatte der Kurfürst seinen festen Willen erwiesen, sich keinerlei Unrecht gefallen zu lassen und seine Lande von fremder Einmischung zu befreien. Seine Unterthanen aber mochten aus diesem Beispiele ersehen, daſs seine Rüstungen keineswegs im ausschlieſslich landesfürstlichen Interesse geschähen, sondern auch ihrem Schutze und ihrer Verteidigung gegen fremde Vergewaltigung dienten. Friedrich Wilhelm war weit davon entfernt, nur fürstliche Rechte anzuerkennen; vielmehr hatten diese für ihn lediglich insofern Bedeutung, als sie den Pflichten des Herrschers zur notwendigen Unterlage dienten. Nicht die Macht und der Genuſs höchster Gewalt waren als solche für ihn Zweck seines Strebens: sondern deren Verwertung zu Gunsten des Staates und seiner Bewohner. Er zuerst hat dem Hohenzollernhause die Aufgabe gestellt, seine Bedeutung ausschlieſslich in der Beschützung und dem Dienste des Staates zu suchen, diesen und die Thätigkeit für die Gemeinsamkeit und das Gemeinwohl als Hauptsache, ja als einzigen Zweck des Daseins aufzufassen. Das ist der Weg, auf dem die Hohenzollern und mit ihm Brandenburg-Preuſsen groſs und mächtig geworden sind.

---

[1] U. u. A., IV, 751 ff. 792. 814 ff. 819; XIV, 1, 27 ff. — v. Mörner, Märk. Kriegsobersten, 262.

Sechstes Kapitel.

Der Kampf um Pommern.

Alle die partikularen Fragen äuſserer Politik, die bisher den Kurfürsten beschäftigt hatten, traten an Bedeutung weit zurück vor der Hauptaufgabe des ersten Decenniums seiner Regierung: der Gewinnung des reichen pommerschen Erbes. Die Erlangung dieses groſsen und durch seine Lage an der Ostsee, sowie den Besitz der Odermündungen kommerziell und politisch höchst einfluſsreichen Landes muſste über Brandenburgs weitere Stellung in der Welt schlechthin entscheidend werden. Für Friedrich Wilhelm hatte Pommern noch einen besonderen Wert. Sein Aufenthalt in den Niederlanden hatte ihn gelehrt, wie wichtig für eines Staates inneres Gedeihen und äuſsere Macht dessen maritime Entwickelung sei. Wenn er Kolberg, Wolgast, Stettin, Stralsund erhielt, konnte seine Handels- und Kriegsflotte sich fröhlich ausbilden, nahm er Anteil an Verkehr und Beherrschung der Ostsee, fand die Kurmark Zugang zum Welthandel durch die Wasserstraſse der Oder.

Über die Rechtsfrage konnte ein Zweifel nicht bestehen. Der Vertrag zu Grimnitz vom 29. August 1529 und der Erbvertrag vom 30. Juli 1571 hatten den Anheimfall des gesamten Herzogtums an Brandenburg, nach etwaigem Aussterben des landesfürstlichen Hauses, endgültig festgesetzt. Diese Lage war durch den Tod des letzten Herzogs Boguslaw XIV. am 10./20. März 1637 thatsächlich eingetreten. Auch hatte Boguslaw stets den jungen Friedrich Wilhelm als seinen Erben

betrachtet, sahen Stände und Volk Pommerns in ihm ihren rechtmäſsigen Herrn. Aber was galten in jenen wilden, gesetzlosen Zeiten Recht, Überlieferung und Volkswünsche? Seit der Landung Gustav Adolfs im Jahre 1630 hielten die Schweden das Herzogtum besetzt, und von da an stand bei ihnen fest, daſs sie es als vornehmste Kriegsbeute bewahren würden. Sie hatten sich dort endgültig eingerichtet, die Verwaltung an sich genommen, die Steuern erhoben, zahlreiche Güter an ihre Offiziere verteilt. Nicht die mindeste Neigung zeigten sie, auch nur einen Teil davon wieder herauszugeben.

Dieser Vergewaltigung gegenüber blieben dem Kurfürsten zunächst zwei Wege offen, um zu seinem Rechte zu gelangen: er konnte mit des Kaisers Hilfe gegen die Schweden das Schwert ziehen, oder er konnte diese selbst zu billigerer Gesinnung bewegen.

Den ersteren Pfad hatte schon sein Vater beschritten; allein trotz Georg Wilhelms hingebender Unterwürfigkeit und trotz der Verheiſsungen des Prager Bündnisses hatte ihm Ferdinand III. im Herbst 1639 mitteilen lassen: Vorpommern und Rügen werde man wohl den Schweden abtreten müssen[1]. So hieſs es auch auf dem Regensburger Reichstage 1641; „wenn man aber von dem Recompens und Äquipollent, so Ewr. Kurf. Durchlaucht von der Kaiserlichen Majestät oder dem Reiche müsse gegeben werden, Erwähnung thut, so wirds ganz stille“[2]. In Wien war man offenbar froh, daſs das siegreiche Schweden sich seinen Teil der Beute aus fremdem, protestantischem Gebiete zusammenschnitt, kein katholisches oder gar österreichisches Land verlangte. Von den katholischen Reichsständen hatte keiner Veranlassung, von den protestantischen keiner Mut und Macht, sich des Rechtes anzunehmen. Von Kaiser und Reich war also kein Schutz vor den Schweden, ja nicht einmal eine Entschädigung für den durch sie zu erwartenden Verlust zu hoffen. Darauf hatte sich, wie schon erwähnt, Friedrich Wilhelm an Schweden selbst gewandt. Allein auch hier ohne Erfolg; vielmehr hatte gerade der Gegensatz der Interessen in der pommerschen Frage viel dazu beigetragen, daſs des Kurfürsten Werbungen in Stockholm

---

[1] Droysen, III, 1, 194.

[2] Die brandenb. Reichstagsgesandten an den Kurf., 11./21. Jan. 1641; U. u. A. I, 703.

so schnöde zurückgewiesen worden waren. Mit Gewalt der schwedischen Großmacht, die seit einem halben Jahrhundert den gesamten Norden in Bewegung und Furcht erhielt, zu widerstehen, davon konnte für Brandenburg allein die Rede nicht sein. Nur eine Möglichkeit blieb dem Kurfürsten: er mußte sich an den großen europäischen Kongreß wenden, der zur endlichen Wiederherstellung des allgemeinen Friedens in Münster und Osnabrück zusammentrat. Hier konnte er hoffen, mit kluger Benutzung der zweifellos unter den Großmächten entstehenden Eifersüchteleien und Streitigkeiten die eine oder die andere für sich zu gewinnen und mit deren Hilfe das ersehnte Ziel zu erreichen. Besonders hat er hierbei an Frankreich und die Generalstaaten gedacht. So wurden Bandenburgs Aufgaben wieder inmitten der großen europäischen Verhältnisse gestellt, wuchs das Kurfürstentum aus der reichsständischen Beschränktheit heraus und nahm ein allgemeines, die Welt beschäftigendes Interesse in Anspruch. Die Gegner des aufstrebenden Staates selber haben ihm diese Position aufgezwungen, und Friedrich Wilhelm war ganz der Mann, sie kühn zu ergreifen und sich ihrer mit Geschick zu bedienen.

Die Nutzlosigkeit jeder rein deutschen Unterhandlung für seinen Staat erkennend, hatte er den zur Vorbereitung des Friedens bestimmten Reichs-Deputationstag zu Frankfurt am Main im Mai 1643 nur beschickt, um an dessen Auflösung und an der Teilnahme des gesamten Reiches bei den Westfälischen Verhandlungen zu arbeiten[1]. Erst im Mai 1645 gelang dies; inzwischen waren schon im April die brandenburgischen Gesandten in Osnabrück und Münster eingetroffen[2].

Eine hervorragende fürstliche Persönlichkeit wird durch unmittelbare Anziehungskraft und absichtliche Wahl immer eine Reihe bedeutender Staatsmänner um sich versammeln. Ganz besonders liebte es Friedrich Wilhelm, eigenartige, kräftige und einsichtige Politiker in seinen Kreis zu ziehen, deren Rat und Hilfe er in vollem Maße in Anspruch nahm. So sehen wir den energischen

---

[1] U. u. A., I, 799.

[2] Die Darstellung des brandenburgischen Anteils an den Westfäl. Verhandlungen muß sich jetzt vorzugsweise auf die in den U. u. A., IV 351—736, veröffentlichten Originalakten gründen; dadurch ist die an sich treffliche Schilderung Pufendorfs selbstverständlich überholt. Wo nichts weiteres citiert ist, beruht unsere kurze Schilderung auf den U. u. A.

und schlauen Burgsdorf, den begabten, weitschauenden und gewandten Leuchtmar, den leidenschaftlichen Norprath, den zu bedeutenden Leistungen bestimmten Otto von Schwerin, den trefflichen Diplomaten Ewald von Kleist, den Burggrafen Fabian von Dohna in seiner Umgebung: alle von verschiedenen Eigenschaften, abweichenden Anschauungen und Zielen, aber auch alle mit Hingebung und Eifer den Dienst des Herrn und seines Staates betreibend.

Zu ihnen gesellte sich nun Johann von Sayn und Wittgenstein mit dem vollen Gewichte seiner reichsgräflichen Stellung und seiner bedeutenden Gaben. Er hatte früher in schwedischen Diensten gestanden und sich dort hervorragende militärische Sachkenntnis erworben, die der nunmehr dreiundvierzigjährige Edelmann in Münster und Osnabrück nicht minder zu verwerten wufste, als seine unleugbare diplomatische Tüchtigkeit und sein ebenso energisches wie gewandtes Wesen. Freilich war sein Charakter nicht über jeden Zweifel erhaben, und Geldgeschenke fremder Mächte nahm er gern an, ohne gerade deshalb die seinem Herrn schuldige Treue zu verletzen. Er fungierte als Leiter der brandenburgischen Gesandtschaft für beide Kongrefsorte. Die Verhandlungen in Osnabrück führten im besondern Johann Friedrich von Löben, einer der bewährtesten Diplomaten aus der Zeit Georg Wilhelms, und Matthias Wesenbeck, ein rechter Sohn jener abenteuerlichen Epoche, der nach vollendeten Studien als Doppelsöldner Kriegsdienste geleistet hatte, dann zur Juristerei zurückgekehrt war, ein genauer Kenner des Reichsrechtes, ein gründlicher und streitbarer Mann. In Münster aber war vorzüglich der Hof- und Kammergerichtsrat Johann Fromhold thätig, der hier in ersprießlichster Weise wirkte.

In Gemäfsheit der von dem Kurfürsten empfangenen, allerdings sehr allgemein gehaltenen Instruktionen trat Wittgenstein den Schweden ziemlich schroff gegenüber und suchte sich den Franzosen zu nähern, die gerade damals mit ihren nordischen Verbündeten wegen religiöser und politischer Gegensätze haderten. Der Graf erkannte die alles überwiegende Macht Frankreichs sehr wohl und ging zu dessen beiden sehr geistvollen und gewandten, wenn auch untereinander uneinigen Diplomaten, den Grafen von Avaux und Servien, freundliche Beziehungen ein. Ihnen zu Liebe trennte er sich mehr und mehr von den Kaiserlichen, die den Einflufs der Reichsstände auf die Friedens-

verhandlungen möglichst verringern wollten, um selbst die Entscheidung in Händen zu behalten[1]. Auch d'Avaux schien grofses Gewicht auf den Anschlufs des Kurfürsten an seinen Herrn zu legen und mifsbilligte laut, dafs die Schweden ihre Kriegsentschädigung bei Brandenburg suchten und nicht bei ihrem Feinde, dem Kaiser[2].

Es war dies die Zeit, wo Fabian von Dohna in Paris in gleichem Sinne thätig war, wo er einen ständigen brandenburgischen Gesandten in der französischen Hauptstadt installierte. Seine und des Kurfürsten Wahl fiel auf Abraham von Wicquefort, einen geborenen Holländer, der jung nach Frankreich gekommen war — wahrscheinlich im Jahre 1626 — und sich dort als Kaufmann niedergelassen hatte. Nunmehr den Fünfzigern nahe, war Wicquefort ein geistvoller und gelehrter Mann, im Besitze fast aller europäischen Sprachen, kühn und thätig. Später sollte er zeigen, dafs unkluges und vorschnelles Handeln nur allzuoft seine wohl ersonnenen Pläne vereitelte. Zum diplomatischen Dienste war er besonders geeignet, wie denn sein berühmtes Werk über den „Botschafter und seine Amtsthätigkeit" ein Jahrhundert lang das Lehrbuch der Diplomatie blieb.

Im Vertrauen auf die französische Freundschaft war der Kurfürst guten Mutes. Den Schweden solle keine andere „Satisfaktion" gewährt werden, schreibt er Ende Juni 1645 seinen Gesandten vor, als Geldsummen, für die ihnen Abteien und Bistümer verpfändet werden könnten. Auch der Kaiser müsse dem Hause Brandenburg entweder das Fürstentum Jägerndorf zurückgeben oder durch das Fürstentum Glogau Entschädigung leisten. Schon sah er ein grofses brandenburgisches Reich längst der Oder entstehen, von den Bergen Schlesiens bis zum pommerschen Ostseestrande, und von diesem hinüber zu den preufsischen Häfen: das erste unter den deutschen Fürstentümern, fast dem Kaiser an Macht gleich, und stark auch zur See, fähig, dort mit Dänemark und Schweden wettzueifern.

Allein es stellte sich bald heraus, dafs die Schwierigkeiten gröfser waren, als er geglaubt. Er war über die eigentliche Sachlage zu wenig unterrichtet. Die Franzosen wufsten wohl,

[1] D'Avaux u. Servien an Brienne, 13. Mai, 12. Aug., u. Brienne an d'Avaux u. Servien, 8. Juli 1645; Négociations secrètes, II, II, 88, 114, 254 f., 260.

[2] Bericht der brandenb. Gesandtschaft aus Münster, 23. Okt. 1645.

dafs der kaiserliche Hauptbevollmächtigte, Graf Trautmannsdorf, den Auftrag habe, alle andern zu befriedigen, sie selber zu isolieren. Ihre Gesandten mufsten deshalb alle Streitigkeiten mit der schwedischen Grofsmacht beiseite legen, deren Gunst und Unterstützung nachsuchen. Ihr gegenüber kam das schwache Brandenburg gar nicht in Betracht, um so weniger als Friedrich Wilhelm thatsächlich der französischen Regierung bisher nur schöne Worte geschenkt, sich jeder wirklichen Verpflichtung für sie entzogen hatte. So gerieten d'Avaux und Servien wieder in völlige Abhängigkeit von den Schweden [1]. Diese aber, in Deutschland siegreich, hatten sich soeben durch den Frieden von Brömsebro (August 1645) auch des dänischen Gegners entledigt. Nun konnten sie ohne Scheu in Osnabrück mit ihren Forderungen hervortreten. Dem Brandenburger zeigten ihre dortigen Gesandten das gröfste Mifstrauen; die Thatsache, dafs er die Stockholmer Punktation von 1641 noch immer nicht ratifiziert habe, beweise deutlich seine Abneigung gegen ihr Land und seinen Wunsch, bei der ersten Gelegenheit wieder feindlich gegen es auftreten [2]. Der eine von ihnen, Salvius, erklärte peremtorisch: „Schweden wolle als Satisfaktion Pommern haben, und es wäre nur gut, dafs es Se. Kurfürstl. Durchlaucht erfahre, damit sie sich bei Zeiten darauf bedenken und desto besser resolvieren könne, denn wir werden davon nicht weichen." Sie hätten das Herzogtum mit den Waffen vom Kaiser und Bayern erstritten, und so gebühre es ihnen; der Brandenburger könne als Entschädigung einige schlesische Fürstentümer erhalten (Okt. 1645).

Diese offene Ankündigung drohender Vergewaltigung versetzte nicht nur die brandenburgische Gesandtschaft, sondern auch daheim die Räte in gröfsten Schrecken. Sie ersuchten den Kurfürsten, schleunigst nach Berlin zurückzukehren, um bei der gefährlichen Wendung der pommerschen Angelegenheit schnellere Entschlüsse fassen zu können. Friedrich Wilhelm blieb zunächst ruhig in Königsberg: er hoffte, durch Zögern die Gegner mürbe zu machen. Allein das war ein Irrtum; die Schweden waren ihrer Sache allzu sicher. Salvius erklärte von neuem: Schweden sei ihre Festung, die Scheeren ihre Wälle, die Ostsee ihr Wallgraben

[1] Odhner, Die Politik Schwedens im Westfäl. Friedenskongrefs (Gotha 1877), S. 129. — G. Breucker, Die Abtretung Vorpommerns an Schweden (Halle 1879), S. 35 f.

[2] Löben an Burgsdorf, 24. Okt., 16. Nov. 1645; Meinardus, III, 291 f.

und Pommern ihr Glacis. Sei der Kurfürst willfährig, solle er zur Entschädigung, aufser den schlesischen Fürstentümern, mehrere norddeutsche Hochstifter erhalten. Widerstehe er aber, so wolle man ihm die Kurmark und Preufsen derart verheeren, dafs er dadurch „aller Mittel sich zu revanchieren beraubet würde“ [1]. Und Frankreich riet höchst kühl, der Kurfürst möge sich den schwedischen Wünschen fügen. Das sei eben Sache der Notwendigkeit; auch König Heinrich der Grofse habe Spanien den weit überwiegenden Theil Navarras überlassen müssen. Als die schlimmsten Gegner des Brandenburgers aber benahmen sich die lutherischen Reichsstände — Kursachsen und die Welfen voran — die sich noch schwedischer zeigten als die Schweden selbst.

Das waren arge Enttäuschungen: wie dem Neuburger, so mangelte auch dem Schweden gegenüber der erhoffte Rückhalt. Ein erneuter Versuch in Stockholm schlug ebenfalls fehl. Im Gegenteil, die Schweden nahmen in Osnabrück den Mund gar voll: um den Kaiser von jeder Unterstützung Brandenburgs abzuschrecken und zur Selbstverteidigung zu zwingen, forderten sie für sich — aufser Pommern, Wismar, Warnemünde, Bremen, Verden — noch ganz Schlesien. Die Wirkung dieses Verfahrens zeigte sich sofort. Graf Trautmannsdorf riet den Brandenburgern, den Schweden die Hälfte des streitigen Landes abzutreten. Er stellte dafür eine Entschädigung an Geld oder an „Pfaffengut“ in Aussicht; von ihren eigenen Erblanden könne Se. Kaiserl. Majestät nichts mehr weggeben (Febr. 1646).

Die Geheimräte in Berlin ersuchten den Kurfürsten dringend, sich um jeden Preis mit der Krone Schweden zu verständigen. Der rationi status müfsten jetzt leider alle anderen rationes weichen; auch diejenigen Mächte, die noch den Herrn zur Verteidigung seiner Rechte ermahnten, würden, wenn sie nur selbst zur Ruhe kommen könnten, ihr „crucifige“ über ihn ausrufen und es daneben mit dem Hohenpriester Kaipha halten: melius esse, unum perire, quam omnes [2].

Aber Friedrich Wilhelm erschien es unerträglich, dafs seinen Landen, die ohnehin von den vier Mächten Österreich, Polen, Dänemark und Schweden bedrängt seien, „die Krone Schweden ihren Fufs gleichsam ins Herz setzen will, damit sie Uns stetig

[1] Relation Löbens; das. 316.

[2] Relation der Geh. Räte v. 20./30 Jan. 1646; Meinardus, III, 364 ff.

zu ihrem Willen haben oder doch wenigstens in stetigem Alarm und Fürchten halten kann". Da das Recht zweifellos auf seiner Seite war, wollte er die Dinge an sich kommen lassen, die Schweden und den friedensbedürftigen Kaiser möglichst ermüden, inzwischen gute Gelegenheit erspähen. Er blieb also beharrlich im fernen Königsberg, verfocht in Schriften und Erklärungen seine Rechte auf Pommern, suchte seinerseits den Kaiser durch Rückforderung Jägerndorfs zu erschrecken. Der Unterschied war nur der, daſs die Schweden nötigenfalls den Kaiser zu Abtretungen zwingen konnten, der Kurfürst aber nicht. Dieser begann endlich die Nutzlosigkeit seines bisherigen rein verneinenden Standpunktes einzusehen, der ihn schlieſslich sowohl Pommern als auch jede Entschädigung für dieses Land kosten konnte. Anfang März 1646 that er, sicher schweren Herzens, den ersten entgegenkommenden Schritt. Er befahl seinen Gesandten, den Schweden die pommerschen Ämter Barth und Triebsees, sowie die Insel Rügen anzubieten und dadurch zu erforschen, wohin ihre letzten Absichten wirklich zielten.

Eine so begränzte Nachgiebigkeit konnte aber nichts mehr helfen; es wurde klar, daſs Brandenburg sich zu gröſsern Opfern verstehen müsse, wenn es sich überhaupt auf Entschädigung noch Hoffnung machen wollte. Die Kaiserlichen drohten, sich jeder Rücksicht auf den Kurfürsten zu entschlagen, ihn geradenwegs preiszugeben. Trautmannsdorf sagte den Brandenburgern am 4. April „mit solcher Alteration, daſs er mit den Händen und Lippen in etwas zitterte, daſs man den Frieden nunmehr nicht länger aufhalten könnte; Kurbayern wolle nicht länger im Kriege bleiben, der Türke dringe mit ganzer Gewalt auf die Christenheit und die kaiserlichen Erblande an; daher müſste man mit den Kronen (Frankreich und Schweden) circa satisfactionem schlieſsen." Auch der Kaiser müsse ja Erblande, die seit 600 Jahren in seiner Familie seien — das Elsaſs und die Lausitz — fahren lassen, während Brandenburg noch nie Pommern wirklich besessen habe. „Vergleicht Ihr Euch nicht mit den Schweden wegen Pommerns," fügte er später hinzu, „so werden wir uns für deren Freunde erklären, id est, Euch übrigen stecken lassen, Eure Sache selbst zu führen" [1]. Wirklich war in dem

---

[1] Bericht Löbens u. Wesenbecks, 20./30. April 1646; das. 441. — U. u. A., IV, 421 f.

Entwurfe eines Friedensinstrumentes, den die Kaiserlichen am 1. Mai den Schweden übergaben, deren Belehnung mit dem ganzen Pommern, unter einigen beigefügten Bedingungen, enthalten[1]. Die französischen Gesandten hatten nicht Unrecht, wenn sie den Kaiser als gefährlichsten Feind Brandenburgs bezeichneten. Er gab auf dessen Kosten den Schweden mehr, als sie selber ernstlich verlangten.

Aber auf diese Franzosen konnte Friedrich Wilhelm sich durchaus nicht etwa mehr verlassen. Sie führten alle Verluste auf, die das gute unschuldige Frankreich im Laufe der Jahrhunderte habe über sich ergehen lassen müssen; ja sie setzten hinzu, den Brandenburgern geschehe ganz Recht, da sie durch Anschlufs an das Prager Bündnis den Schweden den Krieg erklärt hätten. Die beiden verbündeten Kronen würden sich nicht trennen, und es sei nur gerecht, wenn sie für die gewaltigen Aufwendungen, die sie zum Besten der deutschen Freiheit gemacht, entschädigt würden[2]. Es ist klar, dafs man in Paris nicht daran dachte, die wichtige schwedische Allianz den unbestimmten Freundschaftsbeteurungen des Brandenburgers zu opfern.

Immer drohender erwuchs diesem die Gefahr, dafs er nicht allein — was er schon an sich für ein Unglück hielt — ganz Pommern, sondern auch, was ja das Schlimmste gewesen wäre, jede Aussicht auf Entschädigung verlieren würde. Dem Kaiser, den katholischen und den lutherischen Reichsständen wäre diese Lösung die genehmste gewesen.

Auch von den Niederlanden war keine Hilfe gegen solche Eventualität zu erwarten. Der Ausgang der Gesandtschaft Ewalds von Kleist an sie bewies vielmehr, dafs sie, durch den langen furchtbaren Kampf gegen Spanien erschöpft, in ihrem absoluten Ruhebedürfnisse nichts Ernstliches gegen die Herrschaft der Schweden über das baltische Meer unternehmen würden, so bedrohlich diese auch für ihre eigenen Handelsinteressen war. Überdies ermutigte des Prinzen Friedrich Heinrich schwere Erkrankung und endlicher Tod die gesamte anti-oranische Partei, die besonders in der gröfsten und reichsten der sieben Provinzen, dem eigentlichen Holland, mächtig war. Sie fühlte ihre Kraft

---

[1] J. G. v. Meiern, Acta pacis Westfalicae publica, III (Hannover, 1785, Fol.), 69 f. 75.

[2] Brienne an d'Avaux u. Servien, 22. Juni 1646; Négoc. secr., III, 225.

und vertraute ihrer Zukunft. Der Schwiegersohn des Oraniers war ihr als solcher schon von Herzen zuwider, und weder des Kurfürsten Diplomaten noch sein eigenes Werben vermochten die Generalstaaten zu einem Bündnisse mit ihm zu veranlassen. Schweden that überdies alles, um sich durch Handelsvorteile und durch persönliche Bestechungen die Gunst der leitenden Persönlichkeiten in den Niederlanden zu gewinnen. „Schweden hat hier zu viele Pensionäre," sagte Friedrich Wilhelm im Haag voll Zorn dem französischen Gesandten St. Romain[1]. Der Generalstaaten laue Verwendung bei Königin Christine, eine reine Formsache, brachte den Brandenburgern keinerlei Nutzen[2].

Die Schweden fühlten sich vielmehr durch deren thatsächliche Vereinzelung so ermutigt, daſs sie in Osnabrück begannen, Drohungen gegen den Kurfürsten auszustoſsen: sie würden den Krieg fortsetzen, auch wider ihn. Oxenstierna sagte: „Er sehe wohl, daſs noch einiger Sauerteig von des Grafen Schwarzenberg consiliis übrig und man nur suche, das Werk durch Cunctation aufzuhalten, bis man etwa durch einen Streich sich in eine oder andere Postur setzen könne."

So gefährlichen Umständen gegenüber vermochte Friedrich Wilhelm bei seinem grundsätzlichen Festhalten an dem Besitze ganz Pommerns — mit Ausnahme einiger unbedeutender Stücke — nicht mehr zu verharren. Daſs eine Teilung unvermeidlich sei, erkannte er nach den Berichten, die ihm Löben persönlich überbrachte, sehr wohl. Sein Bestreben muſste nun sein, jene so vorteilhaft wie möglich zu gestalten und für die abzutretenden Gebiete Pommerns beträchtliche Entschädigungen zu erwirken. Für beides muſste er die Schweden zu gewinnen suchen; nur durch ihre Hilfe waren bei dem offenbaren Übelwollen des Kaisers und bei dessen Wunsch, die geistlichen Stifte unversehrt zu erhalten, einige von diesen für Brandenburg zu gewinnen. So findet Mitte Juni 1646 ein völliger Frontwechsel von seiten des Kurfürsten statt. Nicht als hätte er sich vor den Schweden gedemütigt: die von ihnen verlangte Absendung einer feierlichen Gesandtschaft nach Stockholm, wo man kürzlich seine offiziösen Heiratsbewerbungen so schnöde behandelt hatte, wies er durchaus zurück. Aber in seiner Resolution vom 16. Juni erklärte er

---

[1] U. u. A., II, 12.
[2] Pufendorf, II, 72. — Aitzema, III, 106. — U. u. A., III, 5 f. 8 ff.

sich bereit, für einen Teil Pommerns Äquivalente anzunehmen. In diesem feierlichen und entscheidenden Augenblicke, wo er auf sein rechtmäfsiges Erbteil verzichten sollte, auf ein Gebiet, dessen treffliche Häfen Brandenburg zur bedeutenden Seemacht erhoben haben würden, hielt er es für angemessen, sich um Rat an seine kurmärkischen Stände zu wenden. Aber auch diese drangen auf Nachgiebigkeit, auf gütliche Unterhandlungen, da ihr Land aufser stande sei, sich gegen die Schweden zu verteidigen, geschweige denn sie aus Pommern zu vertreiben[1].

Die schwedischen Gesandten waren über das endliche Entgegenkommen des Kurfürsten sehr erfreut. Sie zeigten sich auch, mit Zustimmung ihrer Monarchin, geneigt, von ihrer ursprünglichen Forderung ganz Pommerns abzugehen; freilich war das, was sie verlangten, noch beträchtlich genug: das westliche Pommern bis an die Oder, mit Stralsund und Stettin, und noch über jenen Flufs hinaus das Bistum Camin und die Inseln Usedom und Wollin — das heifst alle guten Häfen und überhaupt den ganzen politisch und kommerziell bedeutenden Teil der Provinz. Als Entschädigung für so grofsen Verlust wurde dem Brandenburger von Kaiserlichen und Franzosen nur das Bistum Halberstadt, nebst zwei Millionen Gulden, geboten[2]. Von solcher Lösung wollte nun der Kurfürst nichts hören, höchstens auf das eigentliche Vorpommern nordwestlich von der Peene verzichten, auch hier den Hafen Wolgast an der westlichen Odermündung nebst freier Ausfahrt aus dem Strome behalten. Die Entschädigungsansprüche, die er stellte, waren keineswegs bescheiden: die Hochstifter Halberstadt, Minden, Hildesheim, Osnabrück, Münster, Bremen, sowie die Anwartschaft auf das Erzstift Magdeburg; ferner die gesamten jülicher Lande und die schlesischen Fürstentümer Glogau, Sagan, Schweidnitz und Jauer (8./18. Aug. 1646); alles zusammen mindestens fünfmal soviel wie Vorpommern. Schwerlich glaubte er, alles dies erlangen zu können, aber er verlangte viel, um Genügendes zu erreichen.

Die Schweden waren mit den Anerbietungen des Kurfürsten nicht zufrieden, da sie eben den ganzen wichtigen Teil des Herzogtums zu erhalten gewillt waren. Königin Christine neigte

[1] Gutachten der Kurkmärk. Stände v. 27. Juni/7. Juli 1646; Meinardus, III, 504 ff.

[2] Brienne an d'Avaux und Servien, 20. Juli 1646; Nég. secr., III, 309. — v. Meiern, III, 740.

freilich für ihre Person zu schleunigem Frieden, allein sie konnte sich dem Einflusse des greisen Kanzlers Axel Oxenstierna nicht entziehen, der ganz in den großschwedischen Überlieferungen aus Gustav Adolfs Zeit lebte. Sein Sohn Johann brachte dieselben in Osnabrück mit der vollen brutalen Roheit und leidenschaftlichen Anmaßung seines Temperamentes zur Geltung, während sein feinerer und milderer Kollege Salvius, der ihm untergeordnet war, neben ihm zurücktreten mußte. Den ungenügenden Erbietungen des Brandenburgers gegenüber erhob die schwedische Gesandschaft die Forderung ganz Pommerns wieder, indem sie sich auf die hierin von den Kaiserlichen gemachten Zusagen berief.[1] Darauf ließ Friedrich Wilhelm alle Gegenminen springen. Er hoffte immer noch, hinreichende Unterstützung in Europa zu finden, um die Schweden zu bescheidenerm Auftreten zu nötigen.

Zunächst hatte er auf seiner Seite die Pommern selbst, denen die schwedische Herrschaft gründlich verhaßt war, und die sich nur ihren rechtmäßigen Landesherrn wünschten. Vergebens suchten die schwedischen Bevollmächtigten die in Osnabrück anwesenden Vertreter der pommerschen Stände für sich zu gewinnen, vergebens sie — die Lutheraner — mit dem reformierten Bekenntnisse des Kurfürsten zu schrecken. Sie blieben der Sache des Rechtes und des Vaterlandes treu[2]. Um die moralische und rechtliche Beihilfe der Pommern in vollem Umfange zu erlangen, forderte Friedrich Wilhelm, daß deren Landtag einberufen und gehört werde. Selbstverständlich widersetzten sich die Schweden mit Eifer und sogar mit Drohungen diesem gerechten Verlangen; das seien conventicula, sagte Johann Oxenstierna, und zu nichts nütze.

Den Polen mußte ein größeres Erstarken des alten schwedischen Feindes und sein Festsetzen in ihrer unmittelbaren Nähe äußerst bedenklich sein. Wirklich hätte König Wladislaw IV. der Erwerbung Pommerns durch die nordische Macht am liebsten mit den Waffen widerstanden — zum Unglück für ihn und Brandenburg war der mit seinem Reichstage zerfallene Fürst so ohnmächtig, daß Friedrich Wilhelm bald alle auf ihn gesetzten Hoffnungen aufgeben mußte. Der polnische Gesandte Roncalio,

---

[1] v. Meiern, III, 739.

[2] Odhner, 106 f. — J. v. Bohlen, Die Erwerbung Pommerns durch die Brandenburger (Berlin 1865), 27 ff.

der im Oktober 1646 nach Münster kam, versicherte alle Welt der absoluten Friedfertigkeit seiner Republik den Schweden gegenüber.

Dagegen bot der länderlose Herzog von Lothringen, der bisher als Condottiere für den Kaiser und Spanien gefochten hatte, sein wohlgeübtes Heer von 10000 Mann dem Kurfürsten zum Kampfe gegen die Schweden an. Aber wo sollte Friedrich Wilhelm die Mittel finden, ihn zu zahlen und seine Truppen zu unterhalten? Er konnte nur mit nichtssagenden Dankesworten erwidern. Darauf schlofs der Herzog einen neuen Soldvertrag mit Spanien ab.

Alles versagte dem Brandenburger. Die Haltung des Kaisers war eine geradezu feindliche. Er wollte dem „Kalviner" kein katholisches Kirchengut abtreten, das ja unveräufserlich sei; selbst Minden nicht, das fast ausschliefslich von Protestanten bewohnt war, weil dort augenblicklich ein katholischer Bischof die Regierung inne hatte[1]. Der kaiserliche Gesandte Volmar riet den Schweden offen: sie sollten nur machen, dafs Brandenburg nicht konsentiere, dann hätten sie Ursache, ganz Pommern zu behalten; der Kaiser, die Reichsstände und Frankreich würden es ihnen verbürgen (Nov. 1646)[2].

So blieb dem Kurfürsten nichts übrig, als sich von neuem an die Macht zu wenden, deren Beistand er zuerst, allerdings vergeblich erbeten hatte — an Frankreich. Wirklich war die Lage der französischen Regierung jetzt eine ganz andere, freiere, als vor Monaten. Unter dem Drucke der katholischen Reichsstände und zumal Bayerns auf den Kaiser hatte sie dessen ganzes System für die Friedensverhandlungen über den Haufen geworfen: anstatt Frankreich zu vereinzeln und damit zur Nachgiebigkeit zu zwingen, hatte Ferdinand III. gerade diesem in dem provisorischen Abkommen vom 13. Sept. 1646 alle Forderungen bewilligen, Metz, Toul und Verdun, das österreichische Elsafs nebst Breisach und dem Besatzungsrechte in Philippsburg zugestehen müssen. So war Kardinal Mazarin von Schweden unabhängig geworden, konnte vielmehr seinerseits als Schiedsrichter zwischen dieser Krone und den Deutschen auftreten —

---

[1] K. Spannagel, Minden und Ravensberg unter brandenb.-preufs. Herrschaft 1648—1719 (Leipzig 1894), S. 8.

[2] v. Meiern, III, 753.

Frankreich versprach ausdrücklich, die Vermittelung zwischen diesen Parteien zu übernehmen. Der Kurfürst beeilte sich, Wicquefort zu beauftragen, er möge noch einmal Frankreichs Hilfe gegen die übermäfsigen Ansprüche Schwedens erbitten, dessen allzugrofse Macht und schrankenloser Ehrgeiz nicht allein den Hansestädten, Holländern und Dänen, sondern auch dem Einflusse und den Interessen der Franzosen gefährlich zu werden drohe[1].

In Stockholm verschlofs man sich nicht ganz den Forderungen der veränderten Sachlage. Des Kanzlers gewaltsame Politik wurde mit Erfolg bekämpft durch der jungen Königin Günstling, den Grafen Magnus de la Gardie, und den bei ihr gleichfalls sehr einflufsreichen französischen Gesandten Pierre Chanut. Dieser Diplomat ermahnte Christinen dringend, den Abschlufs des Friedens durch Nachgiebigkeit, auch in der pommerschen Frage, zu erleichtern[2]. Dazu kam, dafs der Feldzug des Sommers 1646 für Schweden weniger vorteilhaft ausgefallen war, als die vorhergehenden. So fafsten Königin und Reichsrat am 19. September den Beschlufs, sich mit Vorpommern nebst Stettin, Wollin, dem Stifte Camin und womöglich Kolberg, ferner Wismar, Bremen und Verden zu begnügen[3]. Die Rückgabe Hinterpommerns war also im Grundsatze zugestanden. Im Falle der Einigung schlugen die schwedischen Gesandten sogar ein engeres Bündnis mit Brandenburg vor, „um conjunctim dem evangelischen Wesen vor einem Rücken zu stehen."

Friedrich Wilhelm sah mit Schmerzen, dafs er von allen verlassen sei, dafs auch die ihm freundlichste Macht, Frankreich, ihm durch den Baron von St. Romain Eingehen auf die ermäfsigte Forderung Schwedens anriet. „Alles," rief er schmerzlich aus, „will zu Unserm Ruin und Verderb konspirieren!" So wich er langsam, Schritt für Schritt, vor der bitteren Notwendigkeit zurück: er gestand die Uckergrenze zu, mit dem wichtigen Wolgast, aber ohne die Festung Uckermünde (17. Nov.). Allein damit gab sich Johann Oxenstierna nicht zufrieden. Er beharrte auf den vom Reichsrat erhobenen Forderungen, nur auf Kolberg

[1] Meinardus, III, 750.

[2] Linage de Vauciennes, Mémoires de Chanut, I (Paris 1675), 56, 66, 68, 71 f.

[3] Odhner, 163 f.

verzichtete er. Auch erklärte er, nicht mit Unrecht, die von dem Kurfürsten begehrten Entschädigungen für viel zu grofs. Salvius wäre zu umfassenderen Opfern bereit gewesen; Oxenstierna jedoch verhinderte ihn daran[1], und man mufs sagen, dafs er so den Vorschriften nicht nur seines Vaters, sondern auch der Königin und des Reichsrates entsprach.

Die Lage wurde von neuem eine gespannte, beängstigende. Die Abgeordneten der pommerschen Stände, die vor allem die Unteilbarkeit ihres Landes wünschten, suchten zu vermitteln, indem sie den Schweden vorschlugen, auf Pommern bis zum Aussterben des kurfürstlichen Hauses von Brandenburg zu verzichten und sich dafür durch das gesamte Gebiet der mittleren und unteren Weser zu entschädigen. Allein damit fanden sie in Stockholm keinen Beifall, und ebensowenig nahmen die Beteiligten einen versöhnlichen Vorschlag der Franzosen an[2]. Je länger aber die Verzögerung währte, um so ungünstiger gestalteten sich die Dinge jetzt wieder um Brandenburg. Der Kaiser und die grofse Mehrheit der Reichsstände drängten auf baldigen Friedensschlufs, ohne jede Rücksicht auf den Kurstaat. Begnüge dieser sich nicht mit einem Stück Hinterpommern, sowie anstatt jeder sonstigen Abfindung mit dem Bistum Halberstadt, so war der Kaiser bereit, Schweden die Investitur mit ganz Pommern zu erteilen und darauf den Vertrag mit der Königin fertig zu stellen[3]. Sein Herr brauche baldigen Frieden, äufserte Graf Trautmannsdorf; hätte er so viele Victorias über die Schweden, als er Clades von ihnen hätte, so sollte wohl anders mit ihnen geredet werden, von dem Seinigen werde er jedoch nicht ein Dorf, ja nicht einen Bauern geben.

Oxenstierna kannte diese Stimmungen wohl. Er benahm sich roher und übermütiger als je. Während Salvius, der sich nach Münster begeben hatte, dort mit den Franzosen in nachgiebiger Stimmung verhandelte und die Rückgabe des Bistums Camin zugestand, verwarf der Legat, der in Osnabrück zurückgeblieben war, grundsätzlich alles, was jener vorschlug, und trieb

---

[1] Die französ. Bevollmächtigten an Brienne, 26. Nov. 1646; Nég. secr., III, 375.

[2] Das. 382.

[3] Französ. Bevollmächtigte an Brienne, 26. Nov.; das. 375.

auf förmlichen Bruch mit Brandenburg hin, um dann ganz Pommern behalten zu können[1].

Das war es, was Wittgenstein fürchtete. Er schilderte dem Kurfürsten die volle Gefahr der Lage (6. Dez. 1646); es sei zu besorgen, dafs Brandenburg gänzlich von dem Generalfrieden ausgeschlossen werde und leer ausgehe. Auch von anderer Seite wurde Friedrich Wilhelm diese Eventualität nahe gelegt. Die österreichischen Bevollmächtigten und das Kurfürstenkolleg sandten ihm, der damals zu seiner Vermählung im Haag weilte, den kaiserlichen Rat Georg von Plettenberg mit einem förmlichen Ultimatum[2] (12. Dezember). Plettenberg erklärte: wenn Brandenburg die letzten schwedischen Forderungen nicht annehme, sei der Kaiser „einmal entschlossen, dieser zwischen Schweden und Ew. Kurf. Durchlaucht führender Prätensionum halber den Frieden länger nicht aufhalten zu lassen, noch derentwegen mit der Krone Schweden länger in Krieg und Feindschaft zu stehen, sondern auf stetiges Flehen, Bitten und Anermahnen aller Kur-, Fürsten und Stände des Reiches der Sachen dermalen ein Ende zu machen, und wofern E. K. D. mit ihrem Consens länger an sich halten wollen, mit den schwedischen Plenipotentiariis ihrem andern Vorschlag gemäfs (d. h. der Einräumung ganz Pommerns an Schweden) einen endlichen Schlufs zu treffen." Gemäfsigter in der Form, aber schliefslich desselben Inhalts, waren die erneuten Anträge des französischen Agenten St. Romain.

Friedrich Wilhelm liefs sich nicht einschüchtern. Er meinte, die Schweden wünschten im Grunde seine Einwilligung, damit ihnen nicht bei passender Gelegenheit ihr Anteil an Pommern ohne weiteres wieder aberkannt werde, und Frankreich werde ihn nicht ganz verlassen. Er wies deshalb Plettenberg mit lebhaften Klagen über die Ungerechtigkeit und reichsverfafsungswidrige Gewaltthat des Kaisers gegen einen treuen und gehorsamen Reichsfürsten, den man zu Gunsten einer fremden Krone seiner unstreitigen Erblande beraube, ganz einfach ab. Seine Willensentschliefsung, fügte er stolz hinzu, werde er nicht mit Plettenberg, sondern mit den eigenen Gesandten in Osnabrück feststellen.

[1] Dieselben an denselben, Dez. 1646; daselbst 382. 386. — v. Meiern, III, 733. — Odhner, 183.

[2] Als solches charakterisieren es die französ. Bevollmächtigten; Nég. secr., III, 387.

Freundlicher setzte er dem Franzosen St. Romain die Gründe seiner abweisenden Haltung auseinander. Wie viele treffliche Häfen hätten die Schweden in Mecklenburg und Vorpommern, und doch wollten sie durch Besitznahme von Wolgast, Stettin und Wollin ihn und die Kurmark ganz vom Seehandel abschneiden. „Ich und meine Staaten werden dann völlig in ihrer Abhängigkeit sein. Man kann jetzt mit Macht und Gewalt thun, was man will, aber mit meiner Zustimmung wird man mich nicht in Fesseln schlagen.“ Der Besitz des Oderstroms schien ihm mit Recht eine Lebensbedingung für das innere Gedeihen und die äußere Machtstellung der Kurmark[1].

Er schrieb also an seine Gesandten in Osnabrück: das beste wäre die Annahme des Projektes der pommerschen Stände; sei diese nicht zu erreichen, so beharre er auf der Uckergrenze, wolle aber seine Entschädigungsansprüche auf Halberstadt, Minden, die Expektanz auf Magdeburg nach dem Tode des gegenwärtigen Administrators, sowie die Grafschaft Schauenburg und die jülicher Lande herabmindern.

Indes war der schwedische Herbstfeldzug glänzend ausgefallen, hatten sich die nunmehr vereinigten schwedischen und französischen Heere Süddeutschlands bemächtigt und bedrohten die kaiserlichen Erblande. Deshalb die Furcht der Fürsten und Ferdinands, deshalb erhöhter Übermut der Schweden. Der Stockholmer Reichsrat schrieb offiziell nach Osnabrück: er werde es am liebsten sehen, wenn der Kurfürst seinen Beifall verweigere, damit Schweden Grund bekäme, ganz Pommern zu behalten; die Einwilligung des Kurfürsten sei schließlich nicht viel wert, und außerdem würde man schon wissen, sich solche späterhin zu verschaffen[2]. Das Schicksal Pommerns und mit ihm die Schande und Einbuße für Brandenburg wären besiegelt gewesen, wenn nicht endlich Frankreich für dieses eingetreten wäre. Frankreich allein hat hier Brandenburg gerettet.

Oder eigentlich der Graf von Avaux. Das nominelle Haupt der Gesandtschaft, der königliche Prinz Herzog von Longueville, war eine glänzende Null. Servien war nach dem Haag abgereist, um dort das Zustandekommen des niederländisch-spanischen Friedens zu hintertreiben. Der drohende Abfall der Generalstaaten flößte

[1] U. u. A., II, 11 ff. — v. Meiern, IV, 225 ff.
[2] Odhner, 172.

dem allmächtigen Minister, Mazarin, umsomehr den Wunsch ein, das schwedische Bündnis zu bewahren; im Namen des Königs befahl er den Friedensgesandten, alles zu vermeiden, was das gute Einvernehmen zwischen den beiden Kronen stören könne[1]. Da war es das Verdienst Avaux', dafs er sich klug und mutig Brandenburgs annahm. Die kecke Anmafsung der Schweden, ihre unersättliche Ländergier zeigten ihm, was Frankreich von ihnen zu erwarten habe, wenn es ihnen allzuviel nachgebe. Er wollte ihnen in einem starken brandenburgischen Staate einen Dorn in die Seite setzen, der sie zwinge, sich Frankreichs Schutze und Willen zu beugen. Aufserdem erwartete er von Friedrich Wilhelm für seine Hilfe den Lohn, dafs dieser Fürst den französischen Interessen im Haag diene und dort seinen ganzen Einflufs gegen den spanischen Frieden verwende[2]. Er liefs ihm das durch seine Osnabrücker Bevollmächtigten direkt bestellen, und diese befürworteten dringend sein Anliegen[3]. Andererseits trug der Graf kein Bedenken, selbst Mazarin gegenüber die bisherige Politik Frankreichs in der pommerschen Frage scharf zu tadeln und ein anderweites Verfahren anzukündigen. Die Schweden, sagte er, hätten sich sehr wohl mit Vorpommern und Rügen, Wismar, Bremen und Verden zufrieden gegeben. Aber gegen seinen Rat habe ihnen die französische Regierung versprochen, alle ihre Eroberungen zu verbürgen, und seitdem „haben sie den Plan gefafst, alles an sich zu raffen und keck den Kurfürsten von Brandenburg, sowie den Herzog von Mecklenburg zu plündern". Allein diese beiden Fürsten werden sich bald mit dem Kaiser verbünden, und dann wird der Krieg von neuem ausbrechen. Salvius war schon ganz gewonnen; nur der irrigen Gefälligkeit Frankreichs ist es zuzuschreiben, dafs die schwedische Regierung nunmehr nicht das mindeste Zugeständnis machen will[4]. — Avaux suchte dem Übelstande noch möglichst abzuhelfen: er setzte bei Chanut alle Hebel in Bewegung, um, wenn auch nicht den Kanzler, so doch die Königin zu gerechteren und friedfertigeren Entschlüssen und zur Mifsbilligung des übermütigen Gebahrens Johann Oxenstiernas zu bewegen[5].

---

[1] Nég. secr., III, 389.

[2] Avaux an Longueville, 29. Jan. 1647; das. IV, 13.

[3] Die brandenb. Bevollmächtigten an den Kurf., 26. Jan./6. Febr. 1647; Meinardus, III, 633.

[4] Avaux an Mazarin, Anf. 1647; Nég. secr., IV, 1 f.

[5] Chanut, Mémoires, I, 79 f.

Er hielt für Recht, daſs, wenn die Schweden auch die Oder mit Stettin erhielten, doch dem Kurfürsten die Insel Wollin und als Entschädigung nicht, wie die Kaiserlichen wollten, Halberstadt oder Magdeburg, sondern beide Stifter zu Teil würden. Es war in der That alles, was von den Schweden für den Augenblick zu erreichen war. Der Kurfürst hat es nicht so aufgefaſst. In seinem leidenschaftlichen Kummer über den Verlust des Oderlaufs und Stettins hat er vielmehr in dem Verfahren der Franzosen einen auf ihn selber geübten gewaltsamen Druck gesehen.

Die Krisis trat nun im Beginn des Jahres 1647 ein. Trautmannsdorf begab sich nach Osnabrück, um hier — mit oder ohne Beteiligung Brandenburgs — mit den Schweden abzuschlieſsen; auch Graf Avaux siedelte dorthin über, in der festen Absicht, dem Kurfürsten zu helfen.

Und dessen bedurfte letzterer mehr, als er glauben wollte. Seine Gesandten in Osnabrück meinten sich auf das Schlimmste gefaſst machen zu müssen. Die Kaiserlichen verhandelten mit Schweden bereits auf Grund der Einräumung ganz Pommerns über die Einzelheiten des zu schlieſsenden Abkommens. Die lutherischen Reichsstände wetteiferten mit den katholischen in Feindschaft gegen den reformierten Brandenburger. Am 1. Januar 1647 entschied der Kurfürstenrat endgültig, daſs auch ohne jenen mit Schweden Frieden gemacht werden müsse. „Ich fürchte," schreibt Löben an Konrad von Burgsdorf, „wenn wir mit den Schweden in Feindschaft gerieten, sie möchten groſsen Anhang haben und wir verlassen werden. Gott weiſs es, daſs summum periculum in mora ist." Die brandenburgischen Bevollmächtigten beschworen ihren Herrn, in schleunigster Entscheidung der veränderten Sachlage Rechnung zu tragen.

Blutenden Herzens muſste Friedrich Wilhelm nachgeben. „Nachdem Wir," schreibt er seinen Gesandten am 13. Januar 1647, „aus euern unterthänigsten relationibus verspüren, daſs die Traktaten Unserer pommerschen Lande halber in ganz gefährlichen Zustand geraten und Wir bei solcher Beschaffenheit, da in Uns so heftig gedrungen wird und Uns jedermänniglich verläſset, solches Übel nicht zu verhindern wissen, so haben Wir Uns nach reifer Deliberation entschlossen, daſs Wir bei so gestellten Sachen lieber der unglücklichen Zeit weichen, als alles in Gefahr setzen wollen." Er stellte also jenen eine Vollmacht aus,

auf möglichst günstige Bedingungen mit den Schweden abzuschliefsen, auch die Entschädigungsfrage, so gut es gehe, zu lösen; nur bestand er auf freier Schiffahrt für brandenburgische Provenienzen auf der Oder und in den pommerschen Seehäfen, ferner auf Beibehaltung des pommerschen Wappens, sowie dem Sessionsrechte für Hinterpommern auf dem Reichstage. Die noch von den Schweden besetzten kurmärkischen Plätze müfsten mit aller Artillerie nnd Munition ihm eingeräumt, jeder weitere finanzielle Anspruch auf die Marken aufgegeben werden [1]. Mit diesem Bescheide kam Wittgenstein, der in der höchsten Not nach Kleve geeilt war, wieder nach Osnabrück.

Es war ein schweres Opfer, das Friedrich Wilhelm so dem Zwange der Zeiten brachte. Und es schien vergebens gebracht zu sein. In ihrem Übermute wegen des glücklichen Ausganges des letzten Feldzuges und in der Absicht, den Kurfürsten für seinen Widerstand zu strafen, befahl die Stockholmer Regierung jetzt, noch ferner einen Landstrich am rechten Oderufer, sowie Damm und Gollnow mit deren Bezirken zu fordern, überhaupt „die Brandenburger barsch anzulassen", das Besetzungsrecht in einigen kurmärkischen Orten bis zur Vollziehung des Friedens zu verlangen [2]. Sie hatte es offenbar darauf abgesehen, dem Kurfürsten Unmögliches anzusinnen, um durch seine notgedrungene Weigerung in den Besitz ganz Pommerns zu gelangen. In richtiger Würdigung der Intentionen seiner Regierung ging Johann Oxenstierna noch über diese Forderungen hinaus, indem er auch Pyritz, Kolberg, Bahn, Wildenbruch, Greifenhagen, und aufserdem eine Million Reichsthaler in sie mit einbegriff [3] — kurz, Schweden beanspruchte die ganze Oderniederung und die Küste bis Kolberg; kein einziger Hafen wäre den Brandenburgern geblieben.

Darauf konnten diese allerdings nicht eingehen und beharrten bei ihren letzten Anerbietungen. Oxenstierna, mit solcher Wendung wohl zufrieden, kündigte einfach den Abbruch der Verhandlungen an, und Königin Christine billigte diesen Entschlufs in ausdrücklicher Weise. Schon sprach man am schwedischen Hofe davon, auch die brandenburgischen Festungen, die man noch

---

[1] Meinardus, III, 610 ff.
[2] Odhner, 172.
[3] v. Meiern, IV, 262 ff.

besetzt hielt, nach dem Frieden bewahren zu wollen[1]. Die Dazwischenkunft der niederländischen Gesandten hatte gar keinen Erfolg. Da sie keine nachdrücklichen Instruktionen aus der Heimat hatten, wurden sie von den Schweden einfach verlacht und reisten unverrichteter Sache wieder ab[2]. Bei solcher Not griff Avaux ein.

Am 16. Januar langte er in Osnabrück an. Er brachte die ganzen französischen Soldstaaten, die soeben noch die Brandenburger nicht hart genug hatte behandeln können, auf deren Seite. Mit den Schweden selbst hatte er freilich ein scharfes Zusammentreffen; gar nicht genug kann er sich über den Hochmut und die Schwerfälligkeit Oxenstiernas beklagen. Endlich setzte er durch, daſs Schweden wie Brandenburger ihn zum Vermittler wählten (18. Jan.). Mit diesen hatte er es verhältnismäſsig leicht. Zuerst beanspruchten sie die Inseln Usedom und Wollin, für Stettin eine Entschädigung von 1200000 Thalern, ferner die Grafschaft Schauenburg, sowie die Bistümer Halberstadt, Magdeburg, Minden und Osnabrück; indes Avaux wuſste sie zum Verzichte auf die Inseln, sowie auf das katholische Osnabrück zu bestimmen. Er war von ihrer und des Kurfürsten Nachgiebigkeit durchaus befriedigt. Um so widerspenstiger benahm sich Oxenstierna: kaum hatte er das Princip der Teilung anerkannt, als er auch sein Wort zurücknahm und mit hartnäckiger Grobheit auf dem Besitze ganz Pommerns bestand. Avaux war darüber umsomehr aufgebracht, als die Schweden den Brandenburger und den Herzog von Mecklenburg, die sie zu eigenem Vorteile beraubten, hierfür mit einer Menge gut katholischer deutscher Bistümer zu entschädigen gedachten. Es kam zu heftigem Zwiste: die Schweden beklagten sich über des Grafen Geschäftigkeit und Einmengung in Dinge, die ihn nicht beträfen; dieser über ihre Roheit, Härte und Mangel an Rücksicht. Oxenstierna berief sich darauf, dass die Franzosen doch ihre Verbündeten seien. Nun wohl, antwortete der schlagfertige Avaux, dann mutet uns nichts zu, was unserer Ehre zuwider ist[3].

Die Schweden suchten also die Vermittelung Frankreichs überflüssig und unwirksam zu machen, indem sie die Kaiserlichen

[1] Chanut, Mémoires, I, 95 ff.

[2] Ihr Bericht v. 3. Febr. 1647; U. u. A., III, 15—37.

[3] Berichte Avaux' vom 17. bis 28. Jan.; Nég. secr., IV, 4—11. — Relation der brandenb. Gesandten, 13./23. Jan.; U. u. A., IV, 494 ff.

zu endgültiger und öffentlicher Erklärung der Einräumung ganz Pommerns zu veranlassen bestrebt waren. Avaux beschwor die Brandenburger, Gollnow abzutreten; dafür verhiefs Oxenstierna auf die schwedischen Schenkungen in Hinterpommern zu verzichten. Aber kaum hatten Wittgenstein und seine Amtsgenossen auch dieses schwere Zugeständnis gemacht, als der Legat sein Versprechen wieder zurücknahm und auf der Gültigkeit der Donationen bestand. Dann forderte er das Recht der Präbendenvergebung im Bistum Camin; dann, dafs die 1200000 Thaler nicht dem Kurfürsten, sondern ihnen gegeben würden. Avaux war aufser sich vor Zorn. Die Schweden, schreibt er seiner Regierung, dem Herzog von Longueville und dem Gesandten Chanut, verpflichten sich schriftlich, aber nur, um das am nächsten Tage wieder zurückzunehmen, und bedienen sich der Zugeständnisse des Kurfürsten, um zu sagen, dafs, da er schon so viel bewilligt habe, er auch das Ganze abtreten könne. Der Graf wird nicht müde, so anmafsendem und gewissenlosem Gebahren die Gefälligkeit des Kurfürsten, sowie dessen Dankbarkeit für Frankreichs Mühewaltung gegenüber zu stellen[1].

Von allen Seiten kamen Hiobsposten nach Kleve. Die brandenburgischen Geheimräte fühlten bei dem übermütigen Auftreten Schwedens keinen Funken patriotischen Zornes in ihrem Herzen entglimmen. Sie bangten nur vor dessen Feindschaft und rieten dem Kurfürsten zur Nachgiebigkeit um jeden Preis. Er solle es machen, wie der gottselige König David, der ja auch vor seinem ungeratenen Sohne, dem Absalom, sein Land habe quittieren müssen; darauf habe Gott den frechen Absalom gestraft, „und der König kam mit Freuden hinwiederum zu dem Seinigen“[2]. Mit diesem ebenso frommen wie für Sachlage und Personen gänzlich unpassenden Gleichnisse war Friedrich Wilhelm wenig gedient. Allein auch der staatskluge und thatkräftige Wittgenstein wufste keinen besseren Rat zu geben. Nichts Erfreulicheres hatte Ewald von Kleist aus dem Haag zu berichten. Servien sprach sich sehr freundlich aus, allein die Brandenburger glaubten ihm nicht trauen zu dürfen[3]. Von dem schwerkranken Prinzen von Oranien war gar nichts zu erlangen; mit höflichem

[1] Nég. secr., IV, 12—15. — U. u. A., IV, 510, 512, 523.
[2] 11./21. Jan.; Meinardus, III, 615 ff.
[3] Das. 618 ff.

Achselzucken beklagte er die unglückliche Lage, in die sein Schwiegersohn geraten war[1].

Friedrich Wilhelm beurteilte den Sachverhalt im ganzen richtig; nur insofern täuschte er sich, als er die Aufrichtigkeit, mit der, wenn auch natürlich aus selbstischen Beweggründen, die Franzosen ihm dienten, anzweifelte. Er sah, daſs auf lange hinaus die Schweden in Norddeutschland die Meister und Herren sein würden. So kam er auf die schon früher gefaſste Ansicht zurück, daſs Brandenburg Sicherheit und Gröſse zunächst nur mit Hilfe und auf Seiten Schwedens gewinnen könne. Wie tief ihn auch dessen Anmaſsung und Gewaltsamkeit schmerzte, er war zu sehr Realpolitiker, fühlte auch zu sehr seine Pflicht als Regent, um seinem gerechten Zorne nachzugeben. Nicht Verzagtheit und partikularistische Beschränktheit, wie bei seinen Geheimräten, lieſsen ihn also handeln, sondern die fruchtbare Idee, im Bündnis mit Schweden gegen das pflichtvergessene Kaisertum und Reich die Vorteile zu suchen, die diese ihm gleichgültig, ja feindselig verweigerten. Er befahl also seinen Bevollmächtigten in Osnabrück, zwar die letzten, unerträglichen Forderungen der Schweden zurückzuweisen, sonst aber sich ihnen nachgiebig zu zeigen, auch wegen Gollnows, und sogar für den Zeitpunkt nach Abschluſs des Friedens ein Verteidigungsbündnis anzubieten. Solches lag ihm sehr am Herzen. „Wir zweifeln nicht," schrieb er jenen am 30. Januar, „daſs Ihr Mühe haben werdet, weil sie stets voller Miſstrauen sein, sie dazu zu disponieren; weil es aber eine Sache, so höchstnötig, so werdet Ihr darin keinen Fleiſs sparen[1]."

Über alle Mühen, Enttäuschungen und Zerwürfnisse der folgenden Jahre hinweg hat Friedrich Wilhelm den Entschluſs zum Bündnisse mit Schweden festgehalten, bis er ihn im nordischen Kriege verwirklichte. Man sieht, wie wenig er sich von Gefühlen leiten lieſs. Von Erkenntlichkeit für die wohlgemeinten Bemühungen der Franzosen war bei ihm ebensowenig die Rede, wie von Rachelust über die Gewaltthätigkeit der Schweden. Vielmehr: da diese bisher den Erfolg für sich hatten, wandte er sich auf ihre Seite. Ein Fürst, meinte er, habe als solcher nicht auf persönliche Empfindungen, sondern nur auf den Nutzen des Staates zu achten.

---

[1] Resolutionen des Kurf. v. 30. Jan., 2. 4. Febr. 1647; U. u. A., IV, 508 f., 524 f.

Sein Gesichtspunkt stellte sich sofort als der richtige heraus. Der brandenburgischen Bevollmächtigten Nachgiebigkeit, sowie offenbar aufrichtiges Bündniserbieten stimmten die schwedischen Gesandten um so gründlicher um, als, auf den Rat Avaux', jene dem Johann Oxenstierna 25000, Adler Salvius 20000 Thaler, andern schwedischen Diplomaten und Generälen Güter als Gratifikation versprachen[1]. Schon am 7. Februar vereinigte man sich über eine gemeinsame, von Salvius entworfene „Punktation"[2]. In Gemäfsheit dieses Übereinkommens trat der Kurfürst an die Krone Schweden Vorpommern nebst Rügen ab und von Hinterpommern Stettin, Garz, Damm, Gollnow und die Insel Wollin, sowie eine Strecke am östlichen Oderufer, deren Breite später durch gütlichen Vergleich zu bestimmen war. Schweden sollte die früher den vorpommerschen Herzögen zustehenden Präbenden im Stifte Camin zu vergeben haben, Sitz und Stimme auf Reichs- und Kreistagen erhalten. Das übrige Hinterpommern und Camin fallen dem Kurfürsten von Brandenburg zu, erst nach dem Erlöschen seines Geschlechtes der Krone Schweden. Freien Verkehr zu Lande und Wasser gestehen beide Kontrahenten den gegenseitigen Unterthanen zu. — Diese Punktation sollte übrigens, bis zum Abschlusse des Generalfriedens, nur einen vorläufigen Charakter tragen.

Dank den Bemühungen Avaux' und dem weisen Entschlusse des Kurfürsten war immerhin Gröfseres erreicht und mehr gerettet, als man in den letzten Monaten gehofft hatte. Der Abschlufs konnte als ein verhältnismäfsig günstiger betrachtet werden. Die schwedischen Bevollmächtigten empfanden auch sofort über das Geschehene Reue und suchten es rückgängig zu machen, indem sie behaupteten, das Bistum Camin müsse seinem Administrator, dem Herzog von Croy, noch auf Lebzeiten bleiben. Indes Avaux widersetzte sich diesem neuen Wortbruche, indem er drohte, sonst den Kaiserlichen gegen die übrigen schwedischen Forderungen — auf Wismar, Bremen und Verden — beistehen zu wollen. Darauf gaben die Schweden nach, am Abend des

---

[1] Diese Verheifsungen sind nachher nur zum Teil erfüllt worden; Spannagel, Minden und Ravensberg unter brandenb.-preufs. Herrsch., S. 15 ff., 233 ff.

[2] v. Meiern, IV, 309 ff. — v. Mörner, Staatsvertr., 136.

10. Februar wurde die Punktation unterzeichnet und bei dem Grafen d'Avaux niedergelegt[1].

Der Kurfürst hat sie unverzüglich und rückhaltslos gebilligt. Er sah wohl, wie viel er durch sie verliere, und dafs die Bestimmung über die Breite des am östlichen Oderufer abzutretenden Landstriches später weitere Ungelegenheiten und Einbufsen herbeiführen werde. Allein er wollte mit den Schweden in Frieden leben, ja sie für sich gewinnen. Zunächst schon in Hinblick auf die für Vorpommern zu erlangenden Entschädigungen.

Mit diesen sah es bedenklich genug aus. Das Erzstift Magdeburg gehörte einstweilen seinem Administrator, dem sächsischen Prinzen August, und, um seine Unabhängigkeit besorgt, hatte das Domstift diesem vor kurzem in dem braunschweigischen Fürstensohne Ernst August einen Koadjutor, also designierten Nachfolger, gewählt. Die Stadt Magdeburg aber behauptete, auf Grund einer gefälschten Urkunde Kaiser Otto des Grofsen vom Jahre 940, ihre Reichsfreiheit und unterhielt in Osnabrück ihren gelehrten Ratsherrn Otto Guericke, der für dieses Ziel Himmel und Erde in Bewegung setzte und zumal bei Schweden und den übrigen Evangelischen den Lohn für der Stadt Martyrium für die Sache der Religion und Gustav Adolfs verlangte[2]. Das Bistum Halberstadt forderte der Titular-Erzbischof von Bremen, der dänische Prinz Friedrich, als erwählter Koadjutor. Braunschweig behauptete, Rechte auf Minden zu haben, das auch Mecklenburg als Entschädigung für Wismar in Anspruch nahm. Zumal die Welfen schlugen wegen ihrer Ansprüche auf Magdeburg und Minden Lärm und drohten gar mit Krieg. Sie wurden von den Domkapiteln beider Orte und von den meisten lutherischen Reichsständen unterstützt. Da zeigten sich abermals die guten Folgen des brandenburgischen Allianzerbietens an die Schweden: sie verhiefsen, solches nach Stockholm zu übermitteln, und nahmen einstweilen in der Entschädigungssache für den Kurfürsten

---

[1] Denkschrift Avaux' v. 11. Febr. 1647; Nég. secr., IV, 19.

[2] Bericht Otto v. Guerickes über die Jahre 1646 u. 1647; Neue Mitteilungen aus d. Gebiete hist.-antiquar. Forschungen, Band XI (1867), S. 23 ff. — Die scharfsinnigen und gelehrten Darlegungen G. Stöckerts (Die Reichsunmittelbarkeit der Altstadt Magdeburg; Hist. Zeitschr., N. F., XXX [1891] S. 193 ff.) beweisen doch nur, dafs die Stadt im 15. Jahrh. der Reichsfreiheit nahe gekommen, seitdem aber von ihr mehr und mehr zurückgedrängt war.

Partei, um diesem, aufser Halberstadt und der Anwartschaft auf Magdeburg, noch das Stift Minden zu verschaffen.

Das war nun das nächste Ziel Friedrich Wilhelms. Deshalb antwortete er auch sehr höflich und anerkennend auf den Brief, in dem ihm Avaux Frankreichs und seine eigenen Verdienste um die Rettung der brandenburgischen Interessen aufdringlich auseinander setzte und ihn, wie Seinesgleichen, mit Monsieur, anstatt Monseigneur, anredete [1]. Jedenfalls gelang es dem kräftigen Drucke der Franzosen und Schweden, trotz allem Einreden mancher Stände, dem Kurfürsten die gewünschten Entschädigungen zu verschaffen. Die Opposition der Kaiserlichen wurde dadurch gebrochen, dafs ihnen Friedrich Wilhelm erklärte: er werde sich dann seine Genugthuung in Schlesien suchen, wie es ihm die beiden Kronen dringend anrieten [2]. Im März wurden die Artikel unterzeichnet, die ihm Halberstadt und Minden sofort nach Abschlufs des Friedens, das Erzstift Magdeburg nach dem Tode des gegenwärtigen Administrators zusprachen, und zwar säkularisiert, als weltlichen und erblichen Besitz. Doch wurden vom Magdeburger Gebiete die vier Ämter Querfurt, Jüterbock, Dahme und Burg getrennt, die Kursachsen längst inne hatte, und diesem überlassen. Andrerseits verhiefs Schweden, die von ihm noch besetzten kurmärkischen Orte nach dem Friedensschlusse dem Brandenburger zurückzugeben [3].

Damit war für diesen das Hauptwerk bei den westfälischen Verhandlungen gethan. Der bei weitem gröfste Teil von Hinterpommern war ihm gesichert, und überdies drei stattliche mitteldeutsche Lande, von denen zwei — Magdeburg und Halberstadt — unmittelbar mit dem Kerne seines Staates, der Kurmark, zusammenhingen, der dritte — Minden — den Übergang zu seinen westfälisch-rheinischen Provinzen bildete. Einen so mächtigen Zuwachs hatte das Kurfürstentum noch nie erhalten. Freilich hätte Friedrich Wilhelm stets vorgezogen, das ganze Pommern mit der Oder, der natürlichen Wasserstrafse für die Kurmark, und mit seinen Seehäfen zu bekommen — auch deshalb, weil er auf Pommern unbestreitbares Recht besafs, während

[1] Brief Avaux' v. 6. März, Antwort des Kurfürsten v. 12. April 1647; Meinardus, III, 650 f, 680 f.

[2] Ms. Biographie de l'Électeur Frédéric Guillaume (Berlin, Königl. Bibl., Manuscr. Boruss., fol. Nr. 168), p. 108.

[3] v. Meiern, IV, 330 ff. — Pufendorf, Friedr. Wilh., III, 15. 16.

er für die soeben erworbenen Bistümer das Wiederaufleben der Ansprüche der Katholiken fürchtete. Allein an Ausdehnung und Menschenzahl waren die Entschädigungslande bedeutender als das, was er aufgeben mufste — er erhielt 175 Quadratmeilen anstatt etwa 120. Auch wurde durch die Neugestaltung Brandenburg seines überwiegend östlichen Charakters entkleidet, auf die universal deutschen und europäischen Beziehungen hingewiesen. Das war ein für seine ganze Zukunft bedeutsamer Umstand. Durch die Verhandlungen dieser Jahre war es schon in den Vordergrund der europäischen Interessen gerückt worden; alle Grofsmächte hatten sich mit diesem Reichsfürstentume beschäftigen müssen; und seitdem hat es nicht mehr aufgehört, im Zusammenhange der allgemeinen Verhältnisse und Verwickelungen zu stehen, eine nicht rein deutsche, sondern europäische Macht, wenn auch zunächst eine der kleineren. Das alte partikulare Wesen war seitdem für Brandenburg abgethan, eine gröfsere und wichtigere Zeit beginnt für dieses Land. Friedrich Wilhelm ist ganz der Mann, die veränderten Zustände zu verstehen und zu entwickeln. Die fremden Staaten — das Kaisertum, Frankreich, Schweden — verhehlen sich keinen Augenblick, dafs Brandenburg als etwas Neues, Mächtigeres, Beachtenswerteres aus den pommerschen Verhandlungen hervorgegangen, dafs es den kleinlichen Verhältnissen der übrigen Reichsfürstentümer entwachsen ist und man fürder mit ihm als Freund oder Feind zu rechnen hat. Das ist die wahre Bedeutung des Kampfes um Pommern und seines Ausganges!

Siebentes Kapitel.

Brandenburg und der westfälische Friede.

Die Entschädigung der beiden fremden „Kronen", die sich zu eigenem Vorteil in den deutschen Bürgerkrieg gemengt hatten, war vorläufig festgesetzt; es schien, als ob die Hauptarbeit am Friedenswerk gethan, dessen Gelingen gesichert sei. Allein gerade das Gegenteil war der Fall, und es traten Umstände ein, die die Fortdauer des Krieges, dieses grausamen Verderbers deutschen Landes und Volkes, zu verewigen drohten. Zwei Punkte zumal konnten, in engem Zusammenhange, den Bruch herbeiführen. Zunächst der religionspolitische. Es fragte sich, welcher Besitzstand der grofsen kirchlichen Parteien im Frieden anzuerkennen sei: der den Protestanten günstigere von 1618, also vor Beginn des Krieges, oder der ihnen durchaus abträgliche des Jahres 1630, nach Durchführung des katholisierenden kaiserlichen Restitutionsediktes. Hier handelte es sich zugleich um das Dilemma: ob der Kaiser genötigt sein werde, in seinen Erblanden den Protestantismus wieder, wie bis 1618, freizugeben, und ob Baiern die Oberpfalz, die es seinen kurpfälzischen Vettern abgenommen und dann katholisiert hatte, jenen und der Reformation zurückzuerstatten habe. Nur in einem waren die Katholiken und die meisten lutherischen Reichsstände einig: in der Benachteiligung der Reformierten, der verhafsten Kalviner — wogegen selbstverständlich Kurbrandenburg, das waffenmächtige Hessen und die von Niederländern und Schweden eifrig unterstützte kurpfälzische Familie mit Nachdruck Einspruch erhoben.

Man sieht, ein wahrer Rattenkönig von Fragen, zum Teil leidenschaftlichster Wirkung. Dazu kam noch ein anderes. Die beiden Zweige des habsburgischen Hauses, der österreichische und der spanische, fühlten sich auf das engste verbunden. Ihnen hatte die niederländisch-französisch-schwedische Allianz gegenüber gestanden. Indem es nun, allen Bemühungen Frankreichs zum Trotze, dem katholischen Könige gelang, die Generalstaaten von diesem Dreibunde zu trennen und zum Frieden zu bestimmen, erhielt er die Möglichkeit, sich mit gesamter Macht auf den gehafsten französischen Nachbar zu werfen, dessen Kraft überdies durch die beginnenden Unruhen der Fronde gelähmt wurde. Dabei war Frankreich nicht einmal der Schweden sicher. Zum grofsen Kummer des Pariser Hofes, der sich unter den deutschen Katholiken eine ebenso starke Gefolgschaft sichern wollte, wie die Stockholmer Regierung unter den deutschen Protestanten, nahm sich Schweden eifrig der evangelischen Interessen im Reiche an und forderte drohend die Wiederherstellung des konfessionellen Zustandes von 1618. Die Lage schien sich zu Gunsten der Habsburger zu wenden, und die spanischen Einflüsse in Wien waren stark genug, um hier eine kriegerische Stimmung hervorzubringen. Der Kaiser weigerte sich, das von den Franzosen geforderte Versprechen zu geben, dafs er dem spanischen Vetter keinerlei Unterstützung angedeihen lassen werde. Trautmannsdorf, der frühere Protestant und im Grunde duldsamer Gesinnung, arbeitete ernstlich und nicht ohne Aussicht auf Erfolg daran, der französischen Tyrannei gegenüber Schweden und Brandenburger zum Sonderfrieden, ja zum Bündnisse mit dem Kaiser zu veranlassen[1]. Freilich wurde Trautmannsdorf, der der übermächtigen klerikalen Kamarilla am Wiener Hofe längst ein Dorn im Auge war, Anfang Juli 1647 von Münster abberufen. Allein die kriegerischen Absichten des Kaisers wurden dadurch nicht vermindert, nur dafs Schweden jetzt wieder in Gegensatz zu Österreich trat. Die Arbeiten des Kongresses stockten völlig, viele Gesandte verliefsen ihn, der von allen Deutschen innig ersehnte Friede war auf das schlimmste gefährdet.

Diese kritische Lage flöfste dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm ernste Besorgnisse ein. Er war von vornherein entschlossen, sich nicht mit rein neutraler Haltung zu begnügen. Die Neutralitäts-

---

[1] Odhner, 199.

politik war geboten gewesen, solange es sich darum handelte, seine Lande aus der Zerrüttung und Auflösung, in der er sie überkommen, zu retten, wieder Herr im eigenen Hause zu werden. Diese Aufgabe war nunmehr insoweit gelöst, wie es überhaupt während des Kriegszustandes in Deutschland möglich war. Sonst aber hatte die Neutralitätspolitik sich als unhaltbar herausgestellt: nirgends fand so Brandenburg einen Anhalt; es war abermals von dem Schicksale bedroht, ein Spielball der streitenden Mächte zu werden. In einer eigenhändigen, außerordentlich interessanten Betrachtung Friedrich Wilhelms über seine Lage, im Juni 1647 [1], begründet er die Unmöglichkeit neutraler Haltung hauptsächlich auf zwei Punkte: einmal, daſs er nicht imstande sei, ohne fremde Hilfsgelder seine hungernde „Soldateska“ länger zu erhalten; und zweitens, daſs er dann bei dem Friedensschlusse gänzlich vernachlässigt und hintangesetzt werden würde. Von zwei Seiten, sagt er mit der ihm eigenen Klarheit der politischen Beobachtung, sind seine Länder bedroht: vom Kaiser und von Schweden. Wem soll er sich nun anschlieſsen? Dem Kaiser ist er als Reichsfürst verpflichtet, hat auch dessen und der Spanier Feindschaft für die klevischen Lande zu fürchten. Allein trotz des bisherigen Bündnisses hat der Kaiser seit je die Kurmark verwüstet und sich ihm auch in den Friedensverhandlungen ungünstig erwiesen. Die Weigerung, ihm Hamm einzuräumen, giebt gleichfalls von der feindlichen Gesinnung Österreichs Zeugnis. Überdies, meint der Kurfürst, ist es ein bekannter Grundsatz der Katholischen, daſs sie einem Ketzer das Wort nicht zu halten brauchen. Der Kaiser und Spanien werden sich also ihm bestenfalls solange freundlich erweisen, wie sie ihn brauchen, nachher aber ihn im Stiche lassen. Deshalb „halte ich dafür, da es besser sey mitt denen in verbeundnuss zustehen, Welche eines glaubens, ob zwahr einige streittigkeitten sein, Welche aber nicht hinderlich an der selligkeit sein.“ Freilich, auch von den Schweden hat er bislang nicht viel Gutes erfahren; umsoweniger darf er ihnen jetzt widerstehen, wo sie im Felde die Oberhand haben und ihn samt seinen „armen Unterthanen“ bis zur Vernichtung schädigen können. Es ist immer vorteilhafter, sich der siegenden Partei anzuschlieſsen; von zwei Übeln muſs man das gröſsere zu vermeiden suchen. Ohne seine Pflichten gegen das Reichs-

[1] Abgedruckt U. u. A. IV, 552 ff.

oberhaupt zu verletzen, kann er wegen Preufsens ein Bündnis mit Schweden schliefsen, wenn es nur nicht gegen seinen polnischen Lehensherrn gerichtet ist.

Aber nicht als dienendes Glied will er der schwedischen Allianz beitreten. Eine solche Rolle war diesem selbstherrlichen und schöpferischen Geiste nicht genehm. Vielmehr soll die Konföderierung nur dazu dienen, Brandenburg unabhängiger zu stellen: zunächst durch Ermöglichung eines bedeutenden und kräftigen Heeres, dann durch enge Vereinigung mit den übrigen deutschen Verbündeten jener Krone, der Landgräfin von Hessen, sowie den Herzögen von Braunschweig und Lüneburg. „Daferne die Krohn Schweden gar zu unbillig in Ihren postulatis Weren, konten Wir selbiger vorschreiben Was Wir alfs dan Wolten, undt Würde der Kayser nachmahls erfahren, das er getreue Chur- undt Fürsten im reich gehabt hette. Hieraufs Würde man auch schliefsen, dafs solches aufs keiner leichtfertigkeitt geschehen, sonderen viell mehr aufs liebe gegen dem reiche und eines iedtwederen Vatterlandt.“ Soweit schaute Friedrich Wilhelm in die Zukunft, so wohl überlegt waren seine Pläne. Das Bündnis mit Schweden sollte eben nur der Selbständigkeit und Macht Brandenburgs und der übrigen Stände des protestantischen Norddeutschlands dienen.

Zunächst trat man freilich von anderer Seite an ihn heran.

Um die Mitte des Jahres 1647[1] befand Frankreich sich in ziemlich unbehaglicher Lage. Mit den Schweden stand es auf gespanntem Fufse; die Niederlande drohten es zu verlassen; seine besten Truppen, die Weimaraner, waren von ihm abgefallen. Deshalb suchte es in Deutschland Bundesgenossen, und zwar nicht allein bei den Katholiken. Wir wissen, dafs Graf d'Avaux schon längst eine Allianz mit dem kräftig aufstrebenden Brandenburg als wünschenswert bezeichnet und angestrebt hatte. Man dürfte nicht sagen, dafs der Kurfürst sich diesem Plane zugänglich oder auch nur für Avaux' Bemühungen in der pommerschen Sache dankbar gezeigt hätte. Vielmehr traten seine Gesandten in Münster für die Interessen des Reiches und der Evangelischen gegen die französischen Bemühungen auf; französische Werbungen

[1] Wenn Droysen (III, 1, 323) diese Verhandlungen in den April des Jahres 1647 verlegt, so ist das ein Irrtum; die wahren Daten finden sich in den U. u. A., Bd. I u. II.

in Preufsen wurden von den dortigen Oberräten verhindert[1]. Die Pariser Regierung fürchtete, der Kurfürst werde ganz zu ihren Gegnern übertreten. Man erzählte, er beabsichtige seine Truppen im Klevischen den Spaniern zu überlassen, die sich eifrig um die brandenburgischen Regimenter bewarben[2]. Dies wünschte man in Paris durchaus zu verhüten und vielmehr den Versuch zu machen, die brandenburgischen Soldaten und, wo möglich, deren Kriegsherrn für Frankreich zu gewinnen. Herr von Lionne, der Günstling Mazarins, redete im Juli 1647 mit Wicquefort von diesen Dingen und versprach, wenn dessen Herr mit Frankreich abschliefse, werde dieses ihm in allen seinen Wünschen dienlich sein. Mit so allgemeinen Verheifsungen liefs Friedrich Wilhelm sich nicht locken. Allein er ging doch auf die Bündnisverhandlungen ein, stellte bestimmte Forderungen und Anerbietungen auf. Mazarin selber war über diese Wendung höchst erfreut. Er liefs Wicquefort zu sich bescheiden und überhäufte vor ihm den Kurfürsten mit der feinsten Schmeichelei, wie sie nur einem italienischen Priester zu Gebote steht. Wenn Friedrich Wilhelm, schlofs er, seine Truppen Frankreich überlassen will, werden wir alles aufbieten, ihm von Schweden den sofortigen Besitz seiner neuen Provinzen zu verschaffen. — Schleunigst erhielt St. Romain Befehl, sich abermals von Münster nach Kleve zu begeben, und zwar jetzt mit dem gewinnendsten Auftrage: der Brandenburger solle seine Regimenter nicht einmal in französischen Dienst stellen, sondern nur, gegen reichliche Bezahlung, als selbständige Hilfstruppen dem Heere des Marschalls Turenne zugesellen[3].

St. Romain ward auf das Beste empfangen, und das Einverständnis erschien so intim, dafs in Paris Brienne und Wicquefort an die Formulierung eines Bündnisses denken konnten. Friedrich Wilhelm sollte zu Gunsten der beiden Kronen und ihrer Ansprüche in Deutschland ein beträchtliches Heer ausheben und ihnen als Sicherheit für seine Vertragstreue die Festung Pillau einräumen; dafür sollte er, aufser Hilfsgeldern, bei dem endgültigen Friedenschlusse Schlesien ganz oder teilweise abgetreten

[1] U. u. A. I, 657 f. IV, 562 ff.
[2] Nég. secr., IV, 162. — U. u. A. IV, 581 ff. 590.
[3] U. u. A. I, 658 ff. 662, II, 13 ff., IV, 619 f.

erhalten[1]. Zu diesen Abmachungen war allerdings erst die Zustimmung des Kurfürsten einzuholen.

Jedenfalls winkte diesem hier schon der hohe Preis, den erst ein Jahrhundert später sein Urenkel erringen sollte, indem er mit Schlesien das schönste Juwel aus der österreichischen Krone brach und der eigenen anfügte.

Zu gleicher Zeit lagen Friedrich Wilhelm Bündnisanträge von der entgegengesetzten Seite vor.

Im Vertrauen auf den bevorstehenden Frieden der Niederlande mit Spanien meinte der Kaiserhof, dieses letztere werde nun Frankreich nötigen, seine gesamten Kräfte gegen den kastilischen Angriff zusammenzuraffen. Inzwischen sei es für ihn Zeit, mit Schweden fertig zu werden; dazu sollten, wie nach dem Prager Frieden, die norddeutschen Evangelischen helfen, die unter dem skandinavischen Übermute so schwer zu leiden hatten. Im Juli 1647 sandten der Kaiser seinen Kriegskommissar von Blumenthal, sowie sein General in Westfalen, Erzherzog Leopold Wilhelm, einen Herrn von Ribeaucourt nach Kleve. Auch von dieser Seite lauteten die Anerbietungen verlockend genug: aufser den Entschädigungslanden solle der Kurfürst ganz Pommern erhalten; wenn er seine Truppen mit dem Korps des Erzherzogs vereinige, solle er an dessen Stelle den Oberbefehl führen; im niedersächsischen und im westfälischen Kreise solle ihm das Direktorium zuteil werden. Neutralität könne und wolle der Kaiser nicht mehr leiden.

Im Rate des Kurfürsten gab es Stimmen, die dem Antrage günstig waren. Das Kriegsglück schlug um, Kaiserliche und Baiern nötigten den schwedischen Feldmarschall Wrangel zum Rückzuge aus Böhmen nach dem Braunschweigischen. Keineswegs, meinten die Räte, dürfe der Kurfürst neutral bleiben, um sich nicht die Feindschaft aller zuzuziehen[2].

Das war im Grunde auch Friedrich Wilhelms Überzeugung. Aber der Allianz mit dem Kaiser war er, wie wir gesehen, nicht hold; und überhaupt gedachte er keineswegs, den fluchwürdigen,

---

[1] S. Vertragsentwurf Wicqueforts, vom November 1647 (nicht Juni, wie U. u. A. II, 13 gesagt ist) mit Zusatzartikel v. 5. Nov.: U. u. A., I, 663 f. II, 17; sowie Ausarbeitung von Brienne u. Wicquefort: das. I, 664 ff. u. Nég. secr., IV, 201.

[2] Droysen, III, 1, 323. 327. — Pufendorf, III, 21. — v. Meiern, IV, 799 ff. — U. u. A., IV, 605.

mörderischen und verheerenden Krieg in Deutschland furchtbarer denn je wieder zu entzünden. Außer den Festungsbesatzungen, so antwortete er, habe er nur 2000 Mann zu Fuß und 900 zu Roß, die kaum zur Verteidigung seiner Länder genügten; aber hätte er auch mehr, würde er nicht die Hand zum Bruche des Waffenstillstandes und zur Wiederentfesselung des Krieges bieten, der zumal seine eigenen, überall von den Schweden beherrschten kurmärkischen und preußischen Gebiete durchaus zu Grunde richten müsse. Der Kaiser möge lieber den gerechten Wünschen der evangelischen Stände entsprechen, die dann auch Schweden zum Friedenschlusse bestimmen würden; überdies an Brandenburg die rückständigen Schulden bezahlen, die ungerechten Kontributionen erlassen und die Festung Hamm zurückgeben, damit es imstande sei, durch Anwerbung mehrerer Truppen in eigenem Lande und der Nachbarschaft den Frieden aufrecht zu erhalten. Ebenso forderte er bei dieser Gelegenheit Jägerndorf und die sofortige Einräumung der Entschädigungsgebiete[1]. Es war eine deutliche Absage an Österreich.

Beide kriegerische Bündnisse beschloß Friedrich Wilhelm abzulehnen. Ehe nicht der Friede Deutschland beruhigt, seinen eigenen Staat innerlich befestigt und reorganisiert, die fremden Heere aus seinen Grenzen entfernt hatte, wollte er seine Lande nicht neuen Abenteuern aussetzen. Aber deshalb war er keineswegs gewillt, thatenlos still zu sitzen. Vor allem wünschte er, seiner ganzen, in konfessionellen Dingen versöhnlichen, über die damaligen religiösen Zänkereien erhabenen Gesinnung gemäß den Religionsfrieden herzustellen, die unentbehrliche Grundlage für eine friedliche Gestaltung der deutschen Dinge überhaupt. Schon auf dem Frankfurter Deputationstage von 1643 hatte er, mit andern norddeutschen Fürsten, darauf gedrungen, daß alle Religionsangelegenheiten, auch in den österreichischen Erblanden, auf den Fuß von 1618 gestellt werden sollten. Seitdem sahen viele Protestanten mehr in Brandenburg als in ihrem offiziellen Direktorium Kursachsen, das sich zum Schleppträger der verfolgungssüchtigen Politik des Kaiserhofes machte, ihren eigentlichen Vorkämpfer[2]. Jetzt handelte es sich vornehmlich um

[1] Resolution des Kurfürsten v. 18. Okt. 1647; U. u. A., IV, 657 ff.
[2] H. Landwehr, Die Kirchenpolitik Friedr. Wilh., des großen Kurfürsten (Berlin 1894), S. 30 f. 37.

drei Punkte: die Gleichberechtigung der Reformierten mit den Lutheranern; die ebenmäfsige Besetzung der Reichsgerichte mit Evangelischen und Katholiken; die Autonomie, d. h. die Religionsfreiheit der Unterthanen, deren Obrigkeit einer anderen Konfession angehörte. Letzterer Gegenstand bot deshalb so grofse Schwierigkeiten, weil der Kaiser in keinem Falle seinen eigenen protestantischen Unterthanen Glaubensfreiheit gewähren wollte; auch versagte er den bei Unterdrückung der religiösen Unruhen geflohenen Böhmen die von den Schweden dringend geforderte Wiederaufnahme und Einsetzung in ihre Güter. In allen diesen Hinsichten war Friedrich Wilhelm eifrig für Herstellung des Friedens besorgt und wies seine Bevollmächtigten an, den Katholiken soweit entgegenzukommen, wie dies mit dem rechtlichen Bestande des evangelischen Bekenntnisses in Deutschland irgend verträglich sei[1].

Aber der Kaiser schien unversöhnlich. Er stellte sich im Herbst 1647 ganz auf Seite der extremen Katholiken. Das wiederkehrende Glück seiner Waffen führte ihn auch in den religionspolitischen Fragen auf die Wege seines bigotten Vaters zurück. Kein Zweifel, ein Sieg Ferdinands III. über die Schweden bedrohte die deutschen Protestanten mit äufserster Schädigung, mit dem Wiederaufleben der Politik des Restitutionsediktes.

Solchem Unheil wollte Friedrich Wilhelm von vornherein den Riegel vorschieben. Mit einiger Abänderung nahm er also den Plan auf, den er bereits in seiner Denkschrift vom Juni 1647 angedeutet hatte, sich mit den evangelischen Ständen Norddeutschlands fester zu verbinden. Jetzt sollte diese Allianz aber nicht, wie er früher beabsichtigt, dazu dienen, innerhalb des schwedischen Bündnisses eine selbständige Gruppe zu schaffen, sondern überhaupt eine dritte Partei zu bilden, bestimmt, den Frieden und die religiöse Duldsamkeit zu erzwingen. Um in jedem Falle den Vorwurf des Ungehorsams gegen den Kaiser und zugleich dessen Rache zu verhüten, hatte ihm der Kurfürst seine Absicht von vornherein in dem günstigen Lichte einer blofsen Friedensassekurranz dargestellt. Trotzdem war der Plan zunächst den Österreichern nicht minder verdächtig als den Schweden, denen es ja nicht auf den Frieden, sondern lediglich auf ihren Vorteil und ihre Herrschaft in Deutschland ankam.

[1] Resolution vom 31. Dez. 1647; U. u. A., IV, 646.

Der Kurfürst aber liefs sich von dieser Feindseligkeit der beiden kriegführenden Mächte nicht abschrecken. Er befahl, die braunschweigischen und hannoverschen Friedensgesandten wegen Bildung einer bewaffneten Mittelpartei zu sondieren; und da sie sich einer solchen günstig aussprachen, sandte er anfangs Dezember 1647 seinen Vertrauten Konrad von Burgsdorf, den „Sejanus des brandenburgischen Hofes", an den mächtigsten protestantischen Reichsstand, den Kurfürsten von Sachsen. Auf der Reise zu diesem sollte er mit den welfischen Herzögen — von Wolfenbüttel, Celle, sowie Lüneburg-Hannover — verhandeln. In gleichem Sinne hatte sein Agent Ludwig sich an die Kasseler Landgräfin zu wenden. Sie mufsten die Herstellung eines bewaffneten evangelischen Verteidigungsbündnisses als einziges Mittel zur Herbeiführung des Friedens vorschlagen, die für alle so bedrohlichen Aussichten fernern Krieges in ihrer ganzen Furchtbarkeit schildern, auf die zur Unterdrückung der Evangelischen bestimmten Entwürfe vieler katholischer Stände ebensowohl wie auf den Hochmut und die Übergriffe der Schweden hinweisen. Die Pflicht gegen Gott wie gegen das „liebe Vaterland teutscher Nation, das im Blute gleichsam ersäuft wird", und endlich die Gefahr eines Religionskrieges und des „Verlustes unseres höchsten und unschätzbaren Kleinods, der freien Übung unseres Gottesdienstes", drängen auf Gründung eines evangelischen Bundes hin, der von beiden kriegführenden Parteien unabhängig ist. — Es handelte sich nicht um unbestimmte Abmachungen. Vielmehr forderte der praktische und thatkräftige Sinn Friedrich Wilhelms sofortige Festsetzung der Zahl und Beschaffenheit der Bundestruppen, sowie eines Kriegsdirektoriums und der hohen Befehlshaber[1].

Inmitten dieser Unterhandlungen langte Wicquefort mit seinem Entwurfe eines französischen Bündnisses bei dem Kurfürsten an. Bei aller seiner Klugheit ein politisch unklarer Kopf, trug Wicquefort kein Bedenken, vielmehr als Agent der französischen Minister, mit denen er in regelmäfsigem Briefwechsel stand, bei dem Kurfürsten, denn als dessen Gesandter bei dem Pariser Hofe aufzutreten. Die jüngsten Pläne Friedrich Wilhelms aber, die auf Herstellung einer rein deutsch-evangelischen Mittelpartei gerichtet waren, machten die Annahme der französischen Vorschläge unmöglich. Nicht nur der alte übervorsichtige Kanzler

[1] U. u. A., IV, 607. 626 ff. 753 ff. 762.

von Götze riet entschieden von solchen Bündnissen ab, die Brandenburg lediglich in unabsehbare und gefährliche Händel verwickeln würden; sondern auch der kühne und unternehmende Burgsdorf, den Wicquefort auf dessen Dresdener Reise aufgesucht hatte, als Führer der „guten“, d. h. franzosenfreundlichen Partei unter den brandenburgischen Räten betrachtete und deshalb der Pariser Regierung zu einer Gratifikation vorschlug, war der Meinung, man solle Frankreichs Vorschläge zwar nicht geradezu ablehnen, aber mit schönen Worten hinhaltend bescheiden. Demgemäfs fiel auch die Endresolution des Kurfürsten an seinen übereifrigen Gesandten aus (15. Jan. 1648). Nach feurigen Danksagungen an die Pariser Machthaber und Versicherungen aufrichtigster Anhänglichkeit an sie, verlangte er einen Aufschub von sechs Wochen bis zwei Monaten, unter dem Vorwande, durch einen vorzeitigen Entschlufs könnten die westfälischen Friedensunterhandlungen gestört werden, an deren Gelingen ja auch der französischen Regierung so viel gelegen sei. Einstweilen forderte er deren Dazwischenkunft, um die Einräumung der ihm zugesprochenen pommerschen und Entschädigungslande zu erlangen, sowie eine Beihilfe von 80—100000 Thalern zum Unterhalte seiner Truppen, die auch zur Verteidigung der „guten Partei“ bestimmt seien. Wicquefort erhielt den Auftrag, dahin zu wirken, dafs Frankreich dem Kurfürsten „unter die Arme griffe“ und ihn so in den Stand setze, sich Achtung im Reiche zu verschaffen.

Das hiefs, viel verlangen und wenig oder nichts dafür geben. Solches sahen, trotz der enthusiastisch gefärbten Berichte Wicqueforts, der seine Wünsche für Thatsachen nahm, die französischen Minister sehr wohl ein. Sie erwiderten also gleichfalls mit freundlichen Zusagen, verwiesen aber die Unterhandlung von Paris nach Münster. Mit anderen Worten, sie verzichteten auf jede nähere und vertraulichere Negotiation, die dann auch, trotz Wicqueforts wiederholten Bemühungen, sie wieder zu beleben, im Mai 1648 im Sande verlief[1].

Es ist ein durchgehender Charakterzug in der gesamten Politik Friedrich Wilhelms, dafs er sich von dem Auslande nicht abhängig machen will. Selbständig wünscht er in Deutschland dazustehen, umsomehr den Fremden gegenüber. Nur zu seinen eigenen Zwecken gedenkt er diese zu benutzen. Es wäre falsch,

[1] U. u. A., I, 673—688, II, 17—25, IV, 772 ff. 791.

ihm allgemein deutschen Patriotismus abzusprechen; schon deshalb hegte er solchen, weil traurige Erfahrungen ihn belehrt hatten, daſs Schwäche und Zerrüttung Deutschlands auch Brandenburgs über den ganzen Norden verstreuten Ländern Elend und Gefahr bringen muſsten. Er hat bei jeder Gelegenheit den Frieden, die Einigkeit und Gröſse Deutschlands angestrebt und gefördert. Nur durften diese Gesichtspunkte nicht mit den Interessen seines Staates und des evangelischen Glaubens kollidieren. War dies der Fall, so überwogen die letzteren, aber immer so, daſs er sie möglichst mit seinen Pflichten als Reichsfürst und Deutscher zu versöhnen suchte.

Für den Augenblick hingen ihm reichspatriotische und besondere Wünsche aufs engste zusammen, und beide führten ihn zu seinem Plane einer „dritten Partei“, eines evangelischen Verteidigungsbündnisses. Um seinen Anträgen den gehörigen Nachdruck zu geben und mit der vorgeschlagenen Waffnung den Anfang zu machen, ordnete er neue stärkere Rüstungen an und verpfändete zu deren Ermöglichung einige Domänen an Hamburger Kaufleute. Es lieſs sich zunächst alles günstig für seine Absichten an, aus denen er keineswegs ein Geheimnis machte. Die Landgräfin von Hessen stellte sich mit ihren zahlreichen kriegsgeübten Truppen dem Werke zur Verfügung. Sie war bereit, ihre Verbindung mit Franzosen und Schweden zu lösen und, was an ihrem Teile war, dafür zu thun, daſs die evangelische Union ein Heer von 30000 Mann zusammenbringe[1]. Selbst die von den Fremden schwer bedrängten katholischen Stände Kurköln, Kurmainz und Kurbaiern begrüſsten mit Freuden ein Unternehmen, von dem sie schnellere Herbeiführung des Friedens erwarteten[2]. Sogar dem Kaiser gefiel endlich der Plan, den er, unter sächsischer Mitwirkung, gegen die Schweden auszunutzen hoffte. Sein Feldherr Holzapfel empfahl seinen hessischen Landsleuten die dritte Partei auf das dringendste[3]. Ferdinand III. sandte seinen Geheimsekretär Schröter nach Dresden, um zu seinem Vorteile die Verhandlungen zwischen Burgsdorf und den Sachsen zu beeinflussen.

---

[1] Rommel, IV, 734. — U. u. A., IV, 760.

[2] Droysen, III, 1, 328 ff.

[3] S. die Bemerkungen des kaiserlichen Geheimsekretärs Schröter; U. u. A., IV, 784. 806 f. — Rommel, IV, 724.

Wie patriotisch diese Entwürfe Friedrich Wilhelms waren, zeigt der Widerspruch, den sie bei Deutschlands Bedrängerinnen, den fremden Kronen, fanden. Diese meinten, die evangelische Union werde ihnen die Beherrschung und Zersplitterung des Reiches erschweren. Die Franzosen versprachen sich von ihr nichts Gutes; seien doch alle Deutschen einig im Hasse gegen die Ausländer[1]. In Stockholm hatte man dem Kurfürsten immer mifstraut; jetzt erging man sich dort über ihn und sein Werk in lautem Tadel und scharfen Drohungen. Während man seine Bemühungen um Bildung einer dritten Partei spöttisch mit dem Sprichworte Parturient montes behandelte, erklärte man: Schweden würde sich freuen, wenn er ihm Anlafs zum Bruche gebe, da es dann aus seinen Staaten viele Vorteile ziehen könne[2].

Solche Prahlereien machten auf Friedrich Wilhelm geringen Eindruck. Es kam alles auf die Entscheidung des Kurfürsten von Sachsen an.

Johann Georg I., der damals schon sechsunddreifsig Jahre herrschte, war ein Mann beschränkten Geistes, dabei fanatischer Lutheraner, der die Kalviner viel schlimmer hafste, als die Katholiken. Selbst das Alter hatte seiner wüsten Schlemmerei und Säuferei nicht Abbruch gethan; es wurde am Dresdener Hofe so arg getrunken, dafs wohl einzelne Zechgenossen im Rausche umkamen. Burgsdorf, der rauhe Soldat, klagt, wie er sich dort „mit dem unordentlichen Leben verdorben und das an seinem Leibe schon fühlen mufs“[3]. Den Hohenzollern hat Johann Georg den Übertritt zum reformierten Bekenntnisse nie verziehen. Mit der kurzen durch Gustav Adolf ihm aufgenötigten Unterbrechung von 1632 bis 1635 hatte er stets die Partei des Kaisers gehalten. Sollte er sie jetzt verlassen und die von ihm immer verworfene Solidarität der reformierten Evangelischen mit den Lutheranern anerkennen?

Wenn Friedrich Wilhelm und Burgsdorf sich hierüber Illusionen gemacht hatten, so wurden solche bald zerstört. Wochenlang wurde dieser Minister in Lichtenberg festgehalten, wo Johann Georg damals jagenshalber verweilte; er mufste sich überzeugen, dafs sowohl der Kurfürst wie seine Räte „auf Kaiser-

[1] Bougeant, Histoire du traité de Westphalie, III, 396.
[2] Chanut, Mémoires, 254 f.
[3] Bericht v. 20. Jan. 1648; U. u. A., IV, 787.

licher Majestät Seiten gar zu parteiisch“ waren. Der „Pragerische Friede lag den Leuten noch im Kopfe; sie waren zu hart mit dem Kaiser eingestiegen und richteten alle ihre Consilia dahin, auch mit Kais. Maj. auszubaden.“ Ferdinand III. fand Brandenburgs Plan nicht übel, zog es aber doch vor, Kursachsen gänzlich auf seiner Seite zu erhalten. Er hatte Schröter beauftragt, bei jenem die alten Erbansprüche auf Jülich und Berg wieder anzuregen, recht im Gegensatze zu Brandenburgs Wünschen. Die vorgeschlagene Verbindung, antwortete Johann Georg dem Oberkammerherrn Friedrich Wilhelms, könne die Fortsetzung des grausamen Krieges zur Folge haben, „bis vollends die Würde des Römischen Kaiserthums und damit die Hoheit und das Amt der Herren Kurfürsten und der gepriesene Name der teutschen Nation endlich aufgehoben werde.“ Jedenfalls würde die evangelische Union den Kaiser sowohl wie die beiden Kronen tief verstimmen und zur Feindschaft anregen. Man könne sich ja auf dem reichsverfassungsmäfsigen Wege der Kreistage verständigen.

Das waren alles Vorwände, die zum Teil der Wahrheit geradewegs entgegenliefen. Johann Georg wollte vielmehr nicht mit den kräftig aufstrebenden reformierten Fürsten — dem Brandenburger und dem Hessen — Hand in Hand gehen, dem Kaiser auch nicht mit einem Scheine von Selbständigkeit zu nahe treten. Burgsdorf war tief entmutigt: es wird heifsen, ein jeder für sich und Gott für uns alle; Friedrich Wilhelm müsse andere consilia ergreifen.

Wie er vorausgesehen, wollten nun auch, trotz aller seiner Bemühungen, die Welfen nichts von der Sache wissen. Konnten sie doch nicht vergessen, dafs Brandenburg ihnen die Stifter Magdeburg und Minden vorweggenommen hatte. Zunächst hatten sie einige Hoffnung gegeben; aber da Kursachsen, dem jedenfalls die herzoglich sächsischen Häuser folgen würden, die Verbindung ablehne, so könnten auch sie sich „jetzt noch nicht pure erklären“. Darauf zog auch die Landgräfin ihre frühere Zustimmung zurück. Was half es, dafs der Herzog von Mecklenburg, der von den Schweden nicht minder bedrückt wurde als der Brandenburger, sich der Sache geneigt zeigte? Mit einem einzigen solchen Allierten war nichts zu unternehmen[1].

[1] Verhandlungen K. von Burgsdorf v. Dez. 1647 bis Mai 1648; U. u. A., IV, 772—814. — Vgl. Köcher, Gesch. von Hannover u. Braunschweig, I (Leipzig 1884).

Der fruchtbare und segensreiche Gedanke der evangelischen Union mußte also aufgegeben werden, zum großen Schmerze Friedrich Wilhelms. Vereinzelt und unthätig wollte er aber nicht bleiben. So kehrte er zu dem schon im vorhergehenden Juni gefaßten Plane eines schwedischen Bündnisses zurück. Auf Burgsdorfs Rat beschloß er, den Grafen Wittgenstein und den Geheimrat Fromhold, die den Stand der westfälischen Verhandlungen so genau kannten, nach Stockholm zu entsenden. Vorwand boten die Forderung der Schweden, die seit dem Waffenstillstande von 1641 ihnen von der Kurmark jährlich bezahlte Kontribution von 120000 Thalern nachträglich auf 140000 zu erhöhen, sowie die Schanzfronden, zu denen sie brandenburgische Unterthanen zwangen. Indessen man zeigte in Schweden wohl eine freundlichere Stimmung dem Kurfürsten gegenüber, aber nicht eine so große Bereitwilligkeit, um Hoffnung auf Zustandekommen eines wirklichen Bündnisses zu geben[1]. Immerhin hatte Friedrich Wilhelms Anerbieten die Beziehungen zwischen ihm und Schweden einigermaßen gebessert. Königin Christine stimmte der von dem Kurfürsten angebotenen Vermittelung zwischen ihr und Polen gerne zu. Auch unterstützten die brandenburgischen Gesandten in Osnabrück und Münster vielfach die schwedischen Vorschläge und Ansprüche. Der Dank von seiten Schwedens ließ allerdings auf sich warten; bei jeder Gelegenheit kam das Mißtrauen, das es nun einmal in den Kurfürsten vom Tage seines Regierungsantrittes an setzte, zum Vorschein. Die Königin freilich sah in ihm ihren nahen Verwandten; aber ihre Minister hegten gegen ihn schlimmen Haß, den sie nur, je nach den Zeitumständen, mehr oder weniger hervorkehrten[2].

Man kann nicht sagen, daß Friedrich Wilhelms diplomatische Bemühungen bisher von Erfolg begleitet gewesen wären. Indem er abwechselnd und bisweilen zu gleicher Zeit mit den Franzosen, Schweden, Niederländern und deutschen Evangelischen Bündnisverhandlungen anknüpfte, ohne doch mit dem Kaiser brechen zu wollen, kam er lediglich in den Verdacht, ein unruhiger, intriganter und unzuverlässiger Fürst zu sein. Das wurde ihm von allen Seiten deutlich zu verstehen gegeben. Der Umstand, daß er seine Truppen beständig vermehrte in einem Augenblicke, wo

[1] Odhner, 261 f.
[2] Chanut, Mémoires, 263. 318 f.

alles auf den Frieden hinarbeitete, erhöhte den Argwohn. Der einzigen Macht, die ihm wesentliche Dienste geleistet und aufrichtig ein Bündnis angeboten hatte — Frankreich —, antwortete er, wenn auch aus guten und löblichen Gründen, mit Kaltsinn und Abweisung, ja mit der Forderung neuer dankloser Gefälligkeiten. Diese Lage Brandenburgs war um so unerfreulicher und bedenklicher, als im Grunde jedermann von seiner wirklichen Macht sehr geringe Meinung hegte. Den Fürsten selbst hielt man damals für irre geleitet durch schlechte Ratgeber; die Unzufriedenheit seiner Unterthanen und der trübe Zustand seiner Finanzen liefsen die günstige Meinung, die das Ausland von ihm nach dem Ausgange der pommerschen Verhandlungen gefafst hatte, wieder zurücktreten [1]. Eine bleibende Änderung in der Wertschätzung durch seine Zeitgenossen ist erst mit dem Augenblicke eingetreten, wo Friedrich Wilhelm im nordischen Kriege zeigte, dafs er nicht nur Umtriebe zu machen, sondern auch mit scharfem und wuchtigem Schwerte dreinzuschlagen verstand.

Befriedigender als seine Bemühungen um fremde Allianzen war seine Thätigkeit am westfälischen Friedenskongresse. Hier sehen wir ihn bei allen Fragen auf Seite der Versöhnlichen, Vorurteilslosen und wahren Patrioten. In der klaren Überzeugung, dafs nach dreifsigjähriger Dauer des Krieges von den Evangelischen eine grofse militärische Anstrengung für ihre konfessionellen Ansprüche und Beschwerden umsoweniger zu erwarten sei, als sie hierbei der Unterstützung durch des katholischen Frankreich Geld und Waffen entbehren müfsten, mahnte er die Eifrigeren und Unversöhnlicheren unter seinen Glaubensgenossen unausgesetzt zur Nachgiebigkeit gegen die Katholiken, um nur überhaupt zu einem erträglichen Frieden zu gelangen.

Aber es gab einen Gegenstand, wo er zum Ausharren fest entschlossen war. Die Lutheraner, zumal die Sachsen, hatten in den Bestimmungen über den künftigen Religionsfrieden die Reformierten von der Zugehörigkeit zur Augsburgischen Konfession ausgeschieden und nur mit dem schimpflichen Vermerk, „solange

---

[1] Chanut, Mémoires, p. 175 f. (Sept. 1647): Il est vray que l'Electeur de Brandebourg... de soy estoit peu à craindre, qu'il se laissoit gouverner par un homme qui avoit de très mauvaises qualitez, qu'il n'avoit point d'argent et devoit beaucoup, et que ses sujets estoient fort mescontents de luy et peu disposez à seconder ses desseins.

sie sich ruhig verhalten," der Wohlthaten reichsrechtlicher Gleichstellung teilhaftig gemacht. Aufserdem sollte zwar ein lutherischer Landesherr seine reformierten Unterthanen, nicht aber ein reformierter Fürst seine lutherischen zur Annahme seines Bekenntnisses zwingen können. Zu solcher Herabsetzung seiner Glaubensgenossenschaft wollte aber Friedrich Wilhelm niemals die Zustimmung geben. Unter Thränen erklärte er im Geheimen Rate, er lasse sich von der Zugehörigkeit zum evangelischen Glauben nicht trennen; bestehe man darauf, so werde er seine Hand von dem Schutze der Protestanten im Reiche gänzlich abziehen [1]. Er verlangte also, dafs die Reformierten ausdrücklich unter die Augsburgischen Konfessionsverwandten aufgenommen würden, und erhielt dabei endlich die Unterstützung der Schweden, da diese für ihren reformierten Verbündeten, den Landgrafen von Kassel, eintraten. Seinen Bemühungen ist es hauptsächlich zu danken, wenn das Instrument des westfälischen Friedens die Gleichberechtigung der drei christlichen Hauptkonfessionen innerhalb des Reiches aussprach. Auch den Streit über das jus reformandi führte er zu glücklichstem Ende, indem für die evangelischen Unterthanen eines dem andern protestantischen Bekenntnisse angehörigen Landesfürsten volle Religionsfreiheit erfochten wurde — gegen den leidenschaftlichen Widerspruch und schliefslichen feierlichen Protest Kursachsens [2].

Endlich hing der Friedensschlufs nur noch von zwei Punkten ab: der hohen Geldforderung Schwedens für sein Heer und den von Frankreich neuerdings erhobenen Ansprüchen. Die schwedischen Armeen hatten zuerst — im Jahre 1647 — die ungeheuerliche Summe von zwanzig Millionen Reichsthalern von dem elenden verwüsteten Reiche verlangt. Über dieses unmöglich zu befriedigende Ansinnen liefsen allerdings die schwedischen Bevollmächtigten mit sich handeln, so dafs der Betrag auf fünf Millionen herabgesetzt wurde, von denen drei sofort bar zu bezahlen seien. Für solchen Ausgleich war Friedrich Wilhelm mit grofsem Eifer thätig. Um dieser Sache willen, schrieb er, dürfe man den Frieden nicht aufhalten, „nicht zweifelnd, es werde alsdann der gütige Gott auch Mittel verleihen, solches Geld beisammen zu bringen". Für dieses Zugeständnis solle Schweden aber seinen

---

[1] Brief Otto v. Schwerins an Fromhold; v. Meiern, IV, 993.
[2] Näheres über diese Verhandlungen bei Landwehr, 32 ff.

Verbündeten Frankreich zur Nachgiebigkeit bewegen. Von Paris aus forderte man dreierlei: Oberhoheit Frankreichs über die elsässischen Reichsstädte; Verzicht auf die Restitution des von den Franzosen aus seinem Lande vertriebenen Herzogs von Lothringen; Versprechen des Kaisers, in keiner Weise seinem spanischen Vetter Hilfe zu bringen. Ferdinand III. erklärte zunächst dieses dreifache Verlangen für unannehmbar. Hier zeigte sich Friedrich Wilhelm als treuer Reichsfürst und Deutscher, indem er, ohne Rücksicht auf alle von Frankreich für ihn zu erwartenden Vorteile, dessen Ansprüche durchaus bekämpfte. Als einige Reichsstände vorschlugen, mit Frankreich und hierdurch auch mit Schweden im Namen des Reiches abzuschließen, ohne sich weiter um den Kaiser zu kümmern, widersetzten sich die Brandenburger solchen, die ganze Reichsverfassung verneinenden Absichten mit voller Kraft und traten für die dem Reichsoberhaupte und dessen Interessen gebührende Achtung mit großem Nachdrucke auf[1]. Allein das Los der Waffen entschied gegen das Haus Österreich. Der schwedische General Königsmark eroberte einen Teil der böhmischen Hauptstadt; Turenne und Wrangel überschwemmten Baiern und bedrohten von Westen her die kaiserlichen Erblande; Condé vernichtete das spanische Heer bei Lens. Nun mußte Ferdinand III. nachgeben. Das Verhältnis der elsässischen Reichsstädte wurde unentschieden gelassen; Kaiser und Reich verzichteten auf jede Einmischung zu Gunsten Spaniens wie der alten Reichslande Lothringen und Freigrafschaft.

Nach diesen neuen, für Deutschland schmerzlichen Opfern und Demütigungen konnte endlich der lang ersehnte Friede am 24. Oktober 1648 in Münster unterzeichnet werden. „Für solche Gnade,“ schrieb der Kurfürst an Wittgenstein, „ist dem grundgütigen Gotte billig zu danken, und höchlich zu wünschen, daß dadurch unser geliebtes Vaterland deutscher Nation nach so lang ausgestandenen großen Pressuren, Drangsalen und Zerrüttungen in beständige Tranquillität, Ruhe und Sicherheit gesetzt werden möge.“ Er durfte sich sagen, nach Kräften zur Erlangung dieses großen Zieles beigetragen zu haben.

Der westfälische Friede bildet aber nicht allein dadurch einen wichtigen Abschnitt, daß er für den Augenblick dem langen und

---

[1] Vgl. u. a. U. u. A., IV, 697. 701. 719 ff.

grauenvollen Kriege ein Ende machte, sondern auch durch seine dauernde Bedeutung für Deutschland und Europa. Er hat dem alten heiligen römischen Reiche deutscher Nation den Todesstofs gegeben. Kaiserliche Gewalt und Reichseinheit waren in Münster und Osnabrück endgültig zu Grabe getragen. Die Landeshoheit der Reichsstände, des geringsten Reichsritters ebenso wie des Kurfürsten, ward in vollem Umfange anerkannt. Damit fiel jedes Recht der Einmischung des Kaisers und der Reichsbehörden in die inneren Angelegenheiten der Einzelterritorien überhaupt fort. Deutschland glich künftighin einem Vereine selbständiger Staaten, die nur gewisse gemeinsame Angelegenheiten der Bestimmung durch die Reichsbehörden überwiesen. Die schwerfällige Zusammensetzung des Reichstages aber hinderte meist einen gemeinsamen Beschlufs, dessen Ausführung überdies der gänzliche Verfall der Kreisverfassung fast unmöglich machte. Selbst nach aufsen hin bildete Deutschland keine Einheit mehr. Es ward allen Reichsständen gestattet, nicht nur untereinander, sondern auch mit fremden Mächten Verbindungen zu schliefsen. Wenn man dieses exorbitante Recht durch die Klausel beschränkte, dafs derartige Bündnisse nicht gegen Kaiser und Reich, noch gegen den Landfrieden gerichtet sein dürften, so liegt auf der Hand, dafs eine solche Bedingung viel zu allgemein und unbestimmt war, um in der Praxis auch nur die mindeste Wirkung zu üben. Freilich noch fast zwei Jahrhunderte dauerte der widerwärtige Zersetzungs- und Verwesungsprocefs des Reichskörpers — aber schon von dieser Zeit an konnte sich aus der Fäulnis ein neues, gesundes, zukunftreiches Staatswesen entwickeln, das bestimmt war, aus jenem verfallenden Ganzen alle noch lebendigen Kräfte zu ziehen, es auszufüllen, zu ersetzen und zu beseitigen. Aus der Auflösung des alten Reiches hat der Grofse Kurfürst die brandenburgisch-preufsische Macht begründet.

Gerade das, was man durch den Riesenkampf hatte beseitigen wollen — die Religionsspaltung —, war durch ihn sanktioniert worden. Indem der alte und der neue Glaube in dem furchtbaren Ringen, bei Aufwendung aller ihrer Kräfte, doch der Andersdenkenden nicht hatten Meister werden können, lernten sie sich gegenseitig dulden und ertragen. Notgedrungen gelangte man zu der Erkenntnis, dafs auch ohne kirchliche Übereinstimmung die Staaten friedlich nebeneinander leben und miteinander verkehren können. So wurde das konfessionelle Element

zunächst aus den internationalen Beziehungen der Staaten beseitigt. Eine neue Gruppierung der europäischen Mächte vollzog sich ohne Rücksicht auf das Religionsbekenntnis. Das entsprach völlig den duldsamen Anschauungen Friedrich Wilhelms von Brandenburg, der sich anschickte, in diesem veränderten Systeme der europäischen Staaten eine bedeutsame Rolle zu spielen.

Achtes Kapitel.

Krieg im Frieden.

Lärmende Freudenbezeugungen erfüllten ganz Deutschland nach Abschlufs des lange mit Sehnsucht erhofften Friedens. Allerorten dachte man nur an Erholung von den schrecklichen Leiden und Verlusten des Riesenkampfes, an Aufnahme friedlicher Arbeit, an Abrüstung und Verminderung der öffentlichen Lasten.

Nicht so Kurfürst Friedrich Wilhelm. Er war mit dem Ausgange der Verhandlungen durchaus unzufrieden. Er schätzte es wenig, dafs er mit Minden den bedeutendsten Pafs an der Weser, mit Magdeburg die mächtigste Stellung an der Elbe erhalten, seine Position im westfälischen Kreise verstärkt hatte, in den niedersächsischen als dessen Direktor eingetreten war. Den Verlust des wichtigsten Teiles seines Erblandes Pommern und vor allem den Verzicht auf die Beherrschung der baltischen Südküste konnte er nicht verwinden. Noch im Januar 1649 erbot er sich, die drei Stifter Magdeburg, Halberstadt und Minden den Schweden zu überliefern, auch zwei Millionen Reichsthaler zuzulegen, wenn sie ihm ganz Pommern belassen wollten[1]. „Ja," antwortete Königin Christine, „wenn Magdeburg und Halberstadt da lägen, wo jetzt Pommern liegt." Sie wies den Vorschlag ab. Einstweilen, bis zu völliger Regulierung der Grenzfrage und zum Abtrage der ihnen versprochenen Summe, hielten die Schweden auch Hinterpommern, Halberstadt und Minden besetzt.

In den Generalstaaten triumphierte seit dem Tode des Prinzen Friedrich Heinrich die republikanische, anti-oranische

[1] U. u. A., IV, 381 f.

Partei. Sie suchte Anschlufs bei der jungen Republik England. Dem Brandenburger war sie ebenso feind wie seinem Schwager, dem Oranier Wilhelm II. Ihre Garnisonen standen noch immer in den klevischen Festungen Wesel, Emmerich, Rees, Orsoy, Büderich. Die Niederländer ermutigten fortwährend die dem Kurfürsten bis zu offener Widersetzlichkeit ungehorsamen klevischen Stände.

Mit Brandenburgs Streitkraft aber sah es trotz der von Friedrich Wilhelm unternommenen Heeresvergröfserung übel genug aus. In den rheinisch-westfälischen Ländern standen damals drei Regimenter, die zusammen schwerlich über 1500 Mann Mann betrugen. In der Kurmark und dem Halberstädtischen waren nur soviel Truppen, wie zur Besetzung der Festungen gerade unumgänglich nötig waren; als 1651 alle verfügbaren Mannschaften für den beabsichtigten bergischen Feldzug mobil gemacht wurden, konnte man aus jenen Landen nur fünf schwache Kompanien mit zusammen 350 Mann ziehen. In Preufsen beruhte die Verteidigung auf dem Lehnsdienste des Adels und einer Art Landwehr, den Wibranzen oder Hufensoldaten. Aber Lässigkeit und Mangel an Patriotismus nahm beiden Truppen fast jede Wirksamkeit. Vom Adel stellte sich beim Aufgebot wenig mehr als die Hälfte, von den Wibranzen gar nur der neunte Teil der Pflichtigen; auch diese so übel bewehrt, schlecht beritten und ungeübt, und unter so unerfahrenen Offizieren, dafs — wie 1653 Graf Fabian von Dohna dem Geheimen Rate schrieb — sie im Ernstfalle mehr Schaden als Nutzen stiften mufsten. Dabei liefsen sich die preufsischen Wehrmänner von ihren politisch-konfessionellen Anschauungen zu offenem Ungehorsam bestimmen: 1644 hatten sich Edelleute und Wibranzen einmütig geweigert, sich gegen den befürchteten Einfall der Schweden, ihrer lutherischen Glaubensgenossen, gebrauchen zu lassen. Mit solchen Einrichtungen liefs sich selbstverständlich nichts anfangen[1].

Ebenso traurig sah es mit den Finanzen aus. Das bei weitem ergiebigste Land für diese war das seit mehr als einem Dezennium mit ungestörtem Frieden gesegnete preufsische Herzogtum. Und doch nahm hier im Jahre 1646 die Rentenkammer nur 131 404,

[1] Stuhr, Brandenburgisch-preufs. Kriegsverfassung zur Zeit des Grofsen Kurfürsten (Berlin 1819), S. 156. 165. — Th. v. Mörner, Märk. Kriegsobersten, S. 300f. — Lengenich, Gesch. der Lande Preufsen, 376.

die Chatullenkasse netto 133 503 Reichsthaler ein, also zusammen 264 907. Die Ausgaben dagegen betrugen infolge der zu entrichtenden Schuldzinsen 306 111 Rthlr., so dafs ein Defizit von 41 164 blieb. Dabei war für das preufsische Militär nicht mehr als 116 444 Rthlr. ausgegeben. Die Räte der herzoglichen Kammer klagten in beweglichen Worten, dafs sie kein Mittel mehr wüfsten, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Viele Dörfer und Ämter seien verpfändet, die übrigen mit Zahlungsanweisungen überbürdet, so dafs aus ihnen nichts einlaufe[1]. — In der weit mehr verödeten und verarmten Kurmark war die Lage noch trostloser. Es war fast unmöglich, die spärlichen von den dortigen Ständen für die wenigen kurfürstlichen Kompanien bewilligten Gelder einzutreiben; zumal die ruinierten und noch mit den Rückständen schwedischer Kontribution beschwerten Städte vermochten die 2300 Rthlr., die ihnen auferlegt waren, nicht zu entrichten[2]. — In Kleve betrugen die Domänenschulden 1 1/2 Millionen Rthlr., ganz ungeachtet der Hofyserschen Schuld, die mit Zinseszins allmählich auf mehr als fünf Millionen Gulden anwuchs. Die finanzielle Bedrängnis Friedrich Wilhelms war so grofs, dafs er, der sonst so beharrlich seine Rechte behauptete, einzelne Gebiete und Regalien zu verkaufen gezwungen ward[3].

Mit Ungeduld ertrug er diese unbefriedigende Lage. Er sah sich nach innen auf Schritt und Tritt beengt, nach aufsen machtlos. Da konnte seiner Meinung nach von Abrüsten nicht die Rede sein. Hatte es sich doch bei den westfälischen Verhandlungen soeben erst herausgestellt, dafs das Haus Braunschweig völlig leer ausgegangen war, weil es vorzeitig entwaffnet hatte[4]. Im Gegenteil, das kleine Heer mufste verstärkt werden, um endlich dem Namen Brandenburg Achtung zu verschaffen. Aber da stiefs der Kurfürst sich an dem Steuerbewilligungsrecht der Stände, die, ohne jeden Sinn für das Staatsganze und dessen Gröfse, nur ihre engeren persönlichen und landschaftlichen Interessen vor Augen hatten.

Zunächst entbrannte der Streit in Preufsen, das durch den Wirbelsturm polnischer Ereignisse in Mitleidenschaft gezogen war.

---

[1] Ms. Eingabe v. 16./26. Febr. 1647; Kgl. Biblioth., Berlin, Manuscr. Boruss., fol., Nr. 356.

[2] U. u. A., IV, 799 ff.

[3] v. Mörner, Staatsverträge, S. 150 f.

[4] Köcher, Gesch. v. Hannover u. Braunschweig, I, 15.

Noch in den letzten Tagen König Wladislaws IV. hatten sich die zaporogischen Kosacken gegen die drückende polnische Oberhoheit empört. Verstärkt durch die wilden Horden des Tartarchans hatten sie sich über die polnischen Länder ergossen. Das lange Interregnum, vom 20. Mai bis zum 17. November 1648, lähmte den Widerstand. Aber auch die Wahl des Wasaprinzen Johann Kasimir vermochte das zerrüttete und trotz seiner gewaltigen Ausdehnung in völliger Auflösung befindliche Reich nicht zu kräftigen. Das polnische Aufgebot erlitt durch Kosacken und Tartaren unter Bogdan Chmielnicki furchtbare Niederlagen. Hier beschloſs nun Friedrich Wilhelm kräftig einzugreifen, zu Gunsten der Republik in einer Weise aufzutreten, die ihn nicht mehr als deren demütigen Lehnsträger, sondern als ihren gleichberechtigten Freund und Verbündeten erscheinen lasse. Zunächst setzte er durch, daſs er das Recht der Teilnahme an der Königswahl ausüben durfte; Hoverbeck vertrat ihn hierbei mit Eifer und Geschick. Da der Kurfürst von vornherein erkannte, daſs des verstorbenen Königs Bruder Johann Kasimir die meisten Aussichten zur Nachfolge habe, beförderte er dessen Kandidatur auf alle Weise und verpflichtete sich dadurch den neuen Herrscher, der auf den persönlichen Empfang der Belehnung durch den Kurfürsten verzichtete. Es ist Friedrich Wilhelms eigenstes Verdienst, daſs er vom Beginn des Interregnums an diesen Weg einschlug. Auf Hoverbecks Rat blieb er dabei nicht stehen, sondern beschloſs, sich thätig in den Verzweiflungskampf der Polen einzumengen und dadurch eine bestimmende Rolle in der Republik zu spielen. Zu diesem Behufe befahl er die Aushebung eines Fuſsregimentes von 1200 Mann sowie zweier Reiterregimenter von je 400 Mann; an der Spitze dieser Truppen sollte der Generalmajor Christoph von Huwald stehen, der sich in schwedischem und Danziger Dienst bewährt hatte. Des Kurfürsten Lehnsverpflichtung lautete nur auf hundert Reiter. Daſs die preuſsischen Stände, die seine Macht mit so eifersüchtigen Augen betrachteten, ihm keine genügenden Mittel zur Werbung gewähren würden, nahm er für gewiſs an. So wandte er sich um Bewilligung einer Anleihe von 100000—150000 Thalern, für die er die Verpfändung der Pillauer oder der klevischen Zölle in Aussicht stellte, an die Stadt Amsterdam und an die Generalstaaten. Indes die Feindschaft der holländischen Aristokraten gegen den nahen Verwandten des oranischen Hauses brachte bei beiden Gewalten den

Plan zu scheitern, obwohl einzelne der sieben Provinzen ein enges Bündnis mit dem Kurfürsten beantragt hatten[1].

Von den Niederlanden war also kein Geld zu erhalten. Auch die Absicht, die Kosten der Rüstung wenigstens teilweise mit dem preufsischen Hufenschosse zu decken, scheiterte an dem Widerstande der Oberräte, die während der Zeit, wo die dortigen Stände nicht versammelt waren, diese vertraten. Indem sie sich der Werbung überhaupt widersetzten und drohten, ihre Thätigkeit ganz einzustellen und die Dazwischenkunft der Krone Polen zu veranlassen, nötigten sie den Landesherrn, im September 1648 die Stände einzuberufen. Die aber zeigten sich so widerwillig, dafs der Kurfürst auf die Anwerbung der Reiter, mit Ausnahme der hundert Mann Lehnskavallerie, verzichten mufste. Aus seinen Domänengeldern brachte er wenigstens das Fufsregiment zusammen; indes auch dieses konnte er nicht unterhalten, so dafs er froh war, als es Johann Kasimir in eigenen Dienst zu übernehmen sich erbot. Die Oberräte aber, die nur Auflösung der gegen ihren Willen geschehenen Werbung und damit empfindliche Demütigung des Landesherrn anstrebten, gaben nunmehr vor, sie seien der Zustimmung des Kurfürsten zur Überlassung des Huwaldschen Regimentes nicht sicher. „Sie meinen aus mir und dem Kurfürsten eine Zwickmühle zu machen," rief der polnische König mit Unwillen aus. Damit drangen sie freilich nicht durch; und die Huwaldschen Soldaten, die im Februar 1649 endlich beisammen waren, kämpften ebenso wie die hundert kurfürstlichen Reiter unter Achaz von Brand in der Unglücksschlacht bei Zborow (August 1649) mit der gröfsten Tapferkeit. Bald darauf ward der Friede geschlossen[2].

Friedrich Wilhelms hohe politische Absichten aber waren durch die Widersetzlichkeit der preufsischen Stände vereitelt. Es stellte sich immer deutlicher heraus, dafs sich mit diesen selbstsüchtigen, kleinlichen, jedes grofsen Gedankens, jeder patriotischen Empfindung unfähigen Provinzialständen nicht regieren liefs, wenn man darunter etwas anderes verstand, als in jedem der vereinzelten brandenburgischen Länder fortzuvegetieren.

---

[1] U. u. A., I, 249 ff., III, 45 ff., IV, 76 ff. — Wicquefort, Hist. des Provinces Unies (Prag 1719, fol.), II, 121. — Aitzema, III, 281. — R. v. Holly, Die staatsmännische Thätigkeit Ottos von Schwerin (Programm, Eberswalde, 1876), S. 13.

[2] U. u. A., I, 268—366, XV, 340—346.

In Kleve[1] machte sich auf das peinlichste der Umstand geltend, dafs infolge des inneren Umschwunges in den Niederlanden die oranische Heirat des Kurfürsten diesem, anstatt holländischer Hilfe, in seinen rheinischen Landen nur holländische Gegenwirkung eintrug. So kam es dort beinahe zum Bruche mit den Ständen. Diese, im Vertrauen auf die aristokratische Partei in den nahen Niederlanden, wünschten die landesherrliche Autorität bis zum blofsen Scheine herabzudrücken, selber zu holländischer Libertät zu gelangen. Zumal Wesel, die alte Heldenstadt des westdeutschen Kalvinismus, stand dem Kurfürsten in leidenschaftlicher Opposition gegenüber. Die reiche Stadt, deren Einkünfte gröfser waren, als die des Landesherrn, klagte bei den Generalstaaten über drohende völlige Verarmung, wenn sie zu den wenigen tausend Thalern monatlicher Steuern das ihre beitragen müsse. Die Stände verweigerten dem Kurfürsten jegliche Geldbewilligung, ehe er nicht ihren Beschwerden abgeholfen, das heifst die „fremden“ Beamten und die „fremden“ Soldaten aus dem Lande entfernt hätte. Sie stützten sich allerdings auf den Buchstaben der Verfassung; aber sie wollten nicht sehen, dafs nur diese „fremden“, d. h. brandenburgischen Beamten und Soldaten sie vor der Herrschaft der wirklichen Fremden, der Spanier, Niederländer, Hessen, schützten. Die Räte der Regierung verloren so den Kopf, dafs sie, auf den Protest der Generalstaaten[2], die von dem Kurfürsten anbefohlene zwangsweise, allerdings ungesetzliche Erhebung der vom Landtage nicht bewilligten Steuern zum Unterhalte der Soldaten einfach unterliefsen. Diese Regimenter, ohne Sold, ja ohne Nahrung und Kleidung, begannen zu meutern. Die Generalstaaten, als vertragsmäfsige Beschützer der Freiheiten aller jülich-klevischen Lande, schritten gegen die Steuerexekutionen mit Vorstellungen, selbst mit Gewalt ein. Unter ihrer Billigung schlossen endlich die kleve-märkischen Stände, im Februar 1647, mit den jülich-bergischen einen förmlichen Vertrag gegen ihre beiderseitigen Landesherren. Der leicht aufbrausende Kurfürst, den man so zwingen wollte, seine kleine, mühsam gebildete und unterhaltene Kriegsmacht am Niederrhein wieder aufzulösen, schmetterte einmal — am 16. April 1647 — mit „Hundsföttern“ und „unehrlichen Menschen“ dazwischen. Hier-
te, ——

[1] ...dens ...rüber U. u. A., V, 259—400.
[2] ...rn au...ema, III, 144.

auf verließen die Stände den Saal, und ohne die Dazwischenkunft Ottos von Schwerin wäre es zum offenen Bruche gekommen. Seinen Bemühungen gelang es endlich, im November 1647, die Stände zur Bewilligung von 50000 Thalern zu vermögen, aber nur gegen Zusicherung der Entlassung aller nicht im Klevischen eingeborenen Beamten und Abführung der Truppen.

Es war, wie in Preußen, eine entschiedene Niederlage des Landesherrn. Die Syndici der Stände fuhren fort, gegen dessen Macht nach Möglichkeit zu intrigieren und zumal im Haag durch ihren schlauen, geistvollen und gelehrten Agenten, den als Geschichtschreiber bekannten Leo von Aitzema, alle Bemühungen des Kurfürsten um ein niederländisches Bündnis, ja nur um Räumung der von den staatischen Truppen noch besetzten klevischen Orte zu bekämpfen. Sie begingen also geradezu Hochverrat an dem eigenen Lande und Landesherrn, und zwar um des letzteren Autorität durch die Holländer nieder zu halten. Und sie hatten darin nur allzu großen Erfolg. Als dann bei den fortdauernden Kriegswirren die brandenburgischen Regimenter und einige der Beamten doch im Lande blieben, schritten die Stände zu förmlichem Aufstande. Während sie der Einladung des Kurfürsten zu einem ordnungsmäßigen Landtage in Kleve den Gehorsam versagten, versammelten sie sich trotz seines ausdrücklichen Verbotes im April 1649 im Kloster Marienbrunn; „das stehe," erklärten sie, „ihnen nach Herkommen und Reichsrecht zu, auch ohne des Landesherrn Einwilligung." Laut und drohend redeten sie von den „verkehrten und verderblichen" Ratschlägen fremder Minister gegen des Landes alte Privilegien. Sie forderten Abführung der fremden Einquartierung; wenn nicht binnen Monatsfrist ihren Beschwerden abgeholfen sei, würden sie „nach ihrer Pflicht solche Mittel ergreifen, die in allen göttlichen und menschlichen Rechten, auch in den Landessatzungen begründet und zugelassen seien" — d. h. die Hilfe des Kaisers und der Generalstaaten anrufen.

Dazu durfte der Kurfürst es nicht kommen lassen, der damals an der pommerschen Räumungssache schwer genug zu tragen hatte und die mißgünstige Stimmung nur allzu genau kannte, die in Wien und im Haag gegen ihn herrschte. Noch einmal ward der kluge und besonnene Schwerin an die Stände gesandt. Nach langwierigen und für den Landesherrn oft sehr demütigenden Verhandlungen gelang es ihm endlich, die Stände von Kleve und

Mark zur Beschickung eines ordnungsmäfsigen Landtages in der Stadt Kleve zu vermögen und hier mit ihnen, am 9. Oktober 1649, einen „Haupt-Landesrezefs" zu vereinbaren. Dieser erneuerte in der That die ausschliefsliche Berechtigung der Eingeborenen zu öffentlichen Ämtern, sogar zu Offizierstellen in den Landesgarnisonen. Die kleve-märkischen Beamten sollten nur mit Zustimmung der Stände ernannt werden und wurden durch besondere Anordnungen von dem Kurfürsten beinahe unabhängig gestellt; die nicht von den Ständen bewilligten Truppen sollten abgeführt, ohne die Erlaubnis jener keine neuen geworben werden. Erst nach solchen Zugeständnissen leisteten am 7. November 1649 die Stände dem Kurfürsten die Erbhuldigung und willigten in Abtragung der Landesschulden durch allmähliche Aufbringung von 700000 Thalern.

Durch grofse Opfer war wenigstens die dringendste Gefahr beseitigt. Aber unbehaglichste Stimmung herrschte noch immer am Niederrhein. Die staatischen Garnisonen blieben im Lande; die Hofysersche Schuld hing wie ein Damoklesschwert über der kurfürstlichen Herrschaft; das Mifstrauen war allseitig. Der Kurfürst antwortete wohl auf feindliche Äufserungen der klevischen Städte: „er werde solchen Schimpf gebührend zu ressentieren wissen." Mehr Schaden als Nutzen brachte ihm einstweilen sein rheinischer Besitz.

Und sah es in der Kurmark besser aus? Es mochte begreiflich sein, dafs bei deren kläglichem Zustande Ritterschaft und Städte nicht anders meinten, als dafs nach hergestelltem Frieden vor allem die Steuern beträchtlich vermindert werden müfsten. Wurde es doch nötig, das Moratorium für Schulden, das der Kurfürst 1643 bewilligt hatte, immer weiter zu verlängern, da an Aufnahme der regelmäfsigen Zahlungen gar nicht zu denken war. Und doch erhob Friedrich Wilhelm in ungesetzlicher Weise, gegen den Protest der Stände, Kontribution und doppelte Kriegsmetze zur Befriedigung der Schweden und zum Unterhalte von 3000 eigenen Soldaten. Im September 1650 liefs er dann einige Abgeordnete der Stände zusammentreten, um von ihnen die Kosten seiner Reichstagsgesandtschaft sowie eines Dragonerkorps unter Oberst Arnim, das gegen Pommern demonstrieren sollte, zu fordern. Die Deputierten sahen in solchen während des Friedens erhobenen Ansprüchen nicht nur den Verderb des Landes, sondern auch des Kurfürsten feste Absicht, die überlieferten Frei-

heiten der Stände zu zerstören und durch den miles perpetuus einen „absoluten Dominat" zu errichten. Wie in Kleve, traten sie wiederholt auch ungerufen zusammen, um ihre Anliegen in immer drohenderem Tone vorzubringen. Unter beweglichen Klagen über das Elend der getreuen Unterthanen verlangten sie vor allem Reduktion der Truppen. Sie wiesen auf die benachbarten Gebiete hin, wo die „Soldateska" abgedankt sei. Der Kurfürst, sagten sie, stehe den anderen Potentaten weder an Macht noch an Weisheit und Verstand nach: weshalb er ihnen an Güte und Milde nachstehen wolle, diesen eigentlich fürstlichen Tugenden, durch die Fürsten den Göttern gleich geachtet würden[1].

Das alles klang ganz gut und schön, allein doch nur, wenn die Kurmärker lediglich ihrer eigenen Provinz gedachten und nicht des Umstandes, dafs es galt, ein grofses Land wie Hinterpommern den Krallen der Schweden zu entreifsen und, dem Rechte und den Verträgen entsprechend, mit dem brandenburgischen Gesamtstaate zu vereinigen. Das war eben die Verschiedenheit des Gesichtspunktes: die Ständeversammlungen hatten nur das partikulare Beste im Auge, der Kurfürst aber das Interesse, die Macht und Gröfse des Ganzen. In diesem Sinne erwiderte er ihnen: sie sollten nicht vergessen, „dafs das Herzogthum Hinterpommern mit den Marken einem Landesherrn von Gott und Rechtswegen zustehe, dafs diese Lande gleichsam membra unius capitis seien; sie müfsten für Pommern ebenso eintreten, wie wenn es um ein Stück der Marken gehe."

Es waren unversöhnliche Gegensätze, die hier aufeinander trafen. Klar geht aus diesen Kämpfen der Gedanke Friedrich Wilhelms hervor, der in allen seinen Provinzen nur Glieder desselben Staates sieht, den er zur Einheit zusammenfassen, dem er Kraft und Bedeutung verleihen will. Mit List und Gewalt sucht er jeden Widerstand zu brechen, der sich diesem hohen Ziele entgegenstellt, im Innern der Länder wie bei den auswärtigen Widersachern. In hellen Flammen entbrennt an allen Orten der Zwist; aber er ist so schwer und die Streitkräfte des Kurfürsten sind so gering, dafs dieser zunächst nur um ein Weniges vorzudringen vermag.

Freilich fühlt er sich auf Schritt und Tritt behindert und gehemmt durch die Gegnerschaft und den Übermut Schwedens.

---

[1] U. u. A., X, 181 ff.

Bis zum Beginne des siebzehnten Jahrhunderts war dieses Reich im mittleren und südlichen Europa so gut wie unbekannt geblieben. Arm und schwach bevölkert, an den Enden der Erde gelegen, schien es von der Natur selbst dazu bestimmt, eine nur nebensächliche Stellung in der Reihe der Nationen einzunehmen. Eines Mannes staatsmännisches und militärisches Genie führte dann der Schweden rauhe Kraft zu glänzenden Siegen und zu welterschütternder Macht. Durch Gustav Adolf wurde, wie mit einem Zauberschlage, Schwedens Gröfse begründet. Dänen, Russen, Polen besiegte er; die gefürchteten Heere Tillys und Wallensteins mufsten vor ihm weichen. Aufser Finnland wurden noch Livland, Esthland und Pommern schwedische Provinzen, und die Ostsee ward mehr und mehr in ein schwedisches Binnenmeer verwandelt. Das Schicksal der deutschen Protestanten lag in der Hand der Schweden. Aber diese fühlten selber, dafs ihre Gröfse und Macht im Grunde eine künstliche war; nur dem Kriege war sie entsprossen, und dieser Krieg war zum überwiegenden Teile mit fremden Söldnern — zumal deutschen — und auf Kosten der Fremden geführt worden. Zählte doch Schweden unter Gustav Adolf höchstens 8—900000 Einwohner; unter den Regimentern, die im dreifsigjährigen Kriege fochten, war nur ein Zehntel bis ein Sechstel nationale Truppen, alle anderen deutsche. Zu den Kosten des Heeres, die jährlich an fünf Millionen Reichsthaler betrugen, hatte Schweden noch nicht eine Million beigesteuert. Im Frieden mufste man das Heer entlassen, weil das Geld zu dessen Unterhalt fehlte, drohte dem für seine inneren Hilfsquellen allzu grofs angelegten Staatswesen der Bankerott. „Im Frieden leiden wir Not, im Kriege haben wir Brot," lautete ein schwedisches Sprichwort. Die Vornehmen und Kriegshauptleute, an glänzendes und schwelgerisches Leben gewöhnt, sahen kein Mittel, es daheim fortzusetzen, und bedrückten den Bürger und Bauern, der dafür mit Aufstand drohte. Die fremden Provinzen hafsten die anmafsende Herrschaft der Schweden und hätten sich ihr gern entzogen. Nur der Krieg hatte deren Gröfse geschaffen, nur der Krieg konnte sie aufrecht erhalten. Salvius hat das in Osnabrück offen ausgesprochen: „ihnen sei wenig am Frieden gelegen; man solle sich versichert halten, dafs, wenn sie im Reiche Frieden machen würden, sie dennoch alsbald in einen anderen Krieg einzutreten sich wieder resolvieren müfsten, angesehen der schwedische Status nicht ohne Krieg sein

könne. Nur aufser Landes vermöchten sie ihre achtundvierzig Regimenter zu unterhalten."[1] Zumal die jungen Leute, deren Hoffnung auf Beute und Ruhm durch den Westfälischen Frieden vereitelt war, dachten nur an neue Kämpfe; und unter ihnen der präsumptive Thronerbe, Pfalzgraf Karl Gustav, dessen beginnende Feldherrnlaufbahn jäh beendet worden, ehe er Lorbeeren und Ansehen hatte gewinnen können.

Bei solcher Stimmung waren die Schweden wenig geneigt, dem Brandenburger, dem sie nur widerwillig Hinterpommern zugestanden, in dessen Einräumung freundnachbarlich entgegen zu kommen. Vielmehr suchten sie bei diesem Geschäfte noch möglichst viel herauszuschlagen. Es kam hinzu, dafs die schwedischen Staatsmänner und Offiziere, die Besitzungen östlich von der Oder erhalten hatten, diese für Schweden und damit für sich selbst zu bewahren gedachten. Hier war eine Quelle stets neu sich gebärender Konflikte.

Der deutsch-schwedische Kongrefs, der im April 1649 in Nürnberg zusammentrat, um die Räumung Deutschlands durch die Truppen der bisherigen Kriegführenden zu regeln, kam erst im Juni 1650 zum Abschlusse. Das Ergebnis war für Brandenburg möglichst ungünstig. Die Übergabe von Halberstadt und Minden sowie der kur- und neumärkischen Plätze wurde auf den letzten der drei Räumungstermine verlegt, die Pommerns aber gar nicht fixiert; die Übermacht der Schweden und die Gleichgültigkeit des Kaisers und der Reichsstände hatten die Bestimmung herbeigeführt, dafs die hinterpommerschen Lande nicht eher dem Kurfürsten überlassen werden sollten, als bis die Grenzen zwischen dem schwedischen und dem brandenburgischen Anteile der Provinz geregelt seien. Damit war Friedrich Wilhelm in dieser wichtigen Frage dem Übelwollen der Schweden völlig preisgegeben.

Selbst in Bezug auf Minden und Halberstadt machten sie ihm mannigfache Schwierigkeiten, die ihre böse Meinung und Habgier nur allzu deutlich erwiesen. Erst im Laufe des Jahres 1650 zogen hier die schwedischen Besatzungen ab[2]. Was war da vollends in der pommerschen Frage zu erwarten?

---

[1] Bericht Wittgensteins vom 29. Juni 1649; U. u. A., IV, 448. — Vgl. Theod. Lorentzen, Die schwedische Armee im Dreifsigjähr. Kriege (Leipzig 1894), Einleitung, sowie S. 11 f. 29.

[2] Spannagel, 23 ff.

So oft der Versuch einer direkten Verständigung mit der Königin und ihren Reichsräten auch schon mifslungen war, Friedrich Wilhelm unternahm ihn doch noch einmal. Er sandte dazu im Februar 1649 Ewald von Kleist nach Stockholm. Aber die schwedischen Herren hatten viel zu grofse Privatinteressen in dem fetten Fruchtlande rechts der Oder, als dafs sie nicht vorgezogen hätten, solche in Einzelverhandlungen möglichst zu wahren. Im Gegenteil, es wurde Kleist offen erklärt, der Ausdruck „Ostufer" der Oder, das Schweden zu belassen sei, dürfe nicht auf ein „geometrisches Schuhmafs" beschränkt, sondern müsse in weitestem Sinne verstanden werden. Eine neue Vergewaltigung kündigte sich so an. Alle Einzelheiten verwies man an die Grenzregulierungs-Kommission, die demnächst in Stettin zusammen zu treten hatte[1].

Im März 1650 begann sie ihre Verhandlungen. Es war ein übles Vorzeichen für Brandenburgs Interessen, dafs das einflufsreichste schwedische Mitglied, Lilljeström, seit lange den Kurfürsten hafste und überdies ebenso wie sein Kollgee Schwalenberg Güter am rechten Oderufer besafs. In der That forderten die Schweden bald, aufser der Stadt Stettin und der Insel Wollin, auch die Ämter des gleichen Namens sowie die Stadt Camin. So konnten die meisten Schweden ihre Güter behalten, die Königin aber zum Schutze des Oderlaufes Schanzen anlegen und gehörig armieren[2].

Die Brandenburger wollten von solcher Auslegung des „Ostufers" nichts hören, zumal ihnen Salvius in Osnabrück entgegengesetzte Versprechungen gethan hatte. Im August 1650 gerieten die Unterhandlungen ganz ins Stocken. Das war jedoch zunächst ein Nachteil für den Kurfürsten, der seines hinterpommerschen Landes beraubt blieb. Erst im März 1651 wurden die Geschäfte der Stettiner Kommission wieder aufgenommen, aber nur um immer neue Forderungen des schwedischen Übermutes zu bringen. Früher hatte man den Kurfürsten für die Abtretung Camins durch Gollnow entschädigen wollen; jetzt verlangte man Camin samt Gollnow.

---

[1] Gesandtschaft Ewald v. Kleists: U. u. A., IV, 843—877.

[2] Die deutschen Historiker sind geneigt, in dem Auftreten der schwedischen Bevollmächtigten nur Ausflufs privater Interessen zu erblicken; es waren für Schweden doch auch öffentliche im Spiele. Vgl. Odhner, S. 332.

Friedrich Wilhelm schien rettungslos dem Drucke der nordischen Macht erliegen zu sollen. Er machte verzweifelte Versuche, dieser kläglichen Lage abzuhelfen. Mit dem Kurfürsten Ferdinand von Köln schlofs er ein Verteidigungsbündnis, das aber erst in Kraft treten sollte, wenn sich auch die Niederlande hinzugesellten. Diese hierzu zu bewegen, scheute der Kurfürst keine Bemühungen. Das siegreiche Auftreten seines hochbegabten Schwagers, des Generalstatthalters Wilhelm II., gegen die Aristokraten und zumal die Demütigung der Provinz Holland durch diesen Fürsten schien endlich auch den brandenburgischen Wünschen Erfolg zu versprechen. Da starb der Statthalter plötzlich, am 6. November 1650; erst nach seinem Tode wurde sein Sohn geboren. Die ganze Macht der Oranier brach zusammen, die republikanisch-aristokratische Partei triumphierte — an ein Bündnis mit Brandenburg war nicht zu denken[1].

Hier hatte Friedrich Wilhelm abermals, wie beständig seit vier Jahren, eine vollkommene Enttäuschung erlitten. Er meinte, es nun auf anderer Seite versuchen zu müssen. Im April 1651 sandte er den designierten Hofgerichtsdirektor von Pommern, Matthias von Crockow, nach Wien, den Kaiser zum Einschreiten gegen die schwedische Vergewaltigung zu bestimmen. Der Hafs gegen den nordischen Staat war dort grofs genug, um den Wiener Hof von der Gerechtigkeit des brandenburgischen Standpunktes zu überzeugen. Er ging mit allerlei reichsrechtlichen und diplomatischen Mafsregeln gegen Schweden vor; allein solche liefsen die Stockholmer Regierung um so kühler, als deren Thaler ihr unter den Wiener Räten manchen Freund sicherten. Überdies lag auf der Hand, dafs der Kaiser nicht daran dachte, noch, seiner eigenen Lage nach, daran denken konnte, des Brandenburgers Recht mit Gewalt zu verfechten. Und nur solcher waren die Schweden zugänglich[2].

Es ist das Kennzeichen eines wahrhaft praktischen Politikers, dafs er sich weder im Glücke noch bei mifslichen Umständen von der Leidenschaft hinreifsen läfst, sondern mit kühlem und klarem Urteile die Sachlage erwägt und ihr gemäfs handelt. So heftigen, leicht aufbrausenden Gemütes auch Friedrich Wilhelm war, hat er es stets verstanden, seiner Wallungen Meister zu werden und

---

[1] U. u. A., III, 56—66, IV, 87—92. — Köln-brandenb. Vertrag v. 21. Jan. 1650; v. Mörner, Staatsverträge, 153 ff.

[2] Londorp, Acta publica, VI, 652. — U. u. A., IV, 890 ff.

den Forderungen der Klugheit nachzugeben. Er sah ein, dafs er von niemandem Hilfe zu erwarten habe; die Waffen gegen die Schweden zu erheben, war für ihn aussichtslos; längeres Zögern würde nur deren Ansprüche gesteigert, ihn selbst noch weiterhin der Einkünfte Hinterpommerns beraubt haben. Kurz entschlossen befahl er am 3. Oktober 1651 seinen Kommissaren in Stettin, baldmöglichst zum Abschlusse zu kommen: „wenn Ihr sehen solltet, dafs es an einem oder zweien Dörfern oder sonst einem Geringen haften würde, wollet Ihr deshalben den Schlufs nicht aufhalten.“ [1] Einer und der andere schwedische Bevollmächtigte erhielt noch brandenburgische Handsalbe [2]. So kam endlich, im November 1651, der pommersche Grenzvergleich zu stande, freilich ganz zu Gunsten Schwedens: Wildenbruch, Bahn, Greifenhagen, die baumreiche Friedrichswalder Heide, Damm, Gollnow, Camin wurden diesem zu teil. Besonders bei Stettin griff das schwedische Gebiet weit nach Osten hinüber [3].

Friedrich Wilhelm hatte diese schweren Opfer gebracht, um nur endlich in den Besitz seines Anteils an Pommern und zugleich zu einem erträglichen Verhältnis zu Schweden zu gelangen. Allein dessen Regierung war damit nicht gedient. Sie hatte bereits einen neuen Einwand zur Verfügung, um die Ausbeutung Hinterpommerns zu eigenem Vorteile weiterzuführen.

Wie einst der preufsischen, so hatte Gustav Adolf sich auch der pommerschen und mecklenburgischen Seezölle bemächtigt. Hiermit erlangte er nicht allein reiche Einkünfte, deren er zur Unterhaltung seines Heeres dringend bedurfte, sondern auch das Recht, in jenen Häfen schwedische Beamte einzusetzen, die dort eine Art Mitregierung führten. Die preufsischen Zölle — „Lizenten“ nannte man sie — hatte Schweden aufgeben müssen; um so zäher hielt es an den pommerschen und mecklenburgischen fest. Im zehnten Artikel des Osnabrücker Friedensinstrumentes hatte es wirklich von Kaiser und Reich das wichtige Zugeständnis erlangt, dafs ihm die pommerschen und mecklenburgischen Lizenten, wenn auch in herabgemindertem Betrage, auf ewig verbleiben sollten. Zwar hatten die brandenburgischen Bevollmächtigten den beschränkenden Zusatz „an den abgetretenen

[1] U. u. A., IV, 928.
[2] Pufendorf, Friedr. Wilh., III, 53.
[3] Londorp, Acta publica, VIII, 851 ff.

Orten“ verlangt, Salvius das aber mit dem Bemerken: „Das versteht sich von selbst,“ vereitelt. Die Brandenburger trifft der schwere Vorwurf, daſs sie sich mit einer solchen, rechtlich unverbindlichen Äuſserung eines einzelnen schwedischen Gesandten begnügten. So kam es, daſs der Wortlaut des Westfälischen Friedens zweifellos zu Gunsten des schwedischen Anspruches war, die Lizenten auch fernerhin in sämtlichen pommerschen und mecklenburgischen Häfen zu erheben — ein für den Kurfürsten unerträglicher Gedanke, da ihm so nicht nur beträchtliche Einkünfte entgingen, sondern auch die schwedische Mitherrschaft an der pommerschen Küste verewigt wurde. Allein vergebens lieſs er Kaiser, Kurfürstenkolleg und Reichsstände sich für Beschränkung der Lizenten auf die den Schweden zugefallenen Orte aussprechen — in Stockholm sah man darin nur einen neuen Vorwand zu Gewaltthaten gegen Brandenburg. Man erklärte also, dem Kurfürsten kein Dorf in Hinterpommern einräumen zu wollen, ehe er nicht auf die gesamten Lizenten verzichtet habe: ein deutlicher Beweis, daſs die Schweden nach immer neuen Vorwänden suchten, um, trotz aller Bestimmungen des Westfälischen Friedens, Hinterpommern für sich zu behalten. Inzwischen schlugen sie in den dortigen Waldungen das Holz nieder und raubten die kurfürstlichen Domänen aus. Auch auf eigene Rechnung plünderten die Generale, Obersten und Civilbeamten Staats- und Privateigentum mit verdoppeltem Eifer. Sie trieben offenbar mit Geflissenheit auf einen Bruch mit dem Kurfürsten hin[1].

Nur eine Möglichkeit gab es für diesen, sie dennoch zur Nachgiebigkeit zu bestimmen.

Schweden legte groſses Gewicht auf seine neue Reichsstandschaft, auf das Recht, am deutschen Reichstage teilzunehmen und dadurch bestimmenden Einfluſs auf Deutschlands Geschicke zu üben. Auch war der Besitz seiner neuen Erwerbungen so lange nicht rechtlich gesichert, wie es nicht die Belehnung von seiten des Kaisers erhalten hatte. Friedrich Wilhelm lieſs nun Ferdinand III. durch Crockow ersuchen, weder die Belehnung zu erteilen, noch Schweden zum Reichstage zuzulassen, ehe es nicht

---

[1] Odhner, 323 f. — U. u. A., IV, 833 ff. 930 f. — Lorentzen, Die schwed. Armee im Dreiſsigj. Kriege, 210.

Hinterpommern an Brandenburg übergeben habe[1]. Es war diese Frage um so brennender, als, nach den Bestimmungen des Westfälischen Friedens, der bevorstehende Regensburger Reichstag überaus wichtige Fragen zu entscheiden hatte: die Wahlordnung der römischen Könige, sowie eine immerwährende Wahlkapitulation für diese — kurz, die zukünftige Verfassung des Reiches. Für Schweden war also die Teilnahme an der Versammlung eine Sache höchster Bedeutung.

Zunächst hatten die Bemühungen der Brandenburger keinen Erfolg, da der ganze in Wien so mächtige Einfluſs Spaniens aufgeboten wurde, um eine Versöhnung zwischen Österreich und Schweden herbeizuführen und damit letztere Macht von dem französischen Bündnisse zu lösen. Auch vermochten die kaiserlichen Reichshofräte sich dem Reize schwedischer Thaler, die der Gesandte Björnclou reichlich verteilte, nicht zu entziehen. Es kam dahin, daſs der Kaiser die Königin von Schweden für Vorpommern, Bremen und Verden zum Reichstage einlud; wenn das Schreiben besagte: die Königin müsse zuvor praestanda prästiert haben, so konnte dieser unbestimmte Ausdruck füglicher auf die noch nicht entrichteten Lehnsabgaben als auf die Einräumung Hinterpommerns bezogen werden. Der Reichshofrat arbeitete sogar ein Indult aus, das heiſst eine vorläufige Erlaubnis zur Teilnahme am Reichstage, selbst vor gehöriger Einholung der Lehen. Schon wagte Björnclou, den kaiserlichen Ministern einen Entwurf des Lehnsbriefes zur Unterzeichnung zu überreichen; ja, der jüngere Sohn des schwedischen Reichskanzlers, Benedikt Oxenstierna, begab sich an den Kaiserhof, um in feierlicher Weise die Belehnung in Empfang zu nehmen. Die Reichshofräte „freuten sich auf seine Ankunft gleich wie die Kinder auf den heiligen Christ, in Hoffnung, es werde ein jeder unter ihnen an Laudemien eintausend Dukaten bekommen“.[2]

So stand es um die Aussichten des Kurfürsten sehr übel; er fühlte seine letzten Hoffnungen schwinden[3]. Da ward ihm durch einen anderweiten Umstand Rettung gebracht.

---

[1] S. über diese Frage: Heyne, Der schwedische Investiturstreit (Progr. Weilburg 1883), S. 6 ff.

[2] Bericht Crockows v. 8./18. Sept. 1652; U. u. A., IV, 909.

[3] Resolution des Kurf. v. 2./12. Juli 1652; das. 902.

Nichts lag dem kränkelnden Ferdinand III. mehr am Herzen, als möglichst bald seinem gleichnamigen ältesten Sohne die Nachfolge im Reiche gesichert zu sehen. Nun hegte aber ein grofser Teil der Stände die Absicht, auf dem bevorstehenden Reichstage das ausschliefsliche Wahlrecht der Kurfürsten anzugreifen, die Wahl des römischen Königs dem ganzen Reichstage zu übertragen. Dadurch wäre die Kürung des Habsburgers sehr zweifelhaft geworden, jedenfalls auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben. Der Kaiser fürchtete, dafs Schweden sich an die Spitze dieser fürstlichen Opposition stellen werde, und wünschte deshalb, noch vor Vereinigung des Reichstages die Angelegenheit mit den Kurfürsten zu erledigen. Dabei konnte er des Brandenburgers nicht entraten. Indem er (Juli 1652) sämtliche Kurfürsten zu einer Besprechung in Prag einlud, liefs er das der schwedischen Königin zugedachte Indult erst zurückhalten, dann ganz kassieren. Benedikt Oxenstiernas Empfang wurde nunmehr in Prag abgelehnt, unter dem Vorwande, dafs er als königlicher und nicht blofs als herzoglicher Gesandter auftrete, da er doch nur als Vertreter Vorpommerns erscheine.

Friedrich Wilhelm hatte die Einladung nach Prag anfänglich zurückgewiesen: er wolle „Kaiserlicher Majestät nicht mit verdriefslichen, jedoch unvermeidlichen Querelen beschwerlich fallen". Allein nun fühlte er sich dem Kaiser unentbehrlich, riet auch Crockow nachdrücklichst, die Gunst der Lage schnell zu benutzen: des Herrn Schatten werde mehr bewirken, als alle seine Räte; es möge nicht heifsen post haec occasio calva [1]. Die Geheimen Räte stimmten dem zu, und so brach der Kurfürst Ende Oktober nach Prag auf, wo er dann vom 5. bis zum 16. November verweilte. Er gelangte, von allen übrigen Kurfürsten unterstützt, zur Verständigung mit dem Kaiser. Ferdinand erklärte, Schweden dürfe weder Belehnung noch Indult, noch das Recht der Teilnahme am Reichstage erlangen, ehe es Brandenburg den Besitz Hinterpommerns eingeräumt habe [2]. Die Kurfürsten verschoben den Zeitpunkt der Wahl Ferdinands IV. bis zu dem Augenblicke, wo die pommersche Angelegenheit erledigt sei.

Die Sachlage hatte sich zu Ungunsten der Schweden ge-

[1] Das. 903. 913. 917 ff.

[2] Kaiserliche Resolution vom 21. Nov. 1652; v. Maiern, Acta Comit. Ratispon., I, 21.

wendet. Der Sohn ihres stolzen Kanzlers mufste Prag verlassen, ohne auch nur vom Kaiser empfangen worden zu sein. Seit Anfang 1653 versammelten sich die Gesandten der deutschen Reichsstände in Regensburg; aber wegen der noch nicht erfolgten Königswahl schob Ferdinand III. die Eröffnung des Reichstages immer weiter hinaus. Man wufste wohl, dafs Schweden die Schuld an dieser Verzögerung trug, und seine eigenen Freunde und Verbündeten bestürmten es mit Tadel und Vorstellungen.

So gab die Stockholmer Regierung endlich nach und einigte sich mit dem Kurfürsten dahin, dafs die Lizenten in Hinterpommern zwischen beiden Mächten zur Hälfte geteilt werden und die zu ihrer Erhebung bestellten Beamten beiden den Eid der Treue leisten, sowie vor einem gemischten Tribunale zu Recht stehen sollten. Am 4./14. Mai 1653 wurde der so lange bestrittene Grenzrezefs in Stettin unterschrieben. Freilich mufste sich auch hierbei der Brandenburger viele Kränkungen gefallen lassen. Es hiefs im Vertrage, dafs ihm „nur aus Freundschaft und besonderer Gunst" die Hälfte der Zölle seines eigenen Landes gewährt sei; er hatte von den 581 000 Gulden pommerscher Landesschulden mehr als vier Fünftel, 476 000, zu übernehmen[1]. Aber das alles ertrug er, um nur endlich zu einem Teile des Seinigen zu kommen.

Mit einem Male waren alle Schwierigkeiten gehoben. Noch im Mai 1653 ward Ferdinand IV. in Augsburg zum römischen Könige gewählt. Am 6. Juni zog die schwedische Besatzung aus dem Hauptorte Hinterpommerns, Kolberg, ab und wurde das Land feierlich den brandenburgischen Bevollmächtigten übergeben. Zwei Tage nach dem Empfange dieser Nachricht in Regensburg liefs der Kaiser den Reichstag eröffnen, auf dem nun Schweden unbeanstandet Sitz und Stimme erhielt.

So schwebte endlich Brandenburgs roter Adler über der östlichen Hälfte Pommerns. Es war der minder kultivierte, minder fruchtbare, minder kommerzielle Teil des Landes. Aber für die politische und militärische Machtstellung des brandenburgisch-preufsischen Staates ward der Besitz Hinterpommerns von der höchsten Bedeutung. Dessen tapfere und biedere Söhne wurden

---

[1] Dähnert, Sammlung pommerscher und rügenscher Landesurkunden, I, 95—182, dabei der Lizentrezefs S. 174. — Auszüglich: Mörner, Staatsverträge, S. 166—178.

bald der Hohenzollern treueste Ratgeber und mutigste Soldaten. Wo man auch die Jahrbücher des alten vornapoleonischen Preufsen aufschlagen mag, immer wird man unter seinen Ministern und Staatsmännern, seinen Offizieren und Soldaten den Namen pommerscher Geschlechter und pommerscher Regimenter an rühmlichster Stelle begegnen.

Und Kurfürst Friedrich Wilhelm? Er konnte mit Befriedigung auf sein Werk zurücksehen. Unter schwierigsten Bedingungen, von Feinden umringt, ohne Freunde, von den eigenen Unterthanen verlassen, hatte er, ohne einen Schufs zu thun, durch den Westfälischen Frieden und die aus ihm erfolgenden Verträge sein Gebiet um fast fünfhundert Quadratmeilen, ein Drittel der bisherigen Ausdehnung, vergröfsert. Der partikulare Standpunkt war nach solcher Erwerbung ganz verschieden gearteter neuer Bestandteile nicht mehr aufrecht zu erhalten. Die Notwendigkeit völlig veränderter Staatseinrichtung hatte sich auch überzeugend herausgestellt bei dem ersten Kriegszuge, den Friedrich Wilhelm inzwischen versucht hatte: gegen Pfalz-Neuburg.

Neuntes Kapitel.

Der Feldzug gegen Neuburg.

Dem methodischen und zugleich praktischen Geiste Friedrich Wilhelms mufste der Zustand seiner rheinischen Besitzungen unerträglich scheinen. Auf der einen Seite die immer anmafsenderen Ansprüche der klevischen Stände auf Mitregierung, sich stützend auf die niederländischen Garnisonen in fünf Festungen; auf der andern die stets drohende Feindschaft des neuburger Pfalzgrafen. Solche Verhältnisse führten durchaus von dem Ziele ab, das sich der Kurfürst für alle seine Lande gesteckt hatte: sie vollständig zu seiner Verfügung zu haben, dort kein anderes als des eigenen Staates Interesse zu dulden. Dazu kam ein Weiteres. Wie wir in den pommerschen Verhandlungen gesehen, lag ihm weniger daran, ausgedehnte, aber unzusammenhängende und durch die Überlieferung nicht gesicherte Erwerbungen zu machen, als vielmehr, die alten Erbansprüche seines Hauses auf ganze, längst geeinte Gebiete zu verwirklichen. Er war jederzeit bereit, die im Westfälischen Frieden erlangten Entschädigungslande, sei es für Vorpommern, sei es für die ihm vorenthaltenen Teile der jülicher Erbschaft — die Herzogtümer Jülich und Berg — herzugeben. Dem Bestreben, diese zu erwerben, war freilich durch den Provisionalvergleich von 1647 ein Riegel vorgeschoben. Allein über diesen Vertrag kam es bald zwischen ihm und dem ebenso übelwollenden wie hartnäckigen neuburger Pfalzgrafen, dem greisen Wolfgang Wilhelm, zu ärgerlichen Streitigkeiten. Zunächst erhob dieser allerlei Schwierigkeiten wegen Bezahlung

der 100000 Thaler, zu denen er sich in Düsseldorf verpflichtet hatte, und deren Friedrich Wilhelm in seiner bedrängten finanziellen Lage gar sehr bedurfte: es wurde bald klar, daſs jener die Summe nicht gutwillig entrichten werde. Wichtiger noch war eine andere Frage. In den gesamten jülicher Landen wohnten Protestanten und Katholiken gemischt durcheinander. Der Provisionalvergleich hatte festgesetzt, daſs für den Besitz von Kirchen und kirchlichen Einkünften das Jahr der Erbschaftseröffnung, also 1609, maſsgebend sein solle. Der Westfälische Friede dagegen hatte als allgemeines interkonfessionelles Normaljahr 1624 bestimmt. Sollte nun in den Jülicher Landen die eine oder die andere Anordnung gültig sein? Das machte einen bedeutenden Unterschied aus, wenigstens für den Anteil des Pfalzgrafen, der 1613 vom lutherischen zum katholischen Bekenntnisse übergegangen war und seitdem die Gegenreformation mit vielem Eifer betrieben hatte. Deshalb behauptete er auch jetzt, daſs Reichsrecht über Partikularrecht gehe, und benutzte die betreffende Klausel des Westfälischen Friedens, um von neuem seinen evangelischen Unterthanen möglichst Abbruch zu thun. Darin fand er die Beihilfe des kaiserlichen Hofes, der eine Reichskommission zur Durchführung des Normaljahres von 1624 in die Jülicher Lande entsandte. So ermutigt, ging Wolfgang Wilhelm noch weit über diese Bestimmung hinaus. Seine Protestanten muſsten alle katholischen Bräuche beobachten, durften kein Gottes- oder Schulhaus auch nur ausbessern, geschweige denn neu erbauen. Kinder wurden wegen der Religion ihrer Eltern, Eltern wegen der Kinder bestraft[1].

Solche Vorgänge kränkten den Kurfürsten von Brandenburg tief, sowohl in seinem evangelischen Bewuſstsein und auf religiöse Gleichberechtigung gewandten Billigkeitsgefühle, wie in seinen politischen Interessen. Handelte es sich in Jülich-Berg doch um 62000 Protestanten[2], und da eine endgiltige Teilung der gesamten Erbschaftsmasse noch nicht stattgefunden hatte, betrachtete er sich als gesetzlichen Beschützer seiner Glaubensgenossen auch in dem vorläufig neuburgischen Gebiete[3]. Er legte Verwahrung ein gegen die kaiserliche Kommission und ebenso gegen die Maſs-

[1] M. Lehmann, Preuſsen und die kathol. Kirche, I (Leipz. 1878), 62 ff.

[2] U. u. A., VI, 66.

[3] Pufendorf, IV, 25.

regeln des Pfalzgrafen, dem er das Recht bestritt, einseitig den zwischen ihnen abgeschlossenen Vertrag zu verletzen. So ging der Zwist weiter; der Tod von Wolfgang Wilhelms evangelischer Gemahlin, die ihre Glaubensbrüder einigermaßen beschützt hatte, liefs für diese noch Schlimmeres fürchten. Der Kurfürst griff deshalb zu Repressalien, freilich, seiner ganzen Art nach, zu sehr gemäfsigten. Die Prozessionen wurden verboten, dem Erzbischof von Köln die Ausübung geistlicher Gewalt in Kleve untersagt, der Aufenthalt katholischer Geistlicher im Lande von der Genehmigung der kurfürstlichen Behörden abhängig gemacht[1]. Viel energischer traten die Niederländer auf, die, um den fanatischen Eifer des Neuburgers abzukühlen, in den von ihnen besetzten klevischen Städten mehrere katholische Priester in Verhaft nahmen[2]. Friedrich Wilhelm versuchte es lieber mit Einigungs- und Bündnisanträgen; allein da der Neuburger solche nicht allein ablehnte, sondern auch bei den Nachbarn hintertrieb[3], wurde des Kurfürsten Zorn immer gröfser.

Von diesem Augenblicke dachte er an einen abermaligen gewaltsamen Vorstofs am Niederrhein. Er stellte also vermehrte Rüstungen an, nahm einen Teil der von den Schweden damals entlassenen deutschen Söldner in seinen Dienst. Zur Leitung und Organisierung des Heeres ward ein Edelmann aus alter neumärkischer Familie berufen, Otto Christoph von Sparr. Im kaiserlichen Heere, zuletzt als Generalmajor, hatte Sparr reiche Erfahrung gewonnen, zumal unter Melander die kaiserliche Artillerie am Niederrhein trefflich ausgebildet, sich übrigens bei mannigfachen Gelegenheiten als guter, seiner Lehnsverpflichtung wohl bewufster Vasall Brandenburgs erwiesen. Nach fast zweijährigen Verhandlungen übernahm er nunmehr, 1651, den Oberbefehl über des Kurfürsten linkselbische Besitzungen. Er verstärkte dort die Festungen und wurde überhaupt in angestrengter Thätigkeit der eigentliche Schöpfer des Geschütz- und Fortifikationswesens in den brandenburgischen Staaten[4].

---

[1] Lehmann, I, 157 ff.

[2] Ms. Hist. de Fréd. Guill. le Grand, l. IV ch. 25.; Kgl. Bibl. zu Berlin, Manuscr. Boruss., fol., 170a.

[3] v. Mörner, Staatsverträge, 153 ff., sowie U. u. A., VI, 11 ff.

[4] König, Lebensbeschreibung O. Chr. Freiherrn v. Sparr (Stendal, 1798). — Stuhr, Brandenb.-preufs. Kriegsverfassung z. Zeit des Grofsen Kurf., I (Berlin 1819), 161 f. — Rud. Schmidt, Ein Kalvinist als kaiserl. Feldmarschall (Berlin 1895), 46.

Aber zu den militärischen Vorbereitungen mufsten die diplomatischen treten, denn nichts war sicherer, als dafs der Neuburger vom Kaiser, den katholischen Reichsfürsten und den Spaniern Unterstützung erhalten werde. Vornehmlich wandte Friedrich Wilhelm sich an Kursachsen, zuerst durch eine Gesandtschaft Konrads von Burgsdorf (März 1651), dann persönlich, bei einer Zusammenkunft mit Johann Georg in Lichtenberg (Ende April 1651). Hier bot er dem Sachsen das ganze Fürstentum Halberstadt für dessen Mitwirkung gegen Neuburg an. Aber ohne Erfolg: Johann Georg gönnte dem Brandenburger wenig Gutes, wagte auch jetzt ebenso wenig, wie je, gegen den fest ausgesprochenen Willen des Reichsoberhauptes aufzutreten[1].

Die Gröfse der Anerbietungen Friedrich Wilhelms beweist jedenfalls, dafs er in Jülich-Berg keineswegs nur als Vorkämpfer des verfolgten Protestantismus aufzutreten, sondern sich eines beträchtlichen Teiles oder der Gesamtheit jener Lande zu bemächtigen gedachte. Bei dieser Gelegenheit mag er auch durch starkes und siegreiches Eingreifen mit Waffengewalt die seit dem Rezesse des Jahres 1649 sich immer anspruchsvoller geberdenden ständischen Bestrebungen haben unterdrücken wollen[2]. Hatten doch die Stände, da ihr Land von Turenneschen und lothringischen Truppen bedroht wurde, sich nicht an ihren Kurfürsten, sondern an die Generalstaaten, als seien diese ihre Obrigkeit, um „eine lebende Sauvegarde“ gewandt. Ja, als Friedrich Wilhelm sie mit 400 Mann schützen wollte, riefen sie die Hilfe der Holländer contra quoscumque — also auch gegen die Soldaten des eigenen Landesherrn — an. Ebenso wenig wollten die Kleve-Märker sich gegenseitig verteidigen, sondern nur von den Niederländern Beistand erwarten[3]. Solche Zustände, die schliefslich die Lande in zahllose kleine Republiken aufgelöst hätten, waren thatsächlich nicht zu dulden. Wenn aber der Kurfürst auch Jülich und Berg eroberte, nahm er den klevischen Ständen den Rückhalt an ihren Genossen. Sicher hat er auch auf die nachhaltige Unterstützung durch die in den benachbarten Niederlanden damals sich immer mächtiger erhebende Autorität seines

[1] U. u. A., VI, 15 ff. — Droysen, III, II, 22 ff. — Erdmannsdörffer, Deutsche Gesch., I, 143, Anm. 2.

[2] Diese sehr wahrscheinliche Ansicht hat Erdmannsdörffer, U. u. A., VI, 7, geäufsert.

[3] Aitzema, III, 670. — U. u. A., V, 473 ff., zumal S. 480. 483. 485.

Schwagers Wilhelm II. von Oranien gerechnet. Als aber diese Hoffnung durch den plötzlichen Tod des Generalstatthalters im November 1650 und durch die hierauf eintretende gewaltige antioranische Reaktion vereitelt wurde, hatten sich die kriegerischen Entwürfe in der Seele des Kurfürsten schon zu sehr festgesetzt, als daſs er nicht dennoch ihre Ausführung unternommen hätte[1].

Trotz des ängstlichen Widerspruches seiner in Kleve anwesenden Geheimräte[2] beschloſs Friedrich Wilhelm im Anfang Juni 1651 den Beginn des Kampfes. Am 13. Juni erschienen sein Manifest und zugleich sein Aufruf an die Stände von Jülich und Berg. Diese Kundgebungen gründeten sich auf die häufigen und schreienden Verletzungen der vertragsmäſsigen Zusagen des Neuburgers, die Rechte seiner protestantischen Unterthanen treu wahren zu wollen; zugleich kündigten sie offen die Absicht des Kurfürsten an, sich der gesamten Erbschaftslande zu bemächtigen. Den Ständen von Jülich und Berg sollen alle ihre Vorrechte bewahrt bleiben; dafür sollen sie aber fürder einzig ihm Gehorsam leisten, die Beamten ihm die Steuern entrichten – widrigenfalls „Wir sie samt und sonders für Rebellen und offenbare Feinde halten und behandeln werden“[3].

Am folgenden Tage überschritten die brandenburgischen Truppen unter Generallieutenant Sparr die bergische Grenze: zunächst nur 3800 Mann, denen aber bald namhafte Verstärkungen folgen sollten. Sie nahmen die Festung Angerort und verschanzten sich da. Ihre Reiter streiften bis vor die Thore Düsseldorfs, ja jenseits des Rheins bis Brüggen[4] und trieben weit

---

[1] Wenn Droysen, III₂, II, 12 ff., und nach ihm v. Zwiedeneck-Südenhorst (Deutsche Geschichte im Zeitraum der Gründung des preuſs. Königtums, S. 114) in einer auf den ersten Blick bestechenden Weise dem Kurfürsten allerhand Pläne zuschreiben, vom Niederrhein her auf die niederländischen Zustände einzuwirken, so ist das aus zwei Gründen zu verwerfen: einmal weil in unserm doch recht umfassenden urkundlichen und schriftstellerischen Material davon auch nicht die geringste sichere Andeutung geschieht; und zweitens, weil der Brandenburger gerade genug Feinde an jener Stelle zu bekämpfen hatte und sich die Niederländer auch noch zu Gegnern zu machen gewiſs keine Neigung verspürte. Die anderweitigen Beweggründe zum Kampfe sind, zumal bei dem Charakter des jungen Kurfürsten, einleuchtend genug.

[2] U. u. A., VI, 23.

[3] Londorp, Acta publica, VI, 621 ff.

[4] U. u. A., VI, 44.

und breit Kriegssteuern ein. Kühne Ratgeber — Konrad von Burgsdorf ist sicher unter ihnen gewesen — schlugen dem Kurfürsten vor, Düsseldorf durch einen schnellen Handstreich, dessen Gelingen sehr wahrscheinlich war, zu besetzen. Friedrich der Große hätte zweifellos so gehandelt; Friedrich Wilhelm glaubte es nicht wagen zu dürfen[1]. Ehe er es auf Feindseligkeiten größeren Stiles ankommen ließs, wollte er zunächst abwarten, welchen Eindruck sein keckes Vordringen hervorrufen werde.

Das ganze Unternehmen hatte nur Aussicht auf Erfolg, wenn die bergischen Protestanten sich zu Gunsten des Befreiers erhoben. Darauf hatte Friedrich Wilhelm mit Sicherheit gerechnet. Allein solche Kraft religiöser Überzeugung wohnte den Deutschen nach dem Dreißsigjährigen Kriege nicht mehr inne. Die Evangelischen in Jülich-Berg waren vielmehr voll Schrecken; sie sahen bereits kaiserliche und spanische Scharen die Herzogtümer überschwemmen, fürchteten Verfolgung und Blutbad. Die klevemärkischen Stände aber drohten geradezu mit Aufstand, wenn der Kurfürst nicht mit seinem reichs- und landesverfassungswidrigen Kriegswesen innehalte. Ebenso ungünstig war die Stimmung der protestantischen Reichsfürsten — nicht nur des stets kaiserlich gesinnten Sachsen, sondern auch des sonst eifrig evangelischen Kasselers — sowie der fremden Mächte, die sämtlich solche Störung des kaum mit großser Mühe zu stande gebrachten Friedens höchlichst tadelten[2]. Den Niederländern traute Friedrich Wilhelm selber so wenig, daß er sie nur um freundschaftliche Neutralität anging; auch Schwerin, der unter einem Vorwande zur Beobachtung nach dem Haag gesandt wurde, erhielt keinerlei werbenden Auftrag[3]. Wirklich fürchteten die aristokratischen Machthaber in den Generalstaaten nicht nur jede Erstarkung der brandenburgischen Macht am Niederrhein, sondern auch, im Falle der Kurfürst siege, dessen Einmischung zu Gunsten seiner oranischen Verwandten in den Niederlanden. Sie

---

[1] Es ist möglich, daß er diesen Plan einen Augenblick lang gebilligt, dann aber wieder aufgegeben hat. Vgl. P. Eschbach, Der Krieg des Kurf. Friedr. Wilh. v. Brandenb. gegen Pfalzgr. Wolfg. Wilh. v. Neuburg (Duisburger Programm 1895), S. 6 ff.

[2] U. u. A., V, 507, VI, 29. 31. 43. — Londorp, VI, 627.

[3] U. u. A., VI, 26 f. — Diese Thatsachen beweisen, wie unrichtig es ist, wenn Droysen die Sachlage schildert, als hätte Friedr. Wilh. damals ernstlich auf die Beihilfe der Gen.-Staaten gerechnet.

rieten ihm also dringend die schleunige Beilegung des Krieges an, den sie höchlichst mifsbilligten; und an dieser unfreundlichen Haltung der Hochmögenden konnte auch ein Besuch nichts ändern, den Friedrich Wilhelm und seine Gemahlin Ende Juni schleunigst im Haag abstatteten [1]. Noch ungünstiger zeigten sich begreiflicherweise die Schweden, die ja damals mit Brandenburg noch wegen Pommerns im Streite lagen. Ihr Gesandter in Wien, Björnclou, forderte den Kaiser geradenwegs zur Bestrafung des Friedensbrechers auf und stellte dafür die Hilfe seiner Königin in Aussicht [2].

Da Friedrich Wilhelms Vorgehen von den Protestanten nur Mifsbilligung erfuhr, kann man sich vorstellen, wie die Katholiken es beurteilten.

Schon vor Beginn seines Unternehmens hatte er den Geheimrat Joachim Friedrich von Blumenthal, der jahrelang in österreichischen Diensten gestanden hatte, nach Wien gesandt, um dem Kaiser die vertragswidrigen Mafsregeln des Pfalzgrafen darzulegen und seinerseits günstige Behandlung der jülich-bergischen Katholiken zu versprechen [3]. Aber der Geheimrat fand den ganzen dortigen Hof über seines Herrn Vorgehen in Aufregung, die durch ein Hilfegesuch des Neuburgers an den Kaiser noch gesteigert wurde. Alles äufserte Entsetzen über des Brandenburgers Versuch, den teuern Frieden im deutschen Vaterlande so bald wieder zu zerstören, fürchtete einen allgemeinen Krieg, erzählte Schauerliches über das Wüten der kurfürstlichen Soldaten im bergischen Lande. Dazu stellten die neuburgischen Gesandten schlau das religiöse Element in den Vordergrund und wufsten damit dem Vorgehen der Brandenburger, das sie doch selber mit nicht ungerechtfertigtem Spotte den „Kuhkrieg von Düsseldorf" nannten, gefährliche Dimensionen anzudichten. Freilich, Kaiser Ferdinand III. begehrte für seinen erschöpften Staat nur Ruhe und Frieden und ermahnte den Kurfürsten (3. Juli) lediglich, von den begonnenen Gewaltthaten abzustehen und den Weg Rechtens einzuschlagen. Allein sobald ihn die vier katholischen Kur-

---

[1] Aitzema, III, 671.

[2] Berichte des brandenb. Residenten Schlezer in Stockholm; U. u. A., VI, 654 f. — Pufendorf, IV, 30.

[3] Instruktion Blumenthals v. 24. Mai / 3. Juni 1651; v. Mörner, Brandenb. Kriegsobersten, 269 ff.

fürsten zur Verteidigung des Glaubens und des Reichsfriedens ermahnten, mufste er wohl zu schärferen Mafsregeln übergehen. Alle Feinde Brandenburgs fühlten sich durch dessen völlige Vereinzelung ermutigt. Dringend riet Blumenthal zu sofortigem Frieden, zu Ruhe, Truppenentlassung und Sparsamkeit während der nächsten Jahre[1].

Wirklich trat die Feindseligkeit der katholischen Reichsfürsten schon offen zu Tage. Einer der vom Kaiser verordneten Kommissare, Bischof Christoph Bernhard von Münster, gestattete dem Pfalzgrafen Werbungen in seinem Lande, schlug sie dem Kurfürsten ab[2]. Gefährlicher ward diesem Herrscher die drohende Haltung, die Herzog Karl von Lothringen einnahm.

Karl von Lothringen ist eine der eigentümlichsten und fesselndsten Persönlichkeiten aus der unruhigen Zeit des Dreifsigjährigen Krieges. Ein Feind Frankreichs oder vielmehr Richelieus, war er von den Franzosen aus seinem Lande vertrieben worden. Darauf hatte er sein zahlreiches und kriegerisches Heer in den Dienst Spaniens gestellt, das ihn ausgiebig bezahlte. Halb als Flüchtling, halb als Kriegsherr lebte er so in den spanischen Niederlanden, auch nachdem er mit seinen Truppen von dem Katholischen Könige abgedankt worden. Unaufhörlich bot er sich und seine Soldaten den verschiedensten Fürsten zur Vermietung an. Bei Ausbruch des Neuburger Streites hatte er sich zuerst dem Kurfürsten zur Verfügung gestellt; da aber Friedrich Wilhelm sich mit dem unzuverlässigen und übel berüchtigten Condottiere nicht einlassen wollte und nur dessen Neutralität erbat, wandte sich Karl wieder der katholischen Partei zu und sandte einige Regimenter vorgeblich dem Pfalzgrafen zu Hilfe, thatsächlich um auf Kosten der klevischen Lande zu leben. Seine Lothringer plünderten die westlichen Bezirke der Grafschaft Mark aus, auf die er selber ganz unhaltbare Ansprüche erhob[3]. Hierdurch ermutigt, sandten auch die Kurfürsten von Köln und Trier dem Pfalzgrafen bewaffnete Hilfe. Man schlug sich in unbedeutenden Scharmützeln herum.

Die Niederländer aber zwangen dem Kurfürsten, gegen dessen

---

[1] Berichte Blumenthals aus Wien, 21. Juni bis 19. Juli 1651; U. u. A., VI, 30 ff., sowie v. Mörner, a. a. O., 275 ff. — Pufendorf, IV, 28. 29.

[2] U. u. A., VI, 35.

[3] Das. 20 ff. 28. 37. 49. 75. 85.

Willen, ihre unfreundliche Vermittelung auf. Ihre Gesandten setzten sich in Duisburg fest und traten sofort mit den Ständen in Verbindung, denen sie versprachen, die „armen Unterthanen dieser Lande“ aller Bedrückungen zu entledigen [1]. Das war offenbar gegen Friedrich Wilhelm gerichtet.

Es rächte sich bitter an diesem Fürsten, daſs er vom Beginne an halbe Maſsregeln ergriffen hatte. Kein Zweifel, daſs seine Stellung viel günstiger gewesen wäre, wenn er in der ersten Überraschung den unvorbereiteten Gegner zu Paaren getrieben, Düsseldorf, Heinsberg, Düren überwältigt und so eine starke und Achtung gebietende Haltung in Jülich-Berg eingenommen hätte. Dann würde er wichtige Pfänder in der Hand gehabt, der Spruch beati possidentes seine volle Wirksamkeit geübt haben. Anstatt dessen hatte er vier Wochen lang stille gesessen: seitdem war die militärische Lage völlig verändert. Allerdings hatte er die eigenen Truppen in Jülich-Berg durch Zuzüge aus der Kurmark und Neuwerbungen auf etwa 7500 Mann vermehrt; aber auch der Gegner hatte jetzt eine mindestens gleiche Streitmacht zur Verfügung. Als er Mitte Juli wieder die Offensive ergriff, die Festungen Angermund, Ratingen, Horst und Zum Haus einnehmen lieſs, war sein Feldzug bereits aussichtslos geworden.

Denn die politische Lage wurde immer bedenklicher. Der Kaiser, von den katholischen Reichsfürsten beeinfluſst, kündigte ihm, wenn er nicht die Waffen niederlege und sich dem Ausspruch der kaiserlichen Kommission unterwerfe, ein reichsgerichtliches Verfahren an, das sich, bei der allgemeinen Miſsstimmung wegen des Friedensbruches, ungewöhnlich rasch und gefährlich hätte gestalten können. Vergeblich drohte Friedrich Wilhelm den Gegnern mit bleiernen, lockte die kaiserlichen Räte mit goldenen Kugeln: er fand nur Widersacher. Auch unter den eigenen Unterthanen. Die Klever stellten sich dem Landesherrn als souveräne Macht gegenüber, verbanden sich mit den Märkern, Jülichern und Bergern zu förmlicher Revolution, beriefen die eingeborenen Soldaten aus dem brandenburgischen Heere ab und wiesen die Beamten zum Ungehorsam gegen die Befehle des Kurfürsten an [2]. Aber auch die kurmärkischen Stände ermahnten ihn (26. Juli), von einem Kampfe abzustehen, der ohne ihre Zu-

[1] U. u. A., III, 67 ff. — Aitzema.
[2] U. u. A., V, 500—537.

stimmung, also verfassungswidrig unternommen sei, keine begründete Ursache habe, in einen blutigen endlosen Religionskrieg auszuarten drohe, und zu dessen Weiterführung die Geldmittel fehlten[1].

Friedrich Wilhelm mufste das Spiel verloren geben. Je länger er mit dem Rückzuge zögerte, um so bedrohlicher wurde für ihn die Lage, die er nur durch schleunigen Beweis friedlicher Absichten einigermafsen günstig gestalten konnte. Dabei kam ihm zu statten, dafs des jungen Pfalzgrafen Philipp Wilhelm fanatisch katholische Gesinnung und wilde Kriegspolitik allerorten mifsliebigen Eindruck machten, und dafs das Heranziehen des lothringischen Raubgesindels in das Reich viele Fürsten gegen die Neuburger verstimmte.

Nachdem schon am 25. Juli 1651 angeknüpfte Verhandlungen mit dem alten Pfalzgrafen an dessen übertriebenen Forderungen gescheitert waren, rief der Kurfürst die Vermittelung der Unbeteiligten an: der Niederländer und zugleich des Kaisers, den er in unterwürfigen Schreiben seines vollen Gehorsams versicherte. Es war ein gänzlicher Umschwung seiner Politik, den er auch bald im Wechsel der diese leitenden Persönlichkeiten bethätigte. Seine Friedenssehnsucht wurde durch den Umstand verstärkt, dafs die Feinde, jetzt 8000 Mann, auch im Felde die Überlegenheit errangen. Sie sicherten Düsseldorf, indem sie Haus Horst wieder nahmen; dann fielen sie in die Grafschaft Mark ein, besetzten Hattingen und Blanckenstein, verbrannten Witten, plünderten und heerten weit und breit. Die kurfürstlichen Truppen, soweit sie nicht im Bergischen standen, lagerten bei Ruhrort und Duisburg[2].

So im Nachteile befindlich, ersuchte der Kurfürst noch einmal Wolfgang Wilhelm um eine persönliche Zusammenkunft, die auch dieser mit scheinbar gutem Willen annahm. Sie fand am 19. August bei Angerort statt; jeder der beiden Fürsten sollte nicht mehr als hundert Reiter zu seiner Bedeckung mitbringen. Aber sie hegten gegen einander zu starkes Mifstrauen, als dafs sie sich leicht in unmittelbarem Verkehre hätten verständigen können. Auf Befehl des jedem Vergleiche abgeneigten jungen Pfalzgrafen Philipp Wilhelm erschien in Angerort der lothringische Oberst Boetzelaer

[1] U. u. A., VI, 57. 63. 66 f. 72.
[2] Das., VI, 126. 131.

mit fünfzig Reitern, um den Neuburger zu überzeugen, daſs er ohne seinen Verbündeten, den lothringischen Herzog, nicht abschlieſsen dürfe: die Ankunft dieser Reiter und das immer lauter geführte Gespräch zwischen Boetzelaer und Wolfgang Wilhelm flöſsten dem Kurfürsten Besorgnis für seine Sicherheit ein. Es kam zwischen ihm und dem Pfalzgrafen zum Streite, der freilich für den Augenblick geschlichtet wurde: als aber am folgenden Montag — dem 21. — die Unterhandlungen wieder beginnen sollten, blieb Wolfgang Wilhelm auf Zureden seines Sohnes einfach weg und lieſs Friedrich Wilhelm sechs Stunden lang unter freiem Himmel vergeblich warten[1]. Der Kurfürst war über dieses Benehmen seines Gegners mit Recht erzürnt; durch Vermittelung der Niederländer kamen dann doch ein Waffenstillstand und die Verabredung einer Ministerkonferenz in Essen zu stande.

Freilich war die Wahrscheinlichkeit des Friedens immer noch gering. Der Überfall lothringischer Plünderer in Bochum durch den brandenburgischen Obersten Spaen[2] gab den Lothringern den Vorwand eines neuen Raubzuges in die Grafschaft Mark, trotz des Waffenstillstandes und der für diesen beschlossenen Räumung der feindlichen Gebiete. Auch der junge Pfalzgraf zeigte fortgesetzt seine Abneigung gegen jede friedliche Verständigung. Er lieſs die Werbungen fleiſsig fortsetzen und brachte so die neuburgischen Streitkräfte auf 12000 Mann. Aus aufgefangenen Briefen muſste Friedrich Wilhelm erfahren, daſs der alte Neuburger, durch seinen Sohn veranlaſst, dem Herzoge von Lothringen seine Juwelen und die Herrschaft Ravenstein anbiete, um noch mehr Truppen von ihm zu erlangen. Auch am polnischen Hofe arbeitete der mit König Johann Kasimir verschwägerte Philipp Wilhelm mit Eifer daran, einen polnischen Angriff auf das Herzogtum Preuſsen herbeizuführen[3].

---

[1] Diese abenteuerliche Zusammenkunft in Angerort, die meist ganz falsch dargestellt wird, hier nach dem Protokoll (U. u. A., VI, 91 f.), den Mitteilungen des Kurfürsten an den Kaiser und Blumenthal (das. 93 ff.), Pufendorf (IV, 33), Aitzema (III, 678) und Rauchbar, Waldeck (I, 23 f.). Waldecks Aufzeichnungen (U. u. A., VI, 132) sind, wie gewöhnlich, in gehässigster Weise gegen den Kurfürsten gefärbt. — Die wahre Bedeutung von Boetzelaers Erscheinen hat Eschbach nach den Akten des Düsseldorfer Archivs dargethan.

[2] v. Mörner, Brandenb. Kriegsobersten, 188 f. 319 ff.

[3] U. u. A., III, 75 f., VI, 103 ff. 133. — Pufendorf, IV, 33.

Unter solchen Umständen blieb die am 1. September begonnene Essener Konferenz, an der, außer den brandenburgischen und neuburgischen, auch niederländische und kurkölnische Gesandte teilnahmen, ohne Ergebnis, obwohl man volle fünfzehn Tage verhandelte. Die Neuburger verlangten, daß die religiösen Verhältnisse der jülich-bergischen Lande durch die kaiserliche Kommission entschieden werden sollten; das aber konnte Brandenburg nicht zugeben, da dann alles auf den für die Evangelischen höchst ungünstigen Stand von 1624 zurückgeführt worden wäre. Außerdem stellten die Pfalzgräflichen die Forderung, die von ihrem Herrn 1647 dem Kurfürsten zugesicherte Summe von 100 000 Thalern solle als durch die Kriegskosten kompensiert betrachtet, also nicht gezahlt werden. Schon einige Tage vor Schluß der Konferenz kündigte der Pfalzgraf den Waffenstillstand. Sein Übermut kannte keine Grenzen, denn er vertraute auf den Beistand der Lothringer und auf das Übelwollen der niederländischen Oligarchen gegen den Brandenburger[1].

Die Holländer erhielten für ihr selbstsüchtiges und den eigenen Religionsgenossen feindseliges Verfahren die gebührende Strafe. Der Neuburger war auch ohne sie des Sieges sicher. Es handelte sich für ihn nur darum, die Dinge so lange hinzuziehen, bis die kaiserlichen Gesandten, die schon auf dem Wege waren, angekommen sein und dem gedemütigten und verlassenen Brandenburger ihre Entscheidung, die nur eine für den Pfalzgrafen günstige sein konnte, auferlegt haben würden. Als die niederländischen Vermittler verabredetermaßen am 20. September nach Neuß kamen, fanden sie von Neuburg und Kurköln nur höfliche Briefe vor: die Sache sei einstweilen an die kaiserliche Gesandtschaft verwiesen. Der Kurfürst hatte kurz schreiben lassen, er könne nicht nach Neuß schicken. Das war das klägliche Ende der niederländischen Mediation[2].

Die kaiserlichen Gesandten, Feldmarschall Graf Melchior von Hatzfeld und Reichshofrat Dr. Anethanus, waren inzwischen, am 18. September, schon in Köln angelangt. Selbstverständlich war ihr Auftrag in einem den brandenburgischen Interessen un-

---

[1] Selbst die niederländischen Deputierten in Essen tadeln das Verfahren der Generalstaaten in unzweideutigen Worten: U. u. A. III, 76 f.

[2] Aitzema, III, 684 f. — Pufendorf, IV, 34. — U. u. A. III, 78.

günstigem Sinne abgefaſst[1]. Im Falle der Widersetzlichkeit von seiten des Kurfürsten sollte Hatzfeld die benachbarten Kreise und zumal die Bischöfe im Namen des Kaisers zum Kampfe gegen den Reichsfriedensbrecher aufbieten[2]. Indes die Sachlage gestaltete sich doch günstiger für Friedrich Wilhelm. Mit rascher und thatkräftiger Schwenkung lenkte er zur Friedenspolitik hinüber, trug die geflissentlichste Unterwürfigkeit gegenüber dem Willen und den Gesandten des Kaisers zur Schau, rüstete ab; seine einzige Bedingung war, daſs der kaiserlichen Kommission, die aus dem Bischofe von Münster und dem lutherischen Herzoge August von Braunschweig bestand, zwei Fürsten reformierten Bekenntnisses hinzugefügt würden, wohingegen ihr der Pfalzgraf auch zwei weitere katholische Fürsten beigesellen möge. Die kaiserlichen Gesandten billigten diesen Vorschlag. Wolfgang Wilhelm dagegen, der meinte, die Umstände zu gänzlicher Demütigung des Brandenburgers ausnutzen zu können, wies nicht nur die Proposition zurück, sondern forderte auch Schadenersatz und Kriegskosten. Sein leidenschaftlicher Sohn trotzte den kaiserlichen Gesandten offen und wollte unter allen Umständen Bruch des Waffenstillstandes[3]. Dadurch setzten sich die Pfalzgrafen ins Unrecht; als der Friedfertige, Angegriffene erschien jetzt der Kurfürst. Nach wiederholten Reisen zwischen Kleve und Düsseldorf verloren Graf Hatzfeld und Dr. Anethanus die Geduld. Sie schlossen am 11. Oktober 1651 mit dem Kurfürsten ab und zwangen dann durch Androhung der Reichsexekution auch den Neuburger zur Unterzeichnung.

Der Vergleich entsprach nur insofern Friedrich Wilhelms Wünschen, als den beiden zur Entscheidung des Religionspunktes verordneten kaiserlichen Kommissaren die reformierten Fürst August von Anhalt und Graf Ludwig Heinrich von Nassau-Dillenburg, sowie die Bischöfe von Paderborn und Osnabrück beigefügt wurden. Inzwischen sollte in konfessioneller Beziehung alles auf dem Stande bleiben, wie er vor Ausbruch der Feindseligkeiten gewesen. Auch sonst wurden die Dinge auf

---

[1] U. u. A., VI, 96. 111.

[2] Manuscr. Boruss., fol. 170a (Berlin, Königl. Bibliothek), Kapitel XXX. XXXV.

[3] Bericht Hatzfelds u. Anethans v. 7. Sept. 1651; U. u. A., XIV, 1, 51.

die früheren Verträge zurückgeführt, für beide streitenden Teile Wiedergabe der Gefangenen und künftiges friedliches Verhalten bei Strafe des Verlustes aller Rechte an die ganze Jülicher Erbschaft vorgeschrieben[1].

Es liegt auf der Hand, dafs der Ausgang des Kampfes ein für den Kurfürsten wenig rühmlicher war. Die Beiordnung einiger reformierter Fürsten zu der kaiserlichen Kommission hätte er sicherlich ohne Waffengewalt, durch gütliche Unterhandlung erlangen können. Es versteht sich fast von selbst, dafs diese Kommission nie eine Entscheidung gefällt hat. Die Religionsstreitigkeiten in Jülich-Berg dauerten also fort, und erst zwei Jahrzehnte später, 1672, ist es zu einem Vergleiche gekommen. Vergebens war der Vorwurf des Bruches des kaum geschlossenen Reichsfriedens auf den brandenburgischen Namen geladen, vergebens waren die beträchtlichen Kosten des Feldzuges aufgewandt. Diese Ausgaben und die Verheerungen der kurfürstlichen Gebiete am Niederrhein schädigten tief die ohnehin verarmten Lande Friedrich Wilhelms und erweckten ihm unter seinen Unterthanen zahlreiche Gegner. Gestärkt war lediglich die kaiserliche Autorität, der er sich hatte fügen müssen. Wirklich sehen wir seit diesen Ereignissen die klevemärkischen Stände sich um Schutz gegen die angeblichen Gewaltthaten ihres Landesherrn, anstatt an die friedensdurstigen Generalstaaten, an den Kaiser wenden.

Und doch ist in der Politik ein mutiges und selbstbewufstes, wenn auch erfolgloses Handeln meist von günstigeren Folgen, als schwächliche Unthätigkeit. Der Kurfürst hatte von neuem gezeigt, dafs er sich nicht straflos reizen und mifshandeln lasse, dafs er gerüstet dastehe und den Willen hege, seine, obwohl noch bescheidenen, Streitkräfte zur Verteidigung der Rechte und Interessen seines Staates zu verwenden. Freund und Feind hatten sich überzeugt, dafs der junge Fürst eine Macht sei, mit der man zu rechnen habe. Er selber hatte aus diesen Vorgängen eine doppelte Lehre gezogen. Einmal, dafs sein Heer zu klein sei, noch eine beträchtliche Erhöhung erfahren müsse, damit er wirklich im stande sei, im Reiche, geschweige denn in Europa, eine bedeutende und wirkungsvolle Rolle zu spielen. Zweitens

[1] Aitzema, III, 687 ff. — Pufendorf, IV, 35. — v. Mörner, Staatsverträge, 164.

aber, dafs sein Staat nicht die Kraft besitze, sich ohne Anlehnung an eine Grofsmacht in kriegerische Verwickelungen einzulassen. So kühn er später sein Heer auf das Spiel gesetzt hat, wenn er des Rückhaltes starker Verbündeten sicher war, so durchaus hat er es geschont, wenn er solcher Unterstützung nicht vergewissert war. Aus diesem Gesichtspunkte allein ist sein Verhalten, gegenüber den Schweden, in Preufsen — im Herbst 1655 — und den Franzosen gegenüber in Westfalen — während der ersten Monate des Jahres 1673 — zu erklären.

Die Änderung seiner Politik fällt zusammen mit einem gänzlichen Wechsel innerhalb der leitenden Persönlichkeiten seiner Regierung.

Zehntes Kapitel.

Die Regierung des Grafen von Waldeck.

Konrad von Burgsdorfs alte Feindschaft wider den Minister Schwarzenberg und die Entschiedenheit, mit der er, im Gegensatze zu fast allen seinen Kameraden, sofort die Partei des neuen Herrn ergriffen, hatten diesem den Obersten sehr nahe geführt; und die Kühnheit und Kraft, die er in allen Ratschlägen und deren Ausführung bewiesen, hatten ihn dem Fürsten immer lieber und vertrauenswerter gemacht. So wurde er bald als Oberkammerherr und Befehlshaber aller kurmärkischen Festungen der einzig ausschlaggebende unter dessen Räten. Ein Zeugnis für die ganz aufserordentliche Stellung, die er nicht nur in der Schätzung, sondern auch im Herzen Friedrich Wilhelms einnahm, giebt ein ungewöhnlicher Vorgang, der sich im Oktober 1643 abspielte. Damals schlofs mit ihm der Kurfürst in feierlichem Vertrage eine förmliche Waffenbrüderschaft: sie verschrieben einander bei unverhofftem Todesfalle des einen ihre sämtlichen Waffen; nur den mit Diamanten besetzten Staatsdegen nahm Friedrich Wilhelm dabei aus. Einen Monat später erweiterte er das Wappen der Burgsdorf, deren Geschlechte in der bezüglichen Urkunde ein Alter von mehr als tausend Jahren zugeschrieben wird[1]. Dafs eine so aufsergewöhnliche Gunst dem Obersten nicht nur am kurfürstlichen Hofe, sondern auch draufsen im Reiche zahlreiche Feinde und Neider erweckte, ist bei der geringen Be-

---

[1] Meinardus, II, LXXVIII.

liebtheit der brandenburgischen Politik im Reiche um so erklärlicher. Er wurde der Roheit, wüster Schlemmerei und Ausschweifung, kecken Übermutes, grenzenloser Herrschsucht, ja der Bestechlichkeit angeklagt[1]. Wenn auch diese Anschuldigungen vielfach übertrieben sind, werden sie doch so einstimmig erhoben, daſs ihnen ein berechtigter Kern wohl innewohnen muſs. Nur darf man sagen, daſs solche Fehler und Laster in Deutschland während des Dreiſsigjährigen Krieges allgemein verbreitet waren und deshalb dem Oberkammerherrn nicht allzuschwer zur Last gelegt werden dürfen. Besonders aber hat der frommen und sittenreinen Kurfürstin Luise Henriette das wilde und rohe Benehmen des alten Kriegsmannes höchlichst miſsfallen, und ihr Einfluſs auf den Gemahl war bedeutend genug, um die Stellung Burgsdorfs zu erschüttern. Dazu kam, daſs er höherer staatsmännischer Gaben entbehrte; von umfassendem Blicke und systematischer Politik kann bei ihm ebensowenig die Rede sein, wie von irgend welcher Kenntnis der Zustände und leitenden Persönlichkeiten in Europa. Dieser wilde, energische Soldat war am Platze, um seinem kurfürstlichen Herrn zur Unterwerfung der Faktionen in der Kurmark zu verhelfen; zur Leitung eines in die groſsen europäischen Verhältnisse verwickelten Staatswesens war er ganz untauglich. Die Finanzen, deren Verwaltung er gleichfalls übernommen hatte, gerieten unter ihm in völlige Zerrüttung. Die sich häufenden Miſserfolge haben zweifellos zu seinem Sturze mehr beigetragen, als die Angriffe seiner persönlichen Gegner oder selbst die Abneigung der Kurfürstin. Im März und April 1651 sehen wir ihn noch. mit der wichtigen Gesandtschaft betraut, die Kursachsen zum Verbündeten Brandenburgs in dem Jülicher Streite machen sollte. Auch diese Mission scheiterte gänzlich[3]. Bald darauf ward er in der Heeresleitung durch Sparr, in der politischen Direktion durch den Grafen Waldeck ersetzt, der geflissentlich den Haſs der Kurfürstin gegen Burgsdorf schürte und damit auch deren erlauchten Gatten immer mehr gegen diesen einnahm[4]. Endlich soll er sich Friedrich Wilhelms Un-

---

[1] Vgl. u. v. A. Mémoires de Chanut, I, 175; Cosmar, Schwarzenberg, 189 f. u. Beilage IX.

[2] Vgl. Wicquefort, Histoire des Provinces-Unies, I, 194.

[3] U. u. A., VI, 98 ff.

[4] Erdmannsdörffer, Graf Waldeck, S. 56.

gnade durch Begünstigung landständischer Opposition gegen die militärischen Forderungen des Kurfürsten endgültig zugezogen haben [1]. Schon im September 1651 verbreitete sich das Gerücht seiner Entlassung [2]; in Wirklichkeit fand sie erst im Januar 1652 statt. Die von Ausschweifungen und Arbeit gleich zerrüttete Konstitution Konrads von Burgsdorf vermochte diesen ihn tief niederbeugenden Schlag nicht zu ertragen: bereits am 1. Februar 1652 ist der einst so mächtige Minister Friedrich Wilhelms im Alter von erst 57 Jahren gestorben.

Neben ihm hatte Otto von Schwerin eine persönliche Vertrauensstellung bei dem Herrscher eingenommen, die aber noch ohne grofse politische Bedeutung war. Mehr trat hervor der Einflufs Joachim Friedrichs von Blumenthal. Aus kurmärkischem Adel im Jahre 1612 geboren, hatte er von früher Jugend an verschiedenen Höfen und in der Verwaltung gedient. Fleifsiger Arbeiter, tüchtiger Finanzmann, umsichtiger Administrator, erfreute er sich der Gunst des jungen Friedrich Wilhelm, der ihm bald die zerrütteten Geldangelegenheiten des Kurstaates anvertraute [3]. In der äufsern Politik befürwortete Blumenthal friedliches Verfahren, Anschlufs an die übrigen Kurfürsten, Unterordnung unter den Kaiser, in dessen Dienst er bis zum Jahre 1650 gestanden hatte [4]; nach innen gutes Einvernehmen mit den Landständen [5] — kurz, besonnenes und reichsverfassungsmäfsiges, allerdings weder glänzendes noch sonderlich verheifsungsvolles Auftreten. Er war der Ansicht, selbst veralteten Institutionen und Verhältnissen wohne noch eine bedeutende Kraft inne, die man für sich nutzbar machen müsse. Da Brandenburg keinenfalls ohne Bündnis auskommen könne, sei es besser, sich dem gesetzlichen Reichsoberhaupte, als den Fremden, anzuschliefsen.

---

[1] G. T. Gallus, Gesch. der Mark Brandenburg, IV, S. 113. Woher Gallus diese Angabe hat, ist mir unbekannt. — Aber nicht nur in der Kurmark, auch in Kleve-Mark läfst sich Burgsdorf thatsächlich durch Geschenke seitens der Stände zur Begünstigung ihrer Ansprüche bestimmen; U. u. A., V, 444 ff.

[2] U. u. A., VI, 98.

[3] Klaproth und Cosmar, Geh. Staatsrat, 344.

[4] Blumenthal an Waldeck, 5. März 1652: La vraie et plus certaine maxime de notre patrie est d'être bien avec le chef et celui-ci avec les membres.

[5] Blumenthal an den Kurf., 15. Juli 1651; U. u. A., VI, 50 f.

An Stelle Burgsdorfs trat zunächst Blumenthal als leitender Minister. Indes sein kleinliches und geistloses Wesen stimmte zu wenig mit dem Charakter und den Gesinnungen des Kurfürsten überein, als dass dieser ihm auf die Länge die Führung der brandenburgischen Politik hätte bewahren können. Schon im Sommer 1651 erhielt Blumenthal einen gefährlichen Nebenbuhler in dem Grafen Georg Friedrich von Waldeck[1].

Geboren am 31. Januar 1620, also gleichen Alters wie der Kurfürst, hatte der Reichsgraf, nach den für einen Kavalier üblichen Studien und Reisen, zumal in Paris, seine Jugend als tapferer Streiter im Dienste der Niederlande verlebt und sich dann, nach dem Friedensschlusse, in Politik und Verwaltung für sein kleines, verarmtes und tief verschuldetes Ländchen bemüht. Allein sein unruhiger und ehrgeiziger Sinn setzte ihm höhere, minder bescheidene Ziele: Macht, Ansehen, Glanz hatten für ihn unwiderstehlichen Reiz. Auch hielt er sich selbst für einen hervorragenden Staatsmann und bedeutenden Feldherrn; umfassende, originelle Entwürfe beschäftigten unausgesetzt seinen Geist; er verwechselte stets grofses Wollen mit wirklichem grofsen Können. Unruhig flattern seine Pläne hin und her; sie nehmen phantastische Gestalten an, die mit den thatsächlich vorhandenen Zuständen und Machtverhältnissen meist unvereinbar sind. An dem Gedanken aber, der ihn für den Augenblick beschäftigt, hält er eifrig fest, verachtet alle, die anderer Ansicht sind, geht mit Feuereifer an dessen Verwirklichung — bis er seine Projekte wieder einer andern Richtung zuwendet. Treue, Anhänglichkeit für den Fürsten und das Land, denen er seine Dienste gewidmet hat, kennt er nur so lange, wie sie sich seiner vermeintlichen Genialität unterordnen. Sonst schlägt seine Dienstwilligkeit sofort in lodernden Hafs um. Wenn er für ein Land dauernde Sympathie fühlt, so ist es nicht für Deutschland, sondern für Frankreich, wo ihm am meisten Gelegenheit zu glänzender Laufbahn winkt. Immer wieder gehen seine und seines Bruders Wolmar Wünsche auf französischen Dienst; Frankreich sich günstig zu stimmen, ist sein stetes und lebhaftes Begehren[2]. Als General hat er sich

[1] B. Erdmannsdörffer, Graf G. F. von Waldeck (Berlin 1869). — J. G. von Rauchbar, Leben und Thaten des Fürsten G. F. v. Waldeck, herausg. von Curtze (2 Bde. Arolsen 1870).

[2] Diese Seite von Waldecks Wesen ist in Erdmannsdörffers geistreichem Buche völlig vernachlässigt. Man sehe aber nur, u. v. A., Waldecks

nicht bewährt. Durchaus persönlich, meint er andere Menschen nur als Figuren in seinem Spiele behandeln zu sollen. Er hält sich ihnen gegenüber zu keiner Redlichkeit verpflichtet, täuscht und mifsbraucht sie, wie es ihm gerade seinen Plänen angemessen scheint. In seinem Hochmute behandelt er selbst seine Kollegen mit gröfster Geringschätzung, bedroht sie öffentlich, vor seinen Bedienten, mit Mifshandlungen[1].

Als niederländischen, aber oranisch gesinnten Militär berief ihn der Kurfürst nach Kleve, damit er, mit dem Range eines Generallieutenants, am Jülicher Kriege teilnehme. Aber vom ersten Augenblicke an setzte er sich dabei ein höheres Ziel. Kaum war er am kurfürstlichen Hofe eingetroffen, so war er sich vollkommen klar darüber, dafs Friedrich Wilhelms Politik bisher eine falsche gewesen, dafs dieser Fürst ganz vereinsamt und verlassen, dafs es deshalb von ihm selbst der rühmlichste Edelmut sei, nun einmal dieses verfahrene Wesen in das richtige Geleise zu bringen. Der Kurfürst ist ihm ein unbesonnener, der Selbstbeherrschung unfähiger Mann — mit liebreicher und geduldiger Herablassung sucht Waldeck, obwohl keineswegs nach seinem unvergleichlichen Verdienste geschätzt, ihn zu bessern und zu leiten[2]. Er scheut sich auch gar nicht, mit der Miene unfehlbarer Überlegenheit dem gleichaltrigen Fürsten seine zahllosen Fehler vorzuwerfen und in blumenreichem Wortschwall seine eigenen Ideen als von Gott selbst gegebene Leitsterne hinzustellen[3].

Sobald er unter die brandenburgischen Räte aufgenommen war, strebte er sofort nach der höchsten, ja allein ausschlaggebenden Macht. Den schmiegsamen, versöhnlichen Schwerin suchte er sich um so mehr zum Freunde zu machen, als er bemerkte, dafs derselbe hoch in der Gunst Friedrich Wilhelms stehe, ohne doch leitenden Einflufs zu fordern. Kurfürstin Luise Henriette, die, trotz ihres frommen Gemütes, genug von der praktischen Thatkraft ihrer Mutter geerbt hatte, um sich gern in die Politik zu mischen, begünstigte Waldeck, ihren Verwandten,

---

Brief an Sommelsdyck v. 3. April 1655 (bei Erdmannsdörffer selbst, 464 f.).

[1] Erdmannsdörffer, 301.

[2] Siehe Waldecks eigene Aufzeichnungen; U. u. A., VI, 129 ff.

[3] Vgl. Waldeck an den Kurf., 16. Aug. 1653; das. 281 f.

den sie von Jugend auf kannte, in jeder Weise und führte die Annäherung zwischen ihm und Schwerin herbei. Um so mehr fühlte sich der Graf veranlafst und ermutigt, seine Bemühungen erst gegen Burgsdorf, dessen Sturz er wesentlich beschleunigt hat[1], und dann wider Blumenthal zu richten. Dessen kühles Temperament und ruhig besonnene Anschauungs- und Empfindungsart waren seinen Neigungen ebenso entgegengesetzt wie dessen politisches System. Waldecks glänzende Ziele liefsen sich eben nicht im Rahmen der überkommenen Reichsverfassung, nicht in Hingebung an die gesetzliche Gewalt des Kaisertums erreichen. Deshalb wollte er Bekämpfung der Habsburger und des Katholizismus in Deutschland, engen Anschlufs an Franzosen und Schweden. In diesem Momente lag aber die Schwäche seiner ganzen Vertrauensstellung beim Kurfürsten. Für den Augenblick konnte sein feuriger, mehr schimmernder als klarer Geist den Fürsten mit sich fortreifsen; auf die Länge liefs sich dieser eine Abhängigkeit von den übermütigen Fremden, Deutschlands und seiner Völker steten Bedrängern, nicht gefallen.

Sofort nach seiner Ankunft in Kleve begann Waldeck gegen Blumenthal zu intrigieren und brachte es thatsächlich dahin, dafs sich dieser, nach seiner Rückkehr von der Wiener Gesandtschaft, mifsmutig auf seinen bescheidenen Posten als Statthalter des Fürstentums Halberstadt zurückzog. Indes Blumenthals aufserordentliche Tüchtigkeit in den Verwaltungsgeschäften und die Zuverlässigkeit seines Charakters machten ihn dem Kurfürsten unentbehrlich, der ihn bald wieder an den Hof berief und, mit Waldeck und Dr. Tornow, als einen der drei „Geheimen Staats- und Kammerräte“ mit der Reorganisation des Geheimrates beauftragte. Ja, 1652 ward er als dieser hohen Behörde Direktor der erste Minister in den brandenburgisch-preufsischen Staaten[2]. Seitdem ging Waldecks Bestreben dahin, ihn unter ehrenvollem Auftrage von dem Hofe und der Person des Kurfürsten zu entfernen. Dazu bot der Regensburger Reichstag, im Sommer 1653, eine schickliche Gelegenheit. Blumenthal kannte das verwickelte Getriebe der Reichsgeschäfte genauer, als irgend ein anderer: so mufste er als Haupt der brandenburgischen Gesandtschaft nach Regensburg gehen. Nun konnte Waldeck sein In-

---

[1] Rauchbar, I, 31 f.
[2] Klaproth und Cosmar, 200. 206.

trigenspiel gegen ihn mit mehr Aussicht auf Erfolg erneuern. Während er Blumenthal gegenüber aufdringliche Freundschaft zur Schau trug, in Zuschriften an ihn des Kurfürsten Politik heftig tadelte, den Wunsch aussprach, sich von den Geschäften zurückzuziehen, „sich mit einem mittelmäfsigen Zustande zu begnügen", inzwischen erklärte, sich ganz von Blumenthals „trefflichen Entwürfen" leiten lassen zu wollen — arbeitete er unausgesetzt gegen den Nebenbuhler, verleumdete ihn bei dem Fürsten als dem Hause Österreich durchaus ergeben und veranlafste diesen, dem Gesandten fortwährend bittere und kränkende Verweise zu erteilen, deren Autorschaft er freilich dem Verletzten gegenüber mit unnachahmlicher Keckheit ableugnete [1]. Er brachte es dahin, dafs Blumenthal bei Friedrich Wilhelm völlig in Ungnade fiel, er selber den mafsgebenden Einflufs gewann. „Ihre Excellenz des Herrn Grafen von Waldeck wollen anitzo von den publicis ihr Werk allein machen," im Gegensatze zu den übrigen Räten, schrieb am 16. November 1653 Geheimrat Tornow. Man sprach damals geradezu von seiner „Regierung" in Brandenburg [2]. Freilich, die anderen Räte, mit Ausnahme Schwerins und Ewalds von Kleist, waren seine Gegner [3], aber ihr Hafs konnte sich zu jener Zeit nur in stiller Opposition wider den allmächtigen Minister bethätigen. — Blumenthal selber ist schon 1657 gestorben.

Der Einflufs Waldecks machte sich in hervorragendem Mafse in Brandenburgs Stellung zum Regensburger Reichstage geltend.

Diese Versammlung, die über die ganze künftige Gestalt der Reichsverfassung entscheiden sollte, sah sich in ihrer Thätigkeit durch den scharfen Gegensatz behindert, der von Beginn an zwischen dem kurfürstlichen und dem fürstlichen Kollegium hervortrat. Schon das westfälische Friedensinstrument hatte die Tendenz gezeigt, die Kurfürsten ihrer Jahrhunderte alten Vorrechte zu berauben und solche dem gesamten Fürstenstande zu übertragen. Diese Richtung fand in Regensburg bei den Fürsten lebhafte Billigung und Förderung, ganz besonders aber bei

---

[1] U. u. A., VI, 299 f. 302. 311. 315. 327. 334. 355. 367 f. — Waldeck sagt selber in seinen Aufzeichnungen von Blumenthal: „Je ne laissois pas de chercher son amitié, et en paroles je l'acquis (das. 135).

[2] Das. 327. 425.

[3] S. auch Orlich, I, 245 f.

Schweden, das es nicht leiden mochte, bei Erledigung der Reichsgeschäfte nur in zweiter, untergeordneter Stellung mitzuwirken. Wahl und Kapitulation des Kaisers, Bildung der Reichsdeputationsausschüsse, Prozedur der Achtverhängung, in allen diesen Punkten sollte die Sonderstellung der Kurfürsten vernichtet werden. In ihrer Verteidigung gegen solchen Angriff fanden die Kurfürsten Hilfe bei dem Kaiser, der auf ein Kolleg von sieben Stimmen offenbar viel leichter Einfluſs gewinnen konnte, als auf die hundertfältige Fürstenschaft. — Mit diesem Gegensatze verknüpfte sich zugleich die unselige Bekenntnisfrage. Der westfälische Friede hatte im Fürstenkolleg völlige Parität der protestantischen und der katholischen Stimmen durchgeführt. Im Kurfürstenrate aber standen vier katholische gegen drei protestantische Stimmen; durch ihn konnte also, zumal der Kaiser sicher einem den Evangelischen feindlichen Beschlusse zustimmte, die Parität ernstlich gefährdet werden. Hier eine Änderung herbeizuführen, strebte der evangelische Teil des Fürstenrats an: besonders die sächsischen Ernestiner, sowie die niedersächsischen Stände — Schweden, die Braunschweiger, der Administrator von Magdeburg. Die Kurfürsten aber, protestantische wie katholische, wiesen diese Einmischung in ihre Organisation mit derselben Entrüstung zurück, wie die übrigen Versuche, sie ihrer ausgezeichneten Stellung zu berauben. Auf den Rat Blumenthals hatte sich auch Friedrich Wilhelm dieser Haltung seiner Mitkurfürsten durchaus angeschlossen. Der Reichstag drohte ergebnislos zu verlaufen, zur groſsen Genugthuung des Kaisers, dessen Einfluſs und Ansehen die Ohnmacht der Reichsvertretung nur dienlich sein konnte.

Waldeck aber wies den Brandenburger darauf hin, wie feindlich sich ihm der Kaiser von jeher gezeigt habe; wie Ferdinand vor der Wahl seines ältesten Sohnes zum römischen Könige dem Kurfürsten heilig die Rückgabe Jägerndorfs und Befriedigung seiner sonstigen Rechtsansprüche an das Haus Österreich versprochen, nachher aber nichts gehalten habe[1]; wie er eben jetzt die klevischen Stände eifrigst gegen ihren Landesherrn unterstütze. Friedrich Wilhelm sah ein, daſs sein langjähriges Werben um des Kaisers Gunst vergeblich sei, und daſs man in Wien

[1] S. darüber Berlin, Kgl. Bibl., Manuscr. Boruss., fol. 170a, Kap. XLII. XLIV; sowie U. u. A., XIV, 1, 60 ff.

mehr durch Furcht als durch Liebe ausrichte. Gegen Ende Oktober 1653 sehen wir diesen Umschwung in seinen Anschauungen allerorten in seiner Politik zu Tage treten[1]. Sein eigenstes Interesse stellt er nun in den Vordergrund. Recht im Gegensatze zum Kaiser strebt er ein engeres Verständnis mit dessen Feinden, Frankreich und Holland, an. Und ebenso in der innern Reichspolitik: so wenig er der Mann ist, auf die eigentlichen Vorzüge der kurfürstlichen Würde zu verzichten, wie er solche vielmehr aufrecht zu erhalten sich fest entschlossen zeigt[2], scheidet er sich doch in allen sonstigen Fragen vom Kurfürstenrate und tritt zur fürstlichen Opposition über. Die Parität innerhalb des Kurfürstenkollegs durch eine neue evangelische Kur herzustellen, wünscht er sehnlich; geht das nicht an, so soll bei den Reichsdeputationstagen der vorsitzende deputierte evangelische Fürst ad hoc kurfürstliches Stimmrecht üben. Auch in den Steuerfragen will sich Friedrich Wilhelm nicht länger durch die Mehrheit armer zahlungsunfähiger Reichsstände zu übermäfsigen Ausgaben verpflichten lassen. Er hält es für „hochschädlich denen, so grofse Lande haben, durch die maiora deren, so wenig oder gar nichts geben, alle Jahre mit ohnnöthigen Reichsablagen zu beschweren; wegen solcher gewilligter Gelder können sie dero Lande zu Unterhaltung und Erbauung von Kirchen und Schulen nicht gebrauchen“. Er verlangt deshalb zur Giltigkeit des Votums von Reichssteuern eine Mehrheit von drei Vierteln oder wenigstens zwei Dritteln. — Die eigentliche Absicht jedoch war, wie Waldeck das in einem vertraulichen Briefe ausdrückte, „selber die Leitung des Waffenwerkes zu bewahren und die Börse den Händen des Kaisers fern zu halten“[3]. — Sogar in der Frage der Wahlkapitulation verläfst Friedrich Wilhelm seine Genossen insoweit, als er den Fürsten das Recht zugesteht, Erinnerungen und Wünsche bei dem Kurfürstenkolleg vorzubringen, wenn auch nicht bindende Entschlüsse zu fassen.

Diese entschiedene Schwenkung Brandenburgs zu evangelischer, antikaiserlicher Politik erregte im Reiche wie im Auslande grofses Aufsehen. Es dauerte lange, bis sich, selbst bei

[1] Darauf zuerst aufmerksam gemacht zu haben, ist das Verdienst Erdmannsdörffers (Graf Waldeck, S. 118 ff.).

[2] Vgl. Kurf. an Blumenthal, 15. Febr. 1654; U. u. A., VI, 400 f.

[3] v. Meiern, Acta comitalia Ratisbonensia, I, 676 ff. — U. u. A., VI, 311 ff. — Erdmannsdörffer, Waldeck, 461.

des Kurfürsten eigenen Reichstagsgesandten, die Überzeugung Bahn brach, es sei ihm damit Ernst. Allein er betonte den protestantischen Charakter seiner Politik mit stets gröſserm Nachdruck. Immer wiederholt, wenn auch ohne groſsen Erfolg, trat er für die Rechte der Neugläubigen in den österreichischen Landen ein. Einmal wandte er sogar Waffengewalt an: als in dem schlesischen Dorfe Grosburg, dessen unmittelbarer Lehnsherr er als Rechtsnachfolger des Bischofs von Lebus war, die kaiserliche Reduktionskommission den Geistlichen der protestantischen Gemeinde entfernte und durch einen Katholiken ersetzte, sandte er den Oberstlieutenant von der Marwitz mit Dragonern in das Dorf, die aus dessen Gebiet den Eindringling unsanft entfernten und dort den evangelischen Gottesdienst wieder herstellten[1].

Auf dem wichtigern Kriegsschauplatze des Regensburger Reichstages erfocht durch Brandenburgs Unterstützung die fürstliche Opposition den Sieg. Nur durch den Beitritt der Stimmen von Hinterpommern, Minden, Halberstadt u. s. w., die Brandenburg führte, fand im Fürstenrate die Verwerfung der von der Majorität des Kurfürstenkollegs dem Kaiser bewilligten dreiſsig Römermonate die Mehrheit. In der Paritätsfrage lautete die Entscheidung gleichfalls im Sinne Brandenburgs: die drei protestantischen Kurfürsten sollten auf Deputationstagen noch eine vierte, unter ihnen alternierende Stimme erhalten.

Auſserdem hatte die Versammlung, von der man die Neuordnung Deutschlands erhofft hatte, nur ein bleibendes Ergebnis erzielt: der Artikel 180 dieses letzten — „jüngsten“ — je gegebenen Reichsabschiedes, vom 17. Mai 1654, legte im Reichsinteresse den „Landsassen, Unterthanen und Bürgern“ jedes Reichsstandes die Verpflichtung auf, ihrer Landesobrigkeit die Geldmittel zu gewähren, die zur Erhaltung der vorhandenen Festungen und zu ihrer Besetzung mit der erforderlichen Garnison notwendig seien. Dieser Artikel hat in dem Kampfe zwischen den landständischen Vorrechten und der fürstlichen Alleinherrschaft geradezu entscheidend gewirkt. Bisher hatten die deutschen Landstände sich dem vornehmlichsten Machtmittel des Fürstentums, der Begründung eines starken stehenden Heeres, mit Erfolg widersetzt. Von nun an aber gestattete der dehnbare Wort-

---

[1] K. A. Menzel, Neuere Gesch. der Deutschen, VIII (Breslau 1839), 281 f. — U. u. A., VI, 417. — Mylius, Corp. Const. March., VI, 1, 489 f.

laut des Reichsgesetzes den Fürsten, sich über jeden Widerspruch ihrer Stände gegen den miles perpetuus hinwegzusetzen; denn wo war die Grenze für die „erforderliche" Anzahl der Besatzungstruppen? Kein Fürst hat von diesem verhängnisvollen Paragraphen ausgiebigern und nachdrücklichern Gebrauch gemacht als Friedrich Wilhelm von Brandenburg.

Noch in anderer Beziehung war der Ausgang des Reichstages von 1654 bedeutsam für die Zukunft Deutschlands und zumal Brandenburg-Preufsens. Wenn Ferdinand III. damals von weiterm Gesichtspunkte und mit hochherzigerm Empfinden von allen Bekenntnisstreitigkeiten abgesehen und ernstlich an der Wiedervereinigung des zerrissenen Reiches, an der Heilung dieser schwer getroffenen und blutenden Nation gearbeitet hätte, so wäre, bei dem gerade durch die Leiden des furchtbaren Kampfes neuerwachten Vaterlandsgefühle und bei der allgemeinen tiefen Friedenssehnsucht, eine Befestigung und Stärkung der Reichsverfassung wohl durchführbar gewesen. Aber der engherzige und bigotte Monarch kannte kein anderes Ziel, als das möglichster Zurückdrängung des protestantischen Wesens und Erlangung kleinlicher Vorteile zu Gunsten Österreichs und der habsburgischen Privatinteressen. Es war das die Fortsetzung jener Politik, die seit mehr als zwei Jahrhunderten die Auflösung des Reichskörpers in immer wachsendem Mafse befördert hatte. Damit war jedem kräftigen Reichsfürsten die Aufgabe gestellt, auch seinerseits vor allem für das Wohl und die Gröfse seines Landes und Hauses Sorge zu tragen. Ein solcher Selbstzweck aber war unter allen Fürsten am meisten für denjenigen berechtigt, der über das bei weitem ausgedehnteste und mächtigste Gebiet verfügte: für den Kurfürsten von Brandenburg.

„Ein Schatten dessen, was gewesen ist, wenn selbiger noch verbleibt" — so bezeichnet Waldeck mit Recht die Zukunft des heiligen römischen Reiches deutscher Nation[1]. Diesem Unheil zu begegnen, sieht er nur ein Mittel: engen Zusammenschlufs der Reichsstände untereinander. Zumal die Evangelischen sollen kleinliche Zwistigkeiten vergessen, um sich zu christlichem Bunde zu vereinigen. Eine solche Union könne sicher auch Gefahren bringen; allein ohne sie ist man der allmählichen Aufzehrung und Unterjochung durch die Fremden, des gänzlichen Untergangs

---

[1] Aufzeichnung v. 1. März 1654; U. u. A., VI, 534.

doch gewifs. Verschmähe etwa der Schiffbrüchige das Brett, auf dem er sich vielleicht zu retten vermöge, aus Furcht, es könne umschlagen und er dennoch ertrinken? So weit sind die Entwürfe Waldecks sehr sachgemäfs; was aber soll man dazu sagen, dafs er diesen deutsch-evangelischen Bund an Frankreich anlehnen will[1] — an eben das Frankreich, das seit vier Jahrhunderten die Beraubung und Zersplitterung des deutschen Reiches planmäfsig betrieb?

Die Reichsorgane, so führt Waldeck weiter aus, sind sämtlich krank und unbrauchbar. Sie werden auch nur im Interesse des Hauses Österreich zur Unterjochung des brandenburgischen Kurfürstentums erhalten. Es müssen also andere Vereinigungen gesucht werden, und zwar, trotz aller bisherigen üblen Erfahrungen, mit den protestantischen deutschen Fürsten, die gleiche Gefahr laufen, wie Brandenburg. Darüber sollen zunächst mit den beiden anderen evangelischen Kurfürsten grundlegende Verhandlungen gepflogen, später, nach geschehener Einigung, die übrigen neugläubigen Reichsstände hinzugezogen werden. Sollten einige von ihnen ablehnen, so mufs man mit denen, die sich bereit zeigen, abschliefsen: auch die Widerspenstigen werden keinen Krieg mit ihren Glaubensgenossen führen, vielleicht ihnen sogar im Falle gemeinsamer Bedrohung beispringen.

Aber nicht nur auf Verteidigung hat es Waldeck abgesehen. Die abenteuernde Ader, die in so vielen Staatsmännern und Kriegern des 17. Jahrhunderts schlug — in einem Sully, Wallenstein, Karl X. Gustav — war auch ihm eigen. Der Gedanke eines grofsen Weltkrieges bewegt ihn. Er will, so teilt er vertrauten Freunden mit, Schweden zur Neutralität bestimmen, sich mit Frankreich und England verbinden. Diese Allianz soll den Spaniern Belgien, Italien und die Kolonien entreifsen, den deutschen Habsburgern das Kaisertum nehmen und es den Baiern übertragen. Brandenburg erhält zur Belohnung Jülich und Berg; sich stützend auf die wiederhergestellte Macht des Hauses Oranien, bildet es eine starke Monarchie am Niederrhein[2].

Höchst chimärische und zugleich höchst verkehrte Entwürfe! Denn wenn er dem Kurfürsten zuruft: dieser werde auf solchem

---

[1] Denkschrift v. Mai 1654; das. 537 ff.

[2] Erdmannsdörffer, Waldeck, S. 451 ff., u. Deutsche Geschichte, I, 186 ff.

Wege entweder das römische Reich in Flor und Aufnahme bringen oder „ein grofs Theil davon vor sich behalten“ — so war offenbar nur die letztere Modalität wirklich möglich. Sein Plan hatte die völlige Auflösung Deutschlands zur Folge. Und was wollte dann einem Frankreich gegenüber, das die spanischen Niederlande und Italien erobert, das England und die deutschen Katholiken zur Verfügung hatte, Brandenburg, selbst mit dem problematischen Rückhalte an dem kleinen Holland, besagen? Es war nur ein Vasallenstaat des allmächtigen Franzosenkönigs.

Wir wissen nicht, inwieweit Friedrich Wilhelm von den letzten Zielen der geistvollen aber traumhaften Entwürfe Waldecks unterrichtet wurde. Wahrscheinlich sind sie ihm verborgen geblieben; keinenfalls hat er sie gebilligt. Bei der steten Feindschaft, die ihm der Kaiser bewies, und da Holland und Schweden ihm versagten, beschlofs er, es mit dem Bündnisse evangelischer Reichsfürsten und mit vorsichtiger Anlehnung an Frankreich zu versuchen. Dafs er sich zu diesem nie in thatsächliche Abhängigkeit zu versetzen gedachte, beweisen seine Vergangenheit und spätere Lebenszeit. Er liefs jetzt Waldeck gewähren, weil die von diesem eingeschlagene Richtung den Notwendigkeiten der Lage entsprach.

Schon im August 1652, vor dem Umschwunge der brandenburgischen Reichspolitik, hatte der Graf dem Kurfürsten den Anschlufs an Frankreich empfohlen, da dieses das gleiche Interesse der Bekämpfung der habsburgischen Weltmonarchie besitze. Aber erst viel später, im Februar 1654, ging Friedrich Wilhelm zögernd auf diesen Gedanken ein, indem er die französischen Bestrebungen am Reichstage insoweit zu unterstützen anbefahl, als sie nicht gegen das Interesse des Reiches und der evangelischen Stände stritten. In Paris wurden gegenseitige Freundschaftsversicherungen ausgetauscht[1]. Die Probe auf die Wirksamkeit und die Grenzen solcher Gesinnung wurde bald gemacht. Kaum sah Mazarin die erneute Annäherung des mächtigsten deutschen Fürsten, als er sofort seine Bemühungen wieder aufnahm, ihn in die Klientel Frankreichs einzureihen. Er sandte Wicquefort, der immer mehr der Agent Frankreichs bei dem Kurfürsten, als der Vertreter Brandenburgs in Paris wurde, nach Berlin, mit dem Vorschlage eines engen Bundes der protestantischen Reichsfürsten

[1] U. u. A., VI, 411. 421. 425. 468.

untereinander und mit Frankreich. Soweit stimmte der Antrag mit Waldecks Wünschen überein. Wenn aber Mazarin hinzusetzte, die Verbündeten, und zumal der Kurfürst, sollten ein bestimmtes Truppenkorps aufstellen und dafür von Frankreich Hilfsgelder erhalten, sah das doch einem reinen Soldverhältnisse Brandenburgs und seiner Genossen zum allerchristlichsten Könige verzweifelt ähnlich. Darauf ging Friedrich Wilhelm nicht ein. Zum Schutze seiner niederrheinischen Besitzungen gegen die Truppen des zu den Spaniern übergegangenen Prinzen von Condé einen Heerhaufen zu bilden und hierfür von Frankreich Subsidien anzunehmen, erklärte er sich bereit; aber sorgfältig wollte er alles vermeiden, was zu neuem Kriege führen könnte. Auch zeigte er keine Neigung, den zu bildenden protestantischen Bund an Frankreich zu knüpfen: er wollte selbst das Haupt dieser Allianz sein und als solches dem allerchristlichsten Könige gegenübertreten [1]. Mit derartigen Einschränkungen war wieder den Franzosen nicht gedient: und so zerschlugen sich, wie schon oft, die Verhandlungen zwischen Paris und Berlin, weil eben beide Höfe von ganz verschiedenen Absichten ausgingen. Der Kurfürst wollte nur eine Geldunterstützung von Frankreich erlangen, dieses aber ihn zu seinem Söldner machen.

Damit war bereits ein wesentlicher Punkt von Waldecks Programm ausgefallen. Ein wenig günstiger gestaltete sich eine anderweitige Forderung in des Grafen politischem Systeme: des Verbandes protestantischer Reichsfürsten. Hier kamen zunächst die drei braunschweigischen Herzöge — von Wolfenbüttel, Celle und Lüneburg (Hannover) — in Betracht; einmal weil sie als Führer der fürstlich-protestantischen Opposition auf dem Reichstage bereits zu Brandenburg in freundschaftliche Beziehungen getreten waren; und dann hatten sie selber schon den Bundesgedanken zu verwirklichen begonnen durch ihre im Februar 1652 zu Hildesheim mit Hessen-Kassel und mit Bremen-Verden, d. h. Schweden, zu gegenseitiger Verteidigung geschlossene Allianz, die ein Bundesheer von 6000 Mann aufgestellt hatte. Das Mifstrauen, das die Welfen zunächst den „veränderlichen consilia" des Brandenburgers entgegenbrachten, und die feindliche Einwirkung der Schweden, die ja den Kurfürsten durchaus nicht aufkommen lassen wollten, wurden durch die Umstände beseitigt, wie sie sich

[1] U. u. A., VI, 572 ff., sowie II, 210.

im Beginne des Jahres 1654 gestalteten. Die Spanier nahmen in Norddeutschland Werbungen vor, die Frankreich zu Gegenmaſsregeln veranlaſsten; es schien, als ob der Boden des Reiches abermals zum Kampfplatze zwischen beiden fremden Mächten werden solle. Auch durch den drohenden Krieg zwischen Schweden und Polen, sowie durch den Angriff des erstern Staates auf der Stadt Bremen Reichsfreiheit wurde die Ruhe und Sicherheit Norddeutschlands arg gefährdet und verlor Schweden zugleich seinen Wert als Bundesgenosse für die Welfen. Andrerseits imponierte das Auftreten Brandenburgs am Reichstage, und gerade in den braunschweigischen Kreisen wurde damals Friedrich Wilhelm als „Hersteller der deutschen Freiheit" laut gepriesen. Zu Tangermünde, im April 1654, einigten sich der Graf von Waldeck, den man allgemein als Urheber und Vertreter der kräftigern Politik Brandenburgs betrachtete, und der braunschweigische Bevollmächtigte Friedrich Schenk von Winterstett über gemeinsames Verfahren am Reichstage und im niedersächsischen Kreise. Auch zeigten sich die Welfen bereit, Brandenburg in die Hildesheimer Allianz aufzunehmen. Zu einem besondern Bündnis waren sie freilich noch nicht zu bewegen, weil sie fürchteten, zum alleinigen Vorteil Friedrich Wilhelms in die unerquicklichen jülich-klevischen Händel verflochten zu werden.

Davon aber war Waldeck durchaus nicht befriedigt: er wollte ein festes und gesichertes Zusammenhalten auf politischem wie auf militärischem Gebiete. Die Zeitumstände kamen ihm zu Hilfe. Das ergebnislose Auseinandergehen des Reichstages machte jede Hoffnung auf Schutz von Reichswegen zu nichte und wies die Fürsten geradezu auf eigene Separatbündnisse zu gegenseitiger Verteidigung hin. Das kriegerische Vorgehen der Schweden gegen die schwache Stadt Bremen zeigte den Reichsständen von neuem mit erschreckender Deutlichkeit, wessen sie sich von jenen Skandinaviern zu versehen hatten, wenn sie sich nicht eng aneinanderschlossen. Gerade wegen der Bremer Sache kündigten im Mai 1654 die Braunschweiger den Schweden die Freundschaft und näherten sich mehr den Brandenburgern[1]. So fand Anfang Juli in Goslar eine neue Konferenz zwischen Waldeck und Räten der drei Braunschweiger statt. Allein man kam noch zu keinem Abschlusse. Die Welfen beharrten auf Zuziehung Kurkölns, also

[1] Köcher, I, 159.

eines katholischen Reichsstandes, und wiesen ein Bündnis mit Frankreich durchaus zurück: Dinge, die Waldecks ursprünglichen Plänen schnurstracks zuwiderliefen. Es zeugt also von Selbstverblendung oder Ruhmredigkeit, wenn er an Geheimrat Somnitz schreibt: „Wenn wir nur wollen, ist jetzt die deutsche Freiheit unter Dach," oder gar dem Kurfürsten erzählt, dessen „Actiones" seien nun auf sicheres Fundament begründet, Religion und deutsche Freiheit aller Förderung gewiſs[1].

Wie wenig hat doch das Endergebnis, trotz aller Geschäftigkeit und Prahlerei des Grafen, seinen hochtönenden Worten entsprochen! Sowohl der Kurfürst von Köln, wie der Landgraf von Kassel gingen über allgemeine Zusagen nicht hinaus. Mit Braunschweig war nichts Sicheres verabredet.

Inzwischen hatte der Kurfürst gegen die Fremden, die das Reich bedrängten, entschlossen Front gemacht. Als der wilde Karl von Lothringen im Dezember 1653 räuberisch in das dem Kölner Kurfürsten gehörige Bistum Lüttich einbrach, trat von allen weltlichen Fürsten zuerst der Brandenburger für Kurfürst Maximilian Heinrich ein, dem er 800 Soldaten und seinen Feldzeugmeister Sparr zu Hilfe sandte, und für den er das ganze Reich in Bewegung zu bringen suchte[2]. Sein Beispiel und seine Ermahnungen wirkten: von allen Seiten eilte man zum Beistand des bedrohten Reichslandes herbei. Da hielt es die spanische Regierung der Niederlande für besser, den Unruhestifter unschädlich zu machen, und setzte ihn gefangen; dessen Bruder, Herzog Franz, willigte im März 1654 in den Vertrag von Tirlemont, der Lüttich von den ungebetenen Gästen befreite und sogar eine Schadloshaltung gewährte. Als Herzog Franz im Winter 1654/55 seine Quartiere abermals in westdeutschen Gebieten nehmen wollte, erhielt der Kölner Kurfürst von Berlin her neuerliche Zusage eines Truppenkorps; auf diese Hilfe sich stützend, trat er dem Lothringer so kühn entgegen, daſs dieser die Reichslande mit seinen wilden Scharen verschonte. Friedrich Wilhelm erntete ob dieser patriotischen Verteidigung eines katholischen Reichsfürsten allgemeines Lob. Er hatte damit den Beweis geliefert, daſs seine Bemühungen um Herstellung eines evangelischen

[1] U. u. A., VI, 589 f.

[2] Über diese letzteren Bemühungen s. U. u. A., VI, 381.

Bündnisses nur politischen Beweggründen, nicht aber konfessioneller Unduldsamkeit entstammten.

Einem andern bedrohten Reichsstande weihte der Kurfürst wenigstens friedliche Unterstützung. Um ihr neuerworbenes Herzogtum Bremen zu vervollständigen, wollten die Schweden der gleichnamigen Stadt die alt überkommene Reichsfreiheit entreifsen und begannen deshalb 1653 den Krieg gegen die mutig für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Bürger. Friedrich Wilhelm wagte freilich nicht, Schweden in offener Feindschaft entgegenzutreten, unternahm aber die Vermittelung in dieser brennenden Frage. Vorzüglich den Bemühungen seines Rates Wesenbeck war das Zustandekommen eines Waffenstillstandes, am 1. Oktober 1654, zu danken[1], dem zwei Monate später der Friede von Stade folgte. Bremen mufste dabei mancherlei Opfer bringen, erlangte aber in der Hauptsache Genugthuung, indem es seine Reichsfreiheit bewahrte.

Durch dieses ebenso einsichtige wie thatkräftige Auftreten zu Gunsten der Mitreichsstände, das zur Thatenlosigkeit des berufenen Reichsoberhauptes, des Kaisers, einen glänzenden Gegensatz bildete, hatte Friedrich Wilhelm Ansehen und Vertrauen in Deutschland erlangt. Das kam seinem Verhältnisse zu den Welfen zu gute. Sie schlossen endlich am 4. Oktober 1654[2] zu Hannover mit Brandenburg ein förmliches Bündnis zu gegenseitiger Verteidigung ihrer Reichslande, wofür im Notfalle der Kurfürst 2400, das Haus Braunschweig 1600 Mann zu stellen hatte; von vornherein war der Beitritt anderer Reichsstände vorgesehen und für wünschenswert erklärt. Besonders der Kasseler Landgraf ward um Beitritt ersucht und äufserte sich nicht ungünstig.

Soweit war man gekommen; noch einmal schien es, als ob Waldecks Entwürfe sich der Verwirklichung näherten. Allein nun trat eine Reihe von Gegenwirkungen ein, die alles mühsam Erlangte wieder in Frage stellten.

---

[1] U. u. A., VI, 624. — Wenn Aitzema (III, 896) auf Grund der Aussagen eines polnischen Gesandten den Kurfürsten von Brandenburg ungünstiger Gesinnung gegen Bremen anklagt, weil ein Fürst stets die Republiken hasse — so erklärt sich so fadenscheinige Argumentation aus der Feindschaft sowohl Aitzemas wie seines angeblichen Gewährsmannes gegen den Brandenburger.

[2] 24. Sept. a. St., nicht 23. Sept., wie v. Mörner, Staatsverträge, S. 183 f. druckt.

Es erfüllte sich, was des Grafen Gegner seit je vorher gesagt hatten: der evangelischen „Union“ trat eine katholische „Liga“ gegenüber — ganz wie ein halbes Jahrhundert früher. Der Kölner Erzbischof, der Brandenburg so viel verdankte und soeben erst seinen Beitritt zu dessen und der Braunschweiger Bündnis verheifsen hatte, schlofs am 15. Dezember 1654 zu Köln eine Allianz mit dem Kurfürsten von Trier, dem streitbaren Münsterer Bischofe Christoph Bernhard von Galen und Brandenburgs schlimmstem Gegner, dem fanatischen Philipp Wilhelm, der vor kurzem seinem Vater als Pfalzgraf von Neuburg gefolgt war. Freilich, die öffentlichen Artikel dieses Vertrages lauteten harmlos genug; aber in den Geheimartikeln wurden dessen katholische Tendenzen um so schärfer betont[1].

Das blofse Dasein dieser Einigung übte auf die evangelischen Fürsten abschreckende Wirkung. Der Landgraf von Kassel war nicht mehr zum Beitritte zu dem Hannoverschen Vertrage zu bewegen; und auch die Braunschweiger meinten, man müsse „sich behutsam erweisen“, damit ein Religionskrieg vermieden werde, vielmehr „die bisherige Korrespondenz mit einigen Katholischen fortsetzen und dadurch möglichst suchen, alle Diffidentien zu benehmen“[2]. Dazu kam, dafs seit dem neuerlichen Thronwechsel in Schweden die Wahrscheinlichkeit eines grofsen nordischen Krieges immer stärker hervortrat. Nun hatte die Hannoversche Allianz allerdings durch ihre Beschränkung auf die Reichslande dafür gesorgt, dafs die Welfen nicht zu fürchten brauchten, in den als sicher vorausgesehenen Kampf um das herzogliche Preufsen hineingezogen zu werden. Allein war man gewifs, dafs nicht Pommern und die Kurmark durch einen etwaigen Bruch Schwedens mit Brandenburg gefährdet und damit die Braunschweiger Herzöge genötigt wurden, für ihnen ganz fernliegende Interessen das Schwert zu ziehen und ihre Länder dem Verderben auszusetzen? Im Grunde scheuten sie jede Nötigung zu kriegerischem Entschlusse. Sie suchten nach unbestimmten Formeln, um so „bessere Gelegenheit zu haben, sich zu extricieren“. So verlangten sie eine nochmalige Verhandlung des Bündnisses, zu Braunschweig, und hier setzten sie in der Schlufsabfassung des Allianzvertrages,

---

[1] Joachim, Die Entwickelung des Rheinbundes v. J. 1658, S. 38 f.
[2] Bericht Cansteins an den Kurf., 24. März 1655; U. u. A., VI, 641.

am 29. Juli 1655[1], eine sehr bedeutsame Änderung durch. Bei allen Gelegenheiten, hieſs es nunmehr, aus denen Unruhen entstehen und der Anspruch auf gegenseitige Unterstützung abgeleitet werden könnte, solle „vorhero und zeitig mit einander communicieret, zu einiger Invasion und feindlichem Ueberzug aber keine befugte Ursach gegeben werden“. Es ist ersichtlich, daſs unter solchen Vorwänden die Braunschweiger die vertragsmäſsige Hilfe jederzeit versagen konnten. Sie durften immer vorschützen, daſs Brandenburg sie nicht rechtzeitig unterrichtet oder den Angriff selber heraufbeschworen habe.

Das Bündnis mit den Welfen war bisher das einzige thatsächliche Ergebnis der Waldeckschen Politik gewesen. Und nun versagte auch dieses in eben dem Augenblicke, wo es definitiv abgeschlossen wurde, verlor durchaus jeden Wert. Die Freundschaft der Braunschweiger wurde damit „mehr ein Hemmschuh als ein Triebrad der brandenburgischen Politik“. Man muſs sagen, des geistvollen aber vorschnellen und dilettantenhaften Staatsmannes Verfahren war dem Reiche gegenüber vollkommen gescheitert. Es fragte sich nun, ob es sich besser bewähren werde in dem furchtbaren und für Brandenburg-Preuſsens ganze Zukunft entscheidenden Konflikte, der sich jetzt durch den schwedisch-polnischen Krieg eröffnete.

---

[1] U. u. A., VI, 643 der bezügliche neue Artikel, der bei Mörner, Staatsverträge, S. 184 ff., als 2. Artikel nur sehr auszugsweise wiedergegeben ist. — Vgl. über diese Verhältnisse Köcher, I, 189 f.

Zweites Buch.

Der Nordische Krieg. Die Selbständigkeit.



Elftes Kapitel.

Brandenburg bei dem Ausbruche des schwedisch-polnischen Krieges.

Nach kurzem Frieden entzündete Schweden von neuem die Kriegsfackel im nordöstlichen Deutschland. Nur zehn Jahre lang hatte Königin Christine die Regierung Schwedens geführt; wohlunterrichtet, scharfsinnig, beredt und kräftigen Geistes, aber zugleich reizbar, voll Selbstüberschätzung, ungezügelter Leidenschaftlichkeit und Sucht nach Abenteuern und stetem Wechsel. So ward sie der trockenen Regierungsgeschäfte bald überdrüssig und beschloſs, nur noch ihren Launen zu leben. Im Jahre 1654 legte sie die Krone nieder. Ein Jahr darauf ist sie, durch den Umgang mit geistreichen und gelehrten Katholiken, sowie durch den eigenen romantischen Sinn bewogen, in Innsbruck zur römischen Kirche übergetreten — sie, das einzige Kind des gepriesenen Retters des Protestantismus. Auf dem schwedischen Throne folgte ihr ein Vetter, der Pfalzgraf von Zweibrücken, als Karl X. Gustav. Er fand Schweden, trotz alles äuſseren Glanzes, mit vielen Keimen innerer Schwäche vor. Die Scheidung der Stände war eine immer schroffere geworden, Bürger und Bauern immer ärmer, der Adel immer reicher, roher, gewaltthätiger. Da dieser allein wohlhabend und dabei steuerfrei war, Christine auch die Krondomänen an die von ihr neu geschaffenen 18 Grafen, 42 Freiherrn und 400 Edelleute verschleudert hatte, waren Mittelstand und Arme durch Abgaben erdrückt und lagen doch die Staatsfinanzen sehr im Argen. Die Einkünfte betrugen nur 3 800 000 Thaler jährlich, das Defizit war chronisch. Die Einwohnerzahl war gering:

1200000 Menschen im eigentlichen Schweden, etwas mehr in den überseeischen Provinzen. Ein solches Land konnte die Mittel für das Heer von 50000 trefflichen Kriegern, die einzige Grundlage von Schwedens Gröfse, nicht aufbringen. Nur durch neuen Kampf, durch die aus solchem zu erhoffende Beute, sowie durch das Leben der Soldaten auf Kosten Fremder konnte Schwedens Macht erhalten, sein Heer bewahrt, das Land selber vor innerer Zwietracht gerettet werden. „Andere Völker fangen Krieg an, weil sie reich sind, Schweden, weil es arm ist," sagte ein schwedischer Diplomat. Der junge König war um so eher geneigt, diesen Weg einzuschlagen, als solcher durchaus seinen Neigungen und Gaben entsprach. Von unförmlicher Korpulenz, menschenscheu und verschlossen, unwandelbaren Gleichmut zur Schau tragend, barg dieser Fürst unter der schwerbeweglichen Hülle und der äufseren Ruhe glühende Leidenschaft, unersättlichen Ehrgeiz, blitzähnliche Schnelligkeit in Entschlüssen und Thaten — übrigens ein frommer Protestant, wie sein grofser Oheim Gustav Adolf. Als bequemes Angriffsobjekt wählte er sich die gänzlich zerrüttete Republik Polen aus. Auf deren Kosten hoffte er auch das alte Projekt der Wasa zu verwirklichen: rings die baltischen Küstenlande unter schwedischem Zepter zu vereinigen und damit zugleich die reichen Zolleinkünfte dieses Gebietes für die schwedische Krone zu gewinnen [1].

Die innere und äufsere Lage der Republik mufste in der That Schweden zum Angriffe auf Polen geradezu herausfordern.

König Johann Kasimir hatte in einer Selbstüberschätzung, die nur seiner Unfähigkeit gleichkam, den Anspruch der polnischen Wasa auf die schwedische Krone erneuert und sich prahlerisch König von Schweden betitelt. Und das zu einer Zeit, wo er in Polen selbst auf das schwerste bedrängt war! Der Kosakenkrieg war nach kurzer Unterbrechung wieder aufgelebt und nahm eine um so gefährlichere Gestalt an, als die Zaporoger die Hilfe Rufslands anriefen. Gerade begann dieses Reich, nach grofsen inneren Unruhen, unter dem umsichtigen und entschlossenen Zaren Alexei Michailowitsch seine Kraft zu fühlen, seine Ausdehnung nach Westen anzustreben und damit in die Reihe

---

[1] Geijer-Carlson, Gesch. Schwedens, III. IV (Hamb. 1836. 1855). — A. F. Pribram, Die Berichte Franz v. Lisolas 1655—60; Arch. f. österr. Gesch., LXX (Wien 1887). — Lorentzen, Die schwed. Armee, S. 2. 21.

der europäischen Staaten einzutreten[1]. Der Zar leistete also seit 1650 den Kosaken thätlichen Beistand. Die polnischen Edelleute aber, in ihrer Verblendung und Eigensucht, benutzten die Not des Vaterlandes nur dazu, ihre Zügellosigkeit auf Kosten der Krone und der Staatseinheit noch weiter auszudehnen. Auf dem Reichstage des Jahres 1652, gerade als über das Lebensinteresse der Nation — die Mittel zu deren Verteidigung gegen Kosaken, Tartaren und Russen — beraten wurde, stellten sie den Grundsatz des liberum veto jedes einzelnen Landboten fest und machten hiervon sofort den Gebrauch, den Reichstag zu sprengen. Damit war jede geregelte Regierung unmöglich gemacht, das Land wehrlos den Feinden überliefert.

Durch die innere Schwäche Polens ermutigt, nahm Zar Alexei 1654 die Kosaken offen unter seinen Schutz und begann den Krieg gegen die Republik. Gleich im ersten Feldzuge eroberte er Smolensk, Mohilew, Polozk, Witebsk, ganz Weifsrufsland. Johann Kasimir sah dem allem machtlos zu, ja er schaffte dem unglücklichen Reiche durch die Nichtanerkennung des jungen Schwedenkönigs einen neuen furchtbaren Gegner. Sofort ging einer der polnischen Grofsen, der Unterkanzler Radziejowski, nach Stockholm, um dort gegen Johann Kasimir Hilfe zu erlangen, erboten sich die Vornehmen Litauens, sich von Polen zu trennen und der schwedischen Krone zu unterwerfen, nahmen die Stände von Grofspolen den Beistand des brandenburgischen Kurfürsten in Anspruch und lehnten den Zuzug königlich polnischer Truppen ab. Ja, eine Adelspartei unter dem Kron-Grofsfeldherrn Georg Lubomirski hielt die Umstände für besonders günstig, die königliche Würde ganz abzuschaffen und an ihre Stelle die reine Magnatenherrschaft zu setzen; darüber ward die Verteidigung des Landes völlig vernachlässigt[2].

Die unglückliche Lage Polens mufste Schweden zu dem Entschlusse veranlassen, die alten Pläne auf gänzliche Eroberung der Ostseeprovinzen und damit der Herrschaft über das Baltische Meer wieder aufzunehmen. Hierbei spielte der Besitz der livischen, kurischen und preufsischen „Seeporten“ mit ihren reichen Zöllen eine bedeutsame Rolle: neben Danzig und Elbing waren Schwedens

---

[1] Herrmann, Gesch. des russ. Staates, Bd. III.

[2] Geijer-Carlson, IV, 27 ff. — Erdmannsdörffer, Waldeck, 319 f. — Th. v. Bernhardi, Gesch. Rufslands, II, 1 (Leipzig 1874), S. 409.

Entwürfe hauptsächlich auf die herzoglichen Häfen Pillau und Memel gerichtet. Nur mit Schmerzen hatte man seit dem Stumsdorfer Frieden auf deren fette Erträgnisse verzichtet. Den Kurfürsten gedachte man durch anderweite Abtretungen — Bremen und Verden — oder durch polnische Eroberungen zu entschädigen, nötigenfalls auch mit nackter Gewalt zu berauben. Schon seit Abschluſs des Westfälischen Friedens waren in Stockholm solche Pläne gegen Polen und Preuſsen im Schwange; der alte Reichskanzler Oxenstierna hatte sie noch in seinen letzten Regierungsjahren eifrig verfochten [1].

Kurfürst Friedrich Wilhelm hatte diese Entwürfe stets mit gröſster Sorge betrachtet. Ein Krieg zwischen Polen und Schweden muſste sein Herzogtum Preuſsen notwendig in Mitleidenschaft ziehen und dessen Lage sehr gefährden. Auf dieses alte Erbteil seines Hauses gegen noch so glänzende Entschädigungen zu verzichten, das kam ihm nicht in den Sinn. Der bloſse Gedanke, die Häfen oder selbst nur einen Teil der auf ihnen ruhenden Zölle zu veräuſsern, war ihm unerträglich: einmal, weil er überhaupt Herr in seinen Landen sein wollte, und dann, weil er den Plan nie aufgegeben hatte, gerade in diesen „Porten" eine brandenburgische Seemacht für Frieden und Krieg zu gründen. Deshalb beteiligte er sich mit Eifer, durch eine stattliche Gesandtschaft, an dem Kongresse, der in den Jahren 1651 bis 1653 in Lübeck tagte, um die Eintracht zwischen Schweden und Polen herzustellen. Allein die Versammlung ging unverrichteter Dinge auseinander [2]. Dies war um so bedenklicher, als bald darauf mit der Thronbesteigung eines jungen und kriegerischen Fürsten in Stockholm die Gefahr, daſs es im Norden zum Kriege kommen werde, zunahm. Überdies lieſsen die schnellen Erfolge Ruſslands gegen das schwache Polen die Möglichkeit hervortreten, daſs das Zarenreich sich der ganzen Republik oder doch ihrer Ostseeländer bemächtigen werde: die Verwirklichung einer solchen Eventualität durfte aber Schweden nicht gestatten. Es würde sich sonst im Südosten des Baltischen Meeres ein ungeheurer und an Hilfsmitteln überreicher Staat gebildet haben, der Schwedens ganze Stellung an der Ostsee auf das schwerste bedroht hätte. Der Gedanke an Ruſslands Absichten und Aussichten in Polen

[1] Geijer-Carlson, IV, 33.
[2] U. u. A., VI, 673—679.

beschäftigte unaufhörlich die Stockholmer Regierung. Sie war, von ihrem Standpunkte aus mit Recht, der Überzeugung, Schweden dürfe bei dem wahrscheinlichen Zerfalle Polens nicht unbeteiligter Zuschauer bleiben. „Unser höchstes Interesse," schreibt der neue Reichskanzler Erich Oxenstierna, „ist, den Russen von der Ostsee abzuwehren, und daſs er nicht in Kurland Fuſs fasse, womit er unsere Schiffahrt verderben und Livland einzwängen könnte" [1].

Unmittelbar nach seiner Thronbesteigung sandte Karl X. Gustav seinen vertrauten Rat, den Grafen Christoph von Schlippenbach, an die deutschen Höfe, unter dem Vorwande, von dem Regierungswechsel offiziell Kunde zu geben, in Wirklichkeit, um Zustände und Gesinnungen, zumal in Brandenburg, zu erforschen. Zu diesem Behufe trat Schlippenbach in Berlin mit groſser Kühnheit auf; er enthüllte hier Angriffspläne, die in Stockholm noch sorgfältig abgeleugnet wurden. Der neue König, sagte er, plane einen Krieg gegen Polen in groſsem Stile; hierfür solle sich Brandenburg eng mit Schweden verbinden. Allerdings, setzte er hinzu, gebrauche sein Herrscher bei allen kriegerischen Verwickelungen im Norden notwendig den Besitz der preuſsischen Häfen, wofür dem Kurfürsten reiche Entschädigung zu teil werden solle [2]. Das waren Eröffnungen bedrohlichster Natur. Während der Kurfürst bisher mit allem Eifer und vielem Erfolge daran gearbeitet hatte, sich in Preuſsen thatsächlich unabhängig zu

---

[1] Geijer-Carlson, IV, 36 ff. 42.

[2] Pufendorf, Friedr. Wilh., V, 2. — Waldeck an Sommelsdyck, 30. Jan. 1655; Erdmannsdörffer, Waldeck, 460. — W. Arndt, Die Sendung Schlippenbachs 1654; Zeitschr. f. Gesch. u. Politik, V (1888), S. 11 ff. (fuſst so gut wie ausschlieſslich auf den beiden Biographien Pufendorfs). — Die Darstellung, die Karl X. Gustav in einem Schreiben an den Kurfürsten v. 26. Dez. 1655 giebt, als habe dieser seine Beteiligung an dem Kampfe vorgeschlagen und dabei ungewöhnlich hohe Forderungen gestellt (Rudawski, Historia Poloniae, 214 ff.), wird durch die oben erwähnten Thatsachen ebenso widerlegt, wie seine Behauptung (ebendas.), Schweden habe das Verlangen nach Einräumung der preuſsischen Häfen erst nach Abschluſs des niederländisch-brandenburgischen Bündnisses gestellt. Wenn Erdmannsdörffer (a. a. O., S. 337 Anmerk.) hervorhebt, der Kurfürst habe den Ausführungen des Königs nicht widersprochen, so erklärt sich das Unterbleiben solches Protestes sehr natürlich aus der gedrückten Lage, in der sich Friedr. Wilh. Ende 1655 Schweden gegenüber befand. — Auch v. Rauchbar (I, 81) stellt die Forderung Karl Gustavs nach dem Besitze der preuſs. Seehäfen als eine ganz spontane, ohne Beziehung auf den niederländischen Vertrag geschehene hin.

machen, sollte er nun dessen wichtigste Plätze einem fremden Herrscher überliefern. Man erinnerte sich, wie schon Gustav Adolf nach dem Besitze Memels und Pillaus getrachtet habe; warum sollte ihn sein kriegerischer Nachfolger nicht abermals anstreben? Schwerin gab der Stimmung am Berliner Hofe Ausdruck, wenn er an Weimann, den hochbegabten jungen Gesandten Brandenburgs im Haag, am 2. Januar 1655 schrieb: „Soll man sich die Gurgel gutwillig abstechen lassen? Preufsen ist unser Augapfel oder das Herz unseres Staates“ [1].

Auch Waldeck war tief entmutigt von den Aussichten, die Schlippenbachs wilde Reden eröffneten. Während in Deutschland die geplante grofse Union an der Abneigung der meisten evangelischen Stände gegen jede kühne Politik und an dem katholischen Gegenbündnisse von Köln scheiterte, stand Brandenburg ohne zuverlässigen Alliierten zwischen den drei grofsen Reichen Schweden, Polen und Rufsland, von denen jedes im stande war, es zu erdrücken. Er sprach sich seinem Vertrauten Sommelsdyck gegenüber in heller Verzweiflung aus [2]: „Niemand liebt das allgemeine Beste, aufser mir. Man mufs alles gehen lassen, wie es will. Ich verliere meine Gesundheit, ich setze mein ganzes Glück aufs Spiel, und schliefslich wird man mich anklagen, den Erfolg verhindert zu haben. Die nordischen Unruhen müssen beseitigt werden. Wenn die Schweden anfangen, geht alles zum Teufel.“ Es bezeichnet recht die Eitelkeit dieses Mannes, der inmitten des allseitigen Schiffbruches seiner Entwürfe an dem Glauben an seine erhabene Trefflichkeit nie irre wurde, wenn er hinzufügt: „Ha, wie viele schöne Dinge sehe ich die Möglichkeit zu vollbringen, wenn man mich nur unterstützen wollte.“ Er klammerte sich mit der Hartnäckigkeit des Ertrinkenden an das schwanke Brett der französischen und niederländischen Allianz. Besonders Frankreich lag ihm am Herzen: er war bereit, in betreff der Kaiserwahl, Lothringens, der katholischen Niederlande alle Wünsche Frankreichs zu erfüllen, wenn dieses nur den Schweden Halt gebieten wolle. Das waren die „schönen Dinge“, die er auszuführen gedachte [3]. Nur schade, dafs Frankreich keine Lust

---

[1] Ms. Weimanns Tagebuch, I (Berlin, Geh. St.-Arch. Rep. 92). — Vgl. Ms. Kurfürstliches Reskript an Weimann v. 9./19. Jan. 1655; ebendas.

[2] 9. Jan. 1655; Erdmannsdörffer, Waldeck, 459.

[3] Waldeck an Sommelsdyck, 30. Jan. 1655; das. 360 f.

hatte, sich Schweden zu verfeinden oder gar Krieg mit ihm zu beginnen; denn dafs die skandinavische Grofsmacht sich nicht in ihren eigentlichen Interessen durch freundschaftliche Vorstellungen selbst des besten Verbündeten bestimmen liefs, hatten die Westfälischen Friedensunterhandlungen eindringlich genug erwiesen.

In dieser Not wandte sich Brandenburg mit dem Antrage eines Bündnisses an den Lord-Protektor Cromwell; Johann Friedrich Schlezer, der Bruder des kurfürstlichen Residenten in Stockholm, hatte diese Verhandlungen zu führen. Es gehörte einige Kühnheit dazu, auch nur einen solchen Versuch zu unternehmen. Getreu der Haltung des oranischen Hauses, hatte sich Friedrich Wilhelm stets als eifriger Anhänger der Stuarts erzeigt. Er hatte freilich sein schon im Jahre 1649 gegebenes Versprechen, des Prätendenten Karl II. schottischen Anhänger Montrose mit 10000 Reichsthalern zu unterstützen, aus Mangel an eigenen Mitteln nicht erfüllen können[1]. Dafür aber hatte er auf dem Regensburger Reichstage mit Nachdruck auf die Zahlung eines Hilfsgeldes von 300000 Thalern an Karl II. gedrungen; hiervon sollten diesem 12000 Thaler sofort gezahlt werden zum Ankauf von Gewehren für die Schotten, die sich damals gegen den Protektor empört hatten. Als Zeichen der Anerkennung für solche Freundschaft hatte ihm eben damals — im Januar 1654 — Karl II. den Hosenbandorden verliehen. In London erzählte man sich sogar, der Kurfürst habe dem Stuartschen Prätendenten 3000 Mann Hilfstruppen zur Wiedergewinnung seines Reiches zugesagt. Kein fremder Fürst, setzte man hinzu, gewähre dem Prinzen gröfsere Unterstützung, als der Brandenburger. Mit Schweden dagegen, als dem Mitverteidiger der protestantischen Sache, hatte die englische Republik stets vortreffliche Beziehungen unterhalten, und zumal Cromwell sah in Karl X. einen neuen Gustav Adolf, mit dem er sich zur Ausbreitung des Protestantismus in Europa zu verbinden wünschte[2]. Kein Wunder, dafs der Protektor das brandenburgische Erbieten zurückwies[3].

---

[1] S. R. Gardiner, The Commonwealth and the Protectorate, I (London 1894), 210 f.

[2] J. R. Seeley, The growth of British Policy (London 1895), II, 73.

[3] U. u. A., VI, 361. 365. 399, VII, 15. 17. — Brieven van Johan de Witt, IV, 112. — v. Orlich, Preufsen im 17. Jahrhundert, I, 115. — Über die Gesinnung Cromwells und seiner Minister gegen Brandenburg sehe man den Bericht des niederländ. Gesandten in London, Nieupoort, v. 8. Sept. 1655; de Witts Brieven, III, 114 f.

Inzwischen durfte Schweden über des Kurfürsten Gesinnung nicht in Zweifel belassen werden; an Stelle des bisherigen brandenburgischen Residenten A. T. Schlezer ging ein Günstling Waldecks, der Legationsrat Ulrich Dobrczenski von Dobrczeniec, im November 1654 nach Stockholm. Er hatte offen zu erklären, daſs sein Herr unter keinen Umständen die preuſsischen Häfen, „in denen er die vornehmste Sicherheit seines Staates zu bestehen achte," abtreten, zu deren Verteidigung vielmehr „alles übrige aufzusetzen bereit sein" werde. Auch sollte Dobrczenski alles aufbieten, den König von dem Gedanken eines Krieges gegen Polen abzubringen: in diesem Falle werde Brandenburg gern mit ihm ein engeres Bündnis schlieſsen[1].

Dazu war freilich wenig Aussicht. Dobrczenski hatte von umfassenden schwedischen Rüstungen zu erzählen, von 40000 Soldaten, die man dort in bester Verfassung aufgestellt habe, von der „Animosität gegen Polen und der Liebe zu Ewr. Kurfürstl. Durchlaucht Seehäfen". Dagegen beauftragte ihn der Kurfürst von neuem, den Schweden jede Hoffnung auf friedliche Überlassung dieser Häfen zu nehmen; es würde „eine Thorheit und Laschetet" sein, unter dem Scheine der Freundschaft Opfer zu bringen, wie sie niemals einem Potentaten mit Gewalt der Waffen abgenötigt worden seien; der Verlust der Häfen würde notwendig auch den Königsbergs und des Bernsteinregals nach sich ziehen. Keine Entschädigung gebe es für Brandenburg, die solcher Verkleinerung entsprechen könne. Wirklich ging ein brandenburgischer Gesandter nach Warschau, um den polnischen Hof zu energischen Rüstungen zu bewegen und für diesen Fall die Beihilfe Friedrich Wilhelms zu versprechen. So entschlossenes Auftreten that doch Wirkung in Stockholm. Man schickte nach Berlin einen ständigen Residenten, Wolfsberg, der dort über die Absichten seines Königs die beruhigendsten Versicherungen gab, die Forderungen Schlippenbachs förmlichst in Abrede stellte und vielmehr gemeinschaftliches Handeln Brandenburgs und Schwedens zum Besten „des evangelischen Wesens und der teutschen Freiheit" erbat[2].

Allein Friedrich Wilhelm schenkte Wolfsbergs Versicherungen keinen Glauben, zumal auch dieser Diplomat das Interesse

[1] Instr. an Dobrczenski v. 23. Okt. 1654. — Vgl. F. Bosse, Zur diplomatischen Vorgeschichte des Königsberger Vertrags (Berliner Dissert. von 1887), S. 11 f.

[2] U. u. A., VI, 665—670, VII, 360 ff. — Pufendorf, De rebus a Carolo Gustavo gestis libri septem (Nürnberg 1696), l. I, § 58, II, § 54. — Bosse, 16 ff.

Schwedens am Besitze der preufsischen Häfen nicht verbergen konnte; höchstens, meinte man, werde der König auf gütlichem Wege und unter Zusicherung einer Entschädigung dahin streben [1]. Endlich war die Absicht Karl Gustavs, gegen Polen Krieg zu führen, zweifellos. Jedenfalls für Brandenburg eine schlimme Perspektive! Siegte, wie es bei der Schwäche Polens wahrscheinlich war, Schweden, so mufste diese Macht, die schon so schwer auf dem Kurstaate lastete, ihn bis zu thatsächlicher Unterwerfung herabdrücken und zum wehrlosen Gegenstande seines Übermutes machen. Schweden hätte dann endgiltig die Leitung der Evangelischen in Deutschland übernommen. Und doch war es aussichtslos, jetzt Polen zu unterstützen, sich damit der Rache des übermächtigen Schweden auszusetzen; abgesehen davon, dafs ein siegreiches Polen für Brandenburg kaum minder gefährlich war, als ein siegreiches Schweden.

In dieser kritischen Lage verlangte Friedrich Wilhelm von allen seinen Geheimräten, auch den von Berlin abwesenden, ein Gutachten über das nunmehr einzuschlagende Verfahren. Alle rieten, einstweilen abzuwarten, mit beiden Mächten freundschaftlich zu unterhandeln, dabei tüchtig zu rüsten. Aber im Grunde neigten die meisten Räte zu Polen, dem man durch Eid und Pflicht verbunden sei. Nur Waldeck fand hier das rechte Wort, indem er riet, die Umstände zur Abschüttelung des ebenso lästigen wie unwürdigen polnischen Joches, zur Erlangung der Souveränität für das Herzogtum Preufsen zu benutzen [2]. Dieses glänzende Ziel, das aus dem Kurfürsten einen wahren Herrscher machen, ihn von der Polen Obergewalt und der preufsischen Stände Unbotmäfsigkeit zu befreien verhiefs, fand sicher dessen volle Zustimmung. Freilich widersprach solcher Absicht der Lehnseid, den Friedrich Wilhelm dem polnischen Könige geschworen hatte. Allein wo die „Staatsraison“ in Frage kam, setzte man sich damals über derartige Rücksichten leicht hinweg; zumal es gewifs war, dafs im Laufe der Dinge Vorwände genug für den Abfall zu finden sein würden. Für den Augenblick (März 1655) war das Wichtigste, zu rüsten: man beschlofs, ein Heer von 8000 Fufsgängern und 4000 Reitern aufzustellen,

---

[1] Ms. Schwerin an Weimann, 6. April 1655; Berlin, Geh. Staats-Arch.

[2] Pufendorf, Friedr. Wilh., V, 11. — U. u. A., VII, 337—356. — Erdmannsdörffer, Waldeck, 307 ff.

um so, für alle Eventualitäten bereit, jeder der kriegführenden Mächte als Freund oder Feind beachtenswert zu sein. Über den Anschlufs an den einen oder den anderen Staat müsse man — darin stimmten gleichfalls Waldeck und der Kurfürst überein — im geeigneten Augenblicke entscheiden. Waldeck und der vielgewandte Hoverbeck erhielten in der That von den preufsischen Ständen, die sich dieses Mal von der Not der Lage wohl überzeugten, die Bewilligung einer Accise, die 600000 Thaler ergeben mufste. Sofort begann der rastlose Waldeck, mit der Würde eines Feldmarschalls bekleidet, die Organisierung und Übung der Landmiliz — der Wibranzen — sowie die Anwerbung regelmäfsiger Truppen.

Aber so beweglich war der Geist dieses Mannes, dafs er zu gleicher Zeit, wo er vernunft- und sachgemäfsen Rat erteilte, höchst abenteuerliche und unmögliche Pläne verfolgte. Man solle sich mit dem Schwedenkönige verbinden, zu gemeinsamer Aktion nicht nur gegen Polen, sondern auch in Deutschland. Dafür war Karl X. Gustav natürlich nicht zu haben, weil seine Absichten sich lediglich auf Polen konzentrierten. Er bemühte sich also nur, den Kurfürsten durch schöne Worte und Verheifsungen auf seine Seite zu ziehen, indem auch er ihm das glänzende Bild der preufsischen Souveränität vorspiegelte [1].

Mit solchem Entwurfe war es also nichts. Aber deshalb war Waldeck nicht verlegen; nebenher hatte er schon längst einen anderen Gedanken betrieben, der auf des Grafen Lieblingsland, auf Frankreich, gegründet war. Mit dessen Hilfe soll der Friede zwischen Schweden und Polen vermittelt werden. Dann treten die brandenburgischen Truppen, selbstverständlich unter Waldecks Befehl, in französischen Dienst und helfen den Franzosen zur Eroberung der spanischen Niederlande. Der Kurfürst bleibt einstweilen aufser dem Spiele; seine direkte Beteiligung findet erst statt, wenn — welch unwahrscheinliches „wenn" nach allen früheren Erfahrungen! — es ihm gelingt, die protestantischen Reichsstände zum Kampfe gegen den Kaiser zu vereinen [2].

Man fragt sich mit Staunen, ob das noch Ideen eines brandenburgischen Ministers sind und nicht vielmehr Chimären eines

[1] U. u. A., VI, 671 ff. — Pufendorf, Carol. Gust., II, 55, und Frid. Wilh., V, 37.

[2] Waldeck an Sommelsdyck, 3. April 1655; Erdmannsdörffer, Waldeck, 465.

ehrgeizigen Abenteurers, der seine augenblickliche Stellung bei dem Kurfürsten nur als Grundlage für eigene persönliche Gröfse, für künftige Erhebung und Bereicherung betrachtet.

Übrigens verflatterten die französischen Hoffnungen Waldecks wie Nebel vor der Sonne der Wirklichkeit — Brandenburg wurde immer wieder auf den Osten als das eigentliche Ziel seiner Wirksamkeit verwiesen. Mazarin war es freilich zufrieden, wenn Friedrich Wilhelm ihm für den Kampf gegen Spanien seine Truppen überlassen wollte, und gewährte dem Brandenburger, zur Aufmunterung, den lange bestrittenen Titel „Kurfürstliche Durchlaucht", sowie von seiten des Allerchristlichsten Königs die Anrede „Mein Bruder" [1]. Aber sonst hatte der französische Gesandte de Lumbres, der im Juni 1655 nach Berlin kam, nur den Auftrag, zu hören, nicht das Mindeste selber zu versprechen oder gar abzuschliefsen [2]. Man war in Paris schon allzu häufig in seinen Erwartungen von dem Kurfürsten enttäuscht worden, um den Verheifsungen und Erbietungen Waldecks noch Bedeutung beizumessen. Auch dessen Vorschlag, Frankreich solle dem Kurfürsten Jülich verschaffen, dann werde dieser ihm zu Namur, Luxemburg und Geldern verhelfen, machte als allzu chimärisch auf die Franzosen keinen Eindruck. Überhaupt fürchtete Mazarin, durch solche Allianz in Gegensatz zu Schweden zu geraten, das ihm denn doch ungleich wichtiger war, als das kleine und militärisch bisher unerprobte Brandenburg. Der Kardinal sah die nordischen Verwickelungen sehr ungern. Er fürchtete, dafs sie die Schweden an weiterem Zusammenwirken mit Frankreich in den deutschen Verhältnissen, gegen das Haus Habsburg, verhindern würden; nicht minder, dafs Polen, gleichfalls Frankreichs Bundesgenosse, erheblich geschwächt und schliefslich dem Kaiser in die Arme getrieben werde. So zog er es vor, vermittelnd und beschwichtigend zu wirken, sich keinesfalls die Hände zu binden, die Zertrümmerung Polens zu verhüten, Brandenburg von allzu starker Unterstützung Schwedens abzuhalten, endlich, wenn es irgend anging, alle drei Mächte zum Kampfe gegen die deutschen Habsburger zu einen [3].

---

[1] Boreel an de Witt, 23. April 1655; Brieven van de Witt, I, 201.

[2] Briefwechsel Waldecks mit Sommelsdyck; Erdmannsdörffer, Waldeck, 467 ff. — Berichte de Lumbres', U. u. A., II, 39 ff.

[3] Chéruel, Hist. de France sous le ministère de Mazarin, I (Paris 1882), S. 273 ff. — E. Haumont, La guerre du Nord et la paix d'Oliva

Damit sah es freilich übel genug aus. Die Polen behandelten die warnenden Ermahnungen des Kurfürsten als leere Schreckbilder, seine Vermittelungserbieten als Versuche, sich auf Kosten der Republik Vorteile zu schaffen. Man darf ihnen das nicht allzu sehr verargen, wenn man sieht, daſs Friedrich Wilhelm die Umstände zu benutzen gedachte, um sich zur Herstellung einer „Kommunikationslinie“ zwischen der Neumark und dem herzoglichen Preuſsen einiger Orte in Groſspolen und dem königlichen Preuſsen zu bemächtigen[1] — eine sehr praktische, aber gerade nicht moralische Idee. Schlimm war nur, daſs die Polen in ihrem thörichten Übermut den Ernst der Lage keineswegs erkannten. Für alle Fälle pochten sie auf ihr zahlloses Adelsaufgebot, auf kaiserliche, niederländische, ja französische Hilfe. Auch jetzt wollte Johann Kasimir auf das schwedische Wappen und auf Schwedisch-Livland nicht verzichten. In herrischem Tone verlangten die Polen von dem brandenburgischen Vasallen, er solle lediglich seiner Lehnspflicht nachkommen durch militärische Verteidigung des Herzogtums Preuſsen.

So befand sich der Kurfürst in höchst unklarer Lage, als im Juli 1655 die Feindseligkeiten Schwedens gegen Polen wirklich begannen. Drei Heere hatte Karl X. aufgestellt: ein pommersches, meistens Deutsche, 17000 Mann, unter Feldmarschall Wittenberg; ein schwedisches, 15000 Mann, unter des Königs eigenem Befehl; ein livisches, höchstens 7000 Streiter: mit zusammen noch nicht 40000 Soldaten wollte der tollkühne Herrscher ein so riesiges Reich, wie das damalige Polen, erobern und behaupten! Übrigens war es wohl Rücksicht auf den Kurfürsten, die Karl Gustav veranlaſste, den ersten Angriff nicht, wie man allgemein erwartet hatte, auf Preuſsen, sondern auf Groſspolen zu richten. Durch Hinterpommern, für das er das vertragsmäſsige Recht des Durchzuges in Anspruch genommen hatte, marschierte Wittenberg an die groſspolnische Grenze, die er am 21. Juli überschritt. Ohne Schwertstreich unterwarfen sich die Palatinate Posen und Kalisch, kapitulierte das ganze groſspolnische Aufgebot — mit der brandenburgischen „Kommunikationslinie“ war es einstweilen vorbei. Am

(Paris 1893), S. 51 f. — Geijer-Carlson, IV, 82 f. — Droysen, Zur Quellenkritik der deutsch. Gesch. des 17. Jahrh. (Forsch. z. deutsch. Gesch., IV [1864]), S. 25 f.

[1] U. u. A., VI, 670.

25. Juli langte auch der König selber mit seinen Truppen in Wolgast ein.

Friedrich Wilhelm sah sehr düster in die Zukunft. Von Osten her zog Zar Alexei siegreich heran, der sich übrigens schon im Jahre 1654 mit dem Kurfürsten durch eine Gesandtschaft in Verbindung gesetzt hatte, um ihn von jeder Unterstützung der Polen abzumahnen. Jetzt schickte Friedrich Wilhelm den Sekretär Lazarus Kittelmann nach Wilna zum Großfürsten: aber die erbetene Friedensvermittelung zwischen Rußland und Polen wies dieser zurück und stellte nur für die Besitzungen des Kurfürsten einen Schutzbrief aus[1]. Darauf wandte sich Brandenburg um Hilfe gegen die drohende schwedische Vergewaltigung an die Niederländer.

Die Vereinigten Niederlande besaßen allerdings das größte Interesse, die preußischen Häfen nicht in die Gewalt eines Staates fallen zu lassen, dessen Seemacht hinreichend entwickelt war, um ihnen den Zutritt zu den wichtigsten Ostseeplätzen sei es ganz zu verschließen, sei es durch Erhöhung der Zölle wesentlich zu erschweren. Man muß sich vergegenwärtigen, daß damals die holländische Handelsflotte dieselbe Rolle einer allgemeinen Vermittlerin des Welthandels spielte, wie jetzt die englische. Kein Teil des niederländischen Schiffsverkehrs aber war wichtiger, als der, dem die „Ostseefahrer" dienten: er umfaßte 6000 Fahrzeuge mit 720 000 Lasten, während der Verkehr mit Großbritannien und Frankreich nur durch 1500 Schiffe mit 150 000 Lasten, der gesamte auswärtige Handel durch 14 850 Schiffe mit 1 325 000 Lasten vertreten war. Der Lasteninhalt der Ostseefahrer betrug also mehr als der aller andren Fahrzeuge des internationalen niederländischen Handels zusammengenommen. Den Verkehr mit Skandinavien, Polen, Rußland hatten die Holländer nahezu monopolisiert[2]. Schon machte sich aber der englische Wettbewerb jedes Jahr fühlbarer. So lange zur See machtlose Staaten, wie Brandenburg und Polen, die preußischen Häfen inne hatten, konnten die Holländer hoffen, dort ihr Übergewicht zu behaupten. Es mußte aber anders

---

[1] U. u. A., VI, 700—707. — Vgl. Ferd. Hirsch, Die ersten Anknüpfungen zwischen Brandenb. u. Rußl. unter d. Gr. Kurf., I (Progr. des Königsstädt. Realgymn. in Berlin, Ostern 1885), S. 10 ff.

[2] Vreede, Inleiding tot eene Geschiedenis der Nederlandsche Diplomatie, II, II, 116. — Ad. Beer, Allgem. Gesch. des Welthandels, II, 208 f.

werden, wenn eine rücksichtslos zugreifende Großmacht mit zahlreicher Kriegsflotte — wie Schweden — Danzig und Elbing, Pillau und Memel besetzt hielt.

In den Vorjahren hatten sich die nie ruhenden Bündnisverhandlungen zwischen Brandenburg und den Generalstaaten mühselig und ergebnislos hingeschleppt. Der Hochmögenden und besonders der aristokratischen Provinz Holland Abneigung gegen den Kurfürsten, als nahen Verwandten des oranischen Hauses, wurde durch den Umstand verstärkt, daſs nach des schwächlichen oranischen Kindes Wilhelm III. Hinscheiden, das man binnen kurzem erwartete, das ganze reiche oranische Erbe, laut dem Testamente des Prinzen Friedrich Heinrich, an Friedrich Wilhelm fallen muſste. Auch war dieser als Mitvormund Wilhelms III. der berufene Verteidiger der oranischen Interessen gegen die in den Niederlanden herrschende oligarchische Partei. Endlich stellte sich in dem Streite, der über die Führung der Hauptvormundschaft zwischen Wilhelms III. Groſsmutter, der Prinzessin Amalie, und seiner Mutter, der Stuartschen Witwe Wilhelms II., ausgebrochen war, der Kurfürst auf die Seite seiner herrschsüchtigen Schwiegermutter, während die Generalstaaten die jüngere Prinzessin begünstigten[1]. So fanden die Generalstaaten sich höchstens bereit, ein gegenseitiges Verteidigungsbündnis wegen Kleve, Mark und Ravensberg mit Friedrich Wilhelm zu schlieſsen, dem aber mit solcher Einschränkung nicht gedient war, da er vor allem eine Sicherung seiner Ostseehäfen wünschte. Die Holländer hatten der Republik Polen ein Bündnis angetragen, um Danzig und Elbing gegen die Schweden zu decken; aber Brandenburgs Anerbieten, in diese Allianz einzutreten, hatten sie höflich abgelehnt[2]. Die klevischen Stände verfehlten nicht, ihrerseits gegen jede Verbindung zwischen den Generalstaaten und dem Kurfürsten zu intrigieren, da sie durch eine solche ihren Rückhalt gegen die landesherrliche Gewalt zu verlieren fürchteten. Sie hatten damit auch lange Zeit Erfolg: man suchte im Haag die Verhandlungen nur in die Länge zu ziehen, um nicht zur Stärkung eines der republikanischen Freiheit feindseligen Fürsten beizutragen. Noch zur Zeit, als die Rüstungen des Schweden-

---

[1] J. H. H. Siccama, Schets van de diplomatieke Betrekkingen tusschen Nederland en Brandenburg 1596—1678 (Utrecht 1867), 140 f.

[2] Londorp, VII, 890. — Pufendorf, Frid. Wilh., V, 4. 8. 15.

königs ganz Europa in Aufregung zu versetzen anfingen, weigerten sich die Generalstaaten, auf dem Regensburger Reichstage zu Gunsten des Kurfürsten aufzutreten, und kündigten an, dafs sie sich dort neutral zu verhalten gedächten[1].

Aber mit einem Schlage veränderte sich die ganze Sachlage, als bekannt wurde, dafs Karls X. Gustav Rüstungen wirklich gegen Polen bestimmt seien. Jedermann nahm an, dafs der Kampf in Preufsen beginnen, der Schwede sich sofort der dortigen Häfen bemächtigen werde. Ungeheure Angst ergriff die Mynheers von Amsterdam, Rotterdam, Dortrecht, die ihre Ostlandsfahrer schon von Danzig, Pillau und Memel ausgeschlossen, ihren einträglichsten Handel vernichtet sahen. Die Staaten gerade der Provinz Holland beschäftigten sich unausgesetzt mit dem von Schweden drohenden Schaden ihrer „Navigation und Kommerzien". Starke Rüstungen zur See, wie niemals vorher, fanden in Holland statt. Die Vertreter der grofsen holländischen Städte sind jetzt die Bittenden, an Stelle Friedrich Wilhelms, dessen freiwilligen oder erzwungenen Übertritt zu den Schweden sie höchlichst fürchten. Der Ratspensionar de Witt selber bewog die Provinz, die Generalstaaten um Abschlufs eines Bündnisses mit Kurbrandenburg, sowie der polnischen Reichsstadt Danzig zu ersuchen. Auch mit Dänemark, Frankreich, England soll über die durch Schwedens Angriffspläne geschaffene Lage beraten werden, eine kleine Flotte sofort nach dem Sund abgehen[2].

Die Generalstaaten entsprachen ohne Zögern dem Anliegen der mächtigsten und einflufsreichsten Provinz, indem sie einen Politiker und einen Offizier nach Bremen und der deutschen Ostseeküste absandten, um die dortige Lage zu erkunden, und zugleich eine Kommission ernannten, die ein Bündnis mit Brandenburg vorzubereiten hatte[3].

Der Vertrag, wie er von den Niederländern vorgeschlagen wurde[4], umfafste ein Verteidigungsbündnis von acht Jahren, in das von kurfürstlichen Landen indes nur die klevischen Pro-

---

[1] Aitzema, III, 799. 840 f. 848 f. — Wicquefort, Hist. des Provinces Unies, II, 278. 346. — Vgl. U. u. A., III, 80 f.

[2] Ms. Bericht Weimanns an den Kurfürsten, 16. März 1655; Berlin, Geh. St.-A., Rep. 92. — Secrete Resolutien van de Staaten van Holland en Westvriesland, 1653—1668 (Utrecht 1717), S. 173 f. 181 ff. — U. u. A., IV, 118 ff.

[3] Beschlüsse der Generalst. v. 8./17. Mai 1655; U. u. A., III, 81 f.

[4] Secrete Resolutien, I, 174—205.

vinzen, sowie die Ostseehäfen einbegriffen waren. Überhaupt war der besondere, man möchte sagen kommerzielle Charakter der Einung dadurch hervorgehoben, daſs beide Kontrahenten versprechen sollten, weder in der Ost- noch Nordsee, noch endlich auf den sich in beide ergieſsenden Strömen die Erhebung neuer oder die Erschwerung der schon bestehenden Zölle zum Schaden der gegenseitigen „Commerzien und Navigatien" zu gestatten. „Auch sollen die vorgenannten Häfen an niemanden anders übergeben, verpfändet oder darauf jemandem irgend ein Recht abgetreten werden" — der Kernpunkt des ganzen Vertrages für die Holländer[1], mit deren Interesse freilich sich hier das Brandenburgs deckte. Die Höhe der beiderseitigen Hilfstruppen im Kriegsfalle wurde auf 2000 Mann zu Fuſs oder, wenn der angegriffene Teil solches vorziehen würde, auf 96000 Reichsthaler jährlich festgesetzt. Der Lord-Protektor von England hat, wenn er sich dazu entschlieſst, freien Zutritt zum Bunde: diese Bestimmung war darauf berechnet, zu verhüten, daſs unter dem Schutze der Einung Friedrich Wilhelm die oranisch-stuartsche Partei begünstige[2].

Auf diese Bedingungen hin würden die Niederländer sofort abgeschlossen haben[3]. Auch wiesen sie nunmehr alle Klagen der klevischen Stände, zumal der Stadt Wesel, über ihres Landesherrn ungesetzliche und gewaltsame Rüstungen mit plötzlicher Kühle zurück: kein Vorrecht, antworteten sie, dürfe die Verteidigung des Vaterlandes in gefährlichen Zeiten behindern[4].

Allein bald stellte sich heraus, daſs der Kurfürst die Notlage Hollands einigermaſsen überschätzte, sie allzu sehr zu seinen Gunsten auszubeuten gewillt war. Er erhob mehrere recht unbequeme Forderungen, die darauf zielten, Kleve-Mark von der niederländischen Mitbesetzung und Mitregierung zu befreien: die Hofysersche Schuld solle mit dem Bündnisse als erloschen betrachtet, die niederländische Bürgschaft für die Freiheit der klevischen Stände in den Verträgen nicht mehr erwähnt werden. Er hatte eben seine Ziele, trotz vorübergehenden notgedrungenen

[1] De Witt an Nieupoort, 23. Juli 1655; Brieven van J. van Witt, III, 86.
[2] Das spricht Johann de Witt offen aus, in seinem Schreiben an Nieupoort v. 7. Mai 1655; das. S. 55 f.
[3] Th. Birch, Collection of State Papers of John Thurloe (London 1742), III, 493.
[4] Aitzema, III, 1204. — Pufendorf, Frid. Wilh., V, 21.

Ablenkens, stets im Auge. Überdies verlangte er Erhöhung der Zahl der von den Vereinigten Provinzen zu stellenden Hilfstruppen und Ausschlufs des Protektors aus der Allianz, da er ihn als seinen und des Hauses Oranien Gegner betrachtete. Diese Forderungen erweckten bei den Niederländern den alten, kaum besänftigten Verdacht von neuem in voller Stärke. Die schlimmsten Absichten trauten sie ihm zu: Anschläge auf ihre Freiheit; den Entschlufs, endlich doch zu Schweden überzutreten, nachdem er von ihnen die Hilfsgelder erhalten habe. Sie behaupteten, darüber aus Berlin selbst zuverlässige Nachricht bekommen zu haben. Nur zur Erhöhung der Zahl der zu leistenden Hilfstruppen auf 3000 Mann oder der entsprechenden Subsidien auf 144000 Reichsthaler, sowie zum Schutze ganz Ostpreufsens und Hinterpommerns erklärten sie sich bereit. Sonst bestanden sie auf ihrem ersten Vertragsentwurf. Gegenseitiges Mifstrauen, ja Abneigung griff wieder zwischen den Hochmögenden und dem Kurfürsten Platz[1].

Der niederländische Traktat war also noch vollkommen in der Schwebe, als König Karl Gustav in Pommern landete. Nichts aber war diesem Fürsten unangenehmer, als die Einmischung der Holländer, die, wenn sie nur festen Entschlufs zeigten und die nötigen Bündnisverträge abschlossen, mit ihren Flotten, Truppen und Geldern den Schweden die ernstesten, ja fast unüberwindliche Schwierigkeiten zu schaffen vermochten. Am schwedischen Hofe war man über die brandenburgisch-niederländischen Verhandlungen geradezu bestürzt[2]. Nichtabschlufs mit den Generalstaaten wurde Karls X. unabweisbare Vorbedingung für jedes freundliche Verhältnis zu Friedrich Wilhelm.

In so ungewisser und bedrohlicher Lage war nur eines tröstlich: es war dem Kurfürsten endlich gelungen, sich durch Bildung eines zahlreichen und kriegstüchtigen Heeres eine starke und achtunggebietende Stellung zu schaffen. Sparr hatte ihm als Feldzeugmeister die Artillerie organisiert, schon 1654 für den Bedarf im

---

[1] Ms. Schwerin an Weimann, 5./15. Juni, u. Kurf. an dens., 12./22. Juni; Berlin, Geh. St.-A. Rep. 92. — Thurloe Papers, III, 493 ff. 544. 551 ff.: Berichte aus dem Haag vom Juni 1655. (Diese Berichte sind von Aitzema verfafst: Fruin en Nijhoff, Bijdragen tot de geschiedenis en oudheidkunde van Nederland, N. R., III, 218 ff.) — U. u. A., IV, 123 ff. — De Witt an Nieupoort, 2. Juli; Brieven, III, 77. — Secrete Resolutien, I, 187 ff.

[2] U. a.: Ms. Berichte Weimanns v. 5. Juli 1655; Berlin, Geh. St.-A.

Felde, vom Festungsgeschütze abgesehen, 34 Kanonen und 4 Haubitzen aufgestellt, die von 216 Knechten bedient und von 652 Pferden gezogen wurden; sie waren vorzüglich gearbeitet, obwohl von verschiedenem Kaliber. Bis zum Sommer 1655 aber war die Artillerie auf fast das Doppelte — 72 Stück — vermehrt worden: eine der zahlreichsten und besten in jener Zeit. Auch hatte Sparr allmählich die alten Geschütze zerbrechen und in gleichmäſsiger Weise umgieſsen lassen. Die Stadt Frankfurt am Main verkaufte dem Kurfürsten noch 27 weitere Kanonen mit zugehörigem Schieſsbedarf. Dafür verschwanden unter des Generalfeldzeugmeisters Leitung die in Gebrauch gewesenen verschiedenen Arten Pulvers, sowie veraltete Geschosse, als da waren Raketenpfeile, Stinktöpfe, gläserne Granaten und dergleichen. Brandenburgs Artillerie war mustergiltig geworden[1]. Fuſsvolk und Reiterei aber — letztere war ja damals an Wichtigkeit noch die hervorragendste Waffe — wurden von einem Offizier ausgebildet, den eben zur selben Zeit der Kurfürst an sich zog: Georg Derfflinger[2]. Wie so viele hervorragende Kriegsmänner jener Epoche, war er, der am 20. März 1606 zu Neuhofen geborene Oberösterreicher, aus ärmstem Stande hervorgegangen. Ob er in seiner Jugend, wie die Sage berichtet, Schneider gewesen, wissen wir nicht. Genug, er hatte mit seinen evangelisch gesinnten Eltern die unduldsame Heimat verlassen, war erst in sächsische, dann in schwedische Kriegsdienste getreten und hier durch Mut, Einsicht und Bauernschlauheit zum Generalmajor emporgestiegen. Durch Beute und Heirat mit einem brandenburgischen Edelfräulein hatte er sich bereichert und nach dem Friedensschlusse des Jahres 1648 seine Güter in der Kurmark bewirtschaftet. Nun berief der Kurfürst den berühmten Reiterführer als ältesten Generalmajor in sein

---

[1] König, Sparr, 25. — Stuhr, Brandenb.-preuſs. Kriegsverf., I, 197. — Ms. Schmidt, Geschichte des Kriegsministeriums (Geh. Arch. des Kriegsminist. in Berlin), II, 65 ff.

[2] König, Leben u. Thaten Georgs Frhrn. v. Derfflinger (Stendal 1786). — Varnhagen v. Ense, Derfflinger (Biograph. Denkmale, Bd. II, Berlin 1825). — Über die Schneidersage: E. Graf zur Lippe-Weiſsenfeld, Derfflinger (Berlin 1880). — Der nachgelassene Aufsatz E. Fischers im 11. Beihefte zum Militär-Wochenblatte, 1894, bringt nichts wesentlich Neues. — Die Legende, daſs Derfflinger in seiner Jugend Schneider gewesen, entstand schon zu seinen Lebzeiten; sie war bereits im Jahre 1674 im Schwange: U. u. A., II, 522.

Heer. Mit Derfflingers Hilfe stellte Friedrich Wilhelm eine beträchtliche Armee auf, die nicht allein aus Söldnern bestand, sondern der auch, der geringeren Kosten halber, in den preufsischen Wibranzen, die Waldeck notdürftig hatte ausbilden lassen, ein allerdings ziemlich unzuverlässiges Material zugeführt wurde. Man zählte damals in Preufsen 886 Ritterdienstpflichtige, 1309 Rofsdienste der Freibauern und Schulzen, 2940 Wibranzen. Die Söldnertruppen bestanden aus 15 Reiterregimentern, die 12500 Mann zählten, 10 Regimentern zu Fufs mit zusammen 11600 Mann, sowie sieben von Derfflinger ganz besonders eingeübten Dragonerregimentern, die zu Pferde und zu Fufs zu fechten im stande waren, mit 2700 Mann: also im ganzen 26800 Streiter, ohne Artillerie und Train. Wie man sieht, überwog damals auch der Zahl nach die Reiterei, zum letztenmal in der brandenburgischen Kriegsgeschichte. Herrschte doch zu jener Zeit allgemein die Ansicht, dafs nur Belagerungen durch die Infanterie, Schlachten aber durch die Reiterei entschieden würden[2]. Aus dieser Armee des Jahres 1655, die sich in harten Prüfungen stählen und dem vaterländischen Namen die höchste Ehre verleihen sollte, ist thatsächlich das ruhmvolle preufsische Heer erwachsen. —

Der Kurfürst war also Anfang Juli 1655 noch in der Lage, sei es mit Schweden, sei es mit den Niederländern abzuschliefsen. Das erstere bedeutete Krieg gegen Polen, das zweite vielleicht bewaffnete Neutralität, wahrscheinlich aber Krieg gegen Schweden. Das Mifstrauen, das sowohl Karl Gustav als auch die Generalstaaten gegen den Brandenburger hegten, war nicht grundlos. Weder dem einen noch dem anderen gegenüber waren seine Freundschaftsversicherungen aufrichtig.

Waldeck freilich neigte ganz zu dem schwedischen Bündnisse, das Abenteuer, Ruhm und Eroberungen verhiefs. Auch Schwerin, bisher den Schweden feindlich gesinnt, meinte nun doch, dafs man, bei der Unzugänglichkeit der Holländer, jenen näher treten müsse[3]. Indem der Kurfürst eben diese beiden

---

[1] C. Jany in den Forsch. zur brandenb. u. preufs. Gesch., VIII (1895), 11, 135 ff.

[2] Raim. Montecuccoli, Mémoires (Amsterd. 1752), S. 74.

[3] Ferd. Hirsch, Otto v. Schwerin; Hist. Zeitschr., N. F. XXXV (1893), 208 f.

Staatsmänner zu einer Konferenz mit Benedikt Oxenstierna und Lilljeström nach Stettin sandte, schien er sich der Richtung Waldecks und Schwerins anzuschliefsen. Der Untergang Polens stand nahe bevor, wie man allgemein glaubte; da gebot das Interesse des Staates unbedingt, Schweden und Russen einen Teil der Beute zu entreifsen, vor allem das Herzogtum Preufsen nicht gänzlich von den Gebieten der eroberungslustigen Fremden einschliefsen zu lassen. Eine Vergröfserung und Abrundung des entlegenen Landes und vor allem dessen territoriale Verbindung mit der Kurmark und Pommern mufste angebahnt werden. Es war eine Lage, ähnlich der Friedrichs des Grofsen gegenüber den polnischen Entwürfen der Zarin Katharina II.: nur dafs Friedrich nicht der geschworene Lehnsmann der Republik Polen war. Allein — salus reipublicae suprema lex, dachten damals alle Staatsmänner, und Vorwände, den Lehnsvertrag als von Polen gebrochen zu bezeichnen, waren leicht gefunden. „Soweit Menschen bei weltlichen Sachen etwas thun können,“ schrieb Waldeck, „sind die Polen verloren, und wenn wir nicht mitmachen, so sind wir es gleichfalls, und es geht über uns her.“

Die Vorschläge, die die brandenburgischen Gesandten nach Stettin überbrachten, waren derart, als sei das Schicksal des Schwedenkönigs an den guten Willen des Kurfürsten gebunden. Nachdem das rein formelle Anerbieten der Friedensvermittelung erwartetermafsen von den Schweden bei Seite geschoben worden, forderten jene als Preis eines Bündnisses das Bistum Ermland mit den Handelsstädten Braunsberg und Elbing; einen beträchtlichen Teil von Samogitien; Grofspolen und Kujavien, soweit diese um Netze, Warthe und Weichsel zwischen der Neumark und dem Herzogtume Preufsen liegen: und zwar alles ebenso, wie das letztere Land selbst, in voller Souveränität. Das Verlangen, auch Litauen zu erhalten, mit dessen früheren Grofsfürsten die Hohenzollern angeblich verwandt gewesen, wurde offenbar nur gestellt, um Stoff zum Feilschen zu geben; vielleicht war das auch mit Samogitien der Fall. Bestimmt ging die Absicht des Kurfürsten auf Ermland, Elbing und das polnische Land zwischen der Neumark und Ostpreufsen, sowie auf die souveräne Gewalt über diese Provinzen. An sich ein ebenso staatskluger wie patriotischer Gedanke; nur stand er mit dem gegenseitigen Kräfteverhältnis zwischen Schweden und Brandenburg wenig im Einklange. Denn Karl Gustav sollte sich seinerseits mit West-

preufsen, ohne Elbing, und mit Pomerellen begnügen, wahrlich ein geringer Anteil im Vergleiche zu dem, was der Kurfürst für sich begehrte! Ja, dieser Fürst liefs sich bei allem dem noch die Möglichkeit offen, im letzten Augenblicke von dem Bündnis zurückzutreten: er verlangte, es müsse ihm gestattet sein, die hundert Reiter, zu denen er lehnsrechtlich verpflichtet war, zum polnischen Heere zu entsenden, überhaupt den offenen Bruch mit Polen hinauszuschieben, „bis ich mit meinen Völkern in Polen und über die Weichsel gekommen bin". Was hiefs das anders, als dafs er unter der Maske eines treuen Vasallen der Republik und unter dem Schutze der Verhandlungen mit den Grofspolen sich erst des Landes der letzteren zu bemächtigen und darauf, je nach Lage der Sache, für die eine oder die andere Partei zu entscheiden beabsichtigte?

Benedikt Oxenstierna war mit dem begreiflichen Wunsche nach Stettin gekommen, den Kurfürsten und sein zahlreiches Heer für Schweden zu gewinnen. Erschien doch damals auch Graf Schlippenbach wieder in Berlin, und obwohl er dort nach seiner Weise erregte und wechselnde Reden führte, klang dennoch aus ihnen allen das Begehren Schwedens nach der brandenburgischen Freundschaft hervor. Oxenstierna zeigte sich wirklich bereit, dem Kurfürsten die Souveränität im herzoglichen Preufsen, den Besitz von Ermland, allerdings ohne Braunsberg, sowie einen Teil von Samogitien zuzugestehen, schwedischerseits sich mit Westpreufsen und Pomerellen zu begnügen. Allein nun traten wichtige Differenzpunkte hervor. Der Vorbehalt der Brandenburger wegen Aufschubs ihrer Kriegserklärung an Polen mufste bei den schwedischen Staatsmännern nicht minder lebhaften Verdacht hervorrufen, als die Nachricht von dem bevorstehenden Bündnisabschlufs zwischen dem Kurfürsten und den Generalstaaten. Denn fafsten erst die Niederländer in Preufsen festen Fufs, so war es mit Schwedens Plänen auf die Herrschaft über das Baltische Meer vorbei. Vergebens schrieben Waldeck und Schwerin auf eigene Faust nach dem Haag an Weimann und forderten ihn auf, die Unterzeichnung des Bündnisses noch aufzuschieben. Das Mifstrauen der Schweden war einmal erwacht, und sie bestanden darauf, dafs ein beträchtlicher Teil des brandenburgischen Heeres — nicht weniger als 5000 Mann zu Fufs und 3000 Reiter — unmittelbar zu ihnen stofse und ihrem Befehle unterstehe. Damit hätte der König nicht nur die alleinige politische und militärische

Leitung des Bündnisses erhalten, sondern auch den Kurfürsten gewissermaſsen entwaffnet. Hierauf konnte wiederum Friedrich Wilhelm sich nicht einlassen, da er vielmehr sein Heer in seiner eigenen Hand zu behalten und mit Karl Gustav auf dem Fuſse eines gleichberechtigten Bundesgenossen zu verkehren gedachte. Zum groſsen Kummer Waldecks wies er die schwedischen Vorschläge zurück; einstweilen sei es besser, daſs ein jeder à part gehe[1].

Die Verhandlungen hatten also nur die Folge gehabt, das ohnehin zwischen beiden Staaten bestehende Miſstrauen zu steigern, indem sie es offen zu Tage brachten. Es muſste auf Seite der Schweden dadurch erhöht werden, daſs den König bei seiner Landung in Wolgast die, freilich falsche, Nachricht empfing, eine holländische Flotte unter Van Tromp sei nach der Ostsee unter Segel gegangen. Karl X. Gustav brauste da in voller Leidenschaft auf: „nimmer und in Ewigkeit nicht wolle er die Generalstaaten in die Ostsee kommen lassen, noch ihnen verstatten, darüber etwas zu disponieren.“ Und dazu hatte Friedrich Wilhelm die Hand geboten! Die Warnung, die der Mainzer Erzbischof an Schlippenbach hatte gelangen lassen: der Brandenburger, der stets gegen die Schweden gearbeitet habe, könne ihnen niemals ein zuverlässiger Freund werden, schien nur allzu begründet. Karl Gustav sprach offen aus: der Kurfürst werde wohl kein anderes Ziel haben, als die Schweden gänzlich aus Deutschland zu vertreiben. Dazu kam, daſs nach den glänzenden Erfolgen des Feldmarschalls Wittenberg, die weitere leichte Siege und Eroberungen verhieſsen, der König des brandenburgischen Bündnisses entraten zu können meinte. Er forderte, in persönlicher Zusammenkunft mit Waldeck, zuerst in Wolgast, dann in Stettin, abermals Überlassung von 4000 Mann brandenburgischer Truppen an das schwedische Heer und sofortigen Abbruch der niederländischen Verhandlungen.

Waldeck und sogar Schwerin rieten, auf alle Fälle hin mit den Schweden abzuschlieſsen, die niederländische Allianz fahren zu lassen. Anders Friedrich Wilhelm. Die Forderung, seine Truppen den Schweden zu unterstellen, die mit seinen Regierungsgrundsätzen in schroffstem Widerspruche stand, wies er entschieden

[1] Ich fasse hier zusammen: Pufendorf, Frid. Wilh., V, 42—46. 50, sowie Carol. Gust., II, 55; und U. u. A., VII, 381—389.

zurück. Freilich befehligte er Weimann, mit dem Abschlusse des niederländischen Bündnisses noch innezuhalten; allein es gänzlich aufzugeben, fühlte er sich nicht veranlafst, da er es wegen der Jülicher Frage nicht entbehren zu können glaubte und auf alle Fälle einen starken Beistand gegen Schwedens Übermacht und Hochmut zu besitzen wünschte[1]. Diese Beschlüsse bewiesen, wie fest, trotz aller Schwankungen im einzelnen, die Grundsätze und Ziele Friedrich Wilhelms waren, wie sehr er hierin allen seinen Ministern, sogar Waldeck und Schwerin, überlegen war. Für den Augenblick freilich hat ihm diese Festigkeit vorübergehenden Schaden gebracht. Karl Gustav sah ihn als einen unzuverlässigen, ja feindlichen Nachbarn an, den er nicht in seinem Rücken lassen dürfe, ohne ihn unschädlich zu machen. Deshalb trat er plötzlich mit der einst von Schlippenbach hingeworfenen, dann von Stockholm aus abgeleugneten, von dem Kurfürsten über alles gefürchteten Forderung hervor: Memel müsse bis zum Ende des Krieges den Schweden eingeräumt, Pillau ihnen wenigstens durch den Treuschwur seines Kommandanten gesichert werden. Aber darauf durfte man brandenburgischerseits nicht eingehen, die Stettiner Verhandlungen wurden abgebrochen. Waldeck reiste enttäuscht nach Preufsen, dort die Rüstungen und die Armierung der Festungen zu betreiben, und riet seinem Herrn, die in der Mark versammelten Truppen nunmehr nach Preufsen zu führen. Schwerin und Dobrczenski folgten inzwischen dem Könige nach Polen und setzten die Negotiationen fort. Als aber Karl Gustav auf Pillau und Memel nur verzichten zu wollen erklärte, wenn der Kurfürst ihm als Lehnsherrn Preufsens huldige und einen Teil der dortigen Seezölle abtrete, verliefsen auch sie mifsmutig das Lager und kehrten nach Berlin zurück[2]. Das Verhältnis

---

[1] U. u. A., VII, 389—392.

[2] Pufendorf, Frid. Wilh., V, 47—54, u. Carol. Gust., II, 56 f. — U. u. A., VII, 393 ff. — Geijer-Carlson, IV, 91 ff. — Am 28. Juli/7. Aug. schreibt Schlippenbach an Schwerin und Dobrczenski: „Die erwehnung der Souverainität ist nur das unkraut gewesen welches der Teuffel unter den guten weitzen hat sehen wollen; welche doch endtlich so wol einen alfs den anderen incommodiret hätte. Gott lafs mich sterben ehe dieser Brieff nach Berlin kompt, so fern mein König die Souverainität ohne assecuration aufs anderen ursachen nicht nachgeben wil alfs dafs Ihr. May. auff beiden theilen aufs solcher viel inconvenientien unfehlbar ersehen“ (Ms. Weimanns Tagebuch, I, Geh. St.-A., Berlin).

zwischen Brandenburg und Schweden drohte ein geradezu feindseliges zu werden.

Inzwischen war wenigstens die Ursache so vieler Schwierigkeiten, der niederländische Vertrag, zu stande gekommen. Die Stadt Amsterdam, die ihren reichen preufsischen Handel mit brandenburgischen Waffen gegen schwedische Vergewaltigung zu schützen begehrte, hatte das Mifstrauen der übrigen Obrigkeiten in der Provinz Holland überwunden. Der einflufsreiche Ratspensionär de Witt glaubte sich zu überzeugen, dafs „der Herr Kurfürst in diesem Staate niemals so viel Einflufs erwerben wird, um die Sache des Prinzen von Oranien auch nur um ein Jota fördern zu können". So stimmte endlich Holland dem Verlangen der anderen Provinzen nach Abschlufs des brandenburgischen Vertrages zu. Auch Weimann wagte nicht, der an ihn ergangenen Aufforderung weiteren Aufschubes nachzukommen, da die Niederländer sonst mit völligem Bruche drohten. Des Kurfürsten förmlicher Befehl, die Unterzeichnung zu verzögern, traf zu spät ein. Am 27. Juli 1655 wurde das Übereinkommen signiert. Brandenburg hatte von allen seinen Forderungen nur die Erhöhung der Zahl der niederländischen Hilfstruppen auf 4000 Mann und damit der an ihrer Stelle zu entrichtenden Hilfsgelder auf jährlich 192 000 Reichsthaler erreicht: auch dies, wie ein geheimer Artikel besagte, lediglich für den Fall eines feindlichen Angriffs auf die preufsischen Ostseehäfen, während sonst die staatische Beihilfe auf 3000 Soldaten oder 144 000 Reichsthaler beschränkt blieb[1].

Jedenfalls durfte sich der Kurfürst nun der sicheren Hoffnung hingeben, bald die blauweifsrote Flagge in der Ostsee wehen, eine starke Schiffs- und Truppenmacht zu seiner Unterstützung erscheinen zu sehen; ferner mochten die Holländer direkt die Schweden in deren Landen Bremen und Verden angreifen, zumal da der Bündnisvertrag solche aufserordentliche Unterstützung des mit Krieg bedrohten Alliierten, allerdings auf dessen Kosten, zuliefs. In der That athmete in Holland zunächst alles Eifer und

[1] Die Verhandlungen seit Anfang Juli 1655 und die dabei Einflufs habenden Beweggründe: Aitzema, III, 1204 f.; Birch, III, 615. 704; Secrete Resolutien, I, 186 ff.; de Witt, Brieven, III, 96 ff.; Wicquefort, II, 64; Auszüge aus Weimanns Geschäftsjournal, U. u. A., IV, 141 f. (dasselbe ganz: Berlin, Geh. St.-A. Rep. 92, I). — Der Vertrag selber ist sehr oft gedruckt.

Kriegslust. Zwei Truppenkorps wurden an der Ostgrenze aufgestellt, die Schweden im Bremischen zu bedrohen[1]. Eine Flotte unter Admiral Opdam sollte nach der Ostsee absegeln, dort mit Dänemark in Einverständnis treten, jede Benachteiligung des niederländischen Handels nötigenfalls mit Gewalt verhindern: eine Vorschrift, die so allgemein gehalten war, daſs sie auch für die Verteidigung der ostpreuſsischen Häfen gelten konnte. Eine besondere Gesandtschaft sollte die dänische Regierung ebenfalls zu starken Rüstungen veranlassen und in Kopenhagen wegen eines Dreibundes zwischen den Vereinigten Provinzen, Dänemark und England verhandeln[2]. Allein dieser schöne Eifer erlahmte bald in einer Weise, die dem Bündnisse jeden thatsächlichen Nutzen für Brandenburg nahm. Die Bevölkerung der Republik war nach dem achtzigjährigen Kampfe mit Spanien und dem kurzen aber verlustreichen Kriege mit England ruhebedürftig; materiell wie moralisch war ein Rückschlag gegen die gewaltigen Anstrengungen des letzten Jahrhunderts eingetreten. Dazu boten die Feinde des oranischen Hauses alles auf, um das Miſstrauen gegen Brandenburg wieder zu erwecken. Vorwände für Unthätigkeit und Selbstsucht sind bald gefunden. Es sei unmöglich, hieſs es, daſs Karl Gustav in einem Herbstfeldzuge ein so gewaltiges Reich, wie Polen, unterwerfe; da werde er den Winter hindurch bis tief ins nächste Jahr beschäftigt sein. Um so eher werde, mit Hilfe der westpreuſsischen Stände, der Kurfürst sich halten können, bis im kommenden Frühjahre, sobald die Küsten eisfrei geworden, die holländische Flotte rechtzeitig Beistand und Geld bringen werde. So sei man auch im stande, zu sehen, ob Friedrich Wilhelm bundestreu bleibe[3].

Das verheiſsungsvolle schwedische Bündnis hatte der Kurfürst wegen der niederländischen Allianz scheitern lassen — und nun versagte ihm diese im Augenblicke, wo er sie dem eben deshalb wider ihn ergrimmten Schwedenkönig gegenüber ausnutzen wollte! Indem er Weimann mit dem ratifizierten Vertrage nach dem Haag zurückschickte, forderte er schleunige Absendung der Flotte, ehe die Ostseeküsten durch den Winter unzugänglich würden, sowie die Übermittelung der 4000 Mann Hilfstruppen, deren er dringend

[1] Wicquefort, II, 359.
[2] Secrete Resolutien, I, 220 ff.
[3] Pufendorf, Friedr. Wilh., V, 23.

bedürfe: nicht nur die Russen bedrohten ihn von Litauen aus, sondern auch die Schweden mit ihrer livländischen Heeresabteilung [1]. Allein die Generalstaaten, schon jetzt vertragsbrüchig, schlugen unter Vorwänden die Sendung von Soldaten ganz ab und wollten diese durch Geld ersetzen — was ihnen doch nur auf Verlangen des anderen Teiles freistand; auch über diese Subsidie befragten sie erst die einzelnen Provinzen, ob solche den casus foederis wirklich für eingetreten erachteten. Inzwischen werde sich der Kurfürst schon verteidigen.

So blieb dieser allein. Eine Gesandtschaft, die er mit der Bitte um Hilfe nach Wien abordnete, fand an dem ruhebedürftigen Kaiserhofe kühle Aufnahme. Aus Furcht, dem Vertrage vom 19. Juli gemäfs zur Unterstützung Brandenburgs angehalten zu werden, verzögerten die Braunschweiger dessen Ratifizierung fast zwei Jahre hindurch. Auch ihr Beistand versagte in eben dem Augenblicke, wo er verlangt wurde [2].

Trotzdem verzagte Friedrich Wilhelm nicht; er vertraute auf seine Einsicht und auf sein gutes Heer. Obwohl ihm die Schweden gedroht hatten, sie würden seinen Marsch nach Preufsen als Kriegserklärung betrachten und ahnden, rückte er mit den in der Kurmark versammelten Truppen durch Hinterpommern und Westpreufsen in sein preufsisches Herzogtum, das er Ende September 1655 erreichte. Bei Riesenburg vereinigte er sich mit den preufsischen Regimentern unter Waldeck. So hatte er 17—18000 Mann beisammen, über die Generalfeldzeugmeister von Sparr den Oberbefehl erhielt. Es hiefs nun, sich schleunigst an der Weichsel militärisch und politisch organisieren, während der unternehmende „nordische Alexander“ fern im Süden seinen Eroberungszug fortsetzte.

Unaufhaltsam war er in das Herz Polens eingedrungen, überall von dem abtrünnigen Adel als König begrüfst, während Johann Kasimir nur wenige Tausende um sich zu sammeln vermochte. Am 2. September schlug Karl Gustav den Gegner bei Sobota und nahm dann ohne weiteren Widerstand die Reichshauptstadt Warschau ein. Nach zwei neuen Siegen, bei Czarnowa und am Donajec, eroberte er auch Krakau (Anfang Oktober).

---

[1] Ms. Instr. an Weimann, 21./31. Aug. 1655; Berlin, Geh. St.-A. Rep. 92. — Pufendorf, a. a. O. — Aitzema, III, 1205.

[2] Köcher, I, 208.

Aus allen Palatinaten des weiten Reiches gelangten an ihn huldigende Botschaften und Abordnungen, während der unglückliche Johann Kasimir verzweifelnd den Boden Polens verliefs und unter dem Schutze des kaiserlichen Doppeladlers seinen Aufenthalt zu Oppeln in Schlesien nahm. Die beiden polnischen Heere des Koniecpolski und Potocki unterwarfen sich gleichfalls dem schwedischen Könige, den auch die Litauer anerkannten. — Auf die Länge war freilich eine Vereinigung zweier so grofser, durchaus verschieden gearteter und räumlich getrennter Reiche, wie Schweden und Polen, nicht aufrecht zu erhalten. Das sah Karl Gustav wohl ein. Sein Plan war vielmehr, das nördliche Polen unmittelbar in eine schwedische Provinz zu verwandeln, den Rest in schwedische Lehnsfürstentümer zu zerstückeln oder an die benachbarten Mächte zu verschenken, um so deren Zustimmung zu der Umwälzung zu erkaufen. Vor allem sollten die Küstenlande Schweden eng angegliedert, Kurland und Ostpreufsen wenigstens in das Vasallenverhältnis hinein genötigt werden[1]. Während seines Zuges auf Krakau hatte er nicht einen Augenblick lang die Küste und die drohende Macht des Brandenburgers aus den Augen gelassen, zu dessen Beobachtung den Feldmarschall Otto Stenbock mit 6—8000 Mann bei Nowodwor, sieben Meilen nördlich von Warschau, aufgestellt. Kaum konnte, im Anfang November, der König den Süden verlassen, als er selber von Warschau aus auf Westpreufsen losrückte, während Stenbock die Weichsel herabzog, de la Gardie von Livland her gegen Ostpreufsen marschierte. Damit nahte für den Kurfürsten die Entscheidung.

Man kann nicht sagen, dafs Karl Gustavs Gegner in Preufsen die drei Monate, die er ihnen Zeit gelassen, wohl ausgenutzt hätten. Im Anfang Oktober hatte Friedrich Wilhelm mit den Ständen des königlichen (West-)Preufsen, die in Marienburg versammelt waren, Unterhandlungen wegen eines gegenseitigen Verteidigungsbündnisses begonnen. Allein diese rückten nur langsam vorwärts. Die drei gröfseren Städte Danzig, Elbing und Thorn wollten überhaupt von Anschlufs an Brandenburg nichts wissen, und auch die kleineren Orte, sowie die Ritterschaft und die Woiwoden zeigten sich dazu erst bereit, als mit den schwedischen Heeren die Not unmittelbar an sie herantrat, d. h. als es im wesentlichen zu spät war. Die Lutheraner im Lande neigten zu den Schweden,

[1] Geijer-Carlson, IV, 108 ff.

und auch die Katholiken waren dem kalvinischen Brandenburger keineswegs günstig. Dessen Soldaten, die ihre Löhnung sehr unregelmäſsig erhielten und zum Teil erst frisch ausgehoben waren, erregten durch Plünderungen und Ausschreitungen vielfach Unzufriedenheit, während Karl Gustavs Truppen strenge Manneszucht hielten[1]. Man kann den Westpreuſsen ihr Miſstrauen nicht übermäſsig verargen, wenn man hört, daſs Friedrich Wilhelms beweglicher Ehrgeiz das Bündnis mit ihnen zu dauernder Besitznahme ihres Landes benutzen wollte; in einer Instruktion an seinen Hauptgesandten in Wien, Bonin, spricht er diese Absicht unverhohlen aus und verlangt für sie die Zustimmung des Kaisers[2].

Erst nach Verlauf von sechs kostbaren Wochen, als der Fall Krakaus die Gefahr dringend machte, wurde am 12. November zu Rinsk das Verteidigungsbündnis zwischen Brandenburg und den westpreuſsischen Ständen, aber ohne die drei Hauptorte, abgeschlossen. Die Stände sollen 4000 Mann aufbringen, die unter den Befehl des Kurfürsten treten, dieser dafür mit seiner gesamten Macht ihr Land ebenso schützen, wie sein eigenes Gebiet, und ihre Städte mit hinreichenden Garnisonen versehen. Der König von Schweden wird ersucht, die beiden preuſsischen Lande nicht mit Krieg zu überziehen; thut er es dennoch, so wird die gemeinsame Verteidigung gegen ihn unternommen.

Das Bündnis war durchaus als ein defensives bezeichnet worden. Nichtsdestoweniger war es offenbar ein Akt unzweideutiger Feindseligkeit gegen Schweden. Daſs dieses die Besitznahme Westpreuſsens und seiner Handelsstädte als das wichtigste Ziel des ganzen Krieges betrachtete, konnte nicht zweifelhaft sein; das waren die Gegenden, welche „die Eurer Majestät nächst belegenen und die nützlichsten sind,“ wie sich Erich Oxenstierna in einem Schreiben an den König ausdrückte, und deren Unterwerfung er deshalb ganz besonders anempfahl. Dahin ging auch Karl Gustavs eigene Ansicht: „das Hauptwerk beruht auf Preuſsen,“ sagt er ausdrücklich in einem Briefe[3]. Es ihm vorenthalten zu wollen, hieſs so viel, als ihm den Krieg erklären.

[1] Dep. des kaiserl. Gesandten Lisola v. 28. Nov. 1655: A. Pribram, Die Berichte Lisolas aus den Jahren 1655—1660 (Arch. f. österr. Gesch. LXX [1877]), S. 117 f.

[2] U. u. A., VII, 424.

[3] Geijer-Carlson, IV, 99. 102.

Friedrich Wilhelm schien also hier eine grofse Stellung gegen den schwedischen König einzunehmen. Die leitenden Männer Masoviens und Podlachiens, viele Litauer, die mächtigen Grofsen Potocki und Lanskoronski, sowie Herzog Johann von Kurland erklärten ihre Bereitwilligkeit, sich von den Schweden loszusagen und unter seinen Schutz zu begeben [1]. Johann Kasimir selbst sprach nicht allein seine völlige Billigung des Rinsker Vertrages aus, sondern bot auch dem Kurfürsten zuerst die Abtretung seiner chimärischen Ansprüche auf die Krone Schweden, dann die Belehnung mit Livland, endlich, da alle solche Anweisungen auf ungewisse Zukunft von dem praktischen Sinne des Brandenburgers abprallten, die von Friedrich Wilhelm als eigentlichstes Ziel so heifs ersehnte Unabhängigkeit des Herzogtums Preufsen als Preis fernerer Hilfeleistung an [2]. Viele Polen hegten sogar die Absicht, dem Kurfürsten die Krone zu übertragen; allgemein war von solchen Plänen die Rede [3]. Alles kam nur darauf an, ob diese anscheinend so verheifsungsvollen Aussichten auch die notwendige Unterlage materieller Macht erhalten würden. Und eben daran fehlte es.

Westpreufsen war vollkommen ungerüstet, das ganze Land, wie die übrigen polnischen Provinzen, in heilloser Verwirrung; die gröfseren Städte zur Kapitulation mit Schweden geneigt, mit Ausnahme Danzigs, das aber nur für sich sorgte. Dieser Gegensatz der grofsen Städte schnitt dem ganzen Werke den Lebensnerv durch. So war das Rinsker Bündnis für den Kurfürsten kein Vorteil, sondern lediglich eine Verlegenheit [4]. Und ebenso wenig war von den Niederländern zu erhalten.

Des Kurfürsten stetes Drängen um militärische Hilfe gegen der Schweden drohenden Angriff auf Memel und Pillau war von den Hochmögenden monatelang dilatorisch behandelt worden. Nur nach Danzig schickten sie einen Residenten, Pels, der aber nicht einmal bei dem Kurfürsten beglaubigt ward. Das Mifstrauen

---

[1] Pufendorf, Frid. Wilh., V, 59. 63.

[2] Das. 63. — Damus, Der erste Nordische Krieg bis zur Schlacht bei Warschau; Zeitschr. des Westpreufs. Gesch.-Vereins, Heft XII (1884), S. 36 f.

[3] Bericht de Lumbres' v. 28. Nov. 1655; U. u. A., II, 62. — Brief Des Noyers' (Sekretärs der Königin v. Polen) v. 27. Okt. 1655; Lettres de Pierre des Noyers (Berlin 1859), S. 5.

[4] Ferd. Hirsch, Brandenb. u. Rufsland, a. a. O., S. 14. — Berichte des holländ. Agenten Pels, Danzig, 4. 8. Dez. 1655; Birch, III, 236. 251.

gegen diesen nahm täglich zu; man fürchtete, er werde baldigst zu den Schweden abfallen. In seiner wahrheitsgemäfsen Versicherung, Karl Gustav dränge ihn besonders, das niederländische Bündnis aufzugeben, sah man lediglich die Ankündigung, dafs er diesen Schritt in nächster Zukunft thun werde[1]. Dafür wollte man ihm aber nicht noch niederländische Unterstützung leihen.

Endlich aber rüttelte die wohl verbürgte Nachricht: Schweden biete alles auf, Dänemark zu bestimmen, dafs es sich mit ihm zur Beherrschung der Ostsee verbinde, den Sund sperre, kein fremdes Kriegsschiff denselben durchfahren lasse, die Hochmögenden einigermafsen aus ihrer Schläfrigkeit auf[2]. Wirklich beschlossen die Generalstaaten am 22. November, dem Brandenburger Beistand zu leisten — aber nicht, wie er wünschte und das Bündnis vorschrieb, in Truppen, sondern in Geld, das jedoch erst von den einzelnen Provinzen aufgebracht werden mufste. Darüber konnten viele Wochen vergehen, die Dinge in Preufsen längst entschieden sein.

Ebensowenig erhielt der Kurfürst von dem Kaiser die dringend erbetene Hilfe von 6000 Mann. Ferdinand III. zeigte sich „perplex, auch daneben furchtsam und gar wenig gemeinet, sich zur Zeit in diesen Krieg einflechten zu lassen“. Vergebens bot Friedrich Wilhelm durch seinen Geheimrat Georg von Bonin seine Stimme zu Gunsten der Wahl von des Kaisers Sohn Leopold zum römischen Könige, ja seine Mithilfe zur Erhebung Ferdinands auch auf den polnischen Thron an. Die Antworten der kaiserlichen Minister blieben „über die Mafsen behutsam, auch vorsichtig und künstlich aufgesetzt“[3].

Von aller Welt verlassen, sah sich der Kurfürst den Streichen der überlegenen und siegreichen schwedischen Macht überliefert. Von diesem Augenblicke an — etwa Mitte November 1655 — fafste er den Entschlufs, einstweilen die von Waldeck vertretene Aktionspolitik aufzugeben und sich, um möglichst hohen, aber schliefslich um jeden Preis bis auf günstigere Zeiten mit Karl X. Gustav zu verständigen. Hatte er doch, nach seiner Weise, sich immer den Rückzug offen gelassen, indem er die Verhandlungen

---

[1] Secrete Resolutien, I, 242 ff. 249 ff. — Birch, III, 112. 174. — U. u. A., III, 90. — Aitzema, III, 1206.

[2] Fr. Bosse, Zur diplomatischen Vorgeschichte des Königsberger Vertrages (Berliner Dissert. 1887), S. 35.

[3] U. u. A., VII, 421 ff.

mit dem schwedischen Herrscher unausgesetzt aufrecht erhielt. Waldeck war überhaupt bei ihm in Ungnade gefallen. An der Haltung der von dem Reichsgrafen organisierten preufsischen Regimenter war bei der grofsen Revue von Riesenburg sehr viel zu tadeln gewesen[1]. Er hatte die ihm vom Kurfürsten mit ausdrücklicher Anordnung kräftigen Widerstandes[2] aufgetragene Verteidigung Ostpreufsens gegen die schwachen Truppen Stenbocks sehr schlecht geführt und sich dabei ganz mutlos gezeigt[3]. Seitdem[4] hat Friedrich Wilhelm den Kampf gegen Schweden nur noch zum Scheine und zur Erlangung besserer Bedingungen fortgesetzt.

Die brandenburgische Armee im herzoglichen Preufsen, wenigstens 17000 Mann, war den Schweden, die jetzt an den Grenzen standen, an Zahl fast gleich und auch an Tüchtigkeit meist nicht minderwertig. Es ist interessant, das Urteil eines fremden Sachverständigen, des französischen Gesandten de Lumbres, über dieses erste wirkliche Heer Brandenburg-Preufsens zu hören. Die Truppen machen ihm einen sehr günstigen Eindruck, ebenso scheinen die Offiziere sehr tüchtig, nur sind sie, aus den verschiedensten Elementen rekrutiert, noch zu wenig miteinander eingelebt und in ihren Ansichten allzu sehr von einander abweichend. Am wenigsten genügte ihm der General — Sparr —, von dem er meint, es fehle ihm an Überblick und wahrem Feldherrntalent. Offiziere und Mannschaften waren voll guten Mutes und begehrten, nun endlich mit den Schweden zu raufen[5]. Es hat sich später gezeigt, dafs es auch Friedrich Wilhelm an Mut nicht fehlte, wenn es galt, durch kühnes Draufgehen eine schwierige Lage zu entscheiden. Aber nun konnten ihn weder die Wünsche seiner Offiziere noch die Vorstellungen Waldecks, der die ihm gemachten Vorwürfe durch kecke Offensive zu widerlegen suchte, zu thatkräftigem Handeln bewegen: er wich langsam vor dem Feinde zurück, sorgfältig jedes Gefecht vermeidend.

---

[1] Rauchbar, I, 88.

[2] Kurfürst an Waldeck, 4. Nov. 1655; U. u. A., VII, 470.

[3] Orlich, I, 119f.

[4] Die wiederholten Befehle zum Rückzuge an Waldeck beginnen am 14. Nov.: U. u. A., VII, 489ff.

[5] U. u. A., II, 63. — Des Noyers nennt die Truppen des Kurfürsten les meilleures troupes du monde: Lettres, p. 11. — Erdmannsdörffer, Waldeck, 356 Anm. 3. — Vgl. U. u. A., VII, 477.

Nicht eine Maſsregel unternahm er, die im Rinsker Bündnisse eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, dem freilich die Westpreuſsen bei der Kürze der Zeit auch nicht hatten nachkommen können. Anfang Dezember begab er sich selber nach Königsberg, das er schon vierzehn Tage früher seinem ganzen Heere als Ziel des sofort anzutretenden Rückzuges bezeichnet hatte. Thorn und Elbing, die immer Hinneigung zu den Schweden gezeigt hatten, öffneten ihnen ohne jeden Widerstand die Thore. Nur die Marienburg, die polnische und brandenburgische Besatzung hatte, und Danzig, das von seinen Bürgern tapfer verteidigt wurde, hielten sich inmitten der schwedischen Hochflut. Schnell entschlossen, wie immer, und den Blick auf das Wichtigste gerichtet, lieſs Karl Gustav zur völligen Besetzung Westpreuſsens Stenbock mit geringen Streitkräften zurück und ging selber, Ende Dezember 1655, mit dem Hauptteile seines Heeres nach dem herzoglichen Preuſsen, um mit dem Brandenburger auf die eine oder andere Weise ins Reine zu kommen.

Zum Scheine machte der Kurfürst noch Versuche, den Kaiser und die Niederländer zum Einschreiten zu bestimmen. Aufrichtig, wirklich kriegerisch meinte er das nicht. In voller Absicht hatte er sich seit einem Monate militärisch in solche Lage versetzt, daſs jede Hilfe zu spät kommen muſste, daſs er den Schweden keinen längeren Widerstand mehr zu leisten vermochte. Der Zweck, den er bei jenen Schritten im Auge hatte, war hauptsächlich der, durch drohendes Auftreten seitens des Kaisers oder der Generalstaaten den Schwedenkönig zu schrecken und ihm günstigere Friedensbedingungen abzunötigen. Miſslang aber das Bemühen bei den fremden Mächten — wie solches nur allzu wahrscheinlich war —, so hatte Friedrich Wilhelm den schönsten Grund, seinen Anschluſs an Karl Gustav mit der bitteren Notwendigkeit zu rechtfertigen. Demgemäſs handelte er mit der Miene gröſster Aufrichtigkeit. Den Wiener Hof ging er um eine „reale Diversion“ an (20. Dezember), die aber noch „in dieser Stunde“ geschehen müsse — das Gesuch fand kein Gehör[1]. Zu gleicher Zeit forderten die brandenburgischen Gesandten im Haag schleunige Absendung der 4000 Mann Hilfstruppen, sofortige Ausrüstung einer mächtigen Flotte für die Ostsee, Erlaubnis zur Anwerbung von 8000 Soldaten im Gebiete der Vereinigten Pro-

[1] U. u. A., VII, 439 ff.

vinzen, endlich eine Anleihe von 200000 Reichsthalern, für die die preufsischen Seezölle als Pfand zu dienen hätten. Aber trotz alles Drängens der Gesandten und trotz aller schönen Worte der Holländer wurde nichts erreicht, als die endliche Auszahlung der schon seit zwei Monaten fälligen 120000 Gulden Hilfsgelder. Dieses Zögern war nicht sowohl eine Folge des Einflusses des schwedisch gesinnten Protektors Cromwell: vielmehr wollten auf diese Weise de Witt und seine Freunde durchsetzen, dafs der Kurfürst, bis zur Abzahlung der zu kontrahierenden Schuld, Pillau einer niederländischen Besatzung einräume. So gedachten sie die Not des Verbündeten auszubeuten[1].

Die Niederländer wünschten also in Preufsen unter ähnlichen Vorwänden festen Fufs zu fassen, wie sie es längst in Kleve gethan. Dazu wollte es aber Friedrich Wilhelm keineswegs kommen lassen: der schreitende Löwe mit dem Pfeilbündel war ihm in seinen Seefesten ebenso unlieb wie das Drei-Kronen-Banner. Gerade um diese Frage drehten sich die Unterhandlungen, die zuerst Somnitz in Thorn mit dem Könige und dann der von diesem nach Königsberg entsandte Erich Oxenstierna mit Friedrich Wilhelm selbst führten. Die Schweden waren zu allen möglichen Zugeständnissen, sogar der von dem Kurfürsten dringend begehrten Souveränität, bereit, wenn sie nur das Recht erhielten, die preufsischen Seezölle für eigene Rechnung und durch ihre eigenen Beamten zu erheben. Allein mit der vollen Festigkeit in den leitenden Grundsätzen und Zielen, die Friedrich Wilhelm immer trotz aller Veränderlichkeit im einzelnen bethätigt hat, verzichtete er lieber auf den Namen der Souveränität, um nur nicht Fremde in seinen wichtigsten Städten die Herren spielen zu sehen. Dabei zogen sich aber die Brandenburger immer weiter zurück; am Ende des Jahres standen die Schweden auf allen Seiten nur wenige Stunden von Königsberg entfernt, und die dort zusammengedrängten kurfürstlichen Truppen begannen Mangel zu leiden. Die Schweden dagegen lebten auf Kosten des Herzogtums und trieben in diesem tüchtige Kontributionen zur Abhilfe ihres Geldmangels ein[2].

---

[1] Secrete Resolutien, I, 269 ff. — Aitzema, III, 1206. 1209. — U. u. A., III, 91. — Brieven van Witt, III, 168. — Pufendorf, Frid. Wilh., V, 23. — Wicquefort, II, 370. 409 ff.

[2] Berlin, Kgl. Bibl., Manuscr. Boruss., fol. 168, S. 257 ff.

Die ganze Kriegführung des Kurfürsten war damals eine Komödie; die schwedenfreundliche Gesinnung seiner eigenen lutherischen Unterthanen in Preufsen[1] hatte ihn in dem Entschlusse befestigt, keinen ernsthaften Widerstand gegen Karl Gustav zu versuchen. Sein Heer, die einzige Grundlage seiner Macht gegenüber allen äufseren und inneren Feinden, wollte er nicht aufs Spiel setzen. Die früheren stolzen Absichten waren nicht aufgegeben; später, mit kluger Benutzung der Umstände, sollte ihre Verwirklichung wieder angestrebt werden. Aber einstweilen hatte er nur Doppeltes im Auge: möglichst gute Bedingungen von den Schweden zu erlangen, und dann vor der Welt als zur brüsken Änderung der Partei und zum Bruche seines den Polen geleisteten Lehnseides gezwungen zu erscheinen. Das Letztere hatte er durch seinen Rückzug in eine wehr- und hoffnungslose Lage vollkommen erreicht; zu dem ersteren bot ihm Karl X. Gustav selber die Hand.

Des genialen Kriegsfürsten Lage war keineswegs so glänzend, wie es den Anschein hatte; vielmehr stiegen von allen Seiten Gefahren wider ihn auf. Der europäische Katholizismus sah mit Kummer und Zorn die überraschenden Erfolge des protestantischen Herrschers in altgläubigem Lande. Selbst Mazarin konnte sich diesen Stimmungen nicht entziehen, und mit Frankreich schien den Schweden der einzige Bundesgenosse zu entgehen. Karl X. war thatsächlich gegen die Franzosen sehr mifsgestimmt; er meinte, sie unterstützten Polen und Brandenburg und machten den Kurfürsten gegen ihn so hartnäckig[2]. Vom Papste angefeuert und der schwedischen Gröfse stets feindlich, zettelte der kaiserliche Hof überall Intrigen an, die nicht ohne Wirkung blieben und ein späteres Eintreten Österreichs für die polnische Sache in Aussicht stellten. Der geistvollste und schneidigste unter den kaiserlichen Diplomaten, Franz von Lisola, erschien im brandenburgischen Lager. Vor allem aber reizten die Österreicher den russischen Zaren zum Kampfe gegen die Schweden. Schon standen in Litauen russische und schwedische Truppen einander gegenüber; es mufste hier um so sicherer zum Kampfe kommen, als der Moskowiter mit richtiger Politik Zugang zur Ostsee begehrte in jenen baltischen Provinzen, die Schweden für

---

[1] Rauchbar, I, 105 f.

[2] Bericht de Lumbres' v. 18. Dez. 1655; U. u. A., II, 71.

sich in Anspruch nahm und gröſstenteils besetzt hielt. Auch die Kosaken wollten in Polen den Schweden nicht als absoluten König sehen, und Chmielnicki ging, ebenso wie sein tartarischer Verbündeter, der Khan der Krim, Mohammed Gerai, zu Johann Kasimir über. Dabei regte sich Dänemark, der alte Nebenbuhler Schwedens, gestützt auf Holland, das es unermüdlich zum Kriege antrieb, und dessen mächtige Flotte im nächsten Frühjahr sicher in der Ostsee erschien. Das Schlimmste aber wàr für Karl Gustav, daſs die Unterwerfung Polens sich als eine nur scheinbare erwies. Die schnellen Erfolge der Schweden hatten die Polen betäubt, geblendet; mit Johann Kasimir waren sie längst unzufrieden: so hatten sie sich dem neuen Herrscher angeschlossen. Allein bald kamen sie zur Besinnung. Sollte ein Ketzer über die Rechtgläubigen herrschen, die geistlichen Güter einziehen, sie alle zu Lutheranern machen? Die gesamte Geistlichkeit wühlte mit Macht gegen die Schweden. Auch das Gefühl nationalen Gegensatzes regte sich, und zwar umsomehr, als der geldarme Schwedenkönig wiederholt harte Steuern und unerschwingliche Brandschatzungen erpreſste. Kurz, von allen Seiten erhob sich mit dem Ende des Jahres 1655 der Aufstand gegen die Fremden. Johann Kasimir, der nun als nationaler Herrscher erschien, kehrte in sein Reich zurück, von dem neuen Papste Alexander VII. für die ersten Kriegsbedürfnisse mit 100000 Gulden ausgestattet, und sah sich bald an der Spitze zahlreicher Scharen[1].

Von so vielen Gefahren bedroht, fand Karl Gustav sich genötigt, vor allem mit Preuſsen fertig zu werden[2]. Hatte er früher gespottet, die Brandenburger trieben es wohl wie die Polen und sprächen von ihren groſsen Heeren, während sie noch nicht die Hälfte davon wirklich unter den Waffen hätten — so hatte er sich inzwischen von der Realität der starken kurfürstlichen Armee überzeugt. Eine gewisse Zusammengehörigkeit empfanden

---

[1] L. J. Rudawski, Historia Poloniae (Warschau u. Leipzig, 1755, fol.), S. 207—227 f. — Rudawski, dem österreichischen und katholischen Interesse durchaus ergeben, ist dem Kurfürsten von Brandenburg sehr feindlich gesinnt und hat zur Verbreitung der falschen Anschauung, als habe dieser von Beginn an das Bündnis mit Schweden beabsichtigt und beruhten alle seine anderweitigen Handlungen nur auf Täuschung, sehr viel beigetragen.

[2] Dies war der wahre Beweggrund für Karls X. Friedensliebe dem Brandenburger gegenüber: Lettres de P. des Noyers, p. 77.

übrigens die beiden protestantischen Hauptmächte Deutschlands doch unter einander. Man machte von beiden Seiten Zugeständnisse, zumal aber mufste, seiner akuten Bedrängnis zufolge, Friedrich Wilhelm Nachgiebigkeit üben. So kam am 17. Januar 1656 zu Königsberg der Vertrag zu stande.

Der einzige Vorteil, den er dem Kurfürsten brachte, war die Einräumung Ermlands mit dessen wichtigster Stadt, Braunsberg. Allein er erhielt die neue Provinz nur als Lehen Schwedens; und ebenso mufste er von diesem Staate das Herzogtum Preufsen zu Lehen nehmen. An Stelle der Abhängigkeit von dem schwachen, zerrütteten Polen trat nun die von dem starken, geeinten, waffenmächtigen Schweden. Zwar wurde der Kurfürst von der bisher geleisteten Lehnsabgabe befreit, auch das für seine landesherrliche Gewalt so gefährliche Appellationsrecht von den herzoglichen an die königlichen Gerichte aufgehoben. Aber dafür ward militärisch Ostpreufsen gänzlich der schwedischen Macht unterworfen. Anstatt der hundert Lehnsreiter sollte Friedrich Wilhelm künftig 1500 Mann dem Könige stellen; dieser erlangte freies Durchzugsrecht für seine Truppen durch das Herzogtum, sowie die Befugnis, dafs nicht nur seine Handels-, sondern auch seine Kriegsschiffe Zugang zu den preufsischen Häfen hätten; ja, es ward dem Kurfürsten förmlich verboten, ohne Schwedens Zustimmung Kriegsfahrzeuge auf der Ostsee zu halten. Am schmerzlichsten aber war ihm jedenfalls, dafs er die so mühsam errungene Verfügung über den preufsischen Seehandel verlor und die Hälfte der Seezölle Pillaus und Memels an Schweden überlassen mufste. Militärisch, kommerziell und politisch war so das Herzogtum Preufsen der skandinavischen Macht unterthan[1]. Die Schweden triumphierten: sie sprachen überall von ihrem „Kaiserreiche“, von ihrer Herrschaft über die Ostsee, in der kein nichtschwedisches Kriegsschiff mehr erscheinen dürfe[2].

Das war ein klägliches und demütigendes Ende all der hochfliegenden Hoffnungen, mit denen Brandenburg in den schwedisch-polnischen Kampf eingetreten war. Die Erwerbung Ermlands bedeutete wenig gegenüber der Thatsache, dafs der Kurfürst auf seine jüngst erworbene thatsächliche Unabhängigkeit in Preufsen, auf seine so gern gehegten maritimen Pläne hatte verzichten

[1] v. Mörner, Staatsverträge, 195 ff.
[2] Nieupoort an de Witt, 4. Aug. 1656; Brieven, III, 259.

müssen. Die Ursachen dieser Niederlage sind freilich nicht ausschliefslich bei den brandenburgischen Staatslenkern zu suchen. Sie bestehen zum überwiegenden Teile in den unerwartet schnellen und durchgreifenden Erfolgen Karl Gustavs gegen die Polen, in dem bundesbrüchigen Verzögern der niederländischen Hilfe, in der verräterischen Gesinnung der Preufsen. Indes die Niederlage war deshalb nicht minder grofs und kränkend.

Aber es lag in der Weise Friedrich Wilhelms, sich nicht von dem Mifsgeschick niederbeugen zu lassen, sondern vielmehr von der neuen, scheinbar noch so ungünstigen Grundlage aus sofort mit Eifer die kaum zusammengestürzten Pläne wieder aufzubauen. Er hatte sich im Königsberger Vertrage immerhin seine Aktionsfreiheit gewahrt. Er konnte also abwarten, was die Zukunft bringen werde. Indem es schon damals klar wurde, dafs der polnische Krieg recht eigentlich erst jetzt beginne, und dafs Karl Gustav grofsen Gefahren entgegengehe, durfte der Kurfürst auf Verwickelungen rechnen, die ihm Gelegenheit zu günstigerer Gestaltung der Dinge bieten würden.

Zwölftes Kapitel.

Brandenburg als Schwedens Bundesgenosse.

Der Abschlufs des Königsberger Vertrages erregte in ganz Europa grofses Aufsehen und fand, bei der allgemeinen Abneigung gegen Schweden, lebhafte Mifsbilligung. Man war jetzt fest davon überzeugt, der Kurfürst sei von Beginn an mit Karl Gustav in heimlichem Einverständnis gewesen. Am zornigsten waren die Niederländer, die es schmerzte, nun niemanden zu haben, der für sie die Schweden von den preufsischen Häfen fern hielt, und denen es um die 120 000 Gulden leid that, die sie an Subsidien dem Kurfürsten schon bezahlt hatten. Sie beschuldigten ihn der Wortbrüchigkeit, des Verrates an ihnen und an seinem polnischen Oberherrn und drohten mit der Besitznahme Kleves. De Witt sprach von der politique vulpinante — der Fuchspolitik — des Brandenburgers[1]. Indes Friedrich Wilhelm kannte zu genau die Friedensliebe der Holländer und die Gröfse ihrer Handelsinteressen in Preufsen, um sich über ihr Schmälen und Drohen sonderlich zu erregen. Er setzte ihnen die Zwangslage auseinander, in der er sich befunden, und sandte ihnen, um sie ganz zu besänftigen und wegen der Seezölle zu beruhigen, Georg von Bonin zu[2].

Die Polen hatten dem Königsberger Vertrage zunächst keine wesentliche Bedeutung beigelegt. Sie meinten, wie so viele ihrer Magnaten, sei der Kurfürst durch Zwang zu zeitweiser Unter-

---

[1] Lefèvre-Pontalis, Jean de Witt (Paris 1884), I, 250.

[2] Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 2—6. — Aitzema, III, 1252 f. — U. u. A., III. 91, VII, 28 ff. — Secrete Resolutien, I, 291. — Birch, III, 403.

werfung unter die schwedische Gewalt genötigt worden und werde, sobald Karl Gustav anderweit beschäftigt sei, von ihm abfallen[1]. Um so gröſser war freilich ihr Unwille, als nach dem Abzuge des fremden Königs nach Süden Friedrich Wilhelm keine Miene machte, zu seinem rechtmäſsigen Herrscher zurückzukehren. Alle die polnischen Groſsen, die ihren ersten Verrat durch einen zweiten zu sühnen geglaubt hatten, schmähten nun den Brandenburger auf das bitterste und sprachen ihm wegen seiner „Felonie" das Herzogtum ab, das sie schon in Gedanken für sich in Starosteien verteilten.

Am leichtesten fiel es dem Kurfürsten, den Kaiser zu beschwichtigen. Schwach, kränklich, unentschlossen, strebte damals Ferdinand III. lediglich eine vermittelnde Thätigkeit zwischen Polen und Schweden an[2] und konnte deshalb dem Stellungswechsel des Brandenburgers keine besondere Bedeutung beimessen.

Der kaiserliche Diplomat Lisola, der in Elbing weilte, hat mit dem ihm eigenen Scharfblick sofort die wahre Absicht Friedrich Wilhelms bei Abschluſs jenes Vertrages erkannt. Dieser wird keine Dauer haben, schreibt er[3]; geht es den Schweden gut, so werden sie den Kurfürsten zu engerem Bündnisse nötigen; geht es ihnen schlecht, wird er sich gegen sie wenden. In der That, Friedrich Wilhelm hat seine Unabhängigkeit nicht bleibend aufgeben wollen. Des zum Zeichen hatte er vertragsmäſsig die Leistung des Lehnseides auf ein Jahr vertagen lassen, stellte er auch zunächst die 1500 Lehnsreiter dem schwedischen Heere nicht[4]. Mit dem Abkommen hat er sich der von ihm für übermächtig gehaltenen Gegnerschaft Schwedens einstweilen entledigen wollen — aber für die Zukunft behielt er sich die Entscheidung vor, je nach den Wechselfällen des Krieges und der Politik. Die Zusammenkunft, die er, unmittelbar nach der Königsberger Einung, zu Bartenstein mit Karl Gustav hatte, verlief sehr herzlich; beide Fürsten küſsten sich wiederholt und tranken Brüderschaft. Allein das Bemühen des Schwedenkönigs, seinen neuen

[1] Damus, Der erste nordische Krieg, 56.

[2] A. F. Pribram, Franz Paul Frhr. v. Lisola (Leipzig 1894), S. 88.

[3] 26. Febr. 1656; Pribram, Berichte Lisolas 1655—60 (Arch. f. öst. Gesch., LXX), S. 141.

[4] Auf des Königs Mahnung hat er zwar (29. März 1656) die Stellung der 1500 M. versprochen (U. u. A., III, 555); indes diese Zusage ist zunächst nicht erfüllt worden.

Freund zum Eingehen eines Schutz- und Trutzbündnisses zu bewegen, blieben vergeblich. Um in seiner Unthätigkeit zu verharren, schützte er die Krankheit seiner Gemahlin vor, die, schon durch eine vorzeitige Entbindung geschwächt, von den Pocken befallen war, und deren nicht ungefährliches Leiden ihn in der That tief bekümmerte. Einen ferneren Grund, sich den Schweden nicht weiter zu verpflichten, bot die drohende Annäherung der Russen von Livland her; um gegen sie Wache zu halten, sandte er die Hälfte seines preufsischen Heeres, 9000 Mann, an die Ostgrenze des Herzogtums[1].

Aber nicht allein von dort her erschienen Gefahren, auch im deutschen Reiche regten sich die alten Gegner. Der Neuburger Pfalzgraf bemühte sich nicht ohne Erfolg, das Kölner katholische Bündnis zu erweitern, und nahm die Bedrückung seiner evangelischen Unterthanen mit frischem Eifer wieder auf. Den Papst und Frankreich gedachte er gegen Brandenburg anzurufen, mit Konnivenz der kaiserlichen Gesandten, die gegen alle Protestanten schwere Drohungen vernehmen liefsen[2].

Diesen Umtrieben gegenüber fand sich Friedrich Wilhelm endlich veranlafst, ein Verteidigungsbündnis mit Frankreich zu schliefsen, wie dieses es schon lange begehrte. Mazarin, der gerade damals im Verein mit Cromwell zum entscheidenden Schlage wider Spanien ausholte, hätte gern einen Teil des kurfürstlichen Heeres zu unmittelbarer Verfügung erhalten, sich wenigstens des Brandenburgers Hilfe gegen jeden Angriff von Seiten des Kaisers gesichert. Allein darauf ging Friedrich Wilhelm nicht ein, um nicht die Freiheit des Handelns und die Verfügung über seine Armee zu verlieren. Das Bündnis bezog sich deshalb, wie nur auf des Kurfürsten Reichslande — nicht Preufsen — so lediglich auf die deutschen Gebiete des Allerchristlichen Königs: Elsafs, Sundgau, die drei lothringischen Bistümer, Breisach und Philippsburg (24. Febr. 1656)[3]).

Freilich, Waldeck hat nach seiner abenteuerlichen Art in Entwürfen der Eroberung der Rheinlande mit Hilfe Frank-

[1] Berichte de Lumbres', v. 27. Jan., und d'Avaugours v. 4. Febr. 1656; U. u. A., II, 75 f. — Berichte Pels'; Birch, III, 463. 475. 490. — Denkschr. Waldecks, Jan. 1656, u. Protokoll Waldecks über die Bartenst. Zusammenkunft; U. u. A., VII, 527. 545.

[2] Droysen, III, II², 183 f.

[3] Dumont, VI, II, 129. — U. u. A., II, 80 ff.

reichs geschwelgt und darüber mit dem Gesandten de Lumbres ein Vielfaches verhandelt, in jedem Falle sein persönliches Eintreten in den Dienst Frankreichs, sobald der Friede geschlossen sei, zugesagt. Er hatte eben für Brandenburg als solches kein Interesse, sondern nur für den eigenen Nutzen [1]. Allein andere Räte, wie der klare und einsichtige Somnitz und der geniale Weimann im Haag, widersetzten sich mit Recht so ungeheuerlichen und unübersehbaren Plänen [2], und es giebt kein Anzeichen dafür, dafs der Kurfürst sie je gebilligt hat. Wenn er damals von „grofsen Entwürfen" redet, so bezieht sich das sicher auf seine Absicht, die preufsische Souveränität und Eroberungen in Polen zu gewinnen. Hat er doch sogar die Ratifizierung des französischen Vertrages acht volle Monate, bis zum Oktober 1656, verzögert, während Ludwig XIV. sie nach wenigen Wochen vollzogen hatte [3]. Sicherlich ein Beweis, dafs er Bedenken trug, sich in die westeuropäischen Verwickelungen einzulassen, so lange die Schwierigkeiten im Osten fortdauerten.

Das Wesentliche war ihm, die augenblickliche Ruhe und Neutralität zu benutzen, um sich gegen alle Gefahren durch Verstärkung seines Heeres zu sichern. Das schien ihm auch der beste Weg, um von allen möglichen Ereignissen Nutzen ziehen zu können. Er liefs in Kleve, Magdeburg und der Kurmark werben: möglichst gediente Offiziere und Soldaten suchte er. So wollte er seine Feldarmee auf 25000 Mann bringen, mit denen er, wie er selber dem Statthalter Kleves, Grafen Moritz von Nassau-Siegen, ankündigt, aufser Landes einen Offensivkrieg zu führen gedachte. Ein grofser Plan beschäftigte ihn: polnische Eroberungen und die Erringung der Souveränität, deshalb dürfe auf etwaigen Widerspruch der Stände keine Rücksicht genommen werden [4]. Nicht nur der natürliche Unternehmungsgeist des Kurfürsten mufste ihm die Neutralität auf die Länge unmöglich machen, ihn zu kühnem Vordringen veranlassen: es war auch unthunlich, ein so bedeutendes Heer auf Kosten des ausgesogenen

[1] Erdmannsdörffer, Waldeck, 367 ff. — Über Waldecks persönliches Erbieten: U. u. A., II, 77. Vgl. das. 81 ff. 86. 88. 91. 93 ff., VII, 553. 562 ff. 567 ff. 570 ff. — Haumant, La guerre du Nord, 104.

[2] Protokoll der Geh. Rats-Sitzung: U. u. A., VII, 556 f. — Dep. Weimanns v. 4. April, 9. Mai; das. 47. 49.

[3] v. Mörner, Staatsverträge, 201.

[4] U. u. A., V, 839 f. 844. — Birch, III, 542.

und mifsvergnügten Herzogtums Preufsen zu unterhalten. Nach damaliger Auffassung war eine stehende Armee nur erträglich, wenn sie von den Fremden bezahlt und genährt wurde. Gegen wen aber war des Kurfürsten „Intent“, sein „Dessein“ gerichtet, gegen Polen oder Schweden?

Karl X. Gustav hatte sich nicht einen Augenblick bei der Erwägung aufgehalten, eine wie überaus schwierige Aufgabe es sei, mit den 30000 Mann, die er noch in den baltischen Provinzen und an der Weichsel befehligte, Polen, Tartaren, Kosaken und Russen zugleich zu bestehen. In vollem Vertrauen auf den unvergleichlichen Mut und militärischen Wert seines trefflichen Heeres war er, sofort nach der Bartensteiner Zusammenkunft, nach dem südlichen Polen aufgebrochen, um dort die sich neu bildende Macht Johann Kasimirs zu zertrümmern. Allein auch seine Feldherrnkunst und die Kühnheit seiner Truppen konnten Unmögliches nicht möglich machen. Wo die Polen sich ihm entgegenstellten, schlug er sie. Aber von ihren zahllosen leichten Reitern umschwärmt, die ihm die Zufuhr abschnitten und alle Nachzügler töteten, in unwirtlicher Jahreszeit auf grundlosen Wegen durch verwüstetes Land marschierend, sah er sein kleines Heer täglich zusammenschmelzen. Bei Jaroslaw hatte er nur noch 8000 Mann um sich — Mitte März 1656 — da mufste er umkehren. Sein Rückzug war eine bewundernswerte Leistung der Geschicklichkeit, Kriegskunst und Verwegenheit. Allein was halfen gegen die übermächtigen Verhältnisse alle kühnen Thaten? Seine Absicht war gänzlich verfehlt, und nur 4000 Mann brachte er an die preufsische Grenze zurück. Alle Polen hatten ihn verlassen, das ganze Reich scharte sich sieges- und rachedürstend, fanatisch um Johann Kasimir. Nur wenige Festungen, wie Krakau und Warschau, wurden noch von schwedischen Besatzungen verteidigt.

Dringender als je bedurfte der König der brandenburgischen Bundesgenossenschaft. Freilich wollte er noch den alten schwedischen Übermut festhalten, als sei er der Gebende, der Kurfürst der Bittende und Begnadigte. Er wollte ganz Preufsen mittelbar oder, noch besser, unmittelbar besitzen, Friedrich Wilhelm mit einem Stücke Polen abfinden, das erst zu erobern und zu behaupten war. Auch liefs er, inmitten seiner abenteuerlichen Kriegsunternehmungen, den Kanzler Erich Oxenstierna monate-

lang ohne Instruktion[1]. Andrerseits langte Graf Podlodowski als Gesandter des polnischen Königs bei dem Kurfürsten an und verhieſs ihm völlige Verzeihung, wenn er dem Beispiele des übrigen polnischen Adels folgen und sich mit gesamten Kräften dem rechtmäſsigen Herrscher zur Verfügung stellen wolle gegen die schwedischen Angreifer.

Welchen Weg sollte nun die brandenburgische Politik einschlagen? sich mit den Schweden oder den Polen verbinden oder neutral bleiben?

Von letzterer Möglichkeit konnte nicht ernstlich die Rede sein. Sie hätte, durch die Kosten des Heeres, die kurfürstlichen Lande zu Grunde gerichtet. Sie hätte Brandenburgs Reputation zerstört und es abermals, wie vor dem Königsberger Vertrage, zum wehrlosen Opfer des Siegers gemacht.

Für Anschluſs an Polen stimmten die meisten Geheimräte: Somnitz, Hoverbeck, der aufstrebende Friedrich Jena. Sie schilderten die Gefahren, die Brandenburg aus dem unersättlichen Ehrgeize, dem kecken Übermute, der steten Feindschaft Schwedens erwachsen müſsten, wenn dieses siegte. Von den Polen sei man sicher, jetzt die vorteilhaftesten Bedingungen zu erlangen; so werde man sich auch die Gunst der Katholischen erwerben, die für die Jülicher Verhältnisse höchlichst zu schätzen sei. Ebenso sprächen Pflicht und Gewissen für ein Bündnis mit Polen.

Ihnen allen gegenüber beharrte einzig Waldeck bei der schwedischen Partei. Vom rechtlichen Standpunkte, führte er aus, sei man jetzt nicht so sehr den Polen wie den Schweden verpflichtet. Hier seien ferner ein siegreicher König, ein unwiderstehliches Heer die Bundesgenossen, bei den Polen aber alles Verwirrung. Hier winke für den Augenblick Eroberung und groſse Beute, für die Zukunft Hilfe in allen Angelegenheiten des deutschen Reiches, Sieg der protestantischen Sache, günstige Erledigung der Jülicher Frage[2].

Diese Gesichtspunkte bestimmten den Kurfürsten, sich auf Waldecks Seite zu stellen, um so mehr, als Podlodowski sich nur zu ganz unsicheren Verheiſsungen herbeilieſs[3]. Am 29. April 1656 fasste Friedrich Wilhelm den entscheidenden Beschluſs. Er

[1] Geijer-Carlson, IV, 126 f. — Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 13. 14.

[2] Ausführliche Darlegung der Debatten bei Pufendorf, VI, 15—19. — Rauchbar, I, 114 ff.

[3] Brief Lisolas v. 3. Juni 1656; p. 174.

forderte von dem schwedischen König bedeutenden Lohn für sein Bündnis: die Souveränität in Preufsen, auf der er indes nicht unbedingt zu bestehen erklärte, Beihilfe zur Erlangung der ganzen Jülicher Erbschaft [1], vor allem die „Kommunikationslinie" zwischen der Neumark und Preufsen, das ganze polnische Gebiet bis Warschau hin, und zwar in voller Souveränität [2]. Darüber unterhandelten Waldeck und der Armee-Schatzmeister von Platen zuerst mit Erich Oxenstierna in Frauenburg, dann, seit Mitte Mai, mit Karl Gustav selbst, der Danzig belagerte, in Marienburg. Die wichtige polnische Erwerbung gestand der König dem Kurfürsten gern zu, schwieriger zeigte er sich in den Fragen der preufsischen Souveränität und der Jülicher Erbschaft. Schon kam ihm Friedrich Wilhelm zu Hilfe, indem er vermittelnd zwischen Schweden und den Generalstaaten wirkte [3].

Da traten aber Ereignisse ein, die den Anschlufs an Schweden geradezu als eine ernste Gefahr für das Dasein des brandenburgisch-preufsischen Staates erscheinen liefsen.

Die Lage der Schweden wurde immer hoffnungsloser. Zwar erfocht am 1. Juni Karl Gustav einen neuen grofsen Sieg über den tapfern polnischen General Czarnecki; aber dieser Erfolg konnte eine dauernde Wirkung nicht üben. Die Polen belagerten Warschau. Dänemark und die Generalstaaten einigten sich zur Rettung Danzigs, und eine mächtige niederländische Flotte unter Admiral Opdam ging zum Schutze dieser Stadt unter Segel. Die Russen begannen Feindseligkeiten, drangen in die übel bewahrten baltischen Provinzen Schwedens ein, plünderten Nyen aus und belagerten Nöteborg. „Das ist ein schwerer Schlag," schrieb Erich Oxenstierna dem Könige, „der trifft bis auf die Haut [4]." Kein Zweifel, dafs Dänemark bald dem Beispiele der Russen folgen würde. Ein starkes kaiserliches Heer unter Erzherzog Leopold Wilhelm versammelte sich drohend in Schlesien. Allen

[1] Darauf beziehen sich die Worte des Kurfürsten: „Die Jüllische sache aber mufs hiebey woll beobachtet werden", an den Grafen von Waldeck (ohne Datum, U. u. A., VII, 573), da vorher lediglich von der „instruktion ahn den König in Schweden" die Rede ist. Waldeck schliefst daran freilich wieder lange Abhandlungen über einen Krieg gegen Neuburg, den er jetzt allerdings bis nach dem polnischen Frieden vertagt.

[2] Instruktionen für Waldeck und Platen v. 1., 2., 11. Mai 1656; U. u. A., VII, 574 ff. 585 ff. 590 ff.

[3] Birch, III, 729 ff.

[4] Geijer-Carlson, IV, 145.

diesen Widersachern gegenüber besafs Schweden keinen Freund. Sein alter Verbündeter, Frankreich, nur auf den Kampf gegen die Habsburger bedacht, verweigerte ihm jede Hilfe für den nordischen Krieg: Schweden soll mit Polen Frieden schliefsen, um in Deutschland „den Plänen des Kaisers ein angemessenes Gegengewicht“ zu bilden; es soll in die französische Klientel deutscher Fürsten eintreten — nur dann gewährt ihm Frankreich Beistand an Geld und Mannschaften. Avaugour wird bei Karl Gustav, Roger Akakia bei Johann Kasimir die Friedensvermittelung übernehmen [1].

Sollte sich Brandenburg dem von gefährlichster Brandung umtosten, mit völligem Scheitern bedrohten Schiffe Karl Gustavs anvertrauen? Des Kurfürsten Lage wurde überaus bedenklich, und er konnte seine Besorgnisse nicht verbergen [2]. Schon zeigten ihm Johann Kasimir und dessen ehrgeizige, hochbegabte Gemahlin Luise Marie Gonzaga, die Schwester der neuburgischen Pfalzgräfin, bittere Feindschaft, drangen polnische Scharen sengend und mordend in die Neumark und Hinterpommern, Tartarenhorden in das herzogliche Preufsen ein. Czarnecki erhielt den Befehl, dieses Land mit Fufsvolk, Lubomirski, es mit Adelsreiterei feindlich zu überziehen [3]. Andrerseits erzählte man, Erzherzog Leopold Wilhelm als Hochmeister des Deutsch-Ordens sei vom Kaiser bestimmt, Preufsen für jenen zurückzuerobern [4].

Dazu kamen Zerwürfnisse mit den Schweden wegen der preufsischen Seezölle. Auf Andringen des Königs hatte sie der Kurfürst zu dessen Gunsten erhöhen müssen, und hierüber beschwerten sich, mit Recht, die Niederländer als über einen Bruch ihres Bündnisses mit Brandenburg; dieser Punkt war ihnen ja der wichtigste in der ganzen polnisch-baltischen Frage. Sie drohten mit Aufgabe der Allianz [5].

---

[1] Instr. für Avaugour v. 17. März 1656; Recueil des Instructions données aux ambassadeurs de France, II, 14 ff. — Für Akakia, 18. Mai 1656; das. IV, 1, 16.

[2] Vgl. Lettres de des Noyers, 98 f, sowie de Lumbres an Mazarin 18. Mai 1656 (U. u. A., II, 97).

[3] Bericht Lisolas v. 8. Juni 1656.

[4] Bericht des brandenb. Residenten Neumann aus Wien, 24. Juni 1656; U. u. A., VI, 621 f.

[5] U. u. A., II, 48—60, III, 92. — Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 8. — Secrete Resolutien, I, 311 ff. 323. — Aitzema, III, 1268.

Gerade damals kehrte Schwerin, schon längst zum Gegner des fremden, abenteuernden Waldeck geworden, von einer Reise aus der Kurmark nach Preufsen zurück. Sein hohes Ansehen gab der schwedenfeindlichen Partei am Königsberger Hofe neue Kraft. Mit ihm verbanden sich die Kurfürstin, die stets zum Frieden neigte, sowie der Hofprediger, der den Krieg wider den polnischen Lehnsherrn als Sünde betrachten mochte[1]. Friedrich Wilhelms Absichten gerieten um so eher ins Schwanken, als Waldeck nicht zugegen war, sie aufrecht zu erhalten. Der Kurfürst erliefs an den Grafen nach Marienburg Instruktionen, die plötzlich nur Versöhnlichkeit und Liebe zum Frieden atmeten, sich für Brandenburg mit einer Kriegskostenentschädigung begnügen wollten; sie waren von Schwerin entworfen[2].

Die Sorge um seinen Staat, um das von den Vorfahren ererbte Gemeinwesen lastete eben viel schwerer auf Friedrich Wilhelm, als auf dem Reichsgrafen von Waldeck, der, wenn es um Brandenburg übel stand, anderswo, zumal in Frankreich, Fortüne suchen konnte. Um so feuriger trat der Graf für seine Ideen ein. Er war wieder einmal von täuschenden Illusionen erfüllt, die ihm alle Schwierigkeiten als unbedeutend erscheinen liefsen. „Die Staaten," schrieb er dem Kurfürsten, „empfangen Contentement von den Schweden; den Moskowiter werden sie mit ihrem Schaden befriedigen; der Kaiser wird nicht bald losbrechen; der Polen Anstalt ist nichts, wird bald verschwinden[3]." Man beachte, dafs von allen diesen Vorhersagungen genau das Gegenteil eingetroffen ist, dafs ein Jahr später sich Friedrich Wilhelm doch genötigt sah, die schwedische Partei zu verlassen und zu den Polen überzugehen. Wahrscheinlich wäre das schon damals das Richtige gewesen[4]. Indes Waldecks glühender Thatkraft, seinen geharnischten Protesten, seinem eiligst nach Königsberg entsandten Sekretär Meinders gelang es, den Kurfürsten auf seiner Seite festzuhalten. Die Konferenzen in Marienburg konnten in dem bisherigen Sinne fortgesetzt werden. Waldeck und Karl Gustav einigten sich bald; am 16. Juni erschienen Waldeck und Platen mit dem fertigen Vertragsentwurf in Balga

---

[1] Riese, Die Schlacht bei Warschau, S. 5. — U. u. A., II, 98. 104.

[2] 21. 22. Mai 1656; U. u. A., VII, 601 ff.

[3] 18. oder 20. Mai; U. u. A., VII, 598.

[4] Das ist auch die Ansicht des ebenso scharfblickenden wie dem Kurfürsten wohlgesinnten französ. Gesandten de Lumbres; U. u. A., II, 107.

bei dem Kurfürsten, den sie dafür in wiederholten Besprechungen wirklich gewannen.

Den polnischen Großjägermeister Theodor Maidel, der im Auftrage Johann Kasimirs nach Balga kam und mit Verheißungen nicht kargte, selbst wenn der Kurfürst nur neutral bleiben wolle, hielt dieser hin, bis er mit den Schweden abgeschlossen hatte; dann ließ er ihn unverrichteter Sache wieder abreisen[1]. Der Würfel war gefallen.

Am 25. Juni 1656 ward in Marienburg das schwedisch-brandenburgische Bündnis unterzeichnet. Es war gegen alle gerichtet, die den König von Schweden im Besitze Polens zu stören gedächten, mit Ausnahme Litauens und der östlichen Provinzen, damit der Kurfürst nicht die Russen zu bekämpfen verpflichtet sei. Andrerseits verhieß Karl X. seinen Alliierten im Besitze Preußens und Ermlands zu verteidigen, und zwar mit mindestens 6000 Mann, während Brandenburg wenigstens 4000 stellen sollte. Sonst wurde letzterer Macht freie Verfügung in politischen und militärischen Angelegenheiten belassen. Für den bevorstehenden Feldzug freilich sagte er die Mitwirkung seines ganzen Heeres zu, soweit die Verhältnisse es gestatteten. Zur Entschädigung soll er von der gesamten Beute die vier großpolnischen Woiwodschaften Posen, Kalisch, Lencycz und Sieradz in voller erblicher Souveränität erhalten[2].

So war denn Friedrich Wilhelm Bundesgenosse Schwedens geworden. Karl Gustav gab die Oberherrschaft über Preußen nicht auf: ein Beweis, daß er auf seine baltischen Herrschaftspläne nicht zu verzichten gedachte. Aus diesem Grunde hatte er auch den an Preußen grenzenden Teil Großpolens sich vorbehalten; die „Kommunikationslinie“ zwischen der Neumark und Preußen, wie Friedrich Wilhelm sie von Beginn an verlangt hatte, war ebensowenig verwirklicht, wie die unbeschränkte Herrschaft über das preußische Herzogtum. Der Marienburger Vertrag war mehr das Werk Waldecks als das des Kurfürsten. Große Opfer, furchtbare Gefahren nahm Brandenburg über sich, für Erwerbungen, deren Besitz außerordentlich fraglich blieb. Dieses Übereinkommen entspricht durchaus nicht dem praktischen Sinne Friedrich Wilhelms, und wirklich hat es keine anderen

---

[1] De Lumbres an Brienne, 22. Juni 1656; U. u. A., II, 100. — Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 30.

[2] v. Mörner, Staatsverträge, 201 ff.

bleibenden Folgen gehabt, als die Erlangung glänzenden Ruhmes für das junge brandenburgische Heer.

Wenigstens gegen den russischen Angriff stellte sich der Kurfürst sicher; daſs er hier Neutralität zu halten gedachte, hatte er dem Schwedenkönige rundweg erklärt. Anfang Mai 1656 war bei ihm der Stolnik — Leibtafeldecker — Knes Daniel Jfiemowitsch Myschezki erschienen und hatte ihn unter den ungeheuerlichsten Drohungen — 700000 Mann werde sonst der Zar gegen ihn führen — und in rauhesten Formen zum Kriege gegen die Schweden aufgefordert. Allein diese Botschaft verschlug bei dem Brandenburger ebensowenig, wie eine Mahnung des Khans der Krimtartaren, dem polnisch-tartarischen Bündnisse gegen Schweden beizutreten. Man schickte den wilden Gesandten des Zaren mit allgemeinen Freundschaftsversicherungen zurück und lieſs ihm bald darauf Jonas Kasimir von Eulenburg als förmlichen brandenburgischen Botschafter an den Groſsfürsten folgen. Eulenburg sollte alle einem königlichen Abgesandten zustehenden Ehrenbezeugungen fordern, das Bündnis seines Herrn mit den Schweden rechtfertigen, aber versichern, daſs der Kurfürst sich in deren Zwistigkeiten mit Ruſsland keinesfalls einmischen werde. — Positive Ergebnisse hat Eulenburg nicht erlangt; indes erreichte seine Mission insofern ihren eigentlichen Zweck, als die Russen nichts Feindseliges gegen die kurfürstlichen Besitzungen unternahmen [1].

Zwei Tage nach Abschluſs des Marienburger Vertrages trafen sich Karl X. und Friedrich Wilhelm in Preuſsisch-Holland und verabredeten gemeinsame Maſsregeln zum Entsatze Warschaus. Allein dafür war es schon zu spät. Am 1. Juli muſste die kleine schwedische Besatzung dieser Hauptstadt, nur noch 400 Gesunde zählend, nach heldenmütigem Widerstande gegen 70000 Feinde auf freien Abzug kapitulieren. Diese schwere Niederlage zu rächen, Warschau zurückzuerobern, damit das verlorene Ansehen wieder zu gewinnen, war nunmehr die Aufgabe des schwedischen Königs, der freilich nur noch 12000 Mann hierfür zur Verfügung hatte. So war er auf die Mitwirkung des Kurfürsten angewiesen.

---

[1] Ferd. Hirsch, Die ersten Anknüpfungen zwischen Brandenb. u. Ruſsl., I; a. a. O., 16 ff. — A. v. Hedenström, Die Beziehungen zwischen Ruſsland und Brandenburg während des ersten nordischen Krieges (Marburger Dissert., 1896), S. 18 ff., wo mehrere Irrtümer Hirschs verbessert und dessen Angaben wesentlich ergänzt werden.

Allein dieser zögerte noch beinahe vier Wochen, ehe er den stets wiederholten dringenden Aufforderungen Karl Gustavs entsprach[1] und sein Heer mit dem schwedischen vereinte. Er hatte bei Johann Kasimir Friedensvorstellungen gemacht, zu deren Verfechtung der französische Gesandte de Lumbres sich nach Warschau begab. Friedrich Wilhelm forderte den polnischen König geradezu auf, sich mit ihm und Karl Gustav verbinden, dann werde man ihn im gröfsten Teile Polens zum erblichen und unumschränkten Herrscher machen[2]. Diese Thatsachen beweisen von neuem, wie ungern Friedrich Wilhelm den ihm von Waldeck vorgezeichneten Weg beschritten hat. Erst als Johann Kasimir und die polnischen Senatoren seine Anerbietungen schroff zurückwiesen und ihn in ihrem Übermute sogar als polnischen Vasallen von den Friedensverhandlungen ausschliefsen wollten, stiefs er mit 8500 Mann — die übrigen blieben zum Schutze Preufsens zurück — zu den 9500 des Königs. Während die kleine schwedische Armee zu weit überwiegendem Teile — 7400 Mann — aus Reiterei bestand, machte diese Waffe bei den Brandenburgern nur genau die Hälfte aus. Überdies führten diese 30 Geschütze mit sich, die Schweden nur 23. Gerade an Artillerie waren die Verbündeten den Polen weit überlegen[3].

Am 28. Juli verliefsen sie das feste Lager bei Nowodwor am Narew und marschierten am rechten Weichselufer gegen Süden: der rechte Flügel, schwedische Reiterei, unter Karl Gustav; der linke Flügel, brandenburgische Reiterei, unter dem Kurfürsten; die Mitte, brandenburgische und schwedische Infanterie, unter Sparr. Um fünf Uhr Nachmittags trafen die Verbündeten auf die von Tartaren verstärkte polnisch-litauische Armee, die mindestens 70000 Streiter zählte — eine vierfache Überzahl freilich meist schlecht geordneter Truppen. Die schwedische

---

[1] U. u. A., VIII, 86 f.

[2] U. u. A., II, 105. — Vgl. Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 33. — Wirklich mafs man in Polen den freundlichen Versicherungen des Kurfürsten im Grunde Glauben bei, da man wufste, wie ungern er sich mit den Schweden eingelassen habe: Damus, 92.

[3] Die historisch-kritische Bearbeitung dieses Feldzuges ist J. G. Droysen zu danken (Abh. d. sächs. Ges. d. Wissensch., philol.-hist. Kl., Bd. IV, Leipzig 1883, S. 345—496), die militärisch-technische A. Riese, die dreitägige Schlacht bei Warschau (Breslau 1870). Erst diese Werke haben ein richtiges Bild des Sieges gegeben, der bis dahin ganz einseitig den Schweden zugeschrieben wurde.

Reiterei stürmte sofort auf der engen Niederung zwischen der Weichsel und dem Bialolenkawalde, durch die sich die Strafse zog, vor und warf die ihr gegenüberstehenden Litauer bis auf deren befestigtes Lager, unmittelbar nördlich von Warschaus rechtsufriger Vorstadt Praga, zurück.

Am nächsten Morgen (29. Juli) überzeugten sich die beiden Fürsten, dafs der Frontangriff auf das stark befestigte feindliche Lager unthunlich sei. Sie beschlossen deshalb, dafs es hier die schwedischen Truppen nur zum Scheine bestürmen, die brandenburgischen aber sich links durch den Wald von Bialolenka ziehen und die eigentliche Attacke des Lagers von der schwächeren Ostseite her unternehmen sollten. Denn dafs man gegen den so vielfach stärkeren Feind die Offensive ergreifen müsse, war für die kühnen fürstlichen Feldherren selbstverständlich. Während Friedrich Wilhelm seinen schwierigen Flankenmarsch ausführte, eine die feindliche Stellung beherrschende „Colline“ nahm und mit Geschütz besetzte, umgingen mehrere Tausende von Tartaren auf ihren schnellen Pferden den Wald von Bialolenka nördlich und griffen den schwedischen Flügel im Rücken an, wurden aber von der trefflichen Reiterei des Königs bald mit grofsem Verluste zurückgetrieben. Die Polen fafsten darauf den Plan, vor allem mit grofser Übermacht den am meisten exponierten kurfürstlichen Flügel in der Front und Flanke anzugreifen, von der schwedischen Aufstellung abzuschneiden und zu erdrücken. Allein der unerschütterliche Mut der Brandenburger, sowie ihr wohlgezieltes Musketen- und Geschützfeuer wies zweimal den ungestümen Angriff erfolgreich ab. Die Hälfte der brandenburgischen Infanterie war bei dem König zurückgeblieben und deckte nun als Nachhut dessen Linksabmarsch zur Vereinigung mit dem Kurfürsten. Zu dessen Linken angelangt, befahl der König dem ganzen Heere eine Rechtsschwenkung an, wobei die mit Artillerie besetzte „Colline“ als Stützpunkt diente. Trotz beständiger Angriffe der feindlichen Truppen, die das Blachfeld östlich vom polnischen Lager erfüllten, vollzog sich die weit ausgreifende Schwenkung mit Erfolg. So stand am Nachmittage die gesamte verbündete Armee mit der Front nach Südwesten, der Kurfürst rechts, der König links, nordöstlich vom polnischen Lager: die beiden schweren taktischen Manöver eines grofsen Flankenmarsches durch einen dichten und morastigen Wald, sowie der weiten Rechtsschwenkung, alles im Angesichte des Feindes, waren völlig

gelungen, und zwar zunächst Dank der Tüchtigkeit der brandenburgischen Truppen, deren meiste hier zum erstenmal den Feind sahen.

Um vier Uhr Nachmittags war die Aufstellung beendet; sofort stürmten mindestens 20000 feindliche Reiter — schwerbewaffnete Husaren, „Quartianer“ genannte Söldner und Tartaren — auf die Verbündeten los. Die Husaren warfen die schwedische Reiterei und brachten den löwenmutig kämpfenden König selbst in Gefahr. Allein das Feuer schwedischer und brandenburgischer Infanterie brach die Kraft auch dieses Angriffes, der mit der Vernichtung des polnischen Elitekorps endete. Auf Seiten des Kurfürsten, der mit gezogenem Degen in den ersten Reihen der Seinigen stritt, war der Angriff der Quartianer lauer und ward leicht abgeschlagen. Die Tartaren stürmten nach ihrer Weise in den Rücken des verbündeten Heeres und drangen bis zur Bagage vor, wurden dann aber von einigen schwedischen Reserveregimentern und der brandenburgischen Garde zu Fuſs mit groſsem Verluste zurückgeworfen.

Allmählich verklang in der Abenddämmerung das Getöse der Schlacht. Taktisch hatten die Verbündeten noch keinen entscheidenden Erfolg errungen; sie hatten bisher hauptsächlich manövriert und Defensivkämpfe geliefert; das feindliche Lager war noch unberührt. Aber die moralische Lage war eine ganz andere. Die wilden, ungeordneten Reiterscharen der Polen, Litauer und Tartaren waren nur zum Angriffe zu benutzen. Dieser war nun am 29. Juli oft versucht worden, indes stets gescheitert. Besonders entmutigte die Niederlage der Husaren das ganze polnische Heer: es war in die selbstmörderische Stimmung geraten, nichts mehr gegen die Feinde ausrichten zu können. Tausende flüchteten schon in der Nacht, von den anderen erwarteten die meisten nur einen Anlaſs zur Flucht. Die Verbündeten hatten am 30. Juli lediglich die Früchte der am Vortage bestandenen Kämpfe zu ernten.

Karl Gustav und Friedrich Wilhelm konnten am Morgen des dritten Schlachttages die Gröſse ihrer bisherigen Erfolge noch nicht beurteilen; aber sie waren entschlossen, durch energischen Angriff auf den Gegner und durch Eroberung Warschaus ihre hungernden Soldaten aus Mangel und Entbehrung zu retten. Das feindliche Lager war nach Osten durch eine mit Geschütz bepflanzte Dünenreihe, nach Südosten durch das mit Verhauen

versehene und mit deutscher Soldinfanterie besetzte Pragaer Holz geschützt. Diese letztere Position wurde schon früh am Tage durch brandenburgische Infanterie unter Feldzeugmeister Sparr mit ebensoviel Geschick wie Tapferkeit erobert. Damit war aber die Rückzugslinie des polnischen Heeres über die Weichselbrücke gefährdet: sofort begaben sich alle Polen, Litauer und Tartaren auf die Flucht, teils über die Brücke, teils nördlich und südlich durch Sumpf und Busch. Ohne nennenswerten Verlust hatten so die Verbündeten in wenigen Stunden die Feinde aus dem Felde geschlagen, deren Lager, Heergerät und Geschütz erbeutet.

Sie hatten in den drei Tagen etwa 700 Mann an Toten und Verwundeten eingebüfst, die Feinde mindestens 5000. Am folgenden Tage, dem 31. Juli, zogen die Sieger widerstandslos in Warschau ein.

Schwedens und Brandenburgs Heerführer und Truppen haben sich während der dreitägigen Warschauer Schlacht gleicherweise mit Ruhm bedeckt. Sie hatte an die physische Leistungsfähigkeit der Soldaten, an deren Manövrierkunst und Mut die denkbar höchsten Anforderungen gestellt. Die beiden fürstlichen Feldherren haben Umsicht, Scharfblick, richtiges Urteil, schnelle Entschlossenheit gezeigt. Allein besonders hervorzuheben sind doch des Kurfürsten und seiner Brandenburger Thaten. Es war die erste grofse Schlacht, die sie mitfochten, und sie zeigten sich dabei dem gröfsten Heerführer und der vorzüglichsten Armee der Zeit ebenbürtig. Der preufsische Kriegsruhm beginnt mit Warschau; diese Schlacht bildet das erste Blatt in dem reichen Lorbeerkranze des brandenburgisch-preufsischen Heeres.

Karl Gustav wünschte volle Ausnutzung des Sieges durch sofortige Verfolgung des Feindes. Nicht nur sein natürliches Ungestüm veranlafste ihn zu solcher Forderung, sondern auch sein wohlverstandenes Interesse. Nur wenn er das gegnerische Heer völlig zersprengte, den Schrecken des schwedischen Namens wieder über ganz Polen verbreitete, den Mangel an materieller Macht durch moralische Überlegenheit ersetzte, konnte er hoffen, einen beträchtlichen Teil seiner Eroberungen zu bewahren und den blutigen Kampf rühmlich und vorteilhaft abzuschließen. Allein da begegnete er dem hartnäckigen Widerstande des Kurfürsten.

Schweden war der natürliche und einstweilen überlegene Nebenbuhler der brandenburgischen Gröfse im protestantischen

Norddeutschland. Es hatte das viele Jahre hindurch mit brutaler Roheit den Kurfürsten schmerzlich fühlen lassen, noch in den Marienburger Verhandlungen durch Verweigerung der „Kommunikationslinie“, sowie der preufsischen Souveränität seine Absicht kundgegeben, Brandenburg in voller Abhängigkeit zu erhalten. Deshalb war Friedrich Wilhelm nur zögernd und widerwillig in das Bündnis mit Schweden eingetreten. Sollte er diesem nun zu völligem Siege verhelfen, dadurch seine eigene Unterthänigkeit unter das skandinavische Gebot besiegeln? Er war entschlossen, solches zu verhindern. Vielmehr sollte die Macht Schwedens und Polens sich gegenseitig aufwiegen, sodafs er selber als Schiedsrichter zwischen die Kämpfenden treten, die Friedensbedingungen bestimmen und als höchsten und eigentlichen Preis seiner militärischen und diplomatischen Bemühungen die Souveränität, die volle Unabhängigkeit in Preufsen davontragen könne. Darauf legte der Sieg selber den Grund zu ernster Zwietracht zwischen die beiden Verbündeten. Der Kurfürst hatte sich wirklich über die hämische Art zu beschweren, in der die Schweden den Warschauer Sieg ausschliefslich sich selbst zuschrieben, das Verdienst der Brandenburger völlig zu verdunkeln bestrebt waren. Er fafste eigenhändig eine Darstellung des Kampfes ab, die den brandenburgischen Anteil gebührend ins Licht setzte, und liefs sie im Haag drucken [1]. Von Karl Gustav aber verlangte er, man solle zunächst nicht über Warschau hinausgehen, damit nicht Preufsen dem drohenden Angriffe der Litauer, Tartaren und Russen preisgegeben werde, vielmehr durch de Lumbres und d'Avaugour Friedensverhandlungen anknüpfen, die brandenburgischen Erwerbungen sichern [2]. Thatsächlich liefs er einen Teil seiner Truppen nach den vier in Marienburg ihm abgetretenen Palatinaten abrücken. Diese wurden mit leichter Mühe besetzt und zunächst von Bonin als kurfürstlichem Kommissar verwaltet.

Karl Gustav konnte nicht daran denken, mit den schwachen, durch die Pest furchtbar dezimierten schwedischen Regimentern allein vorzugehen. Knirschend vor Zorn und Ungeduld mufste er bei Warschau verweilen. Er zog die Besatzungen der noch von den Schweden okkupierten südpolnischen Festungen, mit Ausnahme Krakaus, an sich, liefs alle Kunstgegenstände und

---

[1] Droysen, a. a. O., S. 354 f. 453 ff.
[2] Pufendorf, Car. Gust., III, 28.

Kostbarkeiten, ja ganze Säulenhallen aus der polnischen Hauptstadt nach Schweden schaffen, Warschaus Befestigungen schleifen: ein Beweis, dafs er selbst dieses zu halten verzweifelte[1]. Wirklich verliefs er es Mitte August und zog sein Heer an Narew, Bug und unterer Weichsel zusammen, um so den Teil Grofspolens zu schützen, den er zu unmittelbarer Vereinigung mit Schweden bestimmt hatte. Es lag darin der endgiltige Verzicht auf die Eroberung des ganzen Reiches. Der Rest der brandenburgischen Truppen unter Waldeck zog nach Preufsen, das Herzogtum gegen die litauischen Horden zu verteidigen[2].

Inzwischen fanden sich die zerstreuten Scharen Johann Kasimirs, da sie sich nicht verfolgt sahen, wieder um den nationalen Herrscher zusammen. An der Spitze eines grofsen, täglich anschwellenden Heeres wies er stolz die Friedensanerbietungen Schwedens zurück, wenn dieses nicht vorher alle polnischen Besitzungen räume. Friedrich Wilhelm hatte Schweden alle Früchte des Warschauer Sieges aus der Hand genommen: höchstens dafs Dänemark den früher beschlossenen offenen Bruch noch aufschob, Holland sich zum Ausgleiche bereit zeigte, dürfte man als Errungenschaften der Schlacht für Karl Gustav bezeichnen. Den eigentlichen Nutzen aus ihr sollte der Kurfürst einernten.

Nur in einer Hinsicht leistete dieser seinen Verbündeten einen Dienst, nämlich durch Vermittelung den Niederländern gegenüber — nicht aus Vorliebe gegen die Schweden, sondern weil er der Generalstaaten Feindschaft auch für seine Küste fürchtete und andererseits hoffte, durch ein Übereinkommen zwischen ihnen und Karl Gustav werde dieser zur Mäfsigung in seinen baltischen Plänen gezwungen werden. Sofort nach dem Marienburger Abschlusse hatte sich Friedrich Wilhelm mit einer Rechtfertigung seines Handelns an die Generalstaaten gewandt. Die Hochmögenden verstanden auch jetzt seine Zwangslage besser, als ein halbes Jahr zuvor, und hatten ihren Gesandten in Preufsen nur aufgetragen, alle Bemühung anzuwenden, dafs Johann Kasimir den Kurfürsten den Schweden abspenstig mache und zu

[1] Rudawski legt diese Plünderung fälschlich dem ihm so verhafsten Kurfürsten zur Last (p. 270). Des Noyers (Lettres, p. 229) ist besser unterrichtet.

[2] U. u. A., VIII, 91.

sich herüber ziehe[1]. Allein dazu war einstweilen wenig Hoffnung; vielmehr beeilte sich Friedrich Wilhelm, als am 20. Juli Verhandlungen zwischen den staatischen Bevollmächtigten und den Schweden in Elbing begannen, dorthin Otto von Schwerin als Vermittler und Friedensstifter zu entsenden. Viele Wochen hindurch blieben trotzdem die Verhandlungen stecken. Inzwischen langte die holländische Flotte, 48 Segel stark, unter Admiral Opdam vor Danzig an und nötigte die Schweden, die Belagerung dieser Stadt aufzuheben. Nun wollten die Danziger von keinem Frieden mehr hören, forderten die Niederländer, daſs nicht nur in Preuſsen und in den baltischen Provinzen Schwedens, sondern auch in dessen Mutterlande die Zölle auf ihr früheres Maſs herabgesetzt und nie wieder erhöht werden sollten. Ein solcher Eingriff aber in die innere Verwaltung seines Staates war dem stolzen Karl Gustav um so unerträglicher, als sich in der That, wie wir wissen, das ganze Finanzsystem Schwedens auf die Seezölle gründete. Es schien also doch zum Bruche kommen zu müssen, so eifrig auch die Vertreter Brandenburgs im Haag dagegen wirkten. Die Hochmögenden beschlossen eine dauernde Unterstützung der Danziger durch Soldaten und Geld, sowie die Überwinterung der Flotte im dortigen Hafen. Auch Dänemark rüstete sich eifrig zum Kriege[2].

Da kam die Nachricht von dem Warschauer Siege der Schweden und Brandenburger. Sie brachte im Haag einen tiefen Eindruck hervor: man sah schon Karl X. wieder als Herrn des gesamten Polen und mit seinen lorbeergekrönten Truppen zur Belagerung Danzigs zurückkehrend. Da verrauchte der Kriegseifer auch in Kopenhagen. Die Niederländer aber beschlossen, in Elbing gelindere Seiten aufzuziehen[3]. Erich Oxenstierna benutzte die Gunst der Umstände mit Eifer; er wuſste, daſs die Lage seines Königs keineswegs so günstig war, wie die Schweden und Dänen meinten. Schrieb ihm doch Karl Gustav, der soeben — Ende August — nach Preuſsen gekommen war: „Gott weiſs, wie unsere Sachen hier nun stehen, und ich glaube nicht, daſs unser Vaterland während vieler Jahre sich in einem so gefährlichen Zustande befunden hat, und menschlich zu salvieren, dient allein

---

[1] Secrete Resolutien, I, 330 f. 337. — Brieven van J. de Witt, III, 255, V, 453.

[2] Aitzema, III, 1272. — U. u. A., VII, 63 ff.

[3] Aitzema, III, 1275. — Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 42.

ein eiliges Ende mit den Holländern[1]." Dahin drängte auch Matthäus von Wesenbeck, der nunmehrige brandenburgische Abgesandte in Elbing[2]. Oxenstierna glückte es, binnen kurzem dieses Ziel zu erreichen. Am 11. September 1656 wurde der Vertrag geschlossen, der den Holländern nur das allgemeine Versprechen, die Zölle sollten nicht über einen mäfsigen Satz erhöht werden, sowie das Recht der meistbegünstigten Nationen zugestand. Dabei ward für die Niederländer der Wert der Übereinkunft dadurch vermindert, dafs diese auch Frankreich, England, Dänemark und Brandenburg mit einbegriff. Der Kriegszustand zwischen Schweden und Danzig sollte aufhören.

Erich Oxenstiernas Staatskunst war es gelungen, ohne beträchtliche Opfer die Generalstaaten und damit auch Dänemark, wenigstens einstweilen, zum Frieden zu bestimmen, so die schlimmste Gefahr für seinen König und Staat zu beschwören. Es war das letzte Verdienst, das er sich um beide erwarb: am 3. November 1656 ist der ebenso kluge wie patriotische Mann gestorben, nachdem er zwei Jahre lang unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen das Reichskanzleramt versehen hatte.

Der Kurfürst aber zog aus dem Elbinger Vertrage den doppelten Vorteil, dafs er nunmehr vor einem niederländischen Angriffe auf seine Häfen gesichert und zugleich die schwedischen Absichten auf die Beherrschung der preufsischen „Seeporten" vereitelt waren. Danzigs von den Generalstaaten geschützte Unabhängigkeit machte hier Schwedens Pläne zu nichte. Holland und Schweden hielten sich seitdem in der Ostsee das Gleichgewicht; keines von ihnen übte das viel erstrebte dominium maris Baltici; und das war ein grofser Segen für die schwächeren Uferstaaten. Zunächst aber zeigten die Niederländer dem Kurfürsten viele Dankbarkeit wegen seiner Mitwirkung bei dem Zustandekommen des Elbinger Vertrages. Überhaupt fingen sie an zu begreifen, wie sehr es in ihrem Interesse lag, zwischen den streitenden und nach Seeherrschaft begehrenden Grofsstaaten Schweden, Polen und Rufsland die bescheidenere Macht des Kurfürsten zu stärken, der sich ihnen stets freundlich gezeigt hatte[3]. Solche Gesinnung war für diesen Fürsten ein grofser politischer Gewinn. Nicht nur für den Osten. Als damals spanische Truppen, unter Condé,

[1] Geijer-Carlson, IV, 161.
[2] U. u. A., VIII, 91 f. — Brieven van J. de Witt, V, 428.
[3] Weimanns Berichte v. 19. 26. Sept. 1656; U. u. A., VII, 70 f.

Kleve mit einem Einfall bedrohten, beschlossen die Generalstaaten, das Land, allerdings gegen Geldentschädigung, mit ihren eigenen Truppen zu beschützen. Andrerseits forderten sie auch den Grofsfürsten von Moskau zu freundschaftlichem Verfahren gegen den Kurfürsten auf. Am liebsten hätten sie diesen freilich zu einem Sonderfrieden mit den Polen veranlafst[1].

Immer näher wälzte sich die russische Gefahr. Im Sommer 1656 hatten die Russen Ingermanland überschwemmt, dann mit ungeheuren Massen, an 100000 Mann, Livland erobert; in dieser Provinz leistete ihnen nur Riga erfolgreichen Widerstand. Schon kam ein moskowitischer Sekretär — „Kanzler" betitelte er sich fälschlich — Bogdanow mit Namen, nach Königsberg und verlangte vom Kurfürsten in anmafsendster Weise, sich von Schweden zu trennen, ja das Herzogtum vom Zaren zu Lehen zu nehmen; die Russen gedachten Brandenburg ebenso zu behandeln, wie vor kurzem Kurland. Allein der Kurfürst hatte sich nicht von dem Polen befreit, um sich dem moskowitischen Eroberer zu unterwerfen. Friedrich Wilhelm antwortete: er habe sich entschlossen, Preufsen fürder niemandem unterthan zu machen. Die alte Freiheit dieses Landes wieder herzustellen, bezeichnete auch Schwerin als das eigentliche Ziel der brandenburgischen Politik[2]. Kein Zweifel, dafs ohne den kräftigen Willen und starken Arm der Hohenzollernfürsten Preufsen einer der streitenden Fremdmächte — Polen, Schweden, Rufsland — zum Opfer gefallen wäre, wie die übrigen deutsch-baltischen Provinzen. Nur die Hohenzollern haben es vor gleichem Schicksale gerettet.

Die Russen fürchteten trotz aller Prahlereien zu sehr den Beistand, den die Niederländer dem Kurfürsten gegen jeden Versuch moskowitischer Festsetzung in Preufsen versprochen hatten, um feindlich gegen dieses Land zu verfahren. Am 4. Oktober schlofs Zar Alexei mit Brandenburg einen Vertrag gegenseitiger Neutralität und Freundschaft[3].

So war die dringendste Gefahr von Osten her beseitigt. Mit um so gröfserer Festigkeit konnte der Kurfürst seinem unbequemen Bundesgenossen Schweden gegenüber Stellung nehmen.

---

[1] U. u. A., III, 97—101. — Aitzema, III, 1282. — Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 49.

[2] Ms. Schwerin an Weimann, 11. Sept. 1656; Weimanns Tagebuch Bd. II (Berlin, Geh. St. A). — v. Hedenström, 32 ff.

[3] v. Mörner, Staatsverträge, 209. — U. u. A., VII, 67 f. 70.

Der Besitz der vier grofspolnischen Palatinate, die ihm der Marienburger Vertrag als Preis seiner Allianz zugesprochen hatte, wurde bald illusorisch. Sie waren nicht zu halten. Um so dringender bestand er darauf, Schweden müsse ihm zur Entschädigung die Souveränität in Preufsen bewilligen und auf jeden Anteil an den dortigen Seezöllen verzichten. Der König that alles, um Zugeständnisse zu vermeiden, die seinen Plänen auf Beherrschung der Ostsee einen neuen Schlag zufügten. „Das Wort Souveränität habe ich nicht einmal beantworten wollen," schrieb er an Schlippenbach, den er wieder zum Kurfürsten gesandt hatte. Ein anderes Mal rief er aus: er sehe wohl, die brandenburgischen Räte seien dieses Jahr närrisch; er wolle mit dem Kurfürsten selbst zusammen kommen und alles ohne Räte richtig machen[1]. Die Schweden redeten gern von den gemeinsamen Pflichten, die ihnen und den Brandenburgern für die evangelische Sache oblägen, gegen Papisten, Polen und Kaiserliche. Aber diese Ermahnungen von Seiten der Verbündeten des „papistischen" Frankreich liefsen Friedrich Wilhelm sehr kühl. Vergebens wirkte auch bei ihm in schwedischem Interesse Graf Waldeck, von dem gut Unterrichtete damals behaupteten, er sei von Karl Gustav durch grofse Geschenke und Anweisung auf 50000 Livres erkauft[2]. Der Kurfürst wandte sich immer mehr von der schwedischen Seite ab. Sowohl in Litauen wie in Polen versagte er beharrlich dem schwedischen Herrscher jede Unterstützung, bis dieser ihm sein dreifaches Verlangen: Souveränität, Ermland und Alleinbesitz der ostpreufsischen Seezölle, gewähre. Ja, er verweigerte dem Könige sogar die von diesem wiederholt erbetene persönliche Zusammenkunft.

Seine Stimmung wurde auch durch seine Umgebung in einem Schweden immer feindlicheren Sinne beeinflufst. Die Preufsen, die zuerst dringend Anschlufs an diesen Staat gefordert hatten, weil sie dadurch Ruhe und Frieden zu erlangen gehofft, sahen jetzt ihr Land durch harten militärischen Druck und die Verheerungen der Feinde bedrängt, fühlten sich durch das gesetzwidrige Auftreten des Landesherrn in Verwaltungs- und Steuerfragen,

---

[1] Ms. Schwerin an Weimann, 23. Sept. 26. Okt. 1656; a. a. O., Bd. II, III. — Geijer-Carlson, IV, 178.

[2] De Lumbres an Mazarin, 9. Aug. 1656 (U. u. A., II, 104). — De Lumbres, der dies als Thatsache berichtet, war Freund und Vertrauter der Schweden und konnte diese Dinge von beteiligter Seite her wissen.

sowie durch die einseitige Aufhebung des Berufungsrechtes an den Oberlehnsherrn verletzt. Schon im Frühjahr 1656 war es darüber zu ärgerlichen Zwistigkeiten zwischen dem preufsischen Landtage und dem Kurfürsten gekommen, und die Klagen der Preufsen hatten bei den pommerschen und kurmärkischen Ständen Wiederhall gefunden. Die letzteren beschwerten sich über das grenzenlose Elend, in dem das „miserable" Land sich befinde; wider seinen Willen sei es zu einem auswärtigen und dem Anscheine nach gefährlichen Kriege angehalten „und dazu aufs äufserste zu contribuieren compellieret" worden. Die Kriegssteuern würden ganz widergesetzlich ohne der Stände Zuthun ausgeschrieben und militari modo mit harter Bedrückung eingetrieben[1]. Je mehr sich der Krieg der preufsischen Grenze näherte, bis er sie gar überschritt, desto heftiger ward das Begehren: los von den Schweden, Frieden mit Polen um jeden Preis! In Königsberg herrschte geradezu aufrührerische Gesinnung, die doppelt bedrohlich war, da der Kurfürst mit seiner Familie sich dort aufhielt[2]. Denn unmittelbar gegen Friedrich Wilhelm richtete sich die Mifsstimmung. Man hafste ihn wegen seines calvinischen Glaubens, wegen der schweren und ohne die verfassungsmäfsige Zustimmung der Landtage auferlegten Abgaben, wegen des Unheils, das der Krieg über die Lande bringe; ja man legte ihm die ansteckenden Krankheiten zur Last, die sich von den Heeren aus über Preufsen verbreitet hatten. Zwei Obersten, von Kalckstein, der früher in sächsischen, und von Creuts, der ehemals in kaiserlichen Diensten gestanden hatte, bildeten unter dem preufsischen Adel eine förmliche Verschwörung. Sie boten dem kaiserlichen Gesandten am kurfürstlichen Hofe, Lisola, an, sich seinem Herrn ergeben zu wollen, wenn Erzherzog Leopold Wilhelm mit seinen Truppen aus Schlesien nach Preufsen komme. 10000 Mann, sagten sie, hätten sie zur Verfügung, auch Pferde und Waffen zur Genüge und hinreichend Geld, zumal sie auf den Beitritt Königsbergs zählten. Sie hofften, das königliche Preufsen werde sich ihnen ebenfalls anschliefsen[3].

Und diese Unzufriedenheit mit Friedrich Wilhelms Politik

---

[1] Ms. Vorstellung der Deputierten Stände der Kurmark v. 4. Juli 1656; Berlin, Arch. des Kriegsministeriums, Cap. III, Tit. 1, No. 23.

[2] Denkschrift Waldecks; U. u. A., VII, 549.

[3] Berichte Lisolas v. 15. 27. Sept. 1656; Pribram im Arch. f. öster. Gesch., LXX, 201 ff.

machte sich selbst in seiner Familie geltend. Kurfürstin Luise Henriette war durchaus dem Frieden mit Polen geneigt. Sie fühlte sich in ihrem Gewissen beunruhigt, da sie die Sache Polens für die gerechte, die Schwedens und folglich auch Brandenburgs für eine schlechte hielt. Aber auch praktisch fürchtete sie die Gefahren, die aus des Kurstaates damaliger Stellung für diesen erwachsen konnten; ja, sie meinte, dessen Untergang sei zweifellos, sobald, wie vorauszusehen, der Kaiser für Polen eintreten werde. Die preufsischen Stände wandten sich an sie um Fürsprache in friedlichem Sinne. Unausgesetzt drang sie bei ihrem Gemahl darauf, er möge sich mit Johann Kasimir vertragen, und drohte selbst, nach Holland zurückkehren zu wollen, wenn ihrer Gewissensangst nicht abgeholfen werde. Sämtliche Räte des Kurfürsten teilten die Ansicht der hohen Frau und der Preufsen; Friedrich Wilhelm half sich nur dadurch, dafs er niemanden mehr um seine Meinung fragte oder auch nur anhörte. Sogar im brandenburgischen Heere herrschte gröfste Mifsstimmung gegen die Schweden, die ihre Bundesgenossen mit Übermut und Geringschätzung behandelten, sich alles Verdienst an den gemeinsamen Erfolgen zuschrieben, jeden Verlust aber den Brandenburgern Schuld gaben[1].

Waldeck fühlte sich ganz vereinzelt; dieses Bewufstsein und die Ahnung, dafs es mit seiner überlegenen Stellung in Brandenburg bald vorbei sein werde, erfüllte ihn mit krankhafter Reizbarkeit. Auf offener Landstrafse, in Gegenwart von Platens und zahlreicher Reitknechte, fuhr er seinen Gegner, den Geheimrat von Jena, an: „Du Hund, du bist einer von jenen, die mir im Rate zuwider sind;“ und mit erhobener Reitpeitsche drohte er, ihn von seinen Lakaien durchprügeln zu lassen, trotz dem Kurfürsten. „Saget's nur dem Kurfürsten,“ rief er Jena und Platen zu, „wenn er mich nicht länger haben will, möge er mir nur einen Brief nachschicken und mir den Abschied geben[2].“

Wenn in dieser Weise der Mann sprach und handelte, der offiziell noch als der erste und mafsgebende Ratgeber Friedrich Wilhelms galt, mufsten für Brandenburg unnatürliche und gefährliche Verhältnisse herrschen. Und so stand es in der That.

---

[1] De Lumbres an Brienne, s. d. und 19. Okt.; U. u. A., II, 110 f. — Lisola bei Pribram, a. a. O., 205. — Droysen, III, II², 217.

[2] 12. Sept. 1656; U. u. A., VIII, 93.

Des Kurfürsten Truppen waren durch Krankheit und Desertion um die Hälfte geschwächt, auf 12—15000 Mann vermindert, Waldecks Regimenter auf 1400 Reiter zusammengeschmolzen, Spaens Soldaten über die Hälfte verlaufen[1]; Geld war nicht mehr aufzutreiben, der Staat durch die wiederholten Werbungen und Rüstungen erschöpft, schwieriger Stimmung, geneigter zur Empörung als zu neuen Opfern. Grofspolen war verloren, Pommern und Preufsen von zahllosen wilden Gegnern bedroht. Von aufsen erschien keinerlei Hilfe. Cromwell war durch die inneren Schwierigkeiten seiner Regierung und den spanischen Krieg, Frankreich durch den Kampf mit den Habsburgern an jeder thatkräftigen Unterstützung der Schweden behindert. Die Hildesheimer Verbündeten waren froh, durch die Nichtzugehörigkeit Preufsens zum Reiche einen Vorwand zur Unthätigkeit zu erhalten. Polen dagegen fand bei Rufsland, dem Papste, dem Kaiser, bald wohl auch bei Dänemark Unterstützung, die die schwachen brandenburgisch-schwedischen Streitkräfte über den Haufen zu rennen drohte[2].

Der treffliche und einsichtige Weimann, der von seiner hohen Warte im Haag aus die europäischen Verhältnisse sehr wohl zu beurteilen vermochte, riet seinem Herrn dringend zum Verlassen des schwedischen Bündnisses. Er möge sich zum Schiedsrichter zwischen den kämpfenden Staaten machen. Während Schwerin seinem Freunde Weimann wacker sekundierte, wurde Waldeck geradezu ein rücksichtsloser Parteigänger Schwedens[3].

In diesem Sturme stand niemand fest als der Kurfürst. Mit dem klaren Blicke des echten zweckbewufsten Politikers hielt er nur sein wahres Ziel im Auge: die Souveränität Preufsens. Kein Zweifel, dafs er im Grunde die Abneigung seiner Gemahlin, seiner Räte, Unterthanen und Soldaten gegen die übermütigen, rücksichtslosen und habgierigen Schweden teilte, die ihn und seine Brandenburger überall niederzuhalten suchten. Sein kriegsgefangener Geheimrat von Bonin sagte damals zu Johann Kasimir: „Mein Herr ist den Schweden im Herzen so feind, wie vielleicht

---

[1] Ms. Schwerin an Weimann, 23. Sept. (Weimanns Tageb., II), und Waldeck an den Kurf., 19. Sept. (U. u. A., VIII, 96).

[2] Die Schilderung Pufendorfs (Frid. Wilh., VI, 50) wird vollkommen bestätigt durch den Bericht de Lumbres' v. 19. Okt. 1656 (U. u. A., II, 111).

[3] Weimann an Schwerin, 26. Sept., 10. Nov.; U. u. A., VII, 71. 80 ff. 83 f. — Ms. Schwerin an Weimann, 7. Dez. 1656; Weimanns Tageb., IV.

Ew. Majestät selber ihnen bis auf diese Stunde noch nicht gewesen sein möchte." Das Treiben ihres Parteigängers Waldeck war ihm täglich mehr zuwider. Als er dessen ungebührliches Benehmen Jena gegenüber erfuhr, rief er unwillig aus: „er könne sich wohl entschliefsen, um einer solchen Sache willen einem Grafen den Kopf abschlagen zu lassen[1]." Allein weder durch augenblickliche Stimmungen noch durch bleibende Furcht liefs er sich bestimmen. Er wollte vielmehr die Schweden so lange vor Vernichtung schützen, bis die Polen sich seinen eigenen Wünschen anbequemten[2]. Es galt ihm, seine Stellung zwischen den Kriegführenden zur Erlangung von Preufsens Unabhängigkeit zu benutzen. Unter zahllosen Schwierigkeiten und Gefahren hat er mit unbedingter Rücksichtslosigkeit, aber auch mit bewundernswertem Geschick, mit kühnem Mut und nie versiegender Thatkraft sein Schiff nach diesem Hafen gesteuert. Kein Gehilfe mehr, er selbst lenkte jetzt das Steuer.

---

[1] Erdmannsdörffer, Waldeck, S. 301, Anm. 2.

[2] Ms. Schwerin an Weimann, 28. Sept. (Weimanns Tageb., II): „Ich habe Sr. K. Durchl. unterschiedene Male zu bedenken gegeben, ob Sie nicht vermeinten, bei solchem zweifelhaften Zustande auch bei Pohlen anizo zu unterbauen und solche gute conditiones zu erhalten. Darauf sageten S. K. Durchl.: das würde nicht sein können, wenn Sie Sich niet zugleich erböten, auf die Sweden zu schlagen, und das wollten Sie nicht thun, nun Sie von Sweden gute satisfaction erhielten; denn an deren Conservation wäre dem gemeinen Wesen gelegen, und die Pohlen würden doch nichts halten, wenn die Sweden nur erst getilget wären."

Dreizehntes Kapitel.

Die preufsische Souveränität.

In keinem Zeitabschnitte seiner langen und von Schwierigkeiten erfüllten Regierung ist Friedrich Wilhelms Beharrlichkeit und Ausdauer auf eine härtere Probe gestellt worden, als im Herbste des Jahres 1656. Sogar die kaum mit vieler Mühe erlangte Ruhe vor den Moskowitern wurde wieder fraglich. Ohne Rücksicht auf das russisch-brandenburgische Übereinkommen vom 30. September schlofs der Zar, unter österreichischer Vermittelung, am 3. November 1656 zu Wilna mit Johann Kasimir einen Vertrag, in dem er ihm Waffenhilfe versprach „gegen die gemeinsamen Feinde, den König von Schweden und den Herzog von Preufsen, wenn dieser sich nicht vor der Königlichen Majestät von Polen und der Republik demütige" [1].

Das waren schlimme Vorzeichen für die Verhandlungen, die Friedrich Wilhelm mit den Polen begonnen hatte, und zwar durch den Bischof von Ermeland und den litauischen Feldherrn Gonsiewski, der Frau und Kinder in Königsberg hatte und deshalb wiederholt zu Waffenruhe und Frieden ermahnte. Der Kurfürst sandte ihm thatsächlich seine Angehörigen frei zurück und zeigte sich auch sonst zu Negotiationen bereit: teils um sich die Möglichkeit einer politischen Schwenkung zu bewahren, teils um seine Länder vor den Einfällen der polnischen Reiterscharen zu retten [2].

---

[1] F. Hirsch, a. a. O., I, 26—32. — v. Hedenström, 54 f.

[2] Ms. Episcopo Warmiensi rationes suppeditatae pro promovenda pace; Weimanns Tagebuch, II, fol. 210—218. — Rudawski, 271. — Pufendorf,

Mit Eifer wirkte bei ihm der thatkräftige kaiserliche Gesandte Lisola, ihn von der schwedischen Seite abzuziehen. Indes er vermochte dem Brandenburger keine greifbaren Vorteile zu bieten, da der Wiener Hof es gern sah, wenn der nordische Krieg unentschieden fortdauerte und so den Schweden fern vom deutschen Reiche hielt. Ohne Preis aber gab sich Friedrich Wilhelm niemandem hin[1].

Immerhin zeigte er keine grundsätzliche Abneigung, sich auch mit der schwedenfeindlichen Partei zu vergleichen. Er stand deshalb mit Dänemark in freundschaftlichem Verkehr. Ewald von Kleist wurde wiederholt nach Kopenhagen entsandt, wo des Kurfürsten Doppelbestreben, die Souveränität in Preufsen und die Ausschliefsung der Schweden von den Seezöllen zu erlangen, in Hinblick auf die Freiheit des Ostseehandels lebhafte Zustimmung fand. Freilich wuchs bei den Dänen die Kriegslust gegen Karl Gustav, je bedrängter dessen Stellung in Polen wurde; allein diese feindliche Gesinnung übertrugen sie nicht auf den Brandenburger, den sie sicher hofften demnächst von der schwedischen Partei loszulösen[2].

Die Veranlassung, zu deren Gegnern überzutreten, wurde immer verlockender durch die Gestaltung der kriegerischen Ereignisse.

Johann Kasimir hatte zwei Heere gebildet: das eine, Litauer und Tartaren unter Gonsiewski, sollte in das herzogliche Preufsen einfallen und den Kurfürsten für seinen Treubruch bestrafen; das andere, unter dem Könige selbst, weichselabwärts ziehen und Westpreufsen von den Schweden befreien.

Gonsiewski hatte zuerst vollen Erfolg. Mit seinen zahlreichen Horden überrannte er die schwachen schwedischen und brandenburgischen Regimenter Waldecks bei Protzko am Lyckflusse (9. Oktober). Die neugeworbenen Brandenburger des Grafen hatten schmählich die Flucht ergriffen und damit auch der Schweden Verderben herbeigeführt. Fürst Radziwill, viele schwedische Offiziere, die gesamte Artillerie, eine Menge Feld-

---

Fridr. Wilh., VI, 48. 49. — Lettres de Des Noyers, 279 f. 282. — Friedr. Wilh. an Waldeck, 11. 12. Okt. 1656; U. u. A., VIII, 100 ff.

[1] Pribram, Lisola, 100. 107.

[2] Pufendorf, Fridr. Wilh., VI, 52—56. — U. u. A., VIII, 113—116. 175—178.

zeichen fielen den Siegern in die Hände. Deren wilde Scharen brannten, plünderten und mordeten nun weit ins Land hinein, bis nach Lötzen, wo Waldeck den Pafs besetzte und so weiteres Unheil verhinderte. In Königsberg herrschte allgemeiner Schrecken. Die Oberräte und andere vornehme Persönlichkeiten verlangten Pässe, um die Weiber und Kinder, sowie Kostbarkeiten zur See nach Danzig und Lübeck überzuführen. Der Kurfürst wies solche feige Bitten mit Entrüstung zurück: „Wo Wir Uns," schrieb er, „in hoher Person nebst Unserer Gemahlin Liebden aufhalten, könnt Ihr die Eurigen wohl auch wagen." Er befahl dem Gouverneur von Pillau, niemanden in See passieren zu lassen [1].

Überhaupt schlug ihn das Unheil nicht nieder. Den König von Schweden ersuchte er, seinen General Stenbock, der sich merkwürdig unthätig verhielt, zu Waldeck stofsen zu lassen. Diesem trug er auf, mit den inzwischen erhaltenen Verstärkungen wieder vorzugehen. Nicht nur aus dem Klevischen trafen 13 Kompanien Reiter — tapfere und starke Westfalen — ein; auch Derfflinger, der bisher mit 3000 Mann zu Pferde und zu Fufs bei Driesen in der Neumark ein festes Lager inne gehabt, wurde eiligst nach Preufsen beordert. Er sollte hier den Befehl an Waldecks Stelle übernehmen, der nach Königsberg berufen ward, um vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Denn Friedrich Wilhelm war entschlossen, die Schande von Protzko an den Schuldigen zu ahnden [2].

Waldeck brannte vor Begierde, die Scharte auszuwetzen, ehe er zur Verantwortung gezogen wurde. Indes Stenbock zögerte, als sähe er es gerne, dafs dem Brandenburger das Land verdorben, dieser so zur Nachgiebigkeit in den Verhandlungen mit seinem Könige gezwungen werde. Erst die scharfe Drohung des Kurfürsten: er werde sich von den Schweden trennen und sie ihren Feinden überlassen, zwang Karl X. zu energischen Befehlen an seinen General. Dieser übernahm nun das Kommando, die Litauer und Tartaren wichen. Die Verbündeten holten sie am 22. Oktober bei Philippowo, schon jenseits der Grenze, ein. Dieses Mal wetteiferten die Brandenburger mit den Schweden an zorniger Tapferkeit: Gonsiewski ward völlig geschlagen und verlor an

---

[1] U. u. A., VIII, 103 f.

[2] Birch, V, 478. — U. u. A., II, 111, VIII, 106. — Droysen, III, II[2], 225. — Rauchbar I, 142 ff.

Toten, Verwundeten und Gefangenen 2000 Mann; auch die bei Protzko in seine Hände gefallenen Offiziere erlangten an diesem Tage ihre Freiheit wieder[1]. Ohnehin friedenssehnsüchtig, ward Gonsiewski durch diese Niederlage derart eingeschüchtert, daſs er mit seinen Gegnern einen dreimonatlichen Waffenstillstand abschloſs. Damit war einstweilen für Preuſsen die schlimmste Gefahr beseitigt; aber noch immer sprengten auf anderen Punkten der langgestreckten Grenze polnische Landsturmhaufen oder Tartarenhorden zu Plünderung, Brand und Mord ins Land hinein. Von den Türmen Königsbergs sah man weithin die Dörfer im Feuerschein erglänzen. Lebhafter als je bestürmten die Preuſsen den Kurfürsten um schleunigen Friedenschluſs mit den Polen[2].

Inzwischen war Johann Kasimir in die für Brandenburg bestimmten groſspolnischen Palatinate eingefallen, die der Abmarsch Derfflingers von Driesen nach Preuſsen jeden Schutzes beraubte. 115 Kompanien Reiter, zwei Regimenter Dragoner, vier Regimenter zu Fuſs folgten dem Könige. Der brandenburgische Kommissar von Bonin flüchtete in die Festung Lencicz, wo er sich so tapfer verteidigte, daſs die Polen klagten, sie hätten hier mehr Leute verloren, als in der Warschauer Schlacht. Allein die in der Stadt befindlichen polnischen Truppen — wahrscheinlich Reste derjenigen, die einst zu den Schweden übergetreten waren — empörten sich endlich und zwangen auch die 500 Brandenburger am 14. Oktober zur Ergebung. Gegen das Versprechen, nicht mehr gegen Polen dienen zu wollen, lieſs der König sie frei[3].

So verflog der Traum brandenburgischer Herrschaft in Groſspolen; erst ein und ein halbes Jahrhundert später ist er verwirklicht worden. Nur in Posen, Kosten, Meseritz[4] standen noch brandenburgische Posten. Johann Kasimir hielt sich mit ihnen nicht auf, sondern drang triumphierend die Weichsel hinunter in das königliche Preuſsen. Am 15. November hielt er seinen feierlichen Einzug in Danzig; die deutsche Stadt hatte allein die Treue gegen die Krone Polen unbefleckt gewahrt. Von Danzigs

---

[1] S. besonders Waldecks Bericht an den Kurfürsten v. 23. Okt.; U. u. A., VIII, 109. — Rauchbar, I, 152 f.

[2] Rauchbar, I, 167.

[3] Bonin an Weimann, 9. Nov.; U. u. A., VIII, 111 f. — Lettres de Des Noyers, 247. 251 ff.

[4] v. Mörner, Staatsverträge, 216.

festen Wällen und meerbeherrschender Stellung aus hoffte der König die Schweden völlig aus ihren polnischen Plätzen zu treiben, den Kurfürsten zur Unterwerfung zu nötigen.

Hierzu meinte der polnische Adel das Seinige beitragen zu müssen. Von Grofspolen und Westpreufsen aus fielen seine Scharen in Hinterpommern ein, wo sie „Tartaren spielten“, alle Orte bis nach Stolp hin verbrannten, Männer, Frauen und Kinder in wilder Grausamkeit hinschlachteten. Gleiches Schicksal bereitete Peter von Bnin, der Palatin von Podlachien, der Neumark. Die Gefahr schien so dringend, dafs der Kurfürst für seine Residenz Berlin fürchtete und aus ihr Archiv und Kostbarkeiten nach dem festen Spandau zu schaffen befahl. Jammer und Klagen wurden allgemein. Die kurmärkischen Stände halfen sich, indem sie, ohne des Kurfürsten Wissen und zu dessen grofsem Ärger, auf eigene Faust in Zielenzig mit den Grofspolen einen Waffenstillstand schlossen. Die Plünderungszüge in Pommern verbot Johann Kasimir selber, aus Furcht vor den deutschen Reichsfürsten und zumal vor den Hildesheimer Verbündeten, deren vertragsmäfsigen Beistand anzurufen Brandenburg in diesem Falle befugt war[1].

Kein Zweifel, dafs der Kurfürst durchaus berechtigt war, Schweden zu verlassen. War ein Jahr vorher der Königsberger Vertrag damit begründet worden, dafs Polen dem preufsischen Herzogtume den gebührenden lehnsherrlichen Schutz nicht mehr zu gewähren vermochte, so war jetzt Karl X. dazu noch weniger imstande. Selbst die Reichslande Friedrich Wilhelms waren dem feindlichen Angriffe preisgegeben, Preufsen stündlich gefährdet, die vier Palatinate, der Preis des Marienburger Bündnisses, endgültig verloren. Gab Schweden nicht anderweiten Ersatz, so war der Kurfürst klärlich jeder Verpflichtung gegen diesen Staat entledigt. Das erklärte er dem Grafen Schlippenbach ganz offen[2]. Viele seiner Räte, auch Schwerin, wollten die Allianz mit Schweden aufgeben, selbst wenn dieses die Souveränität zugestehe; Schwerin meinte, von Karl Gustav werde solche Bewilligung geringen Wert haben, da der altüberkommene, legitime Oberherr ja der König von Polen sei; vielmehr werde ein neuer Vertrag mit Schweden,

[1] Rudawski, 285 ff. — Lettres de Des Noyers, 276. — v. Mörner, a. a. O., 216 f. — U. u. A., VIII, 152.

[2] Pufendorf, Carol. Gust., III, 52.

der nicht mehr, wie die früheren, als ein erzwungener gelten könne, den Kurfürsten unheilbar mit Polen und dessen Verbündeten entzweien[1]. — Allein hatten nicht bisher Johann Kasimir und die Republik jedes Zugeständnis an Brandenburg verweigert und von ihm einfach Unterwerfung bei demütigendsten Bedingungen gefordert?[2] Man müsse zunächst die Polen zur Nachgiebigkeit zwingen, glaubte Friedrich Wilhelm, und deshalb mit Karl X. abschliefsen, wenn dieser den verlangten Preis zahle. Ganz allein, auf eigene Überzeugung und Verantwortung, hat der Kurfürst so entschieden; niemals — so erklärte er — werde er unter die Hoheit Polens zurückkehren[3]. Waldeck hatte allen Einflufs bei ihm verloren; er tritt in den damaligen Beratungen und Verhandlungen gar nicht mehr hervor. Friedrich Wilhelm leitete nunmehr selbständig seine Politik, mit ebenso grofser Festigkeit wie Gewandtheit.

Trotz aller Schwierigkeiten, die Karl Gustav und seine Ratgeber bei den monatelang fortgesetzten Negotiationen in Frauburg erhoben[4], forderte er immer wieder die Souveränität in Preufsen. Die Schweden mufsten schliefslich einsehen, dafs sie ohne solches Zugeständnis nicht auskommen würden, denn ihre militärische Lage war derart, dafs die 12—15000 Mann, die sie noch in Preufsen hatten, ohne die brandenburgische Hilfe verloren waren. Der Tod des Kanzlers Erich Oxenstierna, der im Aufgeben der Herrschaft über beide Preufsen die ärgste Schädigung der schwedischen Interessen gesehen hatte, räumte das schlimmste Hindernis der Verständigung aus dem Wege. Die Verhandlungen mit Gonsiewski, von denen Friedrich Wilhelm loyal den König benachrichtigte, stimmten diesen sehr bedenklich. Er mufste ferner hören, dafs Hoverbeck, der wegen seiner Abneigung gegen Schweden vom kurfürstlichen Hofe verbannt worden, jetzt an diesen zurückberufen wurde, und zwar, wie man sagte, um mit einer Friedensbotschaft zu Johann Kasimir zu gehen[5]. Lisola bot seine ganze Geschicklichkeit und Thatkraft auf, um Friedrich

---

[1] Schwerin an den Kurf., 5. Okt. 1656; U. u. A., VIII, 127.

[2] Die Bedingungen, die Joh. Kasimir für seine „Verzeihung" dem Kurfürsten stellte, siehe Lettres de Des Noyers, 263.

[3] De Lumbres an Brienne, 5. Okt. 1656; U. u. A., II, 109.

[4] Alle Einzelheiten in Ms. Weimanns Tageb., Bd. II u. III, Berlin, Geh. St. A.

[5] Bericht Lisolas vom 5. Okt. 1656; Pribram, a. a. O., S. 211. — Pufendorf, Carol. Gust., III, 34.

Wilhelms Aussöhnung mit Polen zustande zu bringen. Dazu durfte es Karl Gustav nicht kommen lassen. Seine Versuche, durch eine persönliche Zusammenkunft auf den Kurfürsten zu wirken, wies dieser beharrlich zurück. So liefs der König durch Schlippenbach, der im November 1656 von neuem in Königsberg erschien, bedeutsame Zugeständnisse machen: die Souveränität in Preufsen; Verzicht Schwedens auf die dortigen Seezölle; ewiges Bündnis zwischen Preufsen und Schweden; — allein dies alles verquickt mit der unmöglichen Forderung, der Kurfürst solle dem Könige zur Eroberung Danzigs behilflich sein. Dadurch hätte er sich die Generalstaaten und Dänemark zu unversöhnlichen Feinden gemacht, auch selber an der Unterwerfung der Ostsee unter schwedisches Joch mitgearbeitet. An dieser Schwierigkeit schienen die Verhandlungen noch einmal zu scheitern — als Karl Gustav die Nachricht erhielt, dafs Johann Kasimir am 15. November in das befreite Danzig eingezogen sei und ihn von Pommern abzuschneiden drohe. Da gab er nach und erteilte den Befehl abzuschliefsen.

Dieser neue Vertrag, zu Labiau, vom 20. November 1656, zerrifs für das Herzogtum Preufsen und das Fürstentum Ermland das Lehnsband, das sie an Schweden geknüpft hatte, und erklärte sie für völlig souverän. Ein beständiges Bündnis solle zwischen den Königen von Schweden und den Herzögen von Preufsen bestehen. Indem Schweden, gegen eine einmalige Entschädigung von 120000 Thalern, seinen Anteil an den Seezöllen aufgab, erhielt es freien Zutritt zu den preufsischen Häfen für seine Handels- und Kriegsschiffe, welche letzteren keinem Zoll unterworfen sein sollten. Für den gegenwärtigen Krieg blieb sonst das Marienburger Bündnis in Kraft; in späteren Notfällen hatten sich die beiden Alliierten mit je 2500 Fufsgängern und 1500 Reitern zu unterstützen. In Geheimartikeln versprach der Kurfürst dem schwedischen Herrscher von den Polen Westpreufsen, Pomerellen, Samogitien, Semigallen, Kurland und Livland zu verschaffen — also ein viel beschränkteres Gebiet, als der Marienburger Vertrag es in Aussicht genommen hatte. Andrerseits verzichtete auch der Kurfürst auf die vier grofspolnischen Palatinate, wenn sie von der Republik nicht gutwillig zu erhalten seien.

Binnen zehn Monaten hatte Friedrich Wilhelm einen gewaltigen Weg zurückgelegt. Nicht mehr als Untergebener des schwedischen Monarchen und von dessen Gunst abhängig erscheint

er, wie in Königsberg und selbst noch in Marienburg, sondern als Gleichberechtigter, der ihm aus freier Entschliefsung zur Seite tritt. Das Ziel, das er sich vom Beginne des nordischen Krieges an gesteckt, ist erreicht: die Besitznahme Ermlands, das sich wie ein Keil in das Herzogtum Preufsen hineinerstreckte, und vor allem die Unabhängigkeit, die Souveränität, die ihn zum erstenmal den wahren Herrschern gleich, nach aufsen und den eigenen Unterthanen gegenüber frei hinstellte. Allerdings auf die grofsen polnischen Eroberungen hatte er ebenso gut verzichten müssen, wie auf die Schöpfung einer brandenburgischen Kriegsflotte auf der Ostsee[1]; allein die ersteren hatte er immer nur als etwas Nebensächliches betrachtet, zumal seitdem ihm Karl Gustav die „Kommunikationslinie" versagt hatte, und die Herstellung der Seemacht konnte er ruhig späteren Zeiten und Umständen vorbehalten. Viel wichtiger erschien ein anderer Gesichtspunkt. Die Souveränität war von Schweden anerkannt und gewährleistet. Aber damit Europa sie als gültig betrachte, mufste sie auch die Zustimmung der bisherigen Oberlehnsmacht, Polens, erlangen. Dieses Ziel, womöglich im Guten, nötigenfalls aber auch mit den Waffen in der Hand zu erreichen, war von da an Friedrich Wilhelms Aufgabe. Nur mit Festigkeit war das durchzuführen. Damals, gegen Ende des Jahres 1656, bot er die Lehnspferde und den zwanzigsten Mann unter Bürgern und Bauern in der Kurmark auf, bildete er aus seinen Forstleuten ein Schützenkorps, das von drei Oberförstern als Rittmeistern befehligt wurde[2].

Dafs er nun auf ewige Zeiten mit Schweden alliiert sei, haben er und alle Welt nur als diplomatische Redensart betrachtet. In Wahrheit stand er, seitdem er nicht mehr Karl Gustavs Lehnsmann war, diesem fremder und freier gegenüber. Jetzt hatte er von dem schwedischen Bündnis keinen Nutzen mehr, sondern nur Nachteil zu erwarten; der eigentliche Preis war ja erlangt. Nur solange die Polen ihm die Anerkennung der Souveränität weigerten, hielt er bei den Schweden aus. „Wollte Gott," schrieb sein vertrauter Rat Somnitz an Weimann[3],

---

[1] Über letzteren Punkt s. Pufendorf, Carol. Gust., III, 36, sowie U. u. A., VIII, 129.

[2] Ms. Schmidt, Gesch. des Kriegsministeriums (Berlin, Arch. des Kriegsmin.), II, 76 f. u. Beilage XX.

[3] 27. Nov. 1656; Ms. Weimanns Tageb., IV.

„die Herren Staaten stünden mit Sr. Kurfürstl. Durchl. zusammen, Frieden zu machen, es gefiele Schweden oder nicht! Stehen die nicht zusammen, sondern Schweden prakticieret das beneficium divisionis, da möchte es menschlicher Weise dem einen oder andern übel bekommen.“ Karl X. selber machte sich über die Bündnistreue Friedrich Wilhelms keine Illusionen. „Dieser Kurfürst,“ sagte er gerade damals, „ist zu mächtig, man mufs seinem Ehrgeize, dessen Gröfse niemand so gut kennt wie ich, Schranken setzen. Man mufs sich den Plänen eines Fürsten widersetzen, der sich einst furchtbar machen wird, wenn man nicht vor ihm auf der Hut ist[1].“ Auffallend war auch die Ungnade, in die der eigentliche Vertreter des schwedischen Bündnisses am kurfürstlichen Hofe, Waldeck, gefallen war. Sein Gegner Schwerin durfte ihn laut beschuldigen, sich in Labiau zu nachgiebig gezeigt zu haben, nicht brandenburgische, sondern schwedische Politik zu treiben. Schon seit der Niederlage am Lyck gegen den Grafen eingenommen, wandte sich Friedrich Wilhelm seit dem Dezember 1656 völlig seinen Widersachern zu. Waldeck weilte mifsmutig fern vom Hofe, besonders gereizt, weil man die kriegsrechtliche Untersuchung, von der er seine völlige Rechtfertigung erwartete, nicht zu Ende geführt hatte[2].

Abermals schienen sich des schwedischen Königs Aussichten zu bessern, als es ihm gelang, einen neuen Bundesgenossen zu gewinnen: den Fürsten Georg Rakoczy von Siebenbürgen, einen ebenso ehrgeizigen wie geistig unbedeutenden Mann, der mit Hilfe Schwedens einen beträchtlichen Teil von Polen zu erbeuten hoffte (Dezember 1656). Er sammelte ein zahlreiches, aber bunt gemischtes und zu einer geordneten Schlacht unbrauchbares Heer, mit dem er auf Polens Südgrenze losging. Der König sollte ihm von Norden her entgegenziehen, und so wollten sie gemeinschaftlich Polen untereinander teilen.

Allein gerade damals wurde Johann Kasimirs Macht durch einen Alliierten verstärkt, dessen Autorität den Brandenburger

[1] De Lumbres an Mazarin, 26. Okt. 1656; U. u. A., II, 113. — Pufendorf, Carol. Gust., III, 37.

[2] Erdmannsdörffer, Waldeck, 403 ff. — Rauchbar, I, 154 ff. — Hirsch, Schwerin, a. a. O., 214 ff. — Der Verrat Waldecks scheint mir durch die Angaben im Schreiben Schwerins an Weimann v. 4. Jan. 1657 vollgültig erwiesen (Ms. Weimanns Tageb., Bd. IV).

erst recht bedenklich wegen seiner Vereinigung mit Schweden stimmen mufste. Auf des thatkräftigen Lisola Betreiben stellte Kaiser Ferdinand III. im Vertrage vom 1. Dezember 1656 dem polnischen Könige 4000 österreichische Soldaten zur Verfügung und versprach, bei der Wiederunterwerfung Brandenburgs und der Kosaken unter die polnische Herrschaft mitwirken zu wollen. Andrerseits verpflichtete sich Johann Kasimir, nichts gegen den westfälischen Frieden zu unternehmen und mit seinen Feinden nur unter des Kaisers Vermittelung Frieden zu schliefsen. So erreichte hier der Wiener Hof vollständig sein Ziel: er befähigte durch ein geringes Opfer die Polen zur Fortsetzung eines Krieges, der der österreichischen Politik sehr erwünscht war, weil dadurch die Schweden vom deutschen Reiche ferngehalten wurden, und er gewann die Möglichkeit, die Friedensfrage ganz nach eigenem Interesse und Gutbefinden zu regeln[1].

Die Lage wurde immer gefährlicher für den Kurfürsten. Sollte er nun auch, was er bislang sorgfältig vermieden hatte, mit dem Reichsoberhaupte zerfallen? Die Russen drohten offen von Livland aus mit einem Angriffe auf Preufsen, den Friedrich Wilhelm thatsächlich gefürchtet hat[2]. Nur der bald darauf erfolgende Abfall der Kosaken von den Russen hat deren beabsichtigte Invasion in Preufsen verhindert. Dabei erklärte der holländische Ratspensionär de Witt unumwunden dem Gesandten Weimann: zur Verteidigung einer so rechtswidrigen Verletzung Polens, wie es die preufsische Souveränität sei, hielten sich die Staaten nicht für verpflichtet. Den niederländischen Vertretern bei den Königen von Schweden und Polen wurde geradezu Vermittelung des Friedens unter Aufhebung der preufsischen Souveränität anempfohlen[3]. Nur dann stellte de Witt eine Unterstützung des Kurfürsten in Aussicht, wenn dieser den Generalstaaten Memel einräume. Sie hielten an dem Plane fest, sich Preufsens militärisch zu versichern, wie sie sich auf Brandenburgs Kosten schon am Niederrhein festgesetzt hatten. Dänemark vollends zeigte sich zum Kriege gegen

---

[1] Pribram, a. a. O., S. 31, sowie derselbe, Lisola, S. 98 ff.

[2] U. u. A., V, 892 ff.

[3] Letzteres in der Ms. Instruktion der niederl. Gesandten v. 17. Nov. 1656, Artikel 2, als secretum secretorum mitgeteilt in Weimanns Schreiben an Schwerin v. 22. Dez. 1656; ersteres in Weimanns Tageb., 15. Dez., Bd. IV.

Schweden entschlossen und bot alles auf, in solchen die Vereinigten Provinzen mit fortzureifsen[1].

Wie die Lage der auswärtigen, so mahnte auch die der heimischen Verhältnisse Friedrich Wilhelm zu baldmöglichster Versöhnung mit Polen. Die Landräte Preufsens bestürmten ihn mit flehentlichen Bitten um Herstellung des Friedens, der allein den völligen Ruin des Landes verhindern könne. Seine eigenen Räte, zumal Schwerin und der treue, einsichtige Hoverbeck, sowie die Kurfürstin selber schlossen sich eifrig dem kaiserlichen Gesandten Lisola an[2]. Auch Friedrich Wilhelm fühlte keine Lust, mit den Schweden und Siebenbürgern auf neue Abenteuer in Polen auszuziehen. Vielmehr sandte er in den letzten Wochen des Jahres 1656 Schwerin und Jena an den König Karl Gustav, ihn unter lebhafter Schilderung der hoffnungslosen Lage zum schleunigen Friedensschlusse zu ermahnen. Das Opfer der vier Palatinate, das Brandenburg zu bringen geneigt war, berechtigte es, auch dem Alliierten Mäfsigung in den Friedensbedingungen anzuraten. Selbst wenn die Vernichtung des feindlichen Reiches wirklich gelinge, liefs endlich der Kurfürst vorstellen, sei wenig damit gewonnen; denn Polen in seiner politischen und militärischen Zerrüttung sei ein weit besserer Nachbar, als Rufsland und Siebenbürgen. Die Wahrheit dieser Betrachtung sollten Friedrich Wilhelms Nachfolger zu eigenem Schaden erfahren. Sie macht seiner politischen Einsicht grofse Ehre[3].

Karl Gustav war freilich kriegerischer Entwürfe voll. Krakau, das sein General Würtz schon viele Monate hindurch mit ruhmvoller Kraft und Geschicklichkeit gegen Lubomirskis zahlreiche Polenscharen verteidigte, sollte der Stützpunkt seiner Operationen werden. Zunächst galt es, Johann Kasimir und Czarnecki aus Westpreufsen zu vertreiben. Sein Oberst Ascheberg überfiel mit nur 750 Reitern die gesamte polnische Kavallerie bei Konitz nächtlicherweile und jagte sie mit deren ungeheurem Verluste — 4000 Toten und Gefangenen — auseinander (3. Januar 1657). Darauf mufste sich auch Czarnecki mit der Infanterie nach Masowien zurückziehen.

[1] Ms. Berichte Weimanns v. 30. Jan. 1657 u. den folgenden Monaten; Tagebuch, Bd. IV. V.

[2] U. u. A., VIII, 147 f. — Pribram, Arch. f. österr. Gesch., LXX, 42, u. Lisola, S. 109 ff.

[3] Instruktion an Schwerin u. Jena, 13. Dez. 1656; U. u. A., VIII, 139 f.

Diese glänzende Reiterthat erhöhte die Zuversicht des Schwedenkönigs nicht wenig. Es kostete Mühe, ihn dazu zu bringen, daſs er nur Schwerin überhaupt empfing, den er für seinen persönlichen Gegner hielt. Endlich aber machte er aus Rücksicht auf Brandenburg wenigstens das Zugeständnis, sich zu einer Friedenskonferenz bereit zu erklären.

In Hinblick auf diese wünschte Friedrich Wilhelm nun selber die lange Monate hindurch vermiedene persönliche Zusammenkunft mit seinem königlichen Verbündeten. Die beiden Fürsten trafen sich also am 25. Januar 1657 in Preuſsisch-Holland. Vier Tage dauerte die Unterredung. Man einigte sich über die Friedensbedingungen für einen Kongreſs, der in Marienburg stattfinden und an dem auch die Vermittler, zumal die Franzosen d'Avaugour und de Lumbres, teilnehmen sollten.

Um seiner Stellung den gehörigen Nachdruck zu geben, ordnete der Kurfürst zur Ausfüllung der Lücken in seinem Heere neue Werbungen an. Der bisherige dänische Generallieutenant Bawyr erhielt Patente, um 5000 Mann auszuheben. In Preuſsen, der Kurmark, ja am Rhein ertönte die Werbetrommel von neuem[1]. So kraftvoll faſste dieser Herrscher die Bedürfnisse und Ziele seiner Politik auf. Freund und Feind muſsten sich überzeugen, daſs hier ein Element sich geltend machte, mit dem man unbedingt zu rechnen hatte.

Anfang 1657 trat die Konferenz in Marienburg zusammen, der, auſser den Schweden Benedikt Oxenstierna und Björnclou, sowie den Brandenburgern Schwerin und Jena, noch polnische, französische und niederländische Gesandte beiwohnten. Es war aber ein übles Vorzeichen, daſs König Johann Kasimir sich von der polnischen Kriegspartei bewegen lieſs, das nahe Danzig zu verlassen und sich zu dem Heere Czarneckis zu begeben. Wirklich traten die polnischen Gesandten in der Konferenz mit der Forderung, die sämtliche frühere Zugeständnisse verleugnete, auf: alles müsse auf den Zustand vor dem Kriege zurückgeführt werden; zumal die beiden Preuſsen erklärten sie nicht aufgeben zu wollen, und sollten sie darüber hundert Jahre Krieg führen. Schweden und Brandenburger zeigten sich über solches Vorgehen

---

[1] U. u. A., II, 123, V, 889. — Ferd. Hirsch, Die ersten Anknüpfungen zwischen Brandenb. u. Ruſsl., II (Progr. d. Königstädt. Realgymn. zu Berlin, Ostern 1886), S. 5.

der Polen mit Recht sehr aufgebracht und bezeichneten es offiziell als „Spott und Vexiererei". In der That, bei derartigen Ansprüchen hätten die Polen den übrigen Gesandten die Reise nach Marienburg wohl ersparen können. Man behauptete, jene seien zu ihrem schroffen Auftreten durch die Kaiserlichen bestimmt worden, die ja die Fortsetzung des schwedisch-brandenburgisch-polnischen Krieges wünschten.

Im Einklang mit den dringenden Friedensbestrebungen des Kurfürsten machte d'Avaugour einen Versuch, doch noch unter den Streitenden zu vermitteln. Er schlug vor, Polen solle Preufsen dem Könige von Schweden abkaufen, und er verhiefs sogar, das Kaufgeld solle von Frankreich, vielleicht mit Beihilfe der Niederlande, aufgebracht werden. Schon waren die Polen bereit, in ein Anerbieten zu willigen, das ihnen keinerlei Opfer auferlegte, als Lisola durch die Drohung, sein Kaiser werde dann mit Schweden ein Bündnis schliefsen, den Sieg des französischen Einflusses und freilich damit auch die Möglichkeit des Friedens verhinderte. Darauf ging Mitte März die Konferenz ergebnislos auseinander. Ihre einzige Folge war erhöhte Erbitterung der Parteien[1].

Der Kurfürst war wieder auf Schweden angewiesen. In Hinblick auf den bevorstehenden neuen Feldzug zeigte sich ihm Karl Gustav überaus freundlich und entgegenkommend. Als ihm Schwerin vorhielt, das allgemeine Gerücht gehe, er werde sich gegen Dänemark oder Rufsland wenden, den Kurfürsten den Polen gegenüber im Stiche lassen, rief er aus: „Wenn ich das thue, so mag mein Vetter frei sagen, dafs ich unredlich und leichtfertig an ihm handle. Ich werde ehrlich bei ihm aushalten[2]." Diese Erklärung sollte ihm später teuer zu stehen kommen. Sie war durchaus unaufrichtig: schon seit dem Dezember 1656 hatte er dem Franzosen d'Avaugour wiederholt im tiefsten Geheimnis seine feste Absicht kundgegeben, demnächst gegen Dänemark zu ziehen[3].

[1] Über die Marienburger Konferenz: U. u. A., II, 125, III, 108 ff., VIII, 149 ff.; Geijer-Carlson, IV, 105 f.; Pribram, Lisola, 114. — Besonders interessant: Ms. Schreiben Schwerins an Weimann v. 12. 22. 25. Febr. 1657 (Weimanns Tagebuch, Bd. IV).

[2] Bericht Schwerins v. 21. Febr. 1657; U. u. A., VIII, 155. — Dafs damals thatsächlich der Zug K. Gustavs gegen Dänemark allgemein geglaubt wurde, zeigt das Schreiben des englischen Residenten in Elbing v. 27. März 1657 (Birch, V, 120).

[3] Aus den Depeschen d'Avaugours: Haumont, Guerre du nord, S. 157.

Inzwischen hatten im Januar Rakoczys wilde Scharen die Grenzen Polens überschritten und trugen von neuem Mord und Verheerung in das unglückliche, schon so schwer geprüfte Land. Widerstand fanden sie zunächst keinen. Sie drangen bis Krakau vor und befreiten die heldenhaften Schweden Würtz' von der feindlichen Belagerung. Allein sie schienen wenig geeignet, einen regelrechten Kampf mit Czarneckis polnisch-österreichischem Heere zu bestehen. Man hörte auch, daſs kaiserliche Unterhändler sich in Rakoczys Lager eingefunden hätten und ihn durch groſse Verheiſsungen zum Übertritte zur polnischen Partei zu bestimmen suchten. Karl Gustav beschloſs deshalb, unverzüglich zur Vereinigung mit dem siebenbürgischen Fürsten aufzubrechen. Er that dabei alles, um den Kurfürsten zur Einsetzung von dessen ganzer Kraft mit fortzureiſsen: jetzt sei die Gelegenheit gekommen, die durch den Krieg bereits so geschwächte Macht Polens völlig zu vernichten, sich aus ihren Trümmern zu bereichern und zu vergröſsern. Allein solche Träume entsprachen nicht der besonnenen Denkweise Friedrich Wilhelms. Er miſstraute der Beharrlichkeit, den Kräften und Fähigkeiten Rakoczys und wuſste, daſs diesem weder der Kaiser noch der Sultan einen bedeutenden Machtzuwachs gestatten werde, und übrigens wünschte, wie wir wissen, der Kurfürst gar nicht die Vernichtung Polens und die Allmacht Schwedens. Dazu kamen weitere Umstände, die ihn sehr bedenklich stimmten. Der Zar, jetzt in offenem Bunde mit Polen, hatte ihm durch eine Gesandtschaft geradezu Krieg angedroht, wenn er sich nicht von den Schweden trenne. Die um vertragsmäſsige Hilfe angerufenen Niederländer wollten solche nur leisten — wenn Friedrich Wilhelm ihnen zu ihrer Sicherheit Pillau einräume: eine Bedingung, auf die Brandenburg niemals eingehen konnte[1]. Der Kurfürst hatte also von niemandem Beistand zu erwarten. Wie nun, wenn Karl Gustav wirklich nach Dänemark abzog, ihn der Rache der Polen, Russen und Kaiserlichen überlieſs? Schon des Königs Marsch nach dem Süden, die Entblöſsung Preuſsens sah er ungern, erblickte darin eine ihm selbst angethane Gewalt. „Gott behüte uns für den Tirannen,“ schreibt er im März 1657 an Moritz von Nassau-Siegen, „man hat hieraus zu sehen, was man sich auf seine Zu-

[1] Ms. Tagebuch Weimanns, Bd. IV und V.

sage und beschworene Allianz zu verlassen habe[1]." So erbittert war er gegen seinen schwedischen Verbündeten. Nur ungern bewilligte er ihm die vertragsmäfsige Verstärkung von 4000 Mann, wahrscheinlich auf die Bemühungen Waldecks hin, der den Befehl über dieses kleine Korps — ein Dragoner- und vier Reiterregimenter — erhielt: gewissermafsen die letzte Probe auf dessen gesamte Politik und Kriegskunst. Seine Instruktion schrieb ihm dabei auf das bestimmteste vor, sein eigentliches Ziel in der Eroberung, Besetzung, sowie politischen und militärischen Organisation der vier im Marienburger Bündnisse für Brandenburg bestimmten grofspolnischen Palatinate zu suchen. Weiter nach Süden solle er dem Könige nicht folgen[2].

Im Grunde war damit, wenn nicht die Trennung, so doch die Zurückhaltung gegenüber der schwedischen Kriegspolitik ausgesprochen. Grofse Ergebnisse machte ein so vorsichtiges, so halbes Verfahren von vornherein unmöglich; aber es bot desto zuverlässigere Aussicht auf, wenn auch engbegrenzte, doch sichere Resultate.

Dem Anscheine nach war freilich alles Freundschaft und Zutrauen zwischen den Verbündeten. Karl X. dankte dem Kurfürsten in herzlichen Worten für seine Unterstützung und versprach ihm dafür reichen Lohn[3]. Am 21. März stiefs Waldeck zu des Königs Truppen: sie zählten gleichfalls nur 4000 Mann, während Stenbock mit einem kleinen Korps zum Schutze Westpreufsens zurückblieb. Das war die ganze schwedische Feldarmee, die den Krieg gegen Polen führte!

Der König konnte unter solchen Umständen das Waldecksche Korps nicht entbehren, um nach Krakau und zur Vereinigung mit den Siebenbürgern zu gelangen. Gegen seine Instruktion, gegen den Willen seines Kriegsherrn willfahrte ihm darin Waldeck[4]. Er war offenbar kein brandenburgischer Staatsmann und General mehr, sondern ein schwedischer, und sein baldiger thatsächlicher Übergang in schwedischen Dienst eine moralische und logische Notwendigkeit.

---

[1] U. u. A., V, 893.

[2] Pufendorf, Carol. Gust., IV, 11. — Rauchbar, S. 170 f.

[3] 3. März 1657; U. u. A., VIII, 157.

[4] Rauchbar, 172 f. — Die nachträgliche Zustimmung des Kurfürsten zu Waldecks Willkür entscheidet gar nichts; was sollte er für den Augenblick anderes thun?

Um doch einigermaßen den Vorschriften des Kurfürsten zu entsprechen, besetzte er, nach einem Flankenmarsche, die zur Woiwodschaft Sieradz gehörige Stadt Petrikau — nach wenigen Wochen ist die vereinzelte kleine brandenburgische Besatzung von den Polen wieder überwältigt worden.

Da Karl X. offenbar nur sein eigenstes Interesse verfolgte, glaubte der Kurfürst um so mehr auf den Frieden mit der Gegenpartei hinsteuern zu müssen. Er fand dabei freundliches Entgegenkommen von Seiten der klugen und energischen Königin von Polen, Luise Maria von Gonzaga, die überzeugt war, daſs die Trennung des Brandenburgers von den Schweden deren völlige Vertreibung aus Polen zur Folge haben werde. So setzte sie sich mit dem Kurfürsten durch dessen Mutter Elisabeth Charlotte in Verbindung. Trotz aller Gegenbemühungen der Schweden und Franzosen erteilte Friedrich Wilhelm dem kaiserlichen Gesandten Lisola den Auftrag, zwischen ihm und dem Polenkönige zu vermitteln. Wirklich bestimmte der thatkräftige und gewandte Diplomat diesen Fürsten, dem Brandenburger mannigfache Vorteile und wenigstens eine Abschwächung der polnischen Oberhoheit in Aussicht zu stellen. Damit verlieſs Johann Kasimir den bisher starr festgehaltenen Grundsatz, dem Kurfürsten höchstens Verzeihung gewähren zu wollen. Der Raubkrieg an der preuſsischen Grenze wurde eingestellt[1].

Inzwischen folgte Waldeck dem Schwedenkönige getreulich bis Sendomir, in dessen Nähe sich dieser und die Brandenburger am 11. April mit Rakoczys bunt zusammengewürfelten Scharen vereinigten. Da gab es Ungarn und Kosaken, Szekler und Walachen, Tartaren und Türken; vollkommene Zuchtlosigkeit herrschte unter diesen Banden, die einen ungeheuern Troſs mit sich schleppten. Es stellte sich bald heraus, daſs sie militärisch ganz unbrauchbar waren. Rakoczy, der sich groſsspurig gerühmt hatte, Osten und Westen hätten die Augen auf ihn gerichtet[2], klammerte sich nun ängstlich mit seinen zahlreichen Horden an die kleine brandenburgisch-schwedische Armee, die, anstatt Hilfe von ihnen zu empfangen, sie schützen muſste! Als Karl Gustav diese Bundesgenossen sah, gab er das Spiel verloren. Er strebte

---

[1] Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 68. 69. — U. u. A., VIII, 202 ff. — Pribram im Arch. f. öst. Gesch., LXX, 44 ff. — Droysen, III, II[2], 248.

[2] Mémoires du chevalier de Terlon (Paris 1682), I, 14.

noch eilig nach einer Feldschlacht, um mit Ehren aus der Sache herauszukommen; aber die Polen vermieden jede Entscheidung, da sie sicher waren, dafs die Gegner sich von selbst verlaufen würden. Um doch etwas zu thun, wandte der König sich gegen die litauische Festung Brzesc, die er eroberte und dem Rakoczy einräumte. Damit gab er freilich den Süden auf, auch Krakau, wo der wackere Würtz mit seinen 2500 Helden sich bald wieder von den Polen umzingelt sah.

Nur eine Rettung gab es noch für den polnischen Krieg Karl Gustavs: wenn ihm der Brandenburger weitere 10—12000 seiner trefflichen Soldaten zur Hilfe sandte. So schickte Karl Gustav den Grafen Schlippenbach nach Königsberg mit der Bitte: der Kurfürst möge eine Anzahl seiner Regimenter mit Stenbock, der damals nach Polen beordert wurde, zur Vereinigung mit Rakoczy nach Brzesc ziehen lassen. Zum Lohn wolle man ihm letztere Stadt abtreten, ja das durch zahlreiche Festungen geschützte Westpreufsen, anstatt des offenen und deshalb schwerer zu verteidigenden Ostpreufsen, einräumen[1]. Friedrich Wilhelm aber sah in so abenteuerlichen Verheifsungen nur des Königs Absicht, ihn mit den Polen und deren Verbündeten unheilbar zu entzweien, dann ihm und dem unfähigen Rakoczy die ganze Last des polnischen Krieges aufzubürden, um selber gegen die Dänen zu ziehen. Er wies solche Vorschläge um so unbedingter zurück, als die Lage sich immer gefahrdrohender für Karl Gustav gestaltete.

Am 2. April war Kaiser Ferdinand III., schon längst kränkelnd, in Wien verschieden. Sein ältester Sohn, der römische König Ferdinand IV., dessen Wahl einst so viele Mühe und Verhandlungen gekostet, war ihm seit Jahren — am 9. Juli 1654 — im Tode vorangegangen. In den Erblanden folgte ihm sein zweiter Sohn: Leopold I. Es war noch zweifelhaft, ob der junge „König von Ungarn und Böhmen" auch die Kaiserkrone werde erlangen können; nur um so entschiedener betonte er das österreichische Sonderinteresse. Das aber erheischte zweifellos, die Schweden in Polen zu beschäftigen, damit sie nicht Lust zum Angriffe auf die reichen habsburgischen Lande verspürten. Lisolas stetes Bemühen ward endlich von Erfolg gekrönt: am 27. Mai 1657 wurde in

[1] Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 66. — U. u. A., VIII, 221. — Rauchbar, 179. — Geijer-Carlson, IV, 201.

Wien das neue Bündnis unterzeichnet, das den Polen den Beistand eines österreichischen Heeres von 12000 Mann zusagte; sie sollten sofort in Polen einrücken, dort Krakau und Posen als Waffenplätze besetzen. Nicht nur Dänemark, auch Brandenburg war zum Eintritt in die Allianz zu bestimmen.

Der Dänen war man sicher; im Mai erfolgte auch ihre Kriegserklärung gegen Schweden. Mit 12000 Mann wollten sie Halland, das sie letzterem Staate im Frieden von Brömsebro hatten abtreten müssen, und dessen Wiedereroberung für sie der wahre Zweck des Kampfes war[1], mit 10000 Mann das Herzogtum Bremen angreifen; ihre Flotte legte sich vor die schwedischen Häfen.

So von allen Seiten bedroht, konnte Karl Gustav nicht an der Spitze eines kleinen Heerhaufens im Herzen Polens verbleiben. Ende Mai trennte er sich von Rakoczy, den er noch eine Strecke lang durch Stenbocks Korps eskortieren liefs, und schlug selber in Waldecks Begleitung den Rückweg nach Preufsen ein; Schweden und Brandenburger rächten die Plünderungszüge der Tartaren und Litauer durch gräfsliche Verwüstung des unglücklichen Landes[2]. Auf allen Seiten von polnischen Scharen umgeben, ersuchte der König den Kurfürsten um eine Verstärkung, die ihm die Strafse nach Preufsen sichere. Friedrich Wilhelm sandte ihm 1800 erlesene Reiter unter Oberst Görtzke bis an den Narew entgegen, zur grofsen Freude des bedrängten Herrschers. Als dieser sie aber zu einem Offensivstofse gegen die Polen verwenden wollte, lehnten sie ab, da ihnen ausdrücklich vorgeschrieben sei, nur zu Sr. Majestät unmittelbarem Schutze zu dienen[3].

Kaum war Karl Gustav sicher in Thorn angelangt, als er seinen Entschlufs kundgab, persönlich den Krieg gegen Dänemark zu führen. So wurde doch wahr, was er früher nachdrücklichst abgeschworen hatte. „Die polnischen und russischen Kriege," sagte er mit einigem Cynismus, „sind mir und meinem Reiche beschwerlicher als der dänische. Denn mit diesen Barbaren wird nichts ausgerichtet, man mag sie schlagen, so viel man will. Ich mufs jedenfalls aus diesem polnischen Wesen heraus[4]."

---

[1] Ms. Schwerin an Weimann, 13. April; Weimanns Tageb., Bd. V.
[2] Terlon, Mémoires, I, 54.
[3] Droysen, a. a. O., S. 248. 500, Anm. 420.
[4] Geijer-Carlson, IV, 239 Anm., 244 Anm. 2.

Grofsartige Entwürfe bewegten seinen Geist, vor denen Polen jede Bedeutung verlor. Er wollte die dänischen Provinzen auf dem Festlande — Blekingen und Schonen — erobern, freie Fahrt durch den Sund erzwingen, womöglich auch Norwegen seinem Reiche einverleiben. Aber diese nahe gelegenen Erwerbungen genügten seinem Ehrgeize nicht. Noch währte Frankreichs und Englands Kampf gegen Spanien: mit Hilfe des Protektors hoffte er eine grofse schwedisch-englisch-französisch-holländisch-portugiesische Allianz zustande zu bringen, die das Haus Habsburg in Spanien wie in Österreich demütigen, dessen Macht brechen, ihm die Kaiserkrone entreifsen sollte. Es waren das Pläne, die an das französisch-schwedische Bündnis während des Dreifsigjährigen Krieges anknüpften. Schon sah er sich selbst die gesamte Landmacht dieser gewaltigen Liga zum Siege führen. Dazu mufsten die protestantischen Fürsten Deutschlands mithelfen, vor allem der mächtigste von ihnen, der Brandenburger. Noch von Thorn aus machte er diesem die glänzendsten Anerbietungen, wenn Friedrich Wilhelm ein Offensivbündnis mit ihm eingehen wolle. Er bot ihm Schlesien, einen grofsen Teil Westfalens. Der Krieg gegen Dänemark werde bald beendet sein, in sechs bis acht Wochen, dann werde man zum grofsen allgemeinen Angriff schreiten können [1].

Es war ein hoher Preis, der hier dem Kurfürsten winkte; aber gerade dessen Überschwänglichkeit war geeignet, einen Charakter seines Schlages abzuschrecken. Er verlangte keine Verheifsungen von dem Könige, sondern thatsächliche Dienstleistungen: er solle ihm ein Hilfskorps lassen, um das von den Polen belagerte Posen zu entsetzen. Karl Gustav schlug das ab, da er wirklich nicht einen Mann seines kleinen Heeres bei dem beabsichtigten Zuge gegen Dänemark entbehren konnte. Darauf schickte ihm der Kurfürst Waldeck zu, mit der dringenden Bitte, vor seinem Abzuge Frieden mit den Polen zu schliefsen; um so leichter könne man nachher die Waffen gegen das Haus Österreich wenden [2]. Aber ein Verzicht auf einmal gehegte Eroberungspläne lag nicht im Wesen Karl Gustavs. Könnte nicht eine Lage eintreten, in der die Wiederaufnahme seiner polnischen Entwürfe sich empfahl? Auch diese Forderung des Kurfürsten wies er

[1] Geijer-Carlson, IV, 241 f. — Pufendorf, Carol. Gust., IV, 29.
[2] Rauchbar, 184. — Erdmannsdörffer, Waldeck, 425 f.

zurück. Der aber fühlte sich immer mehr gegen die Schweden ergrimmt, die ihn hilflos übermächtigen Gegnern preiszugeben gedachten. Schon setzten sich 12000 Österreicher unter Hatzfeld von Schlesien aus nach Polen in Bewegung, und 60000 Russen marschierten, wie man in Königsberg erfuhr, gegen Preufsen, 40000 auf Warschau [1]. Und dabei kamen aus Hinterpommern die kläglichsten Nachrichten über die Plünderungen und Verwüstungen, die die schwedischen Truppen dort auf ihrem Durchmarsche von Preufsen nach Holstein verübten; wie Feinde traten sie auf [2]. Recht im Gegensatze dazu bewarben sich Schwedens Widersacher eifrig um die Gunst Brandenburgs, versprachen ihm die Rückgabe des westlichen Pommern. Der spanische Gesandte im Haag machte sich auf des ungarischen Königs Leopold ausdrücklichen Wunsch bei des Kurfürsten Schwiegermutter zum Vermittler für Österreich und Polen [3].

Friedrich Wilhelm hielt es an der Zeit, dem schwedischen Könige zu zeigen, dafs dieser nicht mehr auf ihn rechnen dürfe. Während er die von Karl Gustav neuerdings geforderte persönliche Zusammenkunft abschlug, verlangte er durch Dobrczenski vom Könige, entweder, selbst unter Rückgabe Westpreufsens, mit den Polen Frieden zu schliefsen oder Brandenburg für den Fall, dafs dieses von den Feinden allzusehr bedrängt werde, einen Separatfrieden mit ihnen zu gestatten. Karl Gustav antwortete mit bitteren Vorwürfen über die zweideutige Haltung des Kurfürsten, die ihn selbst genötigt habe, einstweilen den polnischen Krieg aufzugeben, und suchte ihn von den Friedensgedanken abzubringen. Als er jedoch sah, dafs er daran nichts ändern könne, machte er gute Miene zum bösen Spiele und gab die gewünschte Zustimmung, unter der Bedingung, dafs Brandenburg mit den Gegnern nichts verabreden werde, was Schweden schädlich sei und ihrer beiderseitigen Freundschaft Eintrag thue. Das schwedisch-brandenburgische Bündnis war damit thatsächlich zerrissen, der Augenblick entschlossener politischer Schwenkung für den Kur-

---

[1] Friedr. Wilh. an Moritz von Nassau-Siegen, 6. April 1657 (U. u. A., V, 893). — Dafs diese Besorgnis nicht unbegründet war, zeigt der Brief Des Noyers v. 9. Mai 1657; Lettres, S. 325.

[2] Reisebericht Jenas v. Juni 1657; Orlich, Gesch. des preufs. Staates im 17. Jahrhundert, I (Berlin 1838), 139.

[3] Ms. Weimann an Schwerin, 8. Juni 1657, mit Beilagen; Weimanns Tageb., Bd. V.

fürsten gekommen. Drohend rief Karl Gustav bei seiner Abreise von Thorn aus: „Wer nicht mit mir ist, ist wider mich[1]."

Am 2. Juli 1657 brach er auf, mit 6000 Mann, seinem Bruder Johann Adolf die Statthalterschaft in Preufsen überlassend. Am 28. Juli stand er an der Grenze Holsteins. Den Dänen gegenüber hatte er leichtes Spiel. Eine nichtsnutzige Adelsherrschaft hatte hier das Königtum zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, die Bauern zu Sklaven gemacht, die Bürger entmutigt und erzürnt, die Staatseinkünfte unterschlagen, Heer und Flotte zerrüttet, die Festungen verfallen lassen, die Verwaltung mit unredlichen und unfähigen Kreaturen erfüllt. Von Vaterlandsliebe, Opfermut, Schlagfähigkeit, ja nur Ordnung war nicht die Rede[2]. Vor dem blendenden Siegesglanze, der Karl X. und seine Helden umgab, wichen die Dänen überall zurück und räumten, mit Ausnahme einiger Festungen, die ganze jütische Halbinsel.

Um so schlimmer stand es mit Karl Gustavs Verbündeten gegen Polen. Würtz mufste endlich Krakau gegen freien Abzug den Österreichern übergeben. Von dem brandenburgisch-schwedischen Korps nicht mehr zusammengehalten, löste sich das ganze Heer der Siebenbürger bis auf wenige Tausende auf, mit denen Georg Rakoczy nach der Heimat entfloh. Er beschwerte sich lebhaft, nicht ohne Grund, dafs die Schweden ihn durch grofse Versprechungen zum Kriege verlockt hätten und nun schmachvoll im Stiche liefsen. So schlofs er mit den Polen einen schimpflichen Vergleich.

Friedrich Wilhelm blieb deren und der Österreicher Angriffen allein ausgesetzt. Schon brannten und plünderten die Polen unter Sapieha von neuem in Preufsen. Seine Feldarmee war nur noch 9400 Mann stark[3]. Die preufsischen Stände und Landräte flehten ihren Herrn an, durch schleunigen Frieden der gegenwärtigen und noch weiter drohenden Verwüstung des Herzogtums ein Ende zu machen[4]. Nach dem Vertrage von Labiau hatte der Kurfürst zur Verteidigung Preufsens, der vier Palatinate, Pommerns und der Kurmark ein schwedisches Hilfskorps von 6000 Mann zu

---

[1] U. u. A., VIII, 222 ff. — Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 66. 67, und Carol. Gust., IV, 28.

[2] Berichte Dohnas an Schwerin; Orlich, a. a. O., I, 226 f.

[3] 4500 z. Pf., 3500 z. F., 1400 Dragoner: Friedr. Wilh. an Moritz v. Nassau-Siegen, 22. Juni 1657; U. u. A., V, 898.

[4] Londorp, Acta publica, VIII (Frankf. a. M. 1670), 24 ff.

fordern. Kein Gedanke, dafs Pfalzgraf Johann Adolf es ihm gewähren konnte, da er kaum Leute genug besafs, die westpreufsischen Festungen zu schützen. So verlangte der Kurfürst die pflichtmäfsige Unterstützung vom Könige selbst; doch der mochte nicht einen Mann entbehren. Karl Gustavs Absicht, seinem Kriege eine ganz andere Richtung zu verleihen, ohne Rücksicht auf den brandenburgischen Bundesgenossen, gab auch diesem volle Freiheit des Entschlusses zurück. Längst hatte Friedrich Wilhelm die schwedische Allianz nur als Notbehelf betrachtet: jetzt erhielt er Möglichkeit und Veranlassung, sie aufzugeben. Er hatte schon oft den Frieden gesucht, aber einen ehrenvollen Frieden, der ihm die Unabhängigkeit seines Preufsen und, womöglich, die Erwerbung Ermlands bringen sollte: solch' Ergebnis zu erlangen schien ihm nunmehr der Augenblick gekommen.

Freilich, sein früherer Prinzipalminister, Georg Friedrich von Waldeck, mochte diese Schwenkung nicht mit vollziehen. Der Reichsgraf, der sich nie als brandenburgischer Beamter und Offizier betrachtet hatte, sondern als fürstlicher Condottiere, der sich nur solange in den Dienst des Kurfürsten stellte, wie es den eigenen Interessen entsprach, hatte sich seit einem Jahre völlig mit der Politik Schwedens identifiziert. Diese Richtung aber hatte gleichfalls seit einem Jahre Brandenburg nur Enttäuschungen und Gefahren gebracht, und zwar unter wiederholten persönlichen Niederlagen und gröblichen Pflichtwidrigkeiten Waldecks. Seine Stellung war unhaltbar geworden. Nicht nur sämtliche Ratgeber des Kurfürsten waren seine Gegner, im ganzen preufsischen Lande gab man ihm Schuld, dessen Untergang durch seine Parteilichkeit für Schweden herbeizuführen. Auch Friedrich Wilhelms Vertrauen hatte er verloren. Schon Anfang Juli 1657 ward Schwerin als der einflufsreichste unter den kurfürstlichen Räten betrachtet[1]. Waldeck erhielt die amtliche Aufforderung, einstweilen den Sitzungen des Geheimen Rates fern zu bleiben, um dessen Einigkeit nicht zu stören. Nach so deutlichem Winke gab er (18. Juli) seine Entlassung. Der Kurfürst suchte förmlichen Bruch zu vermeiden, indem er ihn zum Statthalter von Minden und Ravensberg, sowie zum Befehlshaber der westfälischen Festungen ernannte. Aber nur wenige Monate behielt der Graf diese Stellung. Der Übertritt zur habsburgischen Partei im Reiche, der durch

[1] D'Avaugour und Terlon an Mazarin, 6. Juli 1657; U. u. A., II, 128.

Friedrich Wilhelms politische und militärische Frontveränderung unumgänglich ward, lief Waldecks ganzer Anschauung zuwider. Im Mai 1658 hat er endgültig den brandenburgischen Dienst verlassen und ist sofort in den Karl Gustavs getreten, der damals schon des Kurfürsten Feind war. So ward er ohne Bedenken aus des letztern Minister sein Gegner. Ein völliges Zerwürfnis zwischen beiden Männern war die Folge dieses selbst für die laxere Auffassung jener Zeit sittlich bedenklichen Schrittes[1].

Die Trennung Waldecks von Friedrich Wilhelm hat eine grofse Bedeutung für dieses Fürsten politische Entwickelung. In den ersten sechzehn Jahren seiner Regierung hatte er sich der Einwirkung seiner Minister untergeordnet: zuerst Burgsdorf, dann Waldeck hatten bestimmenden Einflufs auf ihn geübt. Das tritt um so schärfer hervor, als Waldecks phantastisches, waghalsiges und unbesonnenes Wesen durchgehends im Widerspruche zum Charakter Friedrich Wilhelms steht. Aber unter den unsagbaren Schwierigkeiten des Nordischen Krieges festigten und reiften Verstand und Wille des Kurfürsten: er nahm selber das Staatsruder in die sichere Hand. Seine Räte waren von da an seine Werkzeuge, er allein der Herr und Meister.

Otto von Schwerin ward der wichtigste, aber nicht der mafsgebende unter des Kurfürsten Ministern. Er schien sogar mehr Macht zu besitzen, als dies thatsächlich der Fall war, zumal er sich grofsen Einflusses auf die Kurfürstin erfreute[2]. Ruhig, besonnen, klar, pflichteifrig, war er jetzt ganz für die polnisch-österreichische Partei gewonnen, da er, wie fast alle Brandenburger, die Schweden als eigentliche Erbfeinde seines Landes zu betrachten gelernt hatte. Auf des Kurfürsten Befehl hatte er schon Ende Juni die Friedensverhandlungen mit Gonsiewski wieder aufgenommen[3].

---

[1] Erdmannsdörffer, Waldeck, 419 ff. — „Nachdem nun beinahe ein Jahr meine Rathschläge ohnannehmlich gewesen und mein Wort jetzt auch nicht viel gilt“ — schreibt Waldeck selber an Weimann, 10. Aug. 1657 (Ms. Weimanns Tageb., Bd. V).

[2] Schwerin ... imo solus fere pro arbitrio regit, nec minore etiam apud electricem pollet favore. Bericht Lisolas v. 22. Juli 1657; Pribram im Arch. f. öst. Gesch., LXX, 303. — Auch die französischen Gesandten Blondel und Terlon (Mémoires, I, 68) bezeichnen Schwerin als den einflufsreichsten unter den brandenb. Räten.

[3] Ms. Schwerin an Weimann, 25. Juni 1657; Weimanns Tageb., V.

Der Kurfürst wäre am liebsten neutral geblieben. Wenn ihm die Polen die Souveränität und einen kleinen Landgewinn zugestanden, hätte er sofort seine Karten aus dem Spiele gezogen. Sogar das Versprechen Westpommerns, das ja erst den Schweden noch abzunehmen war, reizte ihn nicht[1]. Zu gewagten Abenteuern ist er nie zu haben gewesen. Was er noch gewinnen konnte, war unsicher; gewiſs die Gefahr und Entkräftung seiner schon bis zur Erschöpfung angespannten Lande. Darauf gingen auch die Bemühungen der Franzosen hin, in Königsberg so gut wie am polnischen Hofe. Sie wünschten dringend, dem Nordischen Kriege ein Ende gemacht zu sehen, um Polen dem österreichischen Einflusse zu entreiſsen, Schweden und Brandenburg in Deutschland gegen eine habsburgische Kaiserwahl auszuspielen. Allein die Leidenschaften waren sowohl auf schwedischer wie auf polnischer Seite viel zu lebhaft, jeder wollte den Kampf fortsetzen, jeder den Kurfürsten zur eigenen Partei herüberziehen.

Und da zeigte Friedrich Wilhelm doch immer entschiedener seine Hinneigung zu Polen. Schon im Mai hatte er die Zuvorkommenheiten der Königin Luise Maria beantwortet und ihr es als seinen sehnlichsten Wunsch bezeichnet, zur Einigung mit dem polnischen Hofe zu gelangen[2]. Dies schien indes noch in weitem Felde zu stehen. Friedrich Wilhelm forderte beharrlich die Souveränität, Abtretung von Pomerellen, Braunsberg und Allenstein, Hilfsgelder, sowie Beitritt des Königs von Ungarn zum Vertrage. Polen wollte nur einige Erleichterungen der Lehnsabhängigkeit und die Abtretung Elbings gewähren, freilich auch Beistand zur Eroberung Schwedisch-Pommerns: eine Lockspeise, die, wie wir wissen, für Friedrich Wilhelm einstweilen des Reizes entbehrte.

Hier zu vermitteln, betrachtete Lisola als seine Aufgabe. Schon war es ihm gelungen, das österreichisch-polnische Bündnis zustande zu bringen; er setzte es nunmehr durch, daſs seine Regierung ihn beauftragte, auch eine Allianz zwischen Polen und Brandenburg zu bewerkstelligen. Dieser hervorragende Staatsmann, geboren am 22. August 1613 zu Salins in der Freigrafschaft, als Sohn eines vermögenden, durch Erhebung in den Adelstand ausgezeichneten Justizbeamten, war, nach tüchtigen

---

[1] Ms. Schwerin an Weimann, 5. Juli; a. a. O. — Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 75. — Pribram, a. a. O., 53. 57.

[2] Pribram, Lisola, 126. — U. u. A., VIII, 202 ff.

juristischen Studien, als Fünfundzwanzigjähriger in Angelegenheiten der Reichsstadt Besançon nach der österreichischen Hauptstadt gekommen. Hier hatten seine vorzüglichen Geistesgaben die Minister bald veranlafst, ihn in kaiserliche Dienste zu ziehen. Der unscheinbare Mann mit dem Äufsern eines pedantischen Stubengelehrten war in der That von einem Feuergeiste, einer unermüdlichen Thätigkeitslust, einer Begeisterung für habsburgisches Interesse belebt, die sich mit aufserordentlicher Gewandtheit, Beharrlichkeit und Festigkeit verbanden: Eigenschaften, die seinen grofsen Entwürfen den Erfolg sicherten. Nicht um materiellen Lohn diente er, sondern um der Sache willen und aus brennendem Ehrgeize. Freilich zeigte er auch die Schattenseiten seiner Vorzüge: übermäfsige Sanguinik, Geneigtheit, die ihm entgegenstehenden Schwierigkeiten zu unterschätzen. Aber im beständigen Kampfe mit der Geistesträgheit und Unentschlossenheit der hochgeborenen kaiserlichen Minister ist dieser Mann von verhältnismäfsig untergeordneter Stellung während der entscheidendsten Augenblicke die Seele der österreichischen Politik geworden [1].

Seit Mitte Februar weilte als französischer Gesandter de Lumbres am polnischen Hofe, unausgesetzt bestrebt, diesen zum Friedensschlusse mit Schweden zu bewegen. Allein der ehrliche, mittelmäfsige de Lumbres war einem Lisola nicht gewachsen. Der Österreicher, doppelt stark durch das Bündnis vom 27. Mai, wufste Johann Kasimir, Mitte Juni, dahin zu bringen, dafs er den französischen Diplomaten förmlich von seinem Hofe verbannte. Damit war der Sieg der kaiserlichen Partei entschieden. Es galt nun, solchen zur Aussöhnung Polens mit Brandenburg auszunutzen, um dann beide Mächte zum Angriffe auf Schweden zu führen. Auch das gelang. Nur zum Scheine gingen Gonsiewski und der Bischof von Ermland — ein Leszczynski — als polnische Gesandte nach Königsberg ab; der eigentliche Bevollmächtigte Johann Kasimirs war — ein in der Geschichte der Diplomatie wohl unerhörter Fall — der Fremde Lisola. Er nahm die ausdrückliche Erlaubnis mit, im Notfalle bis zur Anerkennung von Friedrich Wilhelms Neutralität zu gehen [2]. Das entscheidende Wort war damit endlich gesprochen.

---

[1] Vgl. Reynald, Le baron de Lisola; Revue historique, Bd. XXVII (1885), S. 300 ff.

[2] Pribram, Arch., LXX, 56. 282 ff.

Freilich trafen Lisola und seine beiden Gefährten in Königsberg noch auf ernste Schwierigkeiten. So sehr auch Karl X. Gustav dem Brandenburger zürnte, er that doch alles, um dessen völligen Abfall von der schwedischen Sache zu verhindern. Er schrieb ihm wiederholt in freundlichster und anerkennendster Weise als dem Mitgenossen im Kampfe für das Evangelium gegen die finsteren Pläne der katholischen Mächte — eine Saite, die Schweden zu Gunsten seiner ehrgeizigen Entwürfe gern anschlug. Er ehrte und schreckte ihn zugleich durch genaue Berichte über den Fortgang seines Krieges gegen Dänemark. Bald nach Lisola traf der kecke, unternehmende Schlippenbach als schwedischer Gesandter wieder in Königsberg ein. Er spielte den Vertrauten, den innigen Freund. Gemeinschaftlich müfsten Schweden und Brandenburger gegen die „Päpstler", die „Erbfeinde", kämpfen, keinen Raum zwischen sich lassen, wo die Versucherin, die Schlange, hineinschlüpfen könne[1]. Und die Franzosen halfen ihm nach Kräften; nach dem vorübergehenden Besuche des Grafen d'Avaugour und des Ritters von Terlon erschien als ordentlicher Gesandter beim Kurfürsten der berühmte hugenottische Architekt, Physiker und Mathematiker Franz Blondel des Croisettes. Freilich war der Mann durch seine Erfolge als Gelehrter und Künstler mit einer Eitelkeit und Selbstgefälligkeit erfüllt, die ihn zur Rolle eines Diplomaten in schwieriger Lage und bei einem schlauen und selbstbewufsten Herrscher, wie Friedrich Wilhelm von Brandenburg, wenig befähigten[2]. Jetzt, wo Schweden bedroht schien, kam Frankreich diesem alten Bundesgenossen zu Hilfe: Blondel sollte alles aufbieten, um Brandenburg bei dem schwedischen Bündnisse fest zu halten. Dafür versprach Mazarin lumpige 100000 Reichsthaler. Karl Gustav aber, der den Kurfürsten besser kannte, drang darauf, Frankreich möge endlich mit den Verpflichtungen Ernst machen, die es im Bündnis vom 26. Februar 1656 Brandenburg gegenüber eingegangen war — das sei das einzige Mittel, Friedrich Wilhelm vom Anschlufs an Polen und Österreich fernzuhalten[3].

Die französischen Diplomaten erkannten selber an, dafs die Selbstsucht und der Übermut der Schweden den Kurfürsten durch-

[1] U. u. A., VIII, 226—230.
[2] J. G. Droysen in Forsch. z. deutsch. Gesch., IV, 26.
[3] U. u. A., II, 126—129.

aus zum Parteiwechsel berechtigten[1]. Karl Gustav hatte keinen Freund mehr an dessen Hofe. Die Kurfürstin trat offen für Lisola und dessen Bemühungen ein, und noch mehr Friedrich Wilhelms Schwester, Herzogin Luise Charlotte von Kurland, die damals in Königsberg weilte und die milde polnische Oberhoheit über ihren Gemahl der strengen schwedischen weit vorzog; sie ward förmlich zur Agentin des österreichischen Gesandten. Mit den beiden Damen stand Schwerin im Bunde, der Lisolas Bestrebungen auf alle Weise geradezu mit Leidenschaft unterstützte. Er stimmte gegen Neutralität und für Krieg mit Schweden, da er dessen Rache wegen des Abfalls Brandenburgs zu fürchten behauptete[2]. Unter andere kurfürstliche Räte soll der österreichische Diplomat 3000 Pistolen verteilt haben[3]. Man sieht indes nicht, dafs sich Friedrich Wilhelm von allen diesen Persönlichkeiten wesentlich bestimmen liefs. Er blieb fest dabei, nur um den Preis der Anerkennung seiner Souveränität sei er zu haben; sonst wolle er lieber samt seinem Lande untergehen. Weder Lisola noch Schwerin vermochten ihm davon ein Jota abzuringen.

Österreicher und Polen hatten schwerwiegende Veranlassung, dem Entschlusse des Kurfürsten Rechnung zu tragen. Dänemark, bereits der jütischen Halbinsel beraubt, forderte dringend die von ihnen versprochene Unterstützung, die wieder ohne den Beitritt Brandenburgs nicht möglich war. Die Rettung des dänischen Reiches hing von der Gewinnung des Kurfürsten ab. Ja, war nicht zu fürchten, dafs Dänemark den Frieden erbitten, Karl X. sich dann mit seinen siegreichen Truppen, vielleicht im Vereine mit den Brandenburgern, die ja noch dem Namen nach seine Alliierten waren, auf Polen und Kaiserliche werfen werde? Lisola glaubte von seiner äufsersten Vollmacht Gebrauch machen zu sollen: er bot dem Kurfürsten die Souveränität an, wenn dieser auf Ermland — als unveräufserliches Kirchengut — sowie auf jede sonstige Erwerbung polnischen Gebietes verzichten wolle.

Darauf ging zunächst Friedrich Wilhelm nicht ein: zur Entschädigung für Ermland verlangte er Elbing sowie Lauenburg

---

[1] Terlon, Mémoires, I, 69 f.

[2] Schwerins leidenschaftlicher Gegensatz wider die bisherige, von Waldeck geleitete Politik des Kurfürsten geht aus seinen Ms. Schreiben an Weimann, 10. Aug., 6. Sept. 1657 (Berlin, a. a. O.), hervor. — Pribram, Archiv, 58 f. 303 ff.

[3] Berichte Blondels v. 27. Aug. 3. Sept.; U. u. A., II, 131 f.

und Bütow. Auch das gestand schliefslich der Österreicher zu. Aber Schlippenbach gab das Spiel noch nicht verloren. Er stellte dem Kurfürsten vor: er möge bei Schweden ausharren, sich nicht in Preufsen abfangen lassen, mit seinem gesamten Heere an der märkisch-polnischen Grenze Stellung nehmen, von da aus Polen bedrohen; so werde er am besten auch Preufsen schützen, bis der siegreiche König aus Dänemark herbeieilen und ihm zu glänzenden Vorteilen verhelfen werde[1].

Indes nun trafen Nachrichten ein, die den Kurfürsten zu endgültigem Beschlusse veranlafsten. Die Österreicher hatten Krakau eingenommen, damit die Schweden ihres letzten Stützpunktes in Polen beraubt. Andrerseits lieferten noch einmal Brandenburger und Schweden im Verein den Polen an der Dirschauer Brücke ein siegreiches Treffen; allein die Schweden suchten geflissentlich ihre Bundesgenossen herabzusetzen, sich ausschliefslich das Verdienst zuzuschreiben. Die Erbitterung in der brandenburgischen Armee gegen diese Verbündeten ward unbeschreiblich und sprach sich in schroffster Weise aus[2]. Gleichzeitig litt Preufsen unter erneuten Plünderungen der Litauer. Mitte August 1657 entschied sich also Friedrich Wilhelm für Polen und Österreich. „Der Accord ist richtig," schrieb damals[3] Schwerin an Weimann; „Lisola und Somnitz sind hiemit zum Gontschefsky ad ratificandum, quia est plenipotentiarius, aber die conjunction ist versprochen." Mit aller praktischen Besonnenheit verband Friedrich Wilhelm Kühnheit der Entwürfe, wenn solche der Sachlage entsprach. Mit österreichischer Hilfe wollte er sofort die Offensive gegen die Schweden ergreifen, sowohl in Westpommern wie in Holstein, schon um deren Rache an seinem eigenen Lande zu verhindern. Lisola, stets zu frischem Wagen geneigt, war ganz seiner Ansicht[4]. Öffentlich verkündete der Kurfürst allerdings: er wolle das Bündnis mit den Schweden bewahren, nur den Polen gegenüber neutral sein[5]. Damit suchte man auch den tobenden Schlippenbach zu besänftigen.

Demgemäfs ward am 1. September 1657 eine Punktation

---

[1] U. u. A., VIII, 230 f.

[2] Droysen, Gesch. d. preufs. Pol., III, II[2], 254.

[3] 16. Aug. 1657; Ms. Weimanns Tageb., Bd. V.

[4] Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 75. — Pribram, Arch., LXX, 314. 323 ff.

[5] Bericht Blondels v. 3. Sept.; U. u. A., II, 131.

veröffentlicht, unterzeichnet von Somnitz und Gonsiewski, sowie von Lisola als Vermittler, die weiter nichts besagte, als dafs bis zum Abschlusse des endgültigen Friedens Waffenruhe zwischen Brandenburg, Polen und dessen Verbündeten bestehen solle. Daraus ergab sich von selbst, dafs die brandenburgischen Truppen die wenigen Plätze, die sie noch in Polen inne hatten, räumen mufsten. Aber in einem geheimen Artikel wurde diese ganze Übereinkunft für unverbindlich erklärt, für eingegangen nur zur Verbergung anderweiter Zwecke [1].

Gegen die Mitte des Monats begab sich der Kurfürst mit Schwerin und Lisola an die litauische Grenze, angeblich um mit Gonsiewski gemeinsam zu jagen [2]. Hier, zu Wehlau, ward dann in tiefstem Geheimnis der wirkliche Vertrag, am 19. September, abgeschlossen.

Er enthält zwei Aktenstücke. Das erste setzt fest, dafs künftighin zwischen Brandenburg und Polen Friede und Freundschaft herrschen soll. Der Kurfürst verzichtet auf alle Ansprüche und Eroberungen innerhalb des Gebietes der Republik; dafür werden er und seine Nachkommen das Herzogtum Preufsen in dessen alten Grenzen, wie sie vor dem Kriege gewesen waren, „mit höchster und absoluter Gewalt besitzen und ohne alle früher darauf ruhenden Lasten regieren“ (Art. 5). Der Kurfürst und seine Nachkommen werden Stände und Einwohner Preufsens bei deren bisherigen Rechten erhalten (Art. 9). Ein ewiges Bündnis soll Brandenburg und Polen vereinigen, beide Staaten in künftigen Kriegen einander mit je 2000 Mann unterstützen. — So weit ist das Abkommen unschuldiger Natur. Das zweite Aktenstück aber verpflichtet für den gegenwärtigen Krieg, namentlich wider die Schweden, beide kontrahierende Teile zu gegenseitiger Hilfe, die für Brandenburg auf mindestens 6000 Mann festgestellt wird. Zur Entschädigung hierfür soll dem Kurfürsten von der Republik Polen eine Gebietsabtretung zuteil werden, die weiterer Vereinbarung vorbehalten bleibt, und ohne die nur der Waffenstillstand, nicht aber das Bündnis noch selbst die Räumung der von den Brandenburgern in Polen besetzten Plätze einzutreten haben.

Friedrich Wilhelm hatte seine Stellung gewahrt. Ohne Pomerellen und Elbing kein Bündnis — jedenfalls aber Frieden

---

[1] Pufendorf, Frid. Wilh., VI, 76.
[2] Bericht Blondels v. 17. Sept.; U. u. A., II, 67.

und die vorläufige Anerkennung seiner Souveränität. Er konnte der nächsten Zukunft ruhig entgegensehen.

Den Schweden gegenüber gab er vor, er sei nur jene Neutralität eingegangen, die ihm für den Notfall der König selber zugestanden hatte. Sein Gesandter am polnischen Hofe, der bewährte Hoverbeck, hatte Johann Kasimir zur Nichtveröffentlichung des Wehlauer Vertrages zu bestimmen. An Karl Gustav schrieb der Kurfürst direkt: Da Se. Majestät nicht, wie sie versprochen, nach acht Wochen zurückgekommen sei, sondern sich immer weiter in den dänischen Krieg vertieft habe, auch die Gefahr für Preufsen täglich wachse, habe er sich zum Neutralitätsvertrage genötigt gesehen[1]. Sicher kann diesem Verfahren der Vorwurf der Doppelzüngigkeit und Unwahrhaftigkeit nicht erspart werden: es waren das eben die Waffen des Schwächern gegen seine übermächtigen Nachbarn.

So eigentümlich das auch erscheinen mag: Friedrich Wilhelm wufste in der That noch nicht, ob er wirklich mit den Schweden brechen werde. Zwei Möglichkeiten standen ihm vor Augen: entweder, aber nur mit hinreichender Hilfe Polens und Österreichs, ein kühner Zug nach Westpommern und Holstein zur Besiegung der Schweden, zur Rettung Dänemarks; oder Herbeiführung eines allgemeinen Friedens, mit Einschlufs Schwedens. Vielleicht wäre ihm nach den Gefahren und Kosten der jüngsten Jahre die letztere Modalität die genehmere gewesen. Jedenfalls unterhandelte er über beide, und die polnische Königin Luise Maria schien dem Friedenswerke nicht abgeneigt[2]. Auch Karl X. war versöhnlicher gestimmt durch den Verlust Krakaus, das Eindringen Czarneckis in Westpommern, die drohende Wendung Brandenburgs, die nachdrücklichen Warnungen der Niederländer[3]. Seinem Agenten Wolfsberg, den er eben damals an den Kurfürsten sandte, schrieb er „bescheidenes“ und freundliches Benehmen vor. Den „guten Kurfürsten, dem ich genug seiner Affektion gegen mich versichert bin,“ bemitleidet er, denn „die Apostel“ — die Räte — „taugen nicht“. Der Gesandte soll nachdrücklich erklären, sein König nehme Brandenburgs Neutralität nicht übel. Auch auf dem Wahltage zu Frankfurt am Main drückten sich die Schweden derart aus. Solches Entgegenkommen fand am brandenburgischen

[1] U. u. A., VIII, 218. 233.
[2] U. u. A., VIII, 272.
[3] Ms. Weimann an Schwerin, 5. Okt. 1657; a. a. O.

Hofe freudige Aufnahme. Man beteuerte Wolfsberg, alles ziele nur auf Herstellung des allgemeinen Friedens; man führte ihn hinters Licht, indem ihm angebliche „gute Freunde" falsche Nachrichten brachten[1]. Indes erfuhren die Schweden doch bald den wahren Inhalt des Wehlauer Vertrages. Während Schlippenbach jetzt Mäfsigung bewahrte[2], zeigte Karl Gustav einen Zorn, der mit seinen freundlichen Äufserungen, einige Wochen früher, in scharfem Gegensatze stand. Er schickte des Kurfürsten Schreiben vom 24. September uneröffnet zurück, unter dem Vorwande angeblicher Formfehler. Dann antwortete er mit herben Vorwürfen: Friedrich Wilhelm habe schon durch seine Zurückhaltung bei Gelegenheit des Rakoczyschen Feldzugs das gemeinsame Interesse schwer geschädigt, das er nun mit seiner sogenannten Neutralität gänzlich opfere. Der König versteigt sich zu Drohungen für den Fall, dafs sein Vetter noch weitergehende Verpflichtungen eingegangen sei, „die den Gesetzen der Neutralität und seinen neuerlichen Beteuerungen widersprächen oder auf Unsern Nachtheil und Schaden zielten"[3].

Sollte sich Schweden dauernd ungefüge zeigen, so hatte der Kurfürst einen zweiten Plan, dessen Ausführung er nicht minder eifrig betrieb: Zertrümmerung der schwedischen Übermacht, Rückeroberung der ihm geraubten Hälfte Pommerns — Polens Zustimmung war er hierfür von vornherein sicher, da es naturgemäfs durch Rachsucht und Besorgnis zugleich zum Angriffskriege gegen Schweden getrieben wurde, den Czarnecki ja schon in Pommern begonnen hatte. Das bedrängte Dänemark war gleichfalls leicht zu haben; bereits am 9. November schlofs es ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Schweden mit Brandenburg[4]. Nun galt es, Österreich zu gewinnen. Lisola, dessen Fähigkeiten und Willensstärke der Kurfürst in den bisherigen Unterhandlungen schätzen gelernt hatte, schien ihm hierzu der geeignetste

---

[1] W. Arndt, Schweden, Brandenburg, Magdeburg (Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch., VII, 1), S. 19 f.: Instruktionen u. Berichte Wolfsbergs. — Berichte Jenas aus Frankfurt; L. v. Orlich, Gesch. d. preufs. Staates im 17. Jahrh., I, 150.

[2] An Friedr. Wilh., 28. Okt.; U. u. A., VIII, 231.

[3] Wismar 11./21. Okt. 1657; Londorp, Acta publica, VIII, 200 f. — Die Paraphrase bei Pufendorf (Frid. Wilh., VII, 2) ist sehr abgeschwächt.

[4] v. Mörner, Staatsverträge, 228.

Mann; er liefs seine Minister mit ihm unterhandeln[1]. Friedrich Wilhelm erbot sich, an der Spitze eines Bundesheeres von 30000 Mann, das den Schweden an Zahl reichlich überlegen war, den gegen Dänemark operierenden Karl Gustav im Rücken anzugreifen. Indes war König Leopold überhaupt langsam und unentschlossen, so noch besonders im damaligen Augenblicke, wo es sich um seine Kaiserwahl handelte, der sich Frankreichs und Schwedens deutsche Verbündete widersetzen konnten, wo England und Frankreich, eng verbunden, in den Niederlanden siegreich vordrangen, wo, von Schweden aufgehetzt, der Sultan Miene machte, in Ungarn loszuschlagen. Weder Lisola noch der österreichische Feldmarschall Hatzfeld konnten ein bindendes Versprechen österreichischer Mitwirkung geben. Ohne solche den Angriff auf Schweden zu unternehmen, schien aber dem Kurfürsten unthunlich, da er von der militärischen Brauchbarkeit der ungeordneten polnischen Scharen eine sehr geringe Meinung hegte und deshalb fürchtete, es werde ihn dann das ganze Gewicht des Krieges und der schwedischen Rache treffen. Czarneckis Aufforderung, vor Stettin zu erscheinen, das sich unter den gegenwärtigen Umständen sofort ergeben werde, liefs er aus diesem Grunde unbeachtet[2]. Die absichtliche Langsamkeit, mit der das österreichische Heer von Krakau her nach Norden rückte[3], überzeugte ihn, dafs zunächst von dieser Seite keine Hilfe zu erwarten sei[4].

So blieb er über die Richtung seiner Politik für die nächste Zukunft noch in Zweifel. Wenigstens mit Polen gelangte er zu endgültigem Abschlufs. Es stellte sich ein ganz persönliches Freundschaftsverhältnis her zwischen ihm und der thatkräftigen und staatsklugen Königin Luise Maria, der eigentlichen Retterin Polens, die „ihren Gatten lenkte, wie ein kleiner Äthiopier seinen Elefanten“[5]. Die starke Individualität des Kurfürsten sagte ihr zu; sie hoffte ihn dauernd zum Beschützer der polnischen Krone zu gewinnen. Seit dem Tage von Wehlau stand sie mit ihm in

---

[1] U. u. A., VIII, 219. — Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 10. — Pribram, Lisola, 138 ff.

[2] Ms. Graf Christ. Dohna an Weimann, 11. Nov. 1657, nebst einliegendem Schreiben Czarneckis an Dohna v. 23. Okt.; Weimanns Tageb., V.

[3] Lettres de Des Noyers, 349.

[4] Über diese österreichisch-polnisch-brandenburgischen Verhandlungen: Berlin, Königl. Bibl., Mss. Boruss. fol., 380 ff.

[5] Rudawski, 398.

Briefwechsel, der den festen Anschlufs Brandenburgs an Polen zum Gegenstande hatte. Sie wünschte dringend eine persönliche Zusammenkunft mit Friedrich Wilhelm[1]. Ihr Werk war es hauptsächlich, dafs ihr Gatte dem ehemaligen Vasallen bis nach Bromberg entgegen kam, mit ihr schon am 26. Oktober dort eintraf. Erst vier Tage später langten Friedrich Wilhelm und seine Gemahlin in Bromberg an. Die Vereinigung gestaltete sich äufserlich in herzlichster Weise, reiche Geschenke wurden ausgetauscht. Hoverbeck und Schwerin erhielten von Johann Kasimir die Ehrengabe des polnischen Indigenats. Allein sachlich traten doch ernste und bedrohliche Schwierigkeiten hervor, die das Zustandekommen des Bündnisses als fraglich erscheinen liefsen. Von den Danzigern aufgestachelt, wollte Johann Kasimir die wichtige Handelsstadt Elbing mit ihrem fruchtreichen Werder nicht abtreten, der Kurfürst aber ebensowenig auf sie verzichten. Schon befahl Friedrich Wilhelm dem Feldzeugmeister Sparr, die auf dem Abmarsche nach den Marken befindlichen Truppen wieder heranzuziehen, „denn die Polen wollen uns hier Gesetze vorschreiben“. Ein ernstes Zerwürfnis drohte einzutreten. Da erwarb sich Luise Maria das Verdienst, durch eifriges Bemühen eine Einigung herbeizuführen. Der Kurfürst verzichtete auf den Werder und erhielt auch die Stadt Elbing nur auf so lange zugesprochen, wie die Republik ihm nicht 400000 Reichsthaler entrichten würde — so schonte man den polnischen Stolz, denn die Bezahlung solcher Summe durch die Republik wahr ganz unwahrscheinlich[2].

Vom 6. November ist der Bromberger Vertrag, die Ergänzung des Wehlauer, datiert. Er tritt dem Kurfürsten zum Lohne für die zu leistende Waffenhilfe die beiden Starosteien Lauenburg und Bütow in Pomerellen ab, die schon früher zu Pommern gehört hatten, sowie, unter den erwähnten Bedingungen, Elbing und endlich die Starostei Draheim, die die Polen gegen Erlegung von 120000 Reichsthalern wieder zurückkaufen konnten. Brandenburg versprach zum Kampfe gegen Schweden 4000, Polen 8000 Streiter zu stellen.

Damit war nun Doppeltes entschieden: der Kurfürst war in die Reihe der Feinde Schwedens getreten, und andrerseits hatte

---

[1] U. u. A., VIII, 271. 273.

[2] Lettres de Des Noyers, 349. — Droysen, III, II^2, 257 f.

er das Ziel langjährigen Strebens, die Souveränität in Preufsen, erlangt. Das war keine blofse Erwerbung eines leeren Titels, keine formale Genugthuung, sondern eine für Brandenburg-Preufsens staatsrechtliche Stellung gewaltige Umwälzung. Seitdem war dessen Beherrscher nicht mehr ein in allen seinen Besitzungen unselbständiger, abhängiger Lehnsmann: für sein preufsisches Herzogtum stand er nun unter den freien und selbstherrlichen Fürsten, konnte seine Politik nach eigenem Erfordern und eigenem Entschlusse lenken. Der Grund war gelegt, auf dem sich einst die mächtige und glorreiche preufsische Monarchie erheben sollte. Nicht die an sich erwünschten Landerwerbungen bildeten das Hauptergebnis des Wehlau-Bromberger Abkommens, sondern die königliche Freiheit und Vollgewalt, die der Herzog in Preufsen errungen hatte. Friedrich Wilhelms zugleich vorsichtige und kühne, wenn auch verwickelte und zweideutige, Politik war von glänzendstem Erfolge gekrönt. Es war, als habe er deutlich vorausgesehen, dafs diese preufsische Souveränität für die grofse Zukunft seines Staates von entscheidender Bedeutung werden mufste!

Vierzehntes Kapitel.

Der erste dänische Krieg.

Friedrich Wilhelm von Brandenburg hatte auf das polnische Königspaar und die fremden Diplomaten, die ihn in Bromberg kennen gelernt hatten, den günstigsten Eindruck gemacht. „Er ist“, sagt einer der letzteren, „ein Fürst von stattlicher Figur, grofs, mit kühnen Zügen, einnehmendem Äufseren, vollem Gesichte, grofser Nase, schönen Augen; sehr höflich und weltgewandt; spricht gut über die öffentlichen Geschäfte und versteht sie trefflich; schnell in seinem ganzen Wesen.“ Luise Henriette erscheint daneben „sanfter und gesetzter, von melancholischem Temperamente, wenig redend, aber was sie sagt, ist gut. Sie ist klein, doch wohl geformt, sehr fromm und eifrig in ihrer reformierten Religion“. Indes diese stille, fromme und scheinbar resignierte Frau barg in sich grofse Festigkeit und Entschlossenheit des Charakters: „sie hält sich nicht mit Kleinigkeiten auf und meint, die Frauen müfsten an den Geschäften teilnehmen.“ Die ruhige Kraft ihres Wesens zeigte sie auch darin, dafs sie ausnahmslos jeden Dienstag bis zum Abend fastete, weil an diesem Tage ihr hoffnungsreicher und geliebter Bruder Wilhelm II. gestorben war[1].

Die verwandten Naturen des Kurfürsten und Luise Marie Gonzagas waren sich während des achttägigen Zusammenseins in Bromberg — noch am 6. November reiste das kurfürstliche

---

[1] Lettres de Des Noyers, 355.

Paar wieder ab — menschlich nahe getreten. Friedrich Wilhelm rief aus: wenn die Königin sich um die Kaiserkrone bewerben wolle, so werde er ihr seine Stimme geben. Der schon zwischen Beiden begonnene Briefwechsel wurde seitdem Jahre lang fortgesetzt — eine der merkwürdigsten und anziehendsten Quellen der Geschichte jener Zeit.

Immerhin wurde es zweifelhaft, ob die brandenburgisch-polnische Waffengemeinschaft Gelegenheit finden werde, sich zu erproben. Die Schweden hatten ihre Meisterschaft im Kriege auch gegen die Dänen wieder bewährt. Deren letzter Halt in Jütland war die starke Festung Fredriksodde gewesen; hierhin hatten sich die Reste ihres jütischen Heeres, 6000 Mann unter dem Reichsfeldmarschall Bille, zurückgezogen. Am 3. November 1657 erstürmten nur 4000 Schweden unter Feldmarschall Wrangel die Festung: mit einem Verluste von 70 Mann töteten sie 1500 Feinde, nahmen an 3000 gefangen. Das dänische Heer war vernichtet, ganz Jütland in der Gewalt der Feinde.

Weder Polen noch Brandenburg hatte Lust, sich mit einem so furchtbaren Gegner ohne Österreichs Hilfe einzulassen; wurde sie ihnen versagt, so zogen sie es vor, mit jenem Frieden zu machen. Sowohl die Königin wie der Kurfürst waren dazu entschlossen. Friedrich Wilhelm liefs sich in diesem Bestreben nicht irre machen, weder durch die platonischen Ermutigungen des Kurfürsten von Sachsen, der ihm sagte: „Eure Liebden müssen Ihr Pommern wieder haben, sonst wird kein beständiger Friede sein“ [1], noch durch seinen eigenen heftigen Briefwechsel mit Karl X. [2]. Solche vorübergehende Stimmungen konnten ihn in seiner wohlerwogenen Absicht, die auch von seiner königlichen Freundin geteilt wurde, nicht stören: wenn Österreich fortfahre, seinen Beistand zu versagen, dann baldmöglichst Frieden mit Schweden, allerdings nur einen allgemeinen, nicht Separatfrieden, auf sicheren Bedingungen. Dazu ermahnten auch die Generalstaaten, denen der Erfolg plötzlich Hochachtung für den Kurfürsten eingeflöfst hatte, sodafs sie ihm ihre Garantie für die preufsische Souveränität und die Erneuerung des Bündnisses vom Jahre 1656 verhiefsen [3].

Karl X. freilich versuchte, durch trügerische Anerbietungen

[1] Ms. Schwerin an Weimann, 18. Dez. 1657; Weimanns Tageb., Bd. VI.

[2] Londorp, Acta publica, VIII, 200. — Rudawski, 359 ff. — Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 2—4.

[3] Ms. Weimann an Schwerin, 11. Jan. 1658; a. a. O.

die neuen Verbündeten zu entzweien. Unter Vermittelung der französischen Gesandten, des Ritters Terlon am eigenen, de Lumbres' am polnischen Hofe, sowie des Sekretärs Akakia, der zwischen beiden hin und her reiste, bot er den Polen Frieden an, und zwar ganz auf der von diesen gewünschten Grundlage der Rückgabe Westpreufsens. Ebenso ward Schlippenbach abermals nach Berlin geschickt, um den Kurfürsten wieder auf die schwedische Seite zu ziehen. Er zeigte sein freundlichstes Gesicht, stellte sich, als ob er an den Abfall Brandenburgs von der schwedischen Freundschaft durchaus nicht glaube, und behauptete, dafs Brandenburgs Gröfse auf dem Bündnisse mit Schweden beruhe. Allein diese, selbst von den Franzosen in ihrer wahren Bedeutung erkannten Versuche mifsglückten. Sowohl das polnische Königspaar wie der Kurfürst lehnten jedes Sonderabkommen unbedingt ab, so kräftig sie auch sonst ihre Geneigtheit zum Frieden ausdrückten. Hierauf setzten die Schweden ihre Verhandlungen auf anderweiter Grundlage fort: sie hofften so doch noch Mifstrauen unter die Verbündeten zu säen, jedenfalls aber Zeit zu völliger Unterwerfung Dänemarks zu gewinnen. Als Schlippenbachs Anerbietungen durchaus zurückgewiesen wurden, verliefs er gegen Ende des Jahres unter Drohungen Berlin [1].

Diese Stadt wurde zum erstenmal der Mittelpunkt der europäischen Diplomatie, auf den alle Mächte die Augen gerichtet hielten — ein Zeichen für die hohe Bedeutung, die Friedrich Wilhelm in siebzehnjähriger Regierung dem früher so geringgeschätzten Brandenburg zu verschaffen gewufst hatte. Ende Dezember 1657 erschienen dort als kaiserliche Gesandte Lisola, sowie der berühmte Feldherr Graf Raimund Montecuccoli, dem an Stelle des erkrankten Hatzfeld der Oberbefehl über das österreichische Heer in Polen zugedacht war. Ihnen gesellte sich im Namen Johann Kasimirs der Palatin von Posen, Johann Leszczynski, bei, der damals mit dem Fürsten Lubomirski den gröfsten Einflufs auf die Geschicke der Republik übte. Auch Dänemark schickte seinen Vertreter, Detlef Ahlefeld, um die Ratifikation und Ausführung des Bündnisses vom 9. November zu fordern. Der Kurfürst antwortete ihm, das hänge von

[1] Diplomatische Korrespondenzen: U. u. A., VIII, 232 f, 273; Lettres de Des Noyers, 360. 362. 364 f. 368 f. — Terlon, Mémoires, I, 82. — Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 5. — Ms. Schreiben Schwerins an Weimann, Weimanns Tageb., VI.

Österreichs Benehmen ab; bleibe dieses unthätig, so würden er und Johann Kasimir mit Schweden Frieden schliefsen[1]. Es kam also alles auf die Entschlüsse König Leopolds an.

Nach seiner natürlichen Anlage aber, wie aus dem Wunsche heraus, seine Kaiserwahl möglichst ungestört durchzusetzen, war der junge Herrscher jedem kriegerischen Vorgehen gegen Schweden abgeneigt[2]. Polen, Brandenburger, Dänen sollten Karl X. bekämpfen, um ihn von Deutschland fern zu halten; Österreich blieb inzwischen ruhig und erntete die Früchte von der anderen Mühen, Opfern und Gefahren. Vergebens schickte Friedrich Wilhelm den Freiherrn von Löben nach Prag, um den König von Ungarn dringend zum Angriffe auf Schweden zu mahnen; der Gesandte kam unverrichteter Sache zurück. Allerdings war der Kurfürst nicht der Mann, sich zum Werkzeuge der österreichischen Staatsklugheit misbrauchen zu lassen. Er ordnete einen Vertrauten, Ledebaur, nach Wismar zu Karl Gustav ab, der ihn freundlich aufnahm, sich jederzeit zu Verhandlungen mit Brandenburg bereit erklärte und bat, Schwerin zu einer Konferenz mit Schlippenbach nach dem nahen Neubrandenburg zu senden. Die verständliche Drohung, die in Ledebaurs Mission lag, machte dann doch in Prag Eindruck. Peñaranda, der einsichtige Vertreter Spaniens am Kaiserhofe, befürwortete im Interesse des habsburgischen Gesamthauses lebhaft eine Verständigung mit Brandenburg, dem man das Hemd vom Leibe geben müsse, wenn es solches fordere. Darauf befahl Leopold im tiefsten Geheimnisse Montecuccoli — nicht dem eifrigen, kriegslustigen Lisola —, wenn Friedrich Wilhelm sich gar nicht anders zum Kampfe gegen Schweden entschliefsen wolle, dürfe man ihm ein österreichisches Hilfskorps von 6000 Mann bewilligen.

Diese Voraussicht zeigte sich als sehr gerechtfertigt. Der Kurfürst verlangte durchaus die Mitwirkung von 10000 Österreichern, wenn er etwas gegen die Schweden unternehmen solle; nicht einmal ein Verteidigungsbündnis wollte er mit Leopold

---

[1] Bericht Ahlefelds v. 9./19., 12./22. Jan. 1658; Londorp, VIII, 218 ff. — Fried. Wilh. durfte sehr wohl derart im Namen des polnischen Königs sprechen; Lettres de Des Noyers, 331.

[2] Über das Folgende: Pribram, Lisola, 146. 150 ff., sowie Arch. f. öst. Gesch., LXX, 79; U. u. A., III, 113; Secrete Resolutien, I, 584; Ms. Protokoll Schwerins über die Neubrandenburger Zusammenkunft (Weimanns Tageb., Bd. VI, fol. 404—412).



schliefsen, wenn dieser nicht auf seine Forderung eingehe. Er bewies den Österreichern, dafs er ihrer nicht bedürfe; am 21. Januar traf Schwerin mit Schlippenbach in Neubrandenburg zusammen, und ihre Verhandlungen nahmen einen anscheinend recht günstigen Verlauf. Der Schwede stimmte einem allgemeinen Friedenskongresse zu, der am 15. März in Frankfurt an der Oder eröffnet werden solle. Was aber Karl Gustav eigentlich beabsichtigte, erläuterte die Erklärung des englischen Gesandten im Haag: Cromwell, des schwedischen Königs bester Freund, wünsche zwischen allen protestantischen Mächten einen festen Frieden herzustellen, von dem Österreich gänzlich ausgeschlossen bleiben solle. Dahin zielte es auch, wenn der Kurfürst sich eifrig um ein neues Bündnis mit den Generalstaaten bewarb, die sich einem solchen sehr geneigt zeigten.

Österreich stand also in Gefahr, völlig vereinzelt zu werden, ja bei den drei protestantischen Kurfürsten Widerstand gegen Leopolds Kaiserwahl zu finden. In dieser Bedrängnis gab der König von Ungarn endlich dem Verlangen Friedrich Wilhelms nach — nur dessen Beharrlichkeit und Festigkeit war es zu danken, dafs der Kriegsbund gegen Schwedens alle bedrohende Habsucht zu stande kam. Am 29. Januar 1658, einen Tag vor seiner Abreise nach der Wahlstadt Frankfurt am Main, ermächtigte Leopold seine Gesandten in Berlin, die Absendung eines Hilfskorps von 10000 Mann und dessen Verwendung in Schwedisch-Pommern zu bewilligen. Die Freude des Kurfürsten über dieses endliche Zugeständnis Österreichs war grofs. Rasch wurden alle noch im Wege stehenden Schwierigkeiten beseitigt, und am 15. Februar ward der vom 9. datierte Bündnisvertrag in Berlin unterzeichnet.

Er enthielt zunächst das Versprechen, sich gegenseitig während zehn Jahre wider alle schwedischen Angriffe zu verteidigen; dann aber die Abmachung, dafs im gegenwärtigen Kriege der König von Ungarn 10000, der Kurfürst 6500 Mann zur aktiven Bekämpfung Schwedens stellen sollten, ohne jede weitere Belästigung eines deutschen Reichsstandes. Leszczynski verpflichtete den König von Polen zur Gewährung eines Hilfskorps von mindestens 7000 Mann. In einem Geheimartikel verhiefs Österreich, alle festen Plätze, die man gemeinschaftlich in Pommern erobern werde, dem Kurfürsten zu überlassen.

Man sieht, wohin Friedrich Wilhelm zielte. Wenn Polen

und Österreich überhaupt nur die Rettung Dänemarks und die Schwächung Schwedens beabsichtigten, so hatte er zugleich die Rückeroberung Westpommerns im Auge. Damit, wie mit so vielen anderen seiner politischen Bestrebungen, hat er seinen Nachfolgern den Weg vorgezeichnet, der zur Gröfse Preufsens und zur Erfüllung seiner Aufgabe in Deutschland geführt hat.

Der Krieg mit Schweden war nun entschieden. Als im Februar Gesandte der braunschweigischen Herzöge nach Berlin kamen, um Brandenburg vielmehr zu einem Bündnisse mit den „Beschützern des Evangeliums“ Schweden und Frankreich zu veranlassen [1], war es zu spät. Ja, die Feindseligkeiten hatten schon begonnen. Ein schwedisches, für die Elbinger Garnison bestimmtes Schiff mit 150 Zentner Pulver und vielem Blei ward in Pillau mit Beschlag belegt, und keine noch so heftige Reklamation Karl Gustavs konnte den Kurfürsten zur Freigebung des Fahrzeuges und seiner Ladung bestimmen [2]. Schlippenbach machte darauf den Neubrandenburger Verhandlungen ein Ende, indem er plötzlich, ganz im Gegensatz zu seiner bisherigen Haltung, erklärte: mit den Polen solle nur der polnische, in Holstein aber der dänische Friede negotiiert werden. Dafs die Verbündeten eine solche Zertrennung ihrer Interessen nicht dulden könnten, wufsten die Schweden sehr genau — ihre Erklärung hatte also lediglich den Zweck, die Unterhandlungen abzubrechen. Schlippenbach prahlte: es hänge nur von seinem Könige ab, mit Engländern und Franzosen ein Bündnis einzugehen [3].

In der That, die Schweden konnten triumphieren. Der Vertrag vom 9. Februar war zu spät gekommen. An demselben Tage hatte Karl Gustav das ungeheure Wagnis unternommen, über das schwankende Eis des Kleinen Belt, „die Brücke, die Gott für die schwedische Armee und ihren König über das Meer gelegt“, von Jütland nach Fünen zu marschieren. Es gelang: seine 12000 Mann kamen glücklich herüber, nahmen dann das starke dänische Korps, das das Ufer besetzt hatte, gefangen. In wenigen Tagen war die ganze reiche Insel unterworfen. Allein

[1] Köcher, I, 217.

[2] W. Arndt, Schweden, Brandenburg, Magdeburg, (Forsch z. brand. u. preufs. Gesch., VII, 1), 27 ff. — Pufendorf, Car. Gust., V, 63. — Ms. Berichte Schwerins und Weimanns, Flensburg, 1. Juli 1658; Weimanns Tageb., Bd. VII.

[3] Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 16. — Des Noyers, Lettres, 381.

Karl X. rastete nicht: auch den weit gefährlichern Übergang über den Grofsen Belt unternahm er, vom 16. bis 22. Februar. König Friedrich III. wagte keinen Widerstand gegen die 5000 Schweden, die auf Kopenhagen marschierten. Schon am 27. Februar wurde zu Roeskilde der Friede unterzeichnet, der die letzten Provinzen Dänemarks auf dem skandinavischen Festlande: Schonen und Blekingen, die Insel Bornholm, sowie die norwegischen Provinzen Drontheim und Bohuslehen an Schweden abtrat, den Sund und damit die Ostsee allen den Schweden mifsliebigen Flotten verschlofs.

Der Roeskilder Friede bedeutete Dänemarks politische Vernichtung, den Glanzpunkt in Karls X. Regierung, die höchste Stufe von Schwedens Glück und Macht.

Es konnte kein Zweifel sein, dafs dessen ruheloser Herrscher den dänischen Frieden nur benutzen werde, um seine übrigen Gegner anzugreifen und zu demütigen. Die ganze Verderblichkeit von Österreichs viermonatlichem Zögern wurde nun offenbar. Ihrer Lage nach mufsten die brandenburgischen Lande den ersten Anprall des furchtbaren Soldatenkönigs erwarten. Dieser liefs sich bereits hören: den einen Bruder Fritz — den dänischen Herrscher — habe er nunmehr brav geputzt, auch den anderen Bruder Fritz — den Kurfürsten — werde er zu finden wissen. Seine Offiziere aber freuten sich schon darauf, wieder in der Mark zu hausen[1]. Wenn Karl Gustav damals den Frieden mit Polen zu suchen schien und den Österreichern auf alle Weise schmeichelte[2], so geschah das nur, um Brandenburg in völliger Vereinzelung angreifen zu können. Damit hätte das Heer, das er durchaus zusammenhalten wollte, als die wahre Grundlage seiner und der Schweden Gröfse, und dem der Krieg in dem endlosen wüsten Polen verhafst war, auf Kosten Deutschlands leben können: „darauf beruht allein des Königs und Schwedens Sicherheit", betont sein Biograph. Nach Unterjochung des Kurfürsten gedachte Karl Gustav sich auf Österreich zu werfen, mit Hilfe Hessens, Würtembergs, der Pfalz und sogar des katholischen Pfalzgrafen von Neuburg, den dieser angeblich für das reine Evangelium streitende Fürst stets auffallend gegen Brandenburg begünstigt hat. „Ich hoffe," schrieb er, „mit Gottes

[1] Arndt, a. a. O., 30 f.

[2] Pufendorf, Car. Gust., V, 21. — Terlon, Mémoires, 92 f.

Beistand eine Dezision durch Waffenwechsel zu machen, während die anderen über die Sache deliberieren[1]".

Es fragte sich nur, ob die Gegner wirklich mit „Deliberieren" Zeit und Gelegenheit verlieren würden.

Der Kurfürst war nicht der Meinung. Er sah das schwedische Heer über ganz Dänemark zerstreut, zum Teil auf den Inseln durch das eingetretene Tauwetter festgebannt. Die Niederlande schienen sich endlich aus ihrer Thatenlosigkeit aufzuraffen, schickten Ysbrandt an ihn mit verheißungsvollen Zusagen[2]. Er hielt es deshalb für das Beste, den Feind durch kühne Angriffe zu schwächen und zu entmutigen. So sandte er in den ersten Märztagen den Generalmajor von der Goltz an Montecuccoli und nicht minder an den Polenkönig: die Schweden seien jetzt auf der jütischen Halbinsel so schwach, daſs man sie dort leicht überwältigen könne; sofort sollten die österreichischen und polnischen Truppen zu den Brandenburgern stoſsen, alle vereint nach Holstein ziehen. Indes er hatte seine Rechnung ohne die Österreicher gemacht. Leopold hatte seine Zustimmung zum Abschlusse des Vertrages vom 9. Februar lediglich gegeben, um Polen und Brandenburg an sich zu fesseln und zumals des letzteren Stimme für seine Kaiserwahl zu erhalten; aber Krieg zu führen mit seinen leeren Kassen und hierdurch nur dem gefürchteten „Kalviner" Friedrich Wilhelm Schwedisch-Pommern erobern zu helfen, dazu spürte er keine Lust. Kurz, er gedachte den kaum geschlossenen Vertrag unausgeführt zu lassen; und Montecuccoli hatte ihn bereits getröstet, er werde schon genügende militärische Gründe finden, um noch auf Monate hin jede Aktion zu vereiteln. Wirklich antwortete der Feldmarschall auf Goltz' Sendung: er bedürfe noch mindestens vier Wochen, um sein Heer in kriegsfähigem Zustande an die kurmärkische Grenze zu führen. Generalfeldzeugmeister Fernemont, der mit der österreichischen Ratifikation des Vertrages im März nach Berlin kam, sowie die österreichischen Gesandten in Dänemark und Polen wurden angewiesen, sich auf keinerlei Abmachung einzulassen, die Österreich der Gefahr aussetze, den Reichsfrieden brechen zu müssen, d. h. die schwedischen Besitzungen in Deutschland zu befehden. Vergebens schalten und drängten die Polen, die ihre Söldner und beutegierigen Adligen

[1] Pufendorf, a. a. O., V, 20 (ganz nach schwed. Akten gearbeitet). — Geijer-Carlson, IV, 285 ff.

[2] U. u. A., III, 133 ff.

gern gegen Pommern und Holstein losgelassen hätten — Leopold und Montecuccoli waren zu keiner That zu bewegen [1].

Friedrich Wilhelm hatte wohl Grund, über Österreichs Benehmen entrüstet und zugleich für seine eigenen Staaten recht besorgt zu sein. Er sah mit Befremden, daſs die Österreicher in Frankfurt mit dem schwedischen Gesandten Björnclou in bestem Einvernehmen standen, willig in die Falle gingen, die ihnen der schlaue Karl Gustav stellte [2]. Sollte er es dazu kommen lassen, sich allein oder nur mit der schwachen Hilfe der militärisch wie politisch gleich unzuverläſsigen Polen dem Angriffe des siegreichen und mächtigen Schwedenkönigs aussetzen? Die ihm wohlgeneigte Luise Maria von Polen selber, die viel zu einsichtig war, um sich von den schwedischen Spiegelfechtereien täuschen zu lassen, warnte ihn wiederholt und nachdrücklichst davor, auf Österreichs falsche Freundschaft hin etwas zu wagen; Polen und Brandenburg hätten nichts Besseres zu thun, als schleunigst mit den Schweden Frieden zu schlieſsen. Daſs auf die Niederländer kein Verlaſs sei, stellte der einsichtige und patriotische Weimann vom Haag aus seinem Herrn immer wieder auf das eindringlichste vor. Seine Darlegungen wurden durch das Auftreten der Generalstaaten nur allzusehr bewahrheitet. Als Ysbrandt Anfangs März nach Berlin kam, brachte er lediglich Friedensermahnungen und allgemeine Freundschaftsversicherungen mit, die in dem damaligen kritischen Augenblicke durchaus bedeutungslos waren [3].

Der Kurfürst sah sich also ganz vereinzelt dem Angriffe der Schweden ausgesetzt, die Bündnisse, mit denen er die Aktion gegen sie zu führen gedacht, nutzlos. Er wollte keineswegs den friedensbedürftigen Reichsfürsten als des Bruches des Westfälischen Friedens schuldig erscheinen. „Wir sind die ersten, gegen die

[1] Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 43. — U. u. A., VIII, 355 f. — Des Noyers, Lettres, 393. — Pribram, Lisola, 153 f. — Diese Vorgänge erscheinen völlig entstellt bei Haumont, La guerre de Nord, 224. Dieser Autor läſst sich zu sehr durch die phantastischen Berichte des unzuverlässigen Blondel bestimmen; überhaupt mangelt es dem flott und ziemlich unparteiisch geschriebenen Buche etwas an Kritik.

[2] Pufendorf, Car. Gust., V, 19.

[3] U. u. A., III, 113 ff., VII, 129 ff., VIII, 280. 282. — Secrete Resolutien, I, 590 f. — Ms. Schwerin an Weimann, 2. April: „Ich halte, dafs ein ander Mahl kein Mensch mehr nach ihrem Rath fragen oder sich an ihr Vornehmen kehren werde."

Schweden loszugehen beabsichtigt," schreibt Schwerin[1]; „die Österreicher vergelten übel die guten Dienste, die Se. Kurf. D. ihnen geleistet hat: denn nicht nur haben sie Se. Kurf. D. auf diesen gefährlichen Weg geführt und lassen ihn dort allein, sondern sie deklamieren auch allerwärts, wie sie es neulich bei den schwedischen Gesandten selbst gethan haben, dafs Se. Kurf. Durchl. sie so sehr zur Feindschaft gegen Schweden anfeuere und treibe." Kein Wunder, dafs ein völliger Umschwung in Friedrich Wilhelms Entschlüssen erfolgte. Noch hatte er Karl Gustav keinen Kampf geliefert, noch konnte er sich diesem mächtigen und vom Schicksale so auffallend begünstigten Fürsten wieder nähern. Er verzögerte deshalb, trotz alles Drängens der Österreicher, die Ratifikation des Vertrages vom 9. Februar. Er wolle jetzt den Frieden, sagte er dem Feldzeugmeister Fernemont; Schweden sei doch zu stark, als dafs er Gewinn in Pommern erhoffen dürfe, und Dänemark zu sehr geschwächt, als dafs ihm noch zu helfen wäre[2]. Für alle Fälle vereinigte er seine Truppen in Hinterpommern und legte sie nach Stargard und Kolberg: so wollte er sich in Positur setzen, um seine Lande vor Überfall zu schützen und nicht von Polen und Österreichern abgeschnitten zu werden. Aber jeden Gedanken an eigenen Angriff wies er weit von sich[3]. Vielmehr bat er Karl Gustav in einem persönlichen Anschreiben um schleunigen Abschlufs des Friedens mit Polen und stellte dazu seine freundschaftliche Mitwirkung in Aussicht[4].

König Leopold begann zu begreifen, dafs seine allzu grofse Schlauheit im Grunde recht thöricht gewesen war. Schon glaubte er ein schwedisch-brandenburgisch-französisches Bündnis im Anzuge, das seine Kaiserwahl unmöglich gemacht und den österreichischen Interessen im Reiche den Todesstofs gegeben hätte. Um eine so drohende Lage zu vermeiden, atmete er plötzlich Eifer und Begeisterung für die anti-schwedische Politik, beteuerte in wiederholten Schreiben an den Kurfürsten, dafs er fest entschlossen sei, im Bunde mit ihm den schwedischen Übermut zu bekämpfen, und gab Montecuccoli entsprechende Befehle. Wufste

[1] 9. März 1658, an Weimann; Ms. Weimanns Tageb., Bd. VI.
[2] Berichte Fernemonts aus dem Frühjahr 1658; U. u. A., XIV, 80 ff.
[3] Bericht Ysbrandts, 26. März 1658; U. u. A., III, 117 f.
[4] 10./20. März; Londorp, VIII, 244.

er ja, dafs Friedrich Wilhelm doch für den Augenblick nicht losschlagen werde! Auch die Polen versicherte der König seiner Kriegslust, beklagte sich über Brandenburgs Zögern und widersetzte sich jedem Versuche, mit Schweden zum Frieden zu gelangen. Montecuccoli verlegte sein Hauptquartier von Zduni an der oberschlesischen Grenze nach Buk, wo er nur zwei bis drei Tagemärsche von der Neumark entfernt war[1].

Allein weder Polen noch Brandenburger zeigten Lust, sich abermaliger Täuschung durch die Österreicher auszusetzen; sie fürchteten, von diesen im entscheidenden Augenblicke im Stiche gelassen zu werden. „Die früher vorgeschlagene Kavalkade wird jetzt nicht thunlich sein," schrieb Friedrich Wilhelm an den König von Ungarn. Um diesem die ganze Verkehrtheit seines Benehmens fühlbar zu machen, schlug er die Franzosen, Österreichs Erbfeinde, als Friedensvermittler vor. Und das war kein leeres Wort: auf Veranlassung de Lumbres' beschlossen Brandenburg, Polen und Schweden, einen Kongrefs zu Braunsberg zu eröffnen. Schon ernannten diese Mächte, sowie Frankreich und die Niederlande, für solche Versammlung ihre Bevollmächtigten. Auf Mazarins Befehl bemühte sich Blondel eifrig um die Versöhnung Brandenburgs mit Schweden, da beide den Interessen der französischen Regierung gegen das Haus Habsburg dienen sollten. Friedrich Wilhelm liefs sich in der That herbei, trotz der so groben früheren Antworten Karl Gustavs, diesem von neuem zu schreiben und ihm seinen wie der Polen dringenden Wunsch nach einem aufrichtigen Frieden mit Schweden auszusprechen. Der König erwiderte dieses Mal in freundlichen Ausdrücken, wenn nicht für die Polen, so doch für den Kurfürsten; und Schlippenbach beeilte sich, in mehrfachen Briefen und Schriften den letzteren zum Anschlusse an Schweden dringend aufzufordern. Wirklich begann Björnclou in Frankfurt, sich abermals der Kaiserwahl Leopolds zu widersetzen, und schmeichelte dafür den Brandenburgern[2].

Eine völlige Umwandlung der Verhältnisse schien sich vorzubereiten. Brandenburg suchte, im Einverständnisse mit Schweden

---

[1] Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 43. — Des Noyers, Lettres, 405. — U. u. A., VIII, 357 f., XIV, 82 ff.

[2] U. u. A., II, 159, III, 117. 119. — Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 44, u. Car. Gust., V, 50.

und Frankreich, die Kaiserwahl zu verzögern. Die Österreicher dagegen klagten den Kurfürsten bei Polen und Dänen als den einzigen Urheber des Aufschubes der militärischen Aktion, bei den deutschen Reichsständen dagegen als Veranlasser des drohenden Bruches des Westfälischen Friedens an. Die französische Vermittelung wiesen sie mit Protest zurück und schlugen dafür Mainz und Kursachsen vor. Die kaum Verbundenen traten sich als Widersacher gegenüber, zur grofsen Freude Karl Gustavs, der seine schlauen und zugleich kühnen Pläne reifen sah.

Nunmehr hielt er es an der Zeit, die Maske zu lüften und seine wahren Ziele zu offenbaren. Während er unter allerlei Vorwänden die Absendung seiner Bevollmächtigten nach Braunsberg immer von neuem vertagte, sprach er die heftigsten Drohungen gegen Brandenburg aus, das er soeben noch mit scheinbarer Freundlichkeit behandelt hatte (Mitte April 1658). Damals hatte er in Gothenburg die Stände versammelt, um sich vor dem neuen Kriegszuge ihrer Zustimmung zu vergewissern; er begann damit, vor ihnen den Kurfürsten bitter und in den schärfsten Ausdrücken zu verklagen. Sie antworteten ihm nach Wunsch: er möge, da der Kurfürst allerlei Feindseligkeiten gegen Schweden begangen habe, sein Heer in das Brandenburgische führen. Feldmarschall Wrangel sollte demgemäfs die Truppen bei Oldesloe im südlichen Holstein zusammenziehen, angeblich um nach Preufsen zu marschieren; unter dem Vorwande vertragsmäfsigen Durchzuges in Hinterpommern einbrechen, dort Posten fassen und dann erklären, er werde mit seinem Korps auf Kosten Brandenburgs leben, bis man des Kurfürsten sicher sei[1]. Für Anlafs zu wirklichen Feindseligkeiten wurde auch schon gesorgt. Wir wissen, dafs die Frage noch nicht entschieden war, ob Magdeburg als freie Reichsstadt zu betrachten oder als Glied des im Westfälischen Frieden an Brandenburg abgetretenen Erzstiftes zur Huldigung an den Kurfürsten verpflichtet sei. Friedrich Wilhelm aber, der die Stadt als den wichtigsten militärischen Posten der beiden sächsischen Kreise ansah, war entschlossen, sich seiner für die Zukunft zu versichern. Indem er sich auf die seinen Ansprüchen günstige Entscheidung des Kaisers vom Jahre 1654 stützte, sandte er dorthin den Generalmajor von Uffeln, der die Stadt zur vorläufigen Huldigung auffordern, dabei auch die

[1] Pufendorf, Car. Gust., V, 22. 23.

Möglichkeit eines gegen sie nötigenfalls zu unternehmenden militärischen Handstreiches auskundschaften sollte. Die schwedische Partei in der Bürgerschaft brachte es nun dahin, dafs diese die Huldigung verweigerte und die Hilfe Karl Gustavs anrief (April 1658)[1]. Nichts konnte für Brandenburg gefährlicher sein, als wenn die Schweden hier, an der Grenze der Kurmark, in einer fast uneinnehmbaren Festung sich einnisteten. Zugleich forderte der König unmittelbar von dem Kurfürsten freies Durchzugsrecht für seine Truppen durch dessen Lande und zumal durch die Festungen Pillau und Memel, Zurückgabe des beschlagnahmten Pulvers, Gestattung schwedischer Werbung in den brandenburgischen Staaten, Verzicht auf das Bündnis mit Polen und Österreich; vielmehr müsse er mitwirken zur Niederwerfung Polens. Kurz, er verlangte völlige Unterordnung Brandenburgs unter Schwedens Belieben, in militärischer und politischer Beziehung: sonst stellte er sofortigen Angriff in Aussicht.

Auch Frankreich nahm eine drohende Haltung an. Blondel mufste in Berlin erklären: wenn sich der Kurfürst nicht mit Schweden verständige, werde Frankreich zu diesem stehen, Brandenburg bekämpfen[2].

Zur Vollendung alles Unheils begann in dieser äufsersten Gefahr auch des Kurfürsten letzter Bundesgenosse zu wanken. Die Polen waren, nicht mit Unrecht, über den Gang der Dinge höchlichst erbittert. Seit sechs Monaten lagen nun die Österreicher in ihrem Lande, lebten auf ihre Kosten, stahlen und plünderten, ohne den mindesten Nutzen für das Reich; denn ihre einzige Kriegsthat war die Eroberung Krakaus, das sie einstweilen für sich behielten. Diese schlimmen Gäste zu ernähren, fiel aber den Polen um so schwerer, als sie ohnehin durch den nunmehr dreijährigen Krieg völlig verarmt und heruntergekommen waren. Solcher Alliierten waren sie begreiflicherweise überdrüssig. Deshalb gewann die französische Partei am Hofe Johann Kasimirs wieder Einflufs, und es gelang ihr, den König und seine Umgebung einem Sonderfrieden mit Schweden günstiger zu stimmen. De Lumbres brachte von den Schweden den Vorschlag der Rückgabe Westpreufsens gegen eine mäfsige Entschädigung, sowie von seinem eigenen Hofe das Anerbieten, für den abzuschliefsenden

[1] W. Arndt, a. a. O., S. 4 ff. 31 ff.

[2] Mazarin an Blondel, 19. April 1658; U. u. A., II, 162.

Vertrag die Bürgschaft zu übernehmen. Der Niederländer Ysbrandt begab sich von Berlin nach Warschau, um die französische Werbung nach Kräften zu unterstützen[1].

In Wahrheit dachte Karl X. nicht daran, Preußen wirklich aufzugeben, obwohl er solches den Franzosen versprochen hatte. Er beabsichtigte, als Entschädigung so viel Geld zu fordern, daß das an baren Mitteln stets arme und damals ganz ausgeplünderte Polen es nicht zahlen könne[2]. Allein wenn auch die kluge Luise Maria solche Unaufrichtigkeit ahnte, sprach sich doch die öffentliche Meinung in Polen immer lauter zu Gunsten der Annahme des schwedischen Vorschlages aus.

Der Kurfürst befand sich in mißlichster Lage. Wandte er sich von seinen jüngsten Verbündeten, den Polen und Österreichern, ab, so hatte er davon nicht nur Schimpf und Geringschätzung, sondern auch die Feindschaft der ganzen habsburgischen Partei im deutschen Reiche zu erwarten, ohne daß er bei Schweden und Franzosen günstiger Aufnahme sicher war. Beharrte er aber bei der seit den letztverflossenen sechs Monaten ergriffenen Partei, so hatte er von dem erbitterten Karl Gustav die schlimmsten Gewaltthaten zu gewärtigen. Seiner ruhigen und umsichtigen Weise gemäß, suchte er zunächst seine Stellung überhaupt etwas zu verbessern. Er bat die Generalstaaten um Stärkung und Sicherung ihres Verteidigungsbündnisses mit ihm und um dessen Ausdehnung über alle seine und ihre Lande. sowie um ihre Vermittelung zwischen ihm und Schweden. Er sandte Sparr und Hoverbeck nach Polen, dort jedes Mißtrauen gegen Brandenburg zu zerstreuen und den Versuch eines gemeinschaftlichen Friedensschlusses mit den Schweden anzuraten[3].

Allein diese Maßregeln waren höchst unsicher in ihrem Erfolge, um so gewisser die Gefahr, die von den Schweden drohte. und zwar um so mehr, als ihnen zur Erlangung der Herrschaft über das Baltische Meer nichts fehlte als die hinterpommersche und ostpreußische Küste. Auch um Österreich und Polen zu schwächen und zu berauben, mußten sie zunächst Brandenburg unschädlich machen.

---

[1] Des Noyers, Lettres, 393. 398. — Aitzema, IV, 259. — Pribram, Lisola, 156 ff.

[2] Pufendorf, Car. Gust., V, 20 (nach schwedischen Akten).

[3] U. u. A., III, 118. 121. — Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 46—48.

Freilich waren zwischen Dänemark und Schweden neue Schwierigkeiten entstanden. Die gedemütigten Dänen wollten sich doch nicht so ganz dem stolzen Sieger unterwerfen, um ihr altes Bündnis mit den Generalstaaten, das allein jenem noch ein Gegengewicht bilden konnte, aufzugeben und der holländischen Flotte die Ostsee zu verschliefsen. Ebenso verweigerten sie dem Herzoge von Holstein-Gottorp, Karls X. Schwiegervater, Ersatz für die Verluste, die der jüngste Krieg dessen Unterthanen zugefügt hatte. Woche auf Woche verstrich, ohne dafs diese Verhandlungen vorrückten, und inzwischen blieben die schwedischen Heerhaufen in Dänemark. Allein Karl Gustav war im Frühjahr 1658 gewillt, lieber den Dänen, bei welchen doch nicht mehr viel zu gewinnen war, in manchem nachzugeben und seine Heere gegen Deutschland zu richten. „Es ist nicht anders möglich," schreibt er am 1. Juni, „ich mufs mit Brandenburg zusammentreffen. Des Hauses Österreich Dessein ist allzu evident[1]." Er befahl den Abmarsch seiner Truppen aus Dänemark an. Der Pfalzgraf von Sulzbach sollte links mit 16 Regimentern durch Mecklenburg gegen die Uckermark, Wrangel rechts mit 12 Regimentern und den schwedischen Truppen aus dem Bremischen gegen die Altmark marschieren; der König selber wollte in der Mitte auf dem östlichen Elbufer direkt gegen die Mittelmark ziehen. Vor Berlin hatten dann die drei Korps in konzentrischem Vordringen sich zu vereinigen. Gleichzeitig sandte er zur See 8400 Mann nach Preufsen, die sich dort auf der Putziger Nehrung verschanzten. Schon streiften die schwedischen Truppen von Elbing aus ins herzogliche Preufsen[2]. Endlich hielt Karl Gustav sein Auge auf die Erlangung Magdeburgs gerichtet. Er befahl seinem Gesandten in Berlin, Wolfsberg, sich unter Vorwänden nach dieser Stadt zu begeben, die er zu tapferer Verteidigung auffordern und der er Kriegshilfe versprechen solle. Auch hatte er den Administrator des Erzstiftes in Halle aufzusuchen und ihn zum Beistande gegen den Bruch des Westfälischen Friedens, d. h. gegen die angeblichen Eroberungspläne des Kurfürsten, zu ermahnen. Endlich erhielt Wolfsberg sogar den Auftrag, die Stadt zu bestimmen, sie möge sich förmlich

---

[1] Geijer-Carlson, IV, 294 ff. 300.

[2] Kurf. an Montecuccoli, 4. Juni; U. u. A., VIII, 359. — Droysen, III, II[2], 294.

unter schwedischen Schutz stellen, Wrangel den Befehl, ihr ein schwedisches Regiment zur Verteidigung anzubieten[1]. Hier war ein trefflicher Vorwand gefunden, zur „Aufrechterhaltung des Westfälischen Friedens“ mit Brandenburg Händel zu beginnen. Der König erklärte, er „werde mit dem Ersten aufbrechen und in Aktion treten, und das zumeist Magdeburgs wegen“. Er gab seinen Kommissaren den Auftrag, mit Dänemark abzuschliefsen, damit er seine ganze Kraft gegen Deutshland wenden könne[2].

Bei so drohenden Aussichten mufste Friedrich Wilhelm aus seiner Passivität heraustreten. Er stellte nunmehr (28. Mai) dem österreichischen Gesandten Fernemont endlich die lange vorenthaltene Ratifikation des Vertrages vom 9. Februar zu[3]. Zu aller Sicherheit liefs er Berlin befestigen. 4000 Arbeiter wurden täglich dabei beschäftigt; die Stadt trug monatlich 8000 Thaler zu dem Werke bei, dessen Fortschritte der Kurfürst selber jeden Tag besichtigte[4]. Die Feldarmee wurde auf 20000 Mann gebracht; schon Ende Mai waren an Reiterei allein 11000 Mann aufgestellt[5]. Der kaiserliche Feldzeugmeister Fernemont, also ein sachverständiger und nicht allzu wohlwollender Berichterstatter, fällt über dieses Heer ein sehr günstiges Urteil: die Soldaten seien stark, wohlgekleidet, trefflich diszipliniert, die Offiziere ansehnlich, die Generale gut; die Manneszucht sei so streng, dafs die Einwohner von dem Vorhandensein einer grofsen Armee nichts spürten. Freilich sei das Land erschöpft und leiste nur mit Widerwillen die Zahlungen für die erhebliche Kriegsmacht[6]. — Zugleich zogen sich die Verbündeten derart zusammen, dafs sie sich bei der ersten Gefahr vereinigen konnten. Der Kurfürst verzichtete auf die Position in Pommern und nahm eine Verteidigungsstellung bei Küstrin ein, mit 11—12000 Mann; die Polen unter Czarnecki sammelten sich bei Uszcz und Czarnikau zwischen Netze und Warthe, die Österreicher bei Meseritz, unmittelbar an der neumärkischen Grenze, so dafs sie — dem Wunsche

[1] Arndt, a. a. O., S. 37 ff.
[2] Geijer-Carlson, IV, 304.
[3] Ms. Kurf. an Schwerin u. Weimann, 24. Mai / 3. Juni 1658; Weimanns Tageb., VII.
[4] Des Noyers (Augenzeuge), Lettres, 418. — U. u. A., II, 161 (Berichte Blondels).
[5] Bericht Van Dorps; U. u. A., III, 122.
[6] U. u. A., XIV, 79.

des Kurfürsten gemäfs — binnen dreier Tage an der Oderbrücke bei Frankfurt stehen konnten. Um der schwedischen Flotte einigermafsen begegnen zu können, armierte Friedrich Wilhelm einige Schiffe im Hafen von Pillau und forderte auch die Polen auf, Kriegsfahrzeuge auszurüsten[1].

Dabei war er entschlossen, nicht das Odium des Angriffes auf sich zu laden, den Westfälischen Frieden nicht zu brechen, sondern sich streng auf der Verteidigung zu halten. Das erklärte er nachdrücklichst dem Feldzeugmeister Fernemont, der sofortigen Anmarsch gegen die Schweden wünschte, weil er sonst vor einem Vorstofs der Schweden gegen Schlesien und Böhmen zitterte. Vor Beendigung der Kaiserwahl sei nichts zu thun; er werde jedenfalls im Verein mit Österreichern und Polen die Feinde abwehren, aber auch Kursachsen und Bayern sollten rüsten, um gemeinsam den Gegner zu bestehen[2]. Denn diese beiden Staaten waren stets bereit zu reichspatriotischen Phrasen, voll Eifers für Österreich; nur liefsen sie jede That vermissen. Wie anders Brandenburg! Kräftig arbeitete es, ohne viele Worte, in Frankfurt am Main zu Gunsten von Leopolds Wahl, um derart einen Kaiser zum Verbündeten zu haben; und so grofs auch die Friedenssehnsucht des Kurfürsten war, zur Verteidigung seiner Verbündeten war er, wenn Schweden nicht Ruhe halten wollte, fest entschlossen[3]. So sprach er sich auch dem französischen Gesandten Blondel, der seine Regierung zur Sicherung Brandenburgs gegen einen schwedischen Angriff und damit des Friedens für ganz Europa veranlassen solle. In ähnlichem Sinne wandte er sich wiederholt an das Kurfürstenkollegium um Schutz gegen die drohenden Durchzüge fremder Truppen[4]. Als damals an Fernemonts Stelle ein anderer österreichischer Gesandter, Reichshofrat Dr. Schütz, in Berlin eintraf, stellte ihm Friedrich Wilhelm vor, Leopold müsse auf jede Unterstützung Spaniens gegen Frankreich verzichten, dadurch im Reiche und am Rhein den Frieden sichern, seine ganze Macht gegen den drohenden Angriff der Schweden vereinen; und da von diesen Bedingungen die Stimme Brandenburgs bei der Wahl und hiermit diese selbst abhing, mufste der König von Un-

[1] U. u. A., II, 163, III, 122, VIII, 358, XIV, 104.

[2] Bericht Fernemonts v. 14. Mai 1658; U. u. A., XIV, 87 f.

[3] Weimann an Amalie v. Oranien, 28. Mai; U. u. A., VII, 131.

[4] 1./11. Mai, 15./25. Juni 1658; Londorp, Acta publica, VIII, 315 f. 327 ff. — U. u. A. II, 167 f.

garn in beidem nachgeben. Auch in anderer Beziehung hatte die Politik des Kurfürsten einen bedeutenden Erfolg zu verzeichnen: die Generalstaaten beschlossen, im Mai 1658, eine Flotte in das Baltische Meer zu entsenden, zum Schutze Danzigs und ganz besonders Brandenburgs, dessen Wichtigkeit für die Freiheit Norddeutschlands und der Ostsee sie endlich begriffen hatten[1]. Das erschien als eine Bürgschaft des Friedens, für den Kriegsfall aber als eine höchst wünschenswerte und kräftige Verstärkung.

Um so weniger liefs sich Friedrich Wilhelm aus der einmal eingenommenen Stellung verdrängen. Schwedens Freund, der Protektor Oliver Cromwell, sandte damals den Generalmajor William Jephson nach Berlin, um den Kurfürsten zum erneuten Anschlufs an Schweden zu bewegen. Der englische Agent spielte wieder mit Virtuosität auf der religiösen Saite. In dieser Tonart gab Friedrich Wilhelm einen ausweichenden Bescheid, einen um so unzweideutigeren aber in der Allianzfrage. Meine Staaten, sagte er, sind zu eng mit Polen verbunden, als dafs ich mich von diesem Lande trennen könnte. Auch Polen hat übrigens grofse Verdienste um die Christenheit, der es als Vormauer gegen die türkischen, tartarischen und moskovitischen Barbaren dient. Der Protektor würde am angemessensten und nützlichsten handeln, wenn er den Frieden zwischen Schweden und Polen herbeizuführen sich bemühte[2].

Den Frieden herzustellen, nicht Eroberungen zu machen, war des Kurfürsten sehnlichster Wunsch. In diesem Sinne wies er die, durch Morsztyn ihm überbrachte Aufforderung Johann Kasimirs zu sofortigem gemeinschaftlichen Angriffe auf die Schweden zurück und sandte vielmehr den Generalmajor Joachim Rüdiger von der Goltz nach Polen, um hier von neuem auf die Ratsamkeit friedlicher Verhandlungen mit den Schweden und Russen zu dringen[3]. Um den Ernst seiner versöhnlichen Absichten zu zeigen, befahl er Schwerin und dem vor kurzem aus dem Haag eingetroffenen Weimann, also seinen vorzüglichsten

---

[1] Brieven van Johan de Witt, V, 544. 546 f.

[2] Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 83. — Bericht Fernemonts v. 14. Mai 1658; U. u. A., XIV, 86 f. — Jephsons Anträge u. des Kurf. Antwort vom 21. Mai: U. u. A., VII, 793 ff.

[3] Ms. Instruktion an v. d. Goltz; Weimanns Tagebuch, Bd. VII. — Pufendorf, a. a. O., VII, 49. — Aitzema, IV, 259.

Ratgebern, sich nach Holstein zu begeben, wo man täglich der Ankunft Karl Gustavs entgegensah, dort direkt mit diesem Herrscher zu unterhandeln.

Die Nachricht von dieser Sendung genügte, um dem ohnehin über Friedrich Wilhelms Absichten beunruhigten polnischen Hofe die ernste Besorgnis einzuflöfsen, dieser Fürst stehe im Begriffe, wieder zu den Schweden überzutreten. Sein plötzliches Zögern und Lavieren, nach früherer entschiedenster Kriegslust, mochte solche Furcht um so eher hervorrufen, als Friedrich Wilhelm hinlänglich durch die That bewiesen hatte, dafs er die Treue gegen eingegangene Bündnisse lediglich vom Interesse seines Staates abhängig machte. Freilich antwortete Johann Kasimir auf Goltz' Anträge mit eifrigen Versicherungen friedlicher Gesinnung[1]; allein würden solche etwaigen Veränderungsgelüsten des Kurfürsten gegenüber ausreichen? Da beschlofs die energische Königin Luise Maria, ihren persönlichen Einflufs auf den unsicheren Alliierten anzuwenden, um ihn auf der Seite Polens festzuhalten. Schon in Bromberg hatte sie der Kurfürstin einen Gegenbesuch in Berlin verheifsen; deren Gatte hatte sie, im Februar, an die Erfüllung ihrer Zusage gemahnt[2]. Jetzt brach sie eiligst nach der brandenburgischen Hauptstadt auf, in der sie am 28. Juni anlangte. Der Kurfürst, der ihr ritterlich zugethan war, bereitete ihr einen höchst ehrenvollen Empfang: mit 4000 Soldaten und zwanzig Kanonen zog ihr der kriegerische Fürst entgegen. Auf das herzlichste verkehrten die Herrschaften miteinander. Die geistvolle Frau durfte sich bald davon überzeugen, dafs ihr Verehrer unter keinen Umständen seine Sache von der ihres Reiches trennen werde. Damit hatte sie den Hauptzweck ihrer Reise erreicht. Wenn sie aber gemeinschaftliche Offensivoperationen, sei es in Preufsen, sei es an der Elbe, verlangte, so traf sie auf die bestimmte Weigerung des Kurfürsten, der durchaus nicht den Krieg beginnen wollte, da er der Österreicher nicht sicher zu sein glaubte. — Am 3. Juli nahm Luise Maria in freundschaftlichster Weise und kostbar beschenkt Abschied von dem kurfürstlichen Paare[3].

---

[1] Ms. Bericht v. d. Goltz' v. 17./27. Mai u. Antwort des Königs von Polen (o. D.); Weimanns Tageb., Bd. VII.

[2] U. u. A., VIII, 279.

[3] Des Noyers (Augenzeuge), Lettres, 418. — Bericht Schütz' v. 13. Juli; U. u. A., XIV, 99. — Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 50.

In diesen selben Tagen aber, wo Friedrich Wilhelm zu Gunsten des Friedens thätig war, hatte der Übermut des Schwedenkönigs schon den Ausbruch des Kampfes unvermeidlich gemacht.

Immer deutlicher verkündete Schweden seine gewaltsamen Pläne. Schlippenbach sagte zu Wismar laut: der Friede könne nur mit dem Schwerte bewirkt, Polen müsse zum Separatabkommen und Ausschlufs des Hauses Österreich gezwungen werden. Während Karl Gustav sich Frankreich gegenüber bereit erklärt hatte, das königliche Preufsen für eine Abfindungssumme zurückzugeben, fragte jetzt Schlippenbach, was Polen für den Verzicht auf Preufsen verlange? Er selber könne nicht mit gutem Gewissen seinem Könige zur Aufgabe dieser Provinz raten, um nicht so viele evangelische Kirchen und Gemeinden dem Papste und den Polen wieder in den Rachen zu jagen[1]. Und von Brandenburg forderte der König nichts Minderes, als Wiederanerkennung seiner Lehnshoheit über das Herzogtum Preufsen, Abdankung des Heeres, Ersetzung des Schadens, den ihm des Kurfürsten zweideutige Haltung zugefügt habe[2]. Schlippenbach setzte hinzu: halbe Feindschaft oder Freundschaft könne zwischen Brandenburg und Schweden nicht bestehen; wenn sie einmal einander in die Haare gerieten, müsse einer von beiden zu Boden. Für sofort verlangte Karl Gustav gebieterisch die Herausgabe seines in Pillau beschlagnahmten Pulverschiffes — solches sei für ihn ein point d'honneur[3].

Das waren üble Vorzeichen für die brandenburgische Gesandtschaft, die lange Wochen hindurch den Schwedenkönig in Holstein erwartet hatte, dann — Ende Juni 1658 — ihn in Flensburg aufsuchte. Sie sollte ihn nochmals um Herstellung eines billigen Friedens mit den Polen ersuchen. Sei er hierzu nicht zu bewegen, so möge er versprechen, nicht durch brandenburgisches

[1] Ms. Bericht Schwerins u. Weimanns v. 27. Juni; Weimanns Tageb. — W. Haes an Ahasver v. Lehndorff, 20./30. Juni 1658; W. Hosäus, Der Burggraf Ahasv. v. Lehndorff (Dessau 1867), S. 29 f.

[2] Geijer-Carlson, IV, 302.

[3] Ms. Berichte Schwerins u. Weimanns v. 15. Juni (2. Postskript) u. 19. Juni; a. a. O. — Weimanns Ms. Tagebuch, Bd. VII, enthält alle Einzelheiten dieser Gesandtschaft, an der er ja mit beteiligt war, und dient mir für diese als Hauptquelle. Es ist sehr zu bedauern, dafs diese merkwürdigen Berichte in den U. u. A. nicht abgedruckt sind.

Gebiet zu ziehen, oder wenigstens Bürgschaft leisten, dafs er diesem keinen Schaden zufügen werde. Nur wenn Karl X. alle diese Forderungen zurückweise, wolle der Kurfürst sich als im Kriegszustande mit ihm befindlich erachten.

Friedrich Wilhelms Verfahren war ebenso thatkräftig wie geschickt. Es mufste unmittelbar eine Entscheidung herbeiführen, damit den Wünschen der Polen und Österreicher Genüge thun und doch vor der ganzen Welt die Verantwortlichkeit am Kriege dem Schwedenkönige aufbürden, an den er ja nur bescheidene Anforderungen stellte. Um so ergrimmter war Karl Gustav: Brandenburg wagte, Rechenschaft sowie die Rückgabe Westpreufsens von ihm zu verlangen, seine Pläne zu durchkreuzen, ihm die Maske vom Gesicht zu ziehen — und das in einem Augenblicke, wo die Gesandten des Kurfürstenkollegs, Braunschweigs, Hessen-Kassels, Englands, Frankreichs, Hollands um ihn versammelt waren, um ihn zum Frieden zu ermahnen! Auch waren ihm die beiden brandenburgischen Gesandten — Schwerin und dessen Freund Weimann — längst von Waldeck als seine persönlichen Gegner denunziert worden. Obwohl er sie ausdrücklich ermächtigt hatte, ihn in Flensburg aufzusuchen[1], verweigerte er ihnen also die Audienz und verwies sie an seine Räte; um ihnen noch gröfseres Mifstrauen zu zeigen, verordnete er, dafs auch diese sie nur in Gegenwart der Vertreter Braunschweigs und Hessens hören sollten (2. Juli). Es war dies eine wohl überlegte Demütigung, die er den Brandenburgern im Angesichte der Welt auferlegte. Vergebens suchten die reichsfürstlichen Diplomaten zu vermitteln, Karl Gustav wollte von keiner anderen Verhandlungsweise hören; durch die Verträge mit Österreich und Dänemark habe sich der Kurfürst deutlich als sein Feind erklärt. Schlippenbach sagte jedem, der es vernehmen wollte: es zieme seinem Vaterlande nicht, dafs die Gesandten eines offenbaren Feindes vom Herrscher empfangen würden. Der König aber äufserte mit cynischer Offenheit gegen den französischen Gesandten Terlon: „Ich besitze wenig Geld und fürchte, lange Krieg führen zu müssen; deshalb wäre es mir unangenehm, diesen Kurfürsten zum Freunde zu haben, da ich seine Staaten für meine Truppen zum Quartier haben möchte. Das könnte ich

---

[1] Ms. Pfalzgraf Sulzbach an Schwerin, 16./26. Juni 1658; Weimanns Tageb., Bd. VII.

ja nicht thun, wenn er gut mit mir stünde. Auch ist der Kurfürst zu mächtig, ich muſs seinem Ehrgeize Grenzen setzen[1].“ Übrigens hatte er noch einen anderen Grund, die Brandenburger so schroff zu behandeln: er wollte dadurch die Dänen glauben machen, daſs er gegen sie selbst nichts Schlimmes im Schilde führe[2].

Die brandenburgischen Gesandten, die schon vor Karl Gustavs Ankunft dessen feindliche Absichten sehr wohl erkannt hatten, beurteilten die Lage ganz richtig, wenn sie sein nunmehriges Benehmen als eine Kriegserklärung betrachteten und sich entschlossen, der Würde ihres Herrn durch keine weitere Demütigung etwas zu vergeben. Eine Nachricht, die sie gerade damals erhielten, bestärkte sie in ihrem Entschlusse. Am 22. Juni hatte Wolfsberg Berlin verlassen und sich nach Halle zum Administrator des Erzstiftes Magdeburg begeben. Freilich war seine Mühe vergeblich: Prinz August lieſs sich nicht zum schwedischen Bündnisse bereden. Auch die Bürgerschaft der Stadt Magdeburg, die sich des schrecklichen 10. Mai 1631 sehr wohl erinnerte, wollte es nicht noch einmal mit schwedischen Truppen wagen, ihre Festung nicht wieder zum Schlüsselpunkte der militärischen Aktion machen[3]. Die Thatsache aber, daſs Wolfsberg sein Hausgerät aus Berlin mit fortgenommen hatte, bewies, daſs er nicht dorthin zurückzukehren gedachte. Schweden hatte bereits den diplomatischen Bruch mit Brandenburg vollzogen.

Nun war auch für so besonnene Männer, wie Schwerin und Weimann, das Maſs voll. Am 4. Juli reisten sie von Flensburg ab; den König hatten sie nicht erschaut. Sie seien in Rom gewesen, scherzten sie, ohne den Papst gesehen zu haben. Erbitterte Briefe, noch gröbere diplomatische und öffentliche Streitschriften wurden zwischen Schweden und Brandenburgern gewechselt — der Krieg war entschieden[4]. Schwerin hatte noch in Flensburg dem Grafen Schlippenbach offiziell angezeigt, der Kurfürst werde den Durchmarsch des schwedischen Heeres durch

---

[1] Terlon, Mémoires, 131. 133.
[2] Pufendorf, Car. Gust., V, 64.
[3] Arndt, a. a. O., S. 41 ff.
[4] Ich muſs mir versagen, auf die interessanten Einzelheiten dieses Federkrieges einzugehen. Man sehe darüber: Ms. Weimanns Tagebuch; Pufendorf, Car. Gust., V, 65, u. Frid. Wilh., VII, 58—60; Aitzema, IV, 277 ff.; Theatrum Europaeum, VIII, 722; Londorp, Acta publica, VIII, 336 ff. 363 ff. 368 ff.; u. s. w.

sein Land nicht dulden. Schon antworteten in Preufsen die Brandenburger auf die von Karl Gustavs Truppen gegen sie begonnenen Feindseligkeiten durch Gefangennahme schwedischer Soldaten, sowie Konfiskation schwedischer und Elbinger Waren.

Weder die Bemühungen des Kurfürstenkollegs, noch die der Niederländer und Engländer vermochten die Krisis zu mildern, da sie ihren Grund in einem unerschütterlichen Entschlusse des schwedischen Herrschers hatte. Er erklärte dem Holländer Van Dorp ganz offen: „er wolle seine Fortune versuchen, um sich wegen der Prozeduren und grundlosen Feindschaft zu rächen, die ihm der Kurfürst angethan habe[1]." Seine erneuten listigen Versuche, Polen und die Österreicher durch trügerische Anerbietungen von Brandenburg zu lösen, blieben vergeblich, da jedermann sich von dem unruhigen, ehrgeizigen Soldatenfürsten bedroht wufste. Luise Maria antwortete Friedrich Wilhelm auf ein wegen der Bundestreue der Polen besorgtes Schreiben: er dürfe der Beihilfe Johann Kasimirs und seiner Festigkeit den schwedisch-französischen Verlockungen gegenüber sicher sein; 70000 Polen ständen zum Kampfe bereit[2].

Bei Friedrich Wilhelm gab es kein Zögern mehr, er war zur Aufnahme des Kampfes entschlossen. Zum französischen Gesandten Blondel sagte er, er werde seinen Feind aufsuchen, von dem er solche Kränkungen erfahren habe, dafs er nur mit Schwertstreichen dafür Genugthuung erlangen könne. Seit Mitte Juli wurden öffentliche Gebete und Fasten für den Erfolg der kurfürstlichen Waffen angeordnet[3]. Die Bauern und sogar das im Lande umherstreichende Gesindel wurden gegen den verhafsten Feind bewaffnet[4]. Der Kurfürst scheute sich auch nicht, deshalb mit Schwedens Freunde Frankreich zu brechen. Als ihn Blondel des Wohlwollens dieser Macht versicherte, fuhr ihn der jähzornige Fürst an: „Und doch gebt Ihr den Schweden Geld!" Mazarin berief seinen Vertreter von Berlin ab[5]. Glücklicherweise war

[1] Bericht van Dorps v. 29. Juli 1658; U. u. A., III, 124.

[2] Ms. Schwerin an Schlippenbach, 24. Juni/4. Juli 1658, Nachschrift; Weimanns Tageb., VII.

[3] Bericht Blondels v. 30. Juli; U. u. A., II, 175 f.

[4] Ms. Weimann an Amalie von Oranien, Berlin, 30. Juli 1658: „On met aussi sous les armes les paysans et les Snaphanen pour incommoder l'ennemy."

[5] U. u. A., II, 175. 185.

Frankreich noch zu sehr durch seinen Krieg mit Spanien beschäftigt, auch, nach vierteljahrhundertlangem Kampfe, allzu friedensbedürftig, als dafs es der dringenden Aufforderung Karl Gustavs, sich mit ihm zum Angriffe auf Österreich und Brandenburg zu vereinen, nachgekommen wäre[1].

Die Meinung war, der Krieg werde in Preufsen beginnen. Karl Gustav hatte schlauerweise selbst unter seinen Nächststehenden und Vertrauten diese Ansicht verbreitet[2], und die Absendung von 17 schwedischen Kriegsschiffen nach Danzig, sowie die Festsetzung schwedischer Truppen auf der Putziger Nehrung schien sie zu bestätigen. Mitte August glaubte Friedrich Wilhelm, eine Flotte mit 6000 Mann sei gegen Pillau abgesegelt, und Karl X. werde ihr dahin mit seinem ganzen Heere folgen. Deshalb beschlofs er, gleichfalls mit seiner gesamten Armee nach Preufsen zu marschieren, und auf seinen Befehl brach auch Montecuccoli von Meseritz nach Thorn auf[3].

Der Kurfürst konnte sich um so freieren Herzens zu dem grofsen Kampfe entschliefsen, als inzwischen die Frage der Kaiserwahl entschieden und sein Verbündeter Leopold mit der höchsten Würde der Christenheit geschmückt war.

---

[1] Chéruel, Histoire de France sous le ministère de Mazarin, II (Paris 1882), 122 f.

[2] Terlon, Mémoires, 122.

[3] U. u. A., VIII, 286 f. 360.

Fünfzehntes Kapitel.

Kaiserwahl und Rheinbund.

Seit anderthalb Jahrhunderten, seit den Tagen Karls I. von Spanien und Franz' I. von Frankreich, hatte die Frage der Kaiserwahl nicht ein so grofses europäisches Interesse hervorgerufen, wie nach dem Tode Ferdinands III. Noch immer tobte der gewaltige, schon mehr als zwanzig Jahre dauernde Entscheidungskampf zwischen Frankreich und Spanien; und je mehr er sich zu Gunsten der ersteren Macht und zur Vernichtung spanischer Widerstandsfähigkeit zu wenden schien, um so bedeutungsvoller wurde es, ob die deutschen Habsburger Willen und Macht erhalten würden, mit den Kräften nicht nur ihrer Erblande, sondern auch des gesamten deutschen Reichs die spanischen Vettern vom Unterliegen zu erretten. Es mufste daher die Aufgabe der französischen Politik sein, das Kaisertum den Habsburgern zu entziehen und vielmehr einem solchen Fürstenhause zu übertragen, das stark genug sei, ihnen in Deutschland Widerstand zu leisten und sie dort hinreichend zu beschäftigen. Kardinal Mazarin hielt diese Aufgabe für so wichtig, dafs er meinte, er werde zu deren Lösung die gröfsten Anstrengungen machen, „sollte er sich deshalb auch bis aufs Hemde ausziehen". Schon seit dem Tode des römischen Königs Ferdinand IV. — 1654 — begannen seine Bemühungen. Laut und nachdrücklich liefs er erklären, Frankreich werde die abermalige Erhebung eines Österreichers auf den Kaiserthron nicht gestatten[1]. Er rechnete auf die Bei-

[1] G. Heide in den Forsch. z. deutsch. Gesch., XXV (1885), S. 1 ff. — Chéruel im Compte rendu de l'Acad. des sciences mor. et polit., Jan. 1886,

hilfe von Kurpfalz, das durch förmlichen Vertrag seine Stimme an Frankreich verkaufte, von Kurköln, das Österreich entschieden feindselig gesinnt war, von Kurbrandenburg, das seit Februar 1656 mit Frankreich verbündet war, endlich auch von Bayern. Entschieden für Österreich war nur Kursachsen. Die Aussichten waren also einem Gelingen der französischen Pläne günstig.

Als ernstliche Gegenkandidaten kamen in Deutschland Kurfürst Ferdinand Maria von Bayern und Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg in Betracht. Allein letzterer Fürst wurde unmöglich durch die Gegnerschaft Brandenburgs, das seinem alten Feinde niemals die Stimme gegeben hätte. Ohne den Willen Brandenburgs gab es aber schon keine Kaiserwahl mehr. Der Kurfürst zu Brandenburg, heifst es in einer 1657 erschienenen Schrift[1], ist „heuttags der mächtigste unter den Kurfürsten, nicht geringer als die mitternächtigen Könige; und beginnet er, nicht nur zu Hause, sondern auch draufsen berühmt zu werden". Es blieb also lediglich der Bayer übrig. Ferdinand Maria war ein noch junger Fürst, wohlmeinend, aber an Geist und Willensstärke recht mittelmäfsig. Um so thatkräftiger und ehrgeiziger war seine junge Gemahlin, Adelaide von Savoyen, die die ganze Schlauheit und Ambition ihres Hauses ererbt hatte; sie drängte ihn mit aller Macht zur Annahme des glänzenden Anerbietens der Kaiserkrone. Indes in München gab es auch eine einflufsreiche, den Habsburgern zugethane Partei: an ihrer Spitze standen die Mutter des Kurfürsten, Maria Anna, eine Schwester Kaiser Ferdinands III., und der erste Minister, Graf Maximilian Khurtz, ein Bruder des kaiserlichen Reichsvizekanzlers. Da wurde es nun entscheidend, dafs bald der junge Kurfürst selber zu diesen Elementen hinneigte: er meinte, er besitze nicht die Mittel, um, zumal gegenüber der sicheren Feindschaft Österreichs, das Kaisertum würdig aufrecht zu erhalten. Das Schicksal des „Winterkönigs", Friedrichs V. von der Pfalz, schreckte ihn; die Zusicherungen Frankreichs waren nicht der Art, ihn über diese Schwierigkeiten zu beruhigen. Wie richtig sein Urteil gewesen, beweist das Schicksal seines Nachfolgers, Karls VI., ein Jahr-

S. 1 ff. — W. Arndt in den Histor. Aufs. z. Andenken an G. Waitz (Hannover 1886), 567 ff. — A. Pribram im Arch. f. österr. Gesch., LXXIII (1888), 79 ff.

[1] „Der Chur-Fürsten Raht von Erwählung eines Römischen Kaysers" (ohne Druckort, 1657); angeblich von Frischmann.

hundert später. Er entschlofs sich, bereits im August 1657, in tiefstem Geheimnis Österreich seine Stimme zu versprechen; darauf folgte, gleichfalls in aller Stille, im Januar 1658 ein förmliches Verteidigungsbündnis zwischen beiden Ländern.

Mit diesen Abmachungen war der Ausfall der Wahlangelegenheit eigentlich entschieden. Zwar hatte Mazarin für den Fall der Ablehnung Bayerns die Kandidatur seines eigenen Königs, des jungen Ludwig XIV., aufgestellt, indem er sie als ein der Freiheit und Sicherheit Deutschlands gebrachtes Opfer schilderte. Aber das Gelingen eines solchen Planes war von vornherein sehr unwahrscheinlich, da die Kurfürsten sich mit Recht scheuten, das Joch des starken französischen Königtums auf sich zu nehmen und damit zugleich das Reich seinem gefährlichsten Gegner auszuliefern.

Als der Tod Ferdinands III. erfolgte, war der Kurfürst von Brandenburg[1] bereits im Begriffe, das schwedische Bündnis zu verlassen, zu Polen und Österreich überzutreten. Damit war auch seine Haltung in der Wahlfrage gegeben. Seine freundlichen Verheifsungen guten Dienstes an Frankreich waren nur dazu bestimmt, der Pariser Regierung die Zahlung von Hilfsgeldern zu entlocken. Wenn er sich auch in seiner Instruktion für die nach dem Wahlorte Frankfurt am Main abgeordneten Gesandten (Ende April 1657) noch etwas unsicher ausdrückte, gab er doch bald darauf seiner Neigung zur Wahl König Leopolds entschiedenen Ausdruck. Beim Abschlusse des Wehlauer Vertrages versicherten die Polen, sie seien ihn nur unter der Voraussetzung eingegangen, dafs der Kurfürst seine Stimme dem Österreicher erteilen werde, und Friedrich Wilhelm liefs ihnen darüber die beruhigendsten Versicherungen zukommen. Zwar machte er einen Versuch, ebenso wie bei der Wahl Ferdinands IV., die Gelegenheit zu benutzen, um endlich die Bezahlung der Breslauer Schuld, sowie die Rückgabe Jägerndorfs oder eine Entschädigung dafür zu erlangen. Allein die Interessen, die bei dieser Kaiserwahl auf dem Spiele standen, waren so wichtige, so tief einschneidende, dafs er selbst seine unleugbaren Rechte darüber in den Hintergrund stellte.

[1] S. über dessen Rolle in der Wahlfrage: Pribram, Lisola, 134 ff., u. Archiv, LXX, 329. 331; U. u. A., VIII, 433 ff.; Chéruel, Ministère de Mazarin, III, 92 f.; Ms. Schwerin an Weimann, 26. April 1657, in Weimanns Tageb., Bd. V.

Mazarin mufste sich allmählich von der Thatsache überzeugen, dafs er sich über die wahre Gesinnung der Kurfürsten getäuscht habe. Im Januar 1658 war die Ablehnung des Bayern ebenso zweifellos wie die Thatsache, dafs, mit Ausnahme vielleicht des Pfälzers, für die Wahl Ludwigs XIV. niemand zu haben sei. Selbst der Mainzer, der bis dahin gute Worte gegeben hatte, fiel schliefslich ab. Es war eine schwere Niederlage für Frankreich. Da beschlofs der Kardinal, mit dem feinen politischen Sinne, der ihm eigen war, die Frage auf ein anderes, günstigeres Gebiet hinüberzuspielen, die Niederlage durch neue Mittel in einen Sieg der französischen Bestrebungen auf Beherrschung des Reiches zu verwandeln. Er leugnete mit eiserner Stirne, jemals ernstlich an ein Kaisertum Ludwigs XIV. gedacht, ja überhaupt die Ausschliefsung Leopolds mit Nachdruck verlangt zu haben. Dafür wandte er Frankreichs Einflufs und reiche Geldspenden einem doppelten Ziele zu, bei dem er auf das freundliche Entgegenkommen vieler deutscher Fürsten rechnen konnte: einmal der Gründung eines Fürstenbundes unter französischem Schutze und in französischem Solde „zur Aufrechterhaltung der Reichsfreiheit", und dann der Aufnahme von Bestimmungen in die Wahlkapitulation, die eine mittelbare oder direkte Unterstützung Spaniens durch den Kaiser unmöglich machen sollten.

Die Frage der Einverleibung dieser „Assistenzartikel" in die Wahlkapitulation wurde seit Beginn des Jahres 1658 die brennendste. König Leopold zeigte sich zuerst entschlossen, eine solche Beschränkung seiner Aktionsfreiheit nicht zu dulden, lieber auf die Kaiserkrone überhaupt zu verzichten. Diese Aufwallung ging freilich vorüber; allein nun suchte er die ruhebedürftigen Kurfürsten von jener Forderung abzubringen, indem er verhiefs, um jeden Preis mit den Schweden Frieden zu schliefsen.

Das war für Friedrich Wilhelm eine sehr bedrohliche Aussicht. Dem gegenüber fafste er sachgemäfs das Ziel ins Auge, vielmehr Österreichs ganze Kraft wider Schweden zu wenden. Aus eigenem Interesse also, nicht aus dem Frankreichs, trat er im Frühjahr 1658 mit voller Entschlossenheit für die französische Forderung in betreff der Wahlkapitulation ein, indem er andererseits jede Erwähnung des schwedischen Friedens in diesem wichtigen Aktenstücke zu vermeiden suchte. Wie ganz er hierbei nur von eigenem Gesichtspunkte ausging und alle Bewerbung um Frankreichs, des schwedischen Verbündeten, Gunst

verschmähte, wird uns seine Haltung in der Rheinbundfrage beweisen. Die Entscheidung Brandenburgs war sehr einflufsreich; denn nur Mainz, Köln, Pfalz unterstützten Frankreichs Verlangen, ebenso viele Stimmen aber — Sachsen, Bayern, Trier — widersetzten sich ihm. Indem Friedrich Wilhelm zu der ersteren Partei übertrat, entschied er zu Gunsten der „Assistenzartikel" (3. Juli 1658). Scheinbar um Österreich zu versöhnen, hat er den Zusatz machen lassen: ebenso dürften Frankreich und dessen Verbündete keinem Feinde des Kaisers oder der Reichsstände Hilfe leisten. Das bedeutete in Wahrheit für die habsburgischen Interessen wenig, um so mehr für die brandenburgischen, da es Schwedens Unterstützung durch Frankreich verhinderte.

Frankreich so gut wie Österreich boten alles auf, um dem Zustandekommen der Wahlkapitulation auf dieser Grundlage vorzubeugen. Allein die Dinge hatten sich so gestaltet, dafs auf andere Weise eine Einigung nicht zu erzielen war; und den französischen Gesandten war der erste Assistenzartikel denn doch das Wichtigste. Kurz, Brandenburg setzte seine Absicht in vollem Umfange durch. Am 15. Juli 1658 stimmte Leopold solcher Fassung der Wahlkapitulation zu. Wenn man dieses Ergebnis, mit Recht, als einen grofsen Erfolg Frankreichs bezeichnet hat, war es ein noch gröfserer für Brandenburg, das nun der Verwendung der gesamten österreichischen Macht gegen Schweden gewifs war.

Am 18. Juli ward Friedrich Wilhelms Verbündeter, König Leopold von Ungarn und Böhmen, einstimmig zum deutschen Kaiser gewählt. Bei dieser Gelegenheit, wie bei vielen anderen, hatte Brandenburg gezeigt, dafs es selbständig und selbstthätig in die Geschicke Deutschlands und Europas einzugreifen befähigt und gewillt sei. Es war nicht mehr, wie in den letzten beiden Jahrhunderten, der Spielball fremder Pläne, sondern ein Staat, der, ohne Rücksicht auf Überlieferung, veraltete Satzungen und auswärtige Bettelgelder, seine eigenen, sicher gewählten und bestimmten Wege ging.

Diese schlug es auch dem neu begründeten Rheinbunde gegenüber ein[1].

---

[1] Joachim, Die Entwickelung des Rheinbundes v. J. 1658 (Leipzig 1886). — Pribram, Beitrag z. Gesch. d. Rheinbundes; Sitzungsber. d. Wien. Akad. d. Wiss., philol.-histor. Kl., CXV, 99 ff. — Köcher, a. a. O., I, besonders S. 232. 244.

Die Niederlage in Sachen der Kaiserwahl hatte Mazarin einmal durch den „Assistenzartikel" der Wahlkapitulation wieder gut gemacht; zum zweiten suchte er, im Gegensatze zu den Habsburgern, direkten Einfluſs auf das Reich zu gewinnen durch Stiftung eines starken, von Frankreich vollkommen abhängigen Bundes deutscher Fürsten. Dieser entwickelte sich aus der katholischen Liga, die im Dezember 1654 zu Köln zwischen den Kurfürsten von Köln und Trier, dem Bischofe von Münster und dem Pfalzgrafen von Neuburg abgeschlossen worden war. Nachdem ihr im folgenden Jahre auch Johann Philipp von Mainz beigetreten, hatte dieser bald die Leitung an sich gezogen und den Verein zu einer groſsen Fürstenunion, mit Aufgabe jedes konfessionellen Charakters, erweitert. Zumal gelang es ihm, die Teilnehmer der Hildesheimer Allianz von 1652 — die drei braunschweigischen Herzöge, Hessen-Kassel, die Krone Schweden für ihre Reichslande Bremen und Verden — zu gewinnen. Um aber wirklich mit Nachdruck zur Verteidigung der „teuern deutschen Freiheit" auftreten zu können, beschlossen diese Fürsten, sich der Hilfe der Garantin des Westfälischen Friedens, der Krone Frankreich, zu versichern. Das erschien damals, bei der traurigen Verdrehung aller Begriffe, die in den Köpfen der verblendeten Deutschen herrschte, nicht nur den Beteiligten, sondern auch den Fernerstehenden, geradezu als ein patriotisches Unternehmen! Vier Wochen nach der Kaiserwahl — am 15. August 1658 — unterzeichneten die Genossen des „Rheinbundes" die Allianz mit Frankreich: ein Verteidigungsbündnis auf drei Jahre, zur Aufrechterhaltung des Westfälischen Friedens. Gegenseitige militärische Hilfeleistung der kontrahierenden Teile ward in allen Einzelheiten festgesetzt. Diese Bestimmungen sind nie praktisch geworden. Von thatsächlicher Wichtigkeit waren nur die Anordnungen, die sich auf Frankreich und Schweden bezogen. Der ersteren Macht versprach der Bund, kaiserlichen Truppen, die den Spaniern in den Niederlanden zuziehen sollten, den Durchmarsch durch seine Gebiete zu untersagen: eine Verheiſsung, die offenbar die Ausführung des „Assistenzartikels" der Wahlkapitulation zu sichern bezweckte. Das Bedeutsamste aber war für Frankreich, daſs sein Einfluſs sich wiederum über einen groſsen Teil des Reiches erstreckte und hier weit stärker war, als der des nominellen Reichsoberhauptes, des Kaisers.

Auf Verlangen der Braunschweiger und Hessen war auch Brandenburg schon im Frühjahr 1657 zum Eintritte in den sich vorbereitenden Rheinischen Bund aufgefordert worden [1]. Es hatte zunächst ausweichend geantwortet. Die Braunschweiger Allianz vom Juli 1655 hatte sich als völlig nutzlos erwiesen, und alle Unterstützungsgesuche des Kurfürsten an seine Verbündeten gegen die Einfälle der Polen in seine Reichsländer waren ohne Erfolg geblieben. Sollte Friedrich Wilhelm sich nun in eine ähnliche Vereinigung begeben, ohne Aussicht wirklichen Vorteils, sich nur von neuem an Schweden und dessen deutsche Freunde ketten? Gegen Ende 1657 schreibt er dem Kurfürsten von Sachsen, dem er den Bündnisplan mitteilt: „Wir sind annoch zur Zeit nicht resolviret, darin zu treten, und zwar aus der Consideration und Ursach, weil aus dergleichen Alliancen bisher wenig Frucht und Nutzen zu verspüren gewesen.“ Vielmehr war er, wenn auch vergeblich, bestrebt, die ihm von früheren Zeiten befreundeten Braunschweiger Herzöge vom Eintritte in den Rheinbund abzuhalten, diesem sogar durch enge Sondereinigung mit ihnen ein Paroli zu bieten.

Sobald — im November 1657 — Brandenburg zu Schweden in Gegensatz gekommen war, begriffen die Rheinbündler, daſs von keinem dieser beiden Staaten Unterstützung zu hoffen sei. Es bildete das einen der hauptsächlichsten Gründe, aus denen Kurmainz den Anschluſs an Frankreich betrieb. Damit war aber auch eine gewisse Opposition wider Brandenburg gegeben, dessen Annäherung an Österreich schon allgemein bekannt und von sämtlichen Kölner Verbündeten nahezu als Verrat getadelt wurde. Deshalb suchte Friedrich Wilhelm „das ganze Werk aufzuhalten“ und dafür zu sorgen, „daſs es auch unter den anderen nicht zum Schlusse komme.“ Zu diesem Zwecke schlug er immer neue unmögliche Teilnehmer vor, wollte er die Aufnahme der Schweden vermieden wissen, bis der gegenwärtige Krieg beendet sei. Die Folge seiner kühlen, ja gegnerischen Haltung war, daſs das Bündnis ohne ihn, ja geradezu wider ihn abgeschlossen wurde. Einen anderen Sinn hatte es doch nicht, wenn die Allianz die Schweden gegen jeden Angriff auf deren Reichslande Bremen und Verden zu unterstützen verhieſs, den brandenburgischen Reichslanden aber einen solchen Schutz nicht gewährte, vielmehr aus-

[1] Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 38. — U. u. A., VIII, 526 ff.

drücklich erklärte, dafs der Kurmark und Hinterpommern keinerlei Beihilfe geleistet werden solle. Vergebens führten die rheinbündlerischen Fürsten zur Entschuldigung an, Schweden habe auch seinerseits verheifsen, nichts Feindliches gegen die brandenburgischen Besitzungen Halberstadt und Minden zu unternehmen — davon stand nichts im Texte des Vertrages, und wie wenig man auf mündliche Versprechungen der Schweden zu bauen hatte, das war ja aus den westfälischen Verhandlungen hinreichend bekannt. Gerade die Besitznahme Bremens und Verdens durch Schwedens Gegner hätte diesen am leichtesten ein Pfand verschafft, um Karl Gustav bei dem Friedensschlusse die Rückgabe des dänischen Raubes abzunötigen.

Friedrich Wilhelm beschwerte sich deshalb bitter über den Rheinischen Bund, bei den Alliierten selbst und bei dem Kaiser; zunächst von seinem besonderen Standpunkte aus: während der Bund dem Könige von Schweden Hilfeleistung „ohne einige Exception und Respect“ zusagt, „der Uns in Unserem Lande so irreparablen Schaden zugefügt hat,“ verwehrt er „Uns den Angreifer bis in seine eigenen Lande zu verfolgen“. Allein der Kurfürst schwang sich auch zu allgemeinen Gedanken über „Unser geliebtes Vaterland teutscher Nation“ auf. „Wir müssen es,“ schrieb er an Maximilian Heinrich von Köln, „vor eine sonderbare Strafe, so der Gerechte Gott über das Römische Reich verhänget, achten, dafs auch die vornehmsten Säulen desselben sich von dem rechten Wege, es in beständigem Frieden und sicherem Ruhestande zu erhalten, durch die Widerwärtigen ableiten lassen [1].“ Seine Gesandten erklärten den Braunschweigern auf der Konferenz zu Magdeburg, im März 1658: der Rheinbund habe keine andere Folge, als die schwachen deutschen Fürsten dem Machtgebote der starken fremden Kronen zu unterwerfen; dafür werde der Kurfürst niemals zu haben sein.

Indes mit derartigen Klagen, so berechtigt sie auch waren, liefs sich nichts erreichen. Die Rheinbündler waren auf Frankreich angewiesen, und dieser Staat glaubte, soweit es ohne eigene grofse Bemühung anging, Schweden schützen zu müssen. Die eigentliche Entscheidung sollte der soeben heftiger als je ausbrechende Nordische Krieg geben.

[1] 19./29. Nov. 1658; Londorp, VIII, 475.

Sechzehntes Kapitel.

Der zweite dänische Krieg.

Nichts hatte, während der ersten Hälfte des Jahres 1658, in der Meinung ganz Europas fester gestanden als die Thatsache, dafs Karl X. Gustav seinen Angriff gegen Brandenburg und Polen richten werde. Dahin zielten seine Vorbereitungen, dahin seine drohenden Worte. Allein im Stillen hatte er anders beschlossen. Wozu sollte er sich wieder in den entscheidungslosen Kampf im Osten einlassen, vielleicht, wie schon den Kaiser, einen grofsen Teil der deutschen Reichsfürsten gegen sich in die Waffen bringen? Viel naheliegender war es doch, sich auf das schwache, verteidigungslose, noch von schwedischen Truppen überflutete Dänemark zu werfen, seiner Selbständigkeit durch Besetzung der Hauptstadt ein Ende zu bereiten, sich mit der dänischen und norwegischen Krone zu schmücken, so zu Gunsten der Wasa die Einheit Skandinaviens herzustellen, die einst, als sie zu Gunsten der dänischen Könige vorhanden war, der Ahnherr der Wasa zerstört hatte. Freilich war es sicher, dafs sich Holland, ja selbst Schwedens bisherige Freunde England und Frankreich einem solchen Plane widersetzen würden: aber dazu durfte man ihnen ebenso wenig Zeit lassen, wie den Dänen, sich zur Gegenwehr zu rüsten. Man mufste Kopenhagen völlig unvorbereitet überfallen.

Das war zweifellos eine schändliche Verletzung des erst vor wenigen Monaten geschlossenen Roeskilder Friedens, ein Räuberstück schlimmster Art. Allein solche Erwägungen fochten Karl X.

wenig an, dem maſsloser Ehrgeiz bereits die verlockendsten Bilder vorgaukelte. Schon ordnete er die zukünftige Verwaltung Dänemarks und Norwegens, schon die Einzelheiten der Huldigungsceremonie, schon den neuen Titel, den er führen wollte: „König von Schweden, der Goten, von Dänemark, Norwegen und der Wenden[1]."

Mit vollendeter Treulosigkeit ward der Überfall in Scene gesetzt. Im selben Augenblicke, wo Karl Gustav in Kiel mit 8000 Mann gegen Dänemark in See ging (15. August 1658), beauftragte er den bei ihm weilenden dänischen Gesandten Gabel, der im Begriffe war, nach Kopenhagen zurückzukehren: er solle seinen Bruder, König Friedrich, seiner Zuneigung und Freundschaft versichern. Dabei war seine Absicht, die dänische Hauptstadt völlig zu zerstören, dort nur eine Hafenbestigung zu belassen, den Handel nach Malmö oder Landskrona zu übertragen[2].

Die kühnsten Entwürfe beschäftigten den ruhelosen Geist des Kriegsfürsten. „Frankreich," sagte er dem französischen Gesandten Terlon, „und England wollen mir Grenzen setzen, mir vorschreiben, wie weit ich gehen soll, aber ich werde mich in den Stand bringen, ihren Befehlen zu trotzen. Ich werde erst Dänemark und Norwegen unterwerfen, dann Preuſsen mit Garnisonen versehen, Kurland erobern, Danzig und Pillau nehmen." Durch dieser Länder Einkünfte bereichert, hoffte er ein Heer von 100000 Mann aufzustellen, nach Italien zu gehen, das Papsttum zu bekämpfen, Rom zu plündern. „Denn," setzt der sonst überaus schwedenfreundliche Terlon hinzu, „ihr erster Gedanke ist immer Plünderung." Die schwedischen Minister selber wiesen sogar darauf hin, daſs Groſsbritannien früher einmal einem Dänenkönig gehört habe, und daſs ein neuer Dänenkönig es wohl erobern könne[3]. Eine volkstümliche Prophezeiung lieſs dazu noch Litauen, Moskowien, Österreich, Holland den Schweden zur Beute fallen[4]. Mit Vergnügen hörte Karl Gustav, wenn man ihn den „nordischen Alexander" nannte.

Alles schien dem kecken Überfall Kopenhagens Erfolg zu verheiſsen. Die Befestigungen waren in elendestem Zustande,

---

[1] Geijer-Carlson, IV, 307 ff.

[2] Terlon, Mémoires, 134. 154.

[3] Depesche Terlons, citiert bei Chéruel, Hist. de France sous le minist. de Mazarin, III, 356 f.

[4] Brieven van Johan de Witt, III, 495.

nur 400 Kriegsleute in der Stadt. Allein König, Adel, Bürgerschaft, Studenten begriffen, daſs mit der Hauptstadt Schicksal auch das des Vaterlandes verknüpft sei, und erhoben sich in einmütiger Begeisterung. Die Vorstädte wurden angezündet, Tag und Nacht an den Wällen gearbeitet, eifrig Waffenübungen veranstaltet. Karl X. wagte solchem einmütigen Widerstande gegenüber den beabsichtigten Sturm nicht und begann eine regelmäſsige Belagerung. Damit aber war sein Plan, mit einem Schlage dem Dasein Dänemarks ein Ende zu bereiten und die Welt mit der vollendeten Thatsache zu überraschen, vereitelt. Nach allen Seiten hin eilten dänische Gesandte, um Hilfe gegen die jedes völkerrechtlichen Gesetzes spottenden Schweden zu heischen.

Auch an den Kurfürsten von Brandenburg gelangten die dringenden Botschaften, zuerst von Gabel, der bald vernommen, wie sehr ihn der schwedische Herrscher hintergangen, dann von der dänischen Regierung in Holstein, endlich durch einen besondern Abgesandten, Jens Juel[1]. Friedrich Wilhelm sah ein, daſs kein Augenblick zu verlieren sei. Er berief sofort seinen Rat, um schleunige Maſsregeln zu treffen. Den Krieg in Preuſsen fortsetzen, wäre ein langwieriges Unternehmen gewesen, das den Schweden die Vernichtung Dänemarks nicht verwehrt hätte. Anders wenn man sofort in die jütische Halbinsel marschierte, sie den Schweden entriſs; da Ysbrandt die Beihilfe der niederländischen Flotte verhieſs, konnte man von dort nach Fünen und Seeland übersetzen, Karl Gustav von Kopenhagen vertreiben[2]. In diesem Sinne wurden die Generalstaaten und der Kaiser zu thätiger und anhaltender Mitwirkung aufgefordert. Dem kaiserlichen Gesandten Schütz erklärte Friedrich Wilhelm, er dürfe auf weitere Entschlieſsungen von Wien her nicht warten; der schwedische König habe durch seine erneuten Feindseligkeiten in Holstein den Reichsfrieden gebrochen, und so könne man nicht abermals, wie im Beginne des Jahres, die Gefahr, die aus Zögern und Nachlässigkeit entstehen würde, anwachsen lassen; jetzt gerade sei der Erfolg kräftiger Maſsregeln gewiſs[3]. In der That

[1] Terlon, Mémoires, 134 f. — U. u. A., VIII, 262. 588. — Londorp, VIII, 443.

[2] Bericht Ysbrandts, 27. Aug. 1658; U. u. A., II, 128 f. — Denkschrift Sparrs, citiert bei Droysen, III, II[2], 306.

[3] Bericht Schütz' v. 29. Aug.; U. u. A., XIV, 106 ff.

sandte er Wreich an Montecuccoli und Czarnecki, um ihre sofortige Mitwirkung, ohne die er nichts unternehmen könne, zu verlangen. Er hatte die Freude, von beiden Generalen zustimmende Antwort und die Versicherung zu erhalten, sie würden unverzüglich nach den Marken aufbrechen und dort ihre Truppen mit den seinen vereinigen. Rastlos war die Thätigkeit Friedrich Wilhelms. Er schickte den Amtsrat Kittelmann nach Holstein, wo dieser mit der dänischen Regierungsbehörde einen Vertrag schloſs, der den Brandenburgern und ihren Verbündeten das Mitbesetzungsrecht in den Festungen, sowie die Lieferung des nötigen Lebens- und Schieſsbedarfs sicherte. Nach Wien reiste Friedrich von Jena, um den Kaiser zu thatkräftigem und beharrlichem Verfahren gegen die Schweden und deren Gönner und nebenbei zu schonenderer Behandlung der österreichischen Protestanten zu veranlassen, ohne die man Gefahr laufe, des Beistandes der Holländer verlustig zu gehen und Englands offene Feindschaft hervorzurufen[1].

Man dürfte nicht behaupten, daſs vor allem deutsch-patriotische Gesichtspunkte das Thun des Kurfürsten bestimmten. Allein sie waren ihm nicht fremd, und am wohlsten fühlte sich sein deutsches Herz, wenn der Vorteil seines Staates mit dem Interesse des weitern Vaterlandes übereinstimmte. Damals lieſs er durch einen ihm nahestehenden Politiker — wahrscheinlich Schwerin — eine Flugschrift ausarbeiten, die ganz aus deutschem Empfinden hervorgegangen ist. „Ehrlicher Deutscher," heiſst es da, „dein edles Vaterland war leider bei den letzten Kriegen unter dem Vorwande der Religion und Freiheit gar zu jämmerlich zugerichtet und an Mark und Bein dermaſsen ausgesogen, daſs von einem so herrlichen corpore schier nichts übrig verblieben als das bloſse Skeleton. Wem noch einig teutsch Blut um sein Herze warm ist, muſs darüber weinen und seufzen. Wir haben unser Gut, wir haben unser Blut, wir haben unsere Ehre und Namen dahin gegeben und nichts damit ausgerichtet, als daſs wir uns schier zu Dienstknechten und fremde Nationen berühmt, uns des hohen Namens fast verlustig und diejenigen, so wir vorher kaum kannten, damit herrlich gemacht haben. Was sind Rhein, Weser, Elbe und Oderstrom nunmehr anders als fremder Nationen Gefangene?

---

[1] Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 62 f. — U. u. A., VIII, 361 f. 588. — v. Mörner, Staatsverträge, 233 f.

Was ist deine Freiheit und Religion mehrs, als dafs andere damit spielen? Summa, alles verlor sich mit dem trefflichen Pommern, mit anderen so stattlichen Ländern .... Wer nur kein schwedisch Brot essen will, soll daran denken, was er für die Ehre des teutschen Namens zu thun habe, um sich gegen sein eigen Blut und sein für allen Nationen dieser Welt berühmtes Vaterland nicht zu vergreifen .... Bedenke, dafs du ein Teutscher bist[1]."

Man sieht, Friedrich Wilhelm hatte den Verlust des schönsten und wichtigsten Teiles von Pommern an den skandinavischen Gegner nicht verschmerzt. Gewifs handelte es sich jetzt für ihn vor allem darum, der drohenden Allmacht Schwedens im Norden rechtzeitig vorzubauen. Allein daneben regte sich in seinem Herzen auch die Hoffnung, in diesem Kampfe das westliche Pommern und vor allem die Odermündungen wieder zu gewinnen.

Die hohenzollernschen Regenten sind nie bequem und sicher zu Hause geblieben, wenn ihr Heer in den Krieg für des Landes Sicherheit und Gröfse zog. So ging auch der Kurfürst, der soeben erst den Versuchen des russischen Gesandten Nestorow, ihn zur Stellungnahme gegen Polen zu bewegen, durch geschickte, aber wenig aufrichtig gemeinte Verheifsungen ausgewichen war[2], ins Feld und übernahm den Befehl über die Bundesarmee. Unter ihm kommandierte Sparr als Feldmarschall die Brandenburger, dem Derfflinger als Generalfeldzeugmeister zur Seite stand. General der Kavallerie war Johann Georg von Anhalt, Führer der Infanterie Generallieutenant Graf Dohna[3]. Die Brandenburger bildeten den Hauptteil des Bundesheeres: 9000 Reiter, 2000 Dragoner, 4000 Fufsgänger; dazu stiefsen 8000 Kaiserliche unter Montecuccoli, 3000 polnische Reiter unter Czarnecki[4] — zusammen, mit dem Trofs, an 30000 Mann. Der militärische Wert der brandenburgischen Streiter war meist ein hoher. „Gott sei gelobt," schreibt Dohna, „der so viele schöne Truppen unserm gnädigen Herrn

---

[1] Diese Flugschrift fand grofsen Anklang und brachte tiefen Eindruck hervor. Sie ist in sieben deutschen Drucken, einer französ. u. einer engl. Übersetzung vorhanden: Münzer, Die brandenb. Publizistik unter d. Gr. Kurfürsten; Märkische Forsch., XVIII (1884), S. 238.

[2] v. Hedenström, 73—77.

[3] U. u. A., II, 179.

[4] Die Zahl der Brandenburger nach Droysen, III, II[2], 507; die der Kaiserlichen und Polen nach Campori, Raimondo Montecuccoli (Florenz 1876), S. 337.

zugeführt hat, man kann nicht genug von der schönen Haltung derselben sagen[1]." Auch die Kaiserlichen haben sich während des ganzen Feldzugs als tapfere Soldaten gezeigt, leider, nach Eingeständnis ihrer eigenen Führer, ihren Ruf durch entsetzliches Plündern und Rauben befleckt. Ihr General Graf Raimund Montecuccoli, damals neunundvierzig Jahre alt, war ein modenesischer Edelmann, der als Jüngling von dem ihm befreundeten kaiserlichen General Collalto in österreichische Dienste gezogen worden, wo er von der Pike auf gedient hatte. Im Dreifsigjährigen Kriege hatte er den Ruf tollkühner Tapferkeit erworben, auch galt er allgemein als Mann trefflicher Sitten und feinster Bildung, den Wissenschaften und der Litteratur ergeben — eine Seltenheit unter den Heerführern jener wilden Zeit. Als selbständiger Feldherr hatte er sich noch nicht bewährt; erst später sollte er sich als Muster eines klugen, umsichtigen, kenntnis- und gedankenreichen Strategen erweisen. Dem Kurfürsten hat er stets Ergebenheit, guten Willen und Gehorsam gezeigt. Am wenigsten wert waren die Polen. Sie bezeichneten ihren Weg durch Verheerungen und Greuelthaten aller Art und waren höchstens zu einem kecken Reiterstreiche zu gebrauchen, sonst aber ihren Verbündeten mehr zur Last als zum Nutzen. Ihr General Czarnecki, der eigentliche Retter Polens von schwedischer Unterdrückung, besser im Parteigängerkriege als bei geregelter Kampfesweise brauchbar, fand in den dänisch-pommerschen Feldzügen wenig Gelegenheit, sich auszuzeichnen[2].

Am 17. September brach der Kurfürst von Berlin auf[3] und begab sich nach Wittstock, wo er die verbündete Reiterei vereinigt fand. Sofort trat sie den Marsch durch Mecklenburg nach Holstein an; die Infanterie folgte in möglichster Eile nach. Als Kriegsmanifest erschien die Schrift „an den ehrlichen Deutschen".

Auch an das offizielle Deutschland, die Reichsstände, hatte sich Friedrich Wilhelm gewandt, gegen die schwedischen Gewaltthaten reichsverfassungsmäfsige Unterstützung heischend. Sie antworteten mit hohen Lobsprüchen für die tapferen Entschlüsse des Kurfürsten, aber thatsächliche Hilfe sagte keiner zu. Ja, die Rheinbundfürsten wagten es, ihm die Belästigung ihrer Ge-

---

[1] Orlich, I, 200.
[2] Vgl. Orlich, a. a. O., und Campori, 339. 560.
[3] U. u. A., VII, 135.

nossen — also auch des Schweden — unter scharfen Drohungen zu untersagen. Friedrich Wilhelm antwortete ihnen in einer Weise, die ihnen zeigte, dafs er sich vor ihnen nicht fürchte[1]. Thatsächlich unternahm er allein die Rettung Norddeutschlands vor schwedischer Knechtung. Schon damals war Brandenburg-Preufsen Deutschlands bestes Schwert und sicherster Schild.

Von Frankreich hatte Brandenburg in dem bevorstehenden Kriege nichts Gutes zu befahren. Seit dreifsig Jahren war es für die französische Politik feststehender Grundsatz, dafs sie sich Schwedens als Bundesgenossen gegen Österreich und dessen deutsche Anhänger bedienen müsse; ungeachtet des Trotzes und Übermutes der Schweden war sie sicher, schliefslich das geldarme Volk immer wieder durch ihre Subsidien in Abhängigkeit zu bringen. „Mögen auch die Schweden," schrieb damals Servien, Mazarins politischer Hauptgehilfe, an den Kardinal, „bisweilen unbequeme und schwer zu bewahrende Freunde sein, sind sie doch tapfere Krieger, die wohl verdienen, dafs man sie nicht untergehen läfst, damit das Haus Österreich stets diesen Knochen zu nagen habe, der ihm lästige Beschäftigung geben wird." Mazarin fand den ungezügelten Ehrgeiz, das kecke Auftreten und die im Grunde Frankreich wenig günstige Stimmung Karl Gustavs nicht nach seinem Geschmacke. Allein er meinte, das gegen den König gerichtete Bündnis sei derart übermächtig, dafs man ihm zu Hilfe kommen müsse, zumal an jenem der Kaiser, Frankreichs Erbfeind, beteiligt war. Noch im August 1658 wandte er sich an seinen Alliierten England, mit der Aufforderung, er möge sich mit Frankreich vereinen, um Schwedens drohenden Untergang zu verhindern und den Frieden im Norden wieder herzustellen[2].

Auf England hatte auch Karl Gustav sicher gerechnet. Da wurde es für ihn wie für Mazarin ein übler Strich durch die Rechnung, dafs der grofse Oliver Cromwell, der durch Geist und Kühnheit England wieder zur Macht in Europa erhoben hatte, am 3. September verschied, die Regierung der Republik seinem schwächlichen und wenig angesehenen Sohne Richard hinterlassend. Auf Monate hinaus war nun von England kein kräftiger Entschlufs zu erwarten.

---

[1] Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 66.

[2] Chéruel, III, 350. 358 f.

Der Furcht vor dem Nebenbuhler derart enthoben, konnten die Niederländer um so kühner auftreten. Die Belagerung Kopenhagens, der drohende Untergang Dänemarks rüttelte sie endlich aus ihrer Unthätigkeit auf; denn hatte Schweden den Sund, den Schlüssel zum Baltischen Meere, in seiner Gewalt, so wurden sie sicher aus diesem, dem Hauptbereiche ihres Handels, verbannt. Mit fieberhafter Hast rüsteten sie alle in ihrem Lande befindlichen Orlogsfahrzeuge, verstärkten jede Kompanie ihrer Truppen um 25 Mann, ernannten die Befehlshaber, die unter dem abermals mit der höchsten Leitung betrauten Admiral Jakob von Wassenaer Herrn von Opdam zu dienen hatten. Diese Wahl liefs freilich nicht viel Gutes erwarten. Opdam hatte niemals ein anderes Wasser befahren, als die Kanäle Hollands, und besafs auch sonst geringes Ansehen; man glaubte sogar, er habe von den Schweden Bestechung genommen[1]. Sein einziges Verdienst war sein Hafs gegen das Haus Oranien und seine Freundschaft mit dem allmächtigen holländischen Ratspensionär de Witt[2]. Indes seine Instruktionen lauteten sehr mutig. Der Admiral erhielt den Befehl, Kopenhagen und Kronenborg zu entsetzen und zu verproviantieren, die schwedische Flotte, wo er sie antreffe, „rigorös“ anzugreifen, zu zerstören und wegzunehmen, den Sund frei zu halten, seine Landungstruppen den Dänen zur Verfügung zu stellen. Dem Kurfürsten von Brandenburg zeigten die Generalstaaten nunmehr gröfste Zuvorkommenheit. Sie verwandten sich für ihn bei dem Moskowiter, lieferten ihm auf sein Bitten Lunten und Schiefspulver und versicherten, dafs Opdams Flotte die brandenburgischen Kriegsoperationen, zumal die Belagerung fester Seeplätze und die Überfahrt nach den dänischen Inseln, thunlichst unterstützen solle[3]. Besonders der letztere Umstand war von höchster Wichtigkeit. Nur wenn das niederländische Geschwader die See beherrschte und sich den Verbündeten zu Gebote stellte, konnten diese hoffen, in entscheidender Weise zur Rettung Dänemarks und zur Demütigung Schwedens zu wirken.

Der Kurfürst sah hoffnungsvoll in die Zukunft. Er that alles, um den Niederländern gefällig zu sein. Die schon be-

[1] Undatierter Brief der Kurfürstin Luise Henriette an Otto v. Schwerin (offenbar Ende Sept. 1658) geschrieben: F. Hirsch in den Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch., III, 176 ff.

[2] Graf de Guiche, Mémoires (London 1744), S. 33.

[3] Aitzema, IV, 228 ff. 233 ff. 283 f. — Secrete Resolutien, I, 617. 619.

schlossene Sendung Weimanns an Richard Cromwell ward auf Schwerins Rat wieder aufgegeben, um nicht den Holländern, die mit England auf gespanntem Fuſse standen, Verdacht einzuflöſsen [1].

Der Krieg auf der jütischen Halbinsel war nur ein militärischer Spaziergang, denn der schwedische Befehlshaber, der Pfalzgraf von Sulzbach, verfügte über nicht mehr als 4000 Mann. Er lieſs also kleine Besatzungen in Tönningen und Gottorp und zog sich schleunigst, unter Vermeidung aller Kämpfe, in die Festung Fredriksodde zurück, von wo er leicht nach der mit 3000 Mann unter Graf Waldeck gesicherten Insel Fünen überfahren konnte. Sonst fielen ganz Holstein, Schleswig, Jütland in den Besitz der Verbündeten. Der Herzog von Gottorp, Karl Gustavs Schwiegervater, schloſs mit dem Kurfürsten einen Neutralitätsvertrag und räumte ihm, nach Abzug der schwedischen Besatzung, seine Hauptstadt ein [2].

Der gröſsere, wenn nicht wichtigere Teil des dänischen Reiches war in wenigen Wochen den Schweden wieder entrissen. Dabei machte die Belagerung Kopenhagens keine namhaften Fortschritte; nur des nahen Schlosses Kronenborg bemächtigten sich die Schweden. Aber nun standen, von dänischen Truppen unterstützt, die Bauern Drontheims und die Fischer Bornholms auf und vertrieben die fremden Bedränger. Karl X. war offenbar in eine verlustreiche Verteidigung zurückgeworfen — und das war hauptsächlich die Folge der politischen und militärischen Initiative Brandenburgs.

Karl Gustav suchte sich an dem Kurfürsten zu rächen, indem er dessen Schwager, den Herzog von Kurland, auf noch ruchlosere Weise überfiel, als Friedrich III. von Dänemark. Der Herzog war gewarnt worden; allein der schwedische General Douglas protestierte mit so groſser Entrüstung gegen jeden Verdacht und erbat so zutraulich die Erlaubnis zum Durchzuge von Livland nach Litauen, daſs Herzog Jakob dessen Truppen in Kurland einlieſs, wo sie als Freunde auftraten. Ja, Douglas schloſs mit dem Herzoge einen förmlichen Freundschaftsvertrag. Aber nachdem er die Hauptstadt Mitau mit seinen Soldaten erfüllt, überfiel er das Schloſs, nahm den Herzog und dessen Familie gefangen, besetzte das ganze Land; Jakob ward nach Riga ab-

---

[1] F. Hirsch, O. v. Schwerin; Hist. Zeitschr., N. F., XXXV, 230 f.

[2] Londorp, VIII, 473 ff. — v. Mörner, Staatsverträge, 234.

geführt. Alles war auf besondern Befehl des schwedischen Königs geschehen [1].

Es war ein Gewaltstreich der schlimmsten Art, der noch dazu den Schweden keinen wirklichen Nutzen brachte und die Erbitterung in ganz Europa gegen sie vermehrte. „Wer ist endlich vor den Schweden sicher?“ rief Friedrich von Jena aus, „sollten nicht alle Christen gegen solche öffentliche Banditen, solche Zerstörer aller Rechte und der menschlichen Gesellschaft selbst aufstehen? Gottlob, daſs endlich ein jeder sieht, daſs es Betrüger, Glaubensvergessene und öffentliche Räuber sind.“ Der Kaiser verbot die schwedischen Werbungen im Reiche und berief, unter Androhung strengster Strafen, die deutschen Söldner aus dem schwedischen Heere ab [2].

Und nun kam die niederländische Flotte in den Sund, 35 Linienschiffe stark, ohne die übrigen Fahrzeuge, das schönste Geschwader, das die Niederlande seit achtzig Jahren aufgestellt hatten. Unter dem Feuer der Feste Kronenborg vorbeisegelnd, griff Opdam am 8. November 1658 die schwedische Flotte an, die 44 Linienschiffe zählte und vom Reichsadmiral Karl Gustav Wrangel befehligt war. Die Schlacht wurde sehr heiſs: auf Seite der Holländer wurden der Vizeadmiral de Witt und der Contreadmiral Floriszoon getötet, vier Schiffe versenkt. Den Schweden wurden drei Fahrzeuge genommen, zwei versenkt. Endlich kamen neun dänische Linienschiffe aus Kopenhagen ihren Verbündeten zu Hilfe, und nun zogen sich die Schweden in den Hafen von Landskrona zurück [3]. So rühmlich sie sich auch gegen die erste Seemacht der damaligen Zeit gewehrt hatten, das Ergebnis war doch, daſs der Sund von ihnen frei war, das Meer den Holländern und Dänen gehörte. Mund- und Schieſsbedarf, sowie 2000 holländische Soldaten wurden in Kopenhagen gelandet. Die eigentliche Belagerung dieser Stadt hatte ein Ende: schon am Tage nach der Seeschlacht zog Karl Gustav seine Truppen 14 Meilen weit zurück und begnügte sich damit, Kopenhagen die Zufuhr

---

[1] Pufendorf, Car. Gust., V, 121. — Londorp, VIII, 452, Nr. CCXXXII. — Eindruck in Holland und schwedische Rechtfertigungsschrift: Aitzema, IV, 137 f.

[2] Orlich, I, 166 ff.

[3] Aitzema, IV, 238 ff. — Pufendorf, Car. Gust., V, 103 f. — Geijer-Carlson, IV, 317 ff. — De Jonge, Histoire de la marine néderlandaise, I, 363 ff.

von der Landseite her abzuschneiden. Seine militärische und politische Stellung war eine sehr bedenkliche geworden. In der dänischen Hauptstadt aber herrschte frohe Zuversicht; die Zahl der Wehrhaften war auf 13000 nun kriegsgewohnte Streiter gestiegen. Der König beriet sich mit der gesamten Bürgerschaft. Eine neue, bessere Zeit nahte für das zerrüttete und schwer geprüfte Dänemark.

Einen Monat nach diesen wichtigen Ereignissen ging die letzte Stellung der Schweden in Schleswig verloren. Auf der Insel Alsen stand Generalmajor Ascheberg mit drei Reiter-, einem Dragoner- und einem Infanterieregiment, zusammen etwa 1500 Mann. Der Kurfürst ertrug es längst unwillig, dafs die Feinde noch eine Position in der Seite des verbündeten Heeres behaupteten. Kaum hatte er zwei dänische Kriegsschiffe zu seiner Verfügung, als er den Plan zum Überfalle der Insel entwarf. Unter dem Schutze der beiden Schiffe, die er mit brandenburgischen Musketieren besetzte, liefs er, in der Nacht zum 14. Dezember, auf siebzehn kleinen Fahrzeugen erst 1800 brandenburgische und kaiserliche Fufssoldaten, unter seinem Generalmajor von der Goltz, dann Dragoner und Reiterei übergehen. Einige hundert polnische Reiter schwammen über den schmalen Meeresarm. Montecuccoli benützte die gröfsere Erhebung des festländischen Ufers, um hier seine Geschütze sehr vorteilhaft aufzustellen, die den gegenüberliegenden Strand unter Feuer nahmen. Die überraschten Schweden leisteten geringen Widerstand; Ascheberg zog sich mit der Hauptmacht nach dem festen Schlosse von Sonderburg zurück, während Oberst Knaust mit elf Reiterkompanien nach Nordburg flüchtete. Sofort wurde Sonderburg belagert. Allein da man des schweren Geschützes entbehrte, gewährte man Ascheberg eine dreifsigstündige Waffenruhe, die er benutzte, um mit seinen Leuten auf sechs soeben angelangten schwedischen Kriegsfahrzeugen davonzugehen. Schlimmeres Schicksal traf Knaust in Nordburg: er mufste sich mit seiner ganzen Mannschaft den Siegern ergeben, die die feindlichen Söldner unter die eigenen Regimenter steckten [1]. Diese glänzende und erfolgreiche Waffenthat machte der branden-

[1] Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 70. — J. G. Droysen, Übergang nach Alsen, 1658 (Zeitschr. f. preufs. Gesch. u. Landesk., II [1865], S. 101 ff.): des Kurfürsten Disposition zum Überfalle. — Campori, Montecuccoli, 338 f., nach Schriften u. Briefen Montecuccolis.

burgischen und kaiserlichen Soldaten Kaltblütigkeit, Disziplin und Geschicklichkeit große Ehre. Sie war ein würdiges Vorbild für den Überfall derselben Insel Alsen durch die Preußen im Sommer 1864.

Im polnischen Preußen wütete der Kampf ebenso wie auf den dänischen Inseln und in Jütland. Fürst Radziwill, des Kurfürsten Statthalter, befehligte dort 6000 Mann und operierte gegen Elbing; allein er wurde durch das Übelwollen der herzoglichen Preußen, die aus Abneigung gegen ihren kalvinistischen Herrn mehr die schwedischen als die kurfürstlichen Waffen unterstützten, an jedem entscheidenden Erfolge behindert[1]. Die Polen belagerten inzwischen Thorn, das sie aber erst im Dezember durch Kapitulation zu nehmen vermochten. Die tapfere schwedische Besatzung war von 2500 Mann auf 700 herabgesunken, die Reiterei ohne Pferde[2]. Aber der Verlust der Polen war noch bei weitem größer, ihr ganzes Heer zu Grunde gerichtet. Freilich, an neuen Kriegern war in dem an Geld armen und an kleinen Edelleuten reichen Polen kein Mangel.

Überall ging es mit der schwedischen Macht zurück. Das Bedrohlichste war für Karl X., daß die Holländer immer entschiedener gegen ihn auftraten. Sein Resident, Appelboom, hatte den Haag verlassen müssen. Die Generalstaaten forderten den Kurfürsten von Brandenburg auf, eine tüchtige Schar Reiter auf ihren Kriegsschiffen nach Seeland überzusetzen und so das zwischen zwei Feuern einzuschließende schwedische Heer vor Kopenhagen zu vernichten — ein Vorschlag, auf den Friedrich Wilhelm mit Freuden einzugehen bereit war. Daheim wurden neue Rüstungen veranstaltet, die Flotte de Ruyters von Portugal abberufen, um Opdams Geschwader zu verstärken und 4000 weitere holländische Soldaten nach Kopenhagen zu führen. Die Staaten beabsichtigten, die Schweden auch im Herzogtume Bremen anzugreifen[3].

Allein da traten Umstände ein, die allen diesen kühnen Plänen ein Ende bereiteten.

---

[1] Man sehe die offenbar pessimistisch gefärbten Berichte Radziwills bei Orlich, I, 207 ff.

[2] Des Noyers, Lettres, 479.

[3] Secrete Resolutien, I, 622. — Aitzema, IV, 238. — Ms. Berichte Weimanns an Kurf. u. Schwerin, sowie Schreiben des Kurf. u. Schwerins an Weimann, Nov. u. Dez. 1658; Weimanns Tageb., VIII.

Der glänzende Sieg auf den Dünen hatte Mazarin von jeder Furcht vor den Spaniern befreit und ihm die Bürgschaft eines gewinn- und ruhmreichen Friedens gegeben. Mit um so gröſserm Eifer widmete er sich den nordischen Angelegenheiten, und zwar in der Absicht, Schweden vor dem Untergange zu retten, dann Polen und Brandenburg von dem Kaiser zu trennen und in die französische Klientel hinüberzuziehen. So wurde Schweden nicht allzu mächtig, und Frankreich behielt, auſser diesem Staate, noch andere Trümpfe in der Hand. Dänemark gegenüber sollte der Roeskilder Friede wieder hergestellt werden[1]. Zunächst sandte der Kardinal dem schwedischen Könige 100000 Thaler, dann noch 400000 Livres zu[2]. Ferner vermochte er den sehr schwedenfreundlichen Richard Cromwell, eine Flotte von 21 Segeln unter Admiral Montagu auszurüsten, die die Holländer im Sunde an jeder weitern Feindseligkeit gegen Karl Gustav verhindern sollte. England und Frankreich, so erklärten deren Gesandte im Haag, seien einig, Schweden nicht fallen zu lassen, „weil es ein so notables Glied des protestantischen Wesens und ein so mächtiges Gegengewicht wäre gegen die päbstische und spanische Domination“[3].

Das Auftreten Englands brachte auf den Ratspensionär de Witt und seine oligarchischen Freunde in Holland den tiefsten Eindruck hervor. Seit dem unglücklichen Seekriege gegen die Schwesterrepublik sahen sie einen neuen Kampf mit dieser für das gröſste Unglück an, das ihr Land und ihre Partei betreffen könne. In der That, wenn sie gegen England eine Niederlage erlitten, muſste die ohnehin herrschende populare Unzufriedenheit in den Niederlanden zum Ausbruche kommen und ihren Sturz, sowie die Wiederherstellung der oranischen Familie herbeiführen. Auch das religiöse Element blieb nicht ohne Wirkung. Der österreichische Gesandte Fricquet, der nach dem Haag gekommen war, um ein Bündnis mit den Generalstaaten abzuschlieſsen, sah sich dort sehr übel behandelt. Von der Abschickung der Ruyterschen Flotte und der 4000 Mann Verstärkung für die Dänen wurde es plötzlich still, und die hierzu bestimmten Truppen kehrten in ihre Garnisonen zurück. Vielmehr dachten die Generalstaaten

[1] Chéruel, III, 360f.
[2] Bericht Brandts v. 17. Jan. 1659; Orlich, I, 218.
[3] Bericht Weimanns v. 13. Dez. 1658; U. u. A., VII, 158.

nunmehr an die Herbeiführung eines allgemeinen Friedens unter möglichst glimpflichen Bedingungen[1]. Offenbar auf Befehl aus der Heimat verweigerte Opdam seine Mitwirkung zur Eroberung der dänischen Inseln.

So war der schwedische König aus seiner verzweifelten Lage gerettet, wurden seine Gegner auf der jütischen Halbinsel zur Unthätigkeit verdammt. Einer weitern Besorgnis wurde er enthoben, indem, ohne begreifliche Ursache, am 30. Dezember die Russen zu Wallisaar mit ihm Waffenruhe auf Grund des augenblicklichen Besitzstandes abschlossen. Wenn Zar Alexei sich auch nicht gegen Brandenburg wandte, den Krieg gegen Polen nahm er sofort wieder auf. Schon glaubte man, auch Karl X. werde demnächst wieder zur Offensive übergehen, und sah einem Überfalle der Kurmark von Schwedisch-Pommern aus entgegen[2].

Das war die Lage am Ende des ereignisreichen Jahres 1658. Kein Zweifel, dafs es dem Kurfürsten erhöhten Ruhm und grofses Ansehen in ganz Europa gebracht hatte. Er allein hatte den Kampf gegen Schwedens Anmafsung, sowie dessen Demütigung herbeigeführt. Ohne seinen Vorgang hätte Holland schwerlich Kopenhagen gerettet. Die glänzende Waffenthat von Alsen hatte, zwei Jahre nach der Warschauer Schlacht, sein junges Heer mit Lorbeer bekränzt. Von Wien, von Warschau, von Kopenhagen her erscholl das Lob des Brandenburgers. Aber im Grunde war nichts entschieden, ja, das Eintreten Englands und Frankreichs für Schweden, sowie das zweideutige Benehmen der niederländischen Machthaber gestaltete die Umstände ungünstiger, als seit lange gewesen. Was sollten die Brandenburger ohne holländische Schiffe noch im Norden zu Wege bringen? „Alle unsere Hoffnung," schreibt Schwerin an Weimann[3], „allhier etwas auszurichten, hat auf der Flotte bestanden; und wenn wir nicht bald Schiffe bekommen auf die Insuln zu gehen, so jaget uns der Hunger gar gewifs wieder aus Holstein, zu unserm höchsten Schimpf und Verderben." Für seinen eigenen Staat hatte allerdings Friedrich Wilhelm nichts Ernstliches zu fürchten. Denn Frankreich hegte keines-

[1] Berichte Weimanns v. 9. 13. Dez. 1658 (U. u. A., VII, 156 ff.); Ms. Berichte desselben v. 20. 27. Dez. (Weimanns Tageb., Bd. VIII).

[2] Kurfürstin Luise Henriette an Schwerin; F. Hirsch in den Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch., VIII, 189.

[3] 7. 17. Febr. 1659; Ms. Weimanns Tageb., Bd. IX.

wegs die Absicht, ihn der Rache Schwedens zu überlassen, wünschte vielmehr, wie Polen so Brandenburg von dem Kaiser abzuziehen und beide, neben Schweden, auf Österreich zu hetzen. Die französischen Minister gebrauchten dem Kurfürsten gegenüber die freundlichsten Worte, fanden unter den bisherigen Umständen sein Bündnis gegen Schweden ganz gerechtfertigt und sprachen den innigen Wunsch aus, mit Friedrich Wilhelm in enger Freundschaft zu leben, wie sie denn ihre gute Gesinnung durch Abweisen der durch Schweden und Neuburg von ihnen geforderten Offensivallianz gegen Brandenburg deutlich erhärtet hätten[1].

Friedrich Wilhelm aber verwarf mit Entrüstung jeden Gedanken an einseitigen Friedensschlufs, ohne den Kaiser und Dänemark, seine Verbündeten[2]. Er wollte weder Frankreichs noch Schwedens Schutzbefohlener sein. Anders die Polen. Sie waren des langen, unentschiedenen Krieges, den sie in ihrem Elend kaum noch zu ertragen vermochten, herzlich müde und hatten dessen auch kein Hehl. Im herzoglichen Preufsen wurde die Erbitterung über den das Land aussaugenden Kampf immer gröfser; schon rottete sich das niedere Volk zusammen, und unter dieses mischten sich, wie Radziwill schreibt, „Personen von Stande, Geistliche, hohe Staatsoffiziere"[3]. Da der Kurfürst Frankreichs ihm in eigensüchtigster Absicht gebotene Hand zurückstiefs, von Polen und den eigenen preufsischen Unterthanen nichts Gutes erwartete, suchte er Erneuerung und Verstärkung des Bündnisses mit den Generalstaaten nach, um nicht plötzlich verlassen dazustehen[4]. Aber durfte er auf die niederländischen Machthaber noch ernstlich zählen?

Das wurde immer unwahrscheinlicher. Sie hegten ein unüberwindliches Mifstrauen gegen die katholischen Mächte: Österreich, von dem sie voraussetzten, es wolle nur auf ihre und Dänemarks Kosten den Krieg in die Länge ziehen, um Schweden an Hilfeleistung für die schlesischen Protestanten zu verhindern, und Polen, dessen Bündnisanerbietungen sie mit vielen schönen Worten zurückwiesen. Vielmehr nötigten die Gewalthaber der

---

[1] Bericht Brandts bei Orlich, I, 216 ff. — Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 67.

[2] Vgl. U. u. A., VII, 153.

[3] Orlich, I, 227. — Droysen, III, II², 312 f.

[4] Friedr. Wilh. an Weimann, 22. Dez. 1658; U. u. A., VII, 164.

Provinz Holland — der Ratspensionär de Witt und dessen oligarchische Parteigenossen — aus Furcht vor England die Generalstaaten zur Rückberufung Opdams und seiner Flotte [1]. Damit waren Kopenhagen und die dänischen Inseln überhaupt jeder Hoffnung auf Befreiung von der schwedischen Übermacht beraubt. Freilich veranlafste die in England unter dem schwachen Richard Cromwell eintretende politische und finanzielle Verwirrung die Generalstaaten, den verhängnisvollen Befehl wieder zurückzunehmen — allein irgend welches Vertrauen konnte man offenbar in solche Bundesgenossen nicht setzen, die überdies keine Gelegenheit vorübergehen liefsen, ohne die Notwendigkeit eines schnellen Friedenschlusses im Norden, sogar ohne des Kaisers und selbst Brandenburgs Zuziehung, zn betonen [2].

Auch von Deutschland hatte Friedrich Wilhelm nichts zu hoffen. Die braunschweigischen Herzöge lehnten das wiederholte Ansinnen Brandenburgs, ihm gegen Schwedens gewaltthätiges Auftreten die vertragsmäfsige Hilfe zu gewähren, ab, antworteten schliefslich gar nicht mehr. Voll Unwillen schalt der Kurfürst bei einem von ihnen auf die Schweden, „die, indem sie fast nichts mehr als die Reichsfreiheit im Munde haben, in der That ihren abscheulichen Dominat stabilieren wollen und, da sie nichts thun, als was dem Evangelio zuwider, dennoch das evangelische Wesen zum Scheindeckel ihres unruhigen, unverantwortlichen Beginnens gebrauchen“ [3].

Friedrich Wilhelm aber zeigte unter so bedrohlichen Umständen eine Festigkeit, die wiederum beweist, dafs er nur in der Wahl der Mittel, die zu seinen Zielen führen sollten, niemals in diesen selbst geschwankt hat. Gerade damals, am 31. Januar 1659, schlofs er mit Dänemark ein Kriegsbündnis, das auf lange hinaus beide Staaten unauflöslich mit gesamten Kräften zur Verteidigung gegen Schweden zu verknüpfen bestimmt war [4]. Wie er das Beispiel zur Aufnahme dieses unvermeidlichen Krieges gegeben hatte, so auch zum Ausharren in ihm.

Karl Gustav sah sich durch den Brandenburger von seinen

---

[1] Pufendorf, Frid. Wilh., VIII, 2. — Aitzema, IV, 374. — U. u. A., VII, 169 f.

[2] Secrete Resolutien, II, 190.

[3] Köcher, I, 268 f. 275.

[4] Pufendorf, Frid. Wilh., VII, 72 f. — v. Mörner, Staatsverträge, 237.

deutschen Besitzungen abgeschnitten, ja er war gewissermaſsen auf den dänischen Inseln ein Gefangener, der von dem Belieben des niederländischen Admirals abhing. Aber seine Art war es nicht, den Ausgang aus miſslicher Lage durch Nachgeben und Zurückweichen zu suchen, sondern nur durch kräftige Offensive. Das hatte er bewiesen, als er dem ungünstig sich gestaltenden polnischen Kriege durch den Angriff auf Dänemark ein Ende machte, das wollte er auch nunmehr bethätigen. Am 20. Februar abends gingen seine Truppen über die zugefrorenen seichten Meeresarme vor den Mauern Kopenhagens und griffen diese auf vier Punkten an. Es war ein schauerlicher Kampf in der Dunkelheit, die durch das Feuer von 250 Geschützen, die brennenden Granaten und lodernden Pechkränze furchtbar erleuchtet ward. Schlieſslich aber, bei dem Erglänzen des Wintertages, wurden die Schweden trotz löwenmutigen Ringens von den nicht minder tapferen und an Zahl überlegenen Verteidigern zurückgeschlagen, mit groſsem Verluste der besten Offiziere und Soldaten; über 600 waren getötet, 900 gefangen [1]. Zum erstenmal hatte Karl Gustav in offener Schlacht eine Niederlage erlitten.

Allein seine starke Seele kannte keine Entmutigung. Er gab die Blokade der feindlichen Hauptstadt nicht auf und sicherte für alle Fälle seine Stellung auf den dänischen Inseln durch Anlegung einer Kette von Befestigungen. Und seine Ausdauer sollte belohnt werden. Am 16. April erschien endlich die lange von ihm ersehnte englische Flotte, 43 Segel stark, unter Admiral Montagu bei Helsingör. Damit war das holländische Geschwader, waren auch die Verbündeten auf der jütischen Halbinsel brach gelegt: das Meer gehörte wieder dem Schwedenkönige, der mit einem Schlage aus einem Gefangenen Herr der Ereignisse geworden war. Er bot dem Protektor das Herzogtum Bremen, ganz Jütland, sowie die Zollfreiheit im Sunde an, wenn England ihm zur Eroberung des übrigen Dänemark und Norwegen beistehen wolle.

Bei dieser für die Verbündeten so bedrohlichen Gestaltung der Dinge ward die Friedenssehnsucht in dem erschöpften und von den Russen bedrängten Polen immer gröſser. Johann Kasimir

---

[1] Pufendorf, Car. Gust., V, 15, nach schwedischen Quellen. — Carlson giebt die schwedischen Verluste immer zu gering an, indem er die Zahl der Toten als den Gesamtverlust nennt.

berief also einen Kongreſs nach Thorn ein, wo sich Anfang März 1659 die Abgeordneten der Alliierten versammelten; von brandenburgischer Seite Hoverbeck, Somnitz und der preuſsische Oberappellationsrat von Ostau. Der französische Gesandte de Lumbres war gleichfalls zugegen. Im nahen Marienburg saſsen die schwedischen Abgesandten. De Lumbres scheute weder Mühe noch Beredsamkeit oder Geld, um die Polen zu einem Sonderfrieden mit den Schweden zu bewegen. Hatten diese Bestrebungen Erfolg, so war alles verloren. Nicht nur die Stadt Königsberg, sondern auch der Statthalter Radziwill erklärten dem Kurfürsten, daſs ohne polnischen Rückhalt das herzogliche Preuſsen sich der schwedischen Gegner von Kurland und Westpreuſsen her, die noch neuerlich durch 2500 Reiter unter dem trefflichen General Würtz verstärkt worden waren, nicht erwehren könne und schleunigen Abschluſs des Friedens verlangen müsse. Um also Sicherheit vor einem etwaigen Abfalle Polens zu erlangen, forderten Brandenburger und Kaiserliche diesen Staat auf, sich durch förmliches Bündnis mit Dänemark zu vereinen. Aber darauf wollten die Polen nicht eingehen, und das endliche Ergebnis hat ihnen Recht gegeben. Sie sagten, unter dem Drucke Hollands, von dem der Dänen Schicksal durchaus abhänge, würden diese schlieſslich mit den Schweden ein Sonderabkommen treffen; deshalb müſsten sich auch die Verbündeten, Dänemark gegenüber, Bewegungsfreiheit wahren. Die Kaiserlichen und Brandenburger jedoch sahen in solchen Antworten der Polen nur verdächtige Lust zu einem Separatfrieden. Sie suchten deshalb durch Streitigkeiten über diplomatische Formen den Kongreſs zu vereiteln, und das gelang ihnen vollkommen. In der Mitte des April ging der Thorner Kongreſs unverrichteter Dinge auseinander; einen Monat später sollten die Verhandlungen in Warschau wieder aufgenommen werden, wohin sich Johann Kasimir und seine Senatoren zur Eröffnung des Reichstages begaben[1].

Um die gefährliche Lage zu bessern, machte der Kurfürst noch einen Versuch, die Schweden durch Abschneiden französischer und englischer Hilfe zum allgemeinen Frieden zu zwingen. Er beschwerte sich also bei Mazarin über die Unterstützung, die Frankreich den Schweden sowohl durch Verwendung bei dem

---

[1] Des Noyers, Lettres, 481. 499. 502 ff. — U. u. A., VIII, 687. 690. 695 ff. — Orlich, I, 227 ff.

Protektor als auch durch unmittelbare Geldsendungen gewährte, die dann nur zum Schaden anderer benutzt würden. Brandenburg dagegen, gleichfalls ein Verbündeter Frankreichs, erhalte nichts. — Der Kardinal aber meinte, mit diesem Kurfürsten am leichtesten fertig zu werden, wenn er ihn recht von oben herab, als gütiger aber unzufriedener Vater behandle. Er antwortete ihm in kurzem Schreiben: Der Kurfürst werde die guten Wirkungen des französischen Wohlwollens schon erfahren, wenn er die Wege seiner Vorfahren, die sich stets um Frankreichs Gunst beworben hätten, wieder einschlage, nachdem er bisher solche einigermaſsen verlassen hätte. Zugleich beschloſs der französische Minister, in das brandenburgische Feldlager einen Gesandten zu schicken, der durch Keckheit und Anmaſsung dem deutschen Reichsfürsten zu imponieren habe. Dazu wählte er einen Renegaten, den Doctor juris Johann Frischmann, einen Mümpelgartner, der aus württembergischem Dienste in den französischen übergetreten war und sich durch Soldschreiberei gegen den Kaiser und die Deutschen unliebsam bekannt gemacht hatte: einen geistvollen, aber gewissenlosen und frechen Menschen[1].

Wie wenig kannte der kluge Kardinal unsern Friedrich Wilhelm, wenn er ihn durch Hochmut, Drohungen und unsichere Verheiſsungen einzufangen meinte! Die Sendung Frischmanns war dem Kurfürsten sehr unangenehm, da er glaubte, sie sei nur dazu bestimmt, ihn dem Kaiser verdächtig zu machen. Sein Vertreter in Paris, Brandt, muſste das dem Kardinal offen erklären und auf das Unangemessene der Persönlichkeit gerade Frischmanns hinweisen. Er selber antwortete Mazarin: Wenn seine Vorfahren den Weg beschritten, eines andern Fürsten Vorteil anstatt den ihres Staates zu begünstigen, so sei er allerdings aus Pflicht und Gewissen von jenem abgewichen. Vier französische Gesandte hätten ihm im Namen ihres Königs Unterstützung versprochen, er aber noch keine Wirkung davon verspürt, sondern

---

[1] Vgl. über ihn J. G. Droysen, Zur Quellenkritik der deutsch. Gesch. des 17. Jahrhunderts (Forsch. z. deutsch. Gesch., IV [1865], S. 36). — Sonst sehe man über diese französisch-brandenburgischen Verhandlungen, sowie die Sendung Frischmanns: U. u. A., II, 193 ff. 220 ff., VIII, 661 ff. 670 f.; Orlich, I, 220 f.; Pufendorf, Frid. Wilh., VIII, 39—41. — Während Friedr. v. Jena einer franzosenfreundlichen Politik das Wort redete, war der einfluſsreichere Schwerin ihr durchaus entgegengesetzt; F. Hirsch, Schwerin (Hist. Zeitschr., N. F., XXXV), 231.

nur gesehen, dafs Frankreich den Schweden beistehe, die allen unrecht thäten. Besser würde es sein, wenn Frankreich sie durch Entziehung seiner Unterstützung zum Frieden nötige.

Bei solchen Umständen konnte Frischmann keine freundliche Aufnahme im kurfürstlichen Feldlager zu Wiborg erwarten. Seine Instruktionen lauteten dahin, Friedrich Wilhelm zu versichern, Frankreich wünsche das gute Einvernehmen mit ihm aufrecht zu erhalten, da sein Bündnis mit Österreich offenbar nur das vorübergehende Ergebnis seiner Sorge vor Schweden sei. Die französischen Hilfsgelder an Schweden hatte der Gesandte mit der Ausrede zu rechtfertigen: sie seien nur Reste früherer, längst fälliger Subsidien. Brandenburg solle mit Schweden Frieden schliefsen, dann dem Rheinbund beitreten, vor allem aber sich jeder Absendung kaiserlicher Hilfstruppen für die Spanier nach Italien oder den Niederlanden widersetzen.

Der Kurfürst antwortete mit der wiederholten Klage über die Nichtbezahlung der ihm so oft und nachdrücklich verheifsenen französischen Subsidien, während doch er Frankreichs Interessen in Münster und bei der Abfassung der Wahlkapitulation nach Kräften vertreten habe. Der Kaiser sende den Spaniern keinerlei Hilfe. Freilich würden für diese in Österreich Söldner geworben; allein da ihn Frankreich auf seine Beschwerden über gewaltsame schwedische Truppenmärsche durch seine Länder stets beschieden habe, friedlicher Durchzug durch Reichsgebiet sei den Schweden nicht zu verwehren, so könne solchen auch Spanien beanspruchen. Vielmehr möge, den in der Wahlkapitulation eingegangenen Verpflichtungen gemäfs, Frankreich aufhören, dem Reichsfeinde Schweden Beistand zu zollen.

Also eine schroffe Abweisung. Als Frischmann diese Antwort schriftlich verlangte, wurde sie ihm urkundlich zugestellt, aber in deutscher Sprache. Vergebens beschwerte sich der Abtrünnige, am französischen Hofe verstehe man nicht Deutsch, und forderte ein lateinisch oder französisch abgefafstes Schriftstück. Da er, der Deutsche, erwiderte ihm Schwerin, seine Eingaben französisch schreibe, dürfe man ihm wohl in deutscher Rede antworten, die ihm ebenso gut wie dem brandenburgischen Hofe geläufig sei.

In so entschiedenem und selbstbewufstem Tone hatte noch nie ein deutscher Reichsfürst mit dem Vertreter des allerchristlichsten Königs geredet. Hier war endlich ein deutscher Staat,

der sich nicht unter das gallische Joch beugte. Frischmann mufste erleben, dafs man ihn wochenlang vernachlässigte, ihm auf jede Weise zu verstehen gab, wie lästig seine Anwesenheit in Wiborg fiel. „Man weifs wohl," erklärte ihm Schwerin geradezu, „dafs Ihr ein guter Schwede seid, und dafs Frankreich keinen andern als einen solchen schicken würde." Die kurfürstlichen Minister sagten ihm ganz offen, er dürfe nicht dauernd bei ihrem Herrn residieren, wie sein König es beabsichtigt hatte. Erneute Anträge, die er endlich Mitte Juni stellte, erhielten eine noch schärfere Antwort. Auf Frankreichs Schutz könne der Kurfürst sich nicht verlassen, solange dieses, mit gänzlicher Vernachlässigung der brandenburgischen Interessen, einzig und allein Schweden begünstige. Für letzteres arbeiteten die französischen Gesandten überall mit solchem Eifer, als seien sie selber Schweden. Einen Sonderfrieden zu schliefsen, lehnte der Kurfürst in persönlichem Gespräche mit Frischmann ab: „Das sage ich Euch, mich von der Partei, die ich ergriffen habe, zurückziehen, hiefse die Lämmer von den schützenden Hunden trennen." Der hitzige Fürst, der es nicht liebte, seine Worte abzuwägen, zeigte heftigen Zorn wider Karl Gustav, den er der Undankbarkeit und Untreue gegen ihn selbst wie gegen seinen Schwager, den Herzog von Kurland, und endlich der Härte gegen seine Gesandten zieh. Bei einem grofsen Bankett, dem Frischmann beiwohnte, trank Friedrich Wilhelm zwar auf das Wohl des allerchristlichsten Königs, rief dann aber laut aus, so dafs alle anwesenden Diener und Soldaten es hören konnten: „Die Abmachungen des Schwedenkönigs sind Schurkenstreiche, und Frankreich hilft ihm dabei."

Nach solchen Scenen konnte Frischmann nicht länger in Wiborg bleiben. Vergebens erbat er „eine bessere Resolution"; sie ward ihm verweigert. Sein König berief ihn ab: Ende Juli verliefs er den Kurfürsten.

Dessen entschiedenes, fast schroffes Auftreten machte auf Mazarin Eindruck. Anstatt sich erzürnt zu zeigen, suchte er durch Brandt beschwichtigend und versöhnend auf Friedrich Wilhelm zu wirken. Aber seine freundlichen Worte und Verheifsungen verschlugen ebensowenig wie vorher sein Drohen und Schelten. Die Parteilichkeit Frankreichs für Schweden trat allzu deutlich hervor.

Längst hatte Mazarin den Entschlufs gefafst, den Frieden

im Norden auf Grund des Roeskilder Vertrages herzustellen, der ja für Schweden überaus günstig war. Darin konnte ihn auch die Anmafsung Karl Gustavs nicht beirren, der sich zu beklagen wagte, dafs Frankreich ihn im Stiche lasse[1]. Im Gegenteil flöfste Schwedens keckes Benehmen den Franzosen und Engländern lediglich die Besorgnis ein, jenes möchte seine wiederholt ausgesprochene Drohung wahr machen: „wenn England und Frankreich allzu sehr die Meister spielten, dürfte sein König einmal mit solchen allen brechen und sich gegen sie mit Österreich verbinden“[2]. Deshalb war der Kardinal vor allem bestrebt, sich den nordischen Kriegsfürsten als kräftigen Verbündeten zu erhalten. Zu diesem Behufe mufste er die Holländer an weiterer Unterstützung Dänemarks verhindern, und das mochte er nur durch Englands Mithilfe erreichen. Sein Verbündeter, der Protektor Richard, war bald gewonnen; er vereinte sich mit Frankreich, um im Haag zu erklären, dafs man den Frieden auf dem Boden des Roeskilder Vertrages erzwingen wolle (März 1659). Vergebens suchten die Holländer für Dänemark die gerechtere Basis des Friedens von Brömsebro, vom Jahre 1645, zu erlangen. Da England und Frankreich fest blieben, wagten die Generalstaaten nicht zu widerstehen und schlossen sich, um nicht ganz aus dem Spiele gelassen zu werden, jenen beiden Mächten an.

Der Kurfürst erkannte in vollem Umfange die Gefahr, die in den Haager Verhandlungen lag. Führten sie zum Ziele, so war Schweden mächtiger als je und konnte sich die Gegner einzeln zur Vollstreckung seiner Rache aussuchen. Er that im Haag die ernstlichsten Vorstellungen, verwies auf die Thorner Friedensverhandlungen, beteuerte, er für seine Person werde unter allen Umständen bei seinen Verbündeten ausharren. Es war alles umsonst. Weimann und Copes konnten nur erreichen, dafs er in den Frieden mit eingeschlossen werden solle[3].

Am 21. Mai 1659 ward zwischen den drei Westmächten das sogenannte erste Haager Konzert unterzeichnet — der erste Versuch, durch einen europäischen Gerichtshof einem Kriege anderer ein Ziel zu setzen. Die Kontrahenten verpflichteten sich, die Könige von Schweden und Dänemark zur Versöhnung nach Mafs-

---

[1] Chéruel, III, 361.
[2] Ms. Weimann an Schwerin, 24. März 1659; Weimanns Tageb., Bd. IX.
[3] Ms. Weimanns Tageb., Bd. IX. — U. u. A., VII, 189 f. 201 f.

gabe des Roeskilder Traktates zu bewegen; nur sollte der Artikel aufser Kraft treten, der das Einlaufen westmächtlicher Kriegsschiffe in den Sund untersagte. Inzwischen würden während dreier Wochen weder die englische noch die holländische Flotte in Thätigkeit treten, letztere auch keine Truppen von Dänemarks Verbündeten nach den Inseln befördern. Derjenige der beiden kriegführenden Herrscher, der sich dem Konzerte nicht füge, solle keine Unterstützung mehr erhalten. Brandenburg und die Stadt Danzig sollten zum Beitritte aufgefordert werden.

Es ist klar, dafs das Haager Konzert fast ausschliefslich Schwedens Vorteil bezweckte. Dessen kecker Überfall vom August 1658 blieb ungeahndet, indem es wieder alle Vorteile des Roeskilder Friedens geniefsen sollte. Einstweilen wurden seine Gegner an jeder militärischen Operation verhindert, während es selber die Aushungerung Kopenhagens fortsetzen durfte. Nur eine Bestimmung, allerdings eine wichtige, war Karl Gustav unangenehm: diejenige, die die Ostsee den fremden Kriegsflotten offen hielt.

Unmittelbar nach Abschlufs des Haager Konzertes lief das holländische Geschwader unter dem thatkräftigen, heldenhaften Michael de Ruyter, 39 Schiffe mit 4000 Landsoldaten an Bord, in die dänisch-schwedischen Gewässer ein. Allein es war zunächst zur Unthätigkeit verurteilt. Die holländischen Friedensgesandten, die mit Ruyter angelangt waren, gingen zuerst ans Werk. Sie fanden wenig Entgegenkommen. Karl X. forderte zu seinen bisherigen Besitzungen ganz Norwegen, sowie auf Seeland das feste Schlofs Kronenborg; Friedrich III. verlangte von den Holländern kurzweg den vertragsmäfsigen Beistand gegen die Schweden, beschwerte sich über die Wortbrüchigkeit der Generalstaaten und erklärte, dafs er sich von seinen Verbündeten keinesfalls durch einen Sonderfrieden trennen werde. Damit hat er gleichfalls den Kurfürsten, auf dessen dringende Mahnung zum Ausharren, beruhigt[1].

Sowohl von den Generalstaaten wie von König Ludwig XIV. erhielt Friedrich Wilhelm die Aufforderung, dem Haager Konzerte beizutreten und sich an den aus ihm ergebenden Friedensverhandlungen zu beteiligen. Allein er war entschlossen, dem

[1] Aitzema, IV, 393. — U. u. A., VIII, 601. — Geijer-Carlson, IV, 337 f.

Gewaltakte der Westmächte zu trotzen und ungeachtet ihres herrschsüchtigen Willens bei dem von ihm gewählten politischen Systeme auszuharren. Das erklärte er den Holländern offen, indem er zugleich den Hochmögenden ihr Unrecht vorhielt, Dänemark aufzuopfern, das nur deshalb in den neuen Krieg verwickelt worden, weil es nicht den niederländischen Schiffen den Sund sperren wollte. Diesen energischen Protest gegen das Haager Konzert liefs er dem ganzen europäischen Publikum durch den Druck bekannt geben. Noch kräftiger lautete sein Schreiben an den französischen Herrscher. Dessen heuchlerische Freundschaftsversicherungen strafte er geradezu Lügen, indem er darauf hinwies, dafs die brandenburgischen Gesandten von den Haager Verhandlungen ausgeschlossen worden seien, und dafs die französischen Diplomaten Dänemark wie Polen zu einem Sonderfrieden mit Schweden zu bestimmen bestrebt seien zum grofsen Schaden Brandenburgs und des Weltfriedens[1].

Nicht mit Worten allein bewies er Festigkeit. Gerade damals nahm er die Kriegsoperationen mit Eifer wieder auf, recht im Gegensatze zu den westmächtlichen Umtrieben. Er zog mit seinen und den kaiserlichen Truppen gegen Fredriksodde, den letzten von den Schweden noch in Jütland besetzten Platz. Ein Ausfall des schwedischen Kommandanten Königsmark ward abgeschlagen, dann, am 25. Mai, die Laufgräben gegen die Festung eröffnet. Die Feinde wagten keinen ernstlichen Widerstand; in der Nacht vom 26. auf den 27. Mai schlichen sie sich mit Zurücklassung der Artillerie und Munition auf ihren Schiffen nach Fünen davon[2]. Der Kurfürst wäre ihnen am liebsten sofort dahin gefolgt. Da aber hierzu Opdam jede Mitwirkung verweigerte, mufste er sich mit einem Angriffe auf die kleine Insel Fänö begnügen, die inmitten der schmalen Koldinger Bucht zwischen den Küsten Jütlands uud Fünens liegt, und von der aus man leicht auf letzteres übersetzen zu können hoffte. Bei diesem Unternehmen genofs der Kurfürst der Beihilfe dreier dänischer und fünf holländischer Kriegsschiffe. Trotz der hartnäckigen Gegen-

---

[1] U. u. A., II, 201 f., VII, 217 ff., VIII, 670 f. — Pufendorf, Frid. Wilh., VIII, 5—9. — Londorp, VIII, 547 ff. 578 f. — Münzer, a. a. O., 239 ff.

[2] Montecuccoli an den Fürsten Medici, 28. Mai 1659; Campori, 345. — Pufendorf, a. a. O., VIII, 10.

wehr der Schweden gelang der Übergang, den der kurfürstliche Generalmajor von der Goltz am 11. Juni mit 3000 Brandenburgern und Kaiserlichen unternahm. Nach zweistündigem, heftigem Kampfe mufsten die Schweden, unter grofsem Verluste, das Eiland räumen. Die Verbündeten hatten 42 Tote und 111 Verwundete zu beklagen; die Hauptlast des Treffens hatte auf den Brandenburgern geruht [1].

Nur eine Musketenschufsweite entfernt lag das Ufer Fünens vor den Augen der Sieger. Allein diesen kleinen Raum zu durchmessen gebrauchte man die Mitwirkung der holländischen Kriegsflotte. Obwohl nun der im Haager Konzert vorgesehene Waffenstillstand am 18. Juni abgelaufen war, obwohl die Schweden sich gerade damals einer der kleineren dänischen Inseln nach der anderen bemächtigen durften, versagte Opdam, der Parteigenosse de Witts, jeden Beistand; er fürchtete, die Kaiserlichen würden sich an der Ostsee festsetzen. Die Generalstaaten gaben den schalen Trost: sei Fünen von den Schweden „liberiert", solle Opdam es gegen diese verteidigen [2]. Aber wie ohne die holländischen Schiffe die Insel „liberieren"? Der Kurfürst machte einen Versuch von Fänö aus, auf eiligst zusammengebrachten Kähnen; indes, er scheiterte an den mit Geschützen wohl versehenen Befestigungen der Schweden, mit einem Verluste von mehr als 300 Mann, während die Gegner nur 200 einbüfsten [3]. Auch das Unternehmen, unmittelbar vom jütischen Ufer aus, bei Middelfahrt, hinüberzukommen, scheiterte: Wind und Meeresströmungen waren zuwider, und nach zweistündigem, ziemlich wirkungslosem Feuergefecht mufsten die Verbündeten in ihre früheren Stellungen zurückkehren. Montecuccoli, der im heftigsten Geschützfeuer nur durch ein Wunder dem Tode entgangen war, klagte die wenigen holländisehen Kriegsfahrzeuge, die an der Aktion teilgenommen hatten, an, sie hätten blind geschossen [4].

---

[1] Neben Pufendorfs Berichten in seinen beiden Werken sehe man die authentischen Angaben bei Droysen, Preufs. Pol., III, II [2], 332. 511 (Nr. 553).

[2] De Witt an Slingelandt und Vogelsangh, 16. Juni 1659; Brieven, VI, 19.

[3] Dieser Angriff, den Pufendorf, Car. Gust., VI, 10, erwähnt, ist von den neueren Schriftstellern ganz übersehen worden.

[4] Campori, 346. — Am brandenburgischen Hofe schrieb man das Mifslingen den Kaiserlichen zu: Luise Henriette an Schwerin, Ende Juli 1659; F. Hirsch in den Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch., VIII, 189.

Mit der ihm eigenen Beharrlichkeit hielt Friedrich Wilhelm an seiner Absicht fest, um so mehr, als ein wichtiger Erfolg am ehesten die Dänen vom Abschlusse eines Separatfriedens abbringen konnte. Er sandte also die beiden dänischen und drei holländischen Kriegsschiffe, die allein ihm zur Verfügung standen, nach dem nördlichen Jütland, um dort Fahrzeuge zum Übergange nach Fünen zusammenzubringen. Allein acht schwedische Orlogsschiffe, die Opdam ruhig gewähren liefs, bemächtigten sich jener um so leichter, als die Holländer nicht einmal Pulver hatten und ihre Mannschaft sich sofort auf den Strand rettete. Die Feinde nahmen dabei 200 brandenburgische Infanteristen, sowie 1000 polnische Reiter gefangen[1], zerstörten dann an der ganzen Küste die vorhandenen Boote, thaten überall Schaden. Es war ein schmachvoller, unerträglicher Zustand.

Opdam fühlte das wohl, allein er griff zu dem bequemen Auskunftsmittel, den Kurfürsten zu beschuldigen: der wolle gar nicht ernstlich Fünen erobern, sondern nur den Krieg in die Länge ziehen. Öffentlich, ja vor Friedrich Wilhelms eigenen Abgesandten, sprach er mit Verachtung von diesem und seinen Verbündeten und machte ihn für den Verlust jener drei niederländischen Schiffe verantwortlich, deren Wert der Brandenburger ersetzen müsse. Vergebens beschwerte sich der Kurfürst bei den Generalstaaten über des Admirals Verfahren; vergebens stimmten in dessen Verdammung die meisten niederländischen Provinzen und auch in Holland das Volk ein: die oligarchischen Machthaber in dieser Provinz dachten nur daran, in knechtischer Übereinstimmung mit Frankreich und England die Dänen zu schimpflichem Frieden zu zwingen. Der Ratspensionär de Witt hatte die Stirn, dem brandenburgischen Residenten Copes zu sagen: „sein Herr werde Ursach sein des gänzlichen Ruins des Königs von Dänemark, weil er diesen vom Friedensschlusse abhielte“[2].

Die offiziellen Kreise Hollands schienen aus Angst vor den Engländern geradezu mit dem Feinde im Bunde zu stehen. Opdam mufste auf des niederländischen Bevollmächtigten Vogelsangh Befehl ruhig zusehen, wie Wrangel schwedische Truppen

---

[1] Bericht Dietrichs v. d. Marwitz, brandenb. Gesandten in Kopenhagen, v. 19. Juli, sowie Kurf. an Generalstaaten, 5. Aug.; U. u. A., VII, 257 f., VIII, 619. — Ms. Gundling, S. 232.

[2] U. u. A., VII, 231. 237. 239. 241.

nach der Insel Laaland übersetzte, dort die Festung Naskau zur Ergebung zwang. Allerdings hatte Terlon die Engländer aufgehetzt, Opdam mit Angriff zu bedrohen, wenn er die Schweden dabei behindere. Der niederländische Admiral wurde denn doch durch solche Schmach zu dem unwilligen Ausruf bewogen: „Die Furcht vor den Engländern ist der Untergang unseres Staates." Ärgerlich fügte er zum Schaden den Spott: man solle nur ruhig die Schweden Eroberungen machen lassen, im Frieden müſsten sie solche doch herausgeben[1].

Die Wagschale schien sich allerorten zu Gunsten der Schweden zu neigen. Vogelsangh, ein würdiger Vertreter der niederländischen Angstpartei, sprach offen aus: das Beste sei, ihre Flotte kehre sofort nach Hause zurück[2]. Kein Wunder, daſs Friedrich Wilhelms Verbündete zu wanken begannen. Trotz aller Versicherungen der Königin Luise Maria, ihr Reich werde treu bei der Allianz ausharren, wurde die Friedenssehnsucht der Polen durch das Haager Konzert nicht wenig verstärkt. Sie gaben allen Forderungen der Schweden nach, selbst inbetreff des bisher von den polnischen Wasa geführten schwedischen Königstitels. Es hing offenbar nur noch von Karl Gustav ab, den Frieden mit Polen abzuschlieſsen[3]. Am wenigsten konnte man es den Dänen verdenken, wenn sie das Aufhören eines Krieges begehrten, der ihnen furchtbare Opfer auferlegte und sich dabei für sie immer ungünstiger gestaltete. Der Adel wünschte wieder in den Genuſs seiner Güter auf den Inseln und in Jütland zu gelangen, und selbst die Bürger Kopenhagens, die sich bisher so patriotisch und kühn gezeigt, vermochten Mangel und Gefahren, deren Ende sie nicht absahen, kaum noch auszuhalten und forderten ungestüm einen erträglichen Frieden. Dazu kam die Kunde von den entsetzlichen Plünderungen und Räubereien, die zwar nicht die gut disziplinierten Brandenburger, wohl aber die Kaiserlichen und zumal die Polen auf der jütischen Halbinsel verübten[4]. Indes auch die Kurfürstlichen erhoben dort starke

[1] Terlon, Mémoires, 250 ff. — Vogelsangh an de Witt, 31. Juli; Brieven, VI, 67.

[2] An de Witt, 16. Juli; a. a. O., 75.

[3] U. u. A., VIII, 308. 311. — Terlon, Mémoires, 232 ff. (Schreiben de Lumbres' an Terlon, 18. Juni 1659).

[4] Berichte v. d. Marwitz', Anf. Aug. 1659; U. u. A., VIII, 622. — Campori, 339. — Die Räubereien der Polen waren so arg, und Czarnecki zeigte

Kriegskontributionen zum Unterhalte ihres Heeres[1]. Und die Verbündeten blieben auf Jütland beschränkt, konnten nicht das Mindeste thun, um den Fortschritten der Feinde auf den dänischen Eilanden Einhalt zu gebieten!

Das ganze Bündnis war mit Auflösung bedroht. Friedrich Wilhelm aber blieb fest inmitten solcher Bedrängnis. Er dachte nicht daran, was ihm durch die französische Vermittelung ein Leichtes gewesen wäre, sich durch Sonderabkommen mit Schweden noch mit eigenem Vorteile aus der Verlegenheit zu ziehen. Nicht einen Augenblick lang verlor er aus dem Auge, daſs das wahre Ziel nicht Erlangung kleinen territorialen Nutzens sei, sondern gründliche Einschränkung der den ganzen Norden bedrohenden schwedischen Übermacht. Wie er einst das Bündnis gegen sie zu stande gebracht hatte, so hielt er allein es jetzt aufrecht, durch eigenes Beispiel und unausgesetzte Bemühungen. Er schrieb an Luise Maria, die Polen zum Ausharren zu ermahnen, und versicherte, daſs, wenn sie nur fest blieben, er eher sterben werde, als etwas gegen Polens Interesse thun[2]. Ebenso wurde er nicht müde, den dänischen König zur Standhaftigkeit zu ermahnen, ihm zu erklären, daſs er selber sich niemals von der Allianz mit Dänemark und dem Kaiser trennen lassen werde[3].

Seine Anstrengungen blieben nicht ohne Erfolg. Bei den Polen waren seine besten Helfer die Schweden selber, die nach jedem polnischen Zugeständnisse neue Forderungen aufstellten und immer wieder die ungereimtesten Schwierigkeiten in Behandlung rein formaler Fragen erhoben. Auch den Blödesten und Voreingenommensten wurde klar, daſs sie eben die Verhandlungen hinzuziehen suchten, um erst die Dänen zur Unterwerfung zu zwingen und dann den Polen beliebige Bedingungen aufzuerlegen. Sogar de Lumbres zürnte über ihr treuloses und anmaſsendes Benehmen[4]. Vor allem aber zeigte der König von

---

sich allen Vorstellungen so unzugänglich, daſs der Kurfürst die Rückberufung dieser Truppen bei Joh. Kasimir beantragte: Berlin, Kgl. Bibl., Ms. Boruss., fol., 168, S. 446 f.

[1] So muſste Holstein allein für den brandenburgischen Generalstab monatlich 4000—4819 Reichsthaler (c. 45000 Mark) entrichten; Ms. Berlin, Geh. Staatsarchiv, Rep. 9 A. 1.

[2] 5. Juni 1659; U. u. A., VIII, 308 f.

[3] Pufendorf, Frid. Wilh., VIII, 15.

[4] Des Noyers, Lettres, 530. — Terlon, Mémoires, 231 ff. — Londorp, VIII, 522 ff. 526. 534 f. 538. 541 ff. 554 ff. 560 ff.

Dänemark rühmliche Standhaftigkeit. Friedrich III. liefs sich weder durch die unglückliche Lage seiner Angelegenheiten, noch durch die Verdächtigungen der englischen Gesandten erschüttern, die aussprengten, der Brandenburger stehe schon auf dem Punkte, mit den Schweden abzuschliefsen. Er hatte die übeln Folgen eines Sonderfriedens zu schmerzlich empfunden, um sich nicht dem Drängen der Fremden und seines eigenen Volkes nach einem solchen mit grofser Festigkeit zu widersetzen. So gab er dem Kurfürsten die beruhigendsten Versicherungen[1].

Wie aber eine vernünftige Beharrlichkeit stets ihren Lohn empfängt, so geschah es auch hier. Ein günstiger Umschwung der Verhältnisse kündigte sich immer deutlicher und bestimmter an. In England war heftiger Zwist ausgebrochen zwischen dem religiös und politisch radikalen Heere und dem gemäfsigten Parlamente. Richard Cromwell neigte sich auf Seite des letzteren; allein die Soldaten jagten es auseinander, und der völlig machtlose Protektor mufste am 25. Mai seine Würde niederlegen und sich ins Privatleben zurückziehen. Mit ihm fiel die hauptsächliche Stütze der französisch-schwedischen Partei in Grofsbritannien, und als bald darauf das Heer auch mit dem von ihm wieder einberufenen früheren Rumpfparlamente in Streit geriet, verlor England jede Lust und Fähigkeit, sich in auswärtige Abenteuer einzulassen. Andererseits begannen selbst de Witt und seine Freunde das Schmachvolle in der Lage ihrer Flotte zu fühlen. Der Unwille des niederländischen Volkes und sogar der Stadtobrigkeit von Amsterdam äufserte sich mit bedrohlichem Nachdruck. So suchten die holländischen Machthaber alle Schuld von sich abzuwälzen und dem Admiral Opdam aufzubürden[2]. Endlich, am 24. Juli, schlossen sie mit dem englischen Gesandten im Haag, Downing, das sogenannte zweite Haager Konzert, das, entgegen dem Roeskilder Vertrage, den Dänen Drontheim und Bohuslehen zurückgab und ihnen die Zahlung der Kriegskosten erliefs. Binnen zweier Wochen sollten die beiden kämpfenden Könige diesem Übereinkommen beistimmen, der Widerstrebende mit Gewalt zur Unterwerfung genötigt werden. Sofortige Verwendung der Flotten gegen den Friedensstörer ordnete dann,

[1] U. u. A., VIII, 622. — Pufendorf, Frid. Wilh., VIII, 15.
[2] Ms. Weimanns Berichte v. 30. Juni, 4. 21. Juli 1659; Tageb., Bd. IX.

4. August 1659, das dritte Haager Konzert an[1]. Kein Zweifel, dafs Niederland nun doch seinen Einflufs zu Gunsten Dänemarks geltend machte.

Es kam alles darauf an, wie sich die kriegführenden Könige zu den neuen, für Dänemark vorteilhafteren Bedingungen der beiden Seemächte stellen würden.

Friedrich III. war zuerst entschlossen, sie abzulehnen, bei dem Bündnisse auszuharren. Er erklärte den niederländischen Gesandten, die ihn mit völligem Untergange bedrohten: wenn er untergehen solle, würden die Holländer die ersten sein, die mit hinunter müfsten. Indes, als nach der schroffen und beleidigenden Zurückweisung seitens Karl Gustavs die niederländischen und englischen Diplomaten in den Dänenkönig drangen, er möge das zweite Haager Konzert wenigstens zum Scheine annehmen, damit man wider seinen Gegner als Friedensstörer vorgehen könne; als selbst der kaiserliche und der polnische Gesandte ihn dazu ermahnten, da sie voraussahen, dafs der Schwede doch nicht nachgeben werde — da stimmte Friedrich, am 23. August, zu. Er war der festen Hoffnung, nicht beim Worte genommen zu werden[2].

Er und seine Berater hatten sich in ihrer Annahme nicht geirrt: Karl X. konnte und wollte sich der Diktatur der Seemächte nicht unterwerfen. „Eher will ich mir einen Dolch ins Herz stofsen," rief er aus, „als solchen Frieden eingehen." Sein Ansehen hatte sich bisher darauf gegründet, dafs er der Welt Gesetze vorschrieb, das stolze Recht der Initiative in Anspruch nahm und ausübte. Sollte er sich nun fremdem Befehle fügen, durch die Rückgabe Drontheims als Besiegten, als überführten und bestraften Friedensbrecher anerkennen? Besonders schmerzte es ihn, dafs zwei Republiken, dafs englische und niederländische Krämer zweien Königen Vorschriften machen wollten. Lieber, erklärte er, wolle er mit seinem Bruder von Dänemark übereinkommen, als Unebenbürtigen weichen. Seine Hartnäckigkeit wurde durch den Umstand erhöht, dafs Frankreich dem zweiten und dritten Haager Konzert fern geblieben war, dafs dessen Gesandter Terlon fortgesetzt glühendste Parteilichkeit für Schweden

---

[1] Aitzema, IV, 398. 406 f.

[2] Pufendorf, Frid. Wilh., VIII, 33. — Aitzema, IV, 413. — U. u. A., VIII, 624. — Das Datum des 23. Aug. in Brieven van Johan de Witt, VI, 155.

an den Tag legte. Der König suchte die Trennung zwischen Frankreich und den beiden anderen Vermittelungsmächten zu einer endgiltigen zu machen, indem er vorgab, dem ersten Haager Konzerte, an dem die Franzosen beteiligt gewesen waren, zuzustimmen, nur dem zweiten und dritten sich nicht fügen zu können. Er entliefs sofort alle englischen Seeoffiziere und Matrosen aus seinem Dienste. Als die englischen und holländischen Gesandten zu ihm kamen, rief er ihnen zu: „Ihr macht die Projekte mit der Feder, ich aber mit dem Degen“ — er klopfte hierbei auf sein Schwert —, „und damit will ich sie ausführen. Ich werde euer Projekt nicht annehmen.“ Die Holländer im besonderen behandelte er mit einer Brutalität, wie er sie schon in Flensburg den Brandenburgern gegenüber gezeigt hatte. Er erkenne sie, sagte er, nicht als Vermittler an, denn sie seien seine Feinde; er drohte sie als solche gefangen zu setzen [1].

Diese schmähliche Behandlung ihrer Vertreter rüttelte die Generalstaaten endgiltig aus ihrer Unthätigkeit auf. Es bedurfte kaum der erneuten Aufforderung Friedrich Wilhelms, um sie nunmehr zu offenerem und thatkräftigerem Verfahren zu veranlassen. De Witt begann, die Verantwortlichkeit für Hollands bisherige klägliche Politik zu fürchten. Er machte damals seinem geprefsten Herzen Luft, indem er an seinen Freund Vogelsangh schrieb:

Hic murus aheneus esto,
Nil conscire sibi, nulla pallescere culpa [2].

Ein Vorgefühl späteren furchtbaren Schicksals! — Die Generalstaaten konnten um so energischere Beschlüsse fassen, als Admiral Montagu, um bei den immer stärkeren Wirren in der Heimat Partei zu ergreifen, seine Flotte nach England wegführte. Die Hochmögenden riefen nur zwanzig Kriegsschiffe ab und stellten die übrigen, mit Zurückbeorderung des unentschlossenen Opdam, unter den Befehl des mutigen de Ruyter, dem sie nunmehr die Ausübung offenen Zwanges gegen Schweden anbefahlen. Wirklich schlofs er sofort das schwedische Geschwader auf der Reede von Landskrona ein. Ferner gewährten die Generalstaaten dem

[1] Terlon, Mémoires, 247—264. — Brieven v. Joh. de Witt, VI, 161. 169. — Pufendorf, Car. Gust., VI, 41. — U. u. A., VIII, 623 f. — Aitzema, IV, 417.

[2] Lefèvre-Pontalis, I, 256.

dänischen Könige ein Darlehen und kauften für 300000 Gulden Lebensmittel und Feuerungsmaterial, die sie im Oktober nach Kopenhagen absandten. Die niederländischen Kriegsschiffe und 4000 Soldaten wurden mit dem Angriffe auf die Schweden in Fünen und Seeland beauftragt[1].

So trat auf dem dänischen Kriegsschauplatze ein völliger Wechsel der Lage ein: aus Angreifern wurden die Schweden wieder zu Angegriffenen, ernstlich Gefährdeten. Zugleich loderte die Kriegsflamme auch anderwärts auf und bedrohte sie hier mit dem Zusammenbruch ihrer ganzen kontinentalen Macht.

Nur notgedrungen hatte Kaiser Leopold seine Truppen nach den fernen dänischen Besitzungen entsandt. Sein eigentliches Ziel war immer gewesen, die Schweden aus ihren deutschen Erwerbungen zu vertreiben, diese unbequemen Feinde Österreichs vom Reichsboden zu entfernen. Der Gedanke eines Feldzugs gegen Schwedisch-Pommern lag aber um so näher, als im Beginne des Jahres 1659 von dort aus ein Angriff auf die Kurmark und Schlesien gedroht hatte, so dafs der Kommandant von Glogau, Fernemont, nach Berlin gekommen war und mit dem Statthalter der Marken, Generallieutenant Grafen Christian Albrecht von Dohna, einen Vertrag zu gemeinsamer Abwehr eingegangen war[2].

Aus diesen Gründen schlug der Kaiser schon im April 1659 dem Kurfürsten einen Feldzug gegen Schwedisch-Pommern vor, und zwar durch Montecuccoli, der selber lebhaft für diesen Gedanken eingenommen war. Bei der Lauheit und Unzuverlässigkeit der Niederländer und ihrer Abneigung gegen das kaiserliche Interesse hielt der General für das beste Mittel zur Eroberung Fünens, die Schweden in Pommern energisch anzugreifen; sie würden dann ihre Besatzung auf jener Insel derart schwächen müssen, dafs solche, auch ohne die Mitwirkung der Holländer, durch einen Handstreich leicht zu nehmen sein werde[3]. Aus

---

[1] Aitzema, IV, 412 ff. 418 f. — Geijer-Carlson, IV, 343.

[2] U. u. A., VIII, 382: Vertrag v. 20. Febr. 1659. Die kurfürstliche Streitmacht wurde damals, allzu hoch, in Pommern auf 700, in der Kurmark auf 1000 Reiter geschätzt, nebst 6—700 Dragonern und Fufsgängern. Die Kaiserlichen wollten 1200 Mann stellen.

[3] Campori, 349. — Montecuccoli, Mémoires, 82. — Vgl. über die folgenden Verhandlungen inbetreff des pommerschen Planes: U. u. A., VIII, 390—397. 604. 607 f.; Pufendorf, Frid. Wilh., VIII, 17—21. 25; Campori, 347.

gleichen Erwägungen unterstützte Friedrich III. von Dänemark eifrigst den Vorschlag des Kaisers.

Früher hatte Friedrich Wilhelm nichts sehnlicher begehrt, als den Krieg gegen Schweden zur Eroberung des westlichen Pommern benützen zu können; im Anfange des Jahres 1658 war dies sein beharrlich, wenn auch vergebens verfolgtes Ziel gewesen. Man sollte also glauben, dafs er das Erbieten seiner Verbündeten mit Freuden angenommen hätte. Allein dem war nicht so. Die Umstände liefsen ihm nunmehr einen solchen Plan nicht rätlich erscheinen. Auch hier ordnete er weise seinen besonderen Nutzen den grofsen Anforderungen höherer und bleibenderer Gesichtspunkte unter. In dem Kriegsrat, den er am 2. Mai mit Montecuccoli abhielt, lehnte er seine Beteiligung an jedem Angriffe auf die schwedischen Besitzungen im Reiche ab. Seine Hauptgründe waren, dafs ein solcher als Friedensbruch gelten und deshalb allgemeine Feindschaft der Reichsfürsten gegen die Verbündeten hervorrufen müsse; dafs Frankreich, durch den bevorstehenden Frieden mit Spanien bald im Gebrauche seiner Macht ganz frei, darin Veranlassung zu offener Bekämpfung der Alliierten finden werde; dafs die Holländer, die bereits dem Kaiser den Plan der Festsetzung an der Ostseeküste zuschrieben, bei dem Erscheinen von dessen Truppen in Pommern unbezwingliches Mifstrauen fassen und zu den Gegnern übergehen würden. Wie recht Friedrich Wilhelm mit diesen Betrachtungen hatte, sollte sich bald herausstellen. Man darf sagen, der Feldzug in Pommern hat die ungünstige Gestaltung des Friedens von Oliva herbeigeführt. Wäre das Hauptheer in Jütland verblieben, so hätte es den günstigen Umschwung in den Absichten der Holländer, der im September 1659 eintrat, sofort zur Landung in Seeland und zur Vernichtung des schwachen schwedischen Heeres vor Kopenhagen benützen können.

Noch andere, minder wichtige Bedenken hegte der Kurfürst: die starken Verluste, die die Bundesarmee bereits erlitten hatte, besonders an Fufsvolk; die Unzuverlässigkeit der mit Sonderverhandlungen umgehenden Polen; endlich — was er freilich dem österreichischen General verschwieg — die Langsamkeit und Zuchtlosigkeit der kaiserlichen Soldaten.

Es war des Kurfürsten Art, ein Hindernis, das sich ihm beim ersten Angriffe als schwer überwindlich erwies, fernerhin nicht offen, sondern auf Umwegen zu bekämpfen. Als deshalb

im Laufe des Juni sowohl Montecuccoli wie die Dänen auf den pommerschen Plan zurückkamen — unter Anführung des plausiblen Grundes, dafs dies bei der damaligen Unthätigkeit der holländischen Flotte das einzige Mittel sei, die Schweden zum Frieden zu zwingen —, widersprach er nicht offen, sondern stellte nur unerfüllbare Forderungen. Der Kaiser müsse ihm Hilfsgelder sowie die Versicherung geben, dafs bei unglücklichem Ausgange Brandenburg keinen Gebietsverlust erleiden werde; Leopold müsse ferner die ihm ergebenen Kurfürsten von Bayern und Sachsen für die Sache gewinnen; er müsse ihn vor einem französischen Angriffe auf Kleve schützen und in der niederrheinischen Erbschaftssache mehr als bislang begünstigen. Es war kaum übertrieben, wenn er hinzusetzte: die Wohlfahrt des Hauses Brandenburg stehe bei dem pommerschen Unternehmen auf dem Spiele. Von Friedrich III. verlangte er, dieser möge den Angriff auf Pommern in eigenem Namen führen — was dann der König im Hinblick auf seine bedrängte Lage für unmöglich erklärte; nur um des Eindruckes nach aufsen halber wolle er Tramps Regiment dazu bestimmen.

Allein die Anhänger des Planes gaben diesen nicht auf. Zu den bisherigen Drängern Montecuccoli und Friedrich III. gesellte sich noch Johann Kasimir von Polen, der jenes Unternehmen eifrig befürwortete und dazu ein Hilfskorps von 2000 Mann verhiefs. Als Friedrich Wilhelm immer noch zögerte, griff Leopold mit einer Entschiedenheit ein, die man wenig an ihm gewöhnt war. Ende Juli sandte er aus seinen Erblanden unter de Souches ein Korps von 14000 Mann nach Schwedisch-Pommern. Dem Kurfürsten hatte er darüber keine Mitteilung zugehen lassen. Er begnügte sich damit, ihm die vollendete Thatsache anzuzeigen und ihn aufzufordern: wenn er von dem jütischen Heere nichts entbehren könne, so möge er seine Truppen aus der Kurmark und Pommern, sowie die 2000 Polen, die Johann Kasimir zugesagt, zu de Souches stofsen lassen.

Friedrich Wilhelm war über das rücksichtslose Auftreten des Kaisers höchlichst erzürnt, zumal seine Bedenken gegen das ganze Unternehmen stärker waren denn je; in bitteren Worten beschwerte er sich bei Montecuccoli, beim Kaiser selbst. Aber die Entscheidung war gefallen, und obwohl er die ganze Verantwortung ausdrücklich den Österreichern zuschob, konnte er sich doch auf die Länge der Überzeugung nicht verschliefsen,

dafs er nunmehr an dem pommerschen Feldzuge teilnehmen müsse. Denn wenn er die Kaiserlichen dort allein gewähren liefs, wurde der Verdacht der Holländer, Franzosen und Rheinbündler wegen Leopolds I. Absichten auf die Ostseeufer bis zur Gewifsheit gesteigert. War er selber gewifs, dafs sich dann die Kaiserlichen nicht wirklich dort festsetzen würden? Das Versprechen des Kaisers, allerorten Brandenburgs Interessen wahren zu wollen, schien wenig zuverlässig. Dazu kam, dafs die Dänen ernstlich mit einem Sonderfrieden drohten, wenn das müfsig auf Kosten Jütlands lebende verbündete Heer nicht Pommern angreife. Am 26. August fand in Gottorp der entscheidende Kriegsrat statt, in dem der Zug nach Pommern beschlossen wurde. Wenige Tage später kündigte ihn der Kurfürst seinen dänischen Verbündeten an. Auf der jütischen Halbinsel sollten je vier brandenburgische und kaiserliche Reiterregimenter unter Quast und Spork verbleiben, sowie der gröfste Teil der Polen, das ganze übrige Heer aber nach Südosten abrücken.

Während diese Truppen langsam von der Nordspitze Jütlands aus durch Mecklenburg nach Pommern zogen, war de Souches nicht unthätig geblieben. Er hatte Greifenhagen, Wildenbruch, Insel und Stadt Wollin genommen, das feste Damm nach blutiger Berennung am 17. September zur Ergebung gezwungen. An allen diesen Orten hatte er, ohne etwas für den Kaiser zu beanspruchen, die Regierung des natürlichen und angestammten Herrn von Pommern, des brandenburgischen Kurfürsten, ausgerufen. Der Hauptschlag freilich, den der ehrgeizige de Souches hatte ausführen wollen, die Belagerung Stettins, mifslang ganz und gar. Der Kurfürst hatte das Unternehmen nicht gern gesehen, da die Kaiserlichen das Mitbesatzungsrecht in der Hauptstadt Pommerns forderten; er unterstützte de Souches nur wenig. Andererseits gestatteten, entgegen den Versprechungen, die sie dem Kurfürsten gethan[1], die Holländer, entrüstet über das Erscheinen der Kaiserlichen an der Ostseeküste, den Schweden, jede beliebige Truppenmacht dorthin zu entsenden. Was Montecuccoli vorausgesehen, geschah jetzt: Karl Gustav Wrangel setzte mit mehreren Tausenden von Fünen nach Stralsund über und warf von da aus 1600 Mann nach Stettin. Diese Verstärkungen und die tapfere Verteidigung des Kommandanten Würtz — Kra-

[1] Kurf. an Luise Maria v. Polen, 14. Okt. 1659; U. u. A., VIII, 316.

kauer Andenkens — nötigte de Souches, die Belagerung, die 46 Tage gedauert und viele Opfer gefordert hatte, aufzuheben (16. November).

Es war ein schlimmer Schlag, der überall einen für die Verbündeten recht ungünstigen Eindruck hervorbrachte. Auch der Kurfürst hatte gerade keine glänzenden Erfolge zu verzeichnen. Zwar nahm er die kleinen Festungen Triebsees und Loitz, überfiel und fing er 300 schwedische Reiter bei Stralsund[1], eroberte Sparr Demmin: indes, wiederholte Sturmversuche auf das wichtige Greifswald wurden abgeschlagen und schliefslich die Belagerer durch künstliche Überschwemmung zum Rückzuge genötigt, nachdem sie 600 Mann eingebüfst hatten.

Immerhin hatten die Verbündeten einen bedeutenden Teil von Schwedisch-Pommern besetzt. Noch glücklicher fiel der Feldzug in Preufsen aus. Fürst Radziwill überraschte den Herzog Adolph Johann, des schwedischen Königs Bruder, der dort befehligte, und vernichtete beinahe dessen ganzes Korps — eine herrliche Waffenthat, deren Ehre vorzugsweise den Brandenburgern zukam. Adolph Johann kehrte voll Verdrufs nach Schweden zurück. Dirschau, Graudenz, Stuhm, Strasburg, die Feste Haupt, die den Danziger Werder beherrschte, gerieten in die Gewalt der Verbündeten, so dafs den Feinden in Westpreufsen nur Elbing und Marienwerder verblieben. Im Herbste drang Radziwill, trotz seiner mürrischen Schwarzseherei ein thätiger und geschickter General, in Kurland ein, das er bis auf den einzigen Ort Bautzke zurückeroberte. Das ganze Gebäude der schwedischen Macht schien dem Untergange geweiht.

Der härteste Schlag hatte sie auf den dänischen Inseln betroffen.

Der Verbündeten Angriff auf Pommern hatte Karl Gustav genötigt, seine Truppen auf Fünen bis auf die Zahl von 5—6000 Mann zu vermindern. Da sie den gefährdetsten Posten inne hatten, waren sie aus seinen besten Regimentern gebildet[2] und unter den Befehl seiner ihm vertrautesten Generale, des Pfalzgrafen von Sulzbach und Stenbocks, gestellt worden. Gegen sie führte die

---

[1] Campori, Montecuccoli S. 351, schreibt diese letztere Waffenthat, wie überhaupt alles, was die Verbündeten erreichen, seinem Helden zu — der Oberbefehlshaber des Heeres, der Kurfürst, existiert für den übereifrigen Biographen gar nicht.

[2] Terlon, Mémoires, 265.

Flotte de Ruyters 4000 Holländer unter Oberst Killegrew und von Kiel her die Dänen Schacks, die Österreicher Sporks und Quasts Brandenburger herbei: in allem 9800 Mann. Die Schweden wichen vor der Übermacht bis Nyborg zurück. Hier fand am 24. November 1659 das entscheidende Treffen statt. Die brandenburgischen Reiter, die den rechten Flügel der ersten Schlachtlinie bildeten, warfen sich mit feurigem Mut auf die ihnen entgegenstehenden Feinde; Generalmajor von Quast und fast alle seine Offiziere empfingen hier ehrenvolle Wunden. Sie erschütterten die schwedische Schlachtordnung derart, dafs das nachdringende staatische Fufsvolk deren Niederlage ohne grofse Mühe vollendete. Die Schweden verloren 2000 Mann an Toten und Verwundeten, ihre Gegner 500; fast das ganze schwedische Fufsvolk war vernichtet. 3000 Reiter zogen sich in die Stadt Nyborg. Allein da ihnen Ruyters Flotte jeden Ausweg abschnitt, mufsten sie sich am folgenden Tage kriegsgefangen ergeben. Nur die beiden Oberbefehlshaber — Sulzbach und Stenbock — hatten sich in der Nacht auf einem Fischerboote mitten durch das niederländische Geschwader nach Seeland geflüchtet und brachten ihrem Könige die niederschmetternde Nachricht von dem völligen Untergange seines fünischen Heeresteils[1].

Nichts wäre leichter gewesen, als die siegreichen Truppen sofort nach Seeland überzusetzen, wo sie den über die Niederlage ihrer Kameraden tief bestürzten Schweden ein ähnliches Schicksal wie denen von Nyborg bereitet hätten. Allein die Holländer verweigerten es durchaus, unter dem Vorwande der Eisgefahr und mangelnden Proviants, in Wirklichkeit, um die Schweden vor Vernichtung zu retten und den Dänen nicht allzu grofses Übergewicht zu verleihen. Ihre Absicht war und blieb, die Dinge in Gemäfsheit des zweiten Haager Konzerts zu ordnen und zwischen den beiden nordischen Mächten ein gewisses Gleichgewicht herzustellen, damit jede von dem Gutbefinden der Hochmögenden abhängig bleibe.

Indes, auch so war der Verlust des fünischen Heeres für

---

[1] Schwedischer Bericht: Pufendorf, Car. Gust., VI, 56. — Brandenburg. Bericht: Pufendorf, Frid. Wilh., VIII, 34. — Dänischer u. niederländ. Bericht: Aitzema, IV, 431 ff. 435 f. — Natürlich suchte jede unter den verbündeten Nationen sich das Hauptverdienst an dem glänzenden Siege zuzuschreiben. Doch erkennen zumal die Dänen die Tapferkeit der Brandenburger gebührend an.

Karl X. überaus schmerzlich. Eine derartige Niederlage hatte die schwedische Armee seit Nördlingen nicht mehr erlitten. Wohl erkannte der König, dafs er nunmehr auch den Roeskilder Frieden nicht werde aufrechterhalten können, sich auf den Verlust Drontheims gefafst machen müsse. Allein sein kräftiger Geist gab sich noch nicht besiegt. Durch trügerische Unterhandlungen und scheinbare Nachgiebigkeit hielt er mit Erfolg den Angriff der niederländisch-dänischen Flotte auf Seeland und Schonen auf. Er wurde dabei bestens von Terlon unterstützt, der laut das zweite Haager Konzert „eine thörichte Übereinkunft" nannte und auch den englischen Vermittler Sidney vermochte, sich ganz auf Schwedens Seite zu stellen und zu dessen Gunsten immer neue Ausflüchte zu finden[1]. Inzwischen suchte Karl den Verlust Drontheims durch Eroberung eines anderen Teiles von Norwegen wieder gut machen. Er sandte also, mitten im Winter, einen kleinen Heerhaufen unter dem alten Feldmarschall Lars Kagge gegen das südliche Norwegen. Allein der Angriff scheiterte schon an den Mauern von Frederikshall, infolge teils der Winterkälte, teils der mangelhaften Zusammensetzung und Ausrüstung der schwedischen Truppen.

Aber die Entscheidung lag schon nicht mehr in den Ereignissen auf dem Kriegsschauplatze, sondern in der Gestaltung der allgemeinen politischen Verhältnisse.

[1] Terlon, Mémoires, 269. — Vogelsangh an de Witt, 22. Nov.; Brieven, VI, 288.

Siebzehntes Kapitel.

Der Friede von Oliva.

Trotz des Gegensatzes in der nordischen Frage hatte Frankreich bislang Brandenburg gegenüber einen freundlichen Ton bewahrt. Es hatte sich den Anschein gegeben, des Kurfürsten Bündnis mit Österreich als eine vorübergehende, ja durch die augenblicklichen Umstände fast gebotene Verirrung zu betrachten, und es war ernstlich bestrebt gewesen, Friedrich Wilhelm wieder auf seine Seite herüberzuziehen. Allein, wie dieser es vorhergesehen, hatte der Angriff der Verbündeten auf Pommern die Stimmung am Pariser Hofe durchaus verändert. Der Kurfürst war also wirklich auf das engste mit dem verhafsten Österreich verbunden, nicht nur zur Rettung Dänemarks, sondern auch zu gemeinsamen Eroberungen. Er war dauernd zum österreichischen Systeme übergetreten. Dafür mufste er gestraft werden. Der Tod Serviens, des hauptsächlichsten Gehülfen Mazarins für die äufseren Angelegenheiten und bewufsten Gegners der Schweden, und seine Ersetzung durch Lionne, der Brandenburg feindlich gesinnt war, verschlimmerte für dieses die Lage[1]. Die Proklamierung des Kurfürsten als rechtmäfsigen Herrn ganz Pommerns durch de Souches sowie Friedrich Wilhelms ausdrückliche Forderung an die Generalstaaten, nicht anders Frieden zu schliefsen, als wenn ihm das gewaltsam entrissene Westpommern zurückgegeben werde, bewiesen dem Kardinal, dafs der Brandenburger sich wirklich, mit Hilfe Österreichs, in der Herrschaft über jenes Land zu

[1] Berlin, Kgl. Bibl., Mss. Bor., fol., 168 S. 527.

behaupten gedenke. Dann aber, meinte Mazarin, sei das ganze westfälische Friedenswerk erschüttert, Frankreich selber im Besitze des Elsafs gefährdet. Die üble Aufnahme Frischmanns im brandenburgischen Feldlager und die ungünstige Weise, in der der Kurfürst die beabsichtigte abermalige Sendung Blondels an ihn auslegte, erzürnte den leitenden Minister sehr, der nunmehr verkündete: weder Blondel noch jemand andern werde er an jenen Fürsten senden, auch sich gegen Friedrich Wilhelm und den Kaiser in drohenden Reden erging[1].

Die Bedeutung Frankreichs für die deutschen und nordischen Angelegenheiten wuchs aber ungeheuer, als es am 7. November 1659 den langjährigen Krieg mit Spanien durch den Pyrenäischen Frieden beendete, der seinen Nebenbuhler tief demütigte und Frankreich unbestrittenermafsen zur ersten Grofsmacht Europas erhob. Seitdem drückte sein Übergewicht unwiderstehlich auf den ganzen Erdteil. Mazarin benutzte sofort die neugewonnene Aktionsfreiheit, um in seinem Sinne den Nordischen Krieg zu beendigen. Wie die Dinge seit dem pommerschen Feldzuge lagen, konnte das nur zu Ungunsten Brandenburgs geschehen.

Zunächst liefs er seinen Rheinbund handeln. Schon im Oktober 1658 hatte dieser beschlossen, nicht zu dulden, dafs die Feinde Schwedens westlich von der Elbe Quartier nähmen, und im Februar 1659 an jenem Strome einen Grenzkordon von 9340 Mann aufgestellt. So hatte Schweden es dem Rheinbunde zu danken, dafs seinen siegreichen Gegnern seine Herzogtümer Bremen und Verden verschlossen blieben. Der Rheinbund verbürgte diesen Fremden ihre Herrschaft auf deutschem Boden[2]. Nunmehr forderte Mazarin die rheinbündlerischen Fürsten auf, sich den Angriffen des Kaisers gegen ihren Genossen Schweden zu widersetzen. Er verhiefs dazu französische Hilfe: im folgenden Jahre werde Turenne mit 30000 Mann ins Reich marschieren. Auf eine Anfrage König Friedrichs III., wie sich der Bund gegenüber einem dänischen Angriffe auf das Herzogtum Bremen verhalten werde, antworteten also die braunschweigischen Fürsten

---

[1] U. u. A., VIII, 659f. 672ff. — Pufendorf, Frid. Wilh., VIII, 42. — Vgl. Köcher, I, 290.

[2] Das mufs nachdrücklich festgestellt werden gegenüber neuerlichen Versuchen, den Rheinbund zu rechtfertigen. — Rommel, Gesch. v. Hessen, 254. — Köcher, I, 267. 282.

mit einem absoluten Verbote, zu dessen Aufrechterhaltung auch Frankreich mitwirken werde[1].

Dann wurde das soeben besiegte und durch das Versprechen der Vermählung seiner ältesten Infantin mit dem jungen Könige Ludwig XIV. gewonnene Spanien ins Feld geführt. Dessen erster Minister, Don Luis de Haro, mufste den Kaiser zu sofortigem Frieden mit Schweden auffordern und erklären, dafs Spanien ihm jede Hilfe versagen werde, — während Frankreich seine bewaffnete Einmischung zu Gunsten Schwedens, natürlich nur „zum Nutzen und zur Beruhigung Deutschlands“, ankündigte, wenn nicht alsbald der Krieg beendigt werde. Nötigenfalls, erklärte Mazarin, werde er offen an letzterem teilnehmen und mit gesamter Macht den Kaiser und dessen Verbündete bekämpfen; der Herzog von Lothringen, der Neuburger, andere rheinische Fürsten verhiefsen ihre Mitwirkung[2].

Wie ungünstig der vom Triumphe seiner grofsen Erfolge umstrahlte Minister besonders Brandenburg gesinnt war, geht aus einem Schreiben hervor, das er am 5. Dezember 1659 an den Kurfürsten richtete, und in dem er diesen geradezu des Friedensbruches durch die pommersche Sache anklagte, auch mit der Rache seines Königs sowie der verbündeten Rheinfürsten bedrohte, wenn er sich nicht sofort mit den Schweden aussöhne. Dieser im herausfordernden Tone eines Ultimatums gehaltene Brief wurde nicht allein dem schwedischen Könige offiziell mitgeteilt, sondern auch durch den Druck veröffentlicht und in weitesten Kreisen verbreitet[3].

Äufserlich behielt Friedrich Wilhelm eine kühle und gleichgiltige Haltung bei. Er schrieb seinem Gesandten Brandt vor, sich fest zu zeigen und den Franzosen mit der Drohung zu antworten, dafs sich Brandenburg definitiv zu dessen Gegnern schlagen werde. Er beschwor die Königin von Polen, gleichfalls standhaft zu bleiben und keinen ungünstigen Frieden einzugehen. Den kecken Brief Mazarins zu beantworten überliefs er Schwerin. Der stellte in seiner Erwiderung dem Kardinal das Schicksal

---

[1] U. u. A., VIII, 364 f. 611.

[2] U. u. A., II, 239, VIII, 365—368. 658. — Acta pacis Oliviensis, I, 71. — Pufendorf, Frid. Wilh., VIII, 42.

[3] Londorp, Acta publica, VIII, 663 f. — U. u. A., VII, 283. — Chéruel, III, 367.

Richard Cromwells in Aussicht, der wegen seiner Begünstigung der ungerechten schwedischen Sache sogleich durch Gottes wunderbare Fügung gestürzt worden sei. Der Kurfürst sei nur für einen allgemeinen Frieden zu haben, der einzig seinen wie Europas Interessen entspreche, und der Kardinal werde besser thun, gleichfalls für einen solchen zu wirken, als der Schweden Habsucht zu dienen. — Dieses Schreiben liefs Brandt möglichst im Publikum verbreiten [1].

Das Schlimmste aber war, dafs sich die ungünstige Wirkung der pommerschen Sache auch bei den Generalstaaten je länger je mehr geltend machte, da Schweden sie überredete: gelinge es dem Kaiser, sich an den baltischen Küsten festzusetzen, so werde er ihnen viel gefährlicher werden, als Schweden es je sein könne. Sie wollten Österreich ganz von den Friedensverhandlungen ausgeschlossen sehen und drohten dem Kurfürsten, ihn im Stiche zu lassen. Die gleiche Angst vor dem Kaiser beschlich auch die Dänen. Sie forderten Brandenburg auf, baldmöglichst, ohne diesen, abzuschliefsen. Die holländische Flotte hatte überdies absichtlich Kopenhagen sehr schlecht mit Vorräten für den Winter versehen, um Dänemark zu schleunigem Sonderfrieden zu zwingen [2].

Selbst die Polen blieben nicht mehr fest. Sie hegten die wohl begründete Besorgnis, Dänemark werde im entscheidenden Augenblicke von Holland zum Separatabkommen genötigt, die übrigen Verbündeten der Rache Schwedens, Frankreichs, des Rheinbundes überlassen werden. Aufserdem waren sie höchlichst auf Österreich erbittert, das, bei dem Mangel an Abkömmlingen der polnischen Wasa, schon damals nach der Thronfolge in ihrem Lande strebte und auch vor Anwendung von Gewalt hierbei nicht zurückzuschrecken schien. Unter diesen Streitigkeiten, die der Kurfürst vergebens beizulegen suchte, blieben während des Warschauer Reichstages die Friedensverhandlungen erfolglos; erst im Dezember einigte man sich, unter dem Druck Frankreichs, zur Einberufung eines Kongresses nach dem Kloster Oliva bei Danzig. Zumal Luise Maria war jetzt zu baldiger Herstellung des Friedens entschlossen, da ihr Frankreich Hoffnung machte,

---

[1] U. u. A., VIII, 317. 651. 673. — Pufendorf, Frid. Wilh., VIII, 42. — v. Orlich, I, 223 f.

[2] Pufendorf, das. 43. — Bericht v. d. Marwitz'; U. u. A., VIII, 627 f.

ihr nach dem in Bälde erwarteten Tode ihres kränkelnden Gemahls die Verfügung über die polnische Krone zu verschaffen[1].

Es war bereits ein bedeutender Erfolg der Verhandlungen, die de Lumbres in Warschau, Terlon in Kopenhagen führten, daſs in letzterer Stadt Dänen und Schweden negoziierten, getrennt von dem polnisch-brandenburgisch-kaiserlich-schwedischen Kongreſs in Oliva. Damit war das groſse Bündnis von vornherein gesprengt.

In den ersten Tagen des Januar 1660 traten an beiden Orten die Friedensgesandten zusammen. In Oliva kam es zu ärgerlicher Spannung zwischen Brandenburg und Polen, die einander herzlich zu miſstrauen begonnen hatten. Der Briefwechsel zwischen den alten Freunden, dem Kurfürsten und der Königin, nahm einen scharfen Ton an; den Wunsch Luise Mariens nach einer neuen persönlichen Zusammenkunft lehnte Friedrich Wilhelm einstweilen ab. Die Fürstin beschwerte sich ihrerseits über die „Härte" der brandenburgischen Bevollmächtigten Hoverbeck und Somnitz, die darin bestand, daſs sie nicht ohne die Zustimmung Dänemarks und des Kaisers abschlieſsen wollten, und sie gab ihrem Verbündeten deutlich zu verstehen, daſs für Polen der Friede weit wichtiger sei, als die Erwerbung Pommerns durch den Kurfürsten.

Die Lage war recht unbehaglich für Brandenburg, dessen klevische Lande dem Angriffe der Franzosen, dessen pommersche und märkische Provinzen dem Ansturme der Schweden und Rheinbündler zuerst ausgesetzt waren. So suchte es sich wenigstens die Unterstützung des Kaisers zu sichern. Hofrat Christoph Sigismund von Wreich ging nach Westen, um hier zunächst, der Wahrheit nur allzu entsprechend, vorzustellen, daſs die brandenburgischen Staaten durch den Krieg völlig erschöpft seien. Von dem pommerschen Unternehmen, das nur dem Kaiser zu Gefallen begonnen worden, sei für den Kurfürsten kein Gewinn zu hoffen, da die Reichsstände und Frankreich solchen nicht zulassen würden. „Dahero Wir Uns gern vergnügen wollen, wenn nur durch diese pommersche Expedition ein beständiger, sicherer und allgemeiner Friede erhalten werden könnte." Sollte dieser nicht eintreten, so verlangte der Kurfürst vom Kaiser Hilfsgelder in Höhe von

[1] Pufendorf, a. a. O., 48 ff. — U. u. A., VIII, 706. 711 ff.: Berichte Hoverbecks v. 24. Juni, Juli, 6. Aug. 1659.

150000 Thalern. Er verfehlte nicht darauf hinzuweisen, daſs er von Frankreich viel günstigere Bedingungen erlangen könne. Allein Leopold I. war keineswegs gewillt, seine ohnehin spärlichen pekuniären Mittel aus der Hand zu geben. Mit guten Worten, wie man sie in Wien trefflich zu gebrauchen wuſste, wurde Wreich viele Monate lang hingehalten. Hatte doch Österreich, nach Frankreichs glänzendem Erfolge im Pyrenäischen Frieden, die Vertreibung der Schweden aus Deutschland als unmöglich erkannt. Es handelte sich für den Kaiser nur noch darum, möglichst schnell Frieden zu schlieſsen, und zwar so, daſs seine bisherigen Verbündeten ihm treu blieben. Das war der Sinn der Instruktionen, mit denen Graf Peter Strozzi im Januar 1660 nach Berlin gesandt wurde[1].

Bald gab sich auch in anderer Weise Frankreicks Überlegenheit kund: der holländische Vermittelungsgesandte in Oliva sah sich von den Polen zurückgewiesen, die die Generalstaaten der Parteilichkeit für Schweden anklagten[2], so daſs dort de Lumbres allein die Mediation in Händen hatte, und auch in Kopenhagen spielten die niederländischen Diplomaten eine so untergeordnete Rolle, daſs thatsächlich Terlon daselbst Herr der Lage war. Aus diesen Umständen konnte man vorhersagen, daſs die Pariser Regierung nach ihren Absichten die schlieſslichen Friedensverträge bestimmen werde. Aufrechterhaltung des Haager Konzertes für die dänisch-schwedischen Abmachungen; Rückgabe ganz Westpommerns an Karl Gustav; zu dessen Gunsten Verzicht Polens auf Livland — das waren die von ihr ins Auge gefaſsten Zielpunkte: alle zum Vorteile Schwedens[3].

Friedrich Wilhelm that das Mögliche, um dem Willen der französischen Groſsmacht Widerstand zu leisten, den künftigen Frieden mehr zu seiner Verbündeten und seinem eigenen Vorteile zu gestalten. Er verlangte vor allem, daſs in Oliva nicht ohne Dänemark abgeschlossen werde. In zweiter Linie forderte er für sich selbst die untere Oder, womöglich mit Stettin, da nur auf diese Weise das römische Reich, Polen und Brandenburg Ruhe und Sicherheit vor den Schweden haben würden. Die sonstigen

---

[1] U. u. A., VIII, 317 ff. 415 ff., XIV, 113.

[2] Aitzema, IV, 513.

[3] Über die Verhandlungen zu Oliva sehe man im allgemeinen: J. G. Böhm, Acta pacis Oliviensis (Breslau 1863); u. U. u. A., VIII, 716 ff.

von den Verbündeten eingenommenen pommerschen Orte werde er um des lieben Friedens willen zurückgeben[1]. Allein in ihrer unbedingten Friedenssehnsucht und ihrem grenzenlosen Miſstrauen gegen die Pläne Österreichs wollten die Polen von beiden Bedingungen nichts wissen. Königin Luise Maria, die sich völlig an de Lumbres angeschlossen hatte, erklärte dem Kurfürsten ganz offen, jede brandenburgische Erwerbung in Pommern sei bei den obwaltenden Verhältnissen unmöglich; überdies habe Friedrich Wilhelm auf eine solche in den Zusammenkünften zu Bromberg und Berlin von vornherein verzichtet[2].

Der Kurfürst lieſs sich durchaus nicht einschüchtern; er antwortete der Königin mit Mahnungen zur Standhaftigkeit; die Sache der Verbündeten stehe vortrefflich. Wirklich war von dem pomphaft angekündigten französischen Heere nichts zu sehen. Die pommerschen Plätze will er zurückgeben, aber nur wenn Polen ihm dafür das Gebiet von Draheim endgiltig abtritt. Mit Montecuccoli beriet er den gemeinsamen Kriegsplan für das folgende Frühjahr. In Pommern sollten 8000 Kaiserliche, 6000 Brandenburger bleiben; mit den übrigen Truppen würde man, trotz des Rheinbundes und Frankreichs, das Bremische angreifen. Auch eine Kriegsflotte wollte er durch Ankauf in den Niederlanden schaffen, genügend, um der schwedischen mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten[3].

Da trat unerwartet ein Ereignis ein, das den Frieden — und zwar nicht im Sinne des Kurfürsten — wesentlich gefördert hat.

Karl X. Gustav hatte gegen Ende des Jahres 1659 seinen Reichstag nach Gothenburg einberufen und zur Mitwirkung an der kühnen Fortführung des Krieges aufgefordert. Er verlangte für Drontheim und Bornholm territoriale Entschädigung und war nach wie vor bereit, der ganzen Welt zu trotzen. Dabei bemühte er sich eifrig, die drei vermittelnden Groſsmächte zu seiner

---

[1] Protokoll der Konferenz zwischen Strozzi, Schwerin u. Jena, v. 4., sowie Bericht Strozzis v. 5. Febr. 1660; U. u. A., XIV, 114 f.

[2] 4. Febr. 1660; U. u. A., VIII, 322. — Richtig ist, daſs die brandenb. Gesandten im Haag im Nov. 1659 erklärt hatten, ihr Herr werde seine Eroberungen in Pommern zurückgeben, wenn Dänemark u. Polen völlig wiederhergestellt würden (Brieven van Joh. de Witt, VI, 260 f.). Allein für Dänemark sollte ja diese Bedingung nicht erfüllt werden.

[3] U. u. A., VII, 174 ff., VIII, 324 f. 422. 722 f.

Unterstützung gegen den Kaiser zu bewegen[1]. Aber inmitten regster Thätigkeit erkrankte er plötzlich; sein von Aufregungen und Strapazen geschwächter, durch unförmliche Fettsucht entstellter Körper unterlag — am 22. Februar 1660, um zehn Uhr abends verschied er, im 38. Jahre seines Lebens[2].

Die Welt empfand seinen Tod als eine Erlösung; das blutige Meteor, das über sie Kampf und Zerrüttung gebracht, war verschwunden. Kein Zweifel, daſs Karl Gustav bei längerer Regierung über Schweden gleiches Unheil gebracht hätte, wie ein halbes Jahrhundert später sein Enkel Karl XII., der ihm in vielem glich. Auch so hinterlieſs er seinem vierjährigen Sohne Karl XI., für den der adlige Reichsrat unter Vorsitz der Königin-Witwe die vormundschaftliche Regierung führte, den Staat in äuſserster Verwirrung. Dieser war an Geld und Mannschaften erschöpft, alle Grenzprovinzen verwüstet, die Reichsfinanzen in kläglicher Lage, das Heer durch Niederlagen und Krankheiten geschwächt; die schwedischen Besatzungen in Preuſsen und Pommern hatten nur für wenige Tage Brot. Die Reichsstände selber schlugen nun vor, auf Drontheim und Bornholm zu verzichten; auch ganz Westpreuſsen gaben die schwedischen Bevollmächtigten in Oliva preis. Man hielt allerorten den Frieden für gesichert. Zumal die niederländischen Machthaber waren froh, jetzt einen Vorwand zur Nachgiebigkeit gegenüber den Franzosen zu besitzen. Der Tod Karls X., sagten sie, setze Brandenburg und Polen auſser aller Gefahr, der Kaiser aber kümmere sie nicht. Die wichtige Provinz Schonen für Dänemark zu retten, wozu dessen und die brandenburgischen Gesandten im Haag sie aufforderten, wiesen sie durchaus zurück. Sie stellten alle Feindseligkeiten gegen Schweden sofort ein: am 18. März durften dessen Kriegsschiffe aus Landskrona auslaufen. Das Meer gehörte wieder den Schweden, die Seeland beherrschten, sofort Kopenhagen auch zu Wasser abermals einschlossen. Es war offenbar der Hochmögenden Absicht, die Dänen zu ungünstigem Frieden zu zwingen. Eigentümliche Verbündete![3]

---

[1] Slingelandt an de Witt, 26. Nov. 1659; Brieven, VI, 284.

[2] Gewöhnlich wird der 13./23. Februar als sein Todestag angeführt. Das richtige Datum geben: der Pfalzgraf v. Sulzbach (Brief bei Terlon, Mémoires, 273); v. d. Marwitz in seinem Berichte vom 2. März 1660 (U. u. A., VIII, 631); Pufendorf (Carol. Gust., VII, 2).

[3] Geijer-Carlson, IV, 358 ff. 370. — Aitzema, IV, 545.

Um so mehr drängte Luise Maria zum Abschlufs in Oliva. Friedrich Wilhelm aber wollte die Einigkeit unter allen Verbündeten möglichst lange bewahren, Dänemark zum Ausharren ermutigen. In diesem Sinne antwortete er der polnischen Königin, wandte er sich an den Kaiser. Um die Polen von dem Separatabkommen, zu dem sie klärlich „quocumque modo“ eilten, abzuhalten, verzichtete er, trotz dem Widerspruche vieler seiner Minister, nach dem Rate Schwerins[1] auf jede Entschädigung für seine Mühen und Kosten im schwedischen Kriege — ein grofses und uneigennütziges Opfer! Trotzdem versagten die Polen die von ihm geforderte Zulassung dänischer Gesandten zu den Olivaer Verhandlungen — nur schleunigen Frieden wollten sie, um jeden Preis, schon um sich der Russen erwehren zu können.

Die einzig mögliche Stütze Brandenburgs blieb unter diesen Verhältnissen der Kaiser. Insofern hatte die österreichische Politik die brandenburgische unterworfen. „Ich bin,“ sagte Friedrich Wilhelm zum Grafen Strozzi, „bei der ganzen Welt gleichsam, und absonderlich bei den meisten Fürsten und Ständen des Reichs, ganz verhartet und verfeindet worden, weifs also, und habe meine einzige Zuflucht zu Ihrer Kaiserlichen Majestät.“ Freilich behauptete er nach wie vor, das richtige und letzte Ziel sei die Einschränkung der Schweden in Pommern; allein da der Kaiser auf solche verzichtet, „will ich mich auch gerne hierdurch gehorsamst accomodiren und dieses Werk Eurer Kais. Maj. gehorsamst ganz anheim geben“, schreibt er am 2. März 1660 an Leopold I. Dafür soll dieser in Zukunft ihn vor den Schweden schützen, gegenwärtig die Sache der Dänen in Oliva verfechten. Nur in seinem pommerschen Anteil verlangt er die Seezölle wieder ganz zurück — denn das ist keine Kriegsentschädigung, lediglich Rückgabe des ihm mit Unrecht Entrissenen.

Schritt für Schritt mufs der Kurfürst mit seinen Ansprüchen an Schweden weichen; aber mit welcher Zähigkeit verteidigt er jede Stellung, nimmt er immer von neuem eine möglichst vorteilhafte Position ein!

Indes, seiner Politik wurde durch die Holländer jede Unterlage entzogen. Sie drängten beständig die Dänen zu sofortigem Friedensschlusse. Der brandenburgische Gesandte von der Mar-

---

[1] F. Hirsch, O. v. Schwerin, a. a. O., 235. — Das Folgende nach den Dokumenten in U. u. A., VIII, 327 f. 424 ff. 613. 632 ff. 724 f. 728 f., XIV, 122.

witz arbeitete ihnen nach Kräften entgegen, so dafs Vogelsangh im Ärger öffentlich auf ihn zeigte und laut rief: „Da steht derjenige, der Sr. dänischen Majestät täglich in den Ohren liegt und für seinen Herrn gern im Trüben Pommern erfischen will.“ Immer schwächer wurde der dänische Widerstand. Endlich fiel die Entscheidung. Holländer und Engländer drohten Friedrich III. mit offener Feindseligkeit; unter den Kanonen der niederländischen Flotte nahmen die schwedischen Kriegsschiffe alle nach Kopenhagen bestimmten Proviantfahrzeuge fort; dazu war der König überzeugt, dafs die Polen ohne ihn abschliefsen würden: am 29. März willigte er ein, mit den Schweden einen Separatfrieden einzugehen. Er selber zeigte den, thatsächlich ihm durch die Not abgepreſsten Entschluſs in beweglichen Worten dem Kurfürsten an.

Jetzt hatte dieser selbstverständlich nichts mehr dagegen einzuwenden, dafs man in Oliva ohne Dänemark zu Ende komme. Um so enger hielt er mit dem Kaiser zusammen. Dieser wollte der ganzen Welt seine innige Verbindung mit Brandenburg zeigen und sandte im April nach Berlin einen seiner höchsten Würdenträger, den Vizepräsidenten des Hofkriegsrates, Fürsten Hannibal Gonzaga; für den Kriegs- wie Friedensfall ward aufrichtiges gemeinsames Wirken verabredet. Das war um so nötiger, als die Polen in unbedingter Friedenssehnsucht die Interessen ihrer Alliierten ganz vernachlässigten.

Da auch für sich die Polen opferbereit, die Dänen von den Verhandlungen ausgeschlossen waren, der Kaiser auf die Vertreibung der Schweden aus Deutschland und der Kurfürst auf pommersche Erwerbungen verzichtete, so kam wirklich bald, am 3. Mai 1660, der Friede von Oliva zu stande.

Polen gab hier jedes Anrecht auf Schweden auf und trat diesem endgiltig ganz Livland ab. Schweden dagegen erstattete die noch in Preufsen und Kurland besetzten Plätze den Polen zurück. Brandenburg räumte die mit seinen Garnisonen versehenen Orte in Westpommern und Holstein; dafür erkannte Schweden definitiv seine Souveränität in Preufsen an, wie dem Kurfürsten auch die Abtretung von Lauenburg und Bütow sowie der pfandweise Besitz von Elbing und Draheim bestätigt ward.

Nach dem Abschlusse in Oliva konnte der in Kopenhagen nicht lange mehr ausstehen. Der letzte Widerstand Schwedens wurde Anfang Mai durch erneute Zwangsmafsregeln der nieder-

ländischen Flotte gebrochen. Das zweite Haager Konzert lag dem am 6. Juni 1660 unterzeichneten Kopenhagener Frieden zu Grunde: das Roeskilder Abkommen ward erneuert, Halland, Schonen, Blekingen blieben Dänemark verloren — nur Bornholm und die norwegische Provinz Drontheim erhielt es zurück. Es waren dies die Verhältnisse, die dann bis zum Jahre 1814 zwischen Dänemark und Schweden obwalteten. Mit erheblichem Gewinne ging letzteres immerhin aus dem ganzen Nordischen Kriege hervor.

Der Kurfürst hatte sein eigentliches Ziel, Schwedens Ländergier und Gewaltthätigkeit zu bestrafen, nicht erreicht. Auch mit den Ergebnissen für seinen eigenen Staat konnte er nicht zufrieden sein. Selbst Elbing haben ihm die Polen verräterischerweise stets vorenthalten; daſs er Braunsberg dafür in Besitz nahm, war nur eine geringfügige Entschädigung. In Pommern aber blieb die drohende Machtstellung der Schweden, wie sie vor dem Kampfe gewesen war. Nicht einmal ihren Anteil an den pommerschen Seezöllen hatte er ihnen zu entziehen vermocht.

Es lieſs sich auch nicht verhehlen, daſs der Krieg die völlige Vereinzelung Brandenburgs in Europa zur Folge gehabt hatte. Mit den meisten der bisherigen Verbündeten — Polen, Dänen, Niederländern — hatte es sich überworfen und schied von ihnen in gegenseitig sehr kühler Stimmung. Schweden gegenüber war die Feindschaft stärker denn je, und Frankreich hatte in dem Kurfürsten einen Widersacher erkannt, dessen so ungleich schwächere Macht das Bedürfnis, ihn zu gewinnen, einstweilen nicht aufkommen lieſs, sondern nur den Wunsch, ihn niederzuhalten. Der Aufruf an das deutsche Nationalgefühl, den der Kurfürst erlassen hatte, war wirkungslos verhallt. In der Verschrobenheit der damaligen deutschen Zustände galt als patriotisch und freiheitsliebend, die Knechtung des Reiches durch Frankreich und Schweden gegen seine beiden wichtigsten Fürsten, den Kaiser und den Brandenburger, zu fördern. Sogar des letzteren natürlichste Genossen, die norddeutschen protestantischen Fürsten, hatten gegen ihn gestanden zu den beiden fremden Kronen. Es blieb zunächst für Friedrich Wilhelm kein anderer Schutz als der Anschluſs an Österreich, das ihm doch im Grunde aus politischen und religiösen Ursachen übelwollte und eine weitere Entfaltung seiner Macht zu verhindern Anlaſs und Willen hatte.

Diesen ungünstigen äuſseren Verhältnissen entsprachen nicht

minder bedenkliche im Innern des Staates. Seine Provinzen waren durch den Krieg und das Heerwesen erschöpft, nach kaum begonnenem Aufschwunge aus dem Elend des Dreifsigjährigen Kampfes von neuem verarmt; dazu unzufrieden, mifsvergnügt, voll Abneigung und Besorgnis der aufstrebenden landesherrlichen Macht gegenüber. Bittere, bedrohliche Zwistigkeiten standen hier sicher bevor.

Und doch beginnt mit diesem Nordischen Kriege und seinem Abschlusse zu Oliva für Brandenburg-Preufsen und für Deutschland eine neue, bessere und fruchtbarere Epoche. Zunächst war es nichts Geringes, dafs das alte Ordensland Preufsen, wenigstens in seiner östlichen Hälfte, von der slawischen Hoheit erlöst und als unabhängiger rein deutscher Staat hergestellt war; dafs der Kurfürst-Herzog nicht mehr Vasall war eines ausländischen Königs von fremder Rasse, sondern sein eigener Herr, der in Verwaltung und äufserer Politik nur sein und seines Landes Interesse in Betracht ziehen durfte, als ein noch kleiner aber unumschränkter König in Preufsen. Erfreulich war auch, dafs die ehemals zu Pommern gehörigen Bezirke Lauenburg, Bütow und Draheim von dem wüsten polnischen Wesen befreit und ihrem nationalen Zusammenhange wieder eingefügt waren. Aber wichtiger war ein anderes: zum erstenmal seit vielen Jahrhunderten hatte ein deutsches Fürstentum sich aus dem kläglichen und entwickelungsunfähigen Gewirre der Reichspolitik befreit und selbstherrlich, nur auf sich beruhend, mit eigener Kraft und eigenen Zielen in das Getriebe der europäischen Verhältnisse eingegriffen. Zum erstenmal war hier ein deutscher Staat entstanden, der sich nicht zum Spielballe, sei es der dynastischen Bestrebungen der Habsburger, sei es der Eroberungs- und Herrschbegier der fremden Kronen hergab. In Politik und Krieg hatte Kurfürst Friedrich Wilhelm sich wenigstens den nordischen Königen gleichberechtigt gezeigt — das wurde von Freund und Feind anerkannt — und den stolzen Monarchen Schwedens und Frankreichs gegenüber eine Sprache geführt, wie sie solche seit einem Jahrzehnt sogar nicht von dem gedemütigten und besiegten Österreich, geschweige denn je von einem Reichsfürsten zu hören gewohnt waren. Deutsches Wesen und deutsche Interessen hatten wieder — seit einem halben Jahrtausend war das unerhört — einen klugen Kopf und eine starke Hand gefunden, die ihre Verfechtung übernahmen. Nicht als ob Friedrich Wilhelm sich in

erster Linie von allgemein deutschen Rücksichten hätte leiten lassen: vielmehr im Vordergrunde stand ihm, wie das damals nur allzu natürlich war, der eigene Staat; aber die Dinge lagen doch so, dafs die Freiheit und Gröfse Brandenburg-Preufsens am Rhein, an der Oder und am Niemen auf das engste mit der Freiheit und Gröfse ganz Deutschlands verknüpft waren.

Dafs diese bedeutenden Erfolge nur dank der Rivalität der nordischen Mächte erlangt worden waren, mindert ihre Verdienstlichkeit nicht; denn nur so konnte unter den Starken das schwache Brandenburg überhaupt aufkommen. Mit ebenso vieler Thatkraft wie Schlauheit hatte Friedrich Wilhelm die Gunst der Umstände benutzt, allerdings keine andere Moral kennend, als den wohlverstandenen Vorteil seines Staates.

Wie wenig hatte dieser noch bei Beginn des Nordischen Krieges gegolten; alle Welt hatte geglaubt, ihn ungestraft vergewaltigen zu können. Jetzt war Brandenburg freilich nirgends geliebt; aber es war weithin geachtet und gefürchtet. Ihm allein war es zu danken, wenn Schwedens Gewaltthaten eine Grenze gesetzt war, wenn dieses, trotz aller es begünstigenden Verhältnisse, zum erstenmal seit Gustav Adolfs Regierungsantritt einige Schritte hatte zurückweichen müssen. Man durfte sich schon damals sagen, dafs nur die zufällige Thatsache des Pyrenäischen Friedens es vor einer Schwächung und Demütigung bewahrt hatte, die zumeist von Brandenburg ausgegangen war. Irgend eine Entscheidung wichtiger deutscher, ja europäischer Interessen schien fürder unmöglich, ohne dafs man sich fragte: wie wird sich Brandenburg dazu stellen?

Auch persönlich ging der Kurfürst als ein anderer aus dem Kampfe hervor, wie er in diesen eingetreten war. Bis dahin hatte man ihn für einen eigennützigen und leidenschaftlichen, aber im Grunde wenig bedeutenden Fürsten halten dürfen, der von seinen wechselnden Ratgebern abhing: einem Burgsdorf, Schwerin, Blumenthal, Waldeck. Aber im Verlaufe des fünfjährigen Kampfes hatte er gezeigt, dafs seine Lehrzeit vorüber, dafs er selber Meister geworden war — und welch ein Meister! Alles hatte er selbständig und mit Erfolg vollbracht: er hatte unter den schwierigsten und gefährlichsten Verhältnissen die Politik seines Staates mit Klugheit und Kraft geführt; er hatte das Heer geleitet, das bei Warschau, in Jütland, auf Alsen und Fänö, endlich bei Nyborg unsterblichen Ruhm erfochten und Polen

wie Schweden besiegt hatte. Freilich, den Mafsstab gewöhnlicher Sittlichkeit darf man an sein Verfahren nicht legen. Das Heil seines Landes, die „Staatsraison“, war ihm das allein Mafsgebende; hierfür zu arbeiten, erschien ihm nicht nur als seine höchste, sondern als seine einzige Pflicht. Unbedenkliche List, Vertragsbruch, Anwendung von Beteuerungen, deren Unwahrhaftigkeit er wohl kannte, hat er nicht gescheut, wenn es galt, jenem grofsen Ziele zu dienen. Aber es war eben ein grofses Ziel. So sorgfältig er auf die Vergröfserung und Abrundung seiner auf 200 Meilen zerstreuten Gebiete bedacht war — dieser Gesichtspunkt trat ihm stets in den Hintergrund, wenn es sich um höhere und allgemeinere Interessen handelte. Trotz aller Wendungen und Wandlungen im einzelnen hat er seine eigentlichen Zwecke stets im Auge behalten und verfolgt: die Souveränität in Preufsen, die Schwächung Schwedens, möglichste Befreiung Norddeutschlands von allen Fremden. Die Kräfte einer Grofsmacht fehlten ihm; die Auffassung und die Ziele einer Grofsmacht waren in ihm lebendig, in ihm als dem ersten unter allen brandenburgischen, ja unter allen deutschen Fürsten.

Drittes Buch.

Innere Zustände, 1640—1660.

Auch das Talent und selbst das Genie schaffen nicht allein aus dem eigenen Innern heraus. Die Quellen ihres Meinens und Wollens sprudeln vielmehr aus den tiefen Schachten des allgemeinen Empfindens und Denkens ihrer Zeit und ihres Volkes heraus. Das Unterscheidende, Besondere hervorragender Begabung liegt vor allem darin, dafs sie das Grofse und Zukunftsreiche in den volks- und zeitgemäfsen Richtungen und Forderungen herausfühlt und begreift und ihm That, Wort oder künstlerische Form zu verleihen imstande ist.

Das siebzehnte Jahrhundert umfafst für die festländischen Kulturvölker Europas die Zeit, wo an Stelle der in Stände gegliederten Staaten des Mittelalters überall das feste Gefüge des monarchischen Einheitsstaates tritt. Zweifellos ein Fortschritt in politischer und sozialer Beziehung. Das ständische Wesen hatte nicht die Freiheit, sondern nur die „Freiheiten", d. h. Vorrechte einzelner Bevölkerungsklassen auf Kosten der Gesamtheit, dargestellt, zum Schaden nicht allein der grofsen Mehrheit der Einzelindividuen, sondern auch der Festigkeit, des Wohlbehagens und der Macht des ganzen Volkes und Staates. Das selbstsüchtige Treiben und die unzusammenhängende Thätigkeit der Feudalstände machte diese um so weniger geeignet, die Leitung des Staates weiter zu führen, als die Aufgaben des letzteren, bei wachsender Kultur und schneller Zunahme von Gewerbe und Verkehr, immer gröfser und schwieriger wurden. Für die kleinlichen Beweggründe und das rohe, schnell vorübergehende Thun mittelalterlicher Standesvertretungen war kein Raum mehr in einem Gemeinwesen, das für Kirche und Schule zu sorgen hatte,

die Handels- und Gewerbsinteressen seiner Angehörigen bis ins Kleinste überwachte und förderte, Verkehrswege zu Wasser und zu Lande anlegte, Kunst, Gelehrsamkeit und Sitte zu heben suchte, eine immer beträchtlichere Militärmacht entwickelte. Eine Zunahme und Stärkung der staatlichen Centralgewalt war unter solchen Umständen notwendig und geboten.

Äufsere Umstände wirkten auf dasselbe Ergebnis hin.

Die Zerrüttung und das materielle Elend, die die grofsen politischen und religiösen Bürgerkriege des sechzehnten sowie der ersten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts in allen Ländern West-, Nord- und Mitteleuropas hervorgerufen hatten, erfüllten damals die Bevölkerungen unseres Erdteils mit tiefer Sehnsucht nach Frieden, Ordnung, Sicherheit: welche Verfassungsform aber konnte diese Bedingungen eines gedeihlichen Daseins besser verbürgen, als eine starke fürstliche Gewalt mit allseitig ausgebildeten Machtmitteln? Die Fürsten fühlten wohl, wie günstig ihnen die Umstände lagen, und mit ebenso grofsem Eifer wie Erfolg sehen wir sie überall bestrebt, ihre Souveränität „wie einen rocher de bronze zu stabilieren“. Der innere Unterschied zwischen ihnen ist nur der: die meisten denken dabei lediglich an persönliche Gröfse und persönlichen Genufs; die anderen, viel weniger zahlreichen — zu denen Friedrich Wilhelm gehörte — widmeten ihre erhöhte Macht ausschliefslich dem Dienste des Staates, erkannten hierin ihre Aufgabe und ihren wahren Ruhm. So wurde unser Kurfürst ein Vorläufer des aufgeklärten Absolutismus, wie solchen sein grofser Urenkel Friedrich II. endgiltig in das europäische Staatsleben eingeführt hat.

Noch ein anderer wichtiger Beweggrund, aus den Erfahrungen und Strömungen der Zeit geschöpft, hat das gesammte Wirken Friedrich Wilhelms beeinflufst.

Das furchtbare, mehr als ein Jahrhundert währende Ringen der verschiedenen christlichen Bekenntnisse um den Preis der Alleinherrschaft war unentschieden geblieben, all' das Blut, all' das zerstörte Menschenglück schienen für nichts geopfert. Wenn nun auch die Mehrheit im Volke noch auf lange hin in der überkommenen Dumpfheit vorwiegend konfessionellen Empfindens verharrte, so hatten dennoch aus der Vergeblichkeit des langen Kampfes und des ungeheueren für ihn gezahlten Preises viele hervorragende Geister die Lehre einer freieren und unbefangeneren Auffassung gezogen. So Heinrich IV., Sully und Casaubon in

Frankreich; so Shakespeare in England; so Leibniz und der Grofse Kurfürst in Deutschland. Man schelte sie deshalb nicht religionslos — im Gegentheil, einige von ihnen, wie Friedrich Wilhelm, waren tief religiöse Naturen. Aber sie waren so weit vorgeschritten, das tiefe Glaubensbedürfnis des Menschenherzens von dem enge beschränkten Gebiete des geschichtlich gewordenen Bekenntnisses zu unterscheiden und weit über dieses zu stellen. Mehr wahre Religion und weniger konfessionelle Engherzigkeit — das ist die aus historischen Verhältnissen erwachsene Anschauung dieser bevorzugten Menschen gewesen.

Beides: die allgemeine Notwendigkeit und Nützlichkeit fester Anziehung der Zügel monarchischer Regierung und dann das Erheben über die Grenzen der Konfessionalität, bildet die Grundlage, auf der sich die innere Politik Friedrich Wilhelms aufbaut.

Achtzehntes Kapitel.

Regent und Stände.

Als im Alter von vierundzwanzig Jahren Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg sich unter dem Namen „Untadliger kräftiger Tugend“ in die löbliche „Fruchtbringende Gesellschaft“ aufnehmen liefs, da trug er sich in deren Stammbuch mit folgender Inschrift ein:

„Grofse Herrn thun wohl, sich zu befleifsen,
„Den Armen als den Reichen Recht zu leisten.“ [1]

Ein echter und kerniger Fürstenspruch, mit dem dieser grofse Hohenzoller dem Hause, dessen Macht und Ruhm er begründet hat, den Weg für die Zukunft vorschrieb!

Und doch war es ihm nicht beschieden, vor allem als gerechter und einsichtiger Verwalter und Richter seiner Unterthanen zu leben — äufsere Verwickelungen und Gefahren nahmen in den ersten zwanzig Jahren seiner Regierung seine Aufmerksamkeit in weit überwiegendem Mafse in Anspruch. Was er darin geleistet, wissen wir. In ganz Europa hatte er sich Achtung und Ansehen gewonnen, dieser stattliche Herr von etwas mehr als mittlerer Gröfse und starkem Körperbau, den scharfen blauen Augen, der Adlernase über dem kleinen Stutzbart, dem entschlossenen, etwas listigen und doch wohlwollenden Ausdrucke in den Zügen des vollen Gesichtes, mit den schnellen Gebärden

---

[1] Barthold, Gesch. der Fruchtbringenden Gesellschaft, S. 240.

und der kräftigen, lebhaften Stimme. Er war offen und freundlich in seinem Benehmen, von großer Höflichkeit und anscheinender Vertraulichkeit, liebte heiteres Wort und derben Spaſs, redete gern und gut, zumal von politischen Dingen des eigenen und der fremden Staaten, sowie von militärischen Interessen, Einrichtungen und Ereignissen. Die tiefe Besonnenheit und Gründlichkeit seines innersten Wesens verbarg sich dem oberflächlichen Beschauer unter der Beweglichkeit seines lebhaften Temperaments, das sich leicht wie zum Frohsinn so zum Jähzorn steigerte. Bei jedem Widerspruche brauste er auf und rief wohl: „er wolle nimmer nachgeben, viel lieber sehen, daſs das ganze Werk der Teufel holen möge“ [1]. Ein andermal fuhr er den Syndikus der klevischen Ritterschaft, Dr. jur Isinck, mit den Worten an: „Wenn die Doktoren, die Hundsfötter, davon wären, und ich mit den ehrlichen Leuten allein zu schaffen hätte, so wollte ich wohl bald zurechtkommen.“ Dabei hatte er dann nachträglich die Unannehmlichkeit, durch Otto von Schwerin Entschuldigungen machen zu müssen [2]. Aber diejenigen, die ihn nach solchen augenblicklichen Anwandlungen beurteilten, täuschten sich ebenso wie die, die ihn, dem äuſsern Anscheine nach, für schwach und unentschlossen hielten. Das war er nur für den Moment, weil er nicht leicht zum Entschlusse kam; im Grunde wuſste er genau, was er im Auge hatte, und alle Schwankungen seines Willens rührten eben nur daher, daſs er sorgsam die Verhaltungslinie suchte, die immer wieder zu den groſsen, ihm stets vorschwebenden Zielpunkten seines ganzen Strebens hinführte.

Deutsch war die Gesinnung Friedrich Wilhelms. Er gefiel sich keineswegs in der Nachahmung des französischen Wesens, wie die meisten seiner damaligen deutschen Standesgenossen; ja, er sprach nicht einmal flieſsend französisch [3]. Das war um so auffallender, ja offenbar beabsichtigt, als sonst seine Bildung und seine Interessen ganz universeller Natur waren. Die Geschichtswissenschaft liebte er hauptsächlich im Hinblick auf die Groſsthaten berühmter Feldherren, wie Cäsars und Gustav Adolfs. Die

[1] Vgl. U. u. A., II, 462.

[2] F. Hirsch, Otto v. Schwerin (Hist. Zeitschr., N. F., XXXV, 193 ff.).

[3] De Lumbres an Brienne, Berlin 28. Juni 1655; U. u. A., II, 40. — Über den äuſsern Eindruck, den der Groſse Kurf. sonst einem einsichtigen fremden Beobachter machte, sehe man besonders Mémoires du comte de Guiche (London 1744), 203 f.

lateinische Sprache beherrschte er vollkommen und wufste seinen Lieblingsdichter Ovid fast ganz auswendig[1]. Vor allem aber schätzte er die Naturwissenschaften: so Chemie, angewandte Mathematik und Mechanik. Diese Disziplinen hingen dann wieder mit der Fortifikations- und Waffenkunde zusammen, aus denen er Gegenstände eindringenden Studiums machte, und über die er zur Bereicherung seines Wissens mit sachverständigen Fremden zu reden liebte. Aber auch für Kunstsachen, Kuriositäten, Gemälde hatte er lebhaften und durch Kennerschaft geläuterten Geschmack. „Er läfst tüchtige Leute über solche Gegenstände der Rechtswissenschaft und Mathematik, die ihn ansprechen, studieren und dann ihm darüber Vorträge halten, und zwar jeden Tag. Er liebt alles Schöne.“ [2]

Sein ästhetischer Sinn flöfste ihm eine gewisse Hinneigung zu prächtigen, prunkenden Lebensformen ein, wie er sie am oranischen Hofe in den Niederlanden kennen gelernt hatte. Freilich, in gewöhnlichen Zeiten trug er einfachen Rock und Beinkleid aus Sammt, dazu gestickte Manschetten und Halskragen, kurze spanische Stiefel und auf dem langwallenden dunklen Haar einen kleinen dreieckigen Hut. Bei feierlichen Gelegenheiten aber schmückten ihn ein eng anliegendes, bis zu den Waden reichendes, kostbar mit Gold und Edelsteinen geziertes scharlachfarbiges Oberkleid, ein Hermelinmantel, ein schwarzsamtnes Barett mit prächtiger, wallender Feder, gelbe ungarische Stiefel, deren Ausschnitte mit echten Perlen eingefafst waren, und goldgestickte ungarische Beinkleider[3]. Auf Reisen mufste ihn ein zahlreiches Gefolge begleiten, zu dessen Fortschaffung 200 Pferde notwendig waren. Zog er in eine gröfsere Stadt ein, so wurden zwölf schöne Rosse vor ihm geführt, folgten ihm 500 berittene Leibtrabanten in gold- und silberstrotzender Kleidung. Im polnisch-schwedischen Kriege, wo die Abwesenheit von Berlin auf Jahre vorhergesehen war, begleiteten gar den Kurfürsten 136 Herren und 353 Diener mit 601 Pferden, die Kurfürstin 23 Herren und 58 Diener und Dienerinnen mit 96 Pferden, den jungen Kurprinzen 13 Herren und 35 Diener

[1] Orlich, I, 520 f.

[2] Mém. du comte de Guiche, 204. — Des Noyers, nach seinem Besuche in Berlin, 1658, im Gefolge der polnischen Königin (Lettres, S. 418).

[3] Vgl. die Beschreibung seines Einzuges in Danzig, 1655, bei Rudawski, Hist. Poloniae, S. 184.

und Dienerinnen mit 71 Pferden, zusammen 618 Personen mit 768 Pferden — eine wandelnde Stadt, deren Beköstigung den Unterthanen sehr schwer fiel[1].

Unaufhörlich war Friedrich Wilhelm in den Geschäften der Politik, Verwaltung und Armee thätig; die seltene Mufse war der Wissenschaft und Kunst oder der Jagd gewidmet, für die sein ruheloser Geist und rüstiger Körper ihm leidenschaftliche Vorliebe einflöfsten. Allen diesen Aufgaben konnte er gerecht werden, infolge einer wahrhaft unermüdlichen Arbeitskraft. „Seine Kurfürstliche Durchlaucht arbeitet mehr als ein Sekretär," sagt Waldeck in einem vertraulichen Schreiben an einen Kollegen; „ich glaube, Sie ist mehr vertraut mit den gegenwärtigen Reichsgeschäften als Ihr ganzer Geheimrat." — „Unser Herr," heifst es in einem andern Schreiben vom Frühjahr 1654, „findet immer mehr Gefallen an den Staatsgeschäften."[2] Dabei war er äufserst mäfsig: sonst in allem deutsch, huldigte er doch nicht dem damaligen Nationallaster der Trunksucht; er trank nur stark, wenn die Forderungen deutscher Geselligkeit es unbedingt erheischten[3]. Trotz dieser Enthaltsamkeit aber wurde er schon am Ende seiner dreifsiger Jahre von der Fufsgicht gequält, die ihn seitdem nie wieder ganz frei liefs und oft zwang, das Bett zu hüten[4]. In gesunden Tagen stand er Sommers und Winters jeden Morgen um sechs Uhr auf, frühstückte mit einer Biersuppe, betete und arbeitete dann den ganzen Vormittag hindurch. Um elf Uhr speiste er mit seiner Gemahlin zu Mittag, brachte den Nachmittag mit häuslichen, landwirtschaftlichen und öffentlichen Geschäften oder der Jagd zu. Der Abend verflofs meist im engern Familienkreise, mit Gespräch, Karten- oder Schachspiel, seltener mit zahlreicheren Gästen. Vor dem Schlafengehen betete er nochmals; denn er war eine tief religiöse Natur, voll innigen und aufrichtigen Gottglaubens — aber von konfessioneller Beschränktheit weit entfernt. Sein reformiertes Bekenntnis schätzte er deshalb besonders hoch, weil es ihm das klarste und vernunftgemäfseste zu sein schien. Sonst war er durchaus duldsam und kirchlich freisinnig, wie alle Bedeutenderen unter den Hohen-

[1] Eberty, Gesch. des preufs. Staates, I, 548 f.

[2] U. u. A., VI, 406. 437 f. 440.

[3] Guiche, Mémoires, 204.

[4] Bericht des dän. Gesandten in Berlin, Detleff v. Alefeld, 12./22. Jan. 1658; Londorp, VIII, 221.

zollern. Er nahm sich sogar der von den Polen unterdrückten und nach Preußen geflüchteten Arianer — Sozinianer — an, die anderwärts, weil sie die Dreieinigkeit leugneten, als Atheisten angesehen und verfolgt wurden. „Ich befinde," schrieb er, „unrecht, daß man die Leute, wenn sie sich stille verhalten, da nicht gönnen will; man soll suchen, sie mit Glimpf zurecht zu bringen, und nicht auf andere Art." [1]

Die Ehe des Kurfürsten mit Luise Henriette war die glücklichste, nicht nur nach fürstlichen, sondern selbst nach rein bürgerlichen Begriffen. Innige Liebe und Gleichheit des Denkens vereinigten sie. Obwohl dem eifrig kalvinischen Holland entsprossen, verwarf doch Luise Henriette, wie ihr Gemahl, das strenge Dogma der absoluten Vorherbestimmung, das ihnen jede moralische Verantwortung aufzuheben schien. Die Gatten waren unzertrennlich; die Kurfürstin begleitete ihren Gemahl auf seinen Reisen und Kriegszügen und war untröstlich, wenn sie ihm auf allzu schwierigen oder gefährlichen Märschen nicht folgen durfte. Er hinwiederum trug für sie zärtlichste Sorgfalt zur Schau, zeigte sich tief bekümmert, wenn sie erkrankte [2]. Sie war schwächlicher Natur und häufig leidend; besonders im Beginne des Jahres 1656 lag sie an den Pocken und zugleich den Folgen einer Fehlgeburt so schwer krank, daß man für ihr Leben fürchtete. Diese körperliche Zartheit erhöhte vielleicht den Eindruck der Milde und Sanftmut, den sie auf jeden hervorbrachte, und der ihr aller Herzen gewann [3]. Allein unter dieser Hülle körperlicher und geistiger Schmiegsamkeit barg sie einen sehr bestimmten und festen Willen, den sie mit weiblicher Klugheit und Zähigkeit geltend zu machen wußte: ein Erbteil ihrer ehrgeizigen und rücksichtslos entschlossenen Mutter. Bei aller ihrer mystischen Religiosität verstand sie es, auf den Gatten, besonders in Personenfragen, einen bedeutenden Einfluß auszuüben. Sie wandte solchen vor allem an zu Gunsten ihrer Mutter, der alten Prinzessin von Oranien; man meinte, diese sei durch die Kurfürstin am Berliner Hofe geradezu allmächtig [4].

---

[1] Orlich, I, 523.

[2] Vgl. Bericht de Lumbres' v. 27. Jan. 1656 (U. u. A., II, 78), sowie Bericht des holländ. Agenten Pels v. 8. Febr. 1656 (Birch, Thurloe State Papers, IV, 490), und Briefe der Kurfürstin an O. v. Schwerin.

[3] Guiche, Mémoires, 206.

[4] Wicquefort, Hist. des Provinces Unies, I, 349. — Guiche, Mémoires, a. a. O.

Ebenso förderte sie die Sache der ihr verwandten Stuarts gegen die holländische Bürgeraristokratie, die Feindin des oranischen Hauses, die sie aus tiefster Seele haßte[1]. Den Grafen Waldeck hat sie zunächst aus aller Kraft begünstigt, weil er vordem ein Diener der oranischen Familie gewesen und mit ihr selbst durch seine Gemahlin verwandt war; man darf sagen, im Beginne hat sie erst sein Verbleiben am brandenburgischen Hofe ermöglicht. Sie war 1652 die Urheberin des Beschlusses, daß Waldeck, gegen den Willen seiner Neider, den Kurfürsten auf dessen Reise zum Kaiser, nach Prag, zu begleiten habe. Allein bald wandte sie sich von dem Reichsgrafen ab, dessen gewaltsame und phantastische Pläne ihr für den Kurfürsten und sein Haus gefährlich erschienen. Sie sprach offen aus, daß Waldecks rechtsverachtende Entwürfe gegen den kaiserlichen und den polnischen Oberherrn Gott mißfällig seien und diesen veranlassen würden, ihr keinen Sohn und Kurerben zu schenken. Sie suchte vielmehr mit Eifer den Frieden mit dem Auslande herzustellen: so wirkte sie am Schlusse des Jahres 1655 nachdrücklich für die Aussöhnung mit Schweden; so ward sie aber auch Gegnerin der schwedischen Kriegspolitik und that namentlich 1657 alles, um ihren Gemahl zu Polen und dem Kaiser hinüberzuführen[2]. Kurz, eine echt weiblich impulsive, vom Gefühl geleitete, durchaus nicht logisch überdachte Politik! Ihr Günstling wurde, an Waldecks Stelle, der milde, besonnene, auch streng fromme Schwerin, mit dem sie einen lebhaften Briefwechsel unterhielt, und den sie sogar bisweilen als Vermittler für ihre Wünsche bei ihrem Gemahl verwandte[3]. Im Jahre 1660 trat ihr dann unter des letzteren Räten noch Fürst Johann Georg von Anhalt näher, der soeben ihre Schwester geheiratet hatte und deshalb von ihr in jeder Weise unterstützt wurde[4].

Wir sehen, Kurfürstin Luise Henriette war keineswegs die

---

[1] Siccama, Schets van die diplomatieke betrekkingen tusschen Nederland en Brandenburg (Utrecht 1867), S. 207.

[2] U. u. A., II, 78. — Rauchbar, I, 41. 72. — Erdmannsdörffer, Waldeck, 52. — Pribram im Arch. f. österr. Gesch., LXX, 59. 303.

[3] De Lumbres an Mazarin, 9. Aug. 1656; U. u. A., II, 104. — Pribram, a. a. O., 303 (Bericht Lisolas v. 22. Juli 1657). — Briefe Luise Henriettens an Schwerin bei v. Orlich u. F. Hirsch.

[4] Vgl. Bericht des kais. Gesandten Strozzi v. 5. Febr. 1660; U. u. A., XIV, 114.

engelhafte Betschwester, als welche frühere Geschichtschreiber sie haben darstellen wollen, sondern eine Frau voll lebhaften Sinnes für die Staatsgeschäfte, an denen sie sich nach Möglichkeit, freilich meist von frauenhaft persönlichem Standpunkte aus, beteiligte. Es charakterisiert so recht ihre Art, wenn sie an Schwerin schreibt: sie glaube, es werde Gott angenehm sein, wenn ihr Gatte Vorpommern den Schweden fortnehme; deshalb liege ihr diese Sache beständig im Sinne. Der Kurfürst möge nur nicht auf die schönen Worte der Schweden hören, die den Abscheu Gottes und der Welt verdient hätten[1]. — Bei Luise Henriette vertrug sich also die Frömmigkeit recht gut mit dem Bedürfnisse und Wunsche, praktisch in den Gang der Weltereignisse einzugreifen.

In Übereinstimmung mit ihrem Gemahle hegte sie große Vorliebe für schöne, regelmäßige Gärten, wie solche in ihrer niederländischen Heimat die Schlösser und Landsitze umgaben. Das Ödland an der Nordseite des kurfürstlichen Schlosses in Berlin wurde in einen wirklichen „Lustgarten“ mit vielen Hunderten seltener Bäume verwandelt, der „Tiergarten“ gepflegt und thatsächlich mit Wild besetzt, 1656 durch Elsholz der botanische Garten bei Berlin angelegt. An Stelle des Dorfes Bötzow, dessen Lage am wiesenreichen und waldumsäumten Havelufer sie an die heimischen Gefilde erinnerte, gründete Luise Henriette Oranienburg; hier wie auf dem pommerschen Amte Treptow, das ihr der Kurfürst geschenkt, richtete sie durch holländische Ansiedler Musterwirtschaften ein. Dicht vor dem Spandauer Thore Berlins — dem heutigen Bezirke des Schlößchens Monbijou — besaß sie eine Meierei, wo sie die ersten Kartoffeln in der Mark zog; auf einer andern, in der Gegend des jetzigen Invalidenhauses, legte sie, gleichfalls nach holländischem Muster, eine Papiermühle an. Mit den Überschüssen ihrer Einkünfte suchte sie die verpfändeten kurfürstlichen Domänen einzulösen[2]: sparsam, eine genaue Rechnerin — auch darin ganz Holländerin, aber nur zum Besten ihrer neuen Familie. Sie brachte es dahin, daß sie allein aus ihren anfänglich durch Mißwirtschaft und Verschuldung völlig ertraglosen preußischen

[1] Orlich, III, 425.

[2] F. Hirsch, Erinnerungen an den Großen Kurfürsten und seine Gemahlin Luise von Oranien (Berlin 1852), S. 31.

Kammergütern jährlich 17442 Reichsthaler — dem Werte nach gleich heutigen 235500 Mark — bezog[1]. Ihre gesamten Einkünfte betrugen in den Jahren 1662 und 1663 je 32—33000 Reichsthaler, während ihre Ausgaben, selbst eingerechnet die Bauten auf ihren Gütern, sich nur auf 12000 und 12500 Rthlr. beliefen. So konnte sie freilich viele Schulden löschen und sich überdies — 1662 — „eine schöne Perlenschnur" im Werte von 24000 Rthlr. (= 324000 Mark) kaufen[2]. Wo gab es damals noch eine Fürstin von der Bedeutung einer Kurfürstin von Brandenburg, die für ihre Person nicht mehr als 5000 Reichsthaler jährlich ausgegeben hätte?

Luise Henriettens innigster Wunsch, dem Gatten und dem Lande einen Kurerben zu schenken, wurde, nach dem schnellen Tode ihres Ältesten und mancherlei Fehlgeburten, endlich im neunten Jahre der Ehe erfüllt: am 16. Februar 1655 gab sie dem Prinzen Karl Emil das Leben; am 11. Juli 1657 folgte ihm Prinz Friedrich, der spätere letzte Kurfürst und erste König. Die früheste Erziehung der Kinder ward der Hofmeisterin von Götz, geborenen von Saldern, anvertraut.

Alles in der Umgebung des kurfürstlichen Paares atmete gediegene Pracht. Das Schloſs in Berlin oder vielmehr in dessen Schwesterstadt Kölln an der Spree wurde als eines der schönsten

---

[1] Ms. Signation-Büchlein über Ihre Churfürstl. Durchl. Preuſsische Domainen, Anno 1664; Berlin, Königl. Bibl., Mss. Boruss., Quarto, 15.

[2] Ms. Preuſs. Geh. Staatsarch. R. 94, IV, H c: „Einnahme und Ausgabe Ihr. Churf. Durchl. Churfürstin Louysen. Anno 1657" (in Wahrheit beziehen die Eintragungen sich auf die Jahre 1662 und 1663). — Ihre Einnahmen setzen sich 1662 folgendermaſsen zusammen:

Von Ravensberg	240	Rthlr.
Von den neun Dörfern	600	„
Von den preuſsischen Ständen	4000	„
Vom Zoll zu Kleve	2000	„
Quartalsgelder	1000	„
Von ihren Gütern	19030	„
Geschenk von der Stadt Kolberg	1200	„
Geschenke vom Kurfürsten	4200	„
Summa	32270	Rthlr.

Unter den Ausgaben figurieren: für Arme 1000, zu Neujahrsgeschenken 1000, für Bauten auf den Gütern 5370 Rthlr. In Summa betragen 1662 die Ausgaben 12551 Rthlr., so daſs sich ein Überschuſs von 19719 Rthlr. ergiebt. Für sich selbst hat sie nur ca. 5000 Rthlr. verbraucht.

in Deutschland betrachtet und war mit kostbaren Möbeln versehen. Der Hof war zahlreich und erhielt besonderen Glanz durch den Zusammenflufs vieler fremder Gesandten mit ihrem Gefolge, da Berlin sich zum Mittelpunkte der europäischen Politik aufgeschwungen hatte [1]. Das Tafelgeschirr war von Silber, zum Teil vergoldet; bei Festlichkeiten nahmen die Speisen gar kein Ende, flofs der edelste Rheinwein in Strömen, wurden Hunderte bewirtet. Die Jagd allein kostete dem Kurfürsten jährlich 54000 Reichsthaler, an Kaufwert heutigen 750000 Mark gleich.

Allein Prunk und Vergnügen beeinträchtigten bei Friedrich Wilhelm nicht, wie unter seinem Nachfolger, die ernste Arbeit. Eher könnte man sagen, dafs er zu viel thun, zu sehr selber alle Geschäfte erledigen wollte, sie dadurch zu weit hinausschleppte und eine folgerichtige Verwaltung erschwerte, da er, zumal bei seinen wichtigen politischen und kriegerischen Angelegenheiten, unmöglich sämtliche Verwaltungssachen mit allen Einzelheiten bedenken und leiten konnte. Das Beamtentum besafs lediglich beratende Funktion; sogar die höchste Behörde, der Geheime Rat, hatte nur diejenigen Dinge zu erwägen, die der Kurfürst ihm zuwies. Aufserdem war der Geheime Rat im wesentlichen eine brandenburgische Behörde, wie denn die klevischen und Reichsangelegenheiten unmittelbar von dem Kurfürsten entschieden wurden.

Allerdings war sein damaliges Beamtentum so beschaffen, dafs er ihm kein Vertrauen zu gewähren vermochte.

Im 17. Jahrhundert war der deutsche Beamtenstand überhaupt nicht mit dem Staate verwachsen, stand diesem fremd und gleichgiltig gegenüber. Der Beamte sah in seiner Thätigkeit lediglich das private Element; wie etwa Handel, Gewerbe oder Ackerbau sollte sie ihm zur Erlangung eines behaglichen und wohlhabenden Daseins verhelfen. War doch ähnliche Anschauung in dem Fürstenstande, dem er diente, selbst noch ganz allgemein verbreitet. Ohne Rücksicht auf das engere Vaterland widmete man sich also dem Interesse bald dieses, bald jenes Fürsten, ging zu demjenigen, der die gröfsten Vorteile zu bieten schien. Selbst der eingeborene Edelmann fühlte sich weder dem Landesherrn noch dessen Staate irgendwie verpflichtet. Es gab überhaupt keinen Staatsdienst, geschweige denn Vaterlandsdienst,

---

[1] Des Noyers, Lettres, 418. — Guiche, Mémoires, 204.

sondern nur vorübergehendes Dienstverhältnis gegenüber einer fürstlichen Persönlichkeit. Diese selber pflegte die Dinge nicht anders zu betrachten, wie denn z. B. der Grofse Kurfürst grundsätzlich Beamte am liebsten vom Auslande bezog, um den Einflufs und die politisch-administrative Bedeutung des heimischen Adels zu mindern.

Entbehrte also das deutsche Beamtentum ohnehin des tieferen Interesses an der Sache und dem Staate, so wurde es selbstverständlich noch durch die gründliche sittliche Zerrüttung, die eine Folge des Dreifsigjährigen Krieges war, mit betroffen. Seitdem erkennt man im berufsmäfsigen Beamtenstande wohl grofse Erfahrung und oft hervorragende Klugheit, aber ebenso starke moralische Unzuverlässigkeit, die häufig genug, trotz salbungsvoller und religiöser Redeweise, sich cynisch genug offenbart. Beamte und Offiziere hatten sich daran gewöhnt, ihre eigene Regierung geschäftlich auszubeuten, in einer Weise, die dieser nicht minder schädlich war, wie dem Landesvermögen. Bestechlichkeit und Überläufertum waren an der Tagesordnung. Die Unordnung war allgemein, so dafs die wichtigsten Angelegenheiten gar nicht, verspätet oder auf willkürliche Art erledigt wurden.

Nirgends traten diese Übelstände schroffer hervor, als in dem verlotterten Brandenburg Georg Wilhelms[1]. Kein Wunder, dafs dessen kräftiger und selbstbewufster Nachfolger zunächst versuchte, selber die Beaufsichtigung und Leitung der Staatsgeschäfte in die Hand zu nehmen. Liefs er doch, nach dem Tode Götzes, sogar das durch vielhundertjährige Überlieferung geheiligte Amt des Kanzlers eingehen, da ihm ein solches als der Autorität des Fürsten gefährlich erschien. Trotzdem erkannte er bald, dafs ihm, zumal bei seiner häufigen Abwesenheit von Berlin, die Erledigung aller Einzelheiten der inneren Verwaltung unmöglich falle. Er traf deshalb die Anordnung, dafs die eigentlich politischen Angelegenheiten, die seiner unmittelbaren Leitung unterworfen bleiben sollten, dem Geheimen Rate entzogen und seiner Kanzlei — später sagte man: dem Kabinett — vorbehalten wurden, in welche er, je nach Bedürfnis, nur wenige von den Geheimräten oder sonstige ihm nahe stehende Persönlichkeiten berief, und die er mit einigen Sekretären und Kanzleidienern ausrüstete. Der somit auf die innere Verwaltung,

[1] Erdmannsdörffer, Waldeck, 43 ff. 57 ff.

zumal der Marken, beschränkte Geheimrat sollte in seiner Geschäftsführung insofern eine weitere Erleichterung erfahren, als er in verschiedene Departements — unseren heutigen Ministerien entsprechend — eingeteilt wurde. Leider traf die Geheimratsordnung vom 4. Dezember 1651 eine viel zu künstliche Einrichtung: da wurden nicht weniger als neunzehn Departements festgesetzt, die wiederum teils nach sachlichen Gesichtspunkten — wie jetzt —, teils nach rein lokalen, wie das neumärkische, altmärkische, pommersche, klevische u. s. w. Departement, bestimmt waren. Neunzehn Departements bei einer Behörde, die nur über zehn Räte verfügte! Einzelne Räte waren dabei schwer überbürdet — der vielgewandte Tornow erfreute sich voller acht Dezernate! —, während andere solche Sachen zu bearbeiten hatten, für die sie nach ihrer bisherigen Thätigkeit wenig vorbereitet waren. Diesen argen Mängeln abzuhelfen war Friedrich Wilhelm um so weniger in der Lage, als er gerade in den folgenden Jahren sehr häufig von Berlin entfernt war. Deshalb erhielt der Geheime Rat ein eigenes Haupt, zuerst — vorübergehend — in dem Direktor von Blumenthal (1652), dann — bleibend — in Otto von Schwerin als „Oberpräsidenten“: eine Würde, die an Stelle des Kanzleramtes trat (1656). Der Oberpräsident sollte den gesamten Geschäftsgang des Geheimen Rates leiten und für schleunige Erledigung der diesem unterbreiteten Sachen Sorge tragen, auch das grofse Staatssiegel führen. Nun nahm aber Schwerin bei dem Kurfürsten eine solche Vertrauensstellung ein, dafs dieser ihn bald nach Preufsen mitführte und auch zu vielfachen diplomatischen Sendungen benutzte. Deshalb bestellte Friedrich Wilhelm 1660 zu dessen Stellvertretung Lorenz Christoph von Somnitz als „Präsidenten“ des Geheimen Rates. Mit solchen Einrichtungen hat er die Selbstregierung beträchtlich eingeschränkt[1].

Freilich dauerte es geraume Zeit, ehe in das zuchtlose Beamtentum aus der Zeit des Dreifsigjährigen Krieges Ordnung und Disziplin gebracht wurden. In der ersten Hälfte von Friedrich Wilhelms Regierung ward, trotz aller aufgewandten Mühe, dieses Ziel nicht erreicht. Noch 1658 beklagt sich Schwerin in bitteren Worten über die unerträglichen Zustände sogar im Geheimen Rate, wo er als Oberpräsident die Verantwortung tragen solle,

---

[1] Klaproth und Cosmar, 206 ff. — Isaacsohn, Gesch. des preufs. Beamtentums, II (Berlin 1878), 108 ff.

und doch jeder thue, was ihm beliebe. Es sei eine „erschreckliche Konfusion“, aus der er in seiner Mifsstimmung den „totalen Ruin“ des Staates erwachsen sieht. Die „unerhörte Licenz“ der Beamten äufserte sich sogar in „sehr verächtlichen Diskursen“ über des Kurfürsten eigene Person[1]. Anhänglichkeit an den Staat und den Landesherrn, das Gefühl pflichtgemäfser Unterordnung war bei diesen selbstsüchtigen Strebern eben nicht zu finden.

Wir wissen, dafs es Waldeck im Mai 1654 gelang, Blumenthal endgiltig zu stürzen; er zog sich auf seinen Statthalterposten in Halberstadt zurück, „dortiger und dringender Geschäfte und seiner eigenen Gesundheit halber“[2]. Der Reichsgraf war einstweilen absolut ausschlaggebend, trotz des Widerstandes der meisten Geheimräte. Sein Ehrgeiz war darauf gerichtet, die Stellung eines allmächtigen Premierministers nach Art Richelieus und Mazarins zu erobern. Allein damit konnte er einer so selbstherrlichen, thätigen und kritischen Natur gegenüber, wie Kurfürst Friedrich Wilhelm war, um so weniger auf die Länge durchdringen, als seine staatsmännischen und sittlichen Qualitäten weit entfernt waren, solche Ansprüche zu rechtfertigen. Waldecks Herrschsucht, Eigennutz und Phantasterei entfremdeten ihm bald auch Otto von Schwerin, der ihm, nebst Kleist, zuerst allein zur Seite gestanden hatte. Praktisch waren es finanzielle Fragen, die im Februar 1655 das offene Zerwürfnis herbeiführten; die Art Waldecks, fremde Abenteurer, die freilich seine ergebenen Geschöpfe waren, in den kurfürstlichen Dienst zu ziehen und dort zu begünstigen, verschärfte den Zwiespalt[3]. Dieser führte zunächst eine Art allerhöchster Ungnade für Schwerin herbei, der jeder Teilnahme an der Finanzverwaltung und auch der äufseren Politik enthoben ward. Der wackere Mann sah sich von seiten Waldecks und seiner Anhänger heftigen und unerträglichen Verfolgungen ausgesetzt. Aber allmählich gewannen die treuen heimischen Räte doch die Oberhand über Waldecks abenteuerliche Art, zumal es dem hochgeborenen Reichsgrafen an ausdauernder Arbeitsamkeit und zäher Geduld völlig fehlte. Der Zwist endete bekanntlich 1658 mit Waldecks Verabschiedung.

[1] Ms. Schwerin an Weimann, 15. Jan. 1658; Weimanns Tageb.
[2] U. u. A., VI, 451 f.
[3] Das., VII, 330 ff.

Seitdem war Schwerin anerkanntermaſsen der erste Minister des Kurfürsten.

Otto von Schwerin, geboren 1616 zu Wittstock bei Grafenhagen in Pommern[1], war, nach gründlicher akademischer Ausbildung und weiten Studienreisen, 1638, im Alter von 22 Jahren, von seinem Vater aus treuer Anhänglichkeit an den rechtmäſsigen, wenn auch nicht thatsächlichen Landesherrn Pommerns, nebst seinem jüngeren Bruder Bogislaw — dem späteren Generalmajor — in den Dienst des brandenburgischen Kurfürsten entsandt, wie so viele andere seiner gleichgesinnten adligen Landsleute. Die Klarheit und Schärfe seines Geistes, die Ruhe, Stetigkeit und Treue seines Charakters, unermüdlicher Fleiſs und Gewandtheit hatten ihn frühzeitig dem jungen Friedrich Wilhelm empfohlen, der ihn schon als Neunundzwanzigjährigen zum Geheimrat ernannte. Seine aufrichtige Frömmigkeit brachte ihn auch der Kurfürstin näher, zu deren Oberhofmeister er unmittelbar nach deren Heirat bestimmt ward. Hatte er sich doch durch beständige Unterwürfigkeit die Zuneigung auch der herrschsüchtigen Mutter der Kurfürstin, Amalie von Oranien, erworben, die ihm einen Ring als Pfand ihrer Gnade schenkte[2]. Der Kaiser erhob ihn 1648 in den Reichsfreiherrn-Stand, der Kurfürst zum Erbkämmerer der Kurmark. Schwerin war ein tüchtiger und einsichtiger Beamter, aber kein führender Geist. Seine „Geistreichen Gebete, tiefsinnigen Meditationes und anmuthigen Paraphrases verschiedener Psalmen“, die 1715, lange nach seinem Tode, sein Sohn drucken lieſs, zeigen wohl ernste Andacht und edlen Sinn, sind aber breit, prosaisch und banal. Auch als erster Minister dürfte er nicht mit Waldeck, sogar nicht einmal mit Burgsdorf verglichen werden; er eignete sich als solcher nur für eine Zeit, in der Friedrich Wilhelm selber die Leitung seiner Politik übernommen hatte. Seinen eigenen Vorteil wuſste er sehr gut zu verfolgen. Nicht nur durch reichliche Amtseinkünfte und Sparsamkeit, sowie durch gelegentliche Geschenke des Kurfürsten, sondern auch durch Nachsuchen und Annahme sonstiger Geldbezüge, wie sie von der öffentlichen Moral damals gestattet wurden, hatte er, der

[1] Ferd. Hirsch, Otto v. Schwerin, I (Histor. Zeitschr., N. F., Bd. 35 [1893]), S. 193 ff. Dazu Ms. Schwerin an Weimann, 14. April 1655; Weimanns Tageb., Bd. I.

[2] Ms. Schwerin an Weimann, 13. Juli 1657; Weimanns Tageb., Bd. V.

ursprünglich Unbemittelte, grofsen Grundbesitz erworben. Sein Gegner Waldeck warf ihm vor, dafs er, „der vor wenig Zeit nicht so viel gehabt, dafs ein blindes Pferd darüber habe straucheln können, jetzt ansehnliche Güter kaufe, höhern Stand annehme“ [1].

Neben Schwerin trat dann im Rate des Kurfürsten in den Vordergrund ein Mann, den hohe Geburt und bald verwandtschaftliche Beziehungen empfahlen: Johann Georg II., Erbprinz und, seit 1660, Fürst von Anhalt-Dessau; ein stattlicher, wohlwollender, frohmütiger Herr, ein tüchtiger Soldat von ritterlicher Tapferkeit, auch in den Staatsgeschäften gut erfahren. Friedrich Wilhelm hatte 1658 den Dreifsigjährigen aus schwedischem Dienste in den seinen gezogen und sofort als General der Kavallerie und Statthalter der Marken beschäftigt. Ein Jahr darauf heiratete der Prinz eine jüngere Schwester der Kurfürstin, Henriette Karoline. Dadurch wurde, obwohl der Kurfürst seine Fähigkeiten nicht gerade hoch anschlug, seine Stellung am brandenburgischen Hofe noch befestigt [2].

Neben diesen Persönlichkeiten ist ein anderer Anhaltiner zu nennen: Friedrich Jena, als ehemaliger Professor der Rechte an der Universität Frankfurt a. O. oft spöttisch als „der Doktor“ bezeichnet, dann von dem Kurfürsten geadelt; ein tüchtiger Kenner des Reichsrechts und sorgsamer Verwalter, als Diplomat nur mittelmäfsig begabt. Viel ausgezeichneter war der oft erwähnte Weimann. Aus der Grafschaft Mark gebürtig, hatte er in den Niederlanden Litteratur und die Rechte studiert und war 1646 als Fünfundzwanzigjähriger durch Burgsdorf zum kurfürstlichen Rate berufen worden. In den schwierigen Verhandlungen mit den aufrührerischen klevischen Ständen hatte er eine so grofse Fähigkeit an den Tag gelegt, dafs Amalie von Oranien ihn als brandenburgischen Gesandten für den Haag gewünscht hatte, wo er wirklich das Interesse seines Herrn unter den ungünstigsten Umständen mit hervorragender Gewandtheit und vielem Erfolg vertrat. Sein Rat ward auch für allgemeine politische Fragen bald in Anspruch genommen. Selbstbewufst, geschäfts-

[1] R. v. Holly, Die staatsmännische Thätigkeit O. v. Schwerins, I (Progr. von Eberswalde, 1874), II (Progr. von Marne, 1876). Recht unbedeutend. — Orlich, I, 246 f.

[2] Orlich, I, 410 ff. — U. u. A., XIV, 114. — Guiche, Mémoires, 206 f.

kundig, unermüdlich, besafs er den klarsten und eindringendsten Blick, grofse Umsicht, einen ebenso scharfen wie schöpferischen Geist. War er auch allzu thätig und intrigant, so müssen wir ihn doch als den bedeutendsten unter den damaligen brandenburgischen Staatsmännern anerkennen. Nur sein früher Tod — am 29. Oktober 1661 — hat ihn verhindert, eine wahrhaft mafsgebende Rolle zu spielen [1].

Die grofsartige, freie, vorurteilslose Gesinnung Friedrich Wilhelms zeigt sich eben auch darin, dafs er bürgerliche Räte nicht minder gern verwendet, als adlige. Schon kennen wir die Seidel, Jena, Wesenbeck, Meiners, Weimann, Copes, die sämtlich bedeutende und einflufsreiche Stellungen bei ihm einnahmen, und auch später werden wir Männer des dritten Standes nicht allein als Berater des Kurfürsten, sondern auch als dessen Vertreter im Auslande erscheinen sehen. Nur Sendungen, die prunkvolle Repräsentation erheischten, sowie die höchste Leitung der heimischen Verwaltung mufsten, den Anschauungen und Einrichtungen der Zeit gemäfs, Edelleuten vorbehalten bleiben. Sonst hat, wie im Heere, so auch im Beamtentume der Kurfürst unterschiedslos Bürgerliche und Adlige angestellt. Die gründlichere Bildung, die jene durchschnittlich besafsen, machte sie für die administrative Arbeit geeigneter, und Standesvorurteile, wie die späteren hohenzollernschen Herrscher sie gezeigt haben, blieben Friedrich Wilhelm fern. In gesundem Staatsegoismus nahm er das Gute überall, wo er es zu finden meinte. Die Leute von geringerer Herkunft waren gefügigere Werkzeuge der Fürsten und unter allen Umständen von ihm abhängiger, da ihre Existenz allein auf ihrer dienstlichen Stellung beruhte. „Man legt in Brandenburg," hiefs es damals, „auf die Federn und nicht auf die Ahnen Gewicht, da man es einer Sache nicht ansieht, ob sie mit adligem oder bürgerlichem Geblüt traktiret ist." [2] Wie den Gegensatz der Provinzen, so hat der Grofse Kurfürst auch den der Stände innerhalb seines Staatswesens überwunden und alle brauchbaren Kräfte, ohne Unterschied, zum Dienste des allgemeinen Besten herangezogen. Sein Bestreben nach inniger Verbindung der verschiedenen Landesteile hatte bald den höchst bemerkenswerten Erfolg, dafs für den Civil- wie für den Kriegsdienst

---

[1] Vgl. U. u. A., II, 775, V, 945.
[2] Schmoller, a. a. O., Seite (130) f.

tüchtige, ja hervorragende Elemente aus allen brandenburgischen Provinzen, zumal auch aus dem in materieller und geistiger Kultur am weitesten vorgeschrittenen Westen, sich um ihn scharten. Gerade die freiesten und kühnsten Geister strebten aus der engen Beschränkung ihrer kleinen Heimatsbezirke hinaus und stellten sich willig in den Dienst des grofsen Ganzen, das ihnen für ihre eigene Person eine nützliche und glänzende Thätigkeit, für das Allgemeine ein ihr Denken und Trachten befriedigendes Wirken verhiefs. —

Der Kurfürst war fremdem Rate sehr zugänglich. Seiner vorsichtigen Weise gemäfs nahm er gern anderer Einsicht in Anspruch [1]. Allein je länger der noch in jugendlichstem Alter zur Regierung Berufene diese geführt, um so mehr hat er sich die Entscheidung selber vorbehalten. „Der Herr Kurfürst befragt uns," sagte Schwerin schon im Dezember 1657 zu dem Franzosen Blondel, „allein er handelt schliefslich nach seinem Kopfe." [2] Es war Friedrich Wilhelm lieb, andere an den mafsgebenden Einflufs seiner Umgebung glauben zu lassen; um so freier konnte er selber sich in den Windungen seiner vielverschlungenen Politik bewegen, indem er die Verantwortung für deren Widersprüche seinen Räten aufbürdete. Die Leichtigkeit, mit der er sich für den Augenblick jedem Eindruck hingab, hat nicht wenig dazu beigetragen, bei den fremden Diplomaten Illusionen über das Mafs ihres Einflusses hervorzubringen.

Es ist gegen die kurfürstlichen Räte damals von Fremden oft der Vorwurf der Bestechlichkeit ausgesprochen worden. Das war freilich ein Tadel, den man zu jener Zeit allen europäischen Höfen — vielleicht den Pariser ausgenommen — machen konnte. Aber wir dürfen nicht vergessen, dafs er in Bezug auf die Berliner Verhältnisse immer nur von solchen Gesandten erhoben wird, die darin eine Erklärung für die Erfolglosigkeit ihrer Bemühungen suchen [3]. Die Räte besafsen jedenfalls nur eine nebensächliche Bedeutung; die wirklich mafsgebende Persönlich-

---

[1] Das ist die innata facilitas, von der Lisola in seinem Schreiben v. 23. März 1567 spricht.

[2] Haumant, Guerre du Nord, 309.

[3] So von den französ. Gesandten; so auch Anf. 1658 von dem Dänen Alefeld (Londorp, VIII, 219).

keit war noch im polnisch-schwedischen Kriege der Kurfürst selber geworden.

Er wollte das aber nicht nur in den äufseren Verhältnissen, sondern auch im Innern seiner Staaten sein. Dies ist die Zeit, wo er, in unbewufster Übereinstimmung mit der politischen Richtung seiner gesamten Epóche, es unternimmt, der Unabhängigkeit der einzelnen Provinzen und der Beschränkung der zentralen Staatsgewalt ein Ende zu machen durch die Bekämpfung der übermäfsigen und veralteten Gerechtsame der junkerlichen und städtisch-oligarchischen Stände.

Am leichtesten fiel ihm das in Pommern. Die Stände dieser neu erworbenen Provinz, die mit Not dem verhafsten schwedischen Joche entgangen war, fühlten sich unter dem Schutze des brandenburgischen Kurzepters so befriedigt, dafs hier von Streitigkeiten mit dem Landesherrn keine Rede war. Schon 1654, ein Jahr nach dem Abzuge der Schweden, vereinbarten Kurfürst und Stände die künftige Verfassung des Landes[1].

Schwieriger standen die Dinge in der Kurmark, wo der Adel in schnöder Selbstsucht durch Verweigerung der nötigsten Beteiligung an den allgemeinen Landeslasten die Existenz des Staates selbst auf das Spiel setzte. Erst nach langwierigen Verhandlungen[2] gelang es dem Kurfürsten, den märkischen Adel zu einem Beitrage zu den Landessteuern mit fünf Zwölfteln zu bewegen (1643), während die wenigen und verarmten Städte noch immer sieben Zwölftel der direkten „Kontribution“ aufbringen mufsten[3]. Ebenso sah er sich genötigt, auf privatrechtlichem Gebiete die Begehrlichkeit der kurmärkischen Ritterschaft zu zügeln, die, auf die Gefahr hin, die wenigen Besitzenden in den Städten auch noch zu Grunde zu richten, den Erlafs aller seit sechzehn Jahren rückständigen Schuldzinsen, deren Herabsetzung für die folgenden drei Jahre, ein sechsjähriges Moratorium, sowie das Verbot aller Zwangsversteigerungen von Grund und Boden verlangte. Wie in anderen deutschen Ländern hatte in Brandenburg unter der Regierung Georg Wilhelms der Adel ähn-

[1] v. Bohlen, Die Erwerbung Pommerns durch die Hohenzollern.

[2] U. u. A., X, 50—160.

[3] Zu den 14000 Reichsthalern, die Ende 1656 die Kurmark monatlich an Kontribution aufbringen mufste, zahlte die Ritterschaft gar nur 5123 4/5, die Städte aber 8876 1/4 Rthlr. oder 64 Prozent! (Berlin, Geh. Kriegsarchiv, III, 1, 23.)

liche Forderungen wiederholt durchgesetzt[1]. Indes Friedrich Wilhelm verstand es, nach harten Kämpfen wenigstens einen Mittelweg zu finden, der die Konfiskationslust des Grofsgrundbesitzes einigermafsen in Schranken hielt.

Aber der eigentliche Zwist brach in der Kurmark erst nach dem Westfälischen Frieden aus. Friedrich Wilhelm forderte nicht nur, aus den verschiedensten politischen Gründen, immer neue Auflagen zum Unterhalte seines Heeres, sondern auch, anstatt der kurzzeitigen Geldbewilligungen, ein für alle Male ein Pauschquantum für militärische Zwecke. Solches Ansinnen beschlossen aber die Stände zurückzuweisen, damit der miles perpetuus nicht ihre eigenen löblichen Gerechtsame unterdrücke und die absolute Gewalt des Landesherrn herstelle. Der mittelalterliche, territoriale, in zahlreiche Einzelgebiete zersplitterte Staat wehrte sich, auf dem Boden des überlieferten Rechtes stehend, gegen die durch neue und unabweisbare Verhältnisse notwendig gewordenen Ziele und Anforderungen des modernen, zentralisierten Staates. Dieser hochpolitische und kulturelle Charakter verleiht den endlosen Streitigkeiten der Jahre 1650 bis 1652 ein wahres Interesse. Den Geboten der „Staatsraison“ entsprechend setzt sich der Kurfürst rücksichtslos über alle Vorschriften der bestehenden Verfassung hinweg, indem er auch unbewilligte Auflagen erhebt. Der Ausschufs der Stände vereinigt sich ungerufen, protestiert gegen den Verfassungsbruch, droht mit Versammlung der vollzähligen Stände. Um ihm zuvorzukommen und überhaupt durch scheinbare Nachgiebigkeit die Gemüter bei seiner eigenen politisch wie finanziell höchst bedrängten Lage zu gewinnen, berief Friedrich Wilhelm alle märkischen Ständemitglieder auf den 23. März 1652 nach Berlin ein. Da kamen nicht nur die Vertreter sämtlicher landesfürstlichen Städte, sondern es ritt in die Hauptstadt auch jeder landständige Edelmann ein. Es war der einzige allgemeine märkische Landtag, der unter dieser Regierung je zusammengetreten ist. Er verlief ganz ergebnislos; denn er lehnte die allerdings dem erschöpften und verarmten Lande sehr schmerzlichen Geldforderungen des Kurfürsten so lange ab, bis dieser einer ungeheuren Menge von Beschwerden und Forderungen genügt haben werde, die darauf abzielten, die verfassungsmäfsige Gewalt der kurmärkischen Stände

---

[1] E. Gothein, Die deutschen Kreditverhältnisse und der Dreifsigjährige Krieg, S. XXIX ff.

zu befestigen und auszudehnen. Allein der Kurfürst wollte sich keineswegs dem Machtgebote des Adels unterwerfen. Siebenmal wurde die Versammlung vertagt, endlich, im Juni 1653, von dem Plenum auf einen bloſsen Deputationstag zurückgeführt. Nunmehr waren die Stände durch das Schwankende und Ungewisse der Lage und durch die stete Erhöhung der kurfürstlichen Forderungen so mürbe gemacht, daſs sie alle landesherrlichen Vorschläge annahmen [1]. Freilich brachten die Edelleute ihre politische Macht dem Fürsten gegenüber nur unter der Bedingung zum Opfer, daſs sie dafür die anderen Stände, zumal das Bauerntum, ihrer sozialen, administrativen und ökonomischen Beherrschung unterwarfen. Der Landtagsrezeſs vom 26. Juli und 5. August 1653 schuf so den Rahmen, in dem sich das gesamte öffentliche Leben des brandenburgisch-preuſsischen Militärstaates bis zum groſsen Zusammenbruche der napoleonischen Kriege bewegt hat. Er verdient deshalb eine nähere Betrachtung [2].

Vor allem führt er die strenge soziale Scheidung des Adels von Bürgern und Bauern durch. Lehngüter sollen nur an Adlige vererbt oder verkauft werden; muſs, wegen Mangels sonstiger Käufer, ein Lehngut einem Bürgerlichen zugeschlagen werden, so geschieht das nur unter der Bedingung jederzeit möglichen Rückkaufs. Adlige Besitzungen sind von jeder Auflage frei, nicht nur dem Landesherrn, sondern auch der Kommunalbesteuerung gegenüber. Der adlige Gutsherr erhält vollkommene Gewalt über seine Bauern, deren Hörigkeit ein für alle Male ausgesprochen wird, mit so geringen und unsicheren Beschränkungen, daſs diese gar keinen Wert besaſsen. Der Herr übt die Gerichtsbarkeit über seine „Unterthanen“, die er jederzeit von Haus und Hof vertreiben kann, während sie ohne seine Zustimmung nicht ihren Aufenthalt wechseln, nicht heiraten noch einen andern Beruf wählen dürfen, ihm auch zu Diensten jeder Art verpflichtet sind. Freilich blieb den Bürgern und Bauern theoretisch das Recht, sich über die Edelleute bei den kurfürstlichen Obergerichten zu beschweren, allein da alle „mutwilligen Klagen“ mit Gefängnis und willkürlichen Geldstrafen bedroht waren, konnte thatsächlich von solchem Klagerechte nicht die Rede sein. Und wie die Erde den „Herren“ gehörte, so auch der Himmel:

---

[1] U. u. A., X, 181—275.

[2] Mylius, Corp. Constit. Marchic., VI, 425 ff.

die Anstellung der Geistlichen gebührte weder dem Staate noch der Gemeinde, sondern dem Patronatsherrn.

Das ist also die magna charta der brandenburgischen Ritterschaft — eine magna charta nicht der Freiheit, sondern der Knechtung. Nicht gerade Neues ward durch sie geschaffen, wohl aber wurden alle bisherigen Gewohnheiten und Rechte in einem dem Adel günstigen Sinne zusammengefaſst, verdeutlicht und verschärft. Kein Zweifel, daſs diese Einrichtungen im ganzen den Anschauungen im Norddeutschland jener Zeit entsprachen; um so leichter brachte der Kurfürst Opfer, die ja ihn und die landesherrliche Gewalt wenig kosteten, um nur das stehende Heer und die bleibende Geldbewilligung zu erhalten, die die wahren Grundlagen seiner und des Staates Macht werden sollten.

Die Ritterschaft muſste bald einsehen, daſs sie die Gewalt in sehr ungleicher Weise mit dem Kurfürsten geteilt habe. Kaum drohte 1654 der Nordische Krieg, so stellte Friedrich Wilhelm neue Forderungen an den kurmärkischen Landtag „zur Landesdefension“. Über diesen Begriff gingen dann die Meinungen weit auseinander. Die Stände waren der Ansicht, die Landesdefension könne nur ihr „märkisches Vaterland“ betreffen, das ja gar nicht bedroht sei, und für Preuſsen oder Pommern möchten eben die Preuſsen oder Pommern selber sorgen. Der Kurfürst aber machte ihnen klar, daſs das Vaterland jetzt der ganze Komplex des brandenburgisch-preuſsischen Staates sei. Erleichtert wurde ihm die Verfechtung seines höhern und allein zukunftsreichen Standpunktes durch den Zwiespalt, den innerhalb der Stände die rücksichtslose Übervorteilung der Städte durch die Ritterschaft hervorbrachte. Kurz, wenn der Adel nicht bewilligte, erhob Friedrich Wilhelm seine Militärsteuer dennoch via praecepti. Und schlieſslich unterwarfen sich die edlen Herren. Der Kurfürst setzte es durch, daſs „die Kriegsverfassung seines Landes nach der Gefahr und Notwendigkeit eingerichtet“, alle alten und neuen Rezesse „für den casum inopinatae necessitatis als unverbindlich“ erklärt wurden. Die Stände wagten am Ende gar keinen Widerspruch mehr. Da der Fürst selber der alleinige Richter über solche „Gefahren“, „Notwendigkeiten“, „casus“ war, so ward damit überhaupt der alten und erst neuerlich — 1653 — von ihm selbst bestätigten Verfassung jede Verpflichtung für den Landesherrn genommen, der Absolutismus, wenn auch nicht den

Worten, doch der That nach aufgerichtet. Und das war in Wirklichkeit ein grofser Segen, nicht nur für die politische Zukunft des Gesamtstaates, sondern auch für die inneren Verhältnisse der Kurmark. Nicht zu Gunsten des allgemeinen Wohles hatten die Stände ihre verfassungsmäfsige Gewalt verwendet, sondern lediglich zu Gunsten der einseitigsten Adelsinteressen, mit Benachteiligung aller anderen Stände. Deshalb blieb eben der Adel vereinzelt und unterlag im Kampfe gegen die landesherrliche Macht[1].

Wie die kurmärkischen, so hat Friedrich Wilhelm auch die unabhängig und widerspenstig gesinnten klevischen Stände gebändigt, freilich nach harten Mühen.

Wir haben gesehen, wie bei Gelegenheit des Jülicher Feldzuges im Jahre 1651 die Klever bis dicht vor den Aufruhr gegen den Kurfürsten gegangen waren[2]. Nach dem Friedenschlusse war es gelungen, sie einigermafsen zu beruhigen. Hierzu trugen viel die beiden höchsten Beamten der kurfürstlichen Regierung bei: der Statthalter Graf Johann Moritz von Nassau-Siegen und der Vizekanzler Johann von Diest. Der leztere, ein Einheimischer, hatte bis zu seiner Ernennung, im Herbst 1652, immer als ständisch gesinnt gegolten[3] und war deshalb bei Adel und Städten beliebt. Graf Johann Moritz aber war eine imponierende und am ganzen Niederrhein höchst volkstümliche Persönlichkeit. Geboren 1604, hatte er sich in Wissenschaft und Kriegsdienst ausgezeichnet und war 1636 als Gouverneur nach Brasilien gesandt worden, um dessen Besitz damals die Niederländer mit den Spaniern rangen. Inmitten steter Verwaltungssorgen und aufreibender Kämpfe in dem heifsen, sumpfigen Lande lag der Graf eifrig naturwissenschaftlichen Studien ob, liefs Entdeckungsreisen unternehmen, Karten zusammenstellen, eine Naturbeschreibung Brasiliens abfassen und sammelte Merkwürdigkeiten jeder Art: das Muster des „curieusen Kavaliers“ einer Zeit, die eben noch, vor gänzlicher Verflachung der Charaktere, die letzten Originale aufwies. Nach achtjähriger Verwaltung beriefen ihn die Holländer zurück. Der Kurfürst, der ihn 1636 als junger Prinz kennen gelernt, hat ihm später — 1652 — seine ganze ethnographische

---

[1] U. u. A., X, 305—346.
[2] S. oben, Seite 154. 157.
[3] U. u. A., V, 594.

und naturgeschichtliche Sammlung abgekauft. Zunächst sah er bei seiner Vermählung den Grafen wieder, den er wegen dessen enger Verbindung mit den Niederlanden und allgemeiner Popularität schon im folgenden Jahre — 1647 — zum Statthalter von Kleve-Mark ernannte[1].

Bei seiner Abreise von dort, im Oktober 1652, konnte der Kurfürst die Lage des Landes für zufriedenstellend halten. Aber ein wegen Unbotmäfsigkeit abgesetzter kurfürstlicher Beamter, der im Klevischen reich begüterte und weit verschwägerte Freiherr Dietrich Karl von Wilich, wufste die Opposition bald wieder anzufachen. Um die anzustrebende republikanische Vollfreiheit zu erlangen, riet er seinen Mitständen, da die Niederländer ihre Sache im Stiche liefsen, sich an Kaiser und Kurfürsten nach Regensburg zu wenden. Nach langen Verhandlungen setzte er es im Juli 1653 durch, dafs zehn klevische und mehrere märkische Ritterbürtige, sowie die meisten klevischen und einige märkische Städte beschlossen, eine Kommission an den Reichstag zu senden, die von diesem Union zwischen Kleve-Mark und Jülich-Berg, Demolierung der Festungen, Abschaffung aller von den Ständen nicht bewilligten Truppen und Aufrechterhaltung der ständischen Vorrechte fordern sollte. Der soeben an Stelle seines verstorbenen Vaters in Jülich-Berg zur Regierung gelangte Neuburger Philipp Wilhelm versprach den Aufrührern seinen Beistand und arbeitete ihnen in Regensburg vor. — Friedrich Wilhelm liefs einstweilen seine Gegner ruhig gewähren, um ihre Pläne erst reifen zu lassen. „Wir haben," schreibt er im Oktober 1653, „so lange den gelinden Weg gehen und abwarten wollen, bis die Intention unserer Widerwärtigen selbst herausbrechen mochte."

Wilich und einige seiner Verwandten, ferner der Vertreter der märkischen Ritterschaft, von Romberg, derjenige der klevischen Städte, Moll aus Wesel, der Syndikus der Jülicher Städte, Dietrich von Mülheim, arbeiteten also ungestört in Regensburg, während der Pfalzgraf von Neuburg und der Bischof von Münster den niederrheinisch-westfälischen Kreistag zu Beschlüssen vermochten, die geradezu gegen den brandenburgischen Besitzstand in Kleve-

[1] L. Driesen, Joh. Mor. v. Nassau-Siegen (Berlin 1849), S. 24—151. — Über das Folgende: ebendas., S. 170 ff. 188 ff. 234 ff.; U. u. A., V, 591—770. 794—974; Orlich, I, 487 ff.

Mark gerichtet waren. Die Deputation in Regensburg aber erwirkte bei dem Kaiser, der nach der Wahl seines ältesten Sohnes zum Römischen Könige des Brandenburgers nicht mehr zu bedürfen glaubte, am 16. Oktober 1653 ein Dekret, das den Ansprüchen der widerspenstigen Ständemitglieder in vollem Umfange entsprach.

Indes, diese Machinationen hatten doch die Folge, daſs nicht nur den protestantischen Fürsten des niederrheinischen Kreises und den Generalstaaten, sondern auch der evangelischen Mehrheit der kleve-märkischen Stände die Augen darüber aufgingen, wie alle solche Umtriebe lediglich auf den Vorteil des Neuburgers und seiner katholischen Verbündeten berechnet waren. Die Stände, von dem Statthalter Grafen Moritz auf das geschickteste beeinfluſst, nahmen ihren Regensburger Abgeordneten die Vollmacht und bewilligten dem Kurfürsten 50000 Thaler zur Bezahlung seiner Regimenter; die Generalstaaten zogen zur Unterstützung Brandenburgs Soldaten zusammen; die Evangelischen am Niederrhein erklärten sich gegen Neuburgs Führung der Kreistruppen.

Nun hielt Friedrich Wilhelm die Zeit zu energischem Handeln für gekommen. Er bezeichnete das kaiserliche Dekret als erschlichen und lieſs Wilich bei seiner Rückkehr aus Regensburg unter der Anklage des Hochverrats am 20. Juli 1654 verhaften und aus dem Rheinlande nach Spandau abführen. Mülheim, Romberg und Moll entflohen nach Wien.

Die Aufregung der Stände über das gegen eines ihrer Mitglieder verübte „Attentat“ war zuerst sehr groſs. Sie versuchten, Wilich mit Gewalt zu befreien, stieſsen heftige Drohungen aus. Aber als das alles nutzlos blieb, als auch der alte, kranke Kaiser zu keiner kräftigen Einmischung zu bewegen war, verlegten sie sich aufs Bitten und suchten den gestrengen Landesherrn durch neue Geldbewilligungen zu besänftigen. Da andrerseits der nun ausbrechende Nordische Krieg dem Kurfürsten eine gütliche Einigung wünschenswert erscheinen lieſs, kam er mit den Ständen dahin überein, daſs sie ihm 150000 Thaler bezahlten, er dafür Wilich frei lieſs und auf die Bestrafung von dessen Mitschuldigen verzichtete.

Nach dieser ersten Kraftprobe nahm Friedrich Wilhelm, unter den Anforderungen des Krieges, auf die kleve-märkische

Verfassung ebenso wenig Rücksicht wie auf seine eigenen, oft wiederholten fürstlichen Versprechungen. Ohne Zustimmung der Stände erprefste er von dem wohlhabenden Lande binnen zweier Jahre 523 000 Thaler an baren Steuern, sowie bedeutende Naturalleistungen und warb dort 6000 Soldaten. Den Ständen war die „zwingende Not", in der der Landesherr also handelte, sehr gleichgültig. Was gingen diese Rheinländer die Polen und Schweden und das Herzogtum Preufsen an? Sollten sie wegen so fremder Interessen Gut und Blut, Freiheit und Verfassung opfern? Sie verlangten dringend Neutralität ihres Landes und damit Verschonung von allen Leistungen für den gegenwärtigen Krieg; um Beistand wandten sie sich wieder an die Generalstaaten, die, über Brandenburgs Bündnis mit Schweden erbittert, ihnen grofse Geneigtheit zeigten. Man sprach offen davon, dafs die Lande sich von dem Kurfürsten, der ihre Rechte verletze, trennen und unter niederländischen Schutz begeben würden. Der Statthalter und seine Räte waren dem Verzagen nahe.

Da gelang es Weimann, in diesen drohenden Zuständen eine Besserung herbeizuführen. Er überzeugte die Holländer von der Notwendigkeit, des Kurfürsten Stellung am Rhein wie an der Ostsee aufrecht zu erhalten; er regte die Thatkraft des Grafen Moritz wieder an und veranlafste ihn zu energischem Auftreten; er führte 1657 neue Werbungen durch. Hierdurch ermutigt und durch Friedrich von Jena genau über die Lage am Niederrhein unterrichtet, trat der Kurfürst abermals mit Strenge auf, verbot jede eigenmächtige Zusammenkunft und Abordnung der Stände und schrieb eine peinliche Untersuchung gegen den Führer der Opposition, den Syndikus der klevischen Ritterschaft Dr. Niefs, vor, der sein Heil in der Flucht suchen mufste. Neben Regierung und Justizkollegium stiftete er eine Amtskammer, die die finanziellen Angelegenheiten zu besorgen hatte; sie wurde für die landesherrliche Autorität um so wirksamer, als bei ihr das Erfordernis des klevischen Indigenats nicht galt, wie denn der ihr vorgesetzte Kriegskommissar Ludwig aus Hessen stammte[1]. So wurde die von allen lokalen Fesseln freie Kammer bald die wichtigste und einflufsreichste Regierungsbehörde.

[1] Schmoller in der Einleitung zu den Acta Borussica, Behördenorganisation, I, S. (91).

Kurfürst begnügte sich, alle vorgefallenen Unregelmäßigkeiten mit der Not der Zeiten zu entschuldigen und für die Zukunft Aufrechterhaltung der Landesrechte zu versprechen[1]. Das beruhigte die erregten Gemüter einigermaßen, bis die Ausschreibung neuer, unbewilligter Abgaben den Grimm der Ständemitglieder wieder hervorrief. Sie weigerten sich nun, dem Kurfürsten als dem Verletzer ihrer Rechte den Eid als souveränem Herrn zu leisten. Der Adel machte Miene, sich den Schweden zuzuwenden; die Bürger schlossen ihre Thore den kurfürstlichen Truppen. Der Geist des Aufruhrs wurde von den polnischen Großen, die den Verlust Preußens für ihr Vaterland beklagten, sorgfältig genährt. Die Städte bezahlten die ihnen auferlegten Abgaben nicht; alles verlangte dringend nach einem Landtage, den doch der Kurfürst nicht gewähren wollte, weil er von ihm extreme Beschlüsse fürchtete. Kurz, es schien hier nach dem Ende des Nordischen Krieges zu blutigen inneren Kämpfen kommen zu müssen[2]. Ihr Ausgang aber konnte kaum zweifelhaft sein, nachdem der Kurfürst schon in der Kurmark, in Pommern und Kleve der partikularen Gewalten Herr geworden war.

Besondere Wichtigkeit legte Friedrich Wilhelm dem Amte des Statthalters bei, das in den Nebenprovinzen dazu bestimmt war, diese fester an das Hauptland zu binden. Deshalb nahm er zu solchen Stellungen durch Geburt, Begabung oder glänzende Thaten hervorragende Staatsmänner und Generale, die wohl imstande waren, als persönliche Vertrauensmänner des Herrschers den zentrifugalen Mächten gegenüber, die sich häufig auf die provinziellen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden selbst stützten, das Interesse des Gesamtstaates kräftig und erfolgreich zu vertreten. Die partikularistisch gesinnten Stände erkannten das sehr wohl; so haben, im Oktober 1657, die preußischen Stände gegen die Ernennung des allerdings landfremden Fürsten Boguslaw Radziwill zum Statthalter protestiert, da solches „praejudicium denen Landesverfassungen künftig nicht zu geringem Nachteil gereichen“ möchte; vielmehr sollten, bei Abwesenheit des Kurfürsten, die aus dem heimischen Adel hervorgegangenen Ober-

---

[1] 23. Okt. 1657; das., 440 ff.

[2] Korrespondenz des Fürsten Radziwill bei Orlich, I, 278 ff. — Vgl. oben, S. 327. 330.

räte nach den alten Freiheiten des Landes regieren[1]. Allein, gerade solche Einwendungen mufsten den Herrscher in seiner wohlerwogenen Absicht bekräftigen. Die Statthalter haben thatsächlich ein Bedeutendes zu der verhältnismäfsig schnellen Verschmelzung jener fremdgesinnten Gebiete mit der Kurmark beigetragen.

---

[1] U. u. A., XV, 415 ff.

Neunzehntes Kapitel.

Regierung und Regierte.

Die neu erlangte Erhöhung der landesherrlichen Macht hat Friedrich Wilhelm keineswegs zu unbeschränkter Bethätigung eines frohen Genufslebens noch auch zur Verwirklichung despotischer Sultanslaunen benutzt. Vielmehr war sein ganzes Streben auf die äufsere Gröfse und Macht, sowie auf den innern Ausbau und die organische Festigung seines Staatswesens gerichtet. Während des ersten Jahrzehnts seiner Regierung hatten ihn die Sorgen um das Dasein und die notwendigste Befestigung seines wankenden Staates derart in Anspruch genommen, dafs er an dessen innern Ausbau nicht hatte denken können. Aber seit dem Anfange der fünfziger Jahre widmete er sich mit Eifer, wenn auch nicht immer mit dem richtigen Verständnisse, dieser Aufgabe, bis dann der beginnende Nordische Krieg seine Aufmerksamkeit wieder für die politischen und militärischen Aufgaben fast ausschliefslich in Anspruch nahm.

Die Hebung der finanziellen Zustände seines Landes mufste einem Fürsten sehr am Herzen liegen, der dessen Machtvergröfserung vor allem ins Auge gefafst hatte. Und wie furchtbar lag bei seinem Regierungsantritte die Verwaltung der Staatsfinanzen im Argen![1] Es fehlte ihr an den nötigen technisch ge-

---

[1] S. darüber Riedel, Der brandenb.-preufs. Staatshaushalt, S. 11 ff.; Isaacsohn, Gesch. des preufs. Beamtentums, II, 116 ff.; G. Schmoller, Die Epochen der preufs. Finanzpolitik (Jahrb. f. Gesetzgeb., Verwalt. u.

schulten Oberbeamten. Die Verwendung zahlreicher Naturallieferungen, anstatt durchgehender Geldwirtschaft, und steter Einzelanweisungen an die verschiedensten Kassen, anstatt zentralisierten Ausgabewesens; der Mangel an einheitlicher Kontrolle; die aus solchen Mifsständen erwachsende Unordnung und Unredlichkeit — alles dies brachte einen völligen Verfall der kurfürstlichen Finanzverwaltung zu Wege. Die Schuldenmasse, die schon 1623, vor der Teilnahme am Dreifsigjährigen Kriege, in der Kurmark allein zwei Millionen Thaler betragen hatte, in Kleve an Zinsen mehr als die gesamten Einkünfte der Domänen verschlang, wurde dann durch die Passiva der neu erworbenen Lande, sowie durch die nach dem Westfälischen Frieden an Schweden in Höhe von 774521 Gulden, etwa gleich heutigen $7^{1}/_{2}$ Millionen Mark, zu zahlenden Entschädigungsgelder beträchtlich gesteigert. Zur Verzinsung und Amortisierung der meist nur auf kurze Termine hin abgeschlossenen Anleihen waren die Domänen bereits zum gröfsten Teile verpfändet. Diese auszulösen, fehlte es dauernd an Mitteln, teils wegen der übergrofsen Anforderungen der steten Rüstungen und Kriege, teils weil die Stände gar nicht wünschten, dafs der Landesherr finanziell unabhängig werde. Ein vornehmer Herr in Preufsen sagte das einst dem Kurfürsten ins Gesicht: wenn Kurfürstl. Durchlaucht Mittel in die Hände bekomme, werde sie nach den Ständen nichts mehr fragen[1].

Die Hebung seiner Finanzkraft war also für Friedrich Wilhelm in jeder Hinsicht eine Machtfrage von höchster Bedeutung. Sie bildete eine der wichtigsten Aufgaben und Ziele bei der allgemeinen Verwaltungsreform der Jahre 1651 und 1652. Wie diese überhaupt die Einführung des Departementalsystems in die brandenburgische Administration bezeichnete, so schuf sie auch eine Art Finanzministerium, eine Kommission von vier „Staatskammerräten“, die die Umgestaltung der gesamten staatlichen Geldverwaltung, sowie deren stete Beaufsichtigung durchzuführen bestimmt war. Allein diese neue Zentralbehörde vermochte nicht zu geregelter Wirksamkeit zu gelangen. Sie war in sich mangel-

---

Volkswirtsch., Neue Folge, I [1877]), S. 33 ff.; K. Breysig, Der brandenb. Staatshaushalt in d. 2. Hälfte d. 17. Jahrh. (das., XVI [1892]), sowie Gesch. der brandenb. Finanzen, 1640—1697, I, 20 ff. 77, wo die Irrtümer Isaacsohns vielfach nachgewiesen und verbessert sind.

[1] Brief des Kurf. an O. v. Schwerin, 31. Okt. 1661; U. u. A., IX.

haft organisiert, und ihren einzelnen Mitgliedern, die sämtlich noch anderweite zeitraubende Geschäfte zu erledigen hatten, fehlte es an Mufse und Kenntnissen, um hier eine segensreiche Thätigkeit zu entfalten. Eine wesentliche Verbesserung der traurigen Finanzlage trat so wenig ein, dafs sich der Kurfürst aufser stande sah, die Rechnungen zu bezahlen, die für seine eigene Hofhaltung bei Kaufleuten und Handwerkern aufgelaufen waren. Das einzige Ergebnis der Reform war Umwandlung der Naturalbezüge der kurmärkischen Beamten in Geldgehälter. In der Domänenverwaltung war gleichfalls wenig erreicht. In der Kurmark besafs der Landesherr ungefähr ein Viertel des gesamten bebauten Bodens, das bis 1651 in unmittelbarer Bewirtschaftung durch seine Beamten stand; allein infolge der Kriege und der herrschenden Unordnung war der Reinertrag dieses gewaltigen Güterkomplexes 1650 auf 56000 Thaler gesunken! Die neue Finanzkommission versuchte es also mit Verpachtung der Domänen auf sechs bis neun Jahre. Aber sie fand nicht die Kraft, dem Widerstande der eigennützigen Verwaltungsbeamten gegenüber dieses System folgerichtig durchzuführen. Ebenso wenig vermochte sie die schuldenhalber verpfändeten Ämter wieder einzulösen. So blieben die finanziellen Erfolge innerhalb sehr bescheidener Grenzen.

Das war ja der Hauptfehler der ganzen Departementseinteilung, dafs jeder Rat zu den verschiedensten Aufgaben benutzt ward. Deshalb ersetzte der Kurfürst im Jahre 1655 die vier Staatskammerräte, ohne sie förmlich ihrer bisherigen Befugnisse zu entbinden, durch einen begabten Spezialbeamten, den Westfalen Raban von Canstein. Dem Namen nach war er nur kurmärkischer Kammerpräsident, thatsächlich aber Leiter der ganzen kurfürstlichen Finanzverwaltung und zugleich des Handels und Gewerbes in den brandenburgischen Landen. Es war dies der erste Versuch, die Finanzadministration dort selbständig zu machen und einem Fachmanne anzuvertrauen. Leider ging man wiederum ohne Klarheit und Folgerichtigkeit vor: einerseits blieb der Geheime Rat als Oberaufsichtsbehörde mit dem Rechte fortwährender Einmischung bestehen, und andererseits wurden Canstein auch anderweite Sorgen und Geschäfte — wie die des Obermarschallamtes — aufgebürdet. Immerhin erreichte er manches. Brachte doch während des Nordischen Krieges Brandenburg in Geld und Naturalien acht Millionen, das kleine Kleve $1\frac{1}{2}$ Millionen Reichsthaler auf. Es war aber natürlich, dafs bei

so ungeheueren Anforderungen an die noch vom Dreifsigjährigen Kriege her erschöpften Lande eine durchgreifende Reform und wahre Heilung der Finanzlage unmöglich wurde; mufsten doch, trotz jener grofsen Leistungen, in der Kurmark und Kleve wie in Preufsen zur Tragung der Kriegskosten von neuem zahlreiche Domänen verpfändet werden[1]. Die stehenden Einnahmen suchte der Kurfürst durch Vermehrung der Regalien zu heben. So führte er das 1643 abgeschaffte Salzmonopol 1652 wieder ein[2]: es warf jährlich 70—75000 Thaler Reinertrag ab. Noch bedenklicher war das Mittel der Münzverschlechterung, das er in seiner Finanznot 1651 anwandte. Unter dem Vorwande, das Land mit der fehlenden Scheidemünze versehen zu wollen, liefs er kleine Silbermünzen schlagen, die zu mehr als dem doppelten Nennwerte ihres wirklichen Gehaltes ausgeprägt wurden. Allerdings sollte diese Operation nur eine Art Anleihe bedeuten, da sich der Kurfürst verpflichtete, sie nach Verlauf von zwanzig Jahren durch vollwertige Münzen einzutauschen. Allein es ging mit solchem Versprechen wie mit allen anderen dieser Art. Das Ausland begann bald die brandenburgischen Scheidemünzen nur zu ihrem wahren Werte anzunehmen; darauf sanken sie auch im Inlande auf diesen herab. Als nunmehr der Kurfürst durch strenge Gebote und Strafandrohungen die Annahme der Scheidemünzen zum Nennwerte erzwingen wollte, schlossen Krämer und Fleischer ihre Läden und Keller; förmliche Tumulte drohten auszubrechen. Da sanktionierte endlich, im Herbste 1660, der Kurfürst den faktischen Zustand, den er nicht ändern konnte, indem er den Nennwert seiner Scheidemünzen auf die Hälfte herabsetzte. Aber auch damit hörte der Wucher nicht auf, den gewissenlose Geldmänner unter Ausstreuung boshafter Gerüchte mit der Scheidemünze trieben. Die Unterthanen verloren bei diesem teilweisen Staatsbankerotte 700000 Thaler — weit mehr als der Staatsschatz bei der Operation gewonnen hatte —, ganz abgesehen von den Störungen in Handel und Wandel, die diese bewirkte[3].

Die weitläufige und prächtige Hofhaltung nahm einen beträchtlichen Teil der Einnahmen in Anspruch. Der Hofkasse Gesamt-

---

[1] Breysig, Staatshaushalt, S. 11.
[2] Vgl. Mylius, IV, II, 17 f. 22. 26. 28. 31.
[3] Mylius, IV, I, 1230—1254.

einnahme betrug, im Jahre 1652, 239000 Thaler; davon erfordert wurden eigentlich nur 188200 Thaler, aber sie war derart verschuldet, daſs dies nicht allein den Überschuſs von fast 51000 Thalern verschlang, sondern Friedrich Wilhelm nicht einmal Geld genug besaſs, um seine Gemahlin zur Kur nach Spa senden zu können[1].

Die Hebung der kurfürstlichen Finanzen und des Landeswohles überhaupt scheiterte zum groſsen Teile an dem Umstande, daſs die Abgaben in einer für die damaligen ökonomischen Verhältnisse der Unterthanen völlig ungeeigneten Weise veranlagt waren. Sie bestanden in direkten, sehr roh nach uralten Katastern verteilten Einkommen- oder Berufssteuern, die unter dem Namen der Kontribution zusammengefaſst waren. Diese war aber von Leuten, die der Krieg vielfach um alles bare Vermögen gebracht hatte, und die jeden Tag von der Hand in den Mund lebten, nur mit äuſserster Mühe oder auch gar nicht aufzubringen. Die Zahlungsfähigen, d. h. die höheren Beamten und die Edelleute, waren zu lächerlich geringen Beträgen eingeschätzt und zahlten auch diese lässig oder gar nicht, mit Konnivenz der verordneten Steuererheber[2]. Von der Masse der Unterthanen besaſsen die wenigsten an den festgesetzten Terminen die Mittel, den Steuerbetrag zu entrichten. Es kam so weit, daſs die Bürgerschaft ganzer Städte — wie z. B. die von Angermünde — einfach auswanderte, um der Kontribution zu entgehen. Auch zahlreiche Bauernschaften baten um die Erlaubnis, die Kurmark verlassen zu dürfen, da sie die Abgabe nicht mehr bezahlen konnten[3]. In der Priegnitz verschworen sich die Landleute, im April 1656, zu gemeinsamer bewaffneter Abwehr gegen die erdrückende Kontribution[4]. Wenn auch Friedrich Wilhelm diesen drohenden Bauernkrieg zu verhindern wuſste, hat er das Bedenkliche der Kontribution für des Landes Wohl und Kraft nicht verkannt. Hieſs es doch in einem amtlichen Berichte aus jenen Tagen: „Durch diese nach Unverstand, nach Gunst, nach Haſs und nur zu oft nach eigenem Nutzen angelegten und ausgeschriebenen, sonderlich durch die Militärexekutionen unbarmherzig erpreſsten Kriegs-

[1] Königl. Bibl. zu Berlin, Mss. Boruss., fol., 356 (Königsche Sammlung von Aktenstücken).
[2] Schmoller, a. a. O., S. 54 ff.
[3] Meinardus, III, 26. 588.
[4] Mylius, VI, I, 494.

kontributionen sind viele tausend Land- und Stadtleute von Brot und Nahrung, von Haus und Hof an den Bettelstab und in das Elend getrieben.“ In der That war es ein Unglück, dafs die Begründung der brandenburgischen Macht vermittelst eines zahlreichen und kostspieligen stehenden Heeres mit der wirtschaftlich elendesten Lage der deutschen Länder zusammenfiel. An diesem Zustande der Dinge konnte und wollte der Kurfürst nichts ändern. Dafür aber war er von Beginn seiner Regierung an darauf bedacht, jene ruinöse Steuer durch eine andere, den zeitlichen und örtlichen Verhältnissen besser angepafste zu ersetzen.

In Holland bestand das hauptsächliche Staatseinkommen längst in einer Abgabe von den allgemeinen Lebensbedürfnissen, selbst im inneren Verkehr des Landes, die man speciell die Accise nannte. Diese Einrichtung hatte, wie alle indirekten Steuern, den Vorteil, von den Pflichtigen nur in fast unmerklich kleinen Mengen entrichtet zu werden — ein Vorzug besonders für die armen, der Barmittel entbehrenden Bewohner der kurfürstlichen Lande.

Diese Accise fand auch in Kleve, das mit den Niederlanden in so enger nachbarlicher, politischer und militärischer Verbindung stand, leichten und schnellen Eingang. Anders stand es in der Kurmark und Preufsen. Freilich versuchte Friedrich Wilhelm im Jahre 1641 für erstere ein System, das hauptsächlich auf der Accise beruhte und nur daneben für manche, in ihren Erzeugnissen schwer zu fassende Beschäftigungen eine Gewerbesteuer einführte[1]. Allein der Adel wollte von einer Abgabe nichts wissen, die seiner persönlichen Unabhängigkeit zu nahe zu treten schien, indem sie ihn der Aufsicht landesherrlicher Steuerbeamten unterwarf. So kam es, dafs die Accise bald wieder der alten Kontribution Platz machte. Waldeck hatte sie dann von neuem als das einzige Mittel empfohlen, aus den für Landesherrn und Unterthanen gleich unerquicklichen Finanzverhältnissen herauszukommen[2]. Sie sollte überhaupt und allgemein eingeführt werden. Indes die Wirren des Nordischen Krieges, vereint mit dem Widerstande des Adels, machten zunächst die Verwirklichung dieses Planes unmöglich. Nur die Residenzstadt

[1] Accise- u. Steuerordnung v. 30. Juli 1644, sowie deren Revisionen; Mylius, IV, III, 77 ff. (u. gleichlautend VI, I, 373 ff.), 81 ff.

[2] Erdmannsdörffer, Waldeck, 72.

Berlin-Kölln fügte sich der Einsicht des Kurfürsten, und so konnte dieser, zur Milderung, ja womöglich gänzlichen Beseitigung des von ihr aufzubringenden Kontributionsquantums 1658 die Accise bei ihr einführen. Diese sollte, „damit die schon mit Zöllen genugsam beschwerten Commercia nicht verhindert würden," nicht von Transitgütern, sondern nur von den in der Kurmark wirklich verkauften Waren, und zwar durch den Verkäufer, gezahlt werden. Der Roggen wurde, weil er der Armut am meisten zu statten komme, nachträglich frei gegeben. Auch darin spricht sich die Sorgfalt des Kurfürsten für die Mittellosen aus, daſs er bestimmte: der durch die Accise einlaufende Geldbetrag solle zunächst dienen, die unteren Kontributionsstufen steuerfrei zu machen[1]. Es sind also derartige sozialpolitische Anordnungen keineswegs ein besonderes Verdienst unserer Gegenwart.

Die Ersetzung der Kontribution durch die Accise übte auf das Emporkommen Berlins einen so günstigen Einfluſs, daſs wir sie später über alle kurmärkischen Städte ausgedehnt sehen werden.

Auch sonst war der Kurfürst eifrig darauf bedacht, dem kläglichen ökonomischen Zustande seiner Länder, zumal der Kurmark, abzuhelfen, soweit es seine bescheidenen Mittel und die Sorgen des Kampfes ums Dasein gestatteten. Wir nehmen wahr, wie er im Jahre 1643 aus dem durch langdauernden Frieden blühenden Preuſsen mehrere hundert Lasten Getreide nach der Kurmark bringt, zum Saatkorn, das dort den verwüsteten Feldern mangelt[2]. Aus den landesherrlichen Forsten gewährte er den Unterthanen freies Holz zum Wiederaufbau ihrer niedergebrannten Gehöfte. Verlassene Güter wurden dem Ersten, der sie zum Anbau in Besitz nehmen wollte, auf sechs Jahre kostenfrei überlassen. Wirklich hatte er die Freude zu sehen, daſs sein Land sich wieder hob, wenn auch langsam und in bescheidenem Umfange. Die Bürger von Wittenberge bauten ihr gänzlich zerstörtes Städtchen auf. Frankfurt an der Oder, das 1643 nur 272 Feuerstellen besaſs, zählte 1645 deren schon 409; die Altstadt Brandenburg, anstatt 65, deren 152; Prenzlau, anstatt 107, 120; Treuenbrietzen gar, anstatt 30, 174 — eine Vermehrung auf fast

[1] Mylius IV, III, 86 ff. 90 ff.
[2] Droysen, III, I, 264.

600 Prozent[1]. Schon 1645 fand Torstenson von den kurfürstlichen Landen: „Selbige sind in gutem Zustande, also daſs nicht allein die alten Einwohner zu dem Ihrigen sich wieder gefunden, sicher wohnen, den Ackerbau, Handel und Wandel ungehindert fortsetzen, sondern auch anderer Herrschaften Unterthanen sich unter des Kurfürsten Schutz begeben und gleich den Seinigen, dem Lande zum Besten und mehrerm Aufnehmen, ihre Nahrung treiben."

Sobald der Westfälische Friede dem Kurfürsten die Möglichkeit einer folgerichtigen und andauernden Beschäftigung mit den inneren Angelegenheiten des Staates gewährt hatte, suchte er vor allem durch Heranziehung fremder Kolonisten dessen erschreckender Entvölkerung abzuhelfen. Durch west- und oberdeutsche Einwanderung waren einst die ostelbischen Slawenländer dem Deutschtum und der Kultur gewonnen worden — dasselbe Mittel haben die brandenburgisch-preuſsischen Herrscher seit dem Groſsen Kurfürsten stets angewandt, um die durch Krieg, Pest, Verarmung hervorgerufenen Lücken in der Bevölkerung ihres Staates auszufüllen. Damit haben auch jene Gegenden einen echt deutschen, ja man kann sagen den von jeder Stammeseigentümlichkeit freiesten, allgemeinsten deutschen Charakter angenommen. Deutsche aus Vorpommern und Bremen-Verden, die nicht unter schwedische Herrschaft geraten wollten, bevölkerten die Lenzer Wische an der Elbe und begründeten dort einen kräftigen, wohlhabenden Bauernstand. Niederrheinländer sowie Lausitzer und wegen religiöser Bedrückungen entflohene Schlesier lieſsen sich in der Kurmark nieder. Besonders aber zogen Friedrich Wilhelm und seine Gemahlin Ansiedler aus den blühenden, in jedem Zweige menschlicher Betriebsamkeit ausgezeichneten Niederlanden herbei. Es wurde dabei zumeist mit Unternehmern Vertrag geschlossen, die unter bestimmten Bedingungen eine gewisse Anzahl tüchtiger Kolonisten herbeizuschaffen hatten. Der Kurfürst versprach diesen eine rechtlich freie Stellung sowie beträchtliche Vorschüsse. Im havelländischen Kreise erhielt eine ganze Gegend den Namen des Holländerbruchs: da trockneten die Fremden die Sümpfe aus, zogen Gräben und Deiche und bauten die Dörfer Hohenbruch, Kreuzbruch und Neuholland. Andere Ämter, die ganz verödet gelegen, wurden durch niederländische Zuzüge in den Jahren

---

[1] Meinardus, II, CXXVI. CXL ff. 160. 199.

1649 und 1652 bevölkert. Mehr noch, als der Zuwachs an Menschenzahl und Ertrag, bedeutete die niederländische Kolonisation für die Verbesserung der Wirtschaft, besonders der Wiesenkultur, in dem armen und rauhen Lande [1].

In Preufsen wurden schon vor dem Westfälischen Frieden, im Sommer 1647, Holländern wüste Plätze angewiesen, wo sie Wiesenwachs und Ackerbau betreiben wollten [2]. In den folgenden Jahren ward die niederländische Kolonisation eifrigst fortgesetzt unter Verleihung bedeutender wirtschaftlicher Vorteile seitens des Landesherrn [3]; auch in die Städte wurden Niederländer und selbst Schotten zugelassen und, in der freisinnigen und grofsherzigen Weise des Kurfürsten, mit vollem Bürgerrechte begabt [4]. Mit allen Kräften war er bestrebt, tüchtige Landwirte und Gewerbtreibende, woher sie auch stammten, für seine Staaten zu gewinnen.

Er erkannte nicht minder die hohe Wichtigkeit guter Wasserstrafsen für die Hebung von Handel, Industrie und Ackerbau. Da die Schweden die Odermündungen besafsen, verbesserte er mit Eifer den Oder-Spree-Kanal, um die Schiffe aus dem Gebiete der oberen und mittleren Oder nach Havel und Elbe überzuführen [5]. Einen anderen Kanal wünschte Friedrich Wilhelm aus Litauen und Polen durch die Litauische Niederung zu ziehen, um die gefährliche Reise durch das Kurische Haff unnötig zu machen. Zur Verbesserung des Fahrwassers im Frischen Haff setzte er einen eigenen Wasserbaumeister ein, der zumal das Baggern fleifsig betreiben sollte [6]. So hat dieser Fürst alle Aufgaben des modernen Staates mit Einsicht erkannt und mit nie versiegendem Eifer zu lösen versucht.

Er förderte auch den Durchfuhrhandel, der wegen der hohen auf der Flufsschiffahrt ruhenden Zölle das brandenburgische Gebiet gänzlich zu verlassen drohte. Anstatt die Elbe und Oder hinunterzugehen, wurden die Waren per Achse von Leipzig über

---

[1] Beheim-Schwarzbach, Hohenzollernsche Kolonisationen (Leipzig 1874), S. 35 ff. — K. Breysig, Gesch. der brandenb. Finanzen, I, 247 ff. — König, Histor. Schilderung von Berlin, II, 71.

[2] Kurf. an preufs. Oberräte, 11./21. Juni 1647; Meinardus, III, 716 f.

[3] Orlich, III, 48. 170.

[4] U. u. A., XV, 403.

[5] Isaacsohn, II, 130.

[6] Meinardus, II, CXXXVII.

Halle und Magdeburg nach Hamburg oder von Breslau über Thorn nach Danzig geführt. Deshalb setzte die kurfürstliche Regierung bereits im April 1647 die Transit- und Flufszölle beträchtlich herab[1]. Darauf erschienen bald die hamburgischen Schiffe auf der Spree, und der Berliner Magistrat mufste die Gertraudenbrücke derart umbauen, dafs jene sie mit Mast und Segel durchfahren konnten. Die Kurmärker führten nach England ihre prächtigen Mastbäume und vor allem Eisendraht aus; daneben wurden Bier, Hopfen, Tuche exportiert. Zum Schutze der heimischen Industrie erliefs der Kurfürst wiederholt Einfuhrverbote gegen Erzeugnisse fremden Gewerbfleifses. — Preufsen führte hauptsächlich Getreide und Holz aus, das freilich zum grofsen Teile aus Polen stammte[2]. Die eigene preufsische Reederei war noch sehr geringfügig. Am 14. November 1647 hatte der Kurfürst mit König Christian IV. von Dänemark einen Vertrag geschlossen, der den brandenburgisch-preufsischen Schiffen, die den Sund passieren würden, dieselben Zollermäfsigungen gewährte, wie den niederländischen. Als König Friedrich III. am 10. Mai 1651 dieses Zugeständnis bestätigte, fügte er hinzu, dafs allerdings innerhalb der drei und einhalb Jahre noch nicht ein einziges Fahrzeug unter brandenburgischer Flagge im Sunde erschienen sei[3]. Besser sah es mit der Binnenschiffahrt aus. Der Elbverkehr erholte sich rasch nach Herstellung des Friedens. Im Jahre 1651 weisen die Rechnungen des kurfürstlichen Zollamtes zu Lenzen 32000 Thaler Einnahme nach, mehr als vor dem Kriege. Die Klever Rheinzölle bringen 1660 über 40000 Thaler ein, während sie 1640 nur 9000 abgeworfen hatten[4].

Ein Hauptwerkzeug für die Hebung des geschäftlichen Verkehrs in Brandenburg ward die Post, die dort ihre Entstehung Friedrich Wilhelm verdankte[5]. Freilich gab es vorher schon staatliche Botenposten, aber sie waren ausschliefslich zur Beförderung der Regierungs- und Hofkorrespondenz bestimmt, nahmen nur mifsbräuchlich bisweilen Privatbriefe mit; daneben

---

[1] Meinardus, II, cxxxvi, III, 681 ff.

[2] Orlich, II, 421 ff.

[3] v. Mörner, Staatsverträge, 142.

[4] Breysig, a. a. O., S. 34 f.

[5] W. H. Matthias, Darstellung des Postwesens in den preufs. Staaten (Berlin 1812), I, 6 ff. — H. Stephan, Gesch. der preufs. Post (Berlin 1859), 15 ff.

funktionierten die gelegentlichen Metzgerposten. Erst der Grofse Kurfürst ist der Schöpfer der regelmäfsig den Privatinteressen dienenden Staatspost in Brandenburg geworden: nicht aus fiskalischen Rücksichten, da er den geringfügigen Überschufs, den die Postverwaltung zu seiner Zeit abwarf, nicht vorhersehen konnte; sondern nur um zwischen den Bewohnern seiner auf fast zweihundert Meilen Entfernung sich ausdehnenden Lande bleibenden Verkehr zu schaffen, ohne hierbei an fremde Fürsten, auch den Kaiser, sich wenden, dadurch ausländische Beamte und Amtsstuben in seine Staaten zulassen zu müssen. Er fand bei Gründung und Einrichtung der Post einen vortrefflichen Gehilfen in dem Kammerrat Michael Matthias.

Unter diesem Beamten, der bald den Titel eines Postdirektors erhielt, wurde 1649 die Staatspost organisiert. Er legte zunächst den grofsen Kurs von Kleve über Wesel, Osnabrück, Minden, Hannover, Braunschweig, Halberstadt, Brandenburg, Spandau nach Berlin und von hier über Küstrin, Arnswalde, Tuchel, Marienwerder, Danzig nach Königsberg und Memel an. Zweimal wöchentlich wurde der ganze Kurs befahren; und da man Stationen auf je drei Meilen Entfernung einrichtete, konnten die weiten Strecken von Kleve nach Berlin in sechs, von hier nach Königsberg in vier Tagen zurückgelegt werden. Diese Beförderung erschien damals eine schwindelnd schnelle, so dafs man die brandenburgische Post als die „fliegende“ bezeichnete. Zweigposten gingen von Königsberg über Neidenburg nach Warschau, von Halberstadt nach Kassel, von Kleve nach Utrecht. An den Endpunkten stand der brandenburgische Postkurs mit den schwedisch-livländischen und den niederländischen Posten in Verbindung. Auch nach Hamburg fuhr die brandenburgische Post von Berlin aus, und nach mancherlei Streitigkeiten gelang es, in der Hansastadt dauernd ein kurfürstliches Postamt zu errichten. Von Leipzig aus beförderte die brandenburgische Post, mit der sächsischen konkurrierend, zweimal wöchentlich in drei Tagen über Magdeburg und Halle Wagen nach Hamburg: nicht ohne dafs es vorher mit Kursachsen darüber scharfe Auseinandersetzungen gegeben hätte. Noch erbitterter waren die Streitigkeiten über die Postgerechtsame mit Danzig und Polen; doch auch mit ihnen kam endlich, durch das thatkräftige Auftreten des Kurfürsten, ein leidliches Verständnis zuwege. Von Minden ging eine Post nach Bremen und Emden: an beiden Orten gab es gleichfalls brandenburgische

Postmeister. Endlich wurde ein Kurs von Berlin über Frankfurt an der Oder an die schlesische Grenze geführt, von wo die kaiserliche Post nach Breslau und Wien weiterging: in sechs Tagen gelangten Briefe und Päckereien von der brandenburgischen bis zur österreichischen Hauptstadt.

So dehnte die brandenburgische Post ihre Thätigkeit nach allen Seiten, auch über auswärtige Staaten, aus, während kein fremdes Posthorn auf brandenburgischem Gebiete ertönen durfte. Das kurfürstliche Postwesen erfreute sich aber, Dank der Tüchtigkeit und dem unermüdlichen Schaffen des Direktors Matthias, des allgemeinsten Zutrauens auf seine bewährte Sicherheit und Schnelligkeit. Das Briefgeheimnis wurde absolut gewahrt. Auch Reisende wurden, soweit der Platz es gestattete, mitbefördert. Die höchste Aufsicht führten der Ober-Postdirektor, nachmals General-Postmeister — erst Schwerin, dann Jena — und der Kurfürst selber, der sich häufig Vortrag über diesen Verwaltungszweig halten liefs. Die Post, die in der ersten Zeit einen jährlichen Zuschufs von 6000 Thalern erfordert hatte, warf gegen Ende von Friedrich Wilhelms Regierung 40 000 Thaler, die Hälfte ihrer Gesamteinnahme, als jährlichen Nutzen ab. — Zwar suchte das fürstliche Haus Taxis, auf Grund der vom Kaiser Matthias zugesicherten Vorrechte, den Kaiser zum Verbote der brandenburgischen Posten zu bestimmen; allein da Friedrich Wilhelm den Streit entschlossen aufnahm und mit einer reichsständischen Verbindung gegen das ganze Taxissche Postwesen drohte, lenkten die Taxis und der Kaiser ein und gestand letzterer 1666 dem Kurfürsten in aller Form den Besitz des Postregals zu. Innere wie äufsere Schwierigkeiten hatte Friedrich Wilhelm hier mit ebenso grofser Festigkeit wie Einsicht überwunden. Siebzig Postämter, sechzehn grofse Postkurse von zusammen vierhundert Meilen Länge dienten für billige Gebühr dem öffentlichen Verkehr in allen brandenburgisch-preufsischen Provinzen.

Des Fürsten kühne und freie Auffassung der politischen und sozialen Verhältnisse — die sich freilich, von Mächten, mit denen er zu rechnen hatte, gehemmt, nicht überall nach Wunsch entfalten konnte — zeigte sich in vollem Mafse auch auf dem Gebiete des Handwerkerwesens. Das hier überlieferte Zunfttum war in einen öden, nur die Besitzenden begünstigenden Zwang ausgeartet, der, gegen den einzelnen vielfach hart, ungerecht, ja grausam, im allgemeinen jeden Aufschwung, jeden technischen Fortschritt des

Kleingewerbes lähmte. Der Schade, den dieser Zwang übte, war so grofs, dafs er den guten und berechtigten Kern des Innungswesens, die gegenseitige genossenschaftliche Aufsicht und Hilfe, fast ganz erstickte. Friedrich Wilhelm war im Grunde Anhänger einer möglichst ausgedehnten Gewerbefreiheit; allein bei dem traurigen Zustande seiner Länder im Beginne seiner Regierung, bei dem tiefen Daniederliegen gerade des Handwerks und den hohen Steuern, die er von den Städtern erheben mufste, durfte er hier an eine durchgreifende und umwälzende Reform nicht denken. Er begnügte sich damit, im Rezefs vom 26. Juli 1653 die Gewerke wie ihre Sonderrechte grundsätzlich der Aufsicht und der Verbesserungsbefugnis des Staates zu unterwerfen. So wurde diesem wenigstens die Möglichkeit gewährt, nicht nur von Fall zu Fall gegen Mifsbräuche des Zunftwesens einzuschreiten, sondern in Zukunft auch prinzipielle Änderung in letzterem zu bewirken. Der Kurfürst liefs es thatsächlich an der ersteren Art staatlichen Eingreifens nicht fehlen. Der Ausschlufs ganzer Bevölkerungsklassen — wie der Schäfer, Polizeidiener, Vögte — und ihrer Kinder von den Zünften wurde untersagt; nicht minder die Bildung von Preisringen oder die Einführung einer Maximalgrenze für die Anzahl zünftiger Meister. Gegen letzteren Mifsbrauch schritt die kurfürstliche Regierung um so kräftiger und beharrlicher ein, als er deren kolonisatorische Thätigkeit zu lähmen drohte. Um die verderblichen Vorrechte der Zünfte mit einem Schlage beseitigen zu können, hat sich Friedrich Wilhelm später — 1664 — an das Reich und dessen offizielle Vertretung, den Regensburger Reichstag, gewandt[1].

Auch für die ökonomische Hebung des Bauernstandes ist Friedrich Wilhelm stets eifrig besorgt gewesen. Anders verhält es sich mit dessen sozialer Stellung[2]. Für diese hat der Kurfürst, in den Anschauungen des ganzen damaligen Deutschland befangen, kein sonderliches Interesse gehegt. Er überliefs sie dem natürlichen Gange der Ereignisse, und dieser war ihr nicht günstig. Der Adel suchte sich für die Opfer an politischer Un-

---

[1] Mor. Meyer, Gesch. der preufs. Handwerkerpolitik, I (Minden 1884), S. 47 ff. — Über Friedrich Wilhelms grundsätzliche Hinneigung zur Gewerbefreiheit: Orlich, I, 451.

[2] Das Folgende nach Friedr. Grofsmann, Die gutsherrlich-bäuerlichen Rechtsverhältnisse in der Mark Brandenburg v. 16. b. 18. Jahrh. (G. Schmoller, Staats- u. sozialwisch. Forsch., IX, IV [1890]).

abhängigkeit und Macht, die er der landesherrlichen Gewalt bringen mufste, durch Steigerung seiner eigenen Befugnisse über die Bauernschaft zu entschädigen; und Friedrich Wilhelm, wie so viele andere damalige Fürsten, glaubte ihm hierin Zugeständnisse machen zu müssen. Der kurmärkische und pommersche Adel hat die Gunst der Lage um so rücksichtsloser ausgebeutet, als er sich natürlich von dem Elende der Kriegsjahre leichter erholen konnte als der ohnehin ärmliche und mit geringen Hilfsquellen ausgestattete Bauer. Solche wirtschaftliche Überlegenheit erleichterte es dem Adel, die dem Fürsten abgezwungene Machterweiterung gegenüber den bäuerlichen Bevölkerungen in ausgedehntester Weise zu verwirklichen, zumal der Zug der Verhältnisse schon seit zwei Jahrhunderten auf Steigerung der gutsherrlichen Rechte über die Bauern ging.

Freie Bauern gab es nur noch in geringer Menge: es waren hauptsächlich die Lehnschulzen, deren Anzahl sich aber beständig verminderte. Ihnen standen gegenüber die eigentlichen Leibeigenen, in der Ucker- und Neumark, sowie der Herrschaft Beeskow und Storkow. Sie waren völlig rechtlos, theoretisch nicht viel besser gestellt als Sklaven, wenn sie auch thatsächlich zumeist auf Höfen fest angesiedelt waren. Zwischen diesen beiden Klassen befand sich die grofse Masse der Bauern, die „Unterthanen, Hörigen". Sie waren dem Staate gegenüber frei, wie sie denn Klagerecht und persönliches Vermögen besafsen, ihren Herren gegenüber jedoch gebunden, an die Scholle gefesselt und zu mannigfachen Leistungen verpflichtet. Ihre erwachsenen Kinder mufsten drei Jahre hindurch gegen elenden Lohn bei der Herrschaft dienen. Der Regel nach hatte der unterthänige Bauer dem Herrn wöchentlich zwei oder drei Tage Hand- und Spanndienst zu thun. Für seine Verheiratung oder Wahl eines anderweiten Lebensberufes war er von der Genehmigung des Herrn abhängig.

Durch den Krieg und seine Folgen aber wurde die rechtliche Stellung der Bauern noch wesentlich verschlimmert, ohne dafs der Kurfürst sich in der Lage sah, dem grundsätzlich entgegenzutreten. Vielmehr nötigte ihn der alles überwiegende Wunsch, das verödete Land wieder zu bevölkern, dem nach Lage der Verhältnisse wirtschaftlich noch kräftigsten Elemente, dem Adel, hierfür freie Hand zu lassen. Auf Bauern, die ihre Höfe verlassen hatten, durfte im ganzen Lande, wie auf entlaufene

Sklaven, Jagd gemacht werden. Die Kinder des hörigen Bauern, die bis dahin die Freiheit besessen hatten, durch Verzicht auf das väterliche Gut sich der Unterthänigkeit zu entledigen, wurden nunmehr gezwungen, solches zu übernehmen, ja, wenn mehrere Söhne da waren, öde Hufe ihrer Gutsherrschaft anzubauen. Überall da, wo die Dienste des Hörigen nicht urkundlich beschränkt waren, wurden sie als ungemessene betrachtet und ihre Ausdehnung der Willkür der Herrschaft anheimgestellt, ja in manchen Gegenden sogar die gemessenen Dienste als bei eintretenden „Notfällen“ unbeschränkt bezeichnet. Aufser solchen Diensten mufsten die Bauern meist noch dem Gutsherrn zinsen. Da gab es Garten-, Wiesen- und Wasserzinse, Hühner-, Eier-, Zapfen- und Holzzinse, stehenden und Hufenzins, dazu die Zehnten von Korn, Fleisch, Füllen, Kälbern, Ziegen, Lämmern und Gänsen, endlich Abschofs und Kruglagen. Jeder Besitzwechsel unter Lebenden wie durch Erbfall war in den bäuerlichen Familien mit schweren Abgaben belegt[1]. Indem der Adel viele bisher steuerpflichtige Bauernhöfe zu eigener Bewirtschaftung einzog, wälzte er das darauf lastende Steuerquantum auf die noch übrigen Bauern ab. Andere wüst liegende Hufe wurden zu lassitischem Rechte verliehen, d. h. auf Belieben der Gutsherrschaft, die dabei die Befugnis besafs, unter den Söhnen des Bauern den ihr als besonders tüchtig erscheinenden zur erblichen Übernahme der Hufe zu nötigen. Oder der Gutsherr übergab Höfe zur Pacht; so erscheinen nach dem grofsen Kriege zum erstenmal in der Kurmark Pachtbauern. Endlich wufste der Adel, zumal in Pommern, seine Rechte thatsächlich derart auszudehnen, dafs ihm das Bauernlegen, d. h. die willkürliche Vertreibung des erbangesessenen Bauern von Haus und Hof und deren Einziehung zu eigener Benutzung, völlig frei stand. Zu allem dem kam, dafs die ganze Wucht der Besteuerung des flachen Landes den Bauernstand traf, da die Vorwerksländereien des Kurfürsten sowie der direkte Besitz des Adels fast durchaus steuerfrei und die Bauern unerfahren waren in der Kunst der Steuerhinterziehung, die die Edelleute meisterlich zu üben verstanden[2]. Das System wurde dadurch vervollständigt, dafs man das Klagerecht des Bauern gegen den Herrn durch vielerlei Beschränkungen und

[1] K. Breysig, Gesch. d. brandenb. Finanzen, I, 214 f. 229.
[2] Ebendas., 218.

Bedingungen sowie durch Bedrohung „mutwilliger“ Klagen mit beliebigen Freiheitsstrafen völlig illusorisch machte. War doch der Gutsherr zugleich der Gerichtsherr, von dem der Bauer in jeder Weise mit Leib und Gut abhing.

Etwas besser waren die Verhältnisse der Bauern auf den kurfürstlichen Domänen, wo sie von den nachlässigen Beamten weniger ausgenutzt und auch nicht „gelegt“ wurden. Indes bei Verpachtung der Domänen pflegte der „Arrendator“ mit um so gröfserer Härte aufzutreten, als er für das Gut, das er nur sechs oder höchstens neun Jahre sein eigen nannte, und für dessen Bewohner kein Interesse hegte.

So versank in allen Ländern des Kurfürstentums der Bauernstand in harte Dienstbarkeit, die dann bis zu den napoleonischen Kriegen wenig gemildert worden ist. Friedrich Wilhelm war wohl in einzelnen Fällen bestrebt, ihm seine spärlichen Rechte zu erhalten, besonders in der Mittelmark, wo er am leichtesten persönlich die Aufsicht führen und einschreiten konnte — im grofsen und ganzen mufste er hier der Entwickelung der Dinge freien Lauf lassen.

Und doch war im Grunde niemand fester, als er, davon überzeugt, dafs die Gerechtigkeit die Grundlage aller Staaten ist. „Wir befehlen,“ schreibt er im Landtagsabschiede von 1653 den Richtern vor, „dafs jedermann Justitiam unparteiisch administriere, zuvörderst die gütliche Handlung mit allem Fleifs zu suchen oder, in Entstehung der Güte, was Recht ist, zu urteilen; die Prozesse auch so viel wie möglich zur Endschaft zu führen und weder den Parteien noch auch den Advokaten unnötige Weitläufigkeiten zu gestatten.“

Grundsätzlich war er gemeint, dem Rechte freie Bahn zu gewähren und den Verwaltungsbehörden jede Einmischung hierin zu untersagen. Das Kammergericht, der höchste brandenburgische Gerichtshof — so erklärte er wenige Monate nach seinem Regierungsantritte —, stehe unmittelbar unter ihm selbst und nicht etwa unter dem Geheimen Rate, der alle Klagen über jenen Hof dem Landesherrn zu überweisen habe. Auch die Urteile der Kriegsgerichte, die Leben oder Ehre beträfen, sollten vor der Vollstreckung erst vom Civilrichter geprüft werden: man sieht, dafs die Trennung der Militär- von der bürgerlichen Justiz damals viel weniger streng war, als dies heute der Fall ist.

Indes, mit der Zeit erhielt der Geheime Rat doch eine, mit

dem Kammergerichte konkurrierende privilegierte und Berufungsgerichtsbarkeit: teils in Verwaltungssachen, teils auch in solchen Streitigkeiten, wo eine gütliche Beilegung ohne förmlichen Prozefs von den Parteien verlangt wurde. Diese doppelte Rechtsprechung gestand der Kurfürst dem Geheimen Rate durch Instruktion vom 26. September 1646 ausdrücklich zu. Bald kam es über die Grenze der beiderseitigen Kompetenz zwischen dem Geheimen Rate und dem Kammergericht zu Streitigkeiten, die nie grundsätzlich entschieden worden sind. Immer ungünstiger wurde des Kurfürsten Stimmung gegen das Kammergericht, das bei Bestrafung der Vergehen und Verbrechen mit pflichtwidriger Langsamkeit, bisweilen mit offenbar interessierter Nachsicht verfuhr. Im Anfange des Jahres 1655 versuchte deshalb der Kurfürst eine Besserung durch eindringliche Mahnung[1]. Aber diese scheint wenig gefruchtet zu haben. Die mangelhafte und kostspielige Rechtsprechung seitens des Kammergerichtes sowie die zweckwidrige Art, in der der Vizekanzler Andreas von Kohl die von dem Kurfürsten geforderte neue Kammergerichts-Ordnung entwarf[2], veranlafsten dann diesen, eigentlich gegen seinen Grundsatz, dem Geheimen Rate gröfsere richterliche Befugnisse zu verleihen. 1658 ernannte er eine besondere stehende Kommission der letzteren Behörde zu richterlicher Thätigkeit: den „Geheimen Rat zu den Verhören“; und bald darauf — 1660 — wurden dieser Kommission förmlich die Aufsicht über das Kammergericht und die Befugnisse einer höchsten Berufungsinstanz gegen dessen Entscheidungen übertragen[3].

Viel wichtiger noch war die Umgestaltung der Justiz in Preufsen. Hier standen seit dem grofsen Privilegium des Jahres 1609 die Dinge so, dafs das Hofgericht, der höchste Gerichtshof, und der in allen Lehnsachen mit ihm konkurrierende Pairshof ausschliefslich im Interesse des Adels gegenüber allen anderen Ständen und dem Landesherrn selbst organisiert waren; wenn undenkbarer Weise der Edelmann doch in einem Prozesse verurteilt wurde, stand ihm von beiden Höfen die Berufung an den König von Polen frei. Sobald aber des Kurfürsten Souveränität in

---

[1] Ms. Kurf. an die Kammer-Ger.-Räte, 11. Jan. 1655; Berlin, Kgl. Bibl., Manuscr. Bor., fol., 356.

[2] Stölzel, Fünfzehn Vorträge, 89.

[3] Isaacsohn, II, 213 ff. — Klaproth u. Cosmar, 191 ff.

Preufsen anerkannt und damit das Recht der Berufung an fremde Tribunale fortgefallen war — 1657 —, setzte er dort ein eigenes Ober-Appellationsgericht ein, das aus sechs Adligen und drei Bürgerlichen bestand, lauter Rechtserfahrenen, die der Landesherr ernannte, und dessen Ordnung derart war, dafs sie eine gute und unparteiische Justizverwaltung für alle Stände zu sichern schien [1]. Freilich erkannte der Adel sofort, dafs die neue Einrichtung seinen besonderen Vorrechten schädlich sei. Die preufsischen Stände erklärten sich also gegen das neue Tribunal, weil „auf der Appellation (nach Polen) nicht allein die hohen Jura königlicher Majestät und der Krone Polen, sondern auch die Fundamentalverfassungen dieses Herzogtums Preufsen grofsenteils beruhten" [2]. Allein dieser Protest verhallte dem guten Rechte des Kurfürsten und dem offenbaren Interesse der Gesamtbevölkerung Preufsens gegenüber wirkungslos.

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit hat der Kurfürst systematisch den Gerichten entzogen und den administrativen Behörden übertragen [3]. Es hing das eng mit seinem Bestreben nach Erhöhung der landesherrlichen Machtbefugnisse zusammen; standen doch die Gerichte naturgemäfs mehr auf dem Buchstaben des Rechtes, also auf konservativ-ständischer Seite, der Geheime Rat und die Kammern dagegen mehr auf reformatorisch-fürstlichem Standpunkte.

Wie in der Steuerverwaltung, so war auch in religionspolitischer Beziehung Friedrich Wilhelm den Anschauungen, wie sie in dem Deutschland seiner Zeit herrschten, weit vorangeeilt [4]. Er zog gründlicher und früher, als seine meisten Zeitgenossen, aus den furchtbaren Lehren des dreifsigjährigen Religionskrieges seine Folgerungen. Und dann beeinflufste ihn die freiere, duld-

---

[1] S. die vortreffliche Einleitung von K. Breysig zu U. u. A., XV, S. 126 ff. 432 ff.

[2] U. u. A., XV, 392 ff.

[3] Schmoller, in der Einleitung zu den Acta Borussica, Behördenorganisation, Bd. I, S. (111).

[4] Eine gute Darstellung der Kirchenpolitik des Grofsen Kurfürsten steht noch aus. Das leider durchaus unzureichende und in der Auffassung verfehlte Buch H. Landwehrs müfste noch einmal geschrieben werden. Wohlgemeint, allein absichtlich aus zweiter Hand und auch nicht überall richtig ist W. Beyschlag, Der Grofse Kurf. als evangelischer Charakter (Halle 1893): ein reiner Panegyricus.

samere und aufgeklärtere Auffassung religionspolitischer Verhältnisse, wie er sie in Holland kennen gelernt hatte. So zeigt er überraschende Klarheit der Anschauung. In einer Epoche des krassesten Teufels- und Hexenglaubens schafft er innerhalb der reformierten Kirche seiner Lande den Exorcismus bei der Taufe ab[1]. Er war ein überzeugter und frommer evangelischer Christ, der es mit seinen Beziehungen zu Gott und dem Heiland aus tiefster Seele ehrlich meinte; religiöse Gleichgiltigkeit oder gar Religionsverspottung waren ihm herzlich zuwider[2]. Aber gerade darum hafste er jeden Zwang fremden Gewissens. „Wir sind," verfügte er bereits am 26. November 1645, „Gott Lob des Verstandes, dafs Wir Uns über die Gewissen Unserer Unterthanen keines Imperii anmafsen, sondern dasselbige Gott allein anheimstellen." Deshalb lehnte er das von den übrigen deutschen Reichsständen geübte Jus reformandi — d. h. das Recht, die Unterthanen zum Religionsbekenntnisse des Fürsten herüberzunötigen — für seine Person durchaus ab[3]. Ein schönes Beispiel grundsätzlicher Duldsamkeit in einer von Glaubenshafs und Bekenntnisstreit so durchwühlten und verbitterten Zeit!

Um so weniger konnte er die gegenseitige Verketzerung der beiden protestantischen Richtungen, der lutherischen und reformierten, verstehen. In allen Dingen übereinstimmend, schieden sie sich ja nur in zwei Punkten: der Prädestinationslehre und der Auffassung des Abendmahls. In betreff der ersteren hatte sein klarer rationeller Geist überhaupt weder Verständnis noch Interesse — er hielt es für vermessen, in die Geheimnisse Gottes eindringen zu wollen. Ebensowenig aber begriff er, dafs von einer körperlichen Anwesenheit Christi in Brot und Wein ernstlich die Rede sein könne. Mitten unter den ersten drängenden Regierungssorgen, im Jahre 1641, hatte er über diesen Punkt zwischen dem angesehensten lutherischen Theologen Königsbergs, Behm, und seinem reformierten Hofprediger Berg einen Disput halten lassen, in dem der Reformierte ihm den Sieg errungen zu

---

[1] König, Histor. Schilderung von Berlin, II, 70.

[2] Vgl. seinen wiederholten scharfen Tadel gegen seinen Hofhistoriographen Hübner aus eben diesen Gründen: E. Fischer, in der Zeitschr. f. preufs. Gesch. u. Landesk., XV (1878), S. 384 f.

[3] U. u. A., IV, 410.

haben schien [1]. Im ganzen nahm er eine vermittelnde Stellung zwischen Kalvinismus und Luthertum ein, wie er denn kein Bedenken trug, sich zur Augsburger Konfession, zu deren Apologie und selbst zum Kleinen Lutherischen Katechismus zu bekennen [2]. Jedenfalls meinte er, dafs bei so viel Übereinstimmendem so wenig Trennendes beiseite gelassen werden, Lutheraner und Reformierte in Einigkeit leben sollten [3]. Er wollte das ewige Verketzern und Verdammen von der Kanzel herab, wie es besonders die Lutheraner gegen die „Kalviner" übten, nicht mehr dulden. Seien die Evangelischen für ihren Zwist durch den Krieg nicht genugsam bestraft worden? Ja, er ging noch weiter: er wünschte eine förmliche Vereinigung beider Bekenntnisse im Gottesdienste, mit sonstiger Bewahrung der eigentümlichen Anschauung eines jeden, herbeizuführen: also ganz das, was anderthalb Jahrhunderte später die evangelische Union Friedrich Wilhelms III. bewirkt hat. Als im Oktober 1645 der Herzog von Lüneburg dem brandenburgischen Diplomaten Grafen Fabian von Dohna den dringenden Wunsch nach solcher Übereinkunft aussprach, pflichtete Friedrich Wilhelm dem von Herzen bei; leider, fügte er nach traurigen Erfahrungen hinzu, ist mit den Theologen, zumal den lutherischen, nichts anzufangen [4]. Wie im Jahre 1643 von der Vermählung des Kurfürsten mit Königin Christine von Schweden die Rede war, durften ihm seine Hofprediger Berg und Agricola eine Konkordienformel vorschlagen, auf die hin er sich mit seiner künftigen lutherischen Gemahlin hätte einigen können [5]. Bei feierlicher Gelegenheit, während des denkwürdigen Landtages von 1653, hielt sein Hofgeistlicher Stosch eine Predigt, die sicher mit Vorwissen und Billigung des Kurfürsten verfafst war. Ganz in dessen Sinne sucht sie die Versöhnlichkeit der lutherischen und reformierten Lehre nachzuweisen; zwischen ihnen sei Einheit des Gottesdienstes möglich, nicht aber zwischen ihnen und den Päpst-

---

[1] S. Hirsch, Erinnerungen an den Grofs. Kurf. u. an seine Gemahlin Luise v. Oranien (Berlin 1852), S. 22.

[2] U. u. A., I, 101. 713.

[3] Friedr. Wilh. an die Königin von Dänemark, Historische Zeitschrift, LIX, 519f.

[4] U. u. A., IV, 403. 407.

[5] Chemnitz, IV, 3.

lichen, denen aber doch die christliche Liebe nicht verweigert werden solle [1].

Für die ganze evangelische Welt suchte er seinen Unionsplan zu verwirklichen. Darüber hat er nicht nur mit den Braunschweigern, Kursachsen und dem Kasseler Landgrafen unterhandelt, sondern auch mit dem Protektor Cromwell und der Königin von Schweden [2]. Leider waren die Geister zur Annahme eines so schönen Gedankens damals ebensowenig reif, wie sie es selbst heutzutage sind.

Sogar daheim fand er wenig Anklang. Die Lutheraner in der Kurmark wie in Preufsen konnten es den Hohenzollern noch immer nicht verzeihen, dafs diese, dreifsig Jahre früher, zum reformierten Bekenntnisse übergetreten waren. Zumal in Preufsen, das sich gegen die kurfürstliche Linie überhaupt so spröde verhielt, trat diese Gegnerschaft hervor. Bei der Huldigung im Herzogtume mufste Friedrich Wilhelm von neuem das Verbot reformierten Gottesdienstes für dessen ganzen Umfang aussprechen [3]. Als er ein Jahr darauf in Königsberg seinem Vater, als einem Reformierten, durch Dr. Berg die Leichenrede halten lassen wollte, beschwerten sich, von den eifersüchtigen lutherischen Predigern Dr. Behm und Dr. Puchenius aufgestachelt, die preufsischen Stände darüber sogar bei dem Könige von Polen. Allein dieses Mal beschlofs der Kurfürst, solcher Unduldsamkeit, die sich in seine persönlichsten Angelegenheiten einmischte, nicht zu weichen. „Wir wollen zwar," schrieb er den Oberräten, „nach dem löblichen Exempel Unserer in Gott ruhenden christlichen Vorfahren auch Uns gern in Geduld fassen, das Gericht dem gerechten Gott befehlen und Uns an solches Verdammen nicht kehren;" er werde aber nicht zugeben, dafs er der schändlichsten Irrtümer und der beabsichtigten Zerstörung des Luthertums in

---

[1] Landwehr, Barth. Stosch, brandenb. Hofprediger, 1604—1686; Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch., VI (1893), 107. Wie nach solchen Zeugnissen Landwehr in seiner „Kirchenpolitik" die Unionsbestrebungen des Grofsen Kurfürsten ableugnen kann, erklärt sich eben nur aus seinem Wunsche, durchaus etwas von der bisherigen Anschauung Abweichendes in seinem Buche vorzubringen, und aus seiner streng konfessionellen kirchlichen Gesinnung.

[2] U. u. A., VI, 652.

[3] Baczko, V, 286 f.

seinen Landen beschuldigt werde[1]. Berg hielt trotz aller Anfeindung am 11. März 1642 in der Schloſskirche zu Königsberg die feierliche Leichenrede für Georg Wilhelm.

Um den Streitigkeiten dauernd ein Ende zu machen, schlug der Kurfürst dann, im April 1644, ein Religionsgespräch zwischen Lutheranern und Reformierten vor[2], das, auf Grund der Augsburger Konfession und mit Heranziehung der bekannten Disputationen zu Marburg (1529) und Leipzig (1631), in Preuſsen abgehalten werden sollte. Indes die Wortführer unter den lutherischen Geistlichen sahen in diesem Vorschlage nur das Bestreben, dem verhaſsten Kalvinertum Eingang in Preuſsen zu verschaffen. Sie antworteten, ein solches Religionsgespräch sei unnötig und gefährlich. „Es ist der geistliche Krieg und Streit," setzten sie recht charakteristisch hinzu, „viel besser als die Vereinigung der Rechtgläubigen mit den Ungläubigen und Unrichtigen." Selbstredend waren unter den letzteren die Reformierten verstanden; denn die Geistlichen fügten die freundliche Aufforderung an, der Kurfürst solle nur zum rechten Glauben — dem Luthertum — übertreten.

Indes Friedrich Wilhelms Plan wurde bald auf noch weiterer Grundlage von König Wladislaw IV. von Polen erneuert. Der mild gesinnte Herrscher veranstaltete im Sommer und Herbst 1645 zwischen den Geistlichen sämtlicher drei Konfessionen zu Thorn ein Religionsgespräch, das die Vereinigung aller Christen zur Aufgabe hatte. Auch Friedrich Wilhelm, als Vasall Polens, wurde zur Teilnahme aufgefordert. Sein Verfahren dabei war recht bezeichnend. Während er nicht umhin konnte, neben zwei reformierten Geistlichen aus der Kurmark auch preuſsische lutherische Pastoren nach Thorn zu entsenden, lieſs er doch als seinen eigentlichen Vertrauensmann den, dem Namen nach lutherischen, thatsächlich aber melanchthonisch friedlich gesinnten Helmstädter Professor Georg Calixt dort erscheinen. Selbstverständlich kam es auch in Thorn nach langen Verhandlungen zu keiner Einigung.

[1] U. u. A., I, 90 ff. 99 ff.

[2] Über das Thorner Religionsgespräch und seine Vorgeschichte sehe man U. u. A., I, 103 f. 169 ff.; Hartknoch, Preuſs. Kirchenhistorie, 937 ff.; Hering, Neue Beiträge zur Gesch. d. reform. Kirche in den brandenb.-preuſs. Ländern, II, 1 ff.; Ikier, Das Thorner Religionsgespräch (Dissert. Halle 1889).

Anstatt sich wenigstens mit den Reformierten gegen den gemeinsamen Widersacher zu verbinden, wüteten die Königsberger lutherischen Prediger derart gegen jene, daſs sie den Tadel ihrer eigenen Amtsbrüder aus Elbing und Thorn hervorriefen. Weit entfernt, die Erbitterung zu beseitigen, hatte — wie das bei solchen Disputationen regelmäſsig der Fall ist — das Thorner Religionsgespräch sie nur gesteigert.

Das beharrliche, durch kein augenblickliches Miſslingen zu entmutigende Verfahren des Kurfürsten trug dennoch auch in dieser Frage einen wenigstens teilweisen Erfolg davon. Da nach Wladislaws IV. Tode dessen Bruder Johann Kasimir die Unterstützung Brandenburgs zur Erlangung der polnischen Krone zu erhalten wünschte, verhieſs er, auf Friedrich Wilhelms Begehren, die Zulassung des reformierten Gottesdienstes in Preuſsen, im Widerspruche mit den bisherigen Gesetzen und Verträgen, zu gestatten. Das war eine feste Grundlage, auf der weitergebaut werden konnte, um zunächst in Königsberg dauernd eine reformierte Gemeinde zu gründen [1].

Auch in der Kurmark traf Friedrich Wilhelm mit seinen versöhnlichen Absichten auf groſse Schwierigkeiten. Von vornherein suchten ihn die lutherischen Eiferer der Mehrheit der Bevölkerung verdächtig zu machen, indem sie geflissentlich das Gerücht verbreiteten, der neue Herr werde „hinfüro keine der lutherischen Religion zugethane Person mehr im Rate oder sonsten leiden oder dazu beordern, ja denen Lutherischen wohl gar ihre Kirchen nehmen“ [2]. Der Kurfürst bewies bald, wie unbegründet solche Anschuldigungen waren: acht Zehntel seiner höheren Räte und Offiziere waren Lutheraner. Er mochte mit Recht darauf hinweisen, daſs kein lutherischer Fürst im ganzen Reiche seine reformierten Unterthanen mit gleicher Unbefangenheit behandle. Nur die Befugnis behielt er sich vor, geistliche Eiferer und Lästerer von kirchlichen und weltlichen Ämtern auszuschlieſsen [3]. Trotzdem lieſsen die lutherischen Geistlichen nicht davon ab, mit den schärfsten Waffen gegen die Bekenntnisgenossen ihres Landesherrn vorzugehen, der doch ein damals so selten befolgtes Beispiel groſsherzigster Duldsamkeit gab. Sie

---

[1] U. u. A., I, 156 f. 310.
[2] Mylius, I, 1, 360.
[3] Friedr. Wilh. an die Geheimräte, 21. Mai 1652; U. u. A., X, 255 f.

verfafsten und gebrauchten neue Katechismen, die, von dem Luthers abweichend, mit grofser Bitterkeit unmittelbar die Reformierten angriffen.

Friedrich Wilhelm liefs sich davon in seinen unionistischen Bemühungen nicht beirren. Wie einst in Preufsen, wünschte er auch in der Kurmark eine Vereinigung lutherischer und reformierter Geistlichen, die gemeinsames Bekenntnis und gemeinsamen Gottesdienst festsetzen sollten für alle Evangelischen, „ohne Abweichung ihrer Religion“; d. h. in den wenigen zwischen beiden Bekenntnissen streitigen Punkten solle jeder in Zukunft für sich ferner glauben können, was er wolle. Wir sehen abermals, dafs der Grofse Kurfürst sich genau auf dem Standpunkte hielt, von dem später König Friedrich Wilhelm III. bei seiner evangelischen Union ausgegangen ist. Die Mehrheit der Stände stimmte 1653 zu; allein die lutherischen Geistlichen wufsten sie wieder andern Sinnes zu machen. Die Theologen-Zusammenkunft unterblieb, zum Kummer und Unwillen des Kurfürsten, der den Ständen ihre Hartnäckigkeit in lebhaften Worten vorwarf und jede Berufung eines lutherischen Professors an die theologische Fakultät der Universität Frankfurt an der Oder auf so lange ablehnte, als der von ihm gewünschte Theologenkonvent nicht zu stande komme. Aber hiermit hatte es gute Wege. Gerade damals mufste ein Diakon in des Kurfürsten eigener Residenz, Pomarius, wegen einer gegen die Kalvinisten gerichteten Disputation vom Amte suspendiert werden[1].

Mit der ihm eigenen Beharrlichkeit fafste Friedrich Wilhelm die Sache von neuem an, durch die Prüfungsordnungen von 1656 und 1657. Er sah mit Recht in der alten Bergischen Konkordienformel, mit ihrem gegen jeden Ausgleich gerichteten Inhalt, das Haupthindernis einer Einigung. So befahl er in der neuen Prüfungsordnung dem Konsistorium, dafs künftig die zu ordinierenden Geistlichen nicht mehr auf jene Formel, sondern nur auf die heilige Schrift, die Symbole der ursprünglichen Kirche und die Augsburger Konfession verpflichtet werden sollten; um diese Verfügung durchzuführen, nötigte er die jungen Theologen, ihre Ordination ausschliefslich in Berlin zu empfangen[2]. Nur Übelwollen konnte und kann in solchen Verordnungen die Absicht

[1] U. u. A., X, 280. 287 ff. 292 ff. — Hering, II, 92 ff.
[2] Mylius, I, 1, 366.

sehen, das Luthertum zu Gunsten der Reformierten zu schädigen; es war ein Versuch, die Versöhnung anzubahnen durch Beseitigung des hauptsächlichsten Hindernisses, das einer solchen im Wege stand.

Aber gerade solcher Versuch erschien den lutherischen Eiferern als ein unerträglicher Eingriff in ihre Rechte. Pomarius, der sich nur durch Demütigung und Zusage künftigen Wohlverhaltens seine Stelle wieder verschafft hatte, besafs die Keckheit, bei einer landesherrlich angeordneten Dankfeier für den Sieg der holländischen Flotte über die schwedische eine Predigt zum Ruhme des Landesfeindes Karl Gustav zu halten. Er mufste darauf die kurfürstlichen Staaten verlassen. Der Präsident des kurfürstlichen Konsistoriums selber, Chemnitz, weigerte sich, die neue Prüfungsordnung zu befolgen, worauf er sofort seines Amtes entsetzt wurde (1659[1]). Ebenso strenge verfuhr der Kurfürst gegen den Prediger Jakob Schilling in Stendal, der in einer „Geschichte des Synkretismus" gegen die „Sakramentierer" — d. h. die Reformierten — loszog, „wider die im täglichen Gebet geflucht wird, dafs Gott ihren Namen und Reich, das ist Religion und Kirche, zerstören wolle". Da Schilling sich zu einem Widerrufe nicht verstehen wollte, ward auch er mit Recht seines Amtes beraubt[2].

Ein positives Ergebnis hatten zur Zeit des Olivaer Friedens die Unionsbestrebungen Friedrich Wilhelms in der Kurmark nicht gebracht. Nur das Gezänk der Geistlichen war unter seinem scharfen aber gerechten Einschreiten einigermafsen verstummt. In seinen übrigen Landen begnügte er sich damit, seinen Bekenntnisgenossen da, wo sie sich in genügender Anzahl zusammenfanden, eine Gemeindeorganisation zu schaffen.

Wenn er auch durchaus ein überzeugter evangelischer Christ war, so hat doch seine freie, grofse, überlegene Gesinnung anderen volle Unabhängigkeit der Meinung zugestanden. Auch darin war er ein durchaus moderner Fürst, dafs er den Staatsgedanken höher stellte, als das konfessionelle Interesse. Wie er in der äufseren Politik keinen Anstand nahm, sich mit den streng katholischen Mächten Österreich und Polen gegen das protestantische Schweden zu verbinden, hat er auch in der Verwal-

---

[1] Hering, II, 95 ff. 105 ff.
[2] Orlich, II, 467 f., III, 62 ff.

tung seiner Lande grundsätzlich von jeder Beeinträchtigung der Katholiken abgesehen. So entschieden er sich die Einmischung der Geistlichkeit, welchem Bekenntnisse sie immer angehörte, in die weltlichen Angelegenheiten verbat, so bestimmt er sie, trotz aller Gegenreden — selbst von seiten des protestantischen Klerus[1] — der staatlichen Gerichtsbarkeit unterwarf: in geistlichen Dingen sollte kein Zwang herrschen. Gewiſs wäre es wünschenswert, sagte er, daſs alle seine Unterthanen zu vollkommener Einigkeit in allen Stücken der göttlichen Wahrheit gelangten, aber er sehe ein, daſs dies „in der menschlichen Schwachheit nicht so bald sein könne“. Deshalb müssen die in der Meinung Abweichenden einander, bis zu gänzlicher göttlicher Erleuchtung, in christlicher Duldsamkeit und Bescheidenheit ertragen. Alle Zwangsmittel sollen ausgeschlossen, nur „christliche Consilia oder andere friedliche Mittel zulässig sein“. Wir sehen ihn demgemäſs mit katholischen Geistlichen in freundlichem Verkehr. Reliquien, die im Berliner Dom gefunden worden, übergiebt er einem Jesuitenpater in Holland. Seinen Katholiken in Kleve, Magdeburg, Halberstadt, Minden gegenüber hat er sich die bischöflichen Rechte mit Festigkeit vorbehalten, jeden Versuch des dortigen römischen Klerus, sich namentlich der landesherrlichen Gerichtsbarkeit zu entziehen, vereitelt, die Vermehrung der Anzahl der Geistlichen verhindert, die Ansiedlung von Jesuiten nicht geduldet: — allein er übte thatsächlich die bischöflichen Rechte über Katholiken nur durch Katholiken aus und schützte deren überkommene Privilegien auf das gewissenhafteste[2]. Im Klevischen sah man, zur Verwunderung selbst der duldsamen Niederländer, die Mönche in ihrer Ordenskleidung ruhig umherwandeln[3]. So kam es, daſs man dem Kurfürsten, ganz verkehrter Weise, sogar Vorliebe für die katholische Kirche zuschrieb.

Welcher Gegensatz zu den Anschauungen und dem Verfahren anderer Fürsten seiner Zeit, des Kaiserhauses, Ludwigs XIV.!

Wir haben gesehen[4], daſs Friedrich Wilhelm selbst Ketzern, die sonst mit gröſstem Abscheu betrachtet wurden, wie den

---

[1] Landwehr, Die kirchlichen Zustände in der Mark unter dem Gr. Kurf.; Forsch. z. brandenb. u. preuſs. Gesch., I (1888), 189.

[2] M. Lehmann, Preuſsen u. die kathol. Kirche, I, 50 f. 90 ff. 141 ff.

[3] Driesen, Joh. Mor. v. Nassau-Siegen, S. 280.

[4] S. oben, S. 373 f.

Arianern, Zutritt in seine Staaten gewährte. Das gab dann den konfessionell ebenso wie politisch und sozial unduldsamen kurmärkischen Ständen Anlafs zur Beschwerde. Wirklich mufste der tolerante Landesherr ihnen versprechen, dafs er den „Päpstlichen, Arianern, Photinianern, Weigelianern, Wiedertäufern und Ministen" keine gottesdienstliche Übung in der Kurmark verstatten werde. Für ihre Person aber blieben solche Ketzer, die man doch in anderen Ländern — protestantischen wie katholischen — zu verbrennen pflegte, unter dem milden Zepter des Grofsen Kurfürsten durchaus unangefochten.

Auch den damals allgemein mit Hafs und Verachtung behandelten Juden zeigte Friedrich Wilhelm Gerechtigkeitssinn und Wohlwollen. Seit dem Jahre 1573 waren sie aus der Kurmark vertrieben. Allein sie lebten in nicht unbeträchtlicher Zahl in Kleve, und in den 1648 neuerworbenen Provinzen Hinterpommern und Minden gab es eine ziemliche Anzahl jüdischer Familien. In Halberstadt siedelte Kurfürst Friedrich Wilhelm selber zehn solcher Familien an, denen bald andere folgen durften, so dafs die Gemeinde im Jahre 1660 schon 284, 1685 aber 469 Seelen zählte. Sie durfte sich eine Synagoge errichten [1]. In Kleve wohnten unter der milden und einsichtigen Verwaltung des Fürsten Johann Moritz von Nassau-Siegen die Juden friedlich inmitten der übrigen Bevölkerung. Die Stände beklagten sich zwar über das Vorrecht der Juden, höhere Zinsen zu nehmen als die Christen, und forderten, es solle als Rechtspräsumption gelten, dafs jene wissentlich gestohlene Sachen ankauften oder zum Unterpfande nähmen. Aber Statthalter und Regierung antworteten einstimmig, man dürfe den Juden die Geldgeschäfte nicht beschränken, solange man sie nicht zu den Zünften zulasse. Sie befragten die angesehensten unter den Juden selbst, die mit Entrüstung jene Präsumption zurückwiesen und sich gern erboten, auf die Erlaubnis des Wuchers zu verzichten, wenn man ihnen anderweite Geschäfte und Gewerbe gestatte [2].

Das war eben der circulus vitiosus: man verbot den Juden jeden andern Erwerb, als Pfandleihen und Wuchergeschäfte, und dann beklagten sich die Stände darüber, dafs jene „nur der armen Leute Schweifs und Blut herausziehen". So 1653 die

---

[1] König, Annalen, 87—91.
[2] Driesen, 279 f.

Kurmärker, weil Friedrich Wilhelm den fremden Juden den Besuch der Messen und Jahrmärkte gestattete. Indes in seinem Wunsche, dem Handel in seinem Lande aufzuhelfen, blieb hier der Kurfürst fest: sich niederzulassen oder gar Synagogen zu bauen, erlaubte er ihnen in der Kurmark einstweilen nicht; wohl aber setzte er durch förmlichen Kontrakt mit auswärtigen Juden fest, dafs sie unter gewissen Bedingungen auf den öffentlichen Messen, zumal in Landsberg und Frankfurt an der Oder, sich einfinden durften[1]. In Preufsen zeigte er sich noch duldsamer. Er gestattete, dafs sie, wenn auch nicht in den Städten, so doch in deren unmittelbarer Nachbarschaft dauernden Wohnsitz nahmen. Die preufsischen Edelleute scheinen sich, wie ihre polnischen Standesgenossen, bei ihren Getreide- und Viehverkäufen sowie Geldgeschäften der Hilfe der Juden gern bedient zu haben; von ihnen liefen keine Klagen über deren Duldung ein. Dagegen beschwerten sich die preufsischen Städte, aber offenbar nur aus Brotneid oder Furcht vor Konkurrenz, wie sie denn in gleichem Athem dagegen protestierten, dafs der Herrscher „zum grofsen Nachteil ihrer Nahrung“ Holländer und Schotten in die dortigen Städte zulasse und ihnen gar das Bürgerrecht verleihe[2]. Friedrich Wilhelm aber kehrte sich an so eigennützige Verfolgungssucht nicht, sondern gewährte gerade um dieselbe Zeit dem Juden Israel Aaron, der sich durch Lieferungen für das Heer, sowie durch bedeutende Verdienste um die kurfürstliche Münze seine Gnade erworben hatte, sogar das Recht, in sämtlichen Städten Preufsens zu wohnen[3]. Alles dies waren Vorspiele für die endgültige Rückführung der Juden in die Kurmark, die dann im Jahre 1671 erfolgt ist. —

Trotz aller eifrigen und einsichtsvollen Arbeit des Kurfürsten wollten die Nachwehen des furchtbaren dreifsigjährigen Kampfes nicht sobald verschwinden. Es läfst sich nicht in Abrede stellen, dafs daran hauptsächlich die hohen Ansprüche Friedrich Wilhelms an die Steuerkraft des erschöpften Landes, sowie die neuen Verheerungen durch den nordischen Krieg, an dem er so thätigen Anteil nahm, die Schuld trugen. Das an sich richtige, zukunftsreiche und von Erfolg gekrönte Streben, in Brandenburg wieder

---

[1] U. u. A., X, 271. — Mylius, VI, I, 401. 429.
[2] Gravamina der preufs. Stände v. 11. Okt. 1657; U. u. A., XV, 403.
[3] Landwehr, Kirchenpolitik, 370.

eine starke und unabhängige Macht innerhalb Deutschlands zu gründen, legte doch für den Augenblick den verarmten Unterthanen schwere, ja fast unerträgliche Lasten auf. „Der Kurfürst," sagt 1658 der venezianische Gesandte Graf Battista Nani, „hat viele Staaten, wenig Geld, gute Soldaten, bewegliche, begehrliche, ehrgeizige und auf seinen ausschliefslichen Vorteil gerichtete Gedanken [1]." Ein recht deutliches Bild der damaligen Zustände gewährt uns die Hauptstadt Berlin [2]. Wüste Plätze trennten die Strafsen, die mit wenigen ansehnlichen Gebäuden, zumeist aber mit elenden Hütten mit Holzschindeldächern bestanden waren. Die Schornsteine waren aus Holz oder Lehm. Allerlei Haustiere treiben sich auf den schmutzigen ungepflasterten Gassen umher, dem Sammelplatze alles Kehrichts; die Schweineställe waren an den Aufsenwänden der Häuser, gerade unter deren Fenstern, angebaut. Offene Ziehbrunnen, in die jeder Schlamm und Unrat lief, Fleischerscharren und Krambuden, hohe Kothaufen vervollständigten das Strafsenbild. Der Verkehr zwischen den beiden, durch die Spree getrennten Städten Berlin und Kölln wurde bei dem völligen Verfall der Brücken durch Kähne vermittelt. Das Schlofs war so baufällig, dafs der Regen in die Gemächer lief; dem Schaden abzuhelfen fiel um so schwerer, als die armselige Hauptstadt weder Ziegel noch sonstige Baumaterialien, aufser Holz, zu liefern vermochte. Die Umgegend des Schlosses glich einem Sumpfe, zumal wenn die noch uneingedämmte Spree austrat; wenige Schritte westwärts fing damals der gänzlich verwilderte Tiergarten an. Das war die Residenz des beginnenden Grofsstaats!

Friedrich Wilhelm griff hier sofort mit ordnender Hand ein. Vielleicht ist es auf seine Anregung zurückzuführen, dafs im Dezember 1649 die Räte von Berlin und Kölln ein gemeinsames Ortsstatut „zur Fortpflanzung der heilsamen Justiz, Ver-

---

[1] J. Fiedler, Die Relationen der Botschafter Venedigs über Deutschland und Österreich im 17. Jahrh. II (Fontes rerum Austriacarum, Abt. II Bd. XXVII, Wien 1867), S. 19.

[2] Hierüber sehe man: Nicolai, Berlin u. Potsdam (3. Aufl. 1786), I, XLVII. LIV. 91 ff. 151 f. 218 u. passim; Derselbe, Nachrichten von den in Berlin sich aufhaltenden Künstlern (Berlin u. Stettin 1786), 54 f.; Fidicin, Gesch. der Stadt Berlin, IV, 418 ff. V, 516; König, Historische Schilderung von Berlin, II (Berlin 1793), 48. 63 f. 91; Müller u. Küster, Altes und neues Berlin (Berlin 1737), I, 4. 8, III, 127.

mehrung guter Polizei und Ordnung, Aufwachs und Zunehmen beider Städte" entwarfen. Der Kurfürst zog dann reformierte Rheinländer und Westfalen unter mancherlei Begünstigungen nach Berlin, wo sie zum Teil bedeutendes Vermögen erwarben. Allein seine häufige, jahrelange Abwesenheit von Berlin und die Sorgen und Lasten zuerst des Dreifsigjährigen, dann des Jülicher und Nordischen Krieges verhinderte ihn zunächst, nachhaltig an der Hebung seiner Hauptstadt zu arbeiten. Der Druck der Kontribution und der Einquartierungen hatte vielmehr zunächst abermalige Auswanderung der Einwohner zur Folge. Am Schlusse unserer Periode zählte die Doppelstadt Berlin-Kölln nur 6—7000 Seelen, darunter 300 Bürger! Dagegen gründete Friedrich Wilhelm 1650 neben beiden Orten noch einen dritten, Friedrichswerder, der zehn Jahre später besonderes Stadtrecht erhielt; schon 1647 war hier eine Allee von Linden und Nufsbäumen angelegt, aus der sich später die Strafse Unter den Linden entwickelt hat. Der gröfste Teil des Friedrichswerders bestand aus Sumpf und Buschwerk, die nunmehr gerodet, ausgetrocknet, gerammt und geebnet wurden. Um der so gebildeten dreifachen Hauptstadt Sicherheit gegen äufsere Feinde zu gewähren, liefs sie der Kurfürst seit 1658 durch den wohlerfahrenen Matthias Dögen, der zehn Jahre früher selber ein Werk über die Befestigungskunst herausgegeben hatte, mit einer Mauerlinie umziehen, zu der sie freilich selber an 100000 Reichsthaler jährlich — eine für sie fast unerschwingliche Last! — beizutragen hatte. Umfassende Verbesserung und Verschönerung erfuhr aber in der Zeit bis zum Olivaer Frieden eigentlich nur das kurfürstliche Schlofs. Hier hat zumal der geistvolle oberösterreichische Architekt Memhardt die baufälligen Teile wieder befestigt, ein Kupferdach aufgesetzt, das Thor in dorischer Ordnung errichtet; die Prunkzimmer wurden von verschiedenen Künstlern mit Deckengemälden geziert. Ebenso ward der wüste und sumpfige Platz im Norden des Schlosses zu einem Lustgarten umgeschaffen, der regelmäfsig mit schönen und seltenen Bäumen bepflanzt ward, auch Springbrunnen, ein Lusthaus, einen botanischen Garten, eine grofse Orangerie und zahlreiche Bildsäulen enthielt; unter ihnen eine auf Luise Henriettens Befehl von Dusard[1] im Haag

[1] Über ihn s. man Galland, Der Grofse Kurf. u. Moritz v. Nassau, S. 140 ff.

gearbeitete Marmorstatue des Kurfürsten, einfach, würdevoll und von natürlicher Hoheit; auf ihren Sockel liefs der ebenso bescheidene wie grofse Regent seinen frommen Wahlspruch eingraben: Domine, fac me scire viam per quam ambulem[1]. Nur auf das Schlofs und dessen Umgebung kann sich das Lob Des Noyers, des Sekretärs der polnischen Königin, beziehen, wenn er 1658 bei seinem Besuche in Berlin dieses „eine sehr schöne Stadt" nennt[2]. Freilich war er von Polen aus nicht gerade verwöhnt.

Auch das Schlofs in Schwedt, das die Schweden niedergebrannt hatten, liefs der Kurfürst durch Degener in den Jahren 1646 und 1647 wieder aufbauen[3].

Überhaupt ist es staunenswert, wie der von so vielen Sorgen und Gefahren bedrängte, in seinen Geldmitteln äufserst beschränkte, mühsam um seine Existenz ringende Fürst doch die Möglichkeit fand, seinen regen künstlerischen Sinn zu bethätigen. Seiner ganzen Erziehung und Richtung gemäfs hegte er fast ausschliefsende Vorliebe für die niederländische Kunst, die zu seinen Lebzeiten ja thatsächlich die Welt beherrschte. Er ward der Schöpfer der Berliner Kunstsammlungen. Schon 1641, noch inmitten des Krieges und äufserster Not, begann er den Ankauf von Altertümern, Bronzefiguren, Gemmen und Münzen. Ein erster Katalog ward 1649 aufgestellt; ein zweiter, vom Jahre 1672, zeigt grofsartigen Zuwachs und füllt siebzig Folioseiten; selbst Marmorwerke werden schon erwähnt. Auch Gemälde brachte er zusammen, besonders viele von niederländischen Meistern[4]. Er scharte um sich eine stattliche Zahl von Künstlern, die er freilich zum gröfsten Teile aus der Ferne berufen mufste; auf dem dürren Boden der Mark waren die Musen noch nicht heimisch. Doch versuchte er, sie hier anzusiedeln, indem er junge Künstler ausbilden liefs, sie nach Rom zum Studium sandte. Sein erster Hofmaler, mit dem für damalige Verhältnisse nicht unbeträchtlichen Gehalte von 400 Reichsthalern, war Michael Konrad Hirt, der Porträts und Freskobilder, zumal für

[1] Nicolai, Berlin u. Potsd., I, 72 f. — Galland, 156.
[2] Lettres, S. 418.
[3] Nicolai, Berliner Künstler, 45.
[4] J. Friedländer in der Festschrift zur Gesch. der Königl. Museen in Berlin (Berlin 1880), S. 4 f.

das Berliner Schloſs, herstellte. Aus Holland ward 1647 Wilhelm Honthorst, des berühmteren Gerhard Bruder, nach Berlin berufen, um für das Schloſs der Kurfürstin zu Oranienburg gleichfalls Porträts und Fresken zu malen; er blieb vierzehn Jahre in der Mark. Gerhard Honthorst selber, den Friedrich Wilhelm wahrscheinlich als Jüngling im Hause der Königin von Böhmen kennen gelernt hatte, hat vielfach für die kurfürstliche Familie gearbeitet; auf die ohnehin unglaublich geringe Bezahlung — 32 Thaler für ein Brustbild! — muſste er freilich einmal zwölf volle Jahre warten. So stand es damals um die für künstlerische Zwecke verfügbaren Geldmittel des brandenburgischen Hofes. Auch Anselm van Hull und Emanuel Sonnius, beides Niederländer, waren für diesen thätig. An einheimischen Künstlern werden Gabriel Wietzell, ein Maler allerdings sehr untergeordneter Art, sowie der Landschaftsmaler Daniel Koberstein, der sich freilich mit 154 Thalern jährlich begnügen muſste, erwähnt. Der einheimische Kupferstecher Peter Rollos war gleichfalls recht mittelmäſsig. Vom Haag sandte der Bildhauer Dusard seine Werke ein, darunter eine Anzahl Porträtbüsten, die sich jetzt in einem Rondel des Parkes von Sanssouci befinden[1]; auch die Belgier Otto Mangiot, der für den Lustgarten einen vorzüglichen bogenschnitzenden Cupido lieferte, und Jakob Woulleaumé, der viele Bleistatuen für den Lustgarten goſs, scheinen nie nach Berlin gekommen zu sein. Dagegen ward ein Deutscher aus Schwäbisch-Hall, Leonhard Kern, 1648 als kurfürstlicher Bildhauer mit 500 Reichsthalern Gehalt nach Berlin berufen, wo er hauptsächlich in Elfenbein-, Alabaster- und Holzschnitzereien thätig war. Nahe verwandt mit diesem Kunstzweig ist die Stempelschneiderei, in der der Berliner Hoehn groſsen Ruf erlangte. Am meisten fühlte sich der Kurfürst durch den Mangel an Geldmitteln in der Baukunst behindert, für die ihm doch sein hochstrebender Sinn groſse Vorliebe einflöſste. Selbst Memhardts künstlerische Thätigkeit wurde einstweilen unterbrochen durch den Nordischen Krieg und besonders durch die kostspielige Befestigung Berlins, an der er gleichfalls mitarbeitete.

Allein so knapp auch Friedrich Wilhelms Einkünfte bemessen

---

[1] Galland, 148 ff. — P. Seidel, Die Beziehungen des Gr. Kurf. zur niederländ. Kunst; Jahrbüch. d. Kgl. Preuſs. Kunstsamml., XI (Berlin 1890), 119 ff.

waren, er betrieb doch, neben den künstlerischen, auch die wissenschaftlichen Interessen. Noch in den vierziger Jahren legte er in Berlin eine eigene Bibliothek an, die er unausgesetzt erweiterte. Inmitten seiner Kämpfe mit Schweden, als die Sorgen der grofsen, gesamt-europäischen Politik auf ihn einstürmten, begründete er die öffentliche kurfürstliche Bibliothek zu Berlin, der er alle seine Bücher und Manuskripte überwies, und der er in dem gelehrten Propst Johann Rave einen tüchtigen Leiter gab. Er ist also der Schöpfer, wie der Kunst-, Naturalien- und ethnographischen Sammlungen, so auch der grofsen staatlichen Bibliothek in seiner Hauptstadt geworden.

Zu Köpenick gründete er 1658 ein eigenes chemisches Laboratorium, in dem er selber fleifsig arbeitete, und das er im folgenden Jahre nach Berlin verlegte[1].

Auch darin zeigte dieser Fürst seine hohe und originelle Gesinnung, dafs er den Plan fafste, die Geschichte seines neu gegründeten Staates von schöpferischer Hand aufzeichnen zu lassen. Freilich hatte es damit zunächst schlechten Fortgang. Der Klever Joachim Hübner, den er 1650, mit bedeutendem Jahresgehalt, zum brandenburgischen Hofhistoriographen ernannte, war ein gewissenloser, liederlicher Mann, der schliefslich mit Schimpf aus dem kurfürstlichen Dienste entlassen wurde. Der Schlesier Joachim Pastorius, der ihm 1659 nachfolgte, widmete seine Thätigkeit ausschliefslich der polnischen Geschichte[2]. Indes wir werden sehen, dafs diese Mifserfolge den Kurfürsten in seinem Streben, dem Staate einen würdigen Historiographen zu schaffen, nicht entmutigten.

Im Vordergrunde aller Sorge und Arbeit aber stand für Friedrich Wilhelm die Thätigkeit für die Sicherheit und äufsere Macht seines Staates. Deshalb war er unausgesetzt auf die Verstärkung und innere Ausbildung des von ihm geschaffenen stehenden Heeres bedacht. Er versuchte zu wiederholten Malen die Gesamtheit seiner Unterthanen zur Verteidigung des Vaterlandes heranzuziehen, wofür er, nach den mittelalterlichen Vorstellungen

---

[1] König, II, passim. — F. Wilken, Gesch. der Königl. Bibliothek zu Berlin (Berlin 1828), S. 10 ff.

[2] E. Fischer, Die offizielle brandenb. Geschichtschreibung z. Zeit des Gr. Kurfürsten; Zeitschr. f. preufs. Gesch. u. Landesk., XV (Berlin 1878), S. 377 ff.

des Lehnsdienstes von Adel und Städten, volle Berechtigung zu besitzen glaubte: so 1654 und 1656 in der Kurmark, 1651 und 1654 in Kleve-Mark, mehrfach in Preufsen — aber dieser Ansatz zur allgemeinen Wehrpflicht scheiterte jedesmal an dem Fehlen patriotischen und kriegerischen Sinnes bei der Bevölkerung. Im Herbst 1656 erklärte die kurmärkische Ritterschaft, die Bereithaltung der Lehnpferde sei bei der schwachen Zahl und Armut des Adels unmöglich; auch könnten sie dem „barbarischen" Feinde — den Polen — doch nicht widerstehen. Sie setzte diesem unpatriotischen und feigen Verhalten die Krone auf, indem sie — die berufene Verteidigerin des Landes — die ganze Last der Landwehr den Städten aufzubürden suchte. Selbstverständlich weigerten nun auch diese sich, die ihnen zugemuteten 4000 Mann Miliz zu stellen[1]. Die geringe Anzahl von Kriegern, die wenigstens in Preufsen von der Volksbewaffnung geliefert wurde, mufste bald, um sie mit tüchtigeren Elementen zu mischen, unter die Söldnerregimenter gesteckt werden[2]. An eine systematische Organisation der Lande zum Zwecke der allgemeinen Wehrpflicht konnte unter solchen Umständen der Kurfürst nicht denken; mit Unrecht hat man ihn als deren Urheber gepriesen. Er mufste sich also mit der kostspieligern und in ihren Ergebnissen unzuverlässigern Werbung begnügen. Dabei wurde ein wesentlicher Unterschied zwischen Einheimischen und Ausländern nicht gemacht; doch hat thatsächlich, bei der grofsen Konkurrenz auf diesem Felde, die brandenburgische Armee damals zum überwiegenden Teile aus Landeseingeborenen bestanden. Der Kurfürst suchte sich hier das nötige Menschenmaterial durch wiederholtes Verbot fremder Werbung innerhalb seiner Gebiete zu sichern. Seinerseits trug er kein Bedenken, auch Ausländer herbeizuziehen und selbst gefangene Soldaten der gegnerischen Staaten in das eigene Heer unterzustecken. Die Werber liefsen sich freilich vielfache Ungehörigkeiten zu schulden kommen: teils indem sie zu eigenem Nutzen die Einwohner bedrückten und beraubten, teils indem sie sich taugliche Rekruten durch List und Gewalt verschafften. Solchen Unzuträglichkeiten trat

[1] U. u. A., X, 323 ff.

[2] Curt Jany, Lehndienst u. Landfolge unter dem Gr. Kurf.; Forsch. z. brandenb. u. preufs. Gesch., VIII (1895), II, 127 ff. 135 ff. — Ms. Schmidt, Gesch. des Kriegsministeriums (Berlin, Geh. Kriegs-Archiv), II. Beilage XX.

Friedrich Wilhelm mit landesväterlichem Sinne durch wiederholte eingehende und strenge Verbote entgegen[1]. Allein sie nutzten bei dem rohen und gewaltthätigen Charakter der damaligen Soldateska um so weniger, je freier von Aufsicht sich die durch das Land ziehenden Werber fühlten; zumal wenn — wie bei der Not an Mannschaften im Jahre 1656 — der Kurfürst die Rekrutierung durchzuführen befahl, „auf was Weise es auch geschehe". Wenigstens das in seinen Staaten so tief daniederliegende Gewerbe, sowie den Ackerbau suchte er vor weiterer Benachteiligung zu schützen, indem er immer von neuem anordnete, angeworbene Handwerker wieder frei zu lassen, auch Hofbesitzer, Pächter und fest angesessene Ackerknechte nicht zu Soldaten zu nehmen. Es blieben freilich so den Werbern nur die am wenigsten zuverlässigen Elemente der Bevölkerung übrig[2].

Auch die Verwaltung des neu entstandenen Heeres hat der Kurfürst mit sicherer Hand geordnet. Er gründete eine Art Kriegsministerium, das „General-Kriegskommissariat". Schon in der ersten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts hatte es General-Kriegskommissare gegeben, die aber nur Intendanturgeschäfte zu besorgen, die Bewaffnung zu leiten und die Kontrolle über Zahl und Tüchtigkeit der Truppen zu üben hatten. Der Grofse Kurfürst machte aus dieser Behörde etwas ganz Neues. Bei dem Ausbruche des Nordischen Krieges ernannte er zwei General-Kriegskommissare, die beide nicht im Kriegsdienste, sondern in der Verwaltung emporgekommen waren: Klaus Ernst von Platen, ein tüchtiger und durch vielfache Reisen gebildeter Jurist, sowie Johann Ernst von Wallenrodt. Der erstere fungierte bei der Feldarmee, der zweite zunächst in Berlin an der Spitze der aus zahlreichen Beamten gebildeten Kriegskanzlei, einem förmlichen und dauernden Ministerium. Der bedeutendere von beiden war der hochgebildete, unermüdlich thätige und höchst einsichtige Platen, der dem Kurfürsten die Voranschläge zur Werbung, Komplettierung und Musterung der Truppen auszuarbeiten hatte. Bald blieb er allein auf seinem Posten, Wallenrodt wurde in den Provinzen verwandt. Platens Befugnisse erhielten immer gröfsere

---

[1] Vgl. Mylius, VI, I, 492 ff.

[2] Fr. v. Schroetter, Die brandenb.-preufs. Heeresverfassung unter dem Gr. Kurf.; Schmoller, Staats- u. sozialwiss. Forsch., XI, v (1892), S. 9. 11. 14 f. 96—101. — Stuhr, 170 ff. — v. Gansauge, 47 f.

Ausdehnung. Er zahlte nicht allein die Gelder für Sold, Kleidung, Bewaffnung und Unterhalt des Heeres aus, sondern führte auch die Oberaufsicht über die Militär-Rechtspflege und erhob die für die Soldateska bestimmten außerordentlichen Steuern — frühestens seit dem Jahre 1659. Obwohl dem Namen nach dem Generalfeldmarschall untergeordnet, empfing er doch in Wahrheit nur von dem Kurfürsten selbst Befehle. Diese militärische Zentralverwaltung erhielt bald ihre untergeordneten provinziellen Organe. In den einzelnen Landschaften wurden Kriegskommissare ernannt, zuerst nur gelegentliche, die vor allem militärische Funktionen besaßen, vornehmlich die Zahl der Soldaten der verschiedenen Truppenkorps zu prüfen hatten. Aber die Menge dieser Kommissare wurde immer größer, ihre Anstellung regelmäßiger, ihre Befugnis ausgedehnter, zumal auf dem Gebiete der Erhebung der für das Militär bestimmten Steuern. Ihre Benennung wechselt noch. Sie heißen: Landkommissare, Kreiskommissare, schlechthin Kommissare, aber auch schon Kriegskommissare. Oft werden sie von der Ritterschaft des Kreises dem Kurfürsten vorgeschlagen, von diesem nur bestätigt. Zu gleicher Zeit erhalten die größeren Provinzen einen Ober-Kriegskommissar, der den einfachen Kommissaren übergeordnet ist, dem General-Kriegskommissar aber untersteht: so Preußen im August 1656, so Hinterpommern und Neumark im November desselben Jahres, so die Kurmark 1660. Charakteristisch ist die Instruktion, die am 26. November 1656 dem Oberkommissar Wedige von Bonin für Hinterpommern und Neumark erteilt wird. Er soll die dortigen Truppen mustern, nach diesem Ergebnis die ordonnanzmäßige Verpflegung und Bezahlung eintreten lassen. Die Musterung soll monatlich wiederholt werden. „Insonderheit hat er dahin zu sehen, daß von der Churfürstl. Regierung die behörigen contributions (worzu er besondere getrewe Einwohner und receptores, mit Vorwissen und Einwilligung besagter Regierung, bestellen wird) zu rechter Zeit außgeschrieben, beygebracht, trewlich administriret und nirgends andershin, alß worzu dieselbe destinirt und er dieselbe assigniren wird, verwendet werde." Andrerseits soll er für Bestrafung jeder Gewaltthat seitens der Truppen sorgen, nach Gutfinden des Generalfeldmarschalls Sparr Magazine errichten und das gesammte Proviantwesen beaufsichtigen. Als Gehalt ward ihm die für die damalige Zeit sehr be-

trächtliche Summe von 1800 Rthlr. (gleich jetzigen 24300 Mark) ausgesetzt.

Nicht mit Unrecht, im Sinne ihrer „Libertät“, protestierten die preufsischen Stände im Oktober 1657 gegen die Einrichtung der Kriegskommissariate [1]. Diese Behörde mit ihrer doppelten, militärischadministrativen und finanziellen Aufgabe wurde eines der hauptsächlichsten Werkzeuge zur Vernichtung der ständischen Freiheit und Mitregierung, sowie zur Verwandlung der gesamten brandenburgisch-preufsischen Lande in einen absolutistisch geleiteten Militärstaat [2]. — Es gab also zwei ganz getrennte Steuerbehörden: die Kammern zur Verwaltung der Domäneneinkünfte und Regalien, sowie die Kriegskommissariate, die die Heeressteuern erhoben und verwandten.

Die Kriegskommissare hatten auch die wichtige Aufgabe der Musterung der Kriegsleute zu erfüllen. Man weifs, dafs damals Obersten und Hauptleute durchaus kein Bedenken trugen, weit mehr Leute als in ihren Truppenteilen dienend anzugeben, wie thatsächlich vorhanden waren, um der Fehlenden Werbegelder, Besoldung und Verpflegung in die eigene Tasche zu stecken. Bei Musterungen pflegte man eine Anzahl beliebiger Kerle in die Kompanieen einzureihen, die, nachdem sie vor dem Musterungskommissar paradiert hatten, wieder entlassen wurden. Mit allen Mitteln suchte der Kurfürst diesem Übelstande abzuhelfen, der für seine ohnehin dürftige Kasse, für Moral und Schlagfertigkeit des Heeres, ja für den Bestand des Staates überaus gefährlich war. Die betrügerischen Offiziere wurden mit Kassation, ihre Scheinsoldaten mit Leibes- und Lebensstrafe bedroht; die Musterungen sollten ganz unvermutet, mit genauer Durchforschung der Stammlisten und eindringender Befragung jedes einzelnen Mannes, vorgenommen werden. Er begnügte sich aber

---

[1] U. u. A., XV, 419.

[2] Aufser den dürftigen und hier bisweilen irrigen Angaben bei Isaacsohn, II, 169 f., und bei K. Breysig (Die Organisation der brandenburgischen Kommissariate 1660—1697 [Forschungen zur brandenb. u. preufs. Gesch., V] 135 ff.) vorzüglich nach den Akten des Geh. Staats-Archivs zu Berlin, Rep. 9, A 1, sowie des Geh. Archivs des Kriegsministeriums daselbst Kap. XVIII Tit. 2 Lit. d No. 3 Vol. 1, und der in letzterm Archiv befindlichen Ms. Gesch. des Kriegsministeriums von Schmidt, Bd. II S. 34 ff. Die weitere Entwickelung des Kriegskommissariats wird in unserm folgenden Bande dargestellt werden.

nicht, solche Anordnungen auf dem Papiere zu treffen, sondern sorgte auch für deren strenge Ausführung und erreichte so einen Erfolg, der für die sittliche Hebung des Offizierstandes und die Besserung der Disziplin nicht minder bedeutungsvoll war als für den numerischen Bestand des Heeres[1].

Neben dem mehr administrativen General-Kriegskommissariat stand als Oberbefehlshaber der Truppen der Generalfeldmarschall, dessen Würde im Juni 1657 für Otto Christoph von Sparr, den bisherigen Generalfeldzeugmeister, neu geschaffen wurde. Dem Namen nach war er „Capo der Armee“, ohne dessen Zustimmung keine auf diese bezügliche Maſsregel getroffen werden sollte; thatsächlich war seine Thätigkeit im Frieden durch das General-Kriegskommissariat äuſserst beschränkt.

Bei Anstellung seiner Offiziere war Friedrich Wilhelm von allem engherzigen Vorurteil ebenso frei, wie bei der Wahl seiner Beamten. Gleich Derfflinger und Henning, war eine groſse Anzahl seiner niederen und höheren Offiziere aus dem Bürgerstande hervorgegangen, während viele Edelleute unter deren Befehl als gemeine Reiter dienten. Von der einseitigen Vorliebe für den Adel, wie sie bei seinen Nachfolgern hervortritt, ist bei ihm keine Rede[2]. Auch von jedem nationalen Standpunkte muſste er bei der Zusammensetzung des Offizierkorps absehen, obschon dessen meiste Mitglieder, der Natur der Sache nach, Einheimische waren. Er nahm tüchtige Kriegsleute aus jedem Lande, jeder Armee und jeder Volksklasse, wie sie ihm als brauchbar erschienen: die französischen Offiziere wurden als die erfahrensten gesucht; aus Holland, dem klassischen Lande der militärischen Wissenschaften, bezog er besonders seine Ingenieure. Die Anstellung der niederen Offiziere geschah noch immer durch den Obersten-Inhaber eines jeden Regimentes; jedoch hatte sich der Kurfürst das Recht vorbehalten, daſs ohne seine Einwilligung niemand als Offizier in sein Heer aufgenommen wurde. Immerhin führte jene altüberkommene Einrichtung zahlreiche Miſsbräuche mit sich. Das Offizierkorps war im allgemeinen wenig homogen, aus den verschiedensten Bestandteilen zusammengesetzt, vielfach aus Abenteurern und Glückssoldaten aller Länder; die Kriegsleute gefielen sich noch immer in Roheiten und Gewaltthaten jeder Art und

[1] v. Schroetter, 128 ff.
[2] v. Gansauge, 58 f.

waren, besonders gerade in den höheren Rangstufen, ein Gegenstand der Furcht und des Hasses für die friedliche Bevölkerung. Auch untereinander betrachteten sich die Offiziere mit Neid, Eifersucht und Abneigung; von kameradschaftlicher Gesinnung war keine Spur. Duelle waren an der Tagesordnung, die zu Pferde oder zu Fuſs, mit Pistole oder Schwert ausgekämpft wurden. Aus Übermut, überströmendem Kraftgefühl, Rauflust, häufig auch aus Trunkenheit schlug man sich wegen der geringfügigsten Veranlassungen. Der Kurfürst aber steuerte dieser Unsitte durch scharfe Verordnungen, die das Duell bei Leib- und Lebensstrafe untersagten. Nur durch unnachsichtliche Strenge, dann allmählich durch den militärischen Ruhm Friedrich Wilhelms und seines Heeres wurde dieses Offizierkorps zusammengehalten. Die gewöhnlichen Soldaten, meist der Hefe der Bevölkerung entnommen, nichtsnutzige und verzweifelte Leute, überdies durch unzureichende und sehr unregelmäſsig bezahlte Löhnung Mangel und Krankheiten überliefert, pochten, wo sie konnten, auf die rohe Gewalt. Sie legten sich, unter Miſshandlungen jeder Art, bei Bürger und Bauer zu Gaste, nahmen ihm Vieh und Lebensmittel fort, nötigten ihn zu allerlei Leistungen [1]. Solche Unordnungen lieſsen sich, trotz scharfer Gegenmaſsregeln, nicht leicht beseitigen. Andrerseits suchte der Kurfürst den gemeinen Mann vor übler Behandlung seitens der Offiziere und besonders der Unteroffiziere zu schützen, überhaupt das Schlagen in der Armee möglichst abzuschaffen. Die Kriegsartikel, die 1656 und 1665 abgefaſst wurden [2], schlossen sich vor allem den schwedischen an, und zwar oft wörtlich [3], zeigten aber an vielen Orten ein milderes und menschlicheres Wesen, als das skandinavische Kriegsrecht. Vor allem wurde auf frommes und sittliches Leben im Heere Nachdruck gelegt, so daſs es zu einer wahren Schule des Charakters für seine Glieder, hoch und niedrig, zu werden bestimmt war. Jeden Morgen und Abend fand Gottesdienst statt, dem alle Offiziere und Soldaten beizuwohnen verpflichtet waren. Schwören, Fluchen und Lästern blieben bei

---

[1] Mylius, III, 1, 14 u. Nr. 18. — v. Schroetter, 101 ff. 111 ff.

[2] Im Druck erschienen: Berlin 1665, 12°, herausgegeben u. kommentiert von Eberh. Hoyers, kurf. brandenb. General-Auditeur.

[3] So sprechen die Artikel XVIII u. XXXI von einem „Kriegsfiscus", der zwar in Schweden, nicht aber in Brandenburg vorhanden war.

strenger Strafe verboten. Unanständige Weibspersonen wurden im Lager nicht geduldet; auf Vergewaltigung von Frauen stand der Tod. Dieselbe Ahndung traf jeden, der zum Duell auch nur herausforderte. Man sieht, daſs damals der Zweikampf nicht als ein Mittel zur Aufrechterhaltung der Ehre und guten Sitte im Heere betrachtet wurde. — Dem alten ausgedienten Soldaten drohte freilich das Schreckgespenst des Hungers, da er keinerlei Anspruch auf Versorgung besaſs. Das war eine schreiende Ungerechtigkeit und Grausamkeit, die gründlich abzustellen es dem Kurfürsten an Mitteln fehlte. Wenigstens machte er einen Anfang mit der Invalidenversorgung: er gab den Verwundeten Schmerzensgelder, den Krüppeln und Witwen lebenslängliche Pensionen. Entlassene Offiziere erhielten Wartegelder oder auch, wenn sie sich besonders ausgezeichnet hatten, ihr vollständiges Gehalt weiter ausgezahlt[1].

Um dem Mangel an Bildung bei seinen Offizieren abzuhelfen, gründete der Kurfürst 1653 die Ritterakademie zu Kolberg — wir würden heute Kadettenhaus sagen —, wo sechzig für den Kriegsdienst bestimmte Zöglinge ihre Ausbildung erhielten. Auſser allen ritterlichen Leibesübungen und den eigentlichen militärischen Fertigkeiten wurden hier Mathematik, Musik und französische Sprache gelehrt. Sonst beförderte Friedrich Wilhelm die Ausbildung seiner jungen Offiziere, indem er sie auf Reisen ins Ausland sandte, zumal nach Holland und Frankreich, Ländern, in denen man damals die hohen Schulen aller Kriegskunst sah. Vorzüglich befähigte Offiziere, besonders Ingenieure und Artilleristen, erhielten dabei bedeutende Reisestipendien[2].

Als Hauptwaffe galt noch immer die schwere Reiterei — Kürassiere —, die während der ersten Hälfte von Friedrich Wilhelms Regierung auch der Zahl nach überwog. Das war zum Teil deshalb der Fall, weil die Infanterie — sowohl die geharnischten Pikeniere, die ein, als auch die mit langem Luntengewehr bewaffneten Musketiere, die zwei Drittel derselben ausmachten — derart belastet waren, daſs ihre Marsch- und Manövrierfähigkeit eine geringe blieb. Deshalb bediente man sich der Dragoner, die damals nichts anderes als zu schnellerem Fortkommen beritten gemachte Infanteristen waren; im Gefecht stritten sie zu Fuſs. Doch begann der Groſse Kurfürst schon

[1] v. Schroetter, 106. 144.
[2] Stuhr, 187. — v. Schroetter, 128 f.

die Organisierung einer leichten Reiterei: teils durch Übernahme polnischer Towarzen, teils durch Bildung kleiner Korps berittener Jägerburschen [1].

Auch einen Generalstab bildete — unter dem Namen des General-Quartiermeister-Stabes — der Kurfürst schon während des Nordischen Krieges für seine Armee behufs technischer Unterstützung des Oberkommandierenden während der Feldzüge. Er bestand aus sieben Offizieren [2].

In dieser Weise gelang es ihm, durch unermüdliche Arbeit ein Heer aufzustellen, das für seine Zeit und besonders für seine Mittel sehr beträchtlich war und nach kurzem Bestande so mustergültige Manneszucht, Gewandtheit und Tapferkeit aufwies, daſs dessen Ruhm sich durch ganz Europa verbreitete. Aber nicht allein zu Lande, auch zur See wünschte Friedrich Wilhelm seinen Staat stark und wehrhaft zu machen; er ging aber auch hier von ungewöhnlich groſsem und weitem Gesichtspunkte aus. Die Anregung zur Flottenbildung, die er schon in seiner Jugend durch den Aufenthalt in Holland erhalten hatte, wurde durch die Besitznahme Pommerns erneuert und durch die teils freundlichen, teils kriegerischen Beziehungen zu den westlichen und skandinavischen Seemächten verstärkt. Bereits aus dem Jahre 1647, noch vor Abschluſs des Westfälischen Friedens, datiert der früheste Versuch zur Gründung einer brandenburgischen See- und Kolonialmacht, der ersten in Deutschland seit dem Sinken der Hansa.

Er wurde zu solchem angeregt durch einen sehr merkwürdigen Holländer, Arnold Gysels van Lier. Geboren 1593 zu Lowestein im Gelderland, war Lier sechzehnjährig in den Dienst der holländisch-ostindischen Kompanie getreten. Hier hatte er neun Jahre lang (1629—1638) deren wichtigsten Gouverneurposten, auf der Molukkeninsel Amboina, mit ehrgeizigem Streben und glänzendem Erfolge, aber auch mit unmenschlicher Härte verwaltet. Von der Kompanie mit Undank behandelt, trat er als Admiral in den Dienst der Generalstaaten, die ihn 1641 mit zwanzig Schiffen den Portugiesen zu Hilfe sandten. Allein die Gegnerschaft der mächtigen Kompanie vertrieb ihn bald auch aus dieser Stellung.

---

[1] v. Gansauge, 49 ff. 69 ff.

[2] A. v. Fircks, Feldm. Graf Moltke u. der Preuſsische Generalstab (Berlin 1879), S. 12.

Von da an sann der leidenschaftliche, in seinen Mitteln unbedenkliche, von ruhelosem Ehrgeiz und unermüdlicher Thatkraft beseelte Mann nur auf Rache an den oligarchischen Leitern der ostindischen Gesellschaft. Durch Prinz Friedrich Heinrich dessen Schwiegersohn, dem brandenburgischen Kurfürsten, empfohlen, machte er diesem 1647 den Vorschlag, an seinen Seeplätzen eine brandenburgisch-indische Kompanie zu errichten; mehrere reiche niederländische Kaufleute boten dazu Kapitalien an. Allein es fehlte in Brandenburg und Preufsen allzu sehr an Geld und an Unternehmungsgeist, als dafs der selber von Mitteln entblöfste Kurfürst dort hinreichende Unterstützung in dieser weit ausschauenden Sache gefunden hätte. Sie unterblieb also einstweilen. Indes Friedrich Wilhelm gab sie keineswegs auf: 1650 machte er einen neuen Versuch zu ihrer Verwirklichung, indem er der dänischen Krone die Stadt Trankebar auf der vorderindischen Küste Koromandel abkaufte. Aber auch hierfür vermochte er den ausbedungenen Preis nicht aufzubringen — an seiner Armut und der Verständnislosigkeit des brandenburgisch-preufsischen Handelsstandes scheiterte das kühne Unternehmen. Friedrich Wilhelm wollte sich jedenfalls den holländischen Admiral für eine bessere Zukunft sichern. Er übertrug ihm 1651 das Amt Lenzen an der Elbe, und da safs nun der verwegene, thatendurstige Seemann Jahr für Jahr in verzehrender Ungeduld an dem trägen Strome, sich die unfreiwillige Mufse mit Abfassung von zwanzig Bänden Schriften über Indien, dessen Handel und Schiffahrt, sowie über seine eigenen Erlebnisse kürzend [1].

Der Nordische Krieg liefs den Kurfürsten den Mangel einer Seemacht recht schmerzlich empfinden. Zur Küstenverteidigung gegen die Schweden rüstete er einige Fahrzeuge aus, die allerdings monatlich nur die bescheidene Summe von 500 Thalern kosteten [2]. So geringfügig waren die Anfänge einer brandenburgisch-preufsischen Marine. Aber als die verbündete Heeresmacht sich Monat für Monat thatenlos auf der jütischen Halb-

[1] H. Peter, Die Anfänge der brandenb. Marine (Programm des Berliner Sophiengymnas., Ostern 1877), S. 1f. — G. Schmoller, Ein Projekt von 1658, den Gr. Kurf. zum deutschen Reichsadmiral zu erheben; Märk. Forsch., XX (1887), 134f. — E. Heyck, Brandenb.-preufs. Kolonialpläne; Zeitschr. f. die Gesch. des Oberrheins, N. F., Bd. II (1887), 132 ff.

[2] v. Orlich, II, 426.

insel zurückgehalten sah, weil ihr die Holländer die Schiffe zum Übersetzen nach Fünen verweigerten, da fiel allen guten Brandenburgern das Fehlen einer eigenen Flotte doppelt schwer aufs Herz. „Denken Eure Kurf. Durchlaucht," schrieb an Friedrich Wilhelm sein Agent Dögen in Amsterdam[1], „auch auf eigene Seemacht? E. K. D. müssen nur die Rechnung machen, dafs Sie Schweden allezeit zum unsterblichen Feinde haben werden, heimlich oder öffentlich. Wider einen solchen Feind aber ist eine beständige Macht zur See nötiger als zu Lande. Ach wie hochnötig wäre wohl itzund E. K. D. eine Schiffsflotte! Im sumpfigen Holstein und Jütland ruinieren wir Mann und Rofs fast ohne Feind; stünden wir nur mit der geringsten Macht in Schonen, wäre der König ohne Reich und Schweden ohne König."

Gerade inmitten jener schweren Krise der nordischen Verhältnisse trat der ebenso unruhige wie geistvolle van Lier mit einem neuen grofsen Entwurfe an den Kurfürsten heran[2]. Es war im September 1658. Den Anlafs dazu bot die kundgewordene Absicht der Holländer, sich als Preis ihrer Unterstützung von dem dänischen Könige Glückstadt an der Unterelbe abtreten zu lassen. Mit dem Scharfblick des Hasses erkannte van Lier in einem solchen Projekte seiner Landsleute deren Wunsch, sich der Herrschaft über die Elbmündung zu bemächtigen, zumal Hamburg von jener weiter unterhalb gelegenen Station aus gänzlich brach zu legen. Er schlug also dem Brandenburger vor, Glückstadt, das ja seine Truppen besetzt hielten, für sich selbst von Dänemark zu erbitten. Daran knüpfte er zugleich einen weit umfassendern Plan — der Niederländer zeigte mehr deutschen Patriotismus, als die damaligen Deutschen! Es sei, führte er aus, eine Schmach für das früher so seemächtige Deutschland, dafs seine grofsen Ströme und damit sein Seehandel in die Gewalt der Fremden gefallen seien. Der Kurfürst, durch Glückstadt Beherrscher der Elbe, sowie der preufsischen und hinterpommerschen Küsten, müsse vom Kaiser zur Generaladmiral des Reiches erhoben werden. Als solcher habe er die Regelung und den Schutz des deutschen Seewesens zu übernehmen und eine einheit-

---

[1] 8. Febr. 1659; U. u. A., VII, 174.

[2] S. darüber Schmoller, a. a. O., S. 131 ff.; u. Heyck, a. a. O., S. 138. 145 f.

liche deutsche Flagge einzuführen. Er solle dem deutschen Seehandel den frühern Glanz zurückgeben, vor allem Niederlassungen in Indien erwerben und damit den Deutschen Anteil an dessen unendlichen Schätzen verschaffen. Kurz, er möge für Deutschland das werden, was die Oranier für die Niederlande gewesen: Schöpfer von Gröfse, Macht und Reichtum.

Das waren Entwürfe, die den Ehrgeiz und die Einsicht Friedrich Wilhelms gleich sympathisch berührten. Wir werden sehen, dafs sie bei ihm auf fruchtbaren Boden gefallen waren, und dafs er sie später, wenn auch in bescheidenerm Umfange, wieder aufnahm. Für den Augenblick aber waren er und seine Verbündeten viel zu sehr auf den guten Willen der Niederländer angewiesen, als dafs er den Versuch zur Verwirklichung eines Planes hätte machen sollen, der zweifellos ihre energische Gegenwirkung hervorgerufen hätte. Wie richtig eine solche Anschauung war, stellte sich noch während der Olivaer Friedensverhandlungen, im Februar 1660, heraus. Als deren Gelingen noch zweifelhaft war, bemühte sich der Kurfürst bei der Stadt Amsterdam um Überlassung einiger Kriegsfahrzeuge, selbstverständlich gegen gute Bezahlung; dabei gedachte er sich Liers zu bedienen, dem er schon Gnadengeschenke zu teil werden liefs und gröfsere Vorteile in Aussicht stellte. Allein das Projekt scheiterte an dem Übelwollen der Niederländer, die keine neue Seemacht an den deutschen Meeren aufkommen lassen wollten. —

Wie äufsere Macht und innern Wohlstand, so wollte der Kurfürst auch die sehr im Argen liegende Bildung seiner Unterthanen heben und stärken. Es herrschte in der Kurmark wie in Pommern und Preufsen damals ein rohes, banausisches Treiben. Das Schulwesen war durch den Dreifsigjährigen Krieg von Grund aus zerrüttet. In einigen Bibelsprüchen und Gesangbuchsversen bestand die ganze wissenschaftliche Ausrüstung der ungeheuern Mehrzahl der Bewohner. Die Not der Zeiten hatte es sogar Edelleuten und Städtern unmöglich gemacht, ihren Söhnen umfassendern Unterricht zu verschaffen. Die erste Mädchenschule gar wurde in der Kurmark nicht vor dem Jahre 1670, zu Berlin, eröffnet. An den Knabenschulen hörte, aus Mangel an Geldmitteln oder auch weil die Schule ganz zerstört worden, der Unterricht völlig oder doch zum überwiegenden Teile auf; die Lehrer gingen wohl der Handelschaft nach, um nur das Leben zu fristen. Der Kurfürst nahm sofort die Besserung der Schul-

ordnung in die Hand; denn, sagte er am 1. Mai 1652, „Se. Kurf. Durchlaucht wissent woll, was die Seminaria litterarum für ein sonderbares signum et ornamentum reipublicae bene constitutae sein“.[1] Aber die leidigen Streitigkeiten zwischen Lutheranern und Reformierten vereitelten seine gutgemeinten Bemühungen. Wenigstens im einzelnen griff er helfend ein. Die völlig zerstörte Gelehrtenschule zu Joachimsthal verlegte er 1655 nach Berlin, räumte ihr einige Zimmer in seinem Schlosse ein und schenkte ihr mehrere Ämter mit genügenden Einkünften: so begann sie wieder aufzuleben. Mit gleicher Teilnahme sorgte er für das Berliner Gymnasium zum Grauen Kloster, das in der That so sehr in Aufnahme kam, daſs es im Jahre 1656 schon vierhundert Schüler zählte. Freilich lehrte man dort ausschlieſslich Latein, Griechisch, Philosophie und Religion; das Deutsche wurde ebenso wenig gepflegt, wie fremde lebende Sprachen oder Realien[2].

In besonderem Maſse war die Sorgfalt des Kurfürsten den Universitäten gewidmet[3]. Die kurmärkische Hochschule Frankfurt an der Oder war unter den Wirren der letzten Regierung tief herabgekommen. Friedrich Wilhelm bestätigte nicht allein ihre Vorrechte, sondern fand inmitten seiner Kämpfe, Sorgen und finanziellen Bedrängnisse die Möglichkeit, die Gebäude der Universität wieder herzustellen und ihr bedeutende neue, sowohl einmalige wie bleibende, Einkünfte anzuweisen. Nicht minder wichtig war die sittliche Hebung der akademischen Jugend, die gerade auf der Frankfurter Hochschule in rohem Pennalismus und groben Ausschweifungen völlig verkommen war und ihre akademischen Lehrer, wenn sie bessernd und strafend einschreiten wollten, offen verhöhnte. Allein der Kurfürst ging mit strengen Verordnungen schonungslos gegen die Schuldigen vor und wuſste so in der That die ärgsten Auswüchse jugendlicher Zügellosigkeit zu unterdrücken. Dagegen zeigte er den verdienten Professoren groſse Huld und interessierte sich persönlich für die Neuberufung tüchtiger Lehrer, die wirklich das Ansehen Frankfurts als einer der

---

[1] Mylius, VI, I, 401.

[2] Küster, Altes u. neues Berlin, II, 76. — Orlich, II, 433 ff.

[3] Hering, Neue Beiträge, I, 327 f. — Hausen, Gesch. der Universität u. Stadt Frankfurt a. O., S. 16 ff. — Varrentrapp, Der Gr. Kurf. u. die Universitäten (Straſsb. 1894), S. 10 ff. 33.

hervorragendsten Hochschulen Norddeutschlands aufrecht erhielten. Die Universitätsbibliothek ward beträchtlich vermehrt, das Stipendienwesen geordnet. So stieg die Frequenz schnell: von 86 Immatrikulationen im Jahre 1640 schon 1645 auf 341.

Die Universität Königsberg, in einer vom grofsen Kriege weniger berührten Provinz gelegen, war ohne Zuthun des Fürsten in blühendem Zustande geblieben. Es lehrten dort an den drei oberen Fakultäten — also ohne die philosophische — achtunddreifsig Professoren. Dem entsprechend war die Zahl der Studierenden eine bedeutende. Nicht nur aus dem herzoglichen und königlichen Preufsen strömten hier die wifsbegierigen Jünglinge zusammen: der polnische Adel ermangelte gleichfalls nicht, seine Söhne auf die berühmte und hochangesehene Albertina zu senden.

Der Kurfürst hielt darauf, dafs in den theologischen Fakultäten die versöhnlichen Elemente überwogen. In stetem Kampfe mit den preufsischen Ständen brachte er es dahin, dafs in der bisher so streitlustigen Königsberger Fakultät die Ireniker mehr und mehr das Übergewicht erlangten. Auch in den philosophischen Wissenschaften, die eigentlich seiner Kenntnisnahme und seinem Interesse ferner lagen, bethätigte Friedrich Wilhelm die ihm eigene freie und vorurteilslose Gesinnung. Als die Mehrzahl der philosophischen Professoren in Frankfurt a. O. diejenigen Kollegen, die an Baco, Descartes und Hugo Grotius anzuknüpfen wagten, im Namen des allein seligmachenden Aristoteles heftig angriffen, nahm sich der Kurfürst ihrer an. Er könne, sagte er, „nicht absehen, warum einem philosopho es nicht concedieret werden möchte, pro et contra, ungeachtet es des Aristotelis placitis zuwiderlaufe, zu mehrerer Erleuterung der philosophischen Wahrheit zu lehren und zu disputieren."

Die rheinisch-westfälischen Lande Friedrich Wilhelms entbehrten noch ganz einer Universität. Freilich war eine solche schon längst in Duisburg durch die Herzoge von Jülich-Kleve beabsichtigt worden, und 1562 hatte Papst Pius IV. hierfür ein Privileg erteilt. Die Ausführung des alten Planes sicherte aber erst unser Kurfürst. Wir irren wohl nicht mit der Annahme, dafs dabei nicht nur seine zweifellose Vorliebe für die Wissenschaft mitgewirkt hat, sondern auch der Wunsch, die Protestanten im neuburgischen Anteile von Jülich-Berg an sich und sein Haus zu fesseln. Deshalb begann er auch 1651 mit Anstellung zweier

theologischer Professoren, selbstverständlich von der reformierten Richtung. Das kurfürstliche Gründungspatent der neuen Universität datiert vom 15. Oktober 1654; ein Jahr später — 14. Oktober 1655 — wurde sie in Gegenwart des Statthalters, Grafen Moritz von Nassau-Siegen, feierlich eröffnet. Einkünfte und Vorrechte der Professoren und Stiftungen waren zeitgemäfs geordnet. War die neue Hochschule im bewufsten Gegensatze zu den von den Neuburgern gepflegten Jesuiten, zu deren Kolleg in Düsseldorf und zu der alten Kölner Universität gestiftet und auf das reformierte Bekenntnis gegründet: so sollte sie doch nicht einseitigen konfessionellen Geist, sondern freie wissenschaftliche Forschung pflegen. Und diesem Programm blieb Friedrich Wilhelm treu. Als einige Duisburger Professoren der Theologie von unduldsamen Geistlichen angegriffen wurden, weil sie sich öffentlich zu den Anschauungen Descartes' bekannt hatten, entschied er, dafs keiner der Professoren für seine Lehren einer Synode oder Kirchenversammlung verantwortlich sein solle. — Ihrer Lage und der Absicht ihres Stifters nach war diese Universität bestimmt, eine Vermittlerin zwischen der vorgeschrittenen westlichen Kultur und der Geistesbildung in den brandenburgischen Landen zu werden. Indes litt sie seit Beginn an der Mangelhaftigkeit ihrer Dotation, die weder die Ausführung der nötigsten Bauten noch die Anstellung einer genügenden Anzahl von Professoren gestattete. So blieb auch die Zahl der dort Studierenden stets eine geringe[1].

Die höheren brandenburgischen Beamten jener Zeit prunkten gern, der pedantischen damaligen Sitte gemäfs, mit weltlicher und biblischer Gelehrsamkeit. Aber die breiten Schichten des Volkes blieben in Unwissenheit und rohem Aberglauben versunken. Hexen- und Zauberwahn war allgemein verbreitet. Im Jahre 1653 wurde in Berlin ein alter Heideläufer (Landgendarm) enthauptet, der selber der Überzeugung war, einen Geist zur Verfügung zu haben, der ihm den Verbleib verlorener und gestohlener Sachen verrate[2]. Mit der herrschenden Unwissenheit, Roheit und Armut stand dann in seltsamem Gegensatze der raffinierte Luxus in den höheren Klassen, der freilich mit der durch alle Bevölkerungs-

[1] Hering, a. a. O., 346 ff. — Driesen, 183 ff. — v. Mörner, in der Zeitschr. f. preufs. Gesch. u. Landesk., V (1868), 542 ff.

[2] König, II, 67.

schichten verbreiteten Lust an Schlemmerei und Völlerei verbunden war. Äufserliche Höflichkeit, die sich in zierlichen Worten und zeremoniösem Gebahren nicht genugthun konnte, ging neben schroffer Selbstsucht und Härte einher. Adel, Beamte, Richter, Offiziere, kurz alle, die Gewalt besafsen, beuteten ihre Stellung gegenüber dem armen und wehrlosen Volke unbedenklich aus [1]. Erst dem Grofsen Kurfürsten ist es gelungen, den leitenden Ständen der Kurmark einen reinern Sittlichkeitsbegriff beizubringen. Indem er, gegenüber dem Eigennutze des einzelnen, den Staatsgedanken zur Geltung erhob, veredelte er Anschauungen und Sitten im Adel, Offizierkorps und Beamtentum. — Nur in einer Hinsicht zeigt das Bild jener Zeit eine erfreuliche Seite: im Verkehr der Geschlechter untereinander herrschte strenge Moralität — recht im Gegensatze zu anderen Ländern derselben Epoche. Wie ein Märchen mutet es uns an, wenn wir hören, dafs es in der Hauptstadt unter hundert Kindern kaum zwei uneheliche gab [2]. Freilich verstand Friedrich Wilhelm, der selber das Beispiel reinsten und glücklichsten Familienlebens gab, in dieser Beziehung keinen Spafs. Im Jahre 1653 setzte er auf Ehebruch oder nur unordentlichen Lebenswandel die Strafe des Prangers und der Landesverweisung; in leichteren Fällen wurden immerhin Geldstrafe und öffentliche Kirchenbufse verhängt. Selbst bei seinen Kriegsleuten duldete er keine Unzucht: er sagte, solch' Gesindel wolle er nicht in seinen Diensten haben [3].

Friedrich Wilhelm war eben nicht der Mann, nur materielle Machtmittel zu schätzen. Die tiefe und ernste Natur dieses, neben Friedrich II., gröfsten unter den Hohenzollernfürsten hatte frühzeitig erkannt, dafs zur Blüte eines Landes und Volkes die sittliche und ideale Gesinnung eine nicht minder nötige Voraussetzung ist, als Geld und Waffen. Wie er persönlich den landesherrlichen Pflichten sein ganzes Leben, sein Dichten und Trachten widmete, hat er auch seinen Unterthanen, vornehm und gering,

---

[1] Man vergleiche darüber die Consultatio politico-theologica des neumärkischen Kanzlers Hans Georg v. d. Borne, vom Jahre 1641. Dafs sie immer von neuem gedruckt werden mufste, beweist, wie sehr sie den Nagel auf den Kopf traf. Hierüber sehe man: Münzer, Die brandenb. Publizistik u. der Gr. Kurf.; Märk. Forsch., XVIII (1884), 228 ff.

[2] König, I, 235.

[3] Berlin, Kgl. Bibl., Manuscr. Boruss., fol., 356.

reich und arm, vor allem das Gebot der Pflicht einzuflöſsen gesucht. Auf dem ehernen Pflichtbewuſstsein hat er die Gröſse Brandenburg-Preuſsens zu erbauen gestrebt; und hierin wie in vielen anderen Dingen hat er die Grundlagen geschaffen, auf denen seine Nachfolger das bewundernswerte Gefüge ihres Staates errichteten.

Beilage (zu S. 81).

Die Ausstattung der Kurfürstin Luise Henriette, 1646.

Es ist recht bezeichnend für die auf äufsere Prachtentfaltung gewandte Richtung der zweiten Hälfte des 17. Jahunderts, in wie schreiendem Mifsverhältnisse bei der kurfürstlichen Braut Luise Henriette, der Tochter des oranischen Hauses, die Ausstattung an Wäsche zu den mitgegebenen Juwelen und Kostbarkeiten stand. Das authentische Verzeichnis dieser Dinge findet sich in einem Quartheftе, das nur den Titel: Louise Nassau d'Orange führt, und das jetzt im Geh. Staatsarchiv in Berlin (Rep. 94. IV. H° 6) aufbewahrt wird. Es ist in holländischer Sprache abgefafst.

An Wäsche erhielt sie z. B. nur: 6 Paar Betttücher; 12 P. Kissenüberzüge; 24 Nachthemden; 24 Taghemdem; drei Dutzend Servietten. Keine Tochter wohlhabender Bürger würde sich jetzt mit so wenigen Wäschestücken begnügen.

Auch an Porzellan bekam sie sehr wenig mit, darunter 13 Bilder auf Porzellan.

An Silber gab es schon mehr: 12 Schüsseln, eine Kompottschüssel mit Becher; 24 Teller; 13 Löffel; 12 Gabeln; 2 Salzfässer; einen grofsen Korb; zwei kleinere Körbe; vier Leuchter; eine Wärmflasche; 2 Nachtgeschirre und andere Kleinigkeiten.

Viel stattlicher ist die Liste von Juwelen und Goldsachen:

5 Diamautknöpfe;
1 grofser Knopf mit Rubinen;
1 Spiegel mit Diamanten;
2 Paar diamantene Ohrgehänge;
5 diamantenbesetzte Siegelringe;
3 Diamantringe;
2 goldene Schlösser (Schnallen?) mit Diamanten;
2 Armbänder mit Rubinen, woran goldene Schlösser mit Diamanten;
8 goldene Ringe, klein und grofs;
eine Uhr mit Diamanten;
zwei sonstige Uhren;
„8 Stück, darauf Smaragden und Diamanten sind, um aufs Haupt zu setzen“;

eine Schnur Perlen, an der zusammen 86 Stück, und noch eine, an der 40 Perlen waren;

2 Armbänder von Perlen, an deren jedem 224 Stück sind;
ein goldenes Flaschenkästchen mit Flaschen;
das Bild von der Prinzefs Royal (der Schwägerin Luisens);
eine goldene Dose;
der Orden der Princefs Royal (?);
ein goldener Kasten für Zahnstocher;
ein goldener, mit kostbaren Steinen besetzter Spiegel;
ein mit Diamanten besetztes Gebetbuch;
ein ungefafster Rubin;
zwei Nadeln, in denen Smaragden hängen;
ein goldener Fisch (postoltyn?);
vier goldene Münzen;
eine goldene Nadel mit einem Smaragd;
ein Diamantkreuz;
ein Pelikan von Diamanten;
ein Täubchen mit Diamanten;
zwei kleine Kreuze, das eine aus Rubinen, das andere aus Smaragden;
ein Herz aus Smaragd;
eine goldene Kompottschüssel und Becher;
zwei goldene Leuchter;
eine goldene Schale und Löffel.

Ein solches Verzeichnis hat eine gewisse kulturgeschichtliche Bedeutung, indem es von dem Schmuckbedürfnis und der Ausrüstung einer fürstlichen Dame jener Zeiten Zeugnis giebt.

Inhaltsverzeichnis.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. Altenburg.




MAR 6 - 1935

